

Deutsche Börse AG
Konzernabschluss und Konzernanhang
zum 31. Dezember 2017

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017

	Anhang	2017 Mio. €	2016 Mio. €
Umsatzerlöse	4	2.638,5	2.557,3
Nettozinserträge aus dem Bankgeschäft	4	132,6	84,0
Sonstige betriebliche Erträge	4	31,4	32,6
Gesamterlöse		2.802,5	2.673,9
Volumenabhängige Kosten	4	-340,2	-285,2
Nettoerlöse (Gesamterlöse abzüglich volumenabhängiger Kosten)		2.462,3	2.388,7
Personalaufwand	5	-638,3	-585,7
Sonstige betriebliche Aufwendungen	6	-493,3	-600,7
Operative Kosten¹⁾		-1.131,6	-1.186,4
Beteiligungsergebnis	8	197,8	36,9
Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibung (EBITDA)		1.528,5	1.239,2
Abschreibung und Wertminderungsaufwand	11, 12	-159,9	-131,0
Ergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT)		1.368,6	1.108,2
Finanzerträge	9	6,6	4,6
Finanzaufwendungen	9	-86,3	-79,2
Periodenergebnis vor Steuern (EBT)		1.288,9	1.033,6
Sonstige Steuern		-1,5	-1,5
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	10	-391,4	-284,5
Periodenüberschuss aus fortgeführter Geschäftstätigkeit		896,0	747,6
Periodenüberschuss aus nicht fortgeführter Geschäftstätigkeit	2	0	550,6
Periodenüberschuss		896,0	1.298,2
davon den Anteilseignern der Deutsche Börse AG zuzurechnen		874,3	1.272,7
davon den nicht beherrschenden Gesellschaftern zuzurechnen		21,7	25,5
Ergebnis je Aktie (unverwässert) (€)	34	4,68	6,81
davon aus fortgeführter Geschäftstätigkeit		4,68	3,87
davon aus nicht fortgeführter Geschäftstätigkeit		0	2,94
Ergebnis je Aktie (verwässert) (€)	34	4,68	6,81
davon aus fortgeführter Geschäftstätigkeit		4,68	3,87
davon aus nicht fortgeführter Geschäftstätigkeit		0	2,94

1) Die operativen Kosten enthalten seit dem zweiten Quartal 2017 den Personalaufwand und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen. Abschreibungen und Wertminderungsaufwendungen werden separat ausgewiesen. Die Vorjahreszahl wurde entsprechend angepasst. Siehe hierzu [Erläuterung 3](#).

Konzern-Gesamtergebnisrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017

	Anhang	2017 Mio. €	2016 Mio. €
Periodenüberschuss laut Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung		896,0	1.298,2
Posten, die künftig nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden:			
Veränderung aus leistungsorientierten Verpflichtungen		30,6	-27,3
Latente Steuern	10, 20	-8,4	7,8
		22,2	-19,5
Posten, die künftig in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden:			
Währungsdifferenzen aus fortgeführter Geschäftstätigkeit	20	-27,8	-3,8
Sonstiges Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Beteiligungen		0,9	-0,6
Währungsdifferenzen aus nicht fortgeführter Geschäftstätigkeit	20	0	-200,7
Neubewertung der Cashflow-Hedges		3,5	2,7
Neubewertung der sonstigen Finanzinstrumente		-89,5	105,7
Latente Steuern aus fortgeführter Geschäftstätigkeit	10, 20	46,9	-40,9
Latente Steuern aus nicht fortgeführter Geschäftstätigkeit	10, 20	0	147,2
		-66,0	9,6
Sonstiges Ergebnis nach Steuern		-43,8	-9,9
Gesamtergebnis		852,2	1.288,3
davon den Anteilseignern der Deutsche Börse AG zuzurechnen		835,9	1.263,4
davon den nicht beherrschenden Gesellschaftern zuzurechnen		16,3	24,9
Den Anteilseignern der Deutsche Börse AG zuzurechnendes Gesamtergebnis			
davon aus fortgeführter Geschäftstätigkeit		835,9	766,3
davon aus nicht fortgeführter Geschäftstätigkeit		0	497,1

Konzernbilanz

zum 31. Dezember 2017

Aktiva	Anhang	31.12.2017 Mio. €	31.12.2016 Mio. €
LANGFRISTIGE VERMÖGENSWERTE			
Immaterielle Vermögenswerte	11		
Software		322,1	209,4
Geschäfts- oder Firmenwerte		2.770,9	2.721,1
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		86,8	181,6
Andere immaterielle Vermögenswerte		911,2	859,9
		4.091,0	3.972,0
Sachanlagen	12		
Einbauten in Gebäuden		34,8	35,9
Computerhardware, Betriebs- und Geschäftsausstattung		76,4	75,4
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		2,2	2,2
		113,4	113,5
Finanzanlagen	13		
Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen		38,7	34,3
Andere Beteiligungen		99,4	255,4
Forderungen und Wertpapiere aus dem Bankgeschäft		1.563,0	1.604,8
Sonstige Wertpapiere		30,8	26,0
Sonstige Ausleihungen ¹⁾		0,4	0,4
		1.732,3	1.920,9
Finanzinstrumente der zentralen Kontrahenten	15	4.837,2	5.856,6
Sonstige langfristige Vermögenswerte		8,7	13,2
Latente Steueransprüche	10	101,1	62,5
Summe langfristige Vermögenswerte		10.883,7	11.938,7
KURZFRISTIGE VERMÖGENSWERTE			
Forderungen und sonstige kurzfristige Vermögenswerte			
Finanzinstrumente der zentralen Kontrahenten	15	79.510,7	107.909,6
Forderungen und Wertpapiere aus dem Bankgeschäft	16	13.036,5	13.465,5
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	17	329,4	669,8
Forderungen gegenüber nahe stehenden Unternehmen		2,5	2,0
Forderungen aus Ertragsteuern ²⁾		91,3	107,6
Sonstige kurzfristige Vermögenswerte	18	597,7	514,2
		93.568,1	122.668,7
Bankguthaben mit Verfügungsbeschränkung	19	29.392,0	27.777,6
Kassenbestand und sonstige Bankguthaben		1.297,6	1.458,1
Summe kurzfristige Vermögenswerte		124.257,7	151.904,4
Summe Aktiva		135.141,4	163.843,1

Passiva

	Anhang	31.12.2017 Mio. €	31.12.2016 Mio. €
EIGENKAPITAL	20		
Gezeichnetes Kapital		193,0	193,0
Kapitalrücklage		1.332,3	1.327,8
Eigene Aktien		-334,6	-311,4
Neubewertungsrücklage		19,6	41,5
Angesammelte Gewinne		3.631,0	3.230,1
Konzerneigenkapital		4.841,3	4.481,0
Ausgleichsposten für Anteile nicht beherrschender Gesellschafter		118,1	142,2
Summe Eigenkapital		4.959,4	4.623,2
LANGFRISTIGE SCHULDEN			
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	22	144,2	167,9
Sonstige langfristige Rückstellungen	23, 24	120,3	117,0
Latente Steuerschulden	10	226,8	235,7
Verzinsliche Verbindlichkeiten	25	1.688,4	2.284,7
Finanzinstrumente der zentralen Kontrahenten	15	4.837,2	5.856,6
Sonstige langfristige Verbindlichkeiten		6,9	7,9
Summe langfristige Schulden		7.023,8	8.669,8
KURZFRISTIGE SCHULDEN			
Steuerrückstellungen ³⁾⁴⁾	26	339,4	273,9
Sonstige kurzfristige Rückstellungen	23, 27	191,6	178,3
Finanzinstrumente der zentralen Kontrahenten	15	78.798,6	107.479,4
Verbindlichkeiten aus dem Bankgeschäft	28	13.264,4	13.840,3
Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		7,3	0,1
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		148,9	471,2
Verbindlichkeiten gegenüber nahe stehenden Unternehmen		1,5	3,6
Bardepots der Marktteilnehmer	29	29.215,3	27.777,6
Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	30	1.191,2	525,7
Summe kurzfristige Schulden		123.158,2	150.550,1
Summe Schulden		130.182,0	159.219,9
Summe Passiva		135.141,4	163.843,1

1) Davon 0,4 Mio. € (31. Dezember 2016: 0,4 Mio. €) Forderungen gegenüber nahe stehenden Unternehmen

2) Davon keine mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr aus Körperschaftsteuerguthaben gemäß § 37 Abs. 5 Körperschaftsteuergesetz (KStG) (31. Dezember 2016: 2,3 Mio. €)

3) Davon Steuern vom Einkommen und vom Ertrag: 299,6 Mio. € (2016: 231,5 Mio. €)

4) Posten enthält auch langfristige Rückstellungspositionen; siehe hierzu [Erläuterung 26](#).

Konzern-Kapitalflussrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017

	Anhang	2017 Mio. €	2016 Mio. €
Periodenüberschuss		896,0	1.298,2
Abschreibungen und Wertminderungsaufwand	11, 12	159,9	135,3
Zunahme/(Abnahme) der langfristigen Rückstellungen		10,2	-14,7
Latente Ertragsteuererträge	10	-20,6	-2,9
Übrige nicht zahlungswirksame Erträge		-96,4	-52,3
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile:		156,6	56,0
Abnahme/(Zunahme) der Forderungen und sonstigen Vermögenswerte		7,9	-223,4
Zunahme der kurzfristigen Schulden		148,2	276,9
Zunahme der langfristigen Verbindlichkeiten		0,5	2,5
Nettoverlust/(Nettogewinn) aus dem Abgang von langfristigen Vermögenswerten		1,5	-563,0
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit ohne CCP-Positionen		1.107,2	856,6
Veränderung der Verbindlichkeiten aus CCP-Positionen		-323,2	299,5
Veränderung der Forderungen aus CCP-Positionen		272,2	465,3
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	33	1.056,2	1.621,4
Auszahlungen für Investitionen in immaterielle Vermögenswerte		-106,1	-115,1
Auszahlungen für Investitionen in Sachanlagen		-43,1	-49,8
Auszahlungen für Investitionen in langfristige Finanzinstrumente		-312,4	-178,9
Auszahlungen für den Erwerb von Anteilen an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen		-10,4	-5,0
Auszahlungen für den Erwerb von Tochterunternehmen, abzüglich erworbener Zahlungsmittel		-157,5	-3,9
Effekte aus dem Abgang von (Anteilen an) Tochterunternehmen, abzüglich abgegebener Zahlungsmittel		0	917,4
Einzahlungen aus Abgängen von Anteilen an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen		0	0,3
Nettozunahme der kurzfristigen Forderungen und Wertpapiere aus dem Bankgeschäft mit einer ursprünglichen Laufzeit von mehr als drei Monaten		-47,7	-136,5
Einzahlungen aus Abgängen von zur Veräußerung verfügbaren langfristigen Finanzinstrumenten		859,1	149,9
Einzahlungen aus dem Abgang langfristiger Vermögenswerte		0	0,1
Cashflow aus Investitionstätigkeit	33	181,9	578,5
Mittelabfluss aus dem Erwerb eigener Aktien		-28,2	0
Mittelzufluss aus dem Verkauf eigener Aktien		5,5	3,8
Mittelabfluss an nicht beherrschende Gesellschafter		-39,3	-15,9
Mittelabfluss aus langfristiger Finanzierung		0	-321,6
Mittelabfluss aus kurzfristiger Finanzierung		0	-495,0
Mittelzufluss aus kurzfristiger Finanzierung		0	400,0
Ausschüttung an Aktionäre		-439,0	-420,1
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	33	-501,0	-848,8
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands		737,1	1.351,1

	Anhang	2017 Mio. €	2016 Mio. €
Übertrag zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands		737,1	1.351,1
Einfluss von Währungsdifferenzen		-10,0	81,4
Finanzmittelbestand am Anfang der Periode		-146,9	-1.579,4
Finanzmittelbestand am Ende der Periode	33	580,2	-146,9
Ergänzende Informationen zu im Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit enthaltenen Zahlungsströmen:			
Erhaltene Zinsen und ähnliche Erträge		362,7	252,0
Erhaltene Dividenden		8,6	7,5
Gezahlte Zinsen		-295,8	-257,5
Ertragsteuerzahlungen		-308,8	-277,8

Konzern-Eigenkapitalentwicklung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017

	Anhang	2017 Mio. €	2016 Mio. €	davon enthalten im Gesamtertrag für die Periode	
				2017 Mio. €	2016 Mio. €
Gezeichnetes Kapital					
Bilanz zum 1. Januar		193,0	193,0		
Bilanz zum 31. Dezember		193,0	193,0		
Kapitalrücklage					
Bilanz zum 1. Januar		1.327,8	1.326,0		
Veräußerung eigener Aktien		4,5	1,8		
Bilanz zum 31. Dezember		1.332,3	1.327,8		
Eigene Aktien					
Bilanz zum 1. Januar		-311,4	-315,5		
Erwerb eigener Aktien		-28,2	0		
Verkäufe im Rahmen des Mitarbeiterbeteiligungsprogramms		5,0	4,1		
Bilanz zum 31. Dezember		-334,6	-311,4		
Neubewertungsrücklage	20				
Bilanz zum 1. Januar		41,5	-5,3		
Veränderung aus leistungsorientierten Verpflichtungen	22	30,6	-27,3	30,6	-27,3
Neubewertung der sonstigen Finanzinstrumente		-89,5	105,7	-89,5	105,7
Neubewertung der Cashflow-Hedges		3,5	2,7	3,5	2,7
Latente Steuern	10	33,5	-34,3	33,5	-34,3
Bilanz zum 31. Dezember		19,6	41,5		
Angesammelte Gewinne	20				
Bilanz zum 1. Januar		3.230,1	2.357,5		
Ausschüttung an Aktionäre	21	-439,0	-420,1	0	0
Erwerb des Anteils nicht beherrschender Gesellschafter an der European Energy Exchange AG		-6,5	0	0	0
Den Anteilseignern der Deutsche Börse AG zuzurechnender Periodenüberschuss		874,3	1.272,7	874,3	1.272,7
Währungsdifferenzen und sonstige Anpassungen		-32,9	-128,4	-21,5	-204,5
Latente Steuern	10	5,0	148,4	5,0	148,4
Bilanz zum 31. Dezember		3.631,0	3.230,1		
Konzerner Eigenkapital zum 31. Dezember		4.841,3	4.481,0	835,9	1.263,4

	Anhang	2017 Mio. €	2016 Mio. €	davon enthalten im Gesamtertrag für die Periode	
				2017 Mio. €	2016 Mio. €
Übertrag Konzerneigenkapital		4.841,3	4.481,0	835,9	1.263,4
Ausgleichsposten für Anteile nicht beherrschender Gesellschafter					
Bilanz zum 1. Januar		142,2	139,0		
Erwerb des Anteils nicht beherrschender Gesellschafter an der European Energy Exchange AG		7,3	0	0	0
Veränderung aus Kapitalmaßnahmen		-48,3	-21,6	0	0
Anteil nicht beherrschender Gesellschafter am Nettogewinn von Konzerngesellschaften		21,7	25,5	21,7	25,5
Währungsdifferenzen und sonstige Anpassungen		-4,8	-0,7	-5,4	-0,6
Summe Ausgleichsposten für Anteile nicht beherrschender Gesellschafter zum 31. Dezember		118,1	142,2	16,3	24,9
Summe Eigenkapital zum 31. Dezember		4.959,4	4.623,2	852,2	1.288,3

Konzernanhang

Grundlagen und Methoden

1. Allgemeine Grundsätze

Unternehmensinformationen

Die Deutsche Börse AG („die Gesellschaft“) mit Sitz in Frankfurt am Main wird im Handelsregister B des Amtsgerichts Frankfurt am Main unter der Nummer HRB 32232 geführt. Die Deutsche Börse AG ist das Mutterunternehmen der Gruppe Deutsche Börse. Die Deutsche Börse AG und ihre Tochtergesellschaften betreiben Kassa- und Derivatemärkte. Ihre Geschäftsfelder reichen von Dienstleistungen im vorbörslichen Umfeld und der Wachstumsfinanzierung sowie der Wertpapierzulassung über den Handel, die Verrechnung und Abwicklung bis hin zur Verwahrung von Wertpapieren. Zudem werden IT-Dienstleistungen erbracht und Marktinformationen vertrieben. Für Details zur internen Organisation und Berichterstattung siehe [Erläuterung 35](#).

Grundlagen der Berichterstattung

Der Konzernabschluss 2017 wurde im Einklang mit den International Financial Reporting Standards (IFRS) des International Accounting Standards Board (IASB) und den diesbezüglich veröffentlichten Interpretationen des International Financial Reporting Standards Interpretations Committee (IFRIC) erstellt, wie sie gemäß der Verordnung Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Anwendung internationaler Rechnungslegungsstandards in der Europäischen Union anzuwenden sind.

Die nach § 315e Absatz 1 Handelsgesetzbuch (HGB) i. V. m. § 297 Absatz 1a HGB erforderlichen Angaben wurden im Konzernanhang und im [Vergütungsbericht des zusammengefassten Lageberichts](#) dargestellt. Der Konzernabschluss orientiert sich auch an den vom Rechnungslegungs Interpretations Committee (RIC) des Deutschen Rechnungslegungs Standards Committee e.V. (DRSC) beschlossenen Interpretationen, solange keine gegenteilige Regelung vom IFRIC oder dem IASB beschlossen wird.

Neue Rechnungslegungsstandards – im Berichtsjahr umgesetzt

Die folgenden vom IASB veröffentlichten und von der EU-Kommission übernommenen Standards und Interpretationen wurden im Geschäftsjahr 2017 erstmalig auf die Gruppe Deutsche Börse angewandt:

Änderungen IAS 7 „Kapitalflussrechnung“ Angabeninitiative (Januar 2016)

Die Änderungen folgen der Zielsetzung, dass ein Unternehmen Angaben bereitzustellen hat, die es Adressaten von Abschlüssen ermöglichen, Veränderungen in Verbindlichkeiten aus Finanzierungstätigkeiten beurteilen zu können. Diese Änderungen sind auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2017 beginnen. Die Änderungen wurden am 6. November 2017 von der EU übernommen.

Änderungen IAS 12 „Ansatz von latenten Steueransprüchen aus unrealisierten Verlusten“ (Januar 2016)

Die Änderungen zielen insbesondere darauf ab, die Bilanzierung latenter Steueransprüche aus unrealisierten Verlusten bei Vermögenswerten, die zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden, klarzustellen. Dies wird derzeit in der Praxis unterschiedlich gehandhabt. Die Änderungen sind auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2017 beginnen. Sie wurden am 6. November 2017 von der EU übernommen.

Änderungen aus dem „Annual Improvements Project 2014–2016“ (Dezember 2016)

Die Änderungen betreffen die Standards IFRS 1, IFRS 12 und IAS 28. Die Änderungen zu IFRS 12 sind auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2017 beginnen. Die Änderungen wurden am 7. Februar 2018 von der EU übernommen.

Neue Rechnungslegungsstandards – bisher nicht umgesetzt

Folgende für die Gruppe Deutsche Börse relevante Standards und Interpretationen, die die Gruppe Deutsche Börse für das Jahr 2017 nicht vorzeitig anwendet, wurden bis zum Datum der Veröffentlichung dieses Finanzberichts vom IASB veröffentlicht und teilweise von der EU-Kommission anerkannt.

Änderungen IFRS 2 „Klassifizierung und Bewertung von anteilsbasierten Vergütungen“ (Juni 2016)

Die Änderungen betreffen die Bilanzierung von anteilsbasierten Vergütungen mit Barausgleich. Die wesentlichste Änderung bzw. Ergänzung besteht darin, dass IFRS 2 nun Vorschriften enthält, die die Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes derjenigen Verpflichtungen betreffen, die aus anteilsbasierten Vergütungen resultieren. Diese Änderungen sind auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen. Die Änderungen wurden bisher nicht von der EU übernommen.

IFRS 9 „Finanzinstrumente“ (Juli 2014) und Änderungen bezüglich Vorfälligkeitsregelungen mit negativer Ausgleichsleistung (Oktober 2017)

Mit IFRS 9 werden neue Regeln für die Bilanzierung und Bewertung von Finanzinstrumenten eingeführt. Der Standard wurde am 22. November 2016 von der EU übernommen und ist auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen. Die Gruppe Deutsche Börse wird den Standard ab dem 1. Januar 2018 retrospektiv unter Berücksichtigung der erlaubten Vereinfachungen anwenden. Die Vergleichszahlen für das Geschäftsjahr 2017 werden dabei nicht angepasst. Die Gruppe Deutsche Börse beabsichtigt im Rahmen der Erstanwendung von IFRS 9, ihre Bilanzstruktur ab dem Geschäftsjahr 2018 transparenter zu gestalten und die Finanzinstrumente nach Bewertungskategorien in der Konzernbilanz auszuweisen; die Vergleichszahlen für das Geschäftsjahr 2017 werden ebenfalls nach der neuen Struktur dargestellt.

Die Änderungen bezüglich Vorfälligkeitsregelungen mit negativer Ausgleichsleistung sind auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2019 beginnen, und wurden bisher nicht von der EU übernommen.

Klassifizierung und Bewertung von Finanzinstrumenten

Die Gruppe Deutsche Börse hat ihre finanziellen Vermögenswerte und Schulden im Hinblick auf die Auswirkungen von IFRS 9 überprüft und erwartet im Wesentlichen die folgenden Effekte mit der Erstanwendung des Standards zum 1. Januar 2018:

Die Schuldinstrumente der Gruppe Deutsche Börse mit einem Buchwert von 1.832,0 Mio. €, die bisher gemäß IAS 39 als „Zur Veräußerung verfügbar“ klassifiziert waren, erfüllen die Voraussetzungen des Geschäftsmodells „Halten“ und die sog. Zahlungsstromkriterien. Sie werden daher ab dem 1. Januar 2018 zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Hieraus ergibt sich eine Verringerung des Buchwerts der langfristigen und kurzfristigen „Forderungen und Wertpapiere aus dem Bankgeschäft“ um

8,2 Mio. € auf 1.554,8 Mio. € bzw. um 0,3 Mio. € auf 254,2 Mio. €. Der Buchwert des Postens „Andere Wertpapiere“ bleibt im Wesentlichen unverändert; der Anpassungseffekt beträgt weniger als 0,1 Mio. €. Die Neubewertungsrücklage des Eigenkapitals reduziert sich vor Berücksichtigung latenter Steuern entsprechend.

Schuldinstrumente, die die Voraussetzungen des Geschäftsmodells „Halten“ nicht erfüllen bzw. deren erwartete Zahlungsströme nicht ausschließlich Zins- bzw. Tilgungszahlungen umfassen, werden künftig erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Die beizulegenden Zeitwerte der nicht gelisteten Fondsanteile werden auf Basis der Nettoinventarwerte ermittelt, die zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses verfügbar waren. Hieraus ergeben sich Anpassungseffekte in Höhe von 0,9 Mio. € im Posten „Andere Wertpapiere“ sowie im Eigenkapital in Höhe von 0,9 Mio. € (ohne Berücksichtigung latenter Steuern) zum 1. Januar 2018.

Die im Posten „Andere Beteiligungen“ ausgewiesenen Eigenkapitalinstrumente, die bis zum 31. Dezember 2017 als „Zur Veräußerung verfügbar“ klassifiziert waren und erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertet wurden, werden auch künftig erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Die Gruppe Deutsche Börse hat von dem entsprechenden Wahlrecht für die zum 31. Dezember 2017 ausgewiesenen Finanzinstrumente Gebrauch gemacht. Für jedes neu erworbene Eigenkapitalinstrument wird künftig entschieden, ob es erfolgswirksam oder erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert klassifiziert wird. Im Posten „Andere Beteiligungen“ waren zum 31. Dezember 2017 auch Finanzinstrumente mit einem Buchwert in Höhe von 59,0 Mio. € zu historischen Anschaffungskosten abzüglich eventueller Wertminderungen ausgewiesen, die nicht auf einem aktiven Markt gehandelt wurden und auf die keine alternativen Bewertungsmethoden anwendbar waren; diese werden ab dem 1. Januar 2018 mittels interner Bewertungsmodelle ebenfalls erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Mit der Erstanwendung von IFRS 9 erhöhen sich folglich der Buchwert um 2,2 Mio. € und das Eigenkapital ohne Berücksichtigung latenter Steuern um 2,2 Mio. €. Künftig anfallende Veräußerungsgewinne oder -verluste aus erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Eigenkapitalinstrumenten werden zum Zeitpunkt der Veräußerungstransaktion ab dem 1. Januar 2018 erfolgsneutral behandelt und in den Gewinnrücklagen ausgewiesen. Bisher wurde das Veräußerungsergebnis erfolgswirksam erfasst. Im Geschäftsjahr 2017 resultierte aus dem Verkauf von zur Veräußerung verfügbaren Finanzinstrumenten ein Gewinn in Höhe von 190,6 Mio. €, der erfolgswirksam im Beteiligungsergebnis erfasst wurde.

Für finanzielle Verbindlichkeiten ergeben sich aus der Anwendung des neuen Standards für die Gruppe Deutsche Börse keine Auswirkungen, da diese auch weiterhin zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert werden.

In Bezug auf die Behandlung von Sicherungsgeschäften ergeben sich für die Gruppe Deutsche Börse keine wesentlichen Auswirkungen. Die zum 31. Dezember 2017 bestehenden Sicherungsbeziehungen (für Details hierzu siehe [Erläuterung 14](#)) werden auch 2018 als Sicherungsbeziehungen qualifizieren.

Wertminderungen

Ab dem 1. Januar 2018 werden Wertminderungsaufwendungen für bestimmte Kategorien finanzieller Vermögenswerte nach dem „Expected-loss“-Modell ermittelt. Dieses Modell ist insbesondere auf finanzielle Vermögenswerte, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, anzuwenden. Gleiches gilt für erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bilanzierte Schuldinstrumente, für sog. Contract Assets nach IFRS 15 sowie für Leasingforderungen, Kreditzusagen und bestimmte Finanzgarantien. Das Modell erfordert Änderungen in der Risikoanalyse und den Berechnungen erwarteter Kreditausfälle. Die Anwendung von IFRS 9 führt im Wesentlichen zu folgenden Anpassungen:

- Für Wertpapiere, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, ergibt sich eine Wertberichtigung in Höhe von 0,3 Mio. €. Für diese Instrumente hatte sich nach IAS 39 bisher kein Wertminderungsbedarf ergeben.

- Die Wertberichtigungen für Forderungen aus Lieferungen und Leistungen verringern sich um rund 1,5 Mio. €; dies entspricht einem Rückgang in Höhe von 30 Prozent im Vergleich zum 31. Dezember 2017.
- Für weitere zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanzierte finanzielle Vermögenswerte ergibt sich kein wesentlicher Effekt zum 1. Januar 2018.

Änderungen IFRS 10 und IAS 28 „Veräußerung oder Einbringung von Vermögenswerten zwischen einem Investor und einem assoziierten Unternehmen oder Joint Venture“ (September 2014)

Durch die Änderungen wird klargestellt, dass bei Transaktionen mit einem assoziierten Unternehmen oder Joint Venture das Ausmaß der Erfolgserfassung davon abhängt, ob die veräußerten oder eingebrachten Vermögenswerte einen Geschäftsbetrieb darstellen. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens wurde auf unbestimmte Zeit verschoben.

IFRS 15 „Umsatzerlöse aus Kundenverträgen“ (Mai 2014 und Klarstellung April 2016)

IFRS 15 enthält Regelungen zur Realisierung von Umsatzerlösen aus Kundenverträgen. Nach diesen Vorschriften sind Umsatzerlöse dann zu realisieren, wenn der Kunde die Verfügungsmacht über die vereinbarten Güter und Dienstleistungen erlangt und Nutzen aus diesen ziehen kann. Die Umsatzerlöse sind mit dem Betrag der Gegenleistung zu bewerten, die das Unternehmen zu erhalten erwartet. Die neuen Regelungen von IFRS 15 ersetzen künftig die aktuell bestehenden Regelungen von IAS 11 und IAS 18 sowie die dazugehörigen Interpretationen. Der Standard ist auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen. Der Standard wurde am 22. September 2016 und die Klarstellung am 31. Oktober 2017 von der EU übernommen.

Die Gruppe Deutsche Börse hat im Jahr 2015 ein Projekt zur Einführung von IFRS 15 aufgesetzt, welches drei Phasen umfasst: In Phase 1 lag der Fokus auf einer detaillierten Analyse der Erlöse aus den wesentlichen Verträgen mit Kunden. In der zweiten Phase wurde beurteilt, wie sich die Einführung von IFRS 15 hinsichtlich möglicher Änderungen der bestehenden Rechnungslegungsmethoden sowie eines möglichen Anpassungsbedarfs von IT-Prozessen und -Systemen auswirkt. In Phase 3 wird nun der in Phase 2 identifizierte Anpassungs- und Änderungsbedarf umgesetzt. Nach Abschluss der Phasen 1 und 2 im Geschäftsjahr 2017 befindet sich die Gruppe Deutsche Börse in der Umsetzung der identifizierten Anpassungen und daraus folgenden IT-Implementierung mit Wirkung zum 1. Januar 2018.

Auf Basis der Ergebnisse der Analyse von IFRS 15 erwartet die Gruppe Deutsche Börse keine wesentlichen Auswirkungen auf ihre Vermögens-, Finanz- und Ertragslage. Änderungen ergeben sich hinsichtlich des Zeitpunktes der Umsatzrealisierung sowie zusätzlicher Posten in der Bilanz für die Darstellung der vertraglichen Vermögenswerte (Contract Assets) und vertraglichen Verbindlichkeiten (Contract Liabilities). Darüber hinaus wird es zu einem erweiterten Ausweis in den Anhangangaben kommen. Die größten Änderungen betreffen folgende Punkte:

- Die zeitliche Verteilung von jährlichen Entgeltobergrenzen (Caps) auf Einbeziehungsentgelte von Wertpapieren: Gemäß IFRS 15 wird die Realisierung der Umsatzerlöse auf Basis einer kundenspezifischen Erwartungshaltung hinsichtlich der Anzahl der jährlichen Einbeziehungen nutzenbasiert über die unterstellte Vertragslaufzeit verteilt.
- Die zeitliche Verteilung von Umsatzerlösen aus mehrjährigen Kundenverträgen mit Staffelpreisen, die vertragliche Rabattierungen in Folgeperioden enthalten: Diese werden entsprechend IFRS 15 gemäß dem tatsächlichen Nutzenzufluss beim Kunden realisiert.

Die Gruppe Deutsche Börse wendet IFRS 15 zum 1. Januar 2018 an. Sie hat den modifizierten retrospektiven Ansatz gewählt und wird die kumulative Wirkung der Erstanwendung von IFRS 15 in dem am 1. Januar 2018 beginnenden Geschäftsjahr ausweisen. Die erstmalige Anwendung von IFRS 15 wird zu einer Anpassung im Eigenkapital in Höhe von 1,4 Mio. € zum 1. Januar 2018 führen.

IFRS 16 „Leasingverträge“ (Januar 2016)

Mit IFRS 16 werden neue Regeln für die Bilanzierung von Leasingverhältnissen eingeführt. Der neue Standard führt beim Leasingnehmer ein einheitliches Bilanzierungsmodell ein, das grundsätzlich zu einem bilanziellen Ausweis aller Leasingverhältnisse als Vermögenswerte (Nutzungsrechte) und Leasingverbindlichkeiten (Zahlungsverpflichtungen) führt. Für Leasingverhältnisse mit einer Laufzeit von bis zu zwölf Monaten sowie für solche, die sich auf geringwertige Vermögenswerte beziehen, beinhaltet er ein Bilanzierungswahlrecht. Beim Leasinggeber hingegen unterscheidet der Standard zu Bilanzierungszwecken weiterhin zwischen Finanzierungs- und Mietleasingvereinbarungen (Finance Leases bzw. Operating Leases). Der Standard ist anzuwenden auf Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2019 beginnen, und erlaubt eine vorzeitige Anwendung, unter der Voraussetzung, dass zu diesem Zeitpunkt ebenfalls IFRS 15 angewandt wird. Der Standard wurde am 31. Oktober 2017 von der EU übernommen.

Die Gruppe Deutsche Börse wird den Standard zum 1. Januar 2019 anwenden und den modifizierten retrospektiven Ansatz wählen. Im vierten Quartal 2016 startete das Unternehmen ein Projekt zur Analyse der Auswirkungen von IFRS 16, das im Berichtsjahr konzernweit fortgeführt wurde. Die quantitativen Auswirkungen der Anwendung des neuen Standards lassen sich derzeit allerdings noch nicht verlässlich bestimmen.

Die in [Erläuterung 38](#) ausgewiesenen Mindestleasingzahlungen aus Operating-Leasingverhältnissen umfassen größtenteils Immobilienleasingverträge; aus diesen wird der wesentliche Anteil des Umstellungseffekts resultieren. Die Anwendung wird zu einer Verlängerung der Konzernbilanz durch den Ausweis der Nutzungsrechte in den Vermögenswerten und den abgezinsten künftigen Leasingzahlungen in den Schulden führen. Der gemäß IFRS 16 geänderte Ansatz der Operating-Leasingverhältnisse wird zudem von einem linearen hin zu einem degressiven Aufwandsverlauf führen und eine Verschiebung dieser Aufwendungen innerhalb der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung zur Folge haben.

IFRS 17 „Versicherungsverträge“ (Mai 2017)

IFRS 17 regelt Ansatz, Bewertung und Ausweis sowie die Angaben für Versicherungsverträge. Die Zielsetzung besteht in der Bereitstellung relevanter Informationen durch die bilanzierenden Unternehmen und soll so zu einer glaubwürdigen Darstellung der Versicherungsverträge führen. Der Standard ist anzuwenden auf Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2021 beginnen. Der Standard wurde bisher nicht von der EU übernommen.

Änderungen IAS 19 „Planänderung, -kürzung oder -abgeltung“ (Februar 2018)

Die Änderungen regeln, dass bei einer Änderung, Kürzung oder Abgeltung eines leistungsorientierten Versorgungsplans der laufende Dienstzeitaufwand und die Nettozinsen für das restliche Geschäftsjahr unter Verwendung der aktuellen versicherungsmathematischen Annahmen neu zu ermitteln sind, die zur erforderlichen Neubewertung der Nettoschuld angewandt wurden. Ferner werden Ergänzungen aufgenommen, die klarstellen, wie sich eine Planänderung, -kürzung oder -abgeltung auf die Anforderungen an die Vermögenswertobergrenze auswirkt. Diese Änderungen sind auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2019 beginnen; eine vorzeitige Anwendung ist erlaubt. Die Änderungen wurden bisher nicht von der EU übernommen.

Änderungen IAS 40 „Übertragungen von als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien“ (Dezember 2016)

Die Änderungen dienen der Klarstellung der Vorschrift in Bezug auf Übertragungen in den oder aus dem Bestand der als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien. Insbesondere geht es darum, ob im Bau oder in der Erschließung befindliche Immobilien, die vorher als Vorräte klassifiziert wurden, in die Kategorie der als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien umgegliedert werden können, wenn es eine offensichtliche Nutzungsänderung gegeben hat. Diese Änderungen sind auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen; eine vorzeitige Anwendung ist erlaubt. Die Änderungen wurden bisher nicht von der EU übernommen.

Änderungen aus dem „Annual Improvements Project 2014–2016“ (Dezember 2016)

Die Änderungen betreffen die Standards IFRS 1, IFRS 12 und IAS 28. Die Änderungen zu IFRS 1 und IAS 28 sind auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen. Die Änderungen wurden am 7. Februar 2018 von der EU übernommen.

Änderungen aus dem „Annual Improvements Project 2015–2017“ (Dezember 2017)

Die Änderungen betreffen die Standards IFRS 3, IFRS 11, IAS 12 und IAS 23. Die Änderungen sind auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2019 beginnen. Sie wurden bisher nicht von der EU übernommen.

IFRIC 22 „Transaktionen in fremder Währung und im Voraus gezahlte Gegenleistungen“ (Dezember 2016)

Diese Interpretation zielt darauf ab, die Bilanzierung von Geschäftsvorfällen klarzustellen, die den Erhalt oder die Zahlung von Gegenleistungen in fremder Währung beinhalten. IFRIC 22 ist auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen; eine vorzeitige Anwendung ist erlaubt. Die Interpretation wurde bisher nicht von der EU übernommen.

IFRIC 23 „Unsicherheiten bezüglich der ertragsteuerlichen Behandlung“ (Juni 2017)

Diese Interpretation erläutert die Bilanzierung laufender und latenter Steuerschulden und -ansprüche, bei denen Unsicherheiten hinsichtlich der ertragsteuerlichen Behandlung bestehen. IFRIC 23 ist auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2019 beginnen; eine vorzeitige Anwendung ist erlaubt. Die Interpretation wurde bisher nicht von der EU übernommen.

2. Konsolidierungskreis

Der in den Konsolidierungskreis aufgenommene Anteilsbesitz der Deutsche Börse AG an Tochterunternehmen, assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen zum 31. Dezember 2017 geht aus den folgenden Tabellen hervor. Die Finanzinformationen in diesen Tabellen stehen, soweit nicht anders angegeben, im Einklang mit den Rechnungslegungsvorschriften des Landes, in dem die jeweilige Gesellschaft ihren Sitz hat.

Tochterunternehmen, die voll in den Konsolidierungskreis einbezogen wurden (Teil 1)

Gesellschaft	Sitz	Anteil am Kapital zum 31.12.2017 unmittelbar/(mittelbar) %
Assam SellerCo, Inc.	New York, USA	100,00
Assam SellerCo Service, Inc. ³⁾	New York, USA	(100,00)
Need to Know News, LLC	Chicago, USA	(100,00)
Börse Frankfurt Zertifikate AG	Frankfurt am Main, Deutschland	100,00
Clearstream Holding AG	Frankfurt am Main, Deutschland	100,00
Clearstream International S.A.	Luxemburg, Luxemburg	(100,00)
Clearstream Banking S.A.	Luxemburg, Luxemburg	(100,00)
Clearstream Banking Japan, Ltd.	Tokio, Japan	(100,00)
REGIS-TR S.A.	Luxemburg, Luxemburg	(50,00)
Clearstream Banking AG	Frankfurt am Main, Deutschland	(100,00)
Clearstream Global Securities Services Limited	Cork, Irland	(100,00)
Clearstream Operations Prague s.r.o	Prag, Tschechien	(100,00)
Clearstream Services S.A.	Luxemburg, Luxemburg	(100,00)
DB1 Ventures GmbH	Frankfurt am Main, Deutschland	100,00
Deutsche Boerse Asia Holding Pte. Ltd.	Singapur, Singapur	100,00
Eurex Clearing Asia Pte. Ltd.	Singapur, Singapur	(100,00)
Eurex Exchange Asia Pte. Ltd.	Singapur, Singapur	(100,00)
Deutsche Boerse Market Data+Services Singapore Pte. Ltd.	Singapur, Singapur	100,00
Deutsche Boerse Systems Inc.	Chicago, USA	100,00
Deutsche Börse Photography Foundation gGmbH	Frankfurt am Main, Deutschland	100,00
Deutsche Börse Services s.r.o	Prag, Tschechien	100,00
Eurex Frankfurt AG	Frankfurt am Main, Deutschland	100,00
Eurex Clearing AG	Frankfurt am Main, Deutschland	(100,00)
Eurex Clearing Security Trustee GmbH	Frankfurt am Main, Deutschland	(100,00)
Eurex Bonds GmbH	Frankfurt am Main, Deutschland	(100,00)
Eurex Repo GmbH	Frankfurt am Main, Deutschland	(100,00)

1) Angaben basieren auf vorläufigen Zahlen vor Abschlussprüfer-Testat und können sich daher ggf. nachträglich ändern.

2) Enthält Kapital- und Gewinnrücklagen, Gewinn- bzw. Verlustvortrag sowie Jahresüberschuss bzw. Jahresfehlbetrag und ggf. weitere Bestandteile nach den jeweils geltenden nationalen Rechnungslegungsvorschriften

3) Die Assam SellerCo Service, Inc. ist im Teilkonzern der Assam SellerCo, Inc. enthalten.

4) Vor Gewinnabführung oder Verlustübernahme

	Währung	Grundkapital ¹⁾ Tsd.	Eigenkapital ¹⁾²⁾ Tsd.	Bilanzsumme ¹⁾ Tsd.	Umsatz 2017 ¹⁾ Tsd.	Jahresergebnis 2017 ¹⁾ Tsd.	Erst- konsolidierung
	US\$	9.911	22.657	22.710	0	-473	2009
	US\$	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	2009
	US\$	0	2.098	2.098	0	0	2009
	€	140	15.671	21.338	19.644	3.903	2013
	€	101.000	2.285.314	2.374.923	0	84.707 ⁴⁾	2007
	€	25.000	1.216.871	1.247.634	92.306 ⁵⁾	202.941 ⁶⁾	2002
	€	92.000	1.226.842	14.200.315	569.387 ⁵⁾	190.616	2002
	JPY	49.000	169.849	216.172	79.935	7.923	2009
	€	3.600	8.339	10.731	11.172	2.256	2010
	€	25.000	420.994	1.768.717	298.786 ⁵⁾	111.611	2002
	€	6.211	11.825	16.870	27.074	1.960	2014
	CZK	160.200	182.695	625.297	727.421	34.676	2008
	€	30.000	118.826	194.748	258.318 ⁵⁾	8.269	2002
	€	25	61	67	0	-7	16.03.2016
	€	20.000	14.315	14.400	293	-1.400	2013
	€	10.000	10.378	10.705	1.036	87	2013
	€	6.000	839	1.263	0	-1.187	2013
	S\$	606	995	1.665	1.851	301	2015
	US\$	400	25.041	30.910	19.477	78.669	2000
	€	25	131	202	0	-46	2015
	CZK	200	254.099	603.324	1.319	66.462	2006
	€	6.000	1.203.772	1.360.996	39.598	3.111 ⁷⁾	1998
	€	25.000	464.813	27.272.381	19.922 ⁵⁾	1.589 ⁴⁾	1998
	€	25	79	90	24	1	2013
	€	3.600	11.044	12.949	2.902	285	2001
	€	100	7.000	16.668	10.791	3.140 ⁴⁾	2001

5) Besteht aufgrund der Geschäftstätigkeit aus Zins- und Provisionsergebnissen

6) Darin sind Erträge aus Gewinnabführungsverträgen mit ihren Tochterunternehmen in Höhe von 195.910 T € enthalten; davon entfallen 159.160 T € auf die Clearstream Banking S.A. und 36.750 T € auf die Clearstream Banking AG.

7) Darin sind Erträge aus Gewinnabführungsverträgen mit ihren Tochterunternehmen in Höhe von 4.729 T € enthalten; davon entfallen 3.140 T € auf die Eurex Repo GmbH und 1.589 T € auf die Eurex Clearing AG.

Tochterunternehmen, die voll in den Konsolidierungskreis einbezogen wurden (Teil 2)

Gesellschaft	Sitz	Anteil am Kapital zum 31.12.2017 unmittelbar/(mittelbar) %
Eurex Global Derivatives AG	Zürich, Schweiz	100,00
Eurex Zürich AG	Zürich, Schweiz	(100,00)
European Energy Exchange AG	Leipzig, Deutschland	75,05 ³⁾
Agricultural Commodity Exchange GmbH	Leipzig, Deutschland	(75,05)
Cleartrade Exchange Pte. Limited	Singapur, Singapur	(75,05)
EEX Link GmbH	Leipzig, Deutschland	(75,05)
EEX Power Derivatives GmbH	Leipzig, Deutschland	(75,05)
European Commodity Clearing AG	Leipzig, Deutschland	(75,05)
European Commodity Clearing Luxembourg S.à r.l.	Luxemburg, Luxemburg	(75,05)
Global Environmental Exchange GmbH	Leipzig, Deutschland	(75,05)
Nodal Exchange Holdings, LLC	Tysons Corner, USA	(75,05)
Nodal Exchange, LLC	Tysons Corner, USA	(75,05)
Nodal Clear, LLC	Tysons Corner, USA	(75,05)
Power Exchange Central Europe a.s.	Prag, Tschechien	(50,03)
Powernext SAS	Paris, Frankreich	(75,05)
EPEX SPOT SE	Paris, Frankreich	(38,27) ⁵⁾
EPEX Netherlands B.V.	Amsterdam, Niederlande	(38,27)
EPEX SPOT Belgium S.A.	Brüssel, Belgien	(38,27)
EPEX SPOT Schweiz AG	Bern, Schweiz	(38,27)
JV Epex-Soops B.V.	Amsterdam, Niederlande	(22,96)
Gaspoint Nordic A/S	Brøndby, Dänemark	(75,05)
PEGAS CEGH Gas Exchange Services GmbH	Wien, Österreich	(38,27)
Eurex Services GmbH	Frankfurt am Main, Deutschland	100,00
Impendium Systems Ltd	London, Großbritannien	100,00
STOXX Ltd.	Zürich, Schweiz	100,00
STOXX Australia Pty Limited	Sydney, Australien	(100,00)
Tradegate Exchange GmbH	Berlin, Deutschland	80,00 ⁷⁾
360 Treasury Systems AG	Frankfurt am Main, Deutschland	100,00
360T Asia Pacific Pte. Ltd.	Singapur, Singapur	(100,00)
360 Trading Networks Inc.	New York, USA	(100,00)
360 Trading Networks LLC	Dubai, Vereinigte Arabische Emirate (VAE)	(100,00)
360 Trading Networks Sdn Bhd	Kuala Lumpur, Malaysia	(100,00)
Finbird GmbH	Frankfurt am Main, Deutschland	(100,00)
Finbird Limited	Jerusalem, Israel	(100,00)
ThreeSixty Trading Networks (India) Pte. Ltd.	Mumbai, Indien	(100,00)

1) Angaben basieren auf vorläufigen Zahlen vor Abschlussprüfer-Testat und können sich daher ggf. nachträglich ändern.

2) Enthält Kapital- und Gewinnrücklagen, Gewinn- bzw. Verlustvortrag sowie Jahresüberschuss bzw. Jahresfehlbetrag und ggf. weitere Bestandteile nach den jeweils geltenden nationalen Rechnungslegungsvorschriften

3) Stimmberechtigter Beteiligungsanteil

4) Vor Gewinnabführung oder Verlustübernahme

	Währung	Grundkapital ¹⁾ Tsd.	Eigenkapital ¹⁾²⁾ Tsd.	Bilanzsumme ¹⁾ Tsd.	Umsatz 2017 ¹⁾ Tsd.	Jahresergebnis 2017 ¹⁾ Tsd.	Erst- konsolidierung
	€	83	556.003	577.550	124.590	59.193	2012
	€	8.313	310.184	383.315	45.189	7.619	1998
	€	60.075	311.056	368.542	29.761	36.740 ⁶⁾	2014
	€	100	2.046	2.083	217	-1.084 ⁴⁾	2014
	US\$	19.800	1.867	2.132	1.527	-928	2014
	€	50	59	102	172	8	01.01.2016
	€	125	6.018	16.279	40.531	18.893 ⁴⁾	2014
	€	1.015	88.935	2.751.310	79.318	41.215 ⁴⁾	2014
	€	13	81	324.804	33.933	67	2014
	€	50	48	1.789	3.258	-1.970 ⁴⁾	2014
	US\$	0	153.955	669.435	13.446	-9.632	03.05.2017
	US\$	0	38.485	503.841	13.446	-27	03.05.2017
	US\$	0	31.138	495.838	6.506	1.999	03.05.2017
	CZK	30.000	41.205	53.236	48.412	6.990	31.05.2016
	€	12.584	33.456	41.863	32.542	13.580	2015
	€	6.168	62.937	82.967	76.748	20.832	2015
	€	0	0	710	1.599	0	01.12.2016
	€	3.000	3.900	567.202	3.460	118	2015
	CHF	100	178	214	320	21	2015
	€	18	177	180	26	-8	2015
	DKK	2.000	2.001	2.876	4.115	328	01.07.2016
	€	35	7.317	7.449	1.702	169	02.09.2016
	€	25	98	98	0	-2	2007
	GBP	7.804	-7.309	561	1.332	-318	2014
	CHF	1.000	164.660	201.131	147.242	90.438	2009
	AU\$	0	95	228	463	8	2015
	€	500	1.785	2.482	3.125	648	2010
	€	128	42.719	60.981	67.388	12.345	2015
	S\$	550	4.473	8.754	12.410	215	2015
	US\$	300	7.376	8.556	8.815	595	2015
	€	34	381	491	620	12	2015
	MYR	0	-94	105	0	-94	25.08.2017
	€	25	1.424	1.571	0	59	2015
	ILS	1	-2.967	2.800	0	-1.693	2015
	INR	300	68.827	84.397	38.974	6.948	2015

5) Davon 8,02 Prozent mittelbar über die European Energy Exchange AG und 30,25 Prozent mittelbar über die Powernext SAS gehalten

6) Darin sind Erträge und Aufwendungen aus Gewinnabführungsverträgen mit ihren Tochterunternehmen in der Gesamthöhe von 57.055 T € enthalten.

7) Davon 5,00 Prozent mittelbar über die Tradegate AG Wertpapierhandelsbank gehalten

Veränderungen im Konsolidierungskreis

	Deutschland	Ausland	Summe
Zum 1. Januar 2017	20	42	62
Zugänge	1	5	6
Abgänge	-1	-6	-7
Zum 31. Dezember 2017	20	41	61

Die European Energy Exchange AG, Leipzig, Deutschland, (EEX) hat im März 2017 die 100-prozentige Tochtergesellschaft EEX US Holdings, Inc., Wilmington, Delaware, USA, gegründet. Mit Wirkung zum 3. Mai 2017 erwarb die EEX US Holdings, Inc. 100 Prozent der Anteile an der Nodal Exchange Holdings, LLC, Tysons Corner, Virginia, USA (Nodal Exchange). Der Anteilserwerb erfolgte teilweise indirekt über den Kauf aller Anteile an der Lex Holdings II, LLC, Wilmington, Delaware, USA. Nodal Exchange ist eine regulierte Terminbörse, die mehr als 1.000 Strom- und Erdgaskontrakte an hunderten Standorten anbietet und den Marktteilnehmern die Absicherung gegen Preisrisiken in den USA ermöglicht. Alle Transaktionen an der Nodal Exchange werden durch die Nodal Clear, LLC, Tysons Corner, Virginia, USA, ein durch die US-amerikanische Commodity Futures Trading Commission (CFTC) reguliertes Clearinghaus für Derivate nach dem Commodity Exchange Act, gecleart. Der Kaufpreis betrug 206,9 Mio. US\$ (189,6 Mio. €) in bar. Die EEX US Holdings wird zusammen mit den durch sie erworbenen Gesellschaften mit Abschluss der Transaktion zum 3. Mai 2017 voll in den Konzernabschluss einbezogen.

Die vorläufige Kaufpreisallokation kam zu folgenden Ergebnissen:

Geschäfts- oder Firmenwert aus dem Unternehmenszusammenschluss mit der Nodal Exchange-Gruppe

	Vorläufige Berechnung des Geschäfts- oder Firmenwertes 03.05.2017 Mio. €
Übertragene Gegenleistung	
Kaufpreis	189,6
Anteile nicht beherrschender Gesellschafter	-47,3
Erworbene Bankguthaben	-13,8
Summe Gegenleistung	128,5
Erworbene Vermögenswerte und Schulden	
Kundenbeziehungen	55,0
Börsen- und Clearinglizenzen	24,5
Markennamen	4,9
Software und sonstige immaterielle Vermögenswerte	5,7
Sonstige langfristige Vermögenswerte	0,2
Bankguthaben mit Verfügungsbeschränkung	421,0
Sonstige kurzfristige Vermögenswerte	2,3
Bardepots der Marktteilnehmer	-402,7
Latente Steuerschulden auf temporäre Differenzen	-8,9
Sonstige kurzfristige Schulden	-1,5
Anteile nicht beherrschender Gesellschafter	-28,5
Summe erworbener Vermögenswerte und Schulden	72,0
Geschäfts- oder Firmenwert	56,5

Der aus der Transaktion entstandene Geschäfts- oder Firmenwert in Höhe von 61,6 Mio. US\$ (56,5 Mio. €) spiegelt im Wesentlichen erwartete Umsatzsynergien aus höheren Handelsvolumina wider. Diese werden erwartet, da anzunehmen ist, dass die Zugehörigkeit der Nodal Exchange zu einem größeren Konzern ihre Attraktivität als Anbieter erhöht. Darüber hinaus wird aufgrund der künftig gemeinschaftlichen Kundenbasis von Nodal Exchange und EEX ein Beitrag zum globalen Gasgeschäft erwartet.

Die Vollkonsolidierung der Nodal Exchange-Gruppe hat zu einer Erhöhung der Nettoerlöse um 7,0 Mio. US\$ (6,0 Mio. €) sowie des Ergebnisses nach Steuern und nach Verrechnung der auf nicht beherrschende Gesellschafter entfallenden Anteile in Höhe von 0,2 Mio. US\$ (0,2 Mio. €) geführt. Wäre die Gesellschaft bereits zum 1. Januar 2017 voll konsolidiert worden, hätte dies zu einer Erhöhung der Umsatzerlöse um 13,4 Mio. US\$ (12,0 Mio. €) sowie des Ergebnisses nach Steuern und der auf nicht beherrschende Gesellschafter entfallenden Anteile um 1,4 Mio. US\$ (1,3 Mio. €) geführt.

Im Zuge der Vereinfachung der Beteiligungsstruktur der Nodal Exchange-Gruppe nach Erwerb durch die EEX wurde die Zwischenholding Lex Holdings II, LLC mit Wirkung zum 24. Juli 2017 aufgelöst und die EEX US Holdings, Inc. auf die Nodal Exchange Holdings, LLC verschmolzen.

Die Börse Frankfurt Zertifikate Holding S.A., Luxemburg, wurde mit Wirkung zum 19. Juni 2017 liquidiert und schied somit aus dem Konsolidierungskreis aus. Die Liquidation des Unternehmens war mit Gesellschafterbeschluss vom 24. Juli 2014 beschlossen worden. Die Deutsche Börse AG war zu 100 Prozent an dem Unternehmen beteiligt.

Mit Initiierung des Liquidationsverfahrens für die Gesellschaften APX Commodities Limited in liquidation, London, Großbritannien, und APX Shipping B.V.i.L., Amsterdam, Niederlande, sind diese mit Wirkung zum 30. Juni 2017 bzw. 31. Dezember 2017 aus dem Konsolidierungskreis ausgeschieden.

Am 25. August 2017 gründete die 360 Treasury Systems AG, Frankfurt am Main, Deutschland, die am selben Tag ins Handelsregister eingetragene 360 Trading Networks Sdn Bhd, Kuala Lumpur, Malaysia.

Die Assam SellerCo, Inc., New York, USA, hat mit Wirkung zum 23. Oktober 2017 ihren 100-prozentigen Anteil an der MNI Financial and Economic Information (Beijing) Co. Ltd., Peking, China, zu einem Kaufpreis von 305.000 US\$ an die Hawking LLC veräußert.

Rückwirkend zum 1. Oktober 2017 wurde die Finnovation S.A., eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der Deutsche Börse AG nach luxemburgischem Recht, grenzüberschreitend auf die Finnovation Software GmbH, eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der Deutsche Börse AG, verschmolzen (Verschmelzung I). Unmittelbar danach wurde die Finnovation Software GmbH auf die Deutsche Börse AG verschmolzen (Verschmelzung II). Die beiden Verschmelzungen wurden mit Eintragung ins Handelsregister am 22. Dezember 2017 wirksam. Die Aktiva und Passiva der Finnovation S.A. zum 30. September 2017 gingen auf die Finnovation Software GmbH und in unmittelbarem Anschluss auf die Deutsche Börse AG über.

Die EEX, an der die Deutsche Börse AG zu 75,05 Prozent beteiligt ist, hat im Berichtsjahr sämtliche von nicht beherrschenden Gesellschaftern gehaltene Anteile an der Powernext SAS, Paris, Frankreich, erworben und damit den Beteiligungsanteil auf 100 Prozent gesteigert. Die Beteiligungsquoten an den indirekt durch die Powernext SAS gehaltenen Anteilen an vollkonsolidierten Tochtergesellschaften erhöhten sich entsprechend. Somit hält die EEX nunmehr 51 Prozent der Anteile an der EPEX SPOT SE, Paris, Frankreich.

Assoziierte Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen

Die folgende Tabelle fasst die wesentlichen Finanzinformationen der assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen zusammen, wobei die Angaben jeweils das Unternehmen insgesamt, nach den jeweils geltenden nationalen Rechnungslegungsvorschriften, und nicht die anteiligen Werte aus Sicht der Gruppe Deutsche Börse umfassen.

Assoziierte Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen

Gesellschaft	Sitz	Segment	Anteil am Kapital zum 31.12.2017 unmittelbar/(mittelbar) %
Assoziierte Unternehmen			
BrainTrade Gesellschaft für Börsensysteme mbH	Frankfurt am Main, Deutschland	Xetra	(28,58) ¹⁾
China Europe International Exchange AG	Frankfurt am Main, Deutschland	Eurex	40,00
Deutsche Börse Commodities GmbH	Frankfurt am Main, Deutschland	Xetra	16,20
Digital Vega FX Ltd	London, Großbritannien	Eurex	23,85
LuxCSD S.A.	Luxemburg, Luxemburg	Clearstream	(50,00)
PHINEO gAG	Berlin, Deutschland	Xetra	12,00 ²⁾
RegTek Solutions Inc.	New York, USA	MD+S	12,50
R5FX Ltd	London, Großbritannien	Eurex	16,33
SEEPEX a.d.	Belgrad, Serbien	Eurex	(9,57)
Switex GmbH	Hamburg, Deutschland	Xetra	40,00
Tradegate AG Wertpapierhandelsbank ⁷⁾	Berlin, Deutschland	Xetra	20,00
ZDB Cloud Exchange GmbH in Liquidation	Eschborn, Deutschland	Eurex	49,90
Zimory GmbH in Liquidation	Berlin, Deutschland	Eurex	30,03 ⁹⁾

1) Davon 14,29 Prozent unmittelbar und 14,29 Prozent mittelbar über die Börse Frankfurt Zertifikate AG gehalten

2) Vorläufige Zahlen

3) Wert des Eigenkapitals

4) Die Werte beziehen sich auf das Geschäftsjahr vom 1. Dezember 2016 bis zum 30. November 2017.

5) Die Deutsche Börse AG ist zudem an der Phineo Pool GbR, Berlin, Deutschland, beteiligt, die insgesamt 48 Prozent der Anteile an der PHINEO gAG hält.

Am 9. März 2017 wurden die Anteile an der bislang als assoziiertes Unternehmen eingestuft und nach der Equity-Methode bilanzierten Index Marketing Solutions Limited, London, Großbritannien, veräußert.

Die Global Markets Exchange Group International LLP, London, Großbritannien, wurde mit Wirkung zum 12. April 2017 in LDX International Group LLP umfirmiert. Mit Wirkung zum 5. Oktober 2017 veräußerte die Deutsche Börse AG ihren Anteil von 45,13 Prozent an der LDX International Group LLP.

Mit der Erteilung aller regulatorisch notwendiger Genehmigungen am 24. April 2017 konnte die Deutsche Börse AG ihren Beteiligungsanteil an der Tradegate AG Wertpapierhandelsbank, Berlin, Deutschland, (Tradegate AG), um 4,96 Prozentpunkte steigern. Zudem erwarb die Deutsche Börse AG am 13. Juli 2017 weitere 0,18 Prozentpunkte an der Tradegate AG, sodass nach Vollzug der Transaktion der Beteiligungsanteil der Deutsche Börse AG an der Tradegate AG 20 Prozent beträgt. Die Tradegate AG wird weiterhin als assoziiertes Unternehmen eingestuft und nach der Equity-Methode bilanziert. Wie in [Erläuterung 2 im Unternehmensbericht 2016](#) beschrieben, hatte die Deutsche Börse AG am 21. Dezember 2016 eine Kaufoption auf Aktien der Tradegate AG ausgeübt.

	Währung	Grundkapital Tsd.	Vermögens- werte Tsd.	Schulden Tsd.	Umsatz 2017 Tsd.	Jahresergebnis 2017 Tsd.	Assoziiert seit
	€	1.400 ²⁾	4.246 ²⁾	-2.531 ²⁾	4.808 ²⁾	151 ²⁾	2013
	€	27.000 ²⁾	17.770 ²⁾	1.365 ²⁾	346 ²⁾	-5.403 ²⁾	2015
	€	1.000	6.093.292	6.087.385	13.278	3.156	2007
	GBP	2.607 ³⁾⁴⁾	2.016 ⁴⁾	922 ⁴⁾	970 ⁴⁾	493 ⁴⁾	2011
	€	6.000	7.294	-1.579	2.407	8	2015
	€	50	6.344	2.656	1.001	266	2010
	US\$	20.000	1.395	0	3.188	-1.537	2015
	GBP	2 ⁶⁾	569 ⁶⁾	745 ⁶⁾	19 ⁶⁾	-1.000 ⁶⁾	2014
	RSD	120.000	149.261	169.124	52.615	-30.563	2015
	€	25	527	97	250	92	04.11.2016
	€	24.403 ⁸⁾	133.575 ⁸⁾	90.938 ⁸⁾	53.486 ⁸⁾	12.644 ⁸⁾	2010
	€	50	219	74	0	-9	2013
	€	263	259	84	0	-6	2013

6) Zahlen zum 31. Oktober 2017

7) Der beizulegende Zeitwert der Beteiligung an der börsennotierten Gesellschaft betrug zum Bilanzstichtag 104,9 Mio. €.

8) Zahlen zum 31. Dezember 2016

9) Stimmberechtigter Anteil

Am 25. Juli 2017 erwarb die Deutsche Börse AG einen stimmberechtigten Anteil von 12,5 Prozent an der RegTek Solutions Inc., New York, USA. Da die Deutsche Börse AG maßgeblichen Einfluss durch die Zugehörigkeit zum Board of Directors im Sinne des IAS 28.6 (a) ausübt, wird die RegTek Solutions Inc. als assoziiertes Unternehmen eingestuft und nach der Equity-Methode bilanziert.

Mit Wirkung zum 7. September 2017 wurde die Bondcube Limited in Administration, London, Großbritannien, liquidiert und schied somit aus dem Konsolidierungskreis aus. Die Liquidation des Unternehmens war mit Gesellschafterbeschluss vom 21. Juli 2015 beschlossen worden. Die Deutsche Börse AG war zu 30 Prozent an ihm beteiligt.

Sofern der Stimmrechtsanteil der Unternehmen der Gruppe Deutsche Börse weniger als 20 Prozent beträgt, wird der maßgebliche Einfluss der Gruppe Deutsche Börse im Einklang mit IAS 28.6 (a) durch Vertreter der Gruppe im Aufsichtsrat oder im Board of Directors der folgenden Unternehmen sowie durch entsprechende Überwachungssysteme ausgeübt:

- Deutsche Börse Commodities GmbH, Frankfurt am Main, Deutschland
- PHINEO gAG, Berlin, Deutschland
- RegTek Solutions Inc., New York, USA
- R5FX Ltd, London, Großbritannien
- SEEPEX a.d., Belgrad, Serbien
- Tradegate AG Wertpapierhandelsbank, Berlin, Deutschland

3. Zusammenfassung der wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Konzernabschluss der Deutsche Börse AG wurde in Euro, der funktionalen Währung der Deutsche Börse AG, aufgestellt. Soweit nicht anders vermerkt, werden alle Beträge in Millionen Euro (Mio. €) angegeben. Aufgrund von Rundungen können sich Abweichungen zu den nicht gerundeten Beträgen ergeben.

Den Jahresabschlüssen der in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen liegen die im Folgenden dargestellten konzernweiten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze auf der Basis von IFRS zugrunde. Sie wurden für die dargestellten Perioden konsistent angewandt.

Anpassung der Darstellung der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

Die Einführung der Steuerungsgröße „Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibung (EBITDA)“ im Geschäftsjahr 2017 hat zu folgenden Anpassungen in der Darstellung der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung geführt:

Der Posten „Abschreibung und Wertminderungsaufwand“ wurde aus den operativen Kosten umgegliedert; er wird gesondert nach dem neu eingeführten „Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibung (EBITDA)“ berichtet. Die Bezeichnung der operativen Kosten wurde entsprechend geändert in „Operative Kosten (ohne Abschreibung und Wertminderungsaufwand)“. Die Darstellung für das Geschäftsjahr 2016 wurde angepasst; dadurch haben sich die operativen Kosten für 2016 um 131,0 Mio. € verringert. Das Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibung (EBITDA) beläuft sich 2016 auf 1.239,2 Mio. €; das Periodenergebnis vor Zinsen und Steuern beträgt unverändert 1.108,2 Mio. €. Mit der Aufnahme der Steuerungsgröße EBITDA in die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung passt die Gruppe Deutsche Börse ihre externe Berichterstattung an ihr geändertes internes Berichtswesen an und strebt damit zugleich eine bessere Vergleichbarkeit mit ihren Wettbewerbern an.

Erfassung von Erlösen und Aufwendungen

Die Handels-, Clearing- und Settlemententgelte werden am Handelstag als Umsatzerlöse erfasst und monatlich abgerechnet. Depotverwahrungserlöse sowie Erlöse für die Systementwicklung und den Systembetrieb werden grundsätzlich zeitanteilig erfasst und monatlich abgerechnet. Kursvermarktungserlöse werden monatlich abgerechnet. Erlösschmälerungen werden von den Umsatzerlösen abgesetzt.

Im Posten „Volumenabhängige Kosten“ werden Aufwendungen erfasst, die insbesondere von der Anzahl bestimmter Handels- und Abwicklungstransaktionen, vom Verwahrvolumen oder vom Volumen im Rahmen der globalen Wertpapierfinanzierung (Global Securities Financing) oder vom Umfang erworbener Daten abhängen oder die aus „Revenue Sharing“-Vereinbarungen oder Maker-Taker-Preismodellen resultieren. Volumenabhängige Kosten entfallen, wenn die entsprechenden Erlöse nicht mehr erzielt werden.

Zinserträge und -aufwendungen werden unter Berücksichtigung der Effektivzinsmethode über die Laufzeit des jeweiligen Finanzinstruments erfasst. Zinserträge werden erfasst, wenn es hinreichend wahrscheinlich ist, dass der wirtschaftliche Nutzen aus dem Geschäft dem Unternehmen zufließen wird und

die Höhe der Erträge verlässlich bestimmt werden kann. Zinsaufwendungen werden in der Periode als Aufwand erfasst, in der sie angefallen sind. Zinserträge und -aufwendungen aus dem Bankgeschäft werden in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung saldiert und in [Erläuterung 4](#) gesondert ausgewiesen.

Dividendenerträge werden im Beteiligungsergebnis erfasst, wenn der Anspruch auf Zahlung rechtlich entstanden ist.

Die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren gegliedert.

Forschungs- und Entwicklungskosten

Forschungskosten werden als laufender Aufwand in der Periode ihrer Entstehung gebucht. Entwicklungskosten eines Vermögenswertes werden nur dann aktiviert, wenn sie verlässlich geschätzt werden können, alle Definitionskriterien eines Vermögenswertes erfüllt sind und der aus der Aktivierung der Entwicklungskosten resultierende künftige wirtschaftliche Nutzen nachgewiesen werden kann. Diese Entwicklungskosten enthalten direkt zurechenbare Kosten für Arbeitnehmer, bezogene Dienstleistungen und Arbeitsplatzumgebungen, inklusive anteiliger indirekter Kosten, die der Vorbereitung zur Nutzung des Vermögenswertes direkt zugeordnet werden können, wie die Kosten der Infrastruktur zur Softwareentwicklung. Entwicklungskosten, die die Voraussetzungen einer Aktivierung nicht erfüllen, werden erfolgswirksam erfasst. Die Zinsaufwendungen, die nicht einer der jeweiligen Entwicklungen direkt zugerechnet werden konnten, wurden im Berichtsjahr erfolgswirksam in den Finanzaufwendungen erfasst und nicht in die Herstellungskosten einbezogen. Sofern eine Trennung von Forschungs- und Entwicklungskosten nicht möglich ist, werden die Ausgaben erfolgswirksam in der Periode ihrer Entstehung erfasst.

Alle Entwicklungskosten (primäre Kosten und Folgekosten) werden auf Projekte gebucht. Um zu entscheiden, welche Kostenanteile zu aktivieren sind und welche Anteile nicht aktiviert werden müssen, werden die Projekte in folgende Phasen untergliedert:

Nicht aktivierbare Phasen

1. Konzeption

- Definition des Produktkonzepts
- Spezifikation des erwarteten wirtschaftlichen Nutzens
- Erste Kosten- und Umsatzprognose

Aktivierbare Phasen

2. Detailspezifikation

- Zusammenstellen und Prüfen der genauen Spezifikationen
- Problemlösungsprozess

3. Bauen und Testen

- Softwareprogrammierung
- Produkttests

Nicht aktivierbare Phasen

4. Abnahme

- Planung und Durchführung von Abnahmetests
- Analyse einer bereits funktionsfähigen und betriebsbereiten Software in Bezug auf Schwachstellen
- Identifikation von Ineffizienzen

5. Simulation

- Simulationsvorbereitung und -durchführung
- Zusammenstellen und Testen von Simulations-Softwarepaketen
- Zusammenstellen und Prüfen von Dokumenten

6. Markteinführung (Roll-out)

- Planen der Produkteinführung
- Zusammenstellen und Versenden der Produktionssysteme
- Zusammenstellen und Prüfen von Dokumenten

Gemäß IAS 38 werden nur die Aufwendungen aktiviert, die in den Phasen „Detailspezifikation“ und „Bauen und Testen“ anfallen. Alle übrigen Phasen der Projekte zur Softwareentwicklung werden als Aufwand erfasst.

Immaterielle Vermögenswerte

Aktiviert Entwicklungskosten werden ab dem Beginn der Softwarenutzung über deren voraussichtliche Nutzungsdauer linear abgeschrieben. Für selbst erstellte Software wird grundsätzlich eine wirtschaftliche Nutzungsdauer von fünf Jahren angenommen, für neu entwickelte Handelsplattformen und Clearing- oder Settlementssysteme sowie bestimmte Weiterentwicklungen dieser Systeme wird eine Nutzungsdauer von sieben Jahren zugrunde gelegt.

Entgeltlich erworbene Software wird zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen und ggf. Wertminderungsaufwendungen, bilanziert. Die planmäßigen Abschreibungen erfolgen linear über die voraussichtliche Nutzungsdauer oder höchstens bis zum Erlöschen des Nutzungsrechts.

Nutzungsdauer Software

Vermögenswert	Abschreibungsdauer
Standardsoftware	3 bis 10 Jahre
Erworbene Individualsoftware	3 bis 6 Jahre
Selbst erstellte Individualsoftware	3 bis 7 Jahre

Bei Abgang oder wenn kein weiterer wirtschaftlicher Nutzen zu erwarten ist, werden die immateriellen Vermögenswerte ausgebucht.

Die Abschreibungsperiode für immaterielle Vermögenswerte mit einer begrenzten Nutzungsdauer wird mindestens zum Ende jedes Geschäftsjahres überprüft. Sofern sich die erwartete Nutzungsdauer von vorangegangenen Schätzungen unterscheidet, wird die Abschreibungsperiode entsprechend angepasst.

Geschäfts- oder Firmenwerte werden zu Anschaffungskosten bilanziert und mindestens jährlich auf Wertminderung überprüft.

Bei den fast ausschließlich im Rahmen von Unternehmenszusammenschlüssen erworbenen anderen immateriellen Vermögenswerten entsprechen die Anschaffungskosten den beizulegenden Zeitwerten zum Erwerbszeitpunkt. Sofern die Vermögenswerte eine begrenzte Laufzeit haben, werden sie um planmäßige Abschreibungen linear über die voraussichtliche Nutzungsdauer gemindert. Vermögenswerte mit einer unbestimmten Nutzungsdauer werden mindestens jährlich auf Wertminderung getestet.

Nutzungsdauer anderer immaterieller Vermögenswerte nach Unternehmenszusammenschlüssen

	Börsenlizenzen	Markennamen	Teilnehmer- und Kundenbeziehungen	Sonstige immaterielle Vermögenswerte
STOXX	–	unbestimmt	12 Jahre	3 bis 5 Jahre
EEX	unbestimmt	unbestimmt	16 Jahre	–
CGSS	–	–	20 Jahre	8 Jahre
360T	–	unbestimmt	23 Jahre	–
Sonstige	unbestimmt	5 Jahre, unbestimmt	8 bis 24 Jahre	2 bis 20 Jahre

Da die oben aufgeführten Börsenlizenzen keine zeitlich begrenzte Gültigkeit aufweisen und zudem für die zum 31. Dezember 2017 ausgewiesenen Börsenlizenzen die Absicht besteht, sie im Rahmen der allgemeinen Geschäftsstrategie beizubehalten, wird von einer unbestimmten Nutzungsdauer ausgegangen. Des Weiteren wird für den Markennamen STOXX, bestimmte Markennamen von 360T sowie für bestimmte von der EEX-Gruppe registrierte Markennamen ebenfalls von einer unbestimmten Nutzungsdauer ausgegangen. Diese Dachmarken weisen einen hohen Bekanntheitsgrad auf und werden im Rahmen der operativen Geschäftstätigkeit genutzt, sodass keine Hinweise auf eine begrenzte Nutzungsdauer vorliegen.

Sachanlagen

Abnutzbare Sachanlagen werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um kumulierte Abschreibungen, bilanziert. Planmäßige Abschreibungen erfolgen nach der linearen Methode. Herstellungskosten umfassen alle direkt dem Herstellungsprozess zurechenbaren Kosten sowie angemessene Teile der fertigungsbezogenen Gemeinkosten. Finanzierungskosten wurden im Berichtsjahr nicht angesetzt, da sie keiner bestimmten Herstellung direkt zugerechnet werden konnten.

Nutzungsdauer Sachanlagen

Vermögenswert	Abschreibungsdauer
Computerhardware	3 bis 5 Jahre
Büroausstattung	5 bis 25 Jahre
Einbauten in gemieteten Immobilien	nach Mietvertragsdauer

Reparatur- und Instandhaltungskosten werden zum Zeitpunkt ihrer Entstehung als Aufwand gebucht.

Sofern es wahrscheinlich ist, dass der Gruppe ein mit einer Sachanlage verbundener, künftiger wirtschaftlicher Nutzen zufließen wird, und wenn die Anschaffungs- oder Herstellungskosten verlässlich bewertet werden können, werden nachträgliche Anschaffungs- oder Herstellungskosten zum Zeitpunkt ihres Anfallens als Buchwert-Zugang erfasst. Der Buchwert jener Teile, die ersetzt wurden, wird ausgebucht.

Wertminderung auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte

Bestimmte langfristige nichtfinanzielle Vermögenswerte werden auf Wertminderung überprüft. An jedem Bilanzstichtag wird überprüft, ob Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass ein Vermögenswert wertgemindert sein könnte. In diesem Fall wird der Buchwert dem erzielbaren Betrag (der höhere der beiden Beträge aus Nutzungswert und beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten) gegenübergestellt, um die Höhe der ggf. vorzunehmenden Wertminderung zu ermitteln.

Der Nutzungswert wird auf Basis der abgezinnten geschätzten künftigen Zahlungsströme aus der fortgesetzten Nutzung des Vermögenswertes und aus seiner letztendlichen Veräußerung vor Steuern geschätzt. Zu diesem Zweck werden die Abzinsungssätze auf Grundlage der gültigen gewichteten Kapitalkosten geschätzt und um Steuereffekte bereinigt. Wenn für einen Vermögenswert kein erzielbarer Betrag ermittelt werden kann, wird der erzielbare Betrag der Zahlungsmittel generierenden Einheit ermittelt, der der betreffende Vermögenswert zugeordnet werden kann.

Unabhängig davon, ob ein Anhaltspunkt für eine Wertminderung vorliegt, werden immaterielle Vermögenswerte mit einer unbestimmten Nutzungsdauer oder noch nicht nutzungsbereite immaterielle Vermögenswerte mindestens jährlich auf Wertminderung überprüft. Wenn der geschätzte erzielbare Betrag niedriger ist als der Buchwert, wird ein Wertminderungsaufwand erfasst und der Nettobuchwert des Vermögenswertes auf seinen geschätzten erzielbaren Betrag verringert.

Geschäfts- oder Firmenwerte werden den identifizierbaren Gruppen von Vermögenswerten (Zahlungsmittel generierende Einheiten) oder Gruppen von Zahlungsmittel generierenden Einheiten, die Synergien aus der jeweiligen Erwerbstransaktion ziehen, zugeordnet. Unabhängig davon, ob ein Anhaltspunkt für eine Wertminderung vorliegt, werden diese mindestens jährlich auf der niedrigsten Stufe auf Wertminderung überprüft, auf der die Gruppe Deutsche Börse den jeweiligen Geschäfts- oder Firmenwert überwacht. Sofern der Buchwert der Zahlungsmittel generierenden Einheit, der ein Geschäfts- oder Firmenwert zugeordnet ist, einschließlich dieses Geschäfts- oder Firmenwertes höher ist als der erzielbare Betrag dieser Gruppe von Vermögenswerten, ist ein Wertminderungsaufwand zu erfassen. Der Wertminderungsaufwand wird zuerst dem Geschäfts- oder Firmenwert zugeordnet und danach den anderen Vermögenswerten im Verhältnis ihrer Buchwerte.

Zu jedem Bilanzstichtag wird überprüft, ob Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass eine in den Vorjahren vorgenommene Wertminderung für langfristige Vermögenswerte (außer für Geschäfts- oder Firmenwerte) nicht mehr zutreffend ist. In diesem Fall wird der Buchwert des Vermögenswertes erfolgswirksam erhöht. Der Höchstbetrag dieser Zuschreibung ist begrenzt auf den Buchwert, der sich ergeben hätte, ohne dass eine Wertminderung in Vorperioden erfasst worden wäre. Wertaufholungen für Geschäfts- oder Firmenwerte werden nicht vorgenommen.

Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes

Zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes eines Finanzinstruments werden quotierte Marktpreise herangezogen, sofern diese verfügbar sind. Sofern keine Börsenpreise vorliegen, finden beobachtbare Marktpreise beispielsweise für Zinssätze oder Devisenkurse Verwendung. Diese beobachtbaren Marktparameter dienen dann als Inputfaktoren für finanzmathematische Modelle, z. B. Optionspreismodelle oder Discounted Cashflow-Modelle. In Einzelfällen wird der beizulegende Zeitwert ausschließlich auf Basis interner Bewertungsmodelle ermittelt.

Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen

Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen werden beim erstmaligen Ansatz zu Anschaffungskosten angesetzt und im Rahmen der Folgebewertung nach der Equity-Methode bilanziert.

Finanzielle Vermögenswerte

Finanzielle Vermögenswerte sind für die Gruppe Deutsche Börse insbesondere andere Beteiligungen, Forderungen und Wertpapiere aus dem Bankgeschäft, sonstige Wertpapiere und sonstige Ausleihungen, Finanzinstrumente der zentralen Kontrahenten, Forderungen und sonstige Vermögenswerte sowie Bankguthaben.

Erfassung von finanziellen Vermögenswerten

Finanzielle Vermögenswerte werden erfasst, wenn eine Konzerngesellschaft Vertragspartei der vertraglichen Regelungen des Finanzinstruments wird. Sie werden grundsätzlich zum Handelstag erfasst. Kredite und Forderungen aus dem Bankgeschäft, zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte aus dem Bankgeschäft sowie Kassamarktgeschäfte in Aktien über die zentralen Kontrahenten der Gruppe Deutsche Börse werden zum Erfüllungstag erfasst.

Finanzielle Vermögenswerte werden beim erstmaligen Ansatz zum beizulegenden Zeitwert und im Falle eines finanziellen Vermögenswertes, der in Folgeperioden nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet wird, einschließlich der Transaktionskosten bewertet. Sofern sie innerhalb eines Jahres erfüllt werden, werden sie den kurzfristigen Vermögenswerten zugeordnet, ansonsten den langfristigen.

Folgebewertung von finanziellen Vermögenswerten

Die Folgebewertung von Finanzinstrumenten geschieht anhand der im Folgenden erläuterten Kategorien. Die Gruppe Deutsche Börse macht von der Möglichkeit, finanzielle Vermögenswerte der Kategorie „Bis zur Endfälligkeit gehaltene Finanzinvestitionen“ zuzuordnen, im Berichtsjahr wie in den Vorjahren keinen Gebrauch. Die Gruppe hat erstmalig von der Möglichkeit, finanzielle Vermögenswerte erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu designieren (Fair Value-Option) für eine Wandelanleihe Gebrauch gemacht. Die finanziellen Vermögenswerte werden den einzelnen Kategorien zugeordnet, wenn sie das erste Mal erfasst werden.

Zu Handelszwecken gehaltene Vermögenswerte

Derivate, die nicht als Sicherungsinstrumente designiert sind, sowie die Finanzinstrumente der zentralen Kontrahenten (ausgenommen noch nicht eingezogene Sicherheitsleistungen der Clearingteilnehmer) werden erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet.

Realisierte und nicht realisierte Gewinne und Verluste werden, sofern sie aus dem Bankgeschäft Resultieren, unmittelbar in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung in den Posten „Sonstige betriebliche Erträge“, „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ oder in den Posten „Nettozinserträge aus dem Bankgeschäft“ bzw. – sofern sie außerhalb des Bankgeschäfts anfallen – im Posten „Finanzerträge“ bzw. „Finanzaufwendungen“ erfasst.

Kredite und Forderungen

Kredite und Forderungen umfassen insbesondere lang- und kurzfristige Forderungen aus dem Bankgeschäft, eingeforderte Sicherheitsleistungen der zentralen Kontrahenten, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstige kurzfristige Forderungen. Sie werden zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Berücksichtigung von ggf. notwendigen Wertminderungsaufwendungen ausgewiesen. Agios und

Disagios sind in den fortgeführten Anschaffungskosten des entsprechenden Instruments enthalten und werden nach der Effektivzinsmethode ab- bzw. zugeschrieben und sind – sofern sie das Bankgeschäft betreffen – im Posten „Nettozinserträge aus dem Bankgeschäft“ bzw. in den Posten „Finanzerträge“ oder „Finanzaufwendungen“ enthalten.

Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente

Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente umfassen im Wesentlichen Barmittel und Sichteinlagen sowie finanzielle Vermögenswerte, die jederzeit in Zahlungsmittel umgewandelt werden können. Sie unterliegen nur geringen Wertschwankungen. Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten.

Bankguthaben mit Verfügungsbeschränkung umfassen Bardepots von Marktteilnehmern, die größtenteils über Nacht im Wesentlichen bei Zentralbanken oder im Rahmen von Reverse Repurchase Agreements bei Banken angelegt werden.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte

Als „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ sind nichtderivative finanzielle Vermögenswerte klassifiziert, die nicht den Kategorien „Kredite und Forderungen“ und „Zu Handelszwecken gehaltene Vermögenswerte“ zuzuordnen sind. Diese Vermögenswerte umfassen in den Posten „Andere Beteiligungen“ und „Sonstige Wertpapiere“ ausgewiesene Eigenkapital- bzw. Schuldinstrumente sowie in den kurz- und langfristigen Forderungen und Wertpapieren aus dem Bankgeschäft ausgewiesene Schuldinstrumente.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte werden grundsätzlich mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet, der auf einem aktiven Markt beobachtbar ist. Nicht realisierte Gewinne und Verluste werden erfolgsneutral im Posten „Neubewertungsrücklage“ erfasst. Hiervon ausgenommen sind Wertminderungen und Effekte aus der Währungsumrechnung von monetären Posten; diese Effekte werden erfolgswirksam erfasst.

Eigenkapitalinstrumente, für die kein aktiver Markt existiert, werden (sofern verfügbar) auf Grundlage aktueller vergleichbarer Markttransaktionen bewertet. Wird ein Eigenkapitalinstrument nicht auf einem aktiven Markt gehandelt und sind alternative Bewertungsmethoden für dieses Eigenkapitalinstrument nicht anwendbar, wird es vorbehaltlich eines Wertminderungstests zu Anschaffungskosten bilanziert.

Realisierte Gewinne und Verluste werden grundsätzlich als Finanzerträge oder Finanzaufwendungen erfasst. Zinserträge im Zusammenhang mit Schuldinstrumenten des Bankgeschäfts werden nach der Effektivzinsmethode in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung im Posten „Nettozinserträge aus dem Bankgeschäft“ erfasst. Sonstige realisierte Gewinne und Verluste werden in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung im Posten „Sonstige betriebliche Erträge“ bzw. „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ erfasst.

Falls es sich bei Schuldinstrumenten des Bankgeschäfts um gesicherte Grundgeschäfte im Rahmen von Marktwert-Absicherungsgeschäften (Fair Value Hedges) handelt, werden die aus dem gesicherten Risiko resultierenden Fair Value-Änderungen erfolgswirksam erfasst.

Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten

Finanzielle Vermögenswerte werden ausgebucht, wenn die vertraglichen Rechte an den Cashflows erlöschen oder wenn im Wesentlichen alle Risiken und Chancen aus dem Eigentum der finanziellen Vermögenswerte übertragen werden.

Die Clearstream Banking S.A. tritt im Zusammenhang mit dem Wertpapierleihsystem ASLplus als Vertragspartner bei der Wertpapierleihe auf. Dabei tritt sie rechtlich zwischen Ver- und Entleiher, ohne wirtschaftlicher Vertragspartner zu werden (durchlaufender Posten). Bei diesen Transaktionen stimmen die entlehnten und die verliehenen Wertpapiere überein. Folglich werden diese Transaktionen nicht in der Konzernbilanz erfasst.

Wertminderung finanzieller Vermögenswerte

Zu jedem Bilanzstichtag wird für finanzielle Vermögenswerte, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, überprüft, ob Anzeichen für eine Wertminderung vorliegen.

Die Gruppe Deutsche Börse hat Kriterien für die Beurteilung objektiver Hinweise auf das Vorliegen eines möglichen Wertminderungsaufwands festgelegt; diese umfassen insbesondere finanzielle Schwierigkeiten des Schuldners und Vertragsverletzungen. Bei Eigenkapitalinstrumenten werden zudem die Dauer und die Höhe der Wertminderung im Vergleich zu den Anschaffungskosten berücksichtigt. Sofern der Wertrückgang mindestens 20 Prozent der Anschaffungskosten beträgt oder für mindestens neun Monate andauert oder ein Wertrückgang für mindestens sechs Monate in Höhe von mindestens 15 Prozent der Anschaffungskosten auftritt, beurteilt die Gruppe Deutsche Börse dies als objektiven Hinweis auf eine Wertminderung. Bei Schuldinstrumenten wird eine Wertminderung vermutet, sofern ein Kursrückgang auf eine deutliche Verschlechterung der Kreditwürdigkeit des Emittenten zurückzuführen ist.

Die Höhe der Wertberichtigung für einen finanziellen Vermögenswert, der zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet wird, ergibt sich aus der Differenz zwischen dem Buchwert und dem Barwert der geschätzten künftigen Zahlungsströme, diskontiert mit dem ursprünglichen Effektivzinssatz. Eine spätere Wertaufholung ist maximal bis zum Buchwert, der sich ohne vorherige Wertminderung ergeben hätte, zu erfassen.

Die Höhe der Wertberichtigung für einen finanziellen Vermögenswert, der zu Anschaffungskosten bewertet wird, (Eigenkapitalinstrumente, die nicht börsennotiert sind) ergibt sich aus der Differenz zwischen dem Buchwert und dem Barwert der geschätzten künftigen Zahlungsströme, diskontiert mit einem aktuellen Marktzins. Eine spätere Wertaufholung ist nicht zulässig.

Bei zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ermittelt sich die Wertminderung als Differenz zwischen den Anschaffungskosten und dem beizulegenden Zeitwert. Eine ggf. bereits im Eigenkapital erfasste Verringerung des beizulegenden Zeitwertes ist bei Feststellung der Wertminderung erfolgswirksam umzubuchen. Eine spätere Wertaufholung ist nur bei Fremdkapitalinstrumenten erfolgswirksam zu erfassen, wenn der Grund für die ursprünglich vorgenommene Abschreibung entfallen ist.

Finanzielle Verbindlichkeiten

Finanzielle Verbindlichkeiten betreffen im Wesentlichen verzinsliche Verbindlichkeiten, sonstige Verbindlichkeiten, Verbindlichkeiten aus dem Bankgeschäft, Finanzinstrumente der zentralen Kontrahenten, die Bardepots der Marktteilnehmer sowie Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen. Sie werden erfasst, wenn eine Konzerngesellschaft Vertragspartei des Finanzinstruments wird. Sie werden grundsätzlich zum Handelstag erfasst. Kassamarktgeschäfte in Aktien über den zentralen Kontrahenten Eurex Clearing AG werden zum Erfüllungstag erfasst.

Saldierung von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten

Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten werden miteinander verrechnet und nur der Nettobetrag wird in der Konzernbilanz ausgewiesen, wenn ein Gruppenunternehmen gegenwärtig über ein einklagbares Recht zur Verrechnung der erfassten Beträge verfügt und entweder beabsichtigt, auf Nettobasis abzurechnen oder den finanziellen Vermögenswert zu realisieren und gleichzeitig die Verbindlichkeit zu erfüllen.

Finanzverbindlichkeiten, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden

Finanzverbindlichkeiten, die nicht zu Handelszwecken dienen, werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Diese Verbindlichkeiten enthalten emittierte Anleihen. Die im Zusammenhang mit der Platzierung der Finanzverbindlichkeiten angefallenen Finanzierungskosten werden, soweit sie direkt zurechenbar sind, im Rahmen der Effektivzinsmethode berücksichtigt. Disagien werden periodisch abgegrenzt.

Finanzverbindlichkeiten, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden

Ein Termingeschäft mit einem nicht beherrschenden Gesellschafter über den Erwerb von Minderheitsanteilen, das durch Barausgleich oder Lieferung von anderen finanziellen Vermögenswerten erfüllt wird, ist eine finanzielle Verbindlichkeit, die zum beizulegenden Zeitwert angesetzt wird. Die Folgebewertung wird erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert vorgenommen. Der der Transaktion zugrunde liegende Anteil eines nicht beherrschenden Gesellschafters wird so bilanziert, als ob er zum Zeitpunkt der Transaktion bereits erworben wurde.

Derivative Finanzinstrumente und Absicherungsgeschäfte

Derivative Finanzinstrumente werden zur Absicherung des Zins- oder Währungsrisikos eingesetzt. Sämtliche derivativen Finanzinstrumente werden zu ihrem beizulegenden Zeitwert angesetzt.

Hedge Accounting wird bei derivativen Finanzinstrumenten angewandt, die Teil einer Sicherungsbeziehung sind, die als hoch wirksam eingestuft ist und für die bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind, insbesondere in Bezug auf die Dokumentation der Sicherungsbeziehung und der Risikostrategie sowie die zuverlässige Beurteilung der Effektivität.

Zahlungsfluss-Absicherungsgeschäfte (Cashflow-Hedges)

Der als hoch wirksam eingestufte Teil des Gewinns oder Verlusts aus dem Sicherungsinstrument wird erfolgsneutral bilanziert. Dieser Gewinn oder Verlust passt letztlich den Wert des abgesicherten Zahlungsflusses an, d. h. dass der Gewinn oder Verlust aus dem Sicherungsinstrument erfolgswirksam erfasst wird, soweit das gesicherte Grundgeschäft in der Bilanz berücksichtigt oder erfolgswirksam ist. Der ineffektive Teil des Gewinns oder Verlusts wird sofort erfolgswirksam erfasst.

Marktwert-Absicherungsgeschäfte (Fair Value Hedges)

Der Gewinn oder Verlust aus dem Sicherungsinstrument wird zusammen mit dem Gewinn oder Verlust des gesicherten Vermögenswertes bzw. der gesicherten Verbindlichkeit (Underlying), der bzw. die dem abgesicherten Risiko zuzurechnen ist, sofort erfolgswirksam erfasst. Bei Gewinn oder Verlust des gesicherten Underlying wird sein Buchwert angepasst.

Absicherungen von Nettoinvestitionen (Hedges of a Net Investment) in einen ausländischen Geschäftsbetrieb

Der effektive Teil des Gewinns oder Verlusts aus einem Sicherungsgeschäft, das als hoch wirksame Absicherung eingestuft wird, wird unmittelbar im Eigenkapital erfasst. Er wird zum Zeitpunkt der Veräußerung des ausländischen Geschäftsbetriebs erfolgswirksam erfasst. Der ineffektive Teil des Gewinns oder Verlusts wird sofort erfolgswirksam erfasst.

Derivative Finanzinstrumente, die nicht Teil einer Sicherungsbeziehung sind

Gewinne oder Verluste aus derivativen Finanzinstrumenten, die nicht Teil einer hoch wirksamen Sicherungsbeziehung sind, werden sofort in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Finanzinstrumente der zentralen Kontrahenten

Die European Commodity Clearing AG, die Nodal Clear, LLC und die Eurex Clearing AG agieren jeweils als zentrale Kontrahenten:

- Die European Commodity Clearing AG garantiert die Erfüllung von Spot- und Termingeschäften an den Handelsplätzen der EEX-Gruppe und den angeschlossenen Partnerbörsen.
- Die Nodal Clear, LLC wurde 2017 durch die European Energy Exchange AG als Teil der Nodal Exchange-Gruppe erworben. Sie ist in den USA als „Derivatives Clearing Organisation“ registriert und fungiert als zentraler Kontrahent für alle Transaktionen an der Nodal Exchange.
- Die Eurex Clearing AG garantiert die Erfüllung aller Geschäfte mit Futures und Optionen an den Eurex-Börsen (Eurex Deutschland und Eurex Zürich AG). Ferner gewährleistet sie die Erfüllung aller Geschäfte auf Eurex Repo (Handelsplattform für Pensionsgeschäfte) sowie die Erfüllung bestimmter in Aktien an der Frankfurter Wertpapierbörse (FWB) abgeschlossener Börsengeschäfte und bestimmter Kassamarktgeschäfte der Irish Stock Exchange. Die Eurex Clearing AG garantiert auch die Erfüllung von Geschäften, die außerhalb des Orderbuchs (Off-Order-Book Trades) in das Handelssystem der Eurex-Börsen, Eurex Repo, der FWB sowie der Irish Stock Exchange zum Clearing eingegeben werden. Im Berichtsjahr gewährleistete sie ferner die Erfüllung aller Geschäfte auf Eurex Bonds (Handelsplattform für Anleihen) inklusive zum Clearing eingegebener Off-Order-Book Trades. Die Eurex Clearing AG führt darüber hinaus das Clearing von außerbörslich gehandelten („over the counter“, OTC) Zinsderivaten sowie von Wertpapierdarlehenstransaktionen aus, sofern diese die festgelegten Novationskriterien erfüllen.

Die Geschäfte der Clearinghäuser kommen hierbei nur zwischen dem jeweiligen Clearinghaus und einem Clearingmitglied zustande.

Kassageschäfte in Aktien und Anleihen über den zentralen Kontrahenten der Eurex Clearing AG werden gemäß IAS 39 zum Erfüllungstag angesetzt und zeitgleich ausgebucht.

Für Produkte, die nach dem Mark-to-Market-Verfahren abgerechnet werden (Futures, Optionen auf Futures sowie OTC-Zinsderivate), buchen die Clearinghäuser börsentäglich Gewinne und Verluste aus offenen Positionen der Clearingteilnehmer. Durch die sog. Variation Margin werden Gewinne und Verluste der offenen Positionen, die durch Marktpreisveränderungen entstehen, täglich ausgeglichen. Der Unterschied zu anderen Margin-Arten besteht darin, dass es sich hier nicht um eine zu hinterlegende Sicherheitsleistung, sondern um einen täglichen Gewinn- und Verlustausgleich in bar handelt. Aus diesem Grund werden Futures und OTC-Zinsderivate gemäß IAS 39 nicht in der Konzernbilanz ausgewiesen. Bei Future-Style-Optionen muss die Optionsprämie in voller Höhe erst am Ende der Laufzeit oder bei Ausübung bezahlt werden. Die Optionsprämie wird in der Konzernbilanz als Forderung und Verbindlichkeit zu ihrem beizulegenden Zeitwert zum Handelstag ausgewiesen.

Sog. klassische Optionen, für die der Optionskäufer die Optionsprämie in voller Höhe beim Kauf der Option entrichten muss, werden zum beizulegenden Zeitwert in der Konzernbilanz erfasst. Forward-Geschäfte in Anleihen mit festgelegten Zinssätzen werden bis zum Erfüllungstag als Derivate mit dem beizulegenden Zeitwert in der Konzernbilanz erfasst. Die Forderungen und Verbindlichkeiten aus Repo-Geschäften sowie aus mit Barsicherheiten hinterlegten Wertpapierdarlehenstransaktionen werden als zu Handelszwecken gehalten eingestuft und zum beizulegenden Zeitwert bilanziert. Forderungen und Verbindlichkeiten aus Variation Margins sowie in Geld zu erbringende Sicherheitsleistungen, die am Bilanzstichtag ermittelt und erst am Folgetag gezahlt werden, werden mit ihrem Nominalwert in der Konzernbilanz ausgewiesen.

Die „Finanzinstrumente der zentralen Kontrahenten“ werden als langfristig ausgewiesen, wenn die Restlaufzeit der zugrunde liegenden Geschäfte zum Bilanzstichtag zwölf Monate überschreitet.

Die in der Konzernbilanz angesetzten beizulegenden Zeitwerte basieren auf den täglichen Abrechnungspreisen, die die Clearinghäuser nach in den Kontraktsspezifikationen festgelegten Regeln bestimmen und veröffentlichen (siehe auch die [Clearingbedingungen des jeweiligen Clearinghauses](#)).

Sicherheiten (Collateral) der zentralen Kontrahenten in Geld oder Wertpapieren

Da die Clearinghäuser der Gruppe Deutsche Börse die Erfüllung aller gehandelten Kontrakte garantieren, haben sie mehrstufige Sicherheitssysteme etabliert. Die zentrale Stütze der Sicherheitssysteme ist die Ermittlung des Gesamtrisikos je Clearingmitglied (Margin), das durch die Hinterlegung von Sicherheiten in Barmitteln oder Wertpapieren (Collateral) abgedeckt wird. Dabei werden die auf Basis aktueller Kurse errechneten Verluste und künftige mögliche Kursrisiken bis zum Zeitpunkt der nächsten Sicherheitsleistung abgedeckt.

Über diese täglich zu erbringenden Sicherheitsleistungen hinaus muss jedes Clearingmitglied Beiträge zum jeweiligen Clearingfonds leisten (siehe hierzu den [Risikobericht im zusammengefassten Lagebericht](#)). Sicherheiten in Geld werden in der Konzernbilanz unter der Position „Bardepots der Marktteilnehmer“ ausgewiesen, die korrespondierenden Beträge unter „Bankguthaben mit Verfügungsbeschränkung“.

Sicherheiten in Wertpapieren werden grundsätzlich nicht beim übertragenden Clearingmitglied ausgebucht, da die mit den Wertpapieren zusammenhängenden Chancen und Risiken nicht auf den Sicherungsnehmer übergehen. Ein Ansatz beim Sicherungsnehmer kommt nur in Betracht, sofern sich das übertragende Clearingmitglied im Verzug gemäß dem zugrunde liegenden Vertrag befindet.

Eigene Aktien

Die zum Bilanzstichtag im Bestand der Deutsche Börse AG befindlichen eigenen Aktien werden direkt vom Konzerneigenkapital abgesetzt. Aus eigenen Aktien resultierende Gewinne oder Verluste werden ergebnisneutral ausgewiesen. Die mit dem Erwerb direkt in Zusammenhang stehenden Transaktionskosten werden als Abzug vom Konzerneigenkapital (gemindert um alle damit verbundenen Ertragsteuervorteile) bilanziert.

Sonstige kurzfristige Vermögenswerte

Forderungen und sonstige Vermögenswerte werden zum Nennbetrag angesetzt. Erkennbare Risiken sind durch angemessene Wertberichtigungen berücksichtigt.

Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte, Veräußerungsgruppen und nicht fortgeführte Geschäftstätigkeit

Ein langfristiger Vermögenswert, der zur sofortigen Veräußerung in seinem gegenwärtigen Zustand verfügbar ist und dessen Veräußerung mit hoher Wahrscheinlichkeit innerhalb eines überschaubaren Zeitraums erwartet wird, wird im Posten „Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte“ ausgewiesen. Eine Transaktion wird mit hoher Wahrscheinlichkeit erwartet, wenn bereits Maßnahmen zur Veräußerung eingeleitet und entsprechende Beschlüsse von den relevanten Gremien gefasst wurden. Eine Veräußerungsgruppe kann kurz- und langfristige Vermögenswerte sowie zugehörige Verbindlichkeiten umfassen, die in einer Transaktion veräußert und aufgegeben werden sollen und die oben angeführten Kriterien erfüllen. Die Aufwendungen und Erträge aus den zur Veräußerung gehaltenen

langfristigen Vermögenswerten werden als Bestandteil der fortgeführten Geschäftsaktivitäten ausgewiesen, sofern sie nicht als Ergebnisbeiträge eines aufgegebenen Geschäftsbereichs anzusehen sind.

Als aufgebener Geschäftsbereich werden nur solche Vermögenswerte und Schulden klassifiziert, die im Rahmen eines einzelnen Plans als Gesamtheit oder stückweise veräußert oder durch Stilllegung eingestellt werden. Ein aufgebener Geschäftsbereich wird ausgewiesen, sofern ein wesentlicher Geschäftszweig oder ein geografischer Bereich, der operativ und für Zwecke der Rechnungslegung abgrenzbar ist, vorliegt. Ergebnisse aus aufgegebenen Geschäftsbereichen werden in der Periode berücksichtigt, in der sie anfallen; sie werden in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Gesamtergebnisrechnung gesondert ausgewiesen. Die zugehörigen Zahlungsströme werden in der Konzern-Kapitalflussrechnung ebenfalls gesondert ausgewiesen. Die Vorjahreszahlen der Gewinn- und Verlustrechnung und der Kapitalflussrechnung wurden entsprechend angepasst.

Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Pensionen und ähnliche Verpflichtungen betreffen beitrags- und leistungsorientierte Pläne.

Beitragsorientierte Pläne („Defined Contribution Plans“)

Beitragsorientierte Pläne bestehen im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung über Pensionskassen und vergleichbare Versorgungseinrichtungen sowie in Form von 401(k)-Plänen. Daneben werden Beiträge im Rahmen der gesetzlichen Rentenversicherung gezahlt. Die Höhe der Beiträge bestimmt sich i. d. R. in Abhängigkeit des Einkommens. Für beitragsorientierte Pläne werden grundsätzlich keine Rückstellungen erfasst. Die gezahlten Beiträge werden im Jahr der Zahlung als Pensionsaufwand ausgewiesen.

In mehreren Ländern bestehen beitragsorientierte Pläne für Mitarbeiter. Zudem werden Zuschüsse zu den privaten Rentenversicherungsfonds der Mitarbeiter bezahlt.

Gemeinschaftliche Pläne mehrerer Arbeitgeber

Unternehmen der Gruppe Deutsche Börse sind neben anderen Finanzinstituten Mitgliedsunternehmen des BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G., Berlin. Aus den regelmäßigen arbeitgeber- und arbeitnehmerseitigen Beiträgen werden Rentenbausteine plus zusätzliche Überschüsse ermittelt. Die Höhe der Beiträge berechnet sich durch die Anwendung eines prozentualen Beitragssatzes auf das monatliche Bruttoeinkommen der aktiven Mitarbeiter unter Berücksichtigung einer Zuwendungsbemessungsgrenze. Die Mitgliedsunternehmen haften subsidiär für die Erfüllung der zugesagten Leistungen des BVV. Eine Inanspruchnahme dieser Haftung wird momentan als unwahrscheinlich angesehen. Die Mitgliedschaft im BVV ist in einer Betriebsvereinbarung zur Altersvorsorge geregelt und daher nicht ohne Weiteres kündbar. Prinzipiell sieht der Konzern diesen Plan als leistungsorientierten, gemeinschaftlichen Plan mehrerer Arbeitgeber an. Allerdings fehlen Informationen zum einen hinsichtlich der Zuordnung der Vermögensanlagen des BVV auf die Mitgliedsunternehmen und den zugehörigen Leistungsberechtigten und zum anderen hinsichtlich des Anteils der Verpflichtungen des Konzerns an den Gesamtverpflichtungen des BVV. Daher wird dieser Plan in der Rechnungslegung des Konzerns als beitragsorientierter Plan ausgewiesen. Nach den derzeitigen Veröffentlichungen des BVV existieren keine Unterdeckungen, die die künftigen Beiträge des Konzerns beeinflussen könnten.

Innerhalb des EEX-Teilkonzerns partizipiert die EPEX Netherlands B.V. am ABP-Pensionsfonds. Die Teilnahme ist für die Mitarbeiter verpflichtend. Die Arbeitgeberbeiträge werden direkt von der ABP vorgegeben und ggf. in der Höhe angepasst. Auch dieser Plan lässt sich aufgrund mangelnder Zuordnungsmöglichkeiten des Vermögens auf die teilnehmenden Unternehmen bzw. Leistungsberechtigten nur als beitragsorientierter Plan abbilden.

Leistungsorientierte Pläne

Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen werden nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method) auf Basis versicherungsmathematischer Gutachten bewertet, wobei die unterschiedlichen Pensionspläne gesondert bewertet werden. Vom Barwert der Pensionsverpflichtungen wird der Zeitwert des Planvermögens, ggf. unter Berücksichtigung der Regelungen zur Wertobergrenze eines Überhangs des Planvermögens über die Verpflichtung (sog. Asset Ceiling), abgezogen, sodass sich die Nettopensionsverpflichtung bzw. der Vermögenswert aus den leistungsorientierten Plänen ergibt. Der Nettopensionsaufwand eines Geschäftsjahres wird ermittelt, indem der zu Beginn des Geschäftsjahres ermittelte Diskontierungszinssatz auf die zu diesem Zeitpunkt ermittelte Nettopensionsverpflichtung angewandt wird.

Der jeweilige Diskontierungszinssatz wird von der Rendite langfristiger Unternehmensanleihen abgeleitet, wobei die Anleihen zumindest ein Rating von AA (Moody's Investors Service, Standard & Poor's, Fitch Ratings und Dominion Bond Rating Service) auf Grundlage der von Bloomberg zur Verfügung gestellten Informationen und eine Laufzeit, die annähernd mit der Laufzeit der Pensionsverpflichtungen übereinstimmt, aufweisen. Die Anleihen müssen zudem auf die gleiche Währung wie die zugrunde liegende Pensionsverpflichtung lauten. Der Bewertung der Pensionsverpflichtungen in Euro liegt grundsätzlich ein Diskontierungszinssatz von 1,80 Prozent zugrunde, der nach dem aufgrund der aktuellen Marktentwicklung aktualisierten Towers Watson „GlobalRate:Link“-Verfahren ermittelt wurde.

Versicherungsmathematische Gewinne oder Verluste, die sich aus der Erwartungsänderung hinsichtlich der Lebenserwartung, Rententrends, Gehaltsentwicklungen und des Diskontierungszinses gegenüber der Einschätzung zum Periodenbeginn bzw. gegenüber dem tatsächlichen Verlauf während der Periode ergeben, werden erfolgsneutral unmittelbar im sonstigen Ergebnis erfasst. Eine erfolgswirksame Erfassung der im sonstigen Ergebnis ausgewiesenen versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste in nachfolgenden Perioden ist nicht gestattet. Ebenfalls erfolgsneutral im sonstigen Ergebnis auszuweisen sind Differenzen zwischen dem am Periodenanfang ermittelten (Zins-)Ertrag aus Planvermögen und dem am Ende der Periode tatsächlich festgestellten Ertrag aus Planvermögen. Die versicherungsmathematischen Gewinne oder Verluste sowie das vom erwarteten Ergebnis abweichende tatsächliche Ergebnis aus dem Planvermögen sind Bestandteil der Neubewertungsrücklage.

Andere langfristige fällige Leistungen an Arbeitnehmer und Vorstände (Erwerbsunfähigkeitsrente, Übergangsgelder und Hinterbliebenenversorgung) werden ebenfalls nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren bewertet. Die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste und ein nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand werden in voller Höhe sofort erfolgswirksam erfasst.

Sonstige Rückstellungen

Rückstellungen werden gebildet, wenn die Gruppe aus einem Ereignis der Vergangenheit eine gegenwärtige Verpflichtung hat, der Abfluss von Ressourcen mit wirtschaftlichem Nutzen zur Erfüllung dieser Verpflichtung wahrscheinlich ist und eine verlässliche Schätzung der Höhe dieser Verpflichtung möglich ist. Die Höhe der Rückstellung entspricht der bestmöglichen Schätzung der Ausgabe, die nötig ist, um die Verpflichtung zum Bilanzstichtag zu erfüllen.

Eine Rückstellung für Restrukturierung wird nur dann angesetzt, wenn ein detaillierter, formaler Restrukturierungsplan vorliegt und bei den Betroffenen die gerechtfertigte Erwartung geweckt wurde, dass die Restrukturierungsmaßnahmen umgesetzt werden. Dies kann durch den Beginn der Umsetzung des Plans oder die Ankündigung seiner wesentlichen Bestandteile den Betroffenen gegenüber erfolgen.

Eventualverbindlichkeiten werden in der Bilanz nicht angesetzt; es sind jedoch ergänzende Angaben erforderlich, sofern die Möglichkeit eines Abflusses von Ressourcen mit wirtschaftlichem Nutzen nicht unwahrscheinlich ist.

Aktienbasierte Vergütung

Die Gruppe Deutsche Börse verfügt mit dem Group Share Plan (GSP), dem Aktientantiemeprogramm (ATP), dem Co-Performance Investment Plan (CPIP) und dem Performance Share Plan (PSP) sowie dem langfristigen Nachhaltigkeitsplan (Long-term Sustainable Instrument, LSI) und dem „Gesperrte Aktien“-Plan (Restricted Stock Units, RSU) über aktienbasierte Vergütungsbestandteile für Mitarbeiter, leitende Angestellte und Vorstände.

Group Share Plan (GSP)

Im Rahmen des GSP werden grundsätzlich nicht leitenden Angestellten der Deutsche Börse AG und teilnehmender Tochterunternehmen, die mindestens seit dem 31. März des Vorjahres unbefristet beschäftigt sind, Aktien zu einem Abschlag gegenüber dem Marktpreis gewährt. Die Aufwendungen für diesen Abschlag werden zum Zeitpunkt der Gewährung erfolgswirksam erfasst.

Aktientantiemeprogramm (ATP)

Das ATP besteht für leitende Angestellte der Deutsche Börse AG und teilnehmender Tochterunternehmen. Es gewährt eine langfristige Vergütungskomponente in Form von sog. ATP-Aktien. Für diese gelten grundsätzlich die Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze für anteilsbasierte Vergütungstransaktionen, bei denen die Deutsche Börse AG bei bestimmten Tranchen die Wahl zwischen Barausgleich und Ausgleich durch Eigenkapitalinstrumente hat. Die in Vorjahren fälligen Tranchen wurden jeweils durch Barausgleich erfüllt. Auch für die Tranche 2017 ist die Bedienung durch Barausgleich festgelegt. Vor diesem Hintergrund ergibt sich gemäß IFRS 2 die gegenwärtige Annahme, dass alle ATP-Aktien durch Barausgleich bedient werden. Entsprechend bewertet die Gruppe Deutsche Börse die ATP-Aktien als aktienbasierte Vergütungstransaktionen mit Barausgleich. Die Kosten der Bezugsrechte werden anhand eines Optionspreismodells (Fair Value-Bewertung) ermittelt und erfolgswirksam im Personalaufwand erfasst. Ein Anspruch auf Auszahlung einer eventuellen Aktientantieme entsteht erst nach Ablauf des dem Programm zugrunde liegenden Dienst- bzw. Performance-Zeitraums von vier Jahren.

Performance Share Plan (PSP)

Der PSP wurde im Geschäftsjahr 2016 aufgelegt und besteht für die Mitglieder des Vorstands der Deutsche Börse AG sowie bestimmte Führungskräfte und Mitarbeiter der Deutsche Börse AG und teilnehmender Tochterunternehmen. Die Anzahl der zuzuteilenden virtuellen PSP-Aktien bemisst sich anhand der Anzahl der gewährten Aktien sowie der Erhöhung des Periodenüberschusses, der den Anteilseignern der Deutsche Börse AG zuzurechnen ist, und dem Verhältnis der Aktienrentabilität der Deutsche Börse AG gegenüber derjenigen der im STOXX Europe 600 Financials Index geführten Unternehmen. Die Aktien unterliegen einem Performance-Zeitraum von fünf Jahren. Der Auszahlungsbetrag der Aktientantieme wird nach Ablauf des Performance-Zeitraums in bar bedient. Für weitere Details zu diesem Programm siehe den [Abschnitt „Grundlagen des PSP und Bewertung der Zielerreichung für die Performance Shares“](#) im Vergütungsbericht.

Langfristiger Nachhaltigkeitsplan (Long-term Sustainable Instrument, LSI)

Im Rahmen der Umsetzung aufsichtsrechtlicher Anforderungen wurde im Geschäftsjahr 2014 ein LSI für sog. Risikoträger (Mitarbeiter, deren Tätigkeit einen wesentlichen Einfluss auf die Geschäftstätigkeit von Instituten hat) eingeführt (siehe [Erläuterung 39](#)). Die LSI-Aktien werden grundsätzlich in bar erfüllt. Für die Tranche 2014 hat die jeweilige Gesellschaft noch die Möglichkeit, ihre Verpflichtung durch Lieferung von Aktien der Deutsche Börse AG zu erfüllen. Die übrigen Tranchen werden durch Barausgleich

erfüllt. Entsprechend bewertet die Gruppe Deutsche Börse die LSI-Aktien als aktienbasierte Vergütungstransaktionen mit Barausgleich. Die Bewertung der Bezugsrechte erfolgt anhand eines Optionspreismodells (Fair Value-Bewertung). Ein Anspruch auf Auszahlung einer eventuellen Aktientantieme entsteht erst nach Ablauf des dem Programm zugrunde liegenden Dienstzeitraums von einem Jahr unter Berücksichtigung bestimmter Wartezeiten.

„Gesperrte Aktien“-Plan (Restricted Stock Units, RSU)

Der RSU-Plan gilt wie der LSI-Plan für die Risikoträger innerhalb der Gruppe Deutsche Börse. Die RSU-Aktien werden in bar erfüllt; entsprechend bewertet die Gruppe Deutsche Börse auch die RSU-Aktien als aktienbasierte Vergütungstransaktionen mit Barausgleich. Die Bewertung der Bezugsrechte erfolgt anhand eines Optionspreismodells (Fair Value-Bewertung). Ein Anspruch auf Auszahlung einer eventuellen Aktientantieme entsteht erst nach Ablauf des dem Programm zugrunde liegenden Dienstzeitraums von einem Jahr unter zusätzlicher Berücksichtigung einer dreijährigen Sperrfrist sowie einer einjährigen Wartezeit.

Latente Steuern

Die latenten Steuern werden auf Basis der bilanzorientierten Methode ermittelt. Temporäre Differenzen zwischen dem steuerlichen Wertansatz und dem Wertansatz nach IFRS können bei der künftigen Nutzung bzw. Veräußerung von Aktiva oder bei der Erfüllung von Verbindlichkeiten zu steuerlichen Be- oder Entlastungen führen. Diese Differenzen werden der Ermittlung der latenten Steuern zugrunde gelegt.

Die Abgrenzungen werden mit den Steuersätzen berechnet, die bei Umkehr der zeitlich befristeten Unterschiede nach heutigen Verhältnissen zu erwarten sind und die bis zum Bilanzstichtag gültig oder angekündigt sind. Auf noch nicht genutzte steuerliche Verlustvorträge werden aktive latente Steuern nur in dem Umfang gebildet, in dem es wahrscheinlich ist, dass ein künftiges zu versteuerndes Ergebnis zur Verfügung stehen wird. Latente Steueransprüche und Steuerschulden werden saldiert, wenn ein einklagbares Recht zur Aufrechnung tatsächlicher Steuererstattungsansprüche gegen tatsächliche Steuerschulden besteht und sie sich auf Ertragsteuern beziehen, die von der gleichen Steuerbehörde erhoben werden.

Leasing

Leasingverträge werden entweder als Operating-Leasingverhältnis oder als Finanzierungs-Leasingverhältnis klassifiziert. Als Finanzierungs-Leasingverhältnis wird ein Vertrag beurteilt, wenn alle wesentlichen mit dem Eigentum verbundenen Risiken und Chancen des Vermögenswertes vom Leasinggeber auf den Leasingnehmer übertragen werden. In den übrigen Fällen handelt es sich um Operating-Leasingverhältnisse.

Leasinggegenstände und die zugehörigen Verbindlichkeiten werden mit dem niedrigeren Wert aus beizulegendem Zeitwert und dem Barwert der Mindestleasingraten angesetzt, sofern die Voraussetzungen für Finanzierungsleasing vorliegen. Der Leasinggegenstand wird über die wirtschaftliche Nutzungsdauer bzw. die kürzere Vertragslaufzeit linear abgeschrieben. In den Folgeperioden wird die Verbindlichkeit nach der Effektivzinsmethode bewertet.

Aufwendungen, die im Zusammenhang mit Operating-Leasingverträgen anfallen, werden in der Periode ihres Anfallens linear erfolgswirksam erfasst.

Konsolidierung

In den Konzernabschluss werden neben der Deutsche Börse AG alle Tochterunternehmen einbezogen, die von der Deutsche Börse AG direkt oder indirekt beherrscht werden. Beherrschung durch die Deutsche Börse AG besteht, wenn sie schwankenden Renditen aus ihrem Engagement in dem betroffenen Unternehmen ausgesetzt ist bzw. Anrechte auf diese besitzt und diese Renditen mittels ihrer Verfügungsgewalt über das Unternehmen beeinflussen kann.

Die erstmalige Einbeziehung von Tochterunternehmen im Rahmen von Unternehmenszusammenschlüssen erfolgt nach der Erwerbsmethode. Die identifizierten Vermögenswerte, Schulden und Eventualschulden des erworbenen Unternehmens werden zu ihren zum Erwerbszeitpunkt gültigen beizulegenden Zeitwerten angesetzt. Eine positive Differenz zwischen den Anschaffungskosten und dem erworbenen Anteil am beizulegenden Zeitwert der identifizierbaren Netto-Vermögenswerte der Tochtergesellschaft wird als Geschäfts- oder Firmenwert bilanziert. Nach dem erstmaligen Ansatz wird der Geschäfts- oder Firmenwert zu den Anschaffungskosten abzüglich kumulierter Wertminderungsaufwendungen bilanziert.

Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen den einbezogenen Gesellschaften werden gegeneinander aufgerechnet. Erträge und Aufwendungen aus konzerninternen Transaktionen werden miteinander verrechnet. Zwischenergebnisse aus konzerninternen Lieferungen und Leistungen werden eliminiert, ebenso die innerhalb der Gruppe ausgeschütteten Dividenden. Latente Steuern auf Konsolidierungsvorgänge werden dann gebildet, wenn sich der abweichende Steueraufwand in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich wieder ausgleicht.

Auf Konzernfremde entfallende Anteile am Eigenkapital werden unter dem „Ausgleichsposten für Anteile nicht beherrschender Gesellschafter“ im Eigenkapital ausgewiesen. Sofern sie als „Kündbares Instrument“ einzustufen sind, werden sie als Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Währungsumrechnung

Transaktionen, die auf eine von der funktionalen Währung einer Gesellschaft abweichende Währung lauten, werden in die funktionale Währung zum Devisenkassakurs zum Zeitpunkt des Geschäftsvorfalles umgerechnet. Zum Bilanzstichtag werden monetäre Bilanzposten in Fremdwährung zum Devisenkurs am Bilanzstichtag bewertet und nicht monetäre Bilanzposten, die zu ihren historischen Anschaffungs- oder Herstellungskosten bilanziert werden, werden zum Kurs am Tag des Geschäftsvorfalles fortgeführt. Nicht monetäre, mit ihrem beizulegenden Zeitwert bewertete Bilanzposten werden zu dem Kurs umgerechnet, der am Tag der Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes gültig ist. Währungsdifferenzen werden, sofern keine Sicherungsgeschäfte abgeschlossen werden, als sonstiger betrieblicher Aufwand oder Ertrag in der Periode erfasst, in der sie entstanden sind. Gewinne und Verluste aus einem monetären Posten, der Teil einer Nettoinvestition in einen ausländischen Geschäftsbetrieb ist, werden erfolgsneutral in die Position „Angesammelte Gewinne“ eingestellt.

Die Jahresabschlüsse der Gesellschaften, deren funktionale Währung nicht der Euro ist, werden wie folgt in die Berichtswährung umgerechnet: Vermögenswerte und Schulden werden zum Stichtagskurs in Euro umgerechnet. Die Positionen der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung werden mit Durchschnittskursen der Berichtsperiode umgerechnet. Daraus resultierende Währungsdifferenzen werden erfolgsneutral in der Position „Angesammelte Gewinne“ eingestellt. Zum Zeitpunkt der Veräußerung des betreffenden Tochterunternehmens werden diese Währungsdifferenzen im Konzernergebnis in der Periode erfasst, in der auch der Gewinn oder Verlust aus der Entkonsolidierung erfasst wird.

Folgende für die Gruppe Deutsche Börse wesentliche Wechselkurse zum Euro wurden angewandt:

Umrechnungskurse

		Durchschnitts- kurs 2017	Durchschnitts- kurs 2016	Schlusskurs zum 31.12.2017	Schlusskurs zum 31.12.2016
Schweizer Franken	CHF	1,1155	1,0904	1,1680	1,0732
US-Dollar	USD (US\$)	1,1360	1,1029	1,1969	1,0522
Tschechische Kronen	CZK	26,2997	27,0426	25,5683	27,0198
Singapur Dollar	SGD	1,5605	1,5247	1,5990	1,5222
Britisches Pfund	GBP (£)	0,8750	0,8223	0,8860	0,8561

Geschäfts- oder Firmenwerte, die mit dem Erwerb eines ausländischen Geschäftsbetriebs in Zusammenhang stehen, sowie jegliche am beizulegenden Zeitwert ausgerichtete Anpassungen der Buchwerte der Vermögenswerte und Schulden, die aus der Erstkonsolidierung stammen, werden in der funktionalen Währung des ausländischen Geschäftsbetriebs bilanziert und zum Stichtagskurs umgerechnet.

Schätzungen, Bewertungsunsicherheiten und Ermessensentscheidungen

Im Rahmen der Anwendung von Bilanzierungsgrundsätzen, beim Bilanzausweis und der Erfassung von Erträgen und Aufwendungen muss der Vorstand Ermessensentscheidungen und Schätzungen vornehmen. Anpassungen in diesem Zusammenhang werden in der Periode der Änderung sowie ggf. in folgenden Perioden berücksichtigt.

Wertminderungen

Die Gruppe Deutsche Börse überprüft sowohl Geschäfts- oder Firmenwerte als auch immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer und noch nicht nutzungsbereite immaterielle Vermögenswerte mindestens jährlich auf Wertminderung. Zur Ermittlung des erzielbaren Betrags, der regelmäßig auf der Basis von Discounted Cashflow-Modellen bestimmt wird, müssen bestimmte Annahmen getroffen werden. Hierbei dienen die jeweiligen Unternehmensplanungen für einen Zeitraum von i. d. R. drei bis fünf Jahren als Basis. Im Rahmen dieser Planungen werden wiederum Annahmen über die künftige Ertrags- und Aufwandsentwicklung der Vermögenswerte bzw. Zahlungsmittel generierenden Einheiten getroffen. Sofern die tatsächliche Entwicklung von diesen Annahmen abweicht, können sich Anpassungen ergeben. Zu den Auswirkungen von Änderungen des Diskontierungssatzes sowie weiterer Annahmen siehe [Erläuterung 11](#).

Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Bewertung der Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen erfolgt nach der Methode der laufenden Einmalprämien, mittels derer der versicherungsmathematische Barwert der erdienten Anwartschaften ermittelt wird. Zur Ermittlung des Barwertes müssen bestimmte versicherungsmathematische Annahmen (z. B. Diskontierungszinssatz, Fluktuationsrate, Gehalts- und Rententrends) getroffen werden. Auf Basis dieser Annahmen werden der laufende Dienstzeitaufwand und der Nettozinsaufwand bzw. -ertrag der folgenden Periode ermittelt. Abweichungen von diesen Annahmen, z. B. aufgrund geänderter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen, werden im folgenden Geschäftsjahr im „Sonstigen Ergebnis“ erfasst. Eine Sensitivitätsanalyse der wesentlichen Einflussfaktoren ist in [Erläuterung 22](#) dargestellt.

Ertragsteuern

Die Gruppe Deutsche Börse unterliegt den jeweiligen Steuergesetzen der Länder, in denen sie operativ tätig ist und Einkünfte erzielt. Zur Ermittlung der Steuerrückstellungen sind wesentliche Ermessensspielräume auszuüben. Für eine Vielzahl von Transaktionen und Berechnungen liegen zum Zeitpunkt der Ermittlung noch keine finalen steuerlich relevanten Informationen vor. Die Gruppe Deutsche Börse ermittelt für erwartete Risiken aus steuerlichen Außenprüfungen entsprechende Rückstellungen. Sofern die finalen Ergebnisse dieser Außenprüfungen von den Schätzungen abweichen, werden die daraus resultierenden Effekte auf die laufenden und latenten Steuern in der Periode erfasst, in der sie bekannt wurden.

Rechtliche Risiken

Die Unternehmen der Gruppe Deutsche Börse sind Gegenstand von Rechtsstreitigkeiten. Solche Rechtsstreitigkeiten können zu Zahlungen durch Unternehmen der Gruppe führen. Wenn ein Abfluss von Ressourcen wahrscheinlich ist, werden Rückstellungen angesetzt, die auf einer Schätzung des wahrscheinlichsten Betrags basieren, der notwendig ist, um der Verpflichtung nachzukommen, sofern der Betrag verlässlich geschätzt werden kann. Das Management der betroffenen Gesellschaft muss beurteilen, ob die mögliche Verpflichtung aus Ereignissen in der Vergangenheit resultiert, die Eintrittswahrscheinlichkeit eines Mittelabflusses evaluieren sowie dessen Höhe einschätzen. Da der Ausgang eines Rechtsstreits immer unsicher ist, wird die Beurteilung kontinuierlich überprüft. Für weitere Informationen zu den sonstigen Risiken siehe [Erläuterung 37](#).

Mitarbeiterbeteiligungsprogramme

[Erläuterung 39](#) enthält Angaben zum Bewertungsmodell für die Optionen und Bezugsrechte. Sofern die Schätzungen der eingehenden Bewertungsparameter von den tatsächlichen Werten abweichen, die zum Zeitpunkt der Ausübung der Optionen und Bezugsrechte vorliegen, sind Anpassungen erforderlich, die bezogen auf die aktienbasierten Vergütungstransaktionen mit Barausgleich in der jeweiligen Berichtsperiode in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst werden.

Rückstellungen

Im Rahmen der Bildung von Drohverlustrückstellungen für Mietaufwendungen wird die wahrscheinliche Inanspruchnahme geschätzt (siehe [Erläuterung 24](#)). Bei der Bildung von personalbezogenen Restrukturierungsrückstellungen wurden bestimmte Annahmen, z. B. über Fluktuationsrate, Diskontierungssatz und Gehaltstrends, getroffen. Sofern die tatsächlichen Werte von diesen Annahmen abweichen, können sich Anpassungen ergeben.

Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

4. Nettoerlöse

Zusammensetzung der Nettoerlöse¹⁾

	Umsatzerlöse		Nettozinserträge aus dem Bankgeschäft	
	2017 Mio. €	(angepasst) 2016 Mio. €	2017 Mio. €	2016 Mio. €
Eurex				
Aktienindexderivaten	432,9	478,1	0	0
Zinsderivaten	209,7	190,8	0	0
Aktienderivaten	41,9	41,4	0	0
Commodities (EEX)	230,0	237,1	1,1	-0,1
Devisen (360T)	61,9	64,1	0	0
Repo-Geschäft	18,0	21,8	0	0
Sonstige	25,1	19,5	25,2	21,5
	1.019,5	1.052,8	26,3	21,4
Xetra				
Handel	120,9	113,0	0	0
Zentraler Kontrahent für Aktien	38,2	38,4	0	0
Listing	15,5	13,0	0	0
Partner Markets	23,2	22,4	0	0
	197,8	186,8	0	0
Clearstream				
Internationales Geschäft (ICSD)	585,5	571,8	106,3	62,6
Inländischer Geschäft (CSD)	165,8	127,9	0	0
Investment Funds Services	145,0	128,6	0	0
Global Securities Financing	133,1	113,0	0	0
	1.029,4	941,3	106,3	62,6
Market Data + Services				
Data Services	178,3	184,0	0	0
Index	141,3	127,2	0	0
Infrastructure Services	115,4	113,5	0	0
	435,0	424,7	0	0
Summe	2.681,7	2.605,6	132,6	84,0
Konsolidierung der Innenumsätze	-43,2	-48,3	0	0
Konzern	2.638,5	2.557,3	132,6	84,0

1) Innerhalb der Konzernorganisation gab es Änderungen bei der Zuordnung von Erlösen zu den einzelnen Segmenten. Siehe auch [Erläuterung 35](#).

	Sonstige betriebliche Erträge		Volumenabhängige Kosten		Nettoerlöse	
	2017 Mio. €	(angepasst) 2016 Mio. €	2017 Mio. €	(angepasst) 2016 Mio. €	2017 Mio. €	(angepasst) 2016 Mio. €
	0	0,1	-41,9	-37,4	391,0	440,8
	0	0	-1,2	-1,1	208,5	189,7
	0	0	-5,2	-3,5	36,7	37,9
	0,5	2,9	-19,4	-21,1	212,2	218,8
	5,1	0,5	-0,5	-0,4	66,5	64,2
	0	0	0	0	18,0	21,8
	23,9	23,4	-5,0	-2,3	69,2	62,1
	29,5	26,9	-73,2	-65,8	1.002,1	1.035,3
	5,6	5,8	-15,9	-14,7	110,6	104,1
	0	0	-3,1	-6,6	35,1	31,8
	0,4	0,2	-0,5	0	15,4	13,2
	0,7	0,6	-8,5	-7,5	15,4	15,5
	6,7	6,6	-28,0	-28,8	176,5	164,6
	7,2	3,2	-152,9	-152,7	546,1	484,9
	0,1	0	-44,3	-12,7	121,6	115,2
	0,1	0	-7,5	-4,3	137,6	124,3
	0	0	-51,5	-40,0	81,6	73,0
	7,4	3,2	-256,2	-209,7	886,9	797,4
	1,0	6,3	-25,7	-28,1	153,6	162,2
	0,3	1,5	-13,9	-13,7	127,7	115,0
	0,1	1,2	0	-0,5	115,5	114,2
	1,4	9,0	-39,6	-42,3	396,8	391,4
	45,0	45,7	-397,0	-346,6	2.462,3	2.388,7
	-13,6	-13,1	56,8	61,4	0	0
	31,4	32,6	-340,2	-285,2	2.462,3	2.388,7

Zusammensetzung der Nettozinserträge aus dem Bankgeschäft

	2017 Mio. €	2016 Mio. €
Zinserträge aus positivem Zinsumfeld	129,1	75,1
Kredite und Forderungen	82,1	44,5
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	8,6	4,5
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte oder finanzielle Verbindlichkeiten	38,4	26,1
Zinsaufwendungen aus positivem Zinsumfeld	-36,1	-21,4
Finanzielle Verbindlichkeiten	-31,5	-19,7
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte oder finanzielle Verbindlichkeiten	-4,6	-1,7
Zinserträge aus negativem Zinsumfeld	224,8	191,9
Kredite und Forderungen	217,2	185,4
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	0	0
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte oder finanzielle Verbindlichkeiten	7,6	6,5
Zinsaufwendungen aus negativem Zinsumfeld	-185,2	-161,6
Finanzielle Verbindlichkeiten	-182,9	-160,2
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte oder finanzielle Verbindlichkeiten	-2,3	-1,4
Summe	132,6	84,0

Zusammensetzung der sonstigen betrieblichen Erträge

	2017 Mio. €	(angepasst) 2016 Mio. €
Erträge aus Währungsdifferenzen	2,6	6,4
Erträge aus Geschäftsbesorgung	1,7	0,6
Erträge aus abgeschriebenen Forderungen	1,2	1,3
Mieterträge aus Untervermietung	0,8	0,8
Übrige	25,1	23,5
Summe	31,4	32,6

Zu den Mieterträgen aus Untervermietung siehe [Erläuterung 38](#).

Die übrigen sonstigen betrieblichen Erträge betreffen u. a. Kooperations- und Schulungserlöse sowie Bewertungskorrekturen.

Unter volumenabhängigen Kosten sind Teil- bzw. Vorleistungen zu verstehen, die die Gruppe Deutsche Börse von Dritten bezieht und als Bestandteil der eigenen Wertschöpfungskette vertreibt und die mittelbar von der Volumen- bzw. Umsatzentwicklung abhängig sind.

5. Personalaufwand

Zusammensetzung des Personalaufwands

	2017 Mio. €	2016 Mio. €
Löhne und Gehälter	528,0	486,2
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	110,3	99,5
Summe	638,3	585,7

Der Personalaufwand enthält Kosten für Effizienzprogramme in Höhe von 26,4 Mio. € (2016: 12,7 Mio. €) sowie Kosten für die Nodal Exchange Holdings, LLC, Tysons Corner, Virginia, USA (Nodal Exchange) (konsolidiert seit dem 3. Mai 2017) in Höhe von 3,1 Mio. € (2016: null). Der verbleibende Anstieg resultiert aus dem Zuwachs an Mitarbeitern (siehe auch [Erläuterung 43](#)), der Umstellung der Vorstandsvergütung und einer erhöhten Bonusauszahlung aus dem Geschäftsjahr 2016.

6. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Zusammensetzung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen

	2017 Mio. €	2016 Mio. €
Kosten für IT-Dienstleister und sonstige Beratung	162,5	264,9
EDV-Kosten	108,3	102,2
Raumkosten	75,6	70,3
Nicht abzugsfähige Vorsteuer	47,1	52,2
Reise-, Bewirtungs- und Repräsentationsaufwendungen	23,4	26,5
Werbe- und Marketingkosten	19,8	15,8
Personalnebenkosten und freiwillige soziale Leistungen	16,3	14,5
Versicherungen, Beiträge und Gebühren	13,0	13,9
Aufwendungen aus Währungsdifferenzen	4,3	4,1
Vergütung des Aufsichtsrats	4,2	2,6
Aufwendungen aus Geschäftsbesorgungsverträgen	0,5	3,4
Übrige	18,3	30,3
Summe	493,3	600,7

Die Kosten für IT-Dienstleister und sonstige Beratung betreffen im Wesentlichen Aufwendungen im Zusammenhang mit der Entwicklung von Software. Zur Analyse der Entwicklungskosten siehe [Erläuterung 7](#). Ferner enthalten diese Kosten Aufwendungen für strategische und rechtliche Beratungsdienstleistungen sowie für Prüfungstätigkeiten.

Zusammensetzung der Abschlussprüferhonorare

	2017		2016	
	Gesamt Mio. €	Deutschland Mio. €	Gesamt Mio. €	Deutschland Mio. €
Abschlussprüfung	4,0 ¹⁾	2,3	3,0	2,0
Sonstige Bestätigungs- oder Bewertungsleistungen	0,7 ²⁾	0,6	1,8	1,8
Steuerberatungsleistungen	0,9	0,2	0,9	0,3
Sonstige Leistungen	0,1	0	0,2	0
Summe	5,7	3,1	5,9	4,1

1) Davon 0,3 Mio. € für das Jahr 2016

2) Davon 0,2 Mio. € für das Jahr 2016

Das Honorar für „Abschlussprüfungsleistungen“ der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft betraf v. a. die Prüfung des Konzernabschlusses der Deutsche Börse AG nach IFRS und des Jahresabschlusses der Deutsche Börse AG nach HGB sowie der Jahresabschlüsse diverser Tochtergesellschaften nach lokalen Rechnungslegungsvorschriften und IFRS. Enthalten sind hier gesetzliche Auftragsweiterungen und mit dem Aufsichtsrat vereinbarte Prüfungsschwerpunkte. Unterjährig erfolgten prüfungsintegrierte prüferische Durchsichten der Zwischenabschlüsse.

Die „Sonstigen Bestätigungs- oder Bewertungsleistungen“ enthalten Honorare im Rahmen von M&A-Aktivitäten sowie Berichten gemäß ISAE 3402 und ISAE 3000.

Die Honorare für „Steuerberatungsleistungen“ umfassen Unterstützungsleistungen zur Erstellung von Steuererklärungen und umsatzsteuerliche Beratungen zu Einzelsachverhalten.

Unter den „Sonstigen Leistungen“ werden Honorare im Zusammenhang mit Schulungen und qualitätssichernder Unterstützung ausgewiesen.

7. Forschungs- und Entwicklungskosten

Die Aufwendungen betreffen ausschließlich Entwicklungskosten für selbst erstellte Software. Es handelt sich in den einzelnen Segmenten um folgende Systeme oder Projekte:

Forschungs- und Entwicklungskosten	Gesamtaufwand für Softwareerstellung		davon aktiviert	
	2017	(angepasst)	2017	(angepasst)
	Mio. €	2016 Mio. €	Mio. €	2016 Mio. €
Eurex				
Derivatehandelsplattform T7	5,6	6,5	4,2	3,6
Eurex Clearing Prisma	0	7,2	0	2,1
EEX-Software ¹⁾	19,2	13,4	6,8	7,1
EurexOTC Clear	10,0	16,3	6,6	8,3
360T	9,7	8,8	4,9	2,5
Übrige Eurex-Software	13,0	9,9	4,0	5,4
	57,5	62,1	26,5	29,0
Xetra				
Handelsplattform T7 für die Kassamärkte	5,1	7,2	2,6	3,9
CCP-Releases	1,8	1,9	0	0
Übrige Xetra-Software	6,3	9,9	1,3	4,0
	13,2	19,0	3,9	7,9
Clearstream				
Collateral Management and Settlement	27,7	34,0	20,2	20,5
Custody	20,8	21,7	18,6	15,1
Connectivity	3,9	15,7	2,2	8,1
Investmentfonds	3,3	2,8	2,7	2,1
GSF	3,1	1,6	2,6	1,0
	58,8	75,8	46,3	46,8
Market Data + Services¹⁾	23,1	13,2	10,5	4,7
Forschungsaufwand	1,8	0,9	0	0
Summe	154,4	171,0	87,2	88,4

1) Innerhalb der Konzernorganisation gab es Änderungen bei der Zuordnung von Erlösen zu den einzelnen Segmenten. Siehe auch [Erläuterung 35](#).

8. Beteiligungsergebnis

Zusammensetzung des Beteiligungsergebnisses

	2017 Mio. €	2016 Mio. €
At-Equity-Ergebnis assoziierter Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen		
BrainTrade Gesellschaft für Börsensysteme mbH	0	-0,4
China Europe International Exchange AG	-2,5	-1,3
Deutsche Börse Commodities GmbH	0,7	0,3
LDX International Group LLP ¹⁾	0	-6,0
LuxCSD S.A.	0	0,2
R5FX Ltd	-1,1	-1,1
RegTek Solutions Inc.	-0,2	k.A.
Switex GmbH	0,1	k.A.
Tradegate AG Wertpapierhandelsbank	4,6	1,8
Übrige	0	-0,1
Summe Ergebnis aus At-Equity-Bewertung²⁾	1,6	-6,6
Ergebnis anderer Unternehmen	196,2	43,5
Beteiligungsergebnis	197,8	36,9

1) Bis zum 11. April 2017 Global Markets Exchange Group International, LLP

2) Einschließlich Wertminderungen

Das Ergebnis assoziierter Unternehmen enthält einen Wertminderungsaufwand in Höhe von 1,1 Mio. €, der auf die Beteiligung an der R5FX Ltd entfällt (2016: 6,7 Mio. € für die Beteiligung an der LDX International Group LLP und der R5FX Ltd). Die negative Wertentwicklung der Beteiligung ist insbesondere auf die unbefriedigende wirtschaftliche Entwicklung im Geschäftsjahr 2017 und die entsprechend rückläufige Erwartung bezüglich der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung der Gesellschaft zurückzuführen. Die Bestimmung des erzielbaren Betrags, der auf Basis des beizulegenden Zeitwertes abzüglich Veräußerungskosten ermittelt wurde, erfolgte unter Zugrundelegung eines Discounted Cashflow-Modells (Inputfaktoren auf Ebene 3). Die Wertminderung wurde im Ergebnis assoziierter Unternehmen erfasst und ist dem Segment Eurex zuzuordnen.

Das Ergebnis anderer Unternehmen enthält insbesondere Erträge in Höhe von 117,0 Mio. € aufgrund der Veräußerung der verbliebenen Anteile an der BATS Global Markets, Inc. im ersten Quartal 2017 sowie in Höhe von 73,6 Mio. € aufgrund der Veräußerung einer weiteren Beteiligung im vierten Quartal 2017.

Im Berichtsjahr sind Dividenden in Höhe von 2,8 Mio. € (2016: 1,7 Mio. €) aufgrund der Beteiligungen an assoziierten Unternehmen und 6,0 Mio. € (2016: 5,1 Mio. €) aufgrund der Beteiligungen an anderen Unternehmen zugeflossen.

9. Finanzergebnis

Zusammensetzung der Finanzerträge

	2017 Mio. €	2016 Mio. €
Zinserträge auf Steuererstattungen	3,1	0,5
Erträge aus der Bewertung von Derivaten der Kategorie „Zu Handelszwecken gehalten“	2,0	0,1
Sonstige Zinserträge auf Forderungen der Kategorie „Kredite und Forderungen“	0,5	0,4
Zinserträge aus Bankguthaben der Kategorie „Kredite und Forderungen“	0,4	0,6
Erträge aus zur Veräußerung verfügbaren Wertpapieren	0,4	0,3
Sonstige Zinserträge und zinsähnliche Erträge	0,2	2,6
Zinserträge aus langfristigen Ausleihungen und Darlehen der Kategorie „Kredite und Forderungen“	0	0,1
Summe	6,6	4,6

Zusammensetzung der Finanzaufwendungen

	2017 Mio. €	2016 Mio. €
Zinsaufwendungen auf langfristige Ausleihungen ¹⁾	47,5	56,3
Zinsaufwendungen auf Steuern	21,2	11,9
Sonstige Zinsaufwendungen ¹⁾	5,3	0,3
Zinsaufwendungen aus Negativzinsen ¹⁾	3,6	1,6
Transaktionskosten für langfristige Verbindlichkeiten ¹⁾	3,1	2,8
Zinsähnliche Aufwendungen für zu Sicherungszwecken gehaltene Derivate ¹⁾	2,8	2,8
Aufwendungen aus der Aufzinsung der Pensionsrückstellungen	2,7	2,9
Zinsaufwendungen für kurzfristige Verbindlichkeiten ¹⁾	0,1	0,6
Summe	86,3	79,2

1) Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet

10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Zusammensetzung der Steuern vom Einkommen und vom Ertrag (Hauptbestandteile)

	2017 Mio. €	2016 Mio. €
Tatsächliche Ertragsteuern auf das Ergebnis:		
des laufenden Jahres	376,2	293,2
aus Vorjahren	35,8	0,4
Latenter Steuerertrag	-20,6	-9,1
Summe	391,4	284,5

Vom tatsächlichen Steueraufwand in Höhe von 412,0 Mio. € entfallen 376,2 Mio. € auf das laufende Jahr und 35,8 Mio. € auf Vorjahre (2016: laufendes Jahr 293,2 Mio. €, Vorjahre 0,4 Mio. €). Davon entfallen 213,8 Mio. € auf das Inland und 198,2 Mio. € auf das Ausland (2016: Inland 151,9 Mio. €, Ausland 141,7 Mio. €). Vom latenten Steuerertrag in Höhe von -20,6 Mio. € entfallen -51,4 Mio. € Ertrag auf das Inland und 30,8 Mio. € Aufwand auf das Ausland (2016: Aufwand im Inland 0,4 Mio. €, Ertrag im Ausland -19,5 Mio. €).

Im Berichtsjahr hat sich der tatsächliche Steueraufwand um 0,1 Mio. € (2016: 1,1 Mio. €) gemindert, da steuerliche Verlustvorträge genutzt wurden, für die keine latenten Steueransprüche gebildet waren.

Um die Steuern für die deutschen Gesellschaften zu berechnen, wurden im Berichtsjahr Steuersätze von 27,4 bis 31,9 Prozent verwendet (2016: 27,4 bis 31,9 Prozent). Diese berücksichtigen die Gewerbebeitragsteuer mit Hebesätzen von 330 bis 460 Prozent (2016: 330 bis 460 Prozent) auf den Steuermessbetrag von 3,5 Prozent (2016: 3,5 Prozent), die Körperschaftsteuer mit 15 Prozent (2016: 15 Prozent) und den Solidaritätszuschlag von 5,5 Prozent (2016: 5,5 Prozent) auf die Körperschaftsteuer.

Für die luxemburgischen Gesellschaften wurde ein Steuersatz von 27,1 Prozent (2016: 29,2 Prozent) verwendet. Dieser berücksichtigt die Gewerbebeitragsteuer mit einem Satz von 6,7 Prozent (2016: 6,7 Prozent) und die Körperschaftsteuer mit einem Satz von 20,4 Prozent (2016: 22,5 Prozent).

Für die Gesellschaften in den übrigen Ländern (siehe [Erläuterung 2](#)) wurden Steuersätze von 12,5 bis 46,0 Prozent (2016: 12,5 bis 40,0 Prozent) angewandt.

Die folgende Übersicht weist die Wertansätze der aktiven und passiven Bilanzposten für latente Steuern sowie die mit diesen im Zusammenhang stehenden erfolgswirksamen Steueraufwendungen bzw. -erträge und erfolgsneutralen Veränderungen aus.

Zusammensetzung der latenten Steuern

	Latente Steueransprüche		Latente Steuerschulden		Währungs- differenzen	Latenter Steueraufwand/ (-ertrag)		Erfolgsneutrale Veränderung der latenten Steueransprüche/-schulden	
	2017 Mio. €	2016 Mio. €	2017 Mio. €	2016 Mio. €		2017 Mio. €	2016 Mio. €	2017 Mio. €	2016 Mio. €
Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen	61,4	60,9	-0,3	0	0	-8,6	-1,1	8,4 ¹⁾	-3,0
Sonstige Rückstellungen	6,8	5,8	-0,7	0	0	-0,3	1,9	0	18,0
Verzinsliche Verbindlichkeiten	0	0	-1,4	-1,8	0	-0,4	10,9	0	0
Immaterielle Vermögenswerte	40,4	0	-33,7	-34,6	0	-41,3	1,3	0	-5,0
Immaterielle Vermögenswerte aus Kaufpreisallokation	0	0	-189,7 ²⁾	-197,8	0,4	-17,1	-4,7	0	-192,4
Langfristige Vermögenswerte	8,6	9,7	-7,4	0	0	8,5	-2,7	0	1,8
Wertpapiere der langfristigen Vermögenswerte	0	0	-15,8	-20,8	2,6	35,1	-42,2	-42,7 ¹⁾	24,0
Sonstige langfristige Vermögenswerte	0,1	3,5	0	0	0	2,6	-2,5	0,8 ¹⁾	0,7
Sonstige Verbindlichkeiten	0,9	1,7	0	0	0	0,8	0	0	0
Verlustvorträge	1,2	1,3	0	0	0	0,1	30,0	0	56,2
Währungsdifferenzen	3,9	0	0	-1,1	0	0	0	-5,0	-148,4
Bruttowert	123,3	82,9	-249,0	-256,1	3,0	-20,6	-9,1	-38,5	-248,1
Saldierung der latenten Steuern	-22,2	-20,4	22,2	20,4	0	0	0	0	0
Summe	101,1	62,5	-226,8	-235,7	3,0	-20,6	-9,1	-38,5	-248,1

1) Separater Ausweis in der Konzern-Eigenkapitalentwicklung unter „Neubewertungsrücklage“

2) Davon -9,0 Mio. € aus der Erstkonsolidierung der Nodal Exchange Holdings, LLC, Tysons Corner, Virginia, USA, (Nodal Exchange) und 0,4 Mio. € aus damit im Zusammenhang stehenden erfolgsneutralen Effekten aus der Währungsumrechnung

Für Steuern auf künftige Dividenden, die unter Umständen aus den Gewinnrücklagen von Tochter- und assoziierten Unternehmen gezahlt werden, wurden keine passiven latenten Steuern ausgewiesen. Gemäß § 8b Abs. 5 Körperschaftsteuergesetz sind 5 Prozent aller Dividenden und ähnlichen Einkünfte bei deutschen Kapitalgesellschaften als steuerpflichtig zu behandeln. Es bestehen keine nicht ausgewiesenen passiven latenten Steuern auf künftige Dividenden von Tochter- und assoziierten Unternehmen sowie auf Gewinne aus der Veräußerung von solchen Unternehmen (2016: null).

Überleitungsrechnung vom erwarteten zum ausgewiesenen Steueraufwand

	2017 Mio. €	2016 Mio. €
Abgeleitete Ertragsteuern aus dem Ergebnis vor Steuern	348,0	279,1
Steuerlich genutzte Verluste und steuerlich unwirksame Verlustvorträge	1,6	-0,7
Aktivierung latenter Steuern auf bisher nicht angesetzte Verlustvorträge	0	-0,7
Veränderung der Wertberichtigungen aktiver latenter Steuern	-0,5	-4,0
Steuermehrungen aufgrund sonstiger steuerlich nicht abzugsfähiger Aufwendungen	13,7	13,6
Auswirkungen aufgrund unterschiedlicher Steuersätze	17,2	12,9
Auswirkungen aufgrund Steuersatzänderungen	-2,7	0,1
Steuerminderung aufgrund von Dividenden sowie der Veräußerung von Beteiligungen	-7,7	-15,9
Auswirkungen konzerninterner Umstrukturierungen	-21,2	0
Sonstige	6,8	-0,3
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag für das laufende Jahr	355,2	284,1
Ertragsteuern aus Vorjahren	36,2	0,4
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	391,4	284,5

Zur Ermittlung des erwarteten Steueraufwands wird das Ergebnis vor Steuern mit dem für das Jahr 2017 angenommenen Gesamtsteuersatz der Gruppe von 27 Prozent (2016: 27 Prozent) multipliziert.

Zum 31. Dezember 2017 lag die berichtete Steuerquote bei 30,4 Prozent (2016: 27,5 Prozent). Die Steuerquote wurde insbesondere durch eine Steuerzahlung für Vorjahre aufgrund der voraussichtlichen Nichtanerkennung der steuerlichen Abzugsfähigkeit einer Strafzahlung beeinflusst. Zudem wurden aus der Veräußerung von Beteiligungen steuerpflichtige Erträge bei einem Tochterunternehmen in den USA realisiert, die mit einem Steuersatz von 40 Prozent besteuert wurden. Ein weiterer wesentlicher Einfluss auf die berichtete Steuerquote resultiert aus einer konzerninternen Umstrukturierung.

Zum Ende des Berichtsjahres bestanden aufgelaufene, noch nicht genutzte steuerliche Verluste von 33,7 Mio. € (2016: 21,3 Mio. €), für die keine latenten Steueransprüche gebildet wurden. Diese noch nicht genutzten Verluste entfallen zu 0,9 Mio. € auf das Inland und zu 32,8 Mio. € auf das Ausland (2016: Inland 2,6 Mio. €, Ausland 18,7 Mio. €).

Die Verluste können in Deutschland unter Berücksichtigung der Mindestbesteuerung zeitlich unbefristet vorgetragen werden. In Großbritannien können Verlustvorträge aufgrund einer Gesetzesänderung seit dem 1. April 2017 unter Berücksichtigung der Mindestbesteuerung verrechnet, jedoch weiterhin unbefristet vorgetragen werden. In den USA können Verlustvorträge, soweit sie vor dem 1. Januar 2018 entstanden sind, bis zu 20 Jahre lang vorgetragen werden. Verluste, die seit dem 1. Januar 2018 entstehen, können infolge der Ende Dezember 2017 verabschiedeten Steuerreform unter Berücksichtigung der Mindestbesteuerung zeitlich unbefristet vorgetragen werden. In den übrigen Ländern unterliegt der Verlustvortrag keinen zeitlichen Restriktionen.

Erläuterungen zur Konzernbilanz

11. Immaterielle Vermögenswerte

Immaterielle Vermögenswerte (Teil 1)

	Erworbene Software Mio. €	Selbst erstellte Software Mio. €	Geschäfts- oder Firmenwerte Mio. €	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau ¹⁾ Mio. €	Andere immaterielle Vermögens- werte Mio. €	Summe Mio. €
Anschaffungskosten zum 01.01.2016	245,3	792,9	2.909,5	152,0	2.715,3	6.815,0
Erwerb durch Unternehmens- zusammenschlüsse ²⁾	0	0	3,3	0	4,3	7,6
Abgang aufgrund von Änderungen im Konsolidierungskreis ³⁾	-0,2	-2,5	-16,7	0	-0,2	-19,6
Umgliederung in „Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte“ ⁴⁾	-5,5	-46,7	-153,8	-5,8	-1.741,2	-1.953,0
Zugänge	14,9	11,7	0	78,2	0,1	104,9
Abgänge	0	-3,6	-0,1	-1,7	0	-5,4
Umgliederungen	6,2	31,9	0	-38,2	0,1	0
Währungsdifferenzen	-0,1	-1,3	-21,1	-0,2	-46,9	-69,6
Anschaffungskosten zum 31.12.2016	260,6	782,4	2.721,1	184,3	931,5	4.879,9
Erwerb durch Unternehmens- zusammenschlüsse ⁵⁾	0	3,5	56,5	2,2	84,4	146,6
Zugänge	17,7	37,1	0	50,1	1,2	106,1
Abgänge	-2,0	0	0	-0,9	0	-2,9
Umgliederungen	0,8	144,7	0	-145,5	0	0
Währungsdifferenzen	0,8	-1,8	-6,7	-0,2	-7,5	-15,4
Anschaffungskosten zum 31.12.2017	277,9	965,9	2.770,9	90,0	1.009,6	5.114,3

1) Die Zugänge geleisteter Anzahlungen und Anlagen im Bau im Berichtsjahr beziehen sich ausschließlich auf selbst erstellte Software.

2) Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Zugänge im Rahmen der Erstkonsolidierung der Power Exchange Central Europe a.s., der Gaspoint Nordic A/S und der PEGAS CEGH Gas Exchange Services GmbH, siehe [Erläuterung 2 im Unternehmensbericht 2016](#).

3) Hierbei handelt es sich um Abgänge im Zuge der Veräußerung von Anteilen an der Infobolsa S.A., siehe [Erläuterung 2 im Unternehmensbericht 2016](#).

4) Hierbei handelt es sich ausschließlich um Abgänge im Zuge des Verkaufs der Anteile an der U.S. Exchange Holdings, Inc. sowie im Rahmen eines Asset Deal über den Verkauf des Geschäfts der Market News International, Inc. und ihrer beiden Tochtergesellschaften, siehe [Erläuterung 2 im Unternehmensbericht 2016](#).

5) Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Zugänge im Rahmen der Erstkonsolidierung der Nodal Exchange-Gruppe, siehe [Erläuterung 2](#).

Immaterielle Vermögenswerte (Teil 2)

	Erworbene Software Mio. €	Selbst erstellte Software Mio. €	Geschäfts- oder Firmenwerte Mio. €	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau ¹⁾ Mio. €	Andere immaterielle Vermögens- werte Mio. €	Summe Mio. €
Übertrag						
Anschaffungskosten zum 31.12.2017	277,9	965,9	2.770,9	90,0	1.009,6	5.114,3
Abschreibung und Wertminderungsaufwand zum 01.01.2016	211,5	599,7	10,7	1,6	1.359,0	2.182,5
Planmäßige Abschreibung	17,5	49,7	0	0,8	27,8	95,8
Wertminderungsaufwand	0	3,6	0	0,3	0,3	4,2
Abgang aufgrund von Änderungen im Konsolidierungskreis ³⁾	-0,2	-2,5	-10,7	0	-0,1	-13,5
Umgliederung in „Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte“ ⁴⁾	-5,0	-38,3	0	0	-1.281,0	-1.324,3
Abgänge	0	-1,2	0	0	0	-1,2
Umgliederungen	1,4	-1,4	0	0	0	0
Währungsdifferenzen	-0,1	-1,1	0	0	-34,4	-35,6
Abschreibung und Wertminderungsaufwand zum 31.12.2016	225,1	608,5	0	2,7	71,6	907,9
Planmäßige Abschreibung	17,5	72,3	0	0	26,8	116,6
Wertminderungsaufwand	0	0	0	1,3	0	1,3
Abgänge	-1,8	0	0	-0,8	0	-2,6
Umgliederungen	0	0	0	0	0	0
Währungsdifferenzen	0,5	-0,4	0	0	0	0,1
Abschreibung und Wertminderungsaufwand zum 31.12.2017	241,3	680,4	0	3,2	98,4	1.023,3
Buchwert zum 31.12.2016	35,5	173,9	2.721,1	181,6	859,9	3.972,0
Buchwert zum 31.12.2017	36,6	285,5	2.770,9	86,8	911,2	4.091,0

Software und geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau

Die Zugänge und Umgliederungen bei Software betreffen im Wesentlichen die Entwicklung der pan-europäischen Abwicklungsplattform für Wertpapiere (TARGET2-Securities) der Segmente Clearstream und Xetra sowie die Entwicklung von 1CAS Custody & Portal, einer Plattform zur Verwahrung von Wertpapieren des Segments Clearstream.

Buchwerte von wesentlichen Softwareanwendungen und Anlagen im Bau sowie Restabschreibungsdauern für Softwareanwendungen

	Buchwert zum		Restabschreibungsdauer zum	
	31.12.2017 Mio. €	31.12.2016 Mio. €	31.12.2017 Jahre	31.12.2016 Jahre
Eurex				
Derivatehandelsplattform T7	23,1	26,8	1,9 – 4,9	2,9 – 5,9
Eurex Clearing Prisma Release 1.0	18,4	23,2	2,3 – 3,5	4,0 – 5,0
C7 Release 3.0	13,0	14,3	5,4	6,4
360T-Handelsplattform	12,4	14,5	2,8 – 5,8	5,0 – 7,0
Eurex Clearing Prisma Release 2.0	8,2	9,9	3,4 – 3,9	5,0 – 6,0
Clearstream				
TARGET2-Securities	79,7	89,0	6,1	k.A.
1CAS Custody & Portal	39,4	24,7	k.A.	k.A.
MALMO	14,6	17,8	3,9	4,9
One CLS Settlement & Reporting (1 CSR)	10,6	11,6	6,1	k.A.
Single Network	8,8	10,1	6,1	k.A.
Market Data + Services				
Regulatory Reporting Hub	13,7	3,2	k.A.	k.A.
Xetra				
TARGET2-Securities	8,5	10,0	4,1	k.A.
Handelsplattform T7 für den Kassamarkt	5,8	3,7	6,5	k.A.

Neben anlassbezogenen Werthaltigkeitstests aller immateriellen Vermögenswerte werden ebenso die noch nicht nutzungsbereiten immateriellen Vermögenswerte mindestens jährlich auf Wertminderung überprüft. Hieraus ergab sich 2017 ein Wertminderungsbedarf von insgesamt 1,3 Mio. € (2016: 3,9 Mio. €). Der Ausweis erfolgt in der Position Abschreibungen und Wertminderungsaufwendung und betrifft die Segmente Clearstream und Eurex. Der erzielbare Betrag wurde auf Basis des beizulegenden Zeitwertes abzüglich Veräußerungskosten ermittelt; Grundlage hierfür bildet ein Discounted Cashflow-Modell (Inputfaktoren auf Ebene 3).

Geschäfts- oder Firmenwerte und andere immaterielle Vermögenswerte aus Unternehmenszusammenschlüssen

Entwicklung der Geschäfts- oder Firmenwerte und anderen immateriellen Vermögenswerte nach Unternehmenszusammenschlüssen

	Clearstream Mio. €	ISE Mio. €	360T Mio. €	Nodal Mio. €	EEX Mio. €	STOXX Mio. €	Sonstige Mio. €	Summe Mio. €
Geschäfts- oder Firmenwerte								
Stand zum 01.01.2017	1.063,8	987,4	529,0	0	33,3	32,6	75,0	2.721,1
Erwerb durch Unternehmenszusammenschlüsse	0	0	0	56,5	0	0	0	56,5
Währungsdifferenzen	0	0	0	-5,0	0	0	-1,7	-6,7
Stand zum 31.12.2017	1.063,8	987,4	529,0	51,5	33,3	32,6	73,3	2.770,9
Andere immaterielle Vermögenswerte								
Stand zum 01.01.2017	0	0	240,0	0	62,5	435,4	122,0	859,9
Erwerb durch Unternehmenszusammenschlüsse	0	0	0	84,4	0	0	0	84,4
Zugänge	0	0	0	0	0	0	1,2	1,2
Planmäßige Abschreibung	0	0	-10,1	-1,4	-4,7	-3,1	-7,5	-26,8
Währungsdifferenzen	0	0	0	-7,5	0	0	0	-7,5
Stand zum 31.12.2017	0	0	229,9	75,5	57,8	432,3	115,7	911,2

Die anderen immateriellen Vermögenswerte unterteilen sich in die folgenden Kategorien:

Entwicklung der anderen immateriellen Vermögenswerte nach Kategorien

	Börsen- lizenzen Mio. €	Markennamen Mio. €	Teilnehmer- und Kunden- beziehungen Mio. €	Sonstige immaterielle Vermögenswerte Mio. €	Summe Mio. €
Stand zum 01.01.2017	0,7	453,8	400,9	4,5	859,9
Erwerb durch Unternehmenszusammenschlüsse	24,5	4,9	55,0	0	84,4
Zugänge	0	0	0,4	0,8	1,2
Planmäßige Abschreibung	0	-0,1	-25,7	-1,0	-26,8
Währungsdifferenzen	-2,2	-0,4	-4,9	0	-7,5
Stand zum 31.12.2017	23,0	458,2	425,7	4,3	911,2

Geschäfts- oder Firmenwerte und bestimmte andere immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer werden mindestens einmal jährlich auf Werthaltigkeit überprüft. Da diese Vermögenswerte keine Zahlungsmittelzuflüsse generieren, die weitestgehend unabhängig von denen anderer Vermögenswerte sind, wird der erzielbare Betrag der Zahlungsmittel generierenden Einheit (ZGE) bzw. Gruppe von ZGEs, der der Vermögenswert zugeordnet ist, bestimmt. Die Zuordnung der Vermögenswerte auf die jeweilige ZGE kann der folgenden Tabelle entnommen werden:

Allokation der Buchwerte immaterieller Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer auf ZGEs

Vermögenswert	(Gruppe) Zahlungsmittel generierende(r) Einheit(en)			
	Clearstream Core Mio. €	Eurex Core Mio. €	360T Mio. €	Nodal Mio. €
Geschäfts- oder Firmenwerte				
Clearstream	1.063,8	0	0	0
International Securities Exchange	0	987,4	0	0
360T-Gruppe	47,3	292,5	189,2	0
Nodal Exchange-Gruppe	0	0	0	0
European Energy Exchange	0	0	0	0
STOXX	0	0	0	0
Powernext/EPEX SPOT-Gruppe	0	0	0	0
Clearstream Global Securities Services	0	0	0	0
Impendium	0	0	0	0
Market News International	0	0	0	0
APX Holding-Gruppe	0	0	0	0
Börse Frankfurt Zertifikate	0	0	0	0
Clearstream Fund Services	0	0	0	0
Need to Know News	0	0	0	0
Power Exchange Central Europe	0	0	0	0
PEGAS CEGH Gas Exchange Services	0	0	0	0
Kingsbury	0	0	0	0
Indexium	0	0	0	0
Gaspoint Nordic	0	0	0	0
Börsenlizenzen				
Nodal Exchange-Gruppe	0	0	0	22,3
European Energy Exchange	0	0	0	0
Börse Frankfurt Zertifikate	0	0	0	0
Powernext/EPEX SPOT-Gruppe	0	0	0	0
APX Holding-Gruppe	0	0	0	0
Markennamen				
STOXX	0	0	0	0
360T-Gruppe	0	0	19,9	0
Powernext/EPEX SPOT-Gruppe	0	0	0	0
European Energy Exchange	0	0	0	0
Nodal Exchange-Gruppe	0	0	0	4,5
Power Exchange Central Europe	0	0	0	0
PEGAS CEGH Exchange Services	0	0	0	0

Die erzielbaren Beträge der ZGEs werden abhängig von der jeweiligen Einheit entweder auf Basis des Nutzungswertes oder auf Basis des beizulegenden Zeitwertes abzüglich Veräußerungskosten ermittelt. Falls einer dieser Werte (Nutzungswert oder beizulegender Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten) den Buchwert nicht übersteigt, wird der jeweils andere Wert ermittelt. Da kein aktiver Markt für die ZGEs vorliegt, wird sowohl für die Ermittlung des Nutzungs- als auch des beizulegenden Zeitwertes abzüglich Veräußerungskosten die Discounted Cashflow-Methode zugrunde gelegt. Bei den hierbei verwendeten Inputfaktoren handelt es sich stets um Inputfaktoren der Ebene 3.

(Gruppe) Zahlungsmittel generierende(r) Einheit(en)

	EEX Mio. €	Segment MD+S Mio. €	Fund Services Mio. €	Börse Frankfurt Zertifikate Mio. €	STOXX Mio. €	Summe Mio. €
	0	0	0	0	0	1.063,8
	0	0	0	0	0	987,4
	0	0	0	0	0	529,0
	51,5	0	0	0	0	51,5
	33,3	0	0	0	0	33,3
	0	32,6	0	0	0	32,6
	18,4	0	0	0	0	18,4
	0	0	15,6	0	0	15,6
	0	9,0	0	0	0	9,0
	0	7,9	0	0	0	7,9
	6,6	0	0	0	0	6,6
	0	0	0	4,6	0	4,6
	0	0	4,0	0	0	4,0
	0	3,2	0	0	0	3,2
	1,7	0	0	0	0	1,7
	1,5	0	0	0	0	1,5
	0	0,5	0	0	0	0,5
	0	0,2	0	0	0	0,2
	0,1	0	0	0	0	0,1
	0	0	0	0	0	22,3
	0,3	0	0	0	0	0,3
	0	0	0	0,2	0	0,2
	0,1	0	0	0	0	0,1
	0,1	0	0	0	0	0,1
	0	0	0	0	420,0	420,0
	0	0	0	0	0	19,9
	7,2	0	0	0	0	7,2
	5,8	0	0	0	0	5,8
	0	0	0	0	0	4,5
	0,3	0	0	0	0	0,3
	0,1	0	0	0	0	0,1

Die wesentlichen Annahmen zur Bestimmung des erzielbaren Betrags sind abhängig von der jeweiligen ZGE bzw. Gruppe von ZGEs. Zur Diskontierung der geplanten Zahlungsströme werden für jede ZGE bzw. Gruppe von ZGEs individuelle Kapitalkosten ermittelt. Diese basieren auf Daten, die die Beta-Faktoren, die Fremdkapitalkosten sowie die Kapitalstruktur der jeweiligen Peer Group berücksichtigen. Annahmen zu Preisen, Handelsvolumen, verwahrtem Vermögen, Marktanteilen oder der allgemeinen Geschäftsentwicklung basieren auf Erfahrungswerten oder Daten aus der Marktforschung. Andere wesentliche Annahmen basieren hauptsächlich auf externen Faktoren und decken sich grundsätzlich mit der internen Managementplanung. Wichtige gesamtwirtschaftliche Kennzahlen sind z. B. die Stände und Volatilitäten

von Aktienindizes sowie Zinssätze, Wechselkurse, das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts, Arbeitslosenquoten und die Staatsverschuldung. Bei der Berechnung des Nutzungswertes werden die Planungsrechnungen ggf. um Effekte aus künftigen Restrukturierungen und Erweiterungsinvestitionen bereinigt.

Die wesentlichen, im Rahmen der Werthaltigkeitstests für die Jahre 2017 und 2016 verwendeten Annahmen können den folgenden Tabellen entnommen werden:

Wesentliche Annahmen im Rahmen der Werthaltigkeitstests im Jahr 2017

(Gruppe) Zahlungsmittel generierende(r) Einheit(en)	Erzielbarer Betrag	Risikofreier Zinssatz %	Markt- risiko- prämie %	Diskontie- rungssatz %	Wachs- tumsrate ewige Rente %	CAGR ¹⁾	
						Netto- erlöse %	Operative Kosten ²⁾ %
Clearstream Core	Nutzungswert	0,9	6,5	11,6 ³⁾	1,0	8,6	2,7
Eurex Core	beizulegender Zeitwert abzgl. Veräußerungskosten	0,9	6,5	8,6 ⁴⁾	1,0	7,1	2,9
360T	beizulegender Zeitwert abzgl. Veräußerungskosten	0,9	6,5	8,2 ⁴⁾	2,5	16,4	11,9
Nodal	beizulegender Zeitwert abzgl. Veräußerungskosten	2,6	6,5	8,8	2,0	15,5	8,7
EEX	beizulegender Zeitwert abzgl. Veräußerungskosten	0,9	6,5	9,1 ⁴⁾	1,5	1,7	4,7
Segment MD+S	beizulegender Zeitwert abzgl. Veräußerungskosten	1,0	6,5	8,5 ⁴⁾	2,0	6,1	4,1
Fund Services	beizulegender Zeitwert abzgl. Veräußerungskosten	0,9	6,5	13,1 ⁴⁾	2,0	1,4	1,4
Börse Frankfurt Zertifikate	beizulegender Zeitwert abzgl. Veräußerungskosten	1,0	6,5	12,2 ⁴⁾	2,0	1,4	1,6
STOXX	beizulegender Zeitwert abzgl. Veräußerungskosten	0,9	6,5	9,8 ⁴⁾	2,0	7,5	6,4

1) CAGR = Compound Annual Growth Rate, dt.: durchschnittliche jährliche Wachstumsrate

2) Ohne Abschreibungen und Wertminderungsaufwendungen

3) Vor Steuern

4) Nach Steuern

Wesentliche Annahmen im Rahmen der Werthaltigkeitstests im Jahr 2016

(Gruppe) Zahlungsmittel generierende(r) Einheit(en)	Erzielbarer Betrag	Risikofreier Zinssatz %	Markt- risiko- prämie %	Diskontie- rungssatz %	Wachs- tumsrate ewige Rente %	CAGR ¹⁾	
						Netto- erlöse %	Operative Kosten ²⁾ %
Clearstream Core	Nutzungswert	0,7	6,5	10,4 ³⁾	1,0	3,5	3,2
Eurex Core	beizulegender Zeitwert abzgl. Veräußerungskosten	0,7	6,5	8,5 ⁴⁾	1,0	7,2	6,6
360T	beizulegender Zeitwert abzgl. Veräußerungskosten	0,7	6,5	8,3 ⁴⁾	2,5	10,3	1,6
EEX	beizulegender Zeitwert abzgl. Veräußerungskosten	0,7	6,5	9,0 ⁴⁾	1,0	1,3	4,3
Segment MD+S	beizulegender Zeitwert abzgl. Veräußerungskosten	0,2	6,5	7,7 ⁴⁾	2,0	2,9	0,4
Fund Services	beizulegender Zeitwert abzgl. Veräußerungskosten	0,7	6,5	12,3 ⁴⁾	2,0	6,3	5,7
Börse Frankfurt Zertifikate	beizulegender Zeitwert abzgl. Veräußerungskosten	0,2	6,5	11,5 ⁴⁾	2,0	3,0	2,2
STOXX	beizulegender Zeitwert abzgl. Veräußerungskosten	0,2	6,5	8,9 ⁴⁾	2,0	6,8	5,5

1) CAGR = Compound Annual Growth Rate, dt.: durchschnittliche jährliche Wachstumsrate

2) Ohne Abschreibungen und Wertminderungsaufwendungen

3) Vor Steuern

4) Nach Steuern

Auch bei einer für möglich erachteten Änderung der genannten Parameter würde es bei keiner der oben aufgeführten ZGEs bzw. Gruppen von ZGEs zu einer Wertminderung kommen.

12. Sachanlagen

Sachanlagen

	Einbauten in Gebäuden Mio. €	Computer- hardware, Betriebs- und Geschäfts- ausstattung Mio. €	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau Mio. €	Summe Mio. €
Anschaffungskosten zum 01.01.2016	90,6	350,0	0,7	441,3
Abgang aufgrund von Änderungen im Konsolidierungskreis	0	-2,0	0	-2,0
Umgliederung in „Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte“ ¹⁾	-11,5	-25,2	0	-36,7
Zugänge	4,6	40,9	4,2	49,7
Abgänge	-5,0	-5,6	-0,7	-11,3
Umgliederungen	1,7	0,4	-2,0	0,1
Währungsdifferenzen	-0,8	-0,7	0	-1,5
Anschaffungskosten zum 31.12.2016	79,6	357,8	2,2	439,6
Erwerb durch Unternehmenszusammenschlüsse	0	0,1	0	0,1
Zugänge	6,4	35,6	1,1	43,1
Abgänge	-1,3	-3,4	-1,1	-5,8
Umgliederungen	0	0,1	-0,1	0
Währungsdifferenzen	-0,4	0,5	0,1	0,2
Anschaffungskosten zum 31.12.2017	84,3	390,7	2,2	477,2
Abschreibung und Wertminderungsaufwand zum 01.01.2016	50,3	281,3	0	331,6
Planmäßige Abschreibung	6,6	29,4	0	36,0
Wertminderungsaufwand	0,4	0	0	0,4
Abgang aufgrund von Änderungen im Konsolidierungskreis	0	-1,8	0	-1,8
Umgliederung in „Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte“ ¹⁾	-8,4	-20,6	0	-29,0
Abgänge	-4,6	-5,4	0	-10,0
Umgliederungen	-0,1	0	0	-0,1
Währungsdifferenzen	-0,5	-0,5	0	-1,0
Abschreibung und Wertminderungsaufwand zum 31.12.2016	43,7	282,4	0	326,1
Planmäßige Abschreibung	7,2	34,8	0	42,0
Abgänge	-1,3	-3,3	0	-4,6
Währungsdifferenzen	-0,1	0,4	0	0,3
Abschreibung und Wertminderungsaufwand zum 31.12.2017	49,5	314,3	0	363,8
Buchwert zum 31.12.2016	35,9	75,4	2,2	113,5
Buchwert zum 31.12.2017	34,8	76,4	2,2	113,4

1) Hierbei handelt es sich ausschließlich um Abgänge im Zuge des Verkaufs der Beteiligungsanteile am Teilkonzern International Securities Exchange (ISE) sowie im Rahmen eines Asset Deal über den Verkauf des Geschäfts der Assam SellerCo, Inc. und ihrer beiden Tochtergesellschaften.

13. Finanzanlagen

Finanzanlagen

	Anteile an assozierten Unternehmen und Gemeinschafts- unternehmen Mio. €	Andere Beteiligungen Mio. €	Forderungen und Wertpapiere aus dem Bankgeschäft Mio. €	Sonstige Wertpapiere und Ausleihungen Mio. €
Anschaffungskosten zum 01.01.2016	55,1	229,4	2.016,3	34,0
Erwerb durch Unternehmenszusammenschlüsse	-0,6	0	0	0
Umgliederung in „Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte“	0	-32,3	0	-8,1
Zugänge	5,1	5,4	155,6	12,8
Abgänge	-0,4	-40,2	0	-6,1
Zuführung/(Auflösung) Agio/Disagio	0	0	-2,2	-0,1
Umgliederungen	-1,0	0	-586,8 ¹⁾	1,0
Währungsdifferenzen	-0,2	3,4	14,7	-0,9
Anschaffungskosten zum 31.12.2016	58,0	165,7	1.597,6	32,6
Zugänge	10,4	127,9	292,9	5,0
Abgänge	-8,4	-197,0	0	-3,0
Zuführung/(Auflösung) Agio/Disagio	0	0	-1,7	-0,1
Umgliederungen	-5,0	5,0	-257,3 ¹⁾	0
Währungsdifferenzen	0	-2,4	-76,7	-0,3
Anschaffungskosten zum 31.12.2017	55,0	99,2	1.554,8	34,2
Neubewertung zum 01.01.2016	-16,6	-10,0	2,3	-1,5
Umgliederung in „Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte“	0	-0,8	0	0,2
Abgänge Wertberichtigungen	0	0	0	-5,0
Dividenden	-1,8	0	0	0
Ergebnis aus At-Equity-Bewertung	0,4	0	0	0
Erfolgsneutrale Währungsumrechnung	-0,4	5,3	0	0
Erfolgswirksame Währungsumrechnung	0,3	0	-0,1	0,5
Sonstige erfolgsneutrale Neubewertung	1,1	1,0	0	0
Sonstige erfolgswirksame Neubewertung	0	-40,9	0	0
Erfolgsneutrale Marktpreisänderung	0	135,1	6,2	0
Erfolgswirksame Marktpreisänderung	-6,7	0	0	-0,4
Umgliederungen	0	0	-1,2 ¹⁾	0
Neubewertung zum 31.12.2016	-23,7	89,7	7,2	-6,2
Abgänge Wertberichtigungen	8,4	0	0	2,5
Dividenden	-2,9	0	0	0
Ergebnis aus At-Equity-Bewertung	2,8	0	0	0
Erfolgswirksame Währungsumrechnung	0,1	0,5	0,2	0,2
Sonstige erfolgsneutrale Neubewertung	0	73,2	0	0
Sonstige erfolgswirksame Neubewertung	-1,0	-191,9	0	0
Erfolgsneutrale Marktpreisänderung	0	28,7	1,7	0,5
Umgliederungen	0	0	-0,9	0
Neubewertung zum 31.12.2017	-16,3	0,2	8,2	-3,0
Buchwert zum 31.12.2016	34,3	255,4	1.604,8	26,4
Buchwert zum 31.12.2017	38,7	99,4	1.563,0	31,2

1) Umgliedert in kurzfristige „Forderungen und Wertpapiere aus dem Bankgeschäft“

In den „Anteilen an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen“ sind Anteile an assoziierten Unternehmen mit einem Buchwert in Höhe von 38,7 Mio. € (2016: 34,3 Mio. €) enthalten. Wie im Vorjahr gab es keine Anteile an Gemeinschaftsunternehmen. Auch gab es im Geschäftsjahr 2017 erneut keine anteiligen Verluste von nach der Equity-Methode bilanzierten assoziierten Unternehmen, die nicht erfasst wurden.

In den „Sonstigen Wertpapieren und Ausleihungen“ sind Wertpapiere mit einem beizulegenden Zeitwert in Höhe von 5,0 Mio. € (2016: 5,0 Mio. €) enthalten, die an die IHK Frankfurt am Main verpfändet sind. Darüber hinaus können weitere Wertpapiere verpfändet werden, um eine Zwischenfinanzierung in Höhe von bis zu 1,0 Mio. CHF abzusichern, die der Valuta-gerechten Abwicklung von Transaktionen dient. Die Kreditlinie wurde zum 31. Dezember 2017 nicht in Anspruch genommen.

Zu den erfolgsneutralen Neubewertungen und Marktpreisänderungen siehe auch [Erläuterung 20](#). Der Posten „Andere Beteiligungen“ umfasst zur Veräußerung verfügbare Eigenkapitalinstrumente.

Im Berichtsjahr wurden erfolgswirksame Wertminderungsaufwendungen in Höhe von 1,0 Mio. € (2016: 6,7 Mio. €) für Anteile an assoziierten Unternehmen erfasst. Diese entfielen auf nicht börsennotierte Eigenkapitalinstrumente. Zu weiteren Ausführungen siehe [Erläuterung 8](#).

Zusammensetzung der Wertpapiere, die als Schuldinstrumente klassifiziert sind

	31.12.2017 Mio. €	31.12.2016 Mio. €
Wertpapiere		
von regionalen oder lokalen Gebietskörperschaften	571,8	523,9
von anderen Körperschaften/Anstalten des öffentlichen Rechts	452,3	665,1
von multilateralen Banken	534,5	352,9
von supranationalen Emittenten	18,9	77,5
von sonstigen Emittenten	16,3	11,4
Summe	1.593,8	1.630,8

In den „Wertpapieren aus dem Bankgeschäft“ und den „Sonstigen Wertpapieren und Ausleihungen“ sind börsennotierte Finanzinstrumente in Höhe von 1.563,0 Mio. € (2016: 1.604,8 Mio. €) bzw. 24,5 Mio. € (2016: 24,1 Mio. €) enthalten.

14. Derivative Finanzinstrumente und Sicherungsgeschäfte

Die Gruppe Deutsche Börse setzt derivative Finanzinstrumente grundsätzlich zur Absicherung bestehender oder geplanter, sehr wahrscheinlicher Grundgeschäfte ein. Die Finanzinstrumente werden in den Positionen „Forderungen aus dem Bankgeschäft“, „Sonstige langfristige Vermögenswerte“, „Verbindlichkeiten aus dem Bankgeschäft“ und „Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten“ ausgewiesen.

Derivative Finanzinstrumente (Fair Value)

	Anhang	Vermögenswerte		Anhang	Verbindlichkeiten	
		31.12.2017 Mio. €	31.12.2016 Mio. €		31.12.2017 Mio. €	31.12.2016 Mio. €
Cashflow-Hedges						
langfristig		0	0		0	0
kurzfristig	16	0,7	0	30	0	-6,0
Zu Handelszwecken gehaltene Derivate						
langfristig		0,1	0,1		0	-1,5
kurzfristig	16	4,5	65,7	28, 30	-32,0	-9,1
Summe		5,3	65,8		-32,0	-16,6

Marktwert-Absicherungsgeschäfte (Fair Value Hedges)

Weder zum 31. Dezember 2017 noch zum 31. Dezember 2016 standen als Fair Value Hedges designierte Finanzinstrumente aus.

Cashflow-Hedges

Die European Energy Exchange AG schloss 2017 einen Cashflow-Hedge über 205,0 Mio. US\$ ab, um das Währungsrisiko aus dem Kaufpreis für den Anteilserwerb an der Nodal Exchange Holdings, LLC (Nodal Exchange) zu neutralisieren. Nach erfolgreichem Abschluss der Verhandlungen über die wesentlichen Bedingungen des Anteilserwerbs wurde das Termingeschäft abgeschlossen, um gegen Schwankungen der Devisenkurse abgesichert zu sein. Das Termingeschäft wurde am 2. Mai 2017 zu einem Betrag von –5,5 Mio. € erfüllt; der Erwerb von Nodal Exchange wurde am Folgetag mit der Übermittlung der Zahlungsbestätigung durch die Verkäufer abgeschlossen.

Die Deutsche Börse AG schloss 2016 einen Cashflow-Hedge ab, um das Währungsrisiko eines in US-Dollar denominierten Darlehens mit einem Nominalwert von 170,0 Mio. US\$, das an eine Tochtergesellschaft mit US-Dollar als funktionaler Währung gewährt wurde, (teilweise) zu neutralisieren. Zum 31. Dezember 2016 lag der beizulegende Zeitwert des Terminkontrakts bei –6,0 Mio. €. Das Termingeschäft wurde am 28. März 2017 erfüllt. Die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts wurden in der Neubewertungsrücklage ausgewiesen und zum Zeitpunkt der Erfassung des mit dem besicherten Instrument erzielten Wechselkursbedingten Gewinns ergebniswirksam aufgelöst.

Die Clearstream Banking S.A. schloss 2017 einen Cashflow-Hedge ab, um das Währungsrisiko im Zusammenhang mit der Einnahme einer Zwischendividende in Höhe von 58,0 Mio. US\$ zu eliminieren. Dazu wurde ein Cashflow-Hedge erworben, der die Zwischendividende in voller Höhe abdeckt. Das Fälligkeitsdatum des Sicherungsinstruments stimmte mit dem Datum der Zwischendividende überein (18. Dezember 2017). Die am 17. November 2017 eingegangene Absicherung gilt als zu 100 Prozent wirksam, da die zur Absicherung eingesetzte Devisentransaktion unmittelbar mit der von der Clearstream Banking S.A. eingenommenen und in US-Dollar denominierten Zwischendividende verrechnet werden konnte. Kommt es zu einer Abwertung des US-Dollars gegenüber dem Euro, so verringert sich der entsprechende Euro-Gegenwert der Zwischendividende. Das Sicherungsgeschäft wurde am 18. Dezember 2017 zu einem Betrag von 49,1 Mio. € erfüllt.

Darüber hinaus hat die Clearstream Banking S.A. 2017 einen Cashflow-Hedge abgeschlossen, um die sich im Geschäftsjahr 2018 aus Wechselkursschwankungen zwischen dem Euro und dem US-Dollar ergebenden Auswirkungen auf in US-Dollar denominierte Nettozinserträge einzugrenzen. Die in US-Dollar erzielten Nettozinserträge werden aus den Erträgen der Anlage von auf US-Dollar lautenden Kunden-Barsalden ermittelt, abzüglich der darauf an Kunden geleisteten Zahlungen. Am 16. November 2017 wurden insgesamt zwölf Devisenterminkontrakte abgeschlossen: für jedes Monatsende im Jahr 2018 jeweils ein Kontrakt. Die eingegangene Absicherung gilt als zu 100 Prozent wirksam, da die zur Absicherung eingesetzten Devisentransaktionen unmittelbar mit den in US-Dollar denominierten Nettozinserträgen verrechnet werden können. Zu jedem Monatsende wird die Veränderung im beizulegenden Zeitwert der Devisenterminkontrakte erfolgsneutral erfasst, während der sich aus dem fälligen Devisenterminkontrakt ergebende Gewinn oder Verlust im Zinsergebnis ausgewiesen wird. Zum 31. Dezember 2017 lag der beizulegende Zeitwert der Sicherungsinstrumente bei 0,7 Mio. €; der Ausweis erfolgt unter der Position "Kurzfristige Forderungen und Wertpapiere aus dem Bankgeschäft".

Entwicklung der Cashflow-Hedges

	2017 Mio. €	2016 Mio. €
Cashflow-Hedges zum 1. Januar	0	0
Während des Geschäftsjahres erfolgsneutral erfasster Betrag	-3,4	-6,0
Während des Geschäftsjahres erfolgswirksam erfasster Betrag	0	6,0
Glattstellung	4,1	0
Cashflow-Hedges zum 31. Dezember	0,7	0

Absicherungen einer Nettoinvestition (Hedges of a Net Investment)

Im Zusammenhang mit der Übernahme der Nodal Exchange wurde ein Gesellschafterdarlehen mit einem Kapitalbetrag von 50 Mio. US\$ als Sicherungsbeziehung ausgewiesen. Die Absicherung erfolgt gegen Wechselkursrisiken im Hinblick auf die Umrechnung dieser Position aus der funktionalen Währung US-Dollar in Euro, um die Nettoinvestition in Nodal Exchange abzusichern. Die effektiven Währungsdifferenzen aus dem Darlehen, genauso wie die Währungsdifferenzen aus der Umrechnung der funktionalen Währungen ausländischer Tochtergesellschaften, wurden in der Position „Angesammelte Gewinne“ ausgewiesen. 2017 ergaben sich keinerlei Ineffektivitäten aus der Absicherung der Nettoinvestitionen. Ein kumulierter Betrag von -4,0 Mio. € wurde in die sonstigen Gewinnrücklagen (-3,0 Mio. €) und in den Anteilen nicht beherrschender Gesellschafter ausgewiesen (-1,0 Mio. €).

Bis zum 30. Juni 2016 wurden auf US-Dollar lautende Privatplatzierungen als Sicherungsbeziehungen für Wechselkursrisiken aus der Umrechnung der funktionalen Währung US-Dollar in Euro ausgewiesen, um die Nettoinvestition in den Teilkonzern ISE abzusichern. Am 30. Juni 2016 wurde dieser veräußert.

Ein kumulierter Betrag von 116,3 Mio. €, der ursprünglich im sonstigen Ergebnis ausgewiesen wurde, wurde mit der Veräußerung der Nettoinvestition in den Teilkonzern ISE ergebniswirksam umgegliedert.

Zu Handelszwecken gehaltene Derivate (Derivatives held for Trading)

Zum 31. Dezember 2017 bestanden Währungsswaps mit einer Laufzeit von weniger als sechs Monaten mit einem Nennbetrag von 2.494,6 Mio. € (2016: 3.073,8 Mio. €) und einem negativen beizulegenden Zeitwert von 29,0 Mio. € sowie einem positiven beizulegenden Zeitwert in Höhe von 4,5 Mio. € (2016: negativer beizulegender Zeitwert von 2,4 Mio. € sowie positiver beizulegender Zeitwert von 65,4 Mio. €).

Diese Swaps wurden abgeschlossen, um erhaltene Fremdwährungsbeträge aus dem Commercial Paper-Programm in Euro umzuwandeln und um auf Fremdwährung lautende kurzfristige Forderungen und Verbindlichkeiten in Euro wirtschaftlich abzusichern. Sie werden unter den Positionen „Kurzfristige Forderungen und Wertpapiere aus dem Bankgeschäft“ und „Verbindlichkeiten aus dem Bankgeschäft“ in der Bilanz ausgewiesen (siehe auch [Erläuterungen 16](#) und [28](#)).

Die European Energy Exchange AG hat Termingeschäfte zur Absicherung von Wechselkursrisiken im Zusammenhang mit den für das Jahr 2018 prognostizierten Nettobarmittelabflüssen in britischen Pfund abgeschlossen. Diese Derivate haben einen Nominalwert von 4,0 Mio. £, eine Laufzeit von weniger als zwölf Monaten und werden als „Zu Handelszwecken gehalten“ ausgewiesen. Zum 31. Dezember 2017 lag der negative beizulegende Zeitwert der Terminkontrakte bei 0,1 Mio. €. Der beizulegende Zeitwert eines US-Dollar-Swaps mit einem Nominalwert von 0,8 Mio. €, der als „Zu Handelszwecken gehalten“ ausgewiesen wird, lag zum 31. Dezember 2017 bei 0,0 Mio. €.

Die Eurex Clearing AG und die Eurex Frankfurt AG haben einigen Kunden Zuschüsse gewährt. Deren Rückzahlung ist abhängig von der Erfüllung bestimmter Kriterien. Die Eurex Clearing AG und die Eurex Frankfurt AG setzen die eingebetteten derivativen Finanzinstrumente gesondert vom Basisvertrag an, da diese in keiner engeren Beziehung zum Basisvertrag stehen. Die Derivate in Höhe von 2,9 Mio. € (2016: 4,9 Mio. €) sind als „Zu Handelszwecken gehalten“ klassifiziert und werden in den „Sonstigen langfristigen Verbindlichkeiten“ (2017: null; 2016: 1,5 Mio. €) und den „Sonstigen kurzfristigen Verbindlichkeiten“ (2017: 2,9 Mio. €; 2016: 3,4 Mio. €) ausgewiesen.

Für weitere Informationen zu Earn-Out-Komponenten siehe [Erläuterung 32](#).

15. Finanzinstrumente der zentralen Kontrahenten

Zusammensetzung der Finanzinstrumente der zentralen Kontrahenten

	31.12.2017 Mio. €	31.12.2016 Mio. €
Repo-Geschäfte	62.914,9	87.508,7
Optionen	20.140,0	24.385,1
Sonstige	1.293,0	1.872,4
Summe	84.347,9	113.766,2
davon langfristig	4.837,2	5.856,6
davon kurzfristig	79.510,7	107.909,6

Die Gesamtposition der Finanzinstrumente der zentralen Kontrahenten wird in der Bilanz in lang- und kurzfristig untergliedert. Aufrechenbare Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber einem Clearingmitglied werden saldiert ausgewiesen. Aufgrund konzerninterner GC Pooling-Geschäfte wurden finanzielle Verbindlichkeiten in Höhe von 712,1 Mio. € (2016: 430,2 Mio. €) herauskonsolidiert.

Die folgende Tabelle gibt eine Übersicht über die Saldierungseffekte bei den Finanzinstrumenten der zentralen Kontrahenten:

Bruttodarstellung der saldierten Finanzinstrumente der zentralen Kontrahenten¹⁾

	Bruttobetrag der Finanzinstrumente		Bruttobetrag der saldierten Finanzinstrumente		Nettobetrag der Finanzinstrumente	
	31.12.2017 Mio. €	31.12.2016 Mio. €	31.12.2017 Mio. €	31.12.2016 Mio. €	31.12.2017 Mio. €	31.12.2016 Mio. €
Finanzielle Vermögenswerte aus Repo-Geschäften	83.297,8	103.440,6	-20.382,9	-15.931,9	62.914,9	87.508,7
Finanzielle Verbindlichkeiten aus Repo-Geschäften	-82.585,7	-103.010,4	-20.382,9	15.931,9	-62.202,8	-87.078,5
Finanzielle Vermögenswerte aus Optionen	65.735,2	74.873,1	-45.595,2	-50.488,0	20.140,0	24.385,1
Finanzielle Verbindlichkeiten aus Optionen	-65.735,2	-74.873,1	45.595,2	50.488,0	-20.140,0	-24.385,1

1) Die von den Clearingmitgliedern hinterlegten Sicherheiten können den einzelnen Geschäften nicht direkt zugeordnet werden. Zur Zusammensetzung der Sicherheiten siehe [Erläuterung 36](#).

16. Kurzfristige Forderungen und Wertpapiere aus dem Bankgeschäft

Neben den langfristigen Forderungen und Wertpapieren aus dem Bankgeschäft, die den langfristigen Finanzanlagen zugeordnet sind (siehe hierzu [Erläuterung 13](#)), bestanden zum 31. Dezember 2017 die folgenden, den kurzfristigen Vermögenswerten zuzurechnende Forderungen und Wertpapiere aus dem Bankgeschäft, die ausschließlich den Clearstream-Teilkonzern betreffen.

Zusammensetzung der kurzfristigen Forderungen und Wertpapiere aus dem Bankgeschäft

	31.12.2017 Mio. €	31.12.2016 Mio. €
Kredite an Banken und Kunden		
Reverse Repurchase Agreements	4.843,5	4.050,4
Guthaben auf Nostrokonten	1.287,2	1.128,0
Geldmarktgeschäfte	5.859,9	7.320,0
Marginanforderungen	14,8	0,4
Kredite aus dem Wertpapierabwicklungsgeschäft	754,7	293,8
	12.760,1	12.792,6
Schuldinstrumente, die zur Veräußerung verfügbar sind	254,5	592,2
Zinsforderungen	16,7	15,3
Devisengeschäfte ¹⁾	4,5	65,4
Cashflow-Hedges ¹⁾	0,7	0
Summe	13.036,5	13.465,5

1) Siehe [Erläuterung 14](#).

Kredite aus dem Wertpapierabwicklungsgeschäft sind kurzfristige Darlehen mit einer Laufzeit von bis zu zwei Tagen, die in der Regel durch Sicherheiten gedeckt sind. Die mögliche Konzentration von Kreditrisiken wird durch Kontrahenten-Kreditlimits überwacht (siehe hierzu [Erläuterung 36](#)).

Alle Wertpapiere, die zum 31. Dezember 2017 und 31. Dezember 2016 gehalten wurden, waren börsennotiert und von staatlichen oder staatlich garantierten Emittenten begeben.

17. Entwicklung der Wertberichtigungen auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

Zum 31. Dezember 2017 bestanden wie im Vorjahr keine Forderungen aus Lieferungen und Leistungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr.

Wertberichtigungskonto		Mio. €
Stand zum 01.01.2016		6,3
Zuführung		1,6
Inanspruchnahme		-0,1
Auflösung		-1,8
Stand zum 31.12.2016		6,0
Zuführung		1,8
Inanspruchnahme		-1,4
Auflösung		-1,2
Stand zum 31.12.2017		5,2

Im Berichtsjahr wurden uneinbringliche Forderungen in Höhe von 0,6 Mio. € (2016: 0,5 Mio. €) ausgebucht, für die zuvor keine Wertberichtigungen gebildet worden waren.

18. Sonstige kurzfristige Vermögenswerte

Zusammensetzung der sonstigen kurzfristigen Vermögenswerte	31.12.2017 Mio. €	31.12.2016 Mio. €
Sonstige Forderungen aus dem CCP-Geschäft	476,8	404,7
Steuerforderungen (ohne Ertragsteuer)	49,8	43,2
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	32,0	32,9
Zinsforderungen	24,6	21,7
Incentive-Programm	4,1	3,5
Garantien und Mietkautionen	2,9	3,4
Debitorische Kreditoren	1,4	0,7
Derivate	0	0,3
Übrige	6,1	3,8
Summe	597,7	514,2

19. Bankguthaben mit Verfügungsbeschränkung

Beträge, die auf der Passivseite als Bardepots von Marktteilnehmern gesondert ausgewiesen werden, sind verfügungsbeschränkt. Diese Mittel sind im Wesentlichen mittels bilateraler oder Triparty Reverse Repurchase Agreements und in Form von Tagesgeldanlagen bei Banken angelegt (Bankguthaben mit Verfügungsbeschränkung). Als Sicherheiten für die Reverse Repurchase Agreements sind staatliche und staatlich garantierte Schuldverschreibungen mit einem externen Kreditrating von mindestens AA- zugelassen. Insgesamt werden 29.392,0 Mio. € (2016: 27.777,6 Mio. €) als Bankguthaben mit Verfügungsbeschränkung ausgewiesen.

20. Eigenkapital

Die Veränderungen des Eigenkapitals sind aus der Darstellung der Eigenkapitalentwicklung ersichtlich. Zum 31. Dezember 2017 waren 193.000.000 auf den Namen lautende Stückaktien der Deutsche Börse AG begeben (31. Dezember 2016: 193.000.000).

Vorbehaltlich der Zustimmung des Aufsichtsrats ist der Vorstand dazu berechtigt, das Grundkapital um folgende Beträge zu erhöhen:

Zusammensetzung des genehmigten Kapitals

	Betrag in €	Datum der Ermächtigung der Hauptversammlung	Ablauf der Ermächtigung	Bestehende Bezugsrechte von Aktionären können für Spitzenbeträge ausgeschlossen werden und/oder ausgeschlossen werden, falls die Ausgabe der Aktien:
Genehmigtes Kapital I ¹⁾	13.300.000	11.05.2016	10.05.2021	k.A.
Genehmigtes Kapital II ¹⁾	19.300.000	13.05.2015	12.05.2020	<ul style="list-style-type: none"> ■ gegen Bareinlagen zu einem Ausgabebetrag erfolgt, der den Börsenpreis nicht wesentlich unterschreitet, wobei das Emissionsvolumen 10 Prozent des Grundkapitals nicht übersteigen darf. ■ gegen Sacheinlagen zum Zwecke des Erwerbs von Unternehmen, Unternehmensteilen, Beteiligungen an Unternehmen oder von sonstigen Vermögensgegenständen erfolgt.
Genehmigtes Kapital III ¹⁾	38.600.000	13.05.2015	12.05.2020	k.A.
Genehmigtes Kapital IV ¹⁾	6.000.000	17.05.2017	16.05.2022	k.A.

1) Die Ausgabe von Aktien unter Ausschluss des Bezugsrechts darf nur erfolgen, soweit während des Zeitraums der Ermächtigung auf die Summe der unter Ausschluss des Bezugsrechts insgesamt (auch nach anderen Ermächtigungen) ausgegebenen neuen Aktien nicht mehr als 20 Prozent des Grundkapitals entfällt.

Bedingtes Kapital

Mit Beschluss der Hauptversammlung vom 15. Mai 2014 wurde der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 14. Mai 2019 ein- oder mehrmals Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen oder eine Kombination dieser Instrumente im Gesamtnennbetrag von bis zu 2.500.000.000 € mit oder ohne Laufzeitbeschränkung zu begeben und den Inhabern bzw. Gläubigern dieser Schuldverschreibungen Wandlungs- bzw. Optionsrechte auf neue, auf den Namen lautende Stückaktien der Deutsche Börse AG mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von insgesamt bis zu 19.300.000 € nach näherer Maßgabe der Bedingungen der Wandelschuldverschreibungen bzw. der Bedingungen der den Optionsschuldverschreibungen beigefügten Optionsscheine zu gewähren.

Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht der Aktionäre auf Schuldverschreibungen mit Wandlungs- bzw. Optionsrechten auf Aktien der Deutsche Börse AG in folgenden Fällen auszuschließen: (i) zum Ausgleich von Spitzenbeträgen, (ii) sofern der Ausgabepreis einer Schuldverschreibung den nach anerkannten finanzmathematischen Methoden ermittelten theoretischen Marktwert nicht wesentlich unterschreitet und die Summe der Aktien, die auf diese Schuldverschreibungen entfallen, 10 Prozent des Grundkapitals nicht übersteigt, (iii) um den Inhabern von Wandlungs- bzw. Optionsrechten auf Aktien der Deutsche Börse AG zum Ausgleich von Verwässerungen Bezugsrechte in dem Umfang zu gewähren, wie sie ihnen nach der Ausübung dieser Rechte zustünden.

Die Schuldverschreibungen können auch durch mit der Deutsche Börse AG gemäß §§ 15ff. Aktiengesetz verbundene Unternehmen mit Sitz im In- oder Ausland begeben werden. Dementsprechend wurde das Grundkapital um bis zu 19.300.000 € bedingt erhöht (Bedingtes Kapital 2014). Von der Ermächtigung zur Ausgabe von Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen wurde bislang kein Gebrauch gemacht.

Weitere Rechte zum Bezug von Aktien waren weder zum 31. Dezember 2017 noch zum 31. Dezember 2016 vorhanden.

Neubewertungsrücklage

Die Neubewertungsrücklage resultiert aus der Neubewertung von Wertpapieren und sonstigen kurz- und langfristigen Finanzinstrumenten zu ihrem Marktwert nach Abzug latenter Steuern. Weiterhin wurden in dieser Position Reserven aus einer schon bestehenden Beteiligung an einem assoziierten Unternehmen erfasst, die im Zusammenhang mit dem Zukauf von weiteren Anteilen aufgedeckt wurden, da das Unternehmen ab diesem Zeitpunkt voll in den Konzernabschluss einbezogen wurde. Für leistungsorientierte Verpflichtungen werden zudem versicherungsmathematische Gewinne und Verluste unmittelbar in der Neubewertungsrücklage erfasst.

Neubewertungsrücklage

	Aufdeckung stiller Reserven aus Fair Value- Bewertung Mio. €	Andere Beteiligungen (Finanzanlagen) Mio. €	Wertpapiere aus dem Bankgeschäft (Finanzanlagen) Mio. €
Stand zum 01.01.2016 (brutto)	103,7	10,8	2,4
Veränderung aus leistungsorientierten Verpflichtungen	0	0	0
Marktbewertung	0	141,4	6,2
Umgliederung	0	0	-1,2
Erfolgswirksame Auflösung	0	-40,8	-0,1
Stand zum 31.12.2016 (brutto)	103,7	111,4	7,3
Veränderung aus leistungsorientierten Verpflichtungen	0	0	0
Marktbewertung	0	101,6	0,6
Umgliederung	0	0	0
Erfolgswirksame Auflösung	0	-192,5	0,3
Stand zum 31.12.2017 (brutto)	103,7	20,5	8,2
Latente Steuern			
Stand zum 01.01.2016	0	-4,2	-0,7
Zugänge	0	16,2	0
Auflösungen	0	-56,2	-1,3
Stand zum 31.12.2016	0	-44,2	-2,0
Zugänge	0	77,4	0
Auflösungen	0	-34,3	-0,1
Stand zum 31.12.2017	0	-1,1	-2,1
Stand zum 01.01.2016 (netto)	103,7	6,6	1,7
Stand zum 31.12.2016 (netto)	103,7	67,2	5,3
Stand zum 31.12.2017 (netto)	103,7	19,4	6,1

Angesammelte Gewinne

In der Position „Angesammelte Gewinne“ sind Währungsdifferenzen in Höhe von –16,4 Mio. € (2016: 5,1 Mio. €) enthalten. Im Berichtsjahr wurden 14,4 Mio. € (2016: 412,3 Mio. €) aus der Währungsumrechnung ausländischer Tochtergesellschaften und 7,1 Mio. € (2016: –207,8 Mio. €), die im Zusammenhang mit Sicherungsgeschäften zur Absicherung von Fremdwährungsrisiken standen, entnommen.

	Sonstige Finanzinstrumente (Finanzanlagen) Mio. €	Wertpapiere aus dem Bankgeschäft (kurzfristig) Mio. €	Cashflow-Hedges Mio. €	Leistungsorientierte Verpflichtungen Mio. €	Summe Mio. €
	1,5	0,1	-6,2	-156,5	-44,2
	0	0	0	-27,3	-27,3
	0	-1,1	-6,0	0	140,5
	0	1,2	0	0	0
	0	0,1	8,7	0	-32,1
	1,5	0,3	-3,5	-183,8	36,9
	0	0	0	30,6	30,6
	0,5	0,1	0,7	0	103,5
	0	-0,1	0	0	-0,1
	0	0	2,8	0	-189,4
	2,0	0,3	0	-153,2	-18,5
	-0,4	0	1,7	42,5	38,9
	0	0	0	7,8	24,0
	0	-0,1	-0,7	0	-58,3
	-0,4	-0,1	1,0	50,3	4,6
	0	0	0	0	77,4
	-0,1	0	-1,0	-8,4	-43,9
	-0,5	-0,1	0	41,9	38,1
	1,1	0,1	-4,5	-114,0	-5,3
	1,1	0,2	-2,5	-133,5	41,5
	1,5	0,2	0	-111,3	19,6

Regulatorischer Kapitalbedarf und regulatorische Eigenmittelquoten

Die Clearstream Banking S.A., die Clearstream Banking AG und die Eurex Clearing AG unterliegen in ihrer Eigenschaft als Kreditinstitute wie in der Vergangenheit der Solvenzaufsicht durch die deutsche bzw. luxemburgische Bankenaufsicht (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, BaFin, bzw. Commission de Surveillance du Secteur Financier, CSSF). Dies gilt ebenfalls für die Clearstream Holding-Gruppe auf der Ebene der aufsichtsrechtlichen Gruppe.

Auch die Eurex Bonds GmbH, die Eurex Repo GmbH und seit 2017 die 360 Treasury Systems AG fallen unter die Regelungen der Solvenzaufsicht der BaFin, die für bestimmte Wertpapierfirmen gelten.

Seit der Zulassung als „Approved Clearing House“ (ACH) durch die Monetary Authority of Singapore (MAS) am 8. Juli 2015 unterliegt die Eurex Clearing Asia Pte. Ltd. Kapitalanforderungen nach dem Securities and Futures Act (Singapore) sowie den durch die MAS erlassenen Anforderungen. Die Eurex Clearing Asia Pte. Ltd. befindet sich jedoch aktuell im Prozess der Liquidation.

Seit der Erteilung einer Zulassung als zentrale Gegenpartei unter den Regelungen der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 (European Market Infrastructure Regulation, EMIR) im Jahr 2014 unterliegen sowohl die Eurex Clearing AG als auch die European Commodity Clearing AG den Kapitalanforderungen nach Artikel 16 EMIR. Diese Anforderungen gelten für die Eurex Clearing AG als Kreditinstitut parallel zu den Anforderungen der Solvenzaufsicht; in konkreten Einzelfällen ist die jeweils höhere Anforderung einzuhalten. Im Gegensatz hierzu unterliegt die European Commodity Clearing AG, ungeachtet ihrer Einstufung als Spezial-Kreditinstitut nach deutschem Recht, lediglich den Kapitalanforderungen nach EMIR.

Die Nodal Clear, LLC ist eine durch die US-amerikanische Commodity Futures Trading Commission (CFTC) regulierte Derivatives Clearing Organisation (DCO). Als solche muss sie über ausreichende finanzielle Mittel verfügen, um laufende Kosten über einen Zeitraum von zwölf Monaten zu decken, wobei hochliquide Vermögenswerte mindestens sechs Monate laufende Kosten decken müssen.

Die REGIS-TR S.A. unterliegt als Transaktionsregister gemäß EMIR der Beaufsichtigung der Europäischen Wertpapier- und Börsenaufsichtsbehörde (ESMA) auf Basis der Bestimmungen des Artikels 21 (b) der delegierten Verordnung (EU) Nr. 150/2013.

Schließlich unterliegt die Powernext SAS als regulierter Markt in Frankreich der Aufsicht der Autorité des marchés financiers (AMF) und den regulatorischen Eigenkapitalanforderungen des „Arrêté du 2 juillet 2007 relatif au capital minimum, aux fonds propres et au contrôle interne des entreprises de marché“.

Die EMIR-Kapitalanforderungen für zentrale Gegenparteien fußen in weiten Teilen auf den EU-Eigenmittelanforderungen für Kreditinstitute (siehe unten), weichen aber sowohl in Bezug auf die Kapitalbestandteile als auch in Bezug auf die Kapitalanforderungskomponenten und Kapitalabzugspositionen im Detail ab. Zudem sieht EMIR keine Kapitalpuffer vor, wie sie mit der Richtlinie (EU) Nr. 36/2013 (Capital Requirements Directive, CRD IV) und der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (Capital Requirements Regulation, CRR) für Banken eingeführt wurden.

Die Eigenmittelanforderungen für Kreditinstitute unterliegen seit dem 1. Januar 2014 im Wesentlichen den EU-weiten Anforderungen der CRR sowie ergänzenden nationalen Vorschriften zur CRD IV, welche die sog. Basel III-Vorschriften in europäisches Recht umgesetzt haben.

Alle Gesellschaften, die den CRR-Eigenmittelanforderungen unmittelbar oder über die EMIR-Regelungen mittelbar unterliegen, sind Nichthandelsbuchinstitute. Marktpreisrisikopositionen bestehen lediglich als relativ kleine offene Fremdwährungspositionen. Hinsichtlich des Adressenausfallrisikos wenden die betreffenden Unternehmen einheitlich den Standardansatz an. Aufgrund des spezifischen Geschäfts der Kreditinstitute und zentralen Gegenparteien der Gruppe Deutsche Börse sind deren Bilanzaktiva starken

Schwankungen unterworfen. Dies führt bei den Clearstream-Gesellschaften auch zu einer entsprechenden Volatilität der Gesamtkapitalquote, die im Jahresverlauf erheblichen täglichen Schwankungen unterliegt. Die Eigenkapitalanforderungen für die Kredit- und Marktpreisrisiken der Eurex Clearing AG und der European Commodity Clearing AG sind aufgrund des hohen Grades an besicherten oder nullgewichteten Geldanlagen im Jahresverlauf trotz der volatilen Bilanzsumme relativ stabil.

Für die Berechnung des operationellen Risikos wird bei der Eurex Clearing AG und der European Commodity Clearing AG der Basisindikatoransatz eingesetzt, während für die Clearstream-Gesellschaften der fortgeschrittene Messansatz (Advanced Measurement Approach, AMA) Verwendung findet.

Aufgrund der spezifischen Regelungen für die drei Wertpapierfirmen Eurex Repo GmbH, Eurex Bonds GmbH und 360 Treasury Systems AG wird gemäß Artikel 95 CRR keine explizite Eigenmittelanforderung für operationelle Risiken ermittelt. Stattdessen ergibt sich die Eigenmittelanforderung entweder aus der für das Kredit- und Marktpreisrisiko notwendigen Kapitalunterlegung oder beträgt 25 Prozent der fixen Gemeinkosten; es gilt der jeweils höhere Betrag. Aufgrund der niedrigen Kredit- und Marktpreisrisiken ist dabei für beide Unternehmen die Kapitalanforderung auf Basis der fixen Gemeinkosten maßgeblich.

Keine der Konzerngesellschaften, die der Solvenzaufsicht unterliegen, verfügt über aufsichtsrechtliches Ergänzungskapital.

Für die Gesamtkapitalquote der unter die CRR fallenden Kreditinstitute gilt grundsätzlich eine Mindestgröße von 8 Prozent. Keine der unter der CRR regulierten Kreditinstitute und Gruppen (Clearstream Banking S.A., Clearstream Banking AG, Clearstream Holding-Gruppe und Eurex Clearing AG) sind derzeit als systemrelevant eingestuft. Gemäß der CRD IV wurden verschiedene Kapitalpuffer eingerichtet, die von den beaufsichtigten (Kredit-)Instituten grundsätzlich über die Mindestgröße der Gesamtkapitalquote von 8 Prozent hinaus einzuhalten sind, vorübergehend aber unterschritten werden können. Die Einführung dieser Puffer erfolgt stufenweise und abhängig vom ökonomischen Umfeld sowie systemischen Risikokomponenten: Seit 2014 hat die CSSF einheitlich für alle luxemburgischen Kreditinstitute und abweichend von den generellen Übergangsvorschriften der CRD IV einen Kapitalerhaltungspuffer von 2,5 Prozent des Kernkapitals angeordnet. Die Gesamtkapitalquote muss daher mindestens 10,5 Prozent betragen. Neben dem von der CSSF für alle luxemburgischen Kreditinstitute festgelegten Puffer kam 2017 für alle anderen unter die CRR fallenden regulierten Gesellschaften des Konzerns ein zusätzlicher Kapitalerhaltungspuffer von 1,25 Prozent zur Anwendung, sodass die Gesamtkapitalquote unter Berücksichtigung dieses Puffers mindestens 9,25 Prozent betragen musste.

Die Eigenkapitalausstattung der einzelnen Unternehmen trägt der Schwankung der Risikoaktiva ausreichend Rechnung. Im Rahmen von Stressüberlegungen werden die benötigten Eigenmittel für erwartete Spitzen ermittelt und ergänzende Reserven für unerwartete Ereignisse hinzuaddiert. Darüber hinaus werden Puffer berücksichtigt, die in den Sanierungsplänen festgelegten Sanierungsindikatoren abdecken und somit auch bei Spitzenwerten der Eigenmittel-/Kapitalanforderungen die Auslösung von Sanierungsszenarien verhindern. Der so ermittelte Sollwert für die Eigenmittel- bzw. Kapitalausstattung wird im Rahmen der mittelfristigen Kapitalplanung bereitgestellt. Da die konkreten Eigenmittel- bzw. Kapitalanforderungen unter den erwarteten Spitzenwerten liegen und diese in der Regel sogar weit unterschreiten, kann dies – insbesondere stichtagsbezogen – zu einer sehr hohen Gesamtkapitalquote bzw. EMIR-Kapitaldeckung führen.

Die Eigenmittelanforderungen der Clearstream-Gesellschaften blieben im Berichtsjahr nahezu unverändert. Bei den einzelnen Gesellschaften und auf Gruppenebene haben sich jedoch Änderungen in Bezug auf die Eigenmittelanforderungen für das operationelle Risiko einerseits sowie das Kredit- und Marktpreisrisiko andererseits ergeben. Seit September 2016 verwendet die Clearstream Holding-Gruppe im Zuge des AMA-Ansatzes eine geänderte Methodik zur Berechnung der Eigenmittelanforderungen für das operationelle Risiko. Die Berechnung erfolgt seitdem mit Hilfe des sog. Direct VaR.

Die Clearstream Holding-Gruppe hat bereits in der Vergangenheit auf die (erwarteten) steigenden Eigenmittelanforderungen mit einem Programm zur Stärkung der Kapitalbasis reagiert und dies 2017 fortgeführt. Weitere Maßnahmen sind im Rahmen der mittelfristigen Kapitalplanung auch in den nächsten Jahren vorgesehen. Im Berichtsjahr wurde der Kapitalbasis der Clearstream Holding-Gruppe durch Gewinnthesaurierung bei unterschiedlichen Gesellschaften Rechnung getragen.

Die Clearstream Holding-Gruppe erwartet mittel- bis langfristig einen moderat ansteigenden Eigenmittelbedarf auf der Ebene der aufsichtsrechtlichen Gruppe. Die Gründe hierfür sind:

- der sukzessive steigende Kapitalpuffer gemäß CRD IV
- die künftig geltenden Kapitalanforderungen auf Basis der CSD-Verordnung (Central Securities Depositories Regulation, CSDR)
- die Festsetzung von Kapitalanforderungen durch die Einführung der Mindestanforderung an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten („minimum requirements for equity and eligible liabilities“, MREL) aus der Richtlinie (EU) Nr. 59/2014
- die Umsetzung des sog. CRR II-Pakets und weiterer Änderungen aus Basel III (verbindlich voraussichtlich nicht vor 2019)

Die Eigenmittelanforderungen der Eurex Clearing AG haben sich gegenüber dem Vorjahr reduziert. Aufgrund der steigenden Erlöse erhöhten sich modellbedingt die Eigenmittelanforderungen für das operationelle Risiko, während die Eigenmittelanforderungen für Kredit- und Marktpreisrisiken deutlich zurückgingen.

Das interne Risikomodell der Eurex Clearing AG ermittelt für operationelle Risiken einen höheren Kapitalbedarf, als sich auf der bilanziellen Grundlage des Basisindikatoransatzes aufsichtsrechtlich ergibt. Die Eurex Clearing AG hat daher schon immer einen Kapitalpuffer für derartige Risiken über die aufsichtsrechtlichen Mindestanforderungen hinaus vorgehalten. Im Jahr 2011 wirkte die Bankenaufsicht vor diesem Hintergrund darauf hin, dass die Eurex Clearing AG die Basis für die Berechnung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderung um einen angemessenen Clearinganteil der auf Rechnung der Betreibergesellschaften vereinnahmten Entgelte erhöht. Die Eigenmittelanforderungen für operationelle Risiken werden auf Basis historischer Erträge einschließlich der angenommenen Clearingerlöse aus einem Dreijahresdurchschnitt einmal jährlich berechnet und sind deshalb keinen täglichen Schwankungen ausgesetzt. Die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Mindestgröße ist dabei aufgrund des ausreichenden Kapitalpuffers für unbesicherte Geldanlagen zu jeder Zeit gewährleistet.

Die Kapitalanforderungen der Eurex Clearing AG nach EMIR liegen derzeit deutlich über den Anforderungen nach Kapitalpuffer gemäß CRD IV. Vor diesem Hintergrund erwartet die Eurex Clearing AG aktuell aus den Kapitalpuffern gemäß CRD IV keinen nennenswerten Einfluss auf ihren Kapitalbedarf. Unabhängig davon wird die Kapitalausstattung der Eurex Clearing AG ständig überprüft und im Rahmen einer mittelfristigen Kapitalplanung überwacht. Die Kapitalrücklage der Eurex Clearing AG wurde daher 2017 durch Einzahlung der Muttergesellschaft Eurex Frankfurt AG um einen Betrag von 100,0 Mio. € erhöht. Für die nächsten Jahre sind weitere Kapitalzuführungen geplant, um die Kapitalausstattung der Eurex Clearing AG zu stärken.

Zusammensetzung der Eigenmittelanforderungen

	Eigenmittelanforderungen für operationelle Risiken		Eigenmittelanforderungen für Kredit- und Marktpreisrisiken		Summe Eigenmittelanforderungen	
	31.12.2017 Mio. €	31.12.2016 Mio. €	31.12.2017 Mio. €	31.12.2016 Mio. €	31.12.2017 Mio. €	31.12.2016 Mio. €
Clearstream Holding-Gruppe	420,1	387,1	67,7	76,4	487,8	463,5
Clearstream Banking S.A.	306,2	283,3	49,9	88,1	356,1	371,4
Clearstream Banking AG	113,8	103,8	3,6	7,2	117,4	111,0
Eurex Clearing AG	70,9	66,7	3,9	14,5	74,8	81,2
European Commodity Clearing AG	8,1	6,0	1,6	1,3	9,7	7,3

Aufsichtsrechtliche Quoten

	Eigenmittelanforderungen		Regulatorisches Eigenkapital		Gesamtkapitalquote	
	31.12.2017 Mio. €	31.12.2016 Mio. €	31.12.2017 Mio. €	31.12.2016 Mio. €	31.12.2017 %	31.12.2016 %
Clearstream Holding-Gruppe	487,8	463,5	1.289,7	1.260,3	21,2	21,8
Clearstream Banking S.A.	356,1	371,4	1.061,3	1.042,4	23,8	22,5
Clearstream Banking AG	117,4	111,0	308,9	297,9	21,0	21,5
Eurex Clearing AG	74,8	81,2	464,8	364,8	49,7	36,0

Die Kapitalanforderungen nach Artikel 16 EMIR sehen keine explizite Kennzahl vor. Stattdessen wird die Summe aus Stammkapital und Rücklagen nach Abzug bestimmter Positionen (u. a. eigener Beitrag der zentralen Gegenpartei zum Ausfallfonds) den Kapitalforderungen gegenübergestellt und muss diesen mindestens entsprechen. Anders ausgedrückt muss eine EMIR-Kapitaldeckung von mindestens 100 Prozent vorliegen. Eine Berichtspflicht an die zuständige Aufsichtsbehörde (hier: BaFin) besteht, wenn die Deckung unter 110 Prozent fällt. Von der Einzahlung in die Kapitalrücklage der Eurex Clearing AG in Höhe von 100,0 Mio. € wurden im Berichtsjahr 50,0 Mio. € dem Eigenbeitrag der Eurex Clearing AG zum Ausfallfonds hinzugefügt.

Die Kapitalausstattung der European Commodity Clearing AG liegt aktuell deutlich über der regulatorischen Anforderung. Das bilanzielle Eigenkapital kann zum Bilanzstichtag nicht vollständig zur Abdeckung der Risiken nach Artikel 16 EMIR verwendet werden, da Teile nicht liquide verfügbar sind. Die Kapitalausstattung wird wie bei den anderen Gesellschaften stetig überprüft. Aufgrund eines Anstiegs der regulatorischen Mindesthöhe des Eigenbeitrags zum Ausfallfonds wurde der Beitrag der European Commodity Clearing AG erhöht. Der Eigenbeitrag zum Ausfallfonds erreichte zum 31. Dezember 2017 eine Höhe von 10,0 Mio. € und lag damit über der regulatorischen Mindestanforderung. Für 2018 ist eine weitere Erhöhung des Eigenbeitrags geplant. Die Kapitalausstattung wird wie bei den anderen Gesellschaften stetig überprüft. Abhängig von der weiteren Geschäftsentwicklung, v. a. aber von Änderungen der regulatorischen Rahmenbedingungen, können sich Anpassungen an der Kapitalausstattung ergeben; dies ist aktuell allerdings nicht vorgesehen.

EMIR-Kapitalausstattung

	Eurex Clearing AG		European Commodity Clearing AG	
	31.12.2017 Mio. €	31.12.2016 Mio. €	31.12.2017 Mio. €	31.12.2016 Mio. €
Eigenkapitalanforderung für operationelles, Kredit- und Marktpreisrisiko	74,8	81,2	9,7	7,3
Sonstige EMIR-Kapitalanforderungen	78,7	74,6	27,2	19,6
Summe EMIR-Kapitalanforderungen nach Artikel 16 EMIR	153,5	155,8	36,9	26,9
Eigenkapital	464,8	364,8	88,9	73,9
EMIR-Abzugsposten	0	0	-8,3	-13,0
Eigener Beitrag zum Ausfallfonds	-150,0	-100,0	-10,0	-7,5
EMIR-Eigenkapital	314,8	264,8	70,6	53,4

Die Kapitalausstattung der Eurex Bonds GmbH liegt deutlich über den Anforderungen der CRR. Das Unternehmen hat seinen Geschäftsbetrieb zum 31. Dezember 2017 eingestellt.

Die Eurex Repo GmbH führt ihre Erträge im Rahmen eines Ergebnisabführungsvertrags an die Eurex Frankfurt AG ab. Im Kontext gesunkener Geschäftsaktivitäten als Folge der aktuellen Marktlage (niedrige Zinsen, Marktverhalten der EZB) sind die Erträge der Eurex Repo GmbH und somit auch die Gewinnabführung gesunken. Dies führt zu einem Rückgang der Kapitalanforderungen gegenüber dem Vorjahr. Abhängig von der weiteren Geschäftsentwicklung sowie von Änderungen der aufsichtsrechtlichen Anforderungen können ggf. weitere Kapitalzuführungen in begrenztem Umfang notwendig werden; diese werden derzeit jedoch mittelfristig nicht erwartet.

Zusammensetzung der Eigenmittel-/Eigenkapitalanforderungen

	Eigenmittelanforderungen für Kredit- und Marktpreisrisiken		Eigenmittelanforderungen auf Basis der fixen Gemeinkosten		Einzuhaltende Eigenmittelanforderung	
	31.12.2017 Mio. €	31.12.2016 Mio. €	31.12.2017 Mio. €	31.12.2016 Mio. €	31.12.2017 Mio. €	31.12.2016 Mio. €
Eurex Bonds GmbH	0,2	0,2	0,7	0,8	0,9	0,8
Eurex Repo GmbH	0,3	0,4	3,5	4,6	3,8	4,6
360 Treasury Systems AG	4,6	–	3,8	–	8,4	–

Erfüllung der Eigenmittelanforderungen

	Eigenmittelanforderungen		Regulatorisches Eigenkapital		Eigenkapital-Abdeckungsgrad	
	31.12.2017 Mio. €	31.12.2016 Mio. €	31.12.2017 Mio. €	31.12.2016 Mio. €	31.12.2017 %	31.12.2016 %
Eurex Bonds GmbH	0,9	0,8	10,4	10,4	1.200,0	1.300,0
Eurex Repo GmbH	3,8	4,6	7,0	7,0	184,2	152,2
360 Treasury Systems AG	8,4	–	28,5	–	339,3	–

Nach den Vorschriften der delegierten Verordnung (EU) Nr. 150/2013 muss die REGIS-TR S.A. Eigenkapital in Höhe von mindestens 50 Prozent der operativen Kosten eines Jahres vorhalten.

Nach den Vorschriften der MAS hat die Eurex Clearing Asia Pte. Ltd. Eigenmittel zur Abdeckung des „Operational Risk Requirement“, des „Investment Risk Requirement“ und des „General Counterparty Risk Requirement“ aufzuweisen. Aufgrund der aktuellen Geschäftsaktivitäten ergeben sich die Kapitalanforderungen ausschließlich aus den „Operational Risk Requirements“. Die Eurex Clearing Asia Pte. Ltd. ist zudem verpflichtet, die MAS unverzüglich zu informieren, wenn die Kapitaldeckung unter 120 Prozent der Eigenmittelanforderungen fällt. Aktuell befindet sich die Eurex Clearing Asia Pte. Ltd. im Prozess der Liquidation.

Die Cleartrade Exchange Pte. Limited hat gemäß den Vorschriften der MAS entweder 18 Prozent der jährlichen operativen Erlöse oder 50 Prozent der jährlichen operativen Kosten als Eigenmittel vorzuhalten; es gilt der jeweils höhere Betrag. Die Powernext SAS hat Eigenmittel in Höhe der operativen Kosten für sechs Monate vorzuhalten. Unter Berücksichtigung der erwarteten Geschäftsentwicklung bei der Powernext SAS und der Cleartrade Exchange Pte. Limited wird mit leicht steigenden Eigenmittelanforderungen gerechnet. Während die Powernext SAS dazu aktuell ausreichende Mittel aufweist, wird eine ggf. notwendige Eigenmittelanpassung der Cleartrade Exchange Pte. Limited durch geeignete Maßnahmen situationsabhängig sichergestellt.

Erfüllung der Eigenmittelanforderungen

	Eigenmittelanforderungen		Regulatorisches Eigenkapital	
	31.12.2017 Mio. €	31.12.2016 Mio. €	31.12.2017 Mio. €	31.12.2016 Mio. €
REGIS-TR S.A.	3,9	3,9	6,4	6,4
Eurex Clearing Asia Pte. Ltd.	0	0,6	0	10,2
Cleartrade Exchange Pte. Limited	0,7	1,4	1,2	2,1
Powernext SAS	9,7	10,8	33,5	39,9
Nodal Clear, LLC	3,6	3,4	26,0	27,5

Die regulatorischen Mindestanforderungen wurden von allen Gesellschaften während des Berichtsjahres und bis zur Aufstellung des Konzernabschlusses zu jeder Zeit eingehalten.

21. Eigenkapital und Gewinnverwendung der Deutsche Börse AG

Der Jahresabschluss der Muttergesellschaft Deutsche Börse AG, der zum 31. Dezember 2017 gemäß den Vorschriften des deutschen Handelsgesetzbuches (HGB) aufgestellt wurde, weist einen Jahresüberschuss von 615,7 Mio. € (2016: 553,2 Mio. €) und ein Eigenkapital von 2.800,9 Mio. € (2016: 2.643,0 Mio. €) aus. 2017 schüttete die Deutsche Börse AG 439,0 Mio. € (2,35 € je Aktie) aus dem Bilanzgewinn des Vorjahres aus.

Der Periodenüberschuss des Jahres 2017 liegt über dem Niveau des Vorjahres.

Gewinnverwendungsvorschlag

	31.12.2017 Mio. €
Periodenüberschuss	615,7
Einstellung in die Gewinnrücklagen im Rahmen der Aufstellung des Jahresabschlusses	-145,7
Bilanzgewinn	470,0
Vorschlag des Vorstands:	
Ausschüttung einer regulären Dividende von 2,45 € je Stückaktie bei 186.278.047 dividendenberechtigten Stückaktien an die Aktionäre	456,4
Einstellung in Gewinnrücklagen	13,6

Dividendenberechtigte Stückaktien

	Stück
Begebene Aktien zum 31. Dezember 2017	193.000.000
Bestand eigener Aktien zum Bilanzstichtag	-6.389.842
Zahl der Aktien, die sich zum 31. Dezember 2017 im Umlauf befanden	186.610.158
Aktien, die im Rahmen des Aktienrückkaufprogramms bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses erworben wurden	-332.111
Summe	186.278.047

Der Gewinnverwendungsvorschlag berücksichtigt die von der Gesellschaft unmittelbar oder mittelbar gehaltenen eigenen Aktien, die gemäß § 71b Aktiengesetz (AktG) nicht dividendenberechtigt sind. Bis zur Hauptversammlung kann sich durch den weiteren Erwerb eigener Aktien oder deren Veräußerung die Zahl der dividendenberechtigten Aktien verändern. In diesem Fall wird bei einer Dividende von 2,45 € je dividendenberechtigter Stückaktie der Hauptversammlung ein entsprechend angepasster Beschlussvorschlag über die Gewinnverwendung unterbreitet.

22. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Leistungsorientierte Pensionspläne

Die leistungsorientierten Verpflichtungen der Unternehmen der Gruppe Deutsche Börse umfassen im Wesentlichen Endgehaltsvereinbarungen und auf Kapitalbausteinen basierende Pläne, die den Mitarbeitern lebenslange Renten oder nach Wahl Kapitalzahlungen auf Basis des zuletzt gezahlten Gehalts garantieren. In der Schweiz bestehen beitragsorientierte Pläne mit Garantie. Die Gruppe Deutsche Börse bedient sich zur Deckung ihrer Pensionsverpflichtungen teilweise externer Treuhandlösungen.

Nettoschuld der leistungsorientierten Verpflichtungen

	Deutschland Mio. €	Luxemburg Mio. €	Sonstige Mio. €	Summe 31.12.2017 Mio. €	Summe 31.12.2016 Mio. €
Barwert der zumindest teilweise fondsfinanzierten leistungsorientierten Verpflichtungen	418,2	66,6	18,5	503,3	488,7
Marktwert des Planvermögens	-300,0	-48,5	-14,9	-363,4	-324,7
Finanzierungsstatus	118,2	18,1	3,6	139,9	164,0
Barwert der ungedeckten leistungsorientierten Verpflichtungen	3,5	0,7	0,1	4,3	3,9
Nettoschuld der leistungsorientierten Verpflichtungen	121,7	18,8	3,7	144,2	167,9
Effekt aufgrund der Begrenzung des Vermögenswertes	0	0	0	0	0
Bilanzausweis	121,7	18,8	3,7	144,2	167,9

Insgesamt umfassen die leistungsorientierten Pläne 2.798 Anspruchsberechtigte (2016: 2.713). Der Barwert der leistungsorientierten Verpflichtungen teilt sich auf diese wie folgt auf:

Aufteilung auf die Anspruchsberechtigten

	Deutschland Mio. €	Luxemburg Mio. €	Sonstige Mio. €	Summe 31.12.2017 Mio. €	Summe 31.12.2016 Mio. €
Anwärter	187,5	65,9	18,3	271,7	262,5
Ehemalige mit unverfallbaren Ansprüchen	140,2	0,7	0,3	141,2	131,6
Pensionäre bzw. Hinterbliebene	94,0	0,7	0	94,7	98,5
	421,7	67,3	18,6	507,6	492,6

Im Rahmen der Altersversorgung bestehen im Wesentlichen folgende Altersversorgungspläne:

Vorstände von Konzerngesellschaften (Deutschland und Luxemburg)

Für Mitglieder der Vorstände von bestimmten Konzerngesellschaften bestehen Einzelzusagen; diese orientieren sich an dem im übernächsten Absatz beschriebenen Plan für leitende Angestellte, d. h. die Gesellschaft stellt in jedem Kalenderjahr einen jährlichen Versorgungsbeitrag zur Verfügung, der nach versicherungsmathematischen Grundsätzen in einen sog. Kapitalbaustein umgerechnet wird. Die Summe der in den einzelnen Kalenderjahren erworbenen Kapitalbausteine ergibt das Versorgungskapital, das bei Eintritt eines Versorgungsfalles in eine lebenslang laufende Rentenleistung umgerechnet wird. Darüber hinaus bestehen mit Mitgliedern von Vorständen von Konzerngesellschaften Ruhegeldvereinbarungen, die einen Anspruch auf Ruhegeld nach Vollendung des 63. Lebensjahres und nach erfolgter Wiederbestellung gewähren. Der Versorgungssatz betrug zu Beginn der Amtszeit 30 Prozent des individuellen ruhegeldfähigen Einkommens und erhöhte sich mit jeder Wiederbestellung um 5 Prozentpunkte auf maximal 50 Prozent des ruhegeldfähigen Einkommens. Für Details zu den Versorgungszusagen für Mitglieder des Vorstands der Deutsche Börse AG siehe die Ausführungen im [Vergütungsbericht](#).

Deutschland

Für die Mitarbeiter von bestimmten Gesellschaften der Gruppe Deutsche Börse in Deutschland besteht seit dem 1. Juli 1999 ein arbeitnehmerfinanzierter Leistungsplan (Deferred Compensation). Dieser Plan gibt den Mitarbeitern die Möglichkeit, Teile ihrer künftigen Entgeltansprüche in ein wertgleiches Versorgungskapital umzuwandeln. Die Versorgungsleistung besteht in einer Kapitalzahlung bei Erreichen der

Altersgrenze von 65 Jahren oder ggf. zu einem früheren Zeitpunkt aufgrund von Invalidität oder Tod, wobei die Auszahlung bei Fälligkeit in gleichen Jahresraten über einen Zeitraum von drei Jahren erfolgt. Das Versorgungskapital wird mit 6 Prozent p.a. verzinst. Neuzusagen werden grundsätzlich nur auf Grundlage dieses Leistungsplans getätigt; Mitarbeitern mit Pensionszusagen auf Grundlage von Versorgungsordnungen, die vor dem 1. Juli 1999 gültig waren, wurde die Möglichkeit eingeräumt, unter Umwandlung ihrer alten Pensionsansprüche an der Deferred Compensation teilzunehmen.

Leitenden Angestellten in Deutschland wurde im Zeitraum vom 1. Januar 2004 bis 30. Juni 2006 die Teilnahme an folgendem Altersversorgungssystem angeboten, das auf Kapitalbausteinen beruht: Basis der Versorgung ist ein jährlich zufließendes Einkommen aus Jahresfixgehalt und variabler Vergütung. Die teilnehmenden Unternehmen stellen jedes Jahr einen Beitrag in Höhe eines bestimmten Prozentsatzes dieses versorgungsfähigen Einkommens zur Verfügung. Der Beitrag wird mit einem vom Alter abhängigen Kapitalisierungsfaktor multipliziert und ergibt so den jährlichen Kapitalbaustein. Die Summe der in den einzelnen Kalenderjahren erworbenen Kapitalbausteine ergibt das Versorgungskapital, das bei Eintritt des Versorgungsfalls in eine lebenslange Rente umgerechnet wird. Dieser Leistungsplan wurde am 30. Juni 2006 für neue Mitarbeiter geschlossen; die leitenden Angestellten, die im oben genannten Zeitraum tätig waren, können weiterhin Kapitalbausteine verdienen.

Im Zuge der Anpassungen der Vergütungssysteme an aufsichtsrechtliche Anforderungen wurden im Jahr 2017 wie in den Vorjahren Verträge für Teile der leitenden Angestellten angepasst. Für betroffene leitende Angestellte, in deren Verträgen bisher nur das zufließende Einkommen und die variable Vergütung oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze als versorgungsfähiges Einkommen angerechnet wurden, wurde das versorgungsfähige Einkommen auf Basis des zugeflossenen Einkommens aus dem Jahr 2016 festgelegt. Dieses wird jährlich um die Steigerung der Lebenshaltungskosten gemäß dem vom Statistischen Bundesamt herausgegebenen Verbraucherpreisindex für Deutschland angepasst. Für betroffene leitende Angestellte, deren Kapitalbaustein bisher auf Basis des zugeflossenen Einkommens ohne Beachtung der Beitragsbemessungsgrenze berechnet wurde, wurde ein Betrag festgelegt, der jährlich vom Aufsichtsrat unter Beachtung geänderter Einkommens- und Kaufkraftverhältnisse geprüft und ggf. angepasst wird.

Luxemburg

Der Clearstream-Teilkonzern in Luxemburg verfügt über separate leistungsorientierte Pensionspläne. Der einzige noch offene leistungsorientierte Pensionsplan zu Gunsten der luxemburgischen Mitarbeiter der Clearstream International S.A., der Clearstream Banking S.A. und der Clearstream Services S.A. wird durch Barzahlungen an eine „association d'épargne pension“ (ASSEP) gemäß luxemburgischem Recht finanziert. Die Versorgungsleistung besteht in einer einmaligen Kapitalzahlung, die grundsätzlich bei Erreichen der Altersgrenze von 65 Jahren gezahlt wird. Der Leistungsplan deckt Invalidität und Todesfallschutz („death in service“) nicht ab. Die ASSEP wird in voller Höhe durch die teilnehmenden Unternehmen dotiert. Die Beiträge werden jährlich auf der Basis versicherungsmathematischer Gutachten ermittelt, wobei die Höhe der Verpflichtungen nach luxemburgischem Recht ermittelt wird.

Für weitere Mitarbeiter besteht ein Gruppenvertrag mit der Swiss Life (Luxembourg) S.A., der sowohl Pensionen, Invalidität wie auch den Todesfall abdeckt. Der Versicherungsbeitrag wird einmal jährlich vom Arbeitgeber gezahlt. Die von der Dauer der Mitarbeiterzugehörigkeit in den Gruppenunternehmen abhängigen Versorgungsleistungen beginnen mit der Vollendung des 65. Lebensjahres und bestehen aus quartalsweise ausgezahlten Beträgen. Im Todes- und Invaliditätsfall gelten andere Regelungen. Die Verpflichtungen werden jährlich auf Basis versicherungsmathematischer Gutachten ermittelt.

Schweiz

Für die Mitarbeiter in der Schweiz bestehen auf Basis von Versicherungspolice ein gesonderter Vorsorgeplan (Basisvorsorge) und ein Plan zur Zusatzversorgung (Bonusplan); beide Pläne umfassen neben der Altersversorgung auch Leistungen bei Invalidität sowie Hinterbliebenenversorgung. Die Beiträge für die Basisvorsorge werden vom Arbeitnehmer und Arbeitgeber geleistet, wobei der Beitrag prozentual gestaffelt vom versicherten Lohn (Jahreslohn abzüglich eines Koordinationsabzugs) abgeleitet wird. Beim

Bonusplan bestimmt sich die Höhe der Beiträge prozentual zum Bonus, wobei ebenfalls Arbeitnehmer und Arbeitgeber zur Finanzierung beitragen. Das Renteneintrittsalter liegt bei 65 Jahren. Der Begünstigte kann zwischen Rentenbezug und Einmalzahlung wählen.

Der Barwert der leistungsorientierten Verpflichtungen kann wie folgt auf die in der Konzernbilanz ausgewiesenen Rückstellungen übergeleitet werden:

Entwicklung der Nettoschuld der leistungsorientierten Verpflichtungen

	Barwert der Verpflichtungen Mio. €	Marktwert des Planvermögens Mio. €	Summe Mio. €
Stand zum 01.01.2016	442,7	-302,0	140,7
Änderungen durch Unternehmenszusammenschlüsse	-0,3	0,3	0
Laufender Dienstzeitaufwand	24,0	-	24,0
Zinsaufwand/(-ertrag)	9,3	-6,4	2,9
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand/Effekte aus Abgeltungen und Kürzungen	0	-	0
	33,3	-6,4	26,9
Neubewertungen			
Erträge aus Planvermögen ohne bereits im Zinsertrag erfasste Beträge	-	-2,9	-2,9
Verluste aus der Änderung demografischer Annahmen	-0,8	-	-0,8
Verluste aus der Änderung finanzieller Annahmen	31,5	-	31,5
Erfahrungsbedingte Gewinne	-0,4	-	-0,4
	30,3	-2,9	27,4¹⁾
Effekt aus Währungsdifferenzen	0,2	-0,2	0
Beiträge:			
Arbeitgeber	-	-29,2	-29,2
Begünstigte des Pensionsplans	0,9	-0,9	0
Rentenzahlungen	-13,7	13,7	0
Steuern und Verwaltungskosten	-0,8	2,9	2,1
Stand zum 31.12.2016	492,6	-324,7	167,9
Laufender Dienstzeitaufwand	26,9	-	26,9
Zinsaufwand/(-ertrag)	8,3	-5,5	2,8
	35,2	-5,5	29,7
Neubewertungen			
Erträge aus Planvermögen ohne bereits im Zinsertrag erfasste Beträge	-	-24,3	-24,3
Verluste aus der Änderung finanzieller Annahmen	-1,0	-	-1,0
Erfahrungsbedingte Gewinne	-5,1	-	-5,1
Effekt aus Währungsdifferenzen	-0,1	-0,1	-0,2
	-6,2	-24,4	-30,6¹⁾
Effekt aus Währungsdifferenzen	-1,4	1,3	-0,1
Beiträge:			
Arbeitgeber	-	-23,4	-23,4
Begünstigte des Pensionsplans	0,8	-0,8	0
Rentenzahlungen	-13,2	13,2	0
Übertragungen	0,6	-0,5	0,1
Steuern und Verwaltungskosten	-0,8	1,4	0,6
Stand zum 31.12.2017	507,6	-363,4	144,2

1) Davon null (2016: 0,1 Mio. €) im Ausgleichsposten für Anteile nicht beherrschender Gesellschafter

Im Geschäftsjahr 2017 haben Mitarbeiter insgesamt 6,4 Mio. € (2016: 5,3 Mio. €) aus ihren variablen Vergütungen in Ansprüche aus Deferred Compensation gewandelt.

Annahmen

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden unter Anwendung versicherungsmathematischer Verfahren jährlich zum Bilanzstichtag bewertet. Die Annahmen zur Ermittlung der versicherungsmathematischen Verpflichtungen für die Pensionspläne unterscheiden sich je nach den individuellen Rahmenbedingungen der betroffenen Länder und stellen sich wie folgt dar:

Versicherungsmathematische Annahmen

	31.12.2017			31.12.2016		
	Deutschland %	Luxemburg %	Schweiz %	Deutschland %	Luxemburg %	Schweiz %
Diskontierungszins	1,80	1,80	0,70	1,75	1,75	0,60
Gehaltssteigerung	3,50	3,30	1,00	3,50	3,00	1,00
Rentensteigerung	2,00	1,80	0	2,00	1,50	0
Fluktuationsrate	2,00 ¹⁾	2,00 ¹⁾	k.A. ²⁾	2,00 ¹⁾	2,00 ¹⁾	k.A. ²⁾

1) Bis zu einem Alter von 50 Jahren, danach 0 Prozent

2) Fluktuationsrate entsprechend des schweizerischen Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG)

Hinsichtlich der Lebenserwartung werden in Deutschland die von Prof. Dr. Klaus Heubeck entwickelten „Richttafeln 2005 G“ (Generationstafeln) in einer modifizierten Form zugrunde gelegt. Für Luxemburg werden Sterbetafeln des Institut national de la statistique et des études économiques du Grand-Duché du Luxembourg zugrunde gelegt. Für die Schweiz werden die BVG 2015-Generationentafeln angewandt.

Sensitivitätsanalyse

Die im Folgenden dargestellte Sensitivitätsanalyse berücksichtigt jeweils die Änderung einer Annahme, wobei die übrigen Annahmen gegenüber der ursprünglichen Berechnung unverändert bleiben, d. h. mögliche Korrelationseffekte zwischen den einzelnen Annahmen werden dabei nicht berücksichtigt.

Sensitivitätsanalyse für die leistungsorientierte Verpflichtung

	Veränderung der versicherungs- mathematischen Annahmen	Auswirkung auf die leistungs- orientierte Verpflichtung		Auswirkung auf die leistungs- orientierte Verpflichtung	
		2017 Leistungs- orientierte Verpflichtung Mio. €	Veränderung %	2016 Leistungs- orientierte Verpflichtung Mio. €	Veränderung %
Barwert der Verpflichtung ¹⁾		507,6	–	492,6	–
Diskontierungszins	Erhöhung um 1,0 Prozentpunkt	433,3	-14,6	418,8	-15,0
	Erhöhung um 0,5 Prozentpunkte	468,6	-7,7	453,8	-7,9
	Verringerung um 0,5 Prozentpunkte	552,4	8,8	537,4	9,1
	Verringerung um 1,0 Prozentpunkt	602,3	18,7	587,5	19,3
Gehaltssteigerung	Erhöhung um 0,5 Prozentpunkte	520,2	2,5	505,0	2,5
	Verringerung um 0,5 Prozentpunkte	497,3	-2,0	482,6	-2,0
Rentensteigerung	Erhöhung um 0,5 Prozentpunkte	520,0	2,4	504,9	2,5
	Erhöhung um 0,25 Prozentpunkte	513,6	1,2	498,6	1,2
	Verringerung um 0,25 Prozentpunkte	502,1	-1,1	486,8	-1,2
	Verringerung um 0,5 Prozentpunkte	496,2	-2,2	481,4	-2,3
Lebenserwartung	Zunahme um ein Jahr	521,1	2,7	505,4	2,6
	Abnahme um ein Jahr	494,0	-2,7	479,7	-2,6

1) Barwert der Verpflichtungen unter Anwendung der Annahmen entsprechend der [Tabelle „Versicherungsmathematische Annahmen“](#)

Zusammensetzung des Planvermögens

Deutschland

In Deutschland wird das Planvermögen durch einen Sicherungstreuhand für einzelne Unternehmen der Gruppe Deutsche Börse und für die Berechtigten gehalten: Der Treuhänder erwirbt auf Weisung der Gesellschaft mit den übertragenen Mitteln treuhändisch Wertpapiere, ohne dass eine Beratung seitens des Treuhänders erfolgt. Die Anlage der Beiträge erfolgt dabei entsprechend einer Anlagerichtlinie, die von den im Anlageausschuss vertretenen Gesellschaften angepasst werden kann. Der Treuhänder kann die Ausführung von Weisungen ablehnen, sofern diese nicht in Einklang mit der Zweckbindung oder den Auszahlungsbestimmungen stehen. Entsprechend der Anlagerichtlinie wird ein Wertsicherungsmechanismus angewandt, wobei die Anlage in verschiedenen Anlageklassen erfolgen kann.

Luxemburg

In Luxemburg obliegt die Festlegung der Anlagestrategie dem Board of Directors des Clearstream Pension Fund. Ziel ist die Renditemaximierung relativ zu einer Benchmark. Diese leitet sich zu 75 Prozent aus der Rendite von deutschen Bundesanleihen mit einer Laufzeit von fünf Jahren und zu 25 Prozent aus der Rendite des EURO STOXX 50 Index ab. Gemäß Anlagerichtlinie darf der Fonds nur in festverzinsliche sowie variabel verzinsten Wertpapiere und börsennotierte Investmentfondsanteile investieren sowie Barvermögen halten, auch in Form von Geldmarktfonds.

Schweiz

Das Vermögen der Vorsorgewerke der betroffenen Gesellschaften wird bei der AXA Stiftung Berufliche Vorsorge angelegt und entsprechend unter „Qualifizierende Versicherungspolice“ ausgewiesen.

Zusammensetzung des Planvermögens

	31.12.2017		31.12.2016	
	Mio. €	%	Mio. €	%
Rentenpapiere	258,2	71,1	270,7	83,4
Anleihen öffentlich-rechtlicher Emittenten	197,3		229,8	
Multilaterale Entwicklungsbanken	0		2,6	
Unternehmensanleihen	60,9		38,3	
Derivate	1,7	0,5	0,8	0,2
Aktienindex-Futures	-0,3		0,6	
Zins-Futures	2,0		0,2	
Anteile an Investmentfonds	19,5	5,4	13,9	4,3
Summe börsennotiert	279,4	76,9	285,4	87,9
Qualifizierende Versicherungspolicen	14,9	4,1	16,7	5,1
Barmittel	69,1	19,0	22,6	7,0
Summe nicht börsennotiert	84,0	23,1	39,3	12,1
Summe Planvermögen	363,4	100,0	324,7	100,0

Das Planvermögen umfasste zum 31. Dezember 2017 keine eigenen Finanzinstrumente des Konzerns (2016: null). Auch von den Unternehmen der Gruppe Deutsche Börse genutzte Immobilien oder sonstige Vermögenswerte waren nicht enthalten.

Risiken

Die mit den leistungsorientierten Verpflichtungen verbundenen Risiken betreffen neben den üblichen versicherungsmathematischen Risiken v. a. finanzielle Risiken im Zusammenhang mit dem Planvermögen; diese können insbesondere Adressenausfall- und Marktpreisrisiken enthalten.

Marktpreisrisiken

Die Rendite des Planvermögens wird in Höhe der Diskontierungssätze angenommen, die auf Basis von Unternehmensanleihen bestimmt werden, deren Bonität mit AA bewertet ist. Sofern die tatsächliche Rendite des Planvermögens die angewandten Diskontierungssätze unterschreitet, erhöht sich die Nettoverpflichtung aus den Pensionsplänen. Bei geringerer Volatilität ist weiterhin davon auszugehen, dass die tatsächliche Rendite mittel- bis langfristig über der Rendite von Unternehmensanleihen guter Bonität liegt.

Das Aktienkursrisiko, das sich aus derivativen Positionen in Aktienindexfutures im Planvermögen ergibt, erachtet die Gruppe Deutsche Börse als angemessen. Das Unternehmen stützt seine Einschätzung auf das insgesamt überschaubare Volumen der erwarteten Auszahlungen aus den Pensionsplänen in den nächsten Jahren, die ebenfalls überschaubare Gesamthöhe der Verpflichtungen und die Fähigkeit, diese Zahlungen vollständig aus dem Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit bedienen zu können. Bei Anpassungen der Anlagerichtlinie wird gleichwohl die Duration der Pensionsverpflichtung und der erwarteten Auszahlungen über einen Zeitraum von zehn Jahren berücksichtigt.

Die Höhe der Nettoverpflichtung wird zudem insbesondere durch die Diskontierungssätze beeinflusst, wobei das gegenwärtig niedrige Zinsniveau zu einer vergleichsweise hohen Nettoverpflichtung beiträgt. Ein fortgesetzter Rückgang der Renditen von Unternehmensanleihen würde zu einem weiteren Anstieg der leistungsorientierten Verpflichtungen führen, der nur teilweise durch die positive Entwicklung der Marktwerte der im Planvermögen enthaltenen Vermögenswerte kompensiert werden kann.

Inflationsrisiken

Mögliche Inflationsrisiken, die zu einem Anstieg der leistungsorientierten Verpflichtungen führen könnten, bestehen insoweit, als es sich bei einigen Plänen um Endgehaltspläne handelt bzw. die jährlichen Kapitalbausteine unmittelbar an die Gehälter gebunden sind, d. h. ein deutlicher Gehaltsanstieg würde sich verpflichtungserhöhend auf diese Pläne auswirken. In Deutschland besteht indes keine vertragliche Vereinbarung im Hinblick auf Inflationsrisiken für diese Pensionspläne. Für den arbeitnehmerfinanzierten Leistungsplan (Deferred Compensation) ist ein Zinssatz von 6 Prozent p.a. vereinbart; eine Regelung für Inflation sieht der Plan nicht vor, sodass davon auszugehen ist, dass der Anreiz für Mitarbeiter, Beiträge in den Leistungsplan einzuzahlen, bei steigender Inflation eher gering ist.

In Luxemburg werden die Gehälter maximal einmal pro Jahr auf Basis eines Verbraucherpreisindex um Inflationseffekte angepasst; diese Anpassung wirkt sich entsprechend verpflichtungserhöhend auf den Pensionsplan aus. Aufgrund der Tatsache, dass die Verpflichtung in Form einer Kapitalzahlung erfüllt wird, ergeben sich keine inflationsbedingten Auswirkungen, sobald der Begünstigte die Altersgrenze erreicht hat.

In der Schweiz ist für den bei der AXA Stiftung Berufliche Vorsorge bestehenden Leistungsplan vorgesehen, dass der Stiftungsrat jährlich darüber entscheidet, ob die Altersrenten an die Preisentwicklung angepasst werden. Hierbei werden insbesondere die finanziellen Möglichkeiten der Stiftung berücksichtigt. Eine automatische Anpassung an Preissteigerungen über die gesetzlichen Regelungen hinaus, die für bestimmte Hinterlassenen- und Invalidenrenten angewandt werden, ist nicht vorgesehen.

Duration und erwartete Fälligkeiten der Pensionsverpflichtungen

Die gewichtete Duration der Pensionsverpflichtungen beträgt 16,6 Jahre (2016: 17,3 Jahre) zum 31. Dezember 2017.

Erwartete Fälligkeiten der undiskontierten Pensionszahlungen

	Erwartete Pensionszahlungen ¹⁾ 31.12.2017 Mio. €	Erwartete Pensionszahlungen ¹⁾ 31.12.2016 Mio. €
Weniger als 1 Jahr	17,7	12,4
Zwischen 1 und 2 Jahren	15,1	12,6
Zwischen 2 und 5 Jahren	40,7	39,4
Mehr als 5 Jahre bis 10 Jahre	99,8	83,7
Summe	173,3	148,1

1) Die erwarteten Zahlungen in Schweizer Franken wurden mit dem jeweiligen Stichtagskurs zum 31. Dezember in Euro umgerechnet.

Die voraussichtlichen Aufwendungen für leistungsorientierte Pläne für das Geschäftsjahr 2018 betragen etwa 16,5 Mio. € einschließlich der Nettozinsaufwendungen.

Beitragsorientierte Pensionspläne und gemeinschaftliche Pläne mehrerer Arbeitgeber

Im Berichtsjahr sind Aufwendungen für beitragsorientierte Pläne und als solche ausgewiesene gemeinschaftliche Pläne mehrerer Arbeitgeber in Höhe von 36,7 Mio. € (2016: 35,3 Mio. €) angefallen.

Für das Jahr 2018 werden etwa 9,9 Mio. € an Beiträgen für die gemeinschaftlichen Pläne mehrerer Arbeitgeber erwartet.

23. Entwicklung der sonstigen Rückstellungen

Entwicklung der sonstigen Rückstellungen

	Boni Mio. €	Zinsen auf Steuern Mio. €	Restrukturierungs- und Effizienz- maßnahmen Mio. €	Aktienbasierte Vergütung Mio. €
Stand zum 01.01.2017	101,7	47,5	78,3	25,5
Veränderungen im Konsolidierungskreis	0,2	0	0	0
Umgliederung ²⁾	-3,5	0	0	-0,5
Inanspruchnahme	-79,6	0	-24,5	-7,4
Auflösung	-10,7	0	-3,3	-0,5
Zuführung	92,9	18,9	5,7	25,0
Währungsumrechnung	-0,2	0	-0,2	0
Zinsen	0	0	1,3	0
Stand zum 31.12.2017	100,8	66,4	57,3	42,1

1) IHK = Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main

2) Betrifft hauptsächlich die Umgliederung in den arbeitnehmerfinanzierten Leistungsplan (Deferred Compensation, siehe [Erläuterung 22](#)) sowie Umgliederungen aus den Verbindlichkeiten

Rückstellungen für Restrukturierungs- und Effizienzmaßnahmen betreffen in Höhe von 52,6 Mio. € vertraglich vereinbarte Vorruhestandsleistungen und Abfindungszahlungen, in Höhe von 0,2 Mio. € Ausgaben, die direkt im Zusammenhang mit der Restrukturierung stehen, sowie in Höhe von 4,5 Mio. € ein am Ende des Geschäftsjahres 2017 neu verabschiedetes Restrukturierungsprogramm zur Stärkung der Effizienz des Geschäftsmodells sowie zur Optimierung der Prozesse, mit dessen Umsetzung bereits begonnen wurde.

Die Position „Sonstige Personalrückstellungen“ enthält zum Bilanzstichtag personalbezogene Rückstellungen für Jubiläen in Höhe von 5,8 Mio. € (2016: 5,7 Mio. €), für sonstige Personalkosten in Höhe von 8,5 Mio. € (2016: 2,5 Mio. €) und für Vorruhestandszahlungen in Höhe von 0,5 Mio. € (2016: 0,5 Mio. €).

Die Position „Übrige“ enthält u. a. Drohverlustrückstellungen in Höhe von 7,3 Mio. € (2016: 7,0 Mio. €) und Rückstellungen für Miete und Mietnebenkosten in Höhe von 1,3 Mio. € (2016: 1,3 Mio. €).

Für Details zur aktienbasierten Vergütung siehe [Erläuterung 39](#).

	IHK-Schuldbeitritt ¹⁾ Mio. €	Schaden- ersatzforderungen Mio. €	Regress- und Prozessrisiken Mio. €	Sonstige Personalrückstellun- gen Mio. €	Übrige Mio. €	Summe Mio. €
	9,4	3,1	3,5	8,7	17,6	295,3
	0	0	0	0	0	0,2
	0	0	0,2	4,4	-6,9	-6,3
	0	-0,1	-0,1	-4,0	-0,6	-116,3
	-0,4	0	-2,8	-1,2	-0,7	-19,6
	0	2,1	2,9	6,6	3,1	157,2
	0	0	0	0	0	-0,4
	0,2	0	0	0,3	0	1,8
	9,2	5,1	3,7	14,8	12,5	311,9

24. Sonstige langfristige Rückstellungen

Sonstige langfristige Rückstellungen haben eine Laufzeit von über einem Jahr.

Zusammensetzung der sonstigen langfristigen Rückstellungen

	31.12.2017 Mio. €	31.12.2016 Mio. €
Restrukturierungs- und Effizienzmaßnahmen	52,4	68,1
Aktienbasierte Vergütung	36,1	18,2
Boni	10,0	5,4
IHK-Schuldbeitritt ¹⁾	9,2	9,4
Jubiläen	5,8	5,7
Drohverluste	5,0	6,5
Vorruhestand	0,4	0,5
Übrige	1,4	3,2
Summe	120,3	117,0
davon mit einer Restlaufzeit zwischen 1 Jahr und 5 Jahren	96,8	95,0
davon mit einer Restlaufzeit über 5 Jahre	23,5	22,0

1) IHK = Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main

25. Verbindlichkeiten

Die von der Deutsche Börse AG ausgegebenen Schuldverschreibungen haben einen Buchwert in Höhe von 2.288,1 Mio. € (2016: 2.284,7 Mio. €) und einen beizulegenden Zeitwert in Höhe von 2.451,5 Mio. € (2016: 2.457,7 Mio. €). Davon werden 1.688,4 Mio. € (2016: 2.284,7 Mio. €) im Posten „Verzinsliche Verbindlichkeiten“ ausgewiesen; die im Geschäftsjahr 2018 fälligen Anleihen in Höhe von 599,7 Mio. € (2016: null) werden im Posten „Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten“ ausgewiesen. Die bilanzierten finanziellen Verbindlichkeiten wurden weder zum 31. Dezember 2017 noch zum 31. Dezember 2016 durch Pfandrechte oder ähnliche Rechte gesichert.

26. Steuerrückstellungen

Zusammensetzung der Steuerrückstellungen

	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag: laufendes Jahr Mio. €	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag: Vorjahre Mio. €	Sonstige Steuern Mio. €	Summe Mio. €
Stand zum 01.01.2017	0	231,5	42,4	273,9
Veränderungen im Konsolidierungskreis	0	0	0	0
Umgliederung	0	23,6	-5,8	17,8
Inanspruchnahme	0	-79,2	-0,7	-79,9
Auflösung	0	-6,9	0	-6,9
Zuführung	66,8	63,5	3,9	134,2
Währungsumrechnung	0	0,3	0	0,3
Zinsen	0	0	0	0
Stand zum 31.12.2017	66,8	232,8	39,8	339,4

Steuerrückstellungen in Höhe von 104,6 Mio. € (2016: 173,4 Mio. €) haben eine geschätzte Restlaufzeit von mehr als einem Jahr.

27. Sonstige kurzfristige Rückstellungen

Zusammensetzung der sonstigen kurzfristigen Rückstellungen

	31.12.2017 Mio. €	31.12.2016 Mio. €
Boni	90,8	96,3
Zinsen auf Steuern	66,4	47,5
Personalkosten	8,5	2,5
Aktienbasierte Vergütung	6,0	7,3
Schadenersatzforderungen	5,1	3,1
Restrukturierungs- und Effizienzmaßnahmen	4,9	10,2
Regress- und Prozessrisiken	3,7	3,5
Drohverluste	2,2	0,5
Miete und Mietnebenkosten	1,3	1,3
Übrige	2,7	6,1
Summe	191,6	178,3

28. Verbindlichkeiten aus dem Bankgeschäft

Die Verbindlichkeiten aus dem Bankgeschäft bestehen ausschließlich für den Clearstream-Teilkonzern.

Zusammensetzung der Verbindlichkeiten aus dem Bankgeschäft

	31.12.2017 Mio. €	31.12.2016 Mio. €
Kundeneinlagen aus dem Wertpapierabwicklungsgeschäft	12.411,8	13.024,8
Ausgegebene Commercial Paper	274,7	349,5
Überziehungen auf Nostrokonten	24,7	321,9
Devisentermingeschäfte – zu Handelszwecken gehalten	29,0	2,4
Sicherheitsleistungen	15,4	125,7
Zinsverpflichtungen	0,5	0,5
Geldmarktgeschäfte	508,3	15,5
Summe	13.264,4	13.840,3

29. Bardepots der Marktteilnehmer

Zusammensetzung der Bardepots der Marktteilnehmer

	31.12.2017 Mio. €	31.12.2016 Mio. €
Verbindlichkeiten aus Sicherheitsleistungen		
von Clearingmitgliedern an die Eurex Clearing AG geleistet	26.555,0	24.798,2
von Clearingmitgliedern an die European Commodity Clearing AG geleistet	2.268,8	2.973,8
von Clearingmitgliedern an die Nodal Clear, LLC geleistet	387,2	k.A.
Verbindlichkeiten aus Bardepots von Marktteilnehmern am Aktienhandel	4,3	5,6
Summe	29.215,3	27.777,6

30. Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten

Zusammensetzung der sonstigen kurzfristigen Verbindlichkeiten

	31.12.2017 Mio. €	31.12.2016 Mio. €
Begebene Anleihen	599,7	0
Verbindlichkeiten aus CCP-Positionen	466,1	386,4
Steuerverbindlichkeiten (ohne Ertragsteuern)	37,7	30,5
Zinsverbindlichkeiten	28,8	28,7
Urlaubsansprüche, Gleitzeit- und Überstundenguthaben	21,7	20,5
Verbindlichkeiten im Rahmen der sozialen Sicherheit	7,6	7,8
Rechnungsabgrenzungsposten	6,5	18,1
Derivative Finanzinstrumente	3,0	12,7
Sonderzahlungen und Tantiemen	2,8	4,9
Verbindlichkeiten für Aufsichtsgremien	2,6	2,9
Kreditorische Debitoren	2,2	2,7
Übrige	12,5	10,5
Summe	1.191,2	525,7

31. Fälligkeitsanalyse – Finanzinstrumente

Zum Bilanzstichtag zugrunde liegende vertragliche Fälligkeiten der Finanzinstrumente

	Vertraglich vereinbarte Fälligkeitstermine					
	Täglich fällig		Nicht mehr als 3 Monate		Mehr als 3 Monate, aber nicht mehr als 1 Jahr	
	2017 Mio. €	2016 Mio. €	2017 Mio. €	2016 Mio. €	2017 Mio. €	2016 Mio. €
Nichtderivative finanzielle Verbindlichkeiten						
Verzinsliche Verbindlichkeiten	0	0	0	23,3	0	22,4
Sonstige langfristige finanzielle Verbindlichkeiten	0	0	0	0	0	0
Nichtderivative Verbindlichkeiten aus dem Bankgeschäft	12.960,1	13.487,9	241,5	98,7	33,2	251,9
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, gegenüber nahe stehenden Unternehmen und sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	96,7	380,1	1.152,5	513,9	22,4	0
Bardepots der Marktteilnehmer	29.215,3	27.777,6 ¹⁾	0	0 ¹⁾	0	0
Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	7,3	0,1	0	0	0	0
Summe nichtderivative finanzielle Verbindlichkeiten, brutto	42.279,4	41.645,7	1.394,0	635,9	55,6	274,3
Derivate und Finanzinstrumente der zentralen Kontrahenten						
Finanzielle Verbindlichkeiten und Derivate der zentralen Kontrahenten	22.159,3	20.717,7	43.973,6	68.646,2	12.665,7	18.146,9
abzüglich finanzieller Vermögenswerte und Derivate der zentralen Kontrahenten	-22.159,2	-20.717,7	-44.685,7	-69.076,4	-12.665,8	-18.146,9
Mittelzufluss – Derivate und Hedges						
Cashflow-Hedges	0	0	19,0	154,3	56,2	0
Fair Value Hedges	0	0	0	0	0	0
Zu Handelszwecken gehaltene Derivate	833,4	1.331,8	1.652,2	409,3	2,3	1.407,3
Mittelabfluss – Derivate und Hedges						
Cashflow-Hedges	0	0	-18,8	-160,2	-56,4	0
Fair Value Hedges	0	0	0	0	0	0
Zu Handelszwecken gehaltene Derivate	-832,2	-1.332,3	-1.667,4	-400,4	-2,2	-1.341,7
Summe Derivate und Hedges	1,3	-0,5	-727,1	-427,2	-0,2	65,6
Finanzielle Garantien	0	0	0	0	0	0

1) Vorjahreszahlen hinsichtlich der Fälligkeit angepasst

32. Klassifikation der Finanzinstrumente nach IAS 39

Die folgende Tabelle zeigt eine Analyse der Finanzinstrumente in der Konzernbilanz gemäß ihrer Klassifikation nach IAS 39 sowie die entsprechenden Buchwerte:

Klassifikation der Finanzinstrumente (Teil 1)					
Position in der Konzernbilanz (Klassifikation)	Anhang	Kategorie	Wertmaßstab	Buchwert	
				31.12.2017 Mio. €	31.12.2016 Mio. €
Andere Beteiligungen	13	AFS ¹⁾	Anschaffungskosten	59,0	58,0
		AFS ¹⁾	Beizulegender Zeitwert	40,4	197,4
Langfristige Forderungen und Wertpapiere aus dem Bankgeschäft	13	AFS ¹⁾	Beizulegender Zeitwert	1.563,0	1.604,8
Sonstige Wertpapiere	13	AFS ¹⁾	Anschaffungskosten	5,1	1,9 ²⁾
		AFS ¹⁾	Beizulegender Zeitwert	24,5	24,1 ²⁾
		Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert designiert	Beizulegender Zeitwert	1,2	0
Sonstige Ausleihungen	13	Kredite und Forderungen	Fortgeführte Anschaffungskosten	0,4	0,4
Langfristige Finanzinstrumente der zentralen Kontrahenten	15	Zu Handelszwecken gehalten	Beizulegender Zeitwert	4.837,2	5.856,6
Sonstige langfristige Vermögenswerte		Zu Handelszwecken gehalten	Beizulegender Zeitwert	0,1	0,1
		Kredite und Forderungen	Fortgeführte Anschaffungskosten	4,6	8,3
Kurzfristige Finanzinstrumente der zentralen Kontrahenten	15	Zu Handelszwecken gehalten	Beizulegender Zeitwert	79.238,7	107.679,7
		Kredite und Forderungen	Fortgeführte Anschaffungskosten	272,0	229,9
Kurzfristige Forderungen und Wertpapiere aus dem Bankgeschäft	14, 16	AFS ¹⁾	Beizulegender Zeitwert	254,5	592,2
		Cashflow-Hedges	Beizulegender Zeitwert	0,7	0
		Kredite und Forderungen	Fortgeführte Anschaffungskosten	12.776,8	12.807,8
		Zu Handelszwecken gehalten	Beizulegender Zeitwert	4,5	65,4
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	17	Kredite und Forderungen	Fortgeführte Anschaffungskosten	329,4	669,8
Forderungen gegenüber nahe stehenden Unternehmen		Kredite und Forderungen	Fortgeführte Anschaffungskosten	2,5	2,0
Sonstige kurzfristige Vermögenswerte	18	Kredite und Forderungen	Fortgeführte Anschaffungskosten	510,3	441,8
		Zu Handelszwecken gehalten	Beizulegender Zeitwert	0	0,3
Bankguthaben mit Verfügungsbeschränkung	19	Kredite und Forderungen	Fortgeführte Anschaffungskosten	29.392,0	27.777,6
Kassenbestand und sonstige Bankguthaben	33	Kredite und Forderungen	Fortgeführte Anschaffungskosten	1.297,6	1.458,1

1) Zur Veräußerung verfügbare („available for sale“, AFS) finanzielle Vermögenswerte

2) Klassifikation angepasst

Klassifikation der Finanzinstrumente (Teil 2)

Position in der Konzernbilanz (Klassifikation)	Anhang	Kategorie	Wertmaßstab	Buchwert	
				31.12.2017	31.12.2016
				Mio. €	Mio. €
Verzinsliche Verbindlichkeiten (ohne Finanzierungsleasing)	14, 25	Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten	Fortgeführte Anschaffungskosten	1.688,4	2.284,7
Langfristige Finanzinstrumente der zentralen Kontrahenten	15	Zu Handelszwecken gehalten	Beizulegender Zeitwert	4.837,2	5.856,6
Sonstige langfristige Verbindlichkeiten	14	Zu Handelszwecken gehalten	Beizulegender Zeitwert	0,8	1,7
Kurzfristige Finanzinstrumente der zentralen Kontrahenten	15	Zu Handelszwecken gehalten	Beizulegender Zeitwert	78.526,6	107.249,5
		Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten	Fortgeführte Anschaffungskosten	272,0	229,9
Verbindlichkeiten aus dem Bankgeschäft	14, 28	Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten	Fortgeführte Anschaffungskosten	13.235,4	13.837,9
		Zu Handelszwecken gehalten	Beizulegender Zeitwert	29,0	2,4
Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	33	Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten	Fortgeführte Anschaffungskosten	7,3	0,1
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten	Fortgeführte Anschaffungskosten	148,9	471,2
Verbindlichkeiten gegenüber nahe stehenden Unternehmen		Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten	Fortgeführte Anschaffungskosten	1,5	3,6
Bardepots der Marktteilnehmer	29	Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten	Fortgeführte Anschaffungskosten	29.215,3	27.777,6
Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	14, 30	Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten	Fortgeführte Anschaffungskosten	1.097,6	419,1
		Cashflow-Hedges	Beizulegender Zeitwert	0	6,0
		Derivate zu Handelszwecken gehalten	Beizulegender Zeitwert	3,0	6,7

Die finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, sind den folgenden drei Hierarchieebenen zuzuordnen: Der Ebene 1 sind finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten zugeordnet, sofern ein Börsenpreis für gleiche Vermögenswerte und Schulden auf einem aktiven Markt vorliegt. Die Zuordnung zu Ebene 2 erfolgt, sofern die Parameter, die der Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes zugrunde gelegt werden, entweder direkt oder indirekt beobachtbare Inputfaktoren darstellen; diese Inputfaktoren müssen auf Markterwartungen beruhen. Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten werden in der Ebene 3 ausgewiesen, sofern der beizulegende Zeitwert aus nicht beobachtbaren Parametern ermittelt wird.

Zum 31. Dezember 2017 sind die finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, folgenden Hierarchieebenen zugeordnet:

Fair Value-Hierarchie

	Beizulegender Zeitwert zum 31.12.2017 Mio. €	davon entfallen auf:		
		Ebene 1 Mio. €	Ebene 2 Mio. €	Ebene 3 Mio. €
Wiederkehrend zum beizulegenden Zeitwert bewertet				
VERMÖGENSWERTE				
Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte				
Derivate				
Langfristige Finanzinstrumente der zentralen Kontrahenten	4.837,2	0	4.837,2	0
Kurzfristige Finanzinstrumente der zentralen Kontrahenten	79.238,7	0	79.238,7	0
Kurzfristige Forderungen und Wertpapiere aus dem Bankgeschäft	5,2	0	5,2	0
Sonstige langfristige Vermögenswerte	0,1	0	0	0,1
Sonstige Wertpapiere	1,2	0	0	1,2
Summe	84.082,4	0	84.081,1	1,3
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte				
Eigenkapitalinstrumente				
Andere Beteiligungen	40,4	33,8	0	6,6
Summe	40,4	33,8	0	6,6
Fremdkapitalinstrumente				
Sonstige Wertpapiere	24,5	24,5	0	0
Langfristige Forderungen und Wertpapiere aus dem Bankgeschäft	1.563,0	1.563,0	0	0
Kurzfristige Forderungen und Wertpapiere aus dem Bankgeschäft	254,5	254,5	0	0
Summe	1.842,0	1.842,0	0	0
Summe Vermögenswerte	85.964,8	1.875,8	84.081,1	7,9
VERBINDLICHKEITEN				
Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Verbindlichkeiten				
Derivate				
Langfristige Finanzinstrumente der zentralen Kontrahenten	-4.837,2	0	-4.837,2	0
Kurzfristige Finanzinstrumente der zentralen Kontrahenten	-78.526,6	0	-78.526,6	0
Verbindlichkeiten aus dem Bankgeschäft	-29,0	0	-29,0	0
Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	-3,0	0	-0,1	-2,9
Bedingte Kaufpreiskomponenten				
Sonstige langfristige Verbindlichkeiten	-0,8	0	0	-0,8
Summe Verbindlichkeiten	-83.396,6	0	-83.392,9	-3,7

Zum 31. Dezember 2016 sind die finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, den Hierarchieebenen wie folgt zugeordnet:

Fair Value-Hierarchie

	Beizulegender Zeitwert zum 31.12.2016 Mio. €	davon entfallen auf:		
		Ebene 1 Mio. €	Ebene 2 Mio. €	Ebene 3 Mio. €
Wiederkehrend zum beizulegenden Zeitwert bewertet				
VERMÖGENSWERTE				
Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte				
Derivate				
Langfristige Finanzinstrumente der zentralen Kontrahenten	5.856,6	0	5.856,6	0
Kurzfristige Finanzinstrumente der zentralen Kontrahenten	107.679,7	0	107.679,7	0
Kurzfristige Forderungen und Wertpapiere aus dem Bankgeschäft	65,4	0	65,4	0
Sonstige langfristige Vermögenswerte	0,1	0	0	0,1
Sonstige kurzfristige Vermögenswerte	0,3	0	0	0,3
Summe	113.602,1	0	113.601,7	0,4
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte				
Eigenkapitalinstrumente				
Andere Beteiligungen	197,4	190,9	0	6,5
Summe	197,4	190,9	0	6,5
Fremdkapitalinstrumente				
Sonstige Wertpapiere	24,1	24,1 ¹⁾	0	0
Langfristige Forderungen und Wertpapiere aus dem Bankgeschäft	1.604,8	1.604,8	0	0
Kurzfristige Forderungen und Wertpapiere aus dem Bankgeschäft	592,3	592,3	0	0
Summe	2.221,2	2.221,2	0	0
Summe Vermögenswerte	116.020,7	2.412,1	113.601,7	6,9
VERBINDLICHKEITEN				
Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Verbindlichkeiten				
Derivate				
Langfristige Finanzinstrumente der zentralen Kontrahenten	-5.856,6	0	-5.856,6	0
Kurzfristige Finanzinstrumente der zentralen Kontrahenten	-107.249,5	0	-107.249,5	0
Verbindlichkeiten aus dem Bankgeschäft	-2,4	0	-2,4	0
Sonstige langfristige Verbindlichkeiten	-1,5	0	0	-1,5
Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	-12,7	0	-6,0	-6,7
Bedingte Kaufpreiskomponenten				
Sonstige langfristige Verbindlichkeiten	-0,2	0	0	-0,2
Summe Verbindlichkeiten	-113.122,9	0	-113.114,5	-8,4

1) Vorjahreszahl angepasst

Im Berichtsjahr wurde der Wert einer Beteiligung erstmalig zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Aufgrund des Börsengangs dieser Gesellschaft sind seit März 2017 Preise auf aktiven Märkten verfügbar, wodurch sich eine Zuordnung zur Ebene 1 ergab. Die Anteile an der BATS Global Markets, Inc., die im Vorjahr ebenfalls der Ebene 1 zugeordnet waren, wurden im ersten Quartal 2017 veräußert.

Die zum 31. Dezember 2017 in den Ebenen 2 und 3 aufgeführten finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten werden wie folgt bewertet:

- Die in Ebene 2 aufgeführten Derivate enthalten Devisentermingeschäfte. Grundlage für die Ermittlung des Marktwertes der Devisentermingeschäfte bilden die Devisenterminkurse zum Bilanzstichtag für die verbleibende Restlaufzeit. Sie beruhen auf beobachtbaren Marktpreisen.
- Basis für die Marktwertermittlung der der Ebene 2 zugeordneten Finanzinstrumente der zentralen Kontrahenten sind Markttransaktionen für identische oder ähnliche Vermögenswerte auf nicht aktiven Märkten sowie Optionspreismodelle, die auf beobachtbaren Marktpreisen basieren.

Der Ebene 3 sind zum Bilanzstichtag folgende Positionen zugeordnet, deren Bewertung sich wie folgt darstellt:

Entwicklung der Finanzinstrumente in Ebene 3

	Vermögenswerte				Verbindlichkeiten		Summe Mio. €
	Andere Beteiligungen Mio. €	Sonstige Wertpapiere Mio. €	Sonstige langfristige Mio. €	Sonstige kurzfristige Mio. €	Sonstige langfristige Mio. €	Sonstige kurzfristige Mio. €	
Stand zum 01.01.2016	6,1	0	0	0	-4,3	-6,2	-4,4
Zugang	0	0	0,1	0,3	-2,5	-3,3	-5,4
Abgang	-0,7	0	0	0	0	0	-0,7
Umgliederung	0	0	0	0	4,3	-4,3	0
Realisierte Gewinne/(Verluste)	0	0	0	0	0	4,3	4,3
Sonstige betriebliche Erträge	0	0	0	0	0	4,3	4,3
Ergebniswirksame unrealisierte Gewinne/(Verluste)	0	0	0	0	0,8	2,8	3,6
Sonstige betriebliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	-0,3	-0,3
Sonstige betriebliche Erträge	0	0	0	0	0,8	3,1	3,9
In der Neubewertungsrücklage erfasste Veränderungen	1,1	0	0	0	0	0	1,1
Stand zum 01.01.2017	6,5	0	0,1	0,3	-1,7	-6,7	-1,5
Zugang	0	1,2	0	0	-0,4	0	0,8
Abgang	-0,4	0	0	-0,3	0	1,4	0,7
Umgliederung	0	0	0	0	1,5	-1,5	0
Realisierte Gewinne/(Verluste)	0	0	0	0	0	3,4	3,4
Sonstige betriebliche Erträge	0	0	0	0	0	3,4	3,4
Ergebniswirksame unrealisierte Gewinne/(Verluste)	0	0	0	0	-0,2	0,5	0,3
Sonstige betriebliche Aufwendungen	0	0	0	0	-0,2	0	-0,2
Sonstige betriebliche Erträge	0	0	0	0	0	0,5	0,5
In der Neubewertungsrücklage erfasste Veränderungen	0,5	0	0	0	0	0	0,5
Stand zum 31.12.2017	6,6	1,2	0,1	0	-0,8	-2,9	4,2

Der Wert einer in Ebene 3 ausgewiesenen Beteiligung wird vom Emittenten jährlich überprüft, wobei dieser Transaktionen initiieren kann. Im Berichtsjahr ergab sich aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert ein erfolgsneutraler positiver Effekt in Höhe von 0,5 Mio. €. Dieser wird in der Neubewertungsrücklage ausgewiesen.

Zudem ist in dieser Position ein Aktienfonds enthalten, dessen beizulegender Zeitwert sich durch den vom Emittenten bestimmten Nettoinventarwert berechnet. 2017 wurden die Fondsanteile veräußert, was zu einem Abgang von 0,4 Mio. € führte.

In den „Sonstigen Wertpapieren“ ist eine Wandelanleihe enthalten. Zum Zugangszeitpunkt betrug der beizulegende Zeitwert der Anleihe 1,2 Mio. €. Die Bewertung der Wandelanleihe erfolgt mittels eines internen Modells, das auf nicht beobachtbaren Marktdaten basiert.

Der in der Position „Sonstige langfristige Vermögenswerte“ enthaltene beizulegende Zeitwert einer Kaufoption wurde mit Hilfe des Black-Scholes-Modells auf Basis nicht beobachtbarer Marktdaten ermittelt und beträgt wie 2016 unverändert 0,1 Mio. €. In der Position „Sonstige kurzfristige Vermögenswerte“ kam es zu einem Abgang eines Terminkaufs in Höhe von 0,3 Mio. €, da das zugrunde liegende Geschäft erfüllt wurde.

Zu Beginn des Geschäftsjahres 2017 war in der Position „Sonstige langfristige Verbindlichkeiten“ eine bedingte Kaufpreiskomponente in Höhe von 0,2 Mio. € enthalten. Im Berichtsjahr ergaben sich aus der Neueinschätzung bezüglich der potenziellen Inanspruchnahme sonstige betriebliche Aufwendungen in Höhe von 0,2 Mio. €. Dieselbe Position verzeichnete am Ende des Berichtsjahres eine weitere bedingte Kaufpreiskomponente in Höhe von 0,4 Mio. €. Beide Kaufpreiskomponenten basieren auf internen Discounted Cashflow-Modellen, welche die erwarteten künftigen Zahlungsverpflichtungen mit risikoadäquaten Zinssätzen auf den Bewertungsstichtag diskontieren.

Zu Beginn des Berichtsjahres enthielt die Position „Sonstige langfristige Verbindlichkeiten“ Finanzinstrumente aus einem Incentive-Programm der Eurex Frankfurt AG mit einem Buchwert von 1,5 Mio. €. Diese Instrumente wurden zum 31. Dezember 2017 in die Position „Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten“ umgegliedert; der Buchwert betrug unverändert 1,5 Mio. €.

Des Weiteren enthielt die Position „Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten“ Anfang 2017 derivative Finanzinstrumente aus einem Incentive-Programm der Eurex Clearing AG in Höhe von 3,4 Mio. €. Zum 31. Dezember 2017 belief sich deren Buchwert auf 1,4 Mio. €. Zum 31. Januar 2017 war die erste Tranche des Programms der Eurex Clearing AG ausgelaufen. Dies führte zu einem erfolgsneutralen Abgang des Derivats in Höhe von 1,4 Mio. € und zu einer erfolgswirksamen Ausbuchung in Höhe von 0,1 Mio. €. Aus der Folgebewertung der Finanzinstrumente der zweiten Tranche ergaben sich im Laufe des Berichtsjahres Erträge in Höhe von 0,5 Mio. €, die unter den „Sonstigen betrieblichen Erträgen“ ausgewiesen werden.

Die Finanzinstrumente werden regelmäßig zu den Quartalsstichtagen unter Anwendung interner Modelle ergebniswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Diese Modelle berücksichtigen die Kriterien, die der bedingten Rückzahlung der von der Eurex Clearing AG bzw. der Eurex Frankfurt AG gewährten Zuschüsse zugrunde liegen. Die Kriterien umfassen insbesondere nichtfinanzielle Indikatoren, wie die erwartete Anzahl der Kunden in einem spezifischen Marktsegment, oder erwartete Handelsvolumina. Sie werden kontinuierlich im Hinblick auf eventuell notwendige Anpassungen untersucht; hierzu werden auch Informationen von Kunden herangezogen. Da es sich um interne Modelle handelt, können die Parameter zum Erfüllungszeitpunkt abweichen; allerdings werden die derivativen Finanzinstrumente einen Wert von 1,5 Mio. € bzw. 3,5 Mio. € nicht überschreiten. Diese Werte ergeben sich, wenn alle Begünstigten der Incentive-Programme die Bedingungen erfüllen und eine Rückzahlung der Zuschüsse insoweit nicht mehr in Betracht kommt.

Des Weiteren kam es bei den „Sonstigen kurzfristigen Verbindlichkeiten“ zu einer erfolgswirksamen Ausbuchung eines derivativen Finanzinstruments aus einem bedingten Rückzahlungsanspruch einer geleisteten Vorauszahlung in Höhe von 3,3 Mio. €. Der hieraus resultierende Ertrag wird in den „Sonstigen betrieblichen Erträgen“ ausgewiesen.

Die beizulegenden Zeitwerte der übrigen finanziellen Vermögenswerte und Schulden, die nicht zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, werden wie folgt ermittelt:

Die von der Gruppe Deutsche Börse ausgegebenen Schuldverschreibungen haben einen beizulegenden Zeitwert in Höhe von 2.451,5 Mio. € (31. Dezember 2016: 2.457,7 Mio. €) und werden unter den verzinslichen sowie den kurzfristigen Verbindlichkeiten ausgewiesen. Der beizulegende Zeitwert ergibt sich aus den Notierungen der Anleihen. Diese sind dementsprechend der Ebene 2 zuzuordnen.

Für die nachfolgenden Positionen stellt der jeweilige Buchwert eine angemessene Näherung für den beizulegenden Zeitwert dar:

- Nicht notierte Eigenkapitalinstrumente, deren beizulegender Zeitwert grundsätzlich nicht verlässlich kontinuierlich bestimmt werden kann, die unter den „Finanzanlagen“ ausgewiesen werden und die zu Anschaffungskosten abzüglich ggf. vorliegender Wertminderungen bilanziert werden
- Sonstige Ausleihungen, die unter den „Finanzanlagen“ ausgewiesen werden
- Sonstige Forderungen und sonstige Vermögenswerte sowie kurzfristige Forderungen aus dem Bankgeschäft, soweit sie zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden
- Bankguthaben mit Verfügungsbeschränkung
- Kassenbestand und sonstige Bankguthaben
- Bardepots der Marktteilnehmer
- Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten

Sonstige Erläuterungen

33. Erläuterungen zur Konzern-Kapitalflussrechnung

Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit

Nach Bereinigung des Jahresüberschusses um nicht zahlungswirksame Bestandteile ergibt sich ein Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit ohne CCP-Positionen in Höhe von 1.107,2 Mio. € (2016: 856,6 Mio. €). Nach Berücksichtigung der Veränderung der CCP-Positionen beläuft sich der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit auf 1.056,2 Mio. € (2016: 1.621,4 Mio. €). Zu den Veränderungen siehe den [Abschnitt „Finanzlage“](#) des zusammengefassten Lageberichts.

Die übrigen nicht zahlungswirksamen Effekte ergeben sich aus den folgenden Positionen:

Zusammensetzung der übrigen nicht zahlungswirksamen Effekte

	2017 Mio. €	2016 Mio. €
Folgebewertung von nicht derivativen Finanzinstrumenten	89,4	-17,6
Auflösung Disagio und Transaktionskosten aus langfristigen Finanzierungen	3,4	3,7
Auflösung der Neubewertungsrücklage für Cashflow-Hedges	2,8	2,7
At-Equity-Bewertungen	1,0	8,9
Wertminderung auf Finanzinstrumente	0	5,0
Folgebewertung von Derivaten	-8,0	4,7
Erträge aus dem Abgang von Tochtergesellschaften und Beteiligungen	-191,0	-59,6
Sonstige	6,0	-0,1
Summe	-96,4	-52,3

Cashflow aus Investitionstätigkeit

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit beläuft sich auf 181,9 Mio. € (2016: 578,5 Mio. €).

Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen wurden in Höhe von 149,2 Mio. € (2016: 164,9 Mio. €) getätigt; keine dieser Investitionen entfiel auf aufgegebenen Geschäftsbereiche (2016: 12,3 Mio. €). Bei den Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen werden die Maßnahmen im Rahmen der strategischen Wachstumsinitiativen und Infrastrukturprojekte als Erweiterungsinvestitionen klassifiziert, während alle sonstigen Investitionen als Ersatzinvestitionen ausgewiesen werden.

Die Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen gliedern sich nach Segmenten wie folgt:

Auszahlung für Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen

	31.12.2017 Mio. €	31.12.2016 ¹⁾ Mio. €
Erweiterungsinvestitionen		
Eurex	21,2	16,3
Xetra	4,0	3,4
Clearstream	44,1	45,3
Market Data + Services	10,4	3,2
	79,7	68,2
Ersatzinvestitionen		
Eurex	25,0	39,0
Xetra	2,8	10,2
Clearstream	27,2	18,3
Market Data + Services	14,5	16,9
	69,5	84,4
Summe Investitionen gemäß Segmentberichterstattung	149,2	152,6

1) Ohne Berücksichtigung der aufgegebenen Geschäftsbereiche

Investitionen in langfristige Finanzinstrumente in Höhe von insgesamt 312,4 Mio. € (2016: 178,9 Mio. €) betrafen in Höhe von 292,9 Mio. € (2016: 155,6 Mio. €) den Erwerb von variabel verzinslichen Wertpapieren des Bankgeschäfts. Darüber hinaus wurden insbesondere Beteiligungen in Höhe von 14,5 Mio. € (2016: 5,4 Mio. €) erworben.

Im Geschäftsjahr 2017 waren langfristige Schuldinstrumente und Eigenkapitalinstrumente im Volumen von insgesamt 859,1 Mio. € (2016: 149,9 Mio. €) fällig bzw. wurden veräußert. Aus der Veräußerung von Anteilen an der BATS Global Markets, Inc. und an einer weiteren Beteiligung resultierte ein Zahlungsmittelzufluss in Höhe von insgesamt 274,7 Mio. € (2016: 80,3 Mio. €).

Im Geschäftsjahr 2016 war der Cashflow aus Investitionstätigkeit insbesondere durch die Veräußerung der Anteile am ISE-Teilkonzern geprägt. Diese Transaktion führte zu einem Zahlungsmittelzufluss in Höhe von 916,3 Mio. € (unter Berücksichtigung veräußerter Zahlungsmittel in Höhe von 13,0 Mio. €). Darüber hinaus resultierte aus der Veräußerung der Anteile an der Infobolsa S.A. ein Zahlungsmittelzufluss in Höhe von 1,1 Mio. € (unter Berücksichtigung veräußerter Zahlungsmittel in Höhe von 7,1 Mio. €).

Cashflow aus Finanzierungstätigkeit

Der Mittelabfluss aus Finanzierungstätigkeit belief sich auf 501,0 Mio. € (2016: 848,8 Mio. €). Dieser umfasste den Erwerb von eigenen Anteilen im Rahmen des Aktienrückkaufprogramms in Höhe von insgesamt 28,2 Mio. € (2016: null) sowie Zahlungen an nicht beherrschende Gesellschafter in Höhe von -39,3 Mio. € (2016: -15,9 Mio. €).

Im Geschäftsjahr 2016 wurden die Serien B und C der Privatplatzierungen (290,0 Mio. US\$) vorzeitig zurückgezahlt.

Im Geschäftsjahr 2017 wurden keine Commercial Paper begeben (2016: 400,0 Mio. €) bzw. waren keine Commercial Paper fällig (2016: 495,0 Mio. €). Zum 31. Dezember 2017 waren wie im Vorjahr keine Commercial Paper emittiert. Für das Geschäftsjahr 2016 zahlte die Deutsche Börse AG Dividenden in Höhe von 439,0 Mio. € (Dividende für das Geschäftsjahr 2015: 420,1 Mio. €).

Überleitungsrechnung zum Finanzmittelbestand

Überleitungsrechnung zum Finanzmittelbestand

	31.12.2017 Mio. €	31.12.2016 Mio. €
Bankguthaben mit Verfügungsbeschränkung	29.392,0	27.777,6
Kassenbestand und sonstige Bankguthaben	1.297,6	1.458,1
Nettopositionen der Finanzinstrumente der zentralen Kontrahenten	712,1	430,2
abzüglich Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-7,3	-0,1
	31.394,4	29.665,8
Überleitung zum Finanzmittelbestand		
Kurzfristige Forderungen und Wertpapiere aus dem Bankgeschäft	13.036,5	13.465,5
abzüglich Kredite an Banken und Kunden mit einer ursprünglichen Laufzeit von mehr als 3 Monaten	-1.115,8	-1.068,1
abzüglich Schuldinstrumente, die zur Veräußerung verfügbar sind	-254,5	-592,2
abzüglich Derivate	-0,7	0
Kurzfristige Verbindlichkeiten aus dem Bankgeschäft	-13.264,4	-13.840,3
Kurzfristige Verbindlichkeiten aus Bardepots der Marktteilnehmer	-29.215,3	-27.777,6
	-30.814,2	-29.812,7
Finanzmittelbestand	580,2	-146,9

34. Ergebnis je Aktie

In Übereinstimmung mit IAS 33 wird das Ergebnis je Aktie ermittelt, indem der den Anteilseignern der Deutsche Börse AG zuzurechnende Periodenüberschuss durch die gewichtete Durchschnittszahl der ausgegebenen Aktien dividiert wird.

Zur Ermittlung des verwässerten Ergebnisses je Aktie werden der durchschnittlichen Aktienanzahl die potenziell verwässernden Stammaktien zugerechnet, die im Rahmen der aktienbasierten Vergütung (siehe hierzu auch [Erläuterung 39](#)) erworben werden können. Hierbei werden zur Berechnung der Zahl der potenziell verwässernden Stammaktien die Ausübungspreise um den beizulegenden Zeitwert der Dienstleistungen, die noch zu erbringen sind, korrigiert.

Für die Ermittlung des verwässerten Ergebnisses je Aktie wird – unabhängig von der tatsächlichen Bilanzierung nach IFRS 2 – angenommen, dass alle Tranchen des Aktiantienemeprogramms (ATP) und des langfristigen Nachhaltigkeitsplans (Long-term Sustainable Instrument, LSI), für die keine Erfüllung durch Barausgleich beschlossen wurde, durch Eigenkapitalinstrumente erfüllt werden.

Zum 31. Dezember 2017 gab es folgende ausstehende Bezugsrechte, die zu einer Verwässerung des Gewinns je Aktie hätten führen können:

Ermittlung der Anzahl potenziell verwässernder Stammaktien

Tranche	Ausübungspreis €	Anpassung des Ausübungsprei- ses nach IAS 33 ¹⁾ €	Durchschnittliche Anzahl der im Umlauf befindlichen Bezugsrechte 31.12.2017	Durchschnitts- kurs für die Periode ²⁾ €	Zahl der potenziell verwässernden Stammaktien 31.12.2017
2014 ³⁾	0	0	17.366	89,09	17.366
Summe					17.366

1) Nach IAS 33.47 A müssen bei Aktienoptionen und anderen anteilsbasierten Vergütungsvereinbarungen der Ausgabe- und der Ausübungspreis den beizulegenden Zeitwert aller Güter und Dienstleistungen enthalten, die dem Unternehmen künftig im Rahmen der Aktienoption oder einer anderen anteilsbasierten Vergütungsvereinbarung zu liefern bzw. zu erbringen sind.

2) Tagesgenauer Durchschnittskurs der Aktie Deutsche Börse auf Xetra in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017

3) Hierbei handelt es sich auch um Bezugsrechte auf Aktien im Rahmen des langfristigen Nachhaltigkeitsplans (LSI) für leitende Angestellte. Die Anzahl der Aktienbezugsrechte der LSI-Tranche 2014 kann sich im Vergleich zu der am Bilanzstichtag angegebenen Anzahl noch ändern, da die Bezugsrechte erst in künftigen Geschäftsjahren gewährt werden.

Da der tagesgenaue durchschnittliche Aktienkurs über den angepassten Ausübungspreisen der Tranche 2014 lag, gelten diese Bezugsrechte zum 31. Dezember 2017 im Sinne von IAS 33 als verwässernd.

Ermittlung des verwässerten und unverwässerten Ergebnisses je Aktie

	2017	2016
Zahl der Aktien, die sich am Anfang der Periode im Umlauf befanden	186.805.015	186.723.986
Zahl der Aktien, die sich zum Ende der Periode im Umlauf befanden	186.610.158	186.805.015
Gewichteter Durchschnitt der Aktien im Umlauf	186.835.673	186.764.058
Zahl der potenziell verwässernden Stammaktien	17.366	46.157
Gewichteter Durchschnitt der Aktien für die Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie	186.853.039	186.810.215
Konzern-Periodenüberschuss (Mio. €)	874,3	1.272,7
davon aus fortgeführter Geschäftstätigkeit (Mio. €)	874,3	722,1
davon aus nicht fortgeführter Geschäftstätigkeit (Mio. €)	0	550,6
Ergebnis je Aktie (unverwässert) (€)	4,68	6,81
davon aus fortgeführter Geschäftstätigkeit (€)	4,68	3,87
davon aus nicht fortgeführter Geschäftstätigkeit (€)	0	2,94
Ergebnis je Aktie (verwässert) (€)	4,68	6,81
davon aus fortgeführter Geschäftstätigkeit (€)	4,68	3,87
davon aus nicht fortgeführter Geschäftstätigkeit (€)	0	2,94

Zum 31. Dezember 2017 lagen keine Bezugsrechte (2016: 66.909 Bezugsrechte) vor, die von der Berechnung des gewichteten Durchschnitts der potenziell verwässernden Aktien ausgeschlossen wurden, da ihre Auswirkungen im Geschäftsjahr bis zum Bilanzstichtag nicht verwässernd waren.

35. Segmentberichterstattung

Die Segmentberichterstattung orientiert sich an der internen Organisations- und Berichtsstruktur, die nach Märkten in die folgenden vier Segmente eingeteilt ist:

Interne Organisations- und Berichtsstruktur

Segment	Geschäftsfelder
Eurex	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Elektronischer Handel von europäischen Derivaten (Eurex Exchange), Commodities (EEX-Gruppe) und Devisen (360T) ▪ OTC-Handelsplattform Eurex Repo ▪ Elektronische Clearingarchitektur C7 ▪ Zentraler Kontrahent für börslich und außerbörslich gehandelte Derivate und Wertpapierpensionsgeschäfte
Xetra	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Kassamarkt mit den Handelsplätzen Xetra, Börse Frankfurt und Tradegate ▪ Zentraler Kontrahent für Aktien und Anleihen ▪ Wertpapierzulassung (Listing)
Clearstream	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Verwahrung und Abwicklung von Wertpapieren ▪ Dienste zur globalen Wertpapierfinanzierung und für das Sicherheitenmanagement ▪ Dienstleistungen für Investmentfonds
Market Data + Services	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Vertrieb von Lizenzen für Handels- und Marktsignale ▪ Indexentwicklung und -vermarktung (STOXX) ▪ Technologie- und Reportinglösungen für externe Kunden ▪ Anbindung von Handelsteilnehmern

Gemäß IFRS 8 sind die Informationen zu den Segmenten auf Basis der internen Berichterstattung dargestellt (sog. Management Approach).

Innerhalb der Organisation der Gruppe Deutsche Börse gab es Änderungen bei der Zuordnung von Erlösen und Kosten zu den einzelnen Segmenten. Diese wirkten sich wie folgt auf die Segmentberichterstattung aus:

- Erlöse und Kosten aus „Managed Services“ (insbesondere IT-Dienstleistungen für Kunden von Clearstream) werden seit dem ersten Quartal 2017 im internationalen Geschäft (International Central Securities Depository, ICSD) im Segment Clearstream berichtet (bislang unter „Infrastructure Services“ im Segment Market Data + Services).
- Erlöse und Kosten aus der Entwicklung einer Plattform für den gemeinsamen europaweiten Intraday-Strommarkt (XBID) werden seit dem dritten Quartal 2017 unter „Commodities“ im Segment Eurex berichtet (bislang unter „Infrastructure Services“ im Segment Market Data + Services).
- Innerhalb des Segments Xetra wurden zum ersten Quartal 2017 die Definitionen der Produktgruppen angepasst, u. a. mit der Einführung der Produktgruppe „Partnermärkte“. Erlöse und Kosten werden entsprechend zugeordnet.

Die Vorjahreswerte wurden entsprechend angepasst.

Segmentberichterstattung

	Eurex		Xetra		Clearstream	
	2017 Mio. €	(angepasst) 2016 Mio. €	2017 Mio. €	(angepasst) 2016 Mio. €	2017 Mio. €	(angepasst) 2016 Mio. €
Umsätze mit fremden Dritten	1.019,5	1.052,8	197,8	186,8	1.023,7	933,1
Innenumsätze	0	0	0	0	5,7	8,2
Summe Umsatzerlöse	1.019,5	1.052,8	197,8	186,8	1.029,4	941,3
Nettozinserträge aus dem Bankgeschäft	26,3	21,4	0	0	106,3	62,6
Sonstige betriebliche Erträge	29,5	26,9	6,7	6,6	7,4	3,2
Gesamterlöse	1.075,3	1.101,1	204,5	193,4	1.143,1	1.007,1
Volumenabhängige Kosten	-73,2	-65,8	-28,0	-28,8	-256,2	-209,7
Nettoerlöse (Gesamterlöse abzüglich volumenabhängiger Kosten)	1.002,1	1.035,3	176,5	164,6	886,9	797,4
Personalaufwand	-259,6	-227,7	-54,0	-49,5	-246,9	-234,3
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-226,0	-264,8	-39,5	-47,9	-155,4	-179,3
Operative Kosten²⁾	-485,6	-492,5	-93,5	-97,4	-402,3	-413,6
Beteiligungsergebnis	192,5 ³⁾	35,1	5,3	1,6	0	0,2
Ergebnis vor Zinsen, Steuern, und Abschreibungen (EBITDA)	709,0	577,9	88,3	68,8	484,6	384,0
Abschreibung und Wertminderungsaufwand	-83,4	-73,9	-7,8	-5,6	-54,5	-40,6
Ergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT)	625,6	504,0	80,5	63,2	430,1	343,4
Finanzergebnis	-55,6	-55,7	-1,5	-0,6	-8,9	-5,1
Ergebnis vor Steuern (EBT)	570,0	448,3	79,0	62,6	421,2	338,3
Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen ⁴⁾	46,2	55,3	6,8	13,6	71,3	63,6
Mitarbeiter (zum 31.12.)	2.011	1.851	415	323	2.599	2.443
EBIT-Marge (%)⁵⁾	62	49	46	38	48	43

1) In der Konsolidierung der Innenumsätze wird die Eliminierung von konzerninternen Umsätzen und Zwischengewinnen gezeigt.

2) Die operativen Kosten enthalten seit dem zweiten Quartal 2017 den Personalaufwand und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen; Abschreibungen und Wertminderungsaufwendungen werden separat ausgewiesen. Der Vorjahreszeitraum wurde entsprechend angepasst.

3) Enthält Erträge aus dem Teilverkauf der Direct Edge Holdings, LLC in Höhe von 117,0 Mio. € und Erträge aus dem Verkauf der ICE US Holding Company L.P. in Höhe von 73,6 Mio. €

4) Ohne Geschäfts- oder Firmenwerte

5) Die EBIT-Marge ermittelt sich aus dem EBIT dividiert durch die Nettoerlöse.

Market Data + Services		Summe aller Segmente		Konsolidierung der Innenumsätze ¹⁾		Konzern	
2017 Mio. €	(angepasst) 2016 Mio. €	2017 Mio. €	2016 Mio. €	2017 Mio. €	2016 Mio. €	2017 Mio. €	2016 Mio. €
397,5	384,6	2.638,5	2.557,3	0	0	2.638,5	2.557,3
37,5	40,1	43,2	48,3	-43,2	-48,3	0	0
435,0	424,7	2.681,7	2.605,6	-43,2	-48,3	2.638,5	2.557,3
0	0	132,6	84,0	0	0	132,6	84,0
1,4	9,0	45,0	45,7	-13,6	-13,1	31,4	32,6
436,4	433,7	2.859,3	2.735,3	-56,8	-61,4	2.802,5	2.673,9
-39,6	-42,3	-397,0	-346,6	56,8	61,4	-340,2	-285,2
396,8	391,4	2.462,3	2.388,7	0	0	2.462,3	2.388,7
-77,8	-74,2	-638,3	-585,7	0	0	-638,3	-585,7
-72,4	-108,7	-493,3	-600,7	0	0	-493,3	-600,7
-150,2	-182,9	-1.131,6	-1.186,4	0	0	-1.131,6	-1.186,4
0	0	197,8	36,9	0	0	197,8	36,9
246,6	208,5	1.528,5	1.239,2	0	0	1.528,5	1.239,2
-14,2	-10,9	-159,9	-131,0	0	0	-159,9	-131,0
232,4	197,6	1.368,6	1.108,2	0	0	1.368,6	1.108,2
-13,7	-13,2	-79,7	-74,6	0	0	-79,7	-74,6
218,7	184,4	1.288,9	1.033,6	0	0	1.288,9	1.033,6
24,9	20,1	149,2	152,6	0	0	149,2	152,6
615	559	5.640	5.176	0	0	5.640	5.176
59	50	56	46	k.A.	k.A.	56	46

Die Umsatzerlöse werden getrennt nach Erlösen mit fremden Dritten und mit anderen Segmenten („Innenumsätze“) ausgewiesen. Leistungen zwischen den Segmenten werden auf Basis von bewerteten Mengen oder zu Festpreisen verrechnet (z. B. die Datenlieferung von Eurex an Market Data + Services).

Aufgrund der untergeordneten Bedeutung für die Segmentberichterstattung werden die Positionen „Finanzerträge“ und „Finanzaufwendungen“ zum „Finanzergebnis“ zusammengefasst.

Im Berichtsjahr fiel ein außerplanmäßiger Wertminderungsaufwand in Höhe von 1,1 Mio. € an (2016: 6,7 Mio. €, siehe [Erläuterung 8](#)).

Zahlungsunwirksame Wertberichtigungen auf Forderungen und Ausbuchungen von uneinbringlichen Forderungen stammen aus folgenden Segmenten:

Aufteilung der Wertberichtigung und Ausbuchung von Forderungen

	2017 Mio. €	2016 Mio. €
Eurex	0,4	0,2
Xetra	0,5	0,4
Clearstream	0,4	0,1
Market Data + Services	-0,1	0,3
Summe	1,2	1,0

Das Geschäftsmodell der Gruppe Deutsche Börse und aller ihrer Segmente ist auf einen international agierenden Teilnehmerkreis ausgerichtet; die Preise werden nicht nach der Herkunft der Teilnehmer differenziert. Deshalb ist es aus Preis-, Margen- und Risikogesichtspunkten nicht entscheidend, ob Umsatzerlöse mit nationalen oder internationalen Teilnehmern erwirtschaftet werden.

Die Risiken und Erträge aus den Aktivitäten der Tochtergesellschaften innerhalb des wirtschaftlichen Umfelds der Europäischen Währungsunion (EWU) unterscheiden sich auf Basis der zu berücksichtigenden Faktoren zur Bestimmung von Informationen über geografische Regionen nach IFRS 8 nicht wesentlich voneinander. Daher hat die Gruppe Deutsche Börse folgende Segmente identifiziert: Eurozone, übriges Europa, Amerika und Asien-Pazifik.

Die Zuordnung der Umsatzerlöse zu den einzelnen Regionen erfolgt nach Sitz des Kunden, während Investitionen und langfristige Vermögenswerte nach Sitz des Unternehmens und die Mitarbeiter je nach Standort den Regionen zugeordnet werden.

Wie oben beschrieben basiert die Zuordnung der Erlöse auf der Rechnungsadresse des unmittelbaren Kunden. Das bedeutet beispielsweise, dass Umsätze mit einem amerikanischen Investor, der ein Produkt mit asiatischem Underlying über ein europäisches Clearingmitglied handelt, als europäische Umsätze klassifiziert werden.

Informationen über geografische Regionen

	Umsatzerlöse ¹⁾		Investitionen ²⁾		Langfristige Vermögenswerte ³⁾		Anzahl Mitarbeiter	
	2017 Mio. €	2016 Mio. €	2017 Mio. €	2016 Mio. €	2017 Mio. €	2016 Mio. €	2017	2016
Eurozone	1.347,4	1.328,1	144,6	145,7	3.742,7	3.617,4	4.224	3.843
Übriges Europa	1.019,5	992,3	3,6	6,4	485,1	488,4	1.063	1.035
Amerika	169,4	144,9	0,1	0,5	10,6	11,9	157	99
Asien-Pazifik	145,4	140,3	0,9	0	4,7	3,9	196	199
Summe aller Regionen	2.681,7	2.605,6	149,2	152,6	4.243,1	4.121,6	5.640	5.176
Konsolidierung Innenumsätze	-43,2	-48,3						
Konzern	2.638,5	2.557,3	149,2	152,6	4.243,1	4.121,6	5.640	5.176

1) Darunter Länder, in denen mehr als 10 Prozent der Umsatzerlöse generiert wurden: Großbritannien (2017: 792,8 Mio. €; 2016: 759,0 Mio. €) und Deutschland (2017: 636,7 Mio. €; 2016: 640,9 Mio. €)

2) Ohne Geschäfts- oder Firmenwerte

3) Darunter Länder, in denen mehr als 10 Prozent der langfristigen Vermögenswerte bestehen: Deutschland (2017: 3.550,2 Mio. €; 2016: 3.327,7 Mio. €) und die Schweiz (2017: 467,7 Mio. €; 2016: 471,1 Mio. €).

36. Finanzrisikomanagement

Im zusammengefassten Lagebericht (siehe Erläuterungen im [Risikobericht](#)) beschreibt die Gruppe Deutsche Börse ausführlich die gemäß IFRS 7 erforderlichen qualitativen Angaben wie die Art und das Ausmaß der aus Finanzinstrumenten entstehenden Risiken sowie Ziele, Strategien und Verfahren zur Risikosteuerung.

Finanzielle Risiken treten in der Gruppe Deutsche Börse hauptsächlich in Form von Kreditrisiken und in einem geringeren Umfang in Form von Marktpreisrisiken auf. Sie werden mittels des Konzepts zum ökonomischen Kapital quantifiziert (siehe detaillierte Angaben hierzu im [Risikobericht](#)). Das erforderliche ökonomische Kapital wird mit einem Konfidenzniveau von 99,98 Prozent für eine Haltedauer von einem Jahr beurteilt. Es wird mit dem Haftungskapital der Gruppe nach Berücksichtigung immaterieller Vermögenswerte verglichen, um zu testen, ob die Gruppe extreme, unerwartete Verluste auffangen kann. Das erforderliche ökonomische Kapital für finanzielle Risiken wird jeweils zum Ende eines jeden Monats berechnet und lag zum 31. Dezember 2017 bei 554,0 Mio. €, wobei 467,0 Mio. € aus Kreditrisiken und 87,0 Mio. € aus Marktpreisrisiken stammen.

Die Gruppe evaluiert fortlaufend ihre Risikosituation. Aus heutiger Sicht ist für den Vorstand keine Gefährdung des Fortbestands der Gruppe erkennbar.

Kreditrisiken

Kreditrisiken entstehen in der Gruppe Deutsche Börse aus den folgenden Positionen:

Kreditrisiken der Finanzinstrumente (Teil 1)

	Segment	Anhang	Buchwerte – maximale Risikoposition		Sicherheiten	
			Betrag zum 31.12.2017 Mio. €	Betrag zum 31.12.2016 Mio. €	Betrag zum 31.12.2017 Mio. €	Betrag zum 31.12.2016 Mio. €
Besicherte Geldanlagen						
Reverse Repurchase Agreements	Eurex ¹⁾		11,7	289,5	11,8 ²⁾	291,4
	Clearstream	16	4.843,5	4.050,4	4.870,2 ^{3) 4)}	4.079,8 ^{3) 4)}
	Gruppe ¹⁾		610,0	660,0	611,3	662,5
			5.465,2	4.999,9	5.493,3	5.033,7
Unbesicherte Geldanlagen						
Geldmarktgeschäfte – Zentralbanken	Eurex ¹⁾		27.111,1	24.910,6	0	0
	Clearstream	16	5.471,6	0	0	0
Geldmarktgeschäfte – andere Kontrahenten	Clearstream	16	388,3	7.320,0	0	0
Guthaben auf Nostrokonten und andere Bankguthaben	Clearstream		1.291,2	1.128,0	0	0
	Gruppe ¹⁾		2.952,8	3.375,6	0	0
Sonstige festverzinsliche Wertpapiere	Clearstream	13, 16	317,0	302,3	0	0
	Eurex	13	1,2	0	0	0
Variabel verzinsliche Anleihen	Eurex	13	9,5	9,6	0	0
	Clearstream	13, 16	1.500,5	1.894,8	0	0
	Gruppe	13	5,0 ⁵⁾	5,0 ⁵⁾	0	0
Fondsvermögen	Gruppe	13	15,1	11,4	0	0
			39.063,3	38.957,3	0	0
Kredite zur Abwicklung von Wertpapiertransaktionen						
Technische Überziehungskredite	Clearstream	16	754,7	293,8	k.A. ⁶⁾	k.A. ⁶⁾
Automated Securities Fails Financing ⁷⁾	Clearstream		597,9 ⁸⁾	1.403,2 ⁹⁾	658,9	1.858,3
ASLplus-Wertpapierleihe ⁷⁾	Clearstream		52.121,9	44.777,8	52.603,0	47.068,1
			53.474,5	46.474,8	53.261,9	48.926,4
Summe			98.003,0	90.432,0	58.755,2	53.960,1

Kreditrisiken der Finanzinstrumente (Teil 2)

	Segment	Anhang	Buchwerte – maximale Risikoposition		Sicherheiten	
			Betrag zum 31.12.2017 Mio. €	Betrag zum 31.12.2016 Mio. €	Betrag zum 31.12.2017 Mio. €	Betrag zum 31.12.2016 Mio. €
Übertrag			98.003,0	90.432,0	58.755,2	53.960,1
Sonstige Forderungen						
Sonstige Ausleihungen	Gruppe		0,4	0,4	0	0
Sonstige Vermögenswerte	Gruppe	32	514,9	450,2	0	0
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	Gruppe	32	329,4	669,8	0	0
Forderungen gegenüber nahe stehenden Unternehmen	Gruppe		2,5	2,0	0	0
Zinsforderungen	Clearstream	16	16,7	15,3	0	0
Marginanforderungen	Clearstream	16	14,8	0,4	0	0
			878,7	1.138,1	0	0
Finanzinstrumente der zentralen Kontrahenten			45.087,3⁹⁾	44.228,2⁹⁾	54.982,8¹⁰⁾	57.172,8¹⁰⁾
Derivative Finanzinstrumente		14	5,3	65,8	0	0
Summe			143.974,3	135.864,1	113.738,0	111.132,9

- 1) In den Positionen „Bankguthaben mit Verfügungsbeschränkung“ sowie „Kassenbestand und sonstige Bankguthaben“ ausgewiesen
- 2) Davon nichts an Zentralbanken weiterverpfändet (2016: null)
- 3) Davon nichts an Zentralbanken sicherungsübereignet (2016: null)
- 4) Summe des Marktwertes von erhaltenen Sicherheitsleistungen in Barmitteln (2017: null; 2016: 41,0 Mio. €) und in Wertpapieren (2017: 4.870,2 Mio. €; 2016: 4.038,8 Mio. €) aus Reverse Repurchase Agreements
- 5) Der Betrag enthält Sicherheitsleistungen in Höhe von 5,0 Mio. € (2016: 5,0 Mio. €).
- 6) Der Bestand an hinterlegten Sicherheiten ist nicht direkt einer Inanspruchnahme zugeordnet, sondern wird im Rahmen der gesamten Geschäftsbeziehung und der eingeräumten Limits bestimmt.
- 7) Nicht in der Bilanz abgebildete Positionen
- 8) Erfüllt die Kriterien für eine finanzielle Garantie gemäß IAS 39
- 9) Nettowert aller Marginanforderungen von Geschäften, die am Bilanzstichtag abgeschlossen waren sowie von Sicherheitsleistungen für den Clearingfonds: Diese Zahl stellt die risikoorientierte Betrachtung der Eurex Clearing AG und der European Commodity Clearing AG dar, während der Buchwert der Bilanzposition „Finanzinstrumente der zentralen Kontrahenten“ den Bruttobetrag der aufrechnungsfähigen offenen Transaktionen gemäß IAS 32 zeigt.
- 10) Sicherheitenwert von als Sicherheitsleistung verwahrten Barmitteln und Wertpapieren, der den Nettowert aller Margin- sowie Clearingfondsanforderungen abdeckt

Geldanlagen

Die Gruppe Deutsche Börse ist Kreditrisiken im Zusammenhang mit der Anlage liquider Finanzmittel ausgesetzt. Die Gruppe beugt solchen Risiken entweder durch eine – soweit möglich – besicherte Anlage kurzfristiger Gelder vor, z. B. in Form von Wertpapierpensionsgeschäften oder durch Einlagen bei Zentralbanken.

Gemäß den Treasury-Richtlinien werden als Sicherheiten im Wesentlichen hochliquide Finanzinstrumente mit einem Mindestrating von AA– (Standard & Poor's/Fitch) bzw. Aa3 (Moody's), die von Regierungen oder supranationalen Institutionen begeben oder garantiert werden, akzeptiert.

Unbesicherte Geldanlagen sind nur bei Kontrahenten mit einwandfreier Bonität im Rahmen eingeräumter Kontrahentenlimits zulässig. Die Bonität der Kontrahenten wird mit Hilfe eines internen Ratingsystems überwacht.

Der Marktwert der im Rahmen von Wertpapierpensionsgeschäften erhaltenen Wertpapiere (Teilkonzern Clearstream, Eurex Clearing AG und Deutsche Börse AG) belief sich auf 5.493,3 Mio. € (2016: 4.992,7 Mio. €). Der Clearstream-Teilkonzern und die Eurex Clearing AG sind berechtigt, die erhaltenen Wertpapiere an ihre Zentralbanken weiterzuverpfänden, um geldpolitische Instrumente der Zentralbanken zu nutzen.

Die Gruppe Deutsche Börse hat zum 31. Dezember 2017 keine Wertpapiere an Zentralbanken verpfändet (2016: keine).

Ein Teil der von Clearstream als zur Veräußerung verfügbar gehaltenen festverzinslichen Anlageinstrumente und Anleihen mit variablem Zinssatz wurde per Sicherungsübereignung an Zentralbanken transferiert und dient als Sicherheit für die erhaltenen Settlement-Kreditlinien. Der Marktwert der sicherungsübereigneten Wertpapiere belief sich zum 31. Dezember 2017 auf 1.195,9 Mio. € (2016: 1.818,5 Mio. €).

Clearstream nimmt Bareinlagen in verschiedenen Währungen von seinen Kunden entgegen und legt diese Mittel in Geldmarktinstrumenten an. Die Eurex Clearing AG erhält von ihren Clearingmitgliedern Geldsicherheiten im Wesentlichen in den Clearingwährungen Euro und Schweizer Franken. In beiden Fällen wird die aus Reinvestitionen entstehende Negativverzinsung, nach Anwendung einer zusätzlichen Marge, an die Kunden von Clearstream bzw. an die Clearingmitglieder der Eurex Clearing AG weitergereicht.

Kredite zur Abwicklung von Wertpapiertransaktionen

Clearstream räumt den Kunden technische Überziehungskredite ein, um die Abwicklungseffizienz zu maximieren. Diese Abwicklungs-Kreditlinien unterliegen gruppeninternen Bonitätsprüfungen. Die Kreditlinien können nach Ermessen der Gesellschaften des Clearstream-Teilkonzerns jederzeit widerrufen werden und sind zum weit überwiegenden Teil besichert. Sie beliefen sich zum 31. Dezember 2017 auf 106,6 Mrd. € (2016: 123,8 Mrd. €). Hierin enthalten sind 3,6 Mrd. € (2016: 3,3 Mrd. €), die unbesichert sind; bei diesem Teil handelt es sich hauptsächlich um Linien mit Zentralbanken und anderen staatlich garantierten Stellen. Die effektiven Außenstände am Ende jedes Geschäftstages stellen in der Regel einen kleinen Teil der Kreditlinien dar und beliefen sich zum 31. Dezember 2017 auf 754,7 Mio. € (2016: 293,8 Mio. €); siehe [Erläuterung 16](#).

Ferner verbürgt Clearstream die Risiken, die durch das von Clearstream den Kunden angebotene „Automated Securities Fails Financing“-Programm entstehen. Diese Risiken sind besichert. Zum 31. Dezember 2017 beliefen sich die im Rahmen dieses Programms erbrachten Garantien auf 597,9 Mio. € (2016: 1.403,2 Mio. €). Die Sicherheiten, die im Zusammenhang mit diesen Krediten hinterlegt werden, beliefen sich auf 658,9 Mio. € (2016: 1.858,3 Mio. €).

Zum 31. Dezember 2017 belief sich das Volumen der von verschiedenen Kontrahenten im Rahmen des Wertpapierleihsystems ASLplus an die Clearstream Banking S.A. ausgeliehenen Wertpapiere auf 52.121,9 Mio. € (2016: 44.777,8 Mio. €). Diese Wertpapiere waren vollständig an andere Kontrahenten weitergegeben. Die Sicherheitsleistungen, die die Clearstream Banking S.A. im Zusammenhang mit diesen Ausleihungen erhalten hat, betragen 52.603,0 Mio. € (2016: 47.068,1 Mio. €).

In den Jahren 2016 und 2017 kam es bei keiner der beschriebenen Geschäftsarten zu Verlusten aus Kreditgeschäften.

Finanzinstrumente der zentralen Kontrahenten

Zur Absicherung des Risikos der zentralen Kontrahenten der Gruppe für den Fall des Ausfalls eines Clearingmitglieds verpflichten sich die Clearingmitglieder gemäß den Clearingbedingungen zu täglichen bzw. untertägigen Sicherheitsleistungen in Geld oder Wertpapieren (Margins) in der vom jeweiligen Clearinghaus festgelegten Höhe. Darüber hinausgehende Sicherheitsmechanismen der zentralen Kontrahenten sind detailliert im [Risikobericht](#) erläutert.

Die Summe der eingeforderten Margins aus den getätigten Geschäften und Clearingfondsansforderungen betrug (nach Sicherheitsabschlag) zum Bilanzstichtag 45.087,3 Mio. € (2016: 44.228,2 Mio. €). Tatsächlich wurden Sicherheiten in einer Gesamthöhe von 54.982,8 Mio. € (2016: 57.172,8 Mio. €) hinterlegt.

Zusammensetzung der Sicherheiten der zentralen Kontrahenten

	Sicherheitenwert zum 31.12.2017 Mio. €	Sicherheitenwert zum 31.12.2016 Mio. €
Sicherheiten in Geld (Bardepots) ^{1),2)}	28.751,5	27.772,0
Sicherheiten in Wertpapieren und Wertrechten ^{3),4)}	26.231,3	29.400,8
Summe	54.982,8	57.172,8

1) Der Betrag enthält den Clearingfonds in Höhe von 2.990,0 Mio. € (2016: 2.529,3 Mio. €).

2) Der Sicherheitenwert wird aus dem Marktwert abzüglich eines Sicherheitenabschlags (Haircut) in Höhe von 438,5 Mio. € ermittelt (2016: 573,3 Mio. €).

3) Der Betrag enthält den Clearingfonds in Höhe von 1.466,7 Mio. € (2016: 1.714,8 Mio. €).

4) Der Sicherheitenwert wird aus dem Marktwert abzüglich eines Sicherheitenabschlags (Haircut) in Höhe von 3.192,2 Mio. € ermittelt (2016: 2.406,8 Mio. €).

Sonstige Forderungen

Handels-, Abwicklungs- und Depotentgelte werden in der Regel per Lastschrift zeitnah eingezogen. Entgelte für andere Dienstleistungen wie die Bereitstellung von Daten und Informationen werden überwiegend per Überweisung beglichen. Infolge des Ausfalls von Kunden sind Forderungen, die Handelsentgelte sowie Bereitstellungsentgelte für Daten und IT-Dienstleistungen in Höhe von 2,4 Mio. € (2016: 2,1 Mio. €) betreffen, voraussichtlich uneinbringlich.

Im Gegensatz zur risikoorientierten Nettobetrachtung der Transaktionen über die zentralen Kontrahenten werden in der Bilanz die Bruttobeträge ausgewiesen, da die Regelungen von IAS 32 zur Saldierung nicht erfüllt werden. Zur Zusammensetzung dieser Bilanzposition siehe den [Abschnitt „Finanzinstrumente der zentralen Kontrahenten“](#) in [Erläuterung 3](#) oder [Erläuterung 15](#). Für eine Analyse des Buchwertes siehe [Erläuterung 15](#).

Kreditrisikokonzentrationen

Aufgrund des Geschäftsmodells der Gruppe Deutsche Börse und der sich daraus ergebenden Geschäftsbeziehungen konzentrieren sich die Kreditrisiken auf den Finanzsektor. Die mögliche Konzentration von Kreditrisiken auf einzelne Kontrahenten wird durch Kreditlimits für Kontrahenten begrenzt.

Die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Vorgaben zu Konzentrationsrisiken und sog. Großkrediten ist sichergestellt; hierzu zählen u. a. die Artikel 387–410 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (Capital Requirements Regulation, CRR), Artikel 47 Abs. 8 der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 (European Market Infrastructure Regulation, EMIR) sowie Artikel D, Abschnitt II der Rahmenregelung für die Messung und Begrenzung von Großkrediten des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht. Siehe auch [Erläuterung 20](#) für Ausführungen zu den aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen.

Der ökonomische Kapitalbedarf für Kreditrisiken (basierend auf dem sog. „Value at Risk“ (VaR) mit einem Konfidenzniveau von 99,98 Prozent) wird börsentäglich berechnet; zum 31. Dezember 2017 betrug er 467,0 Mio. € (2016: 407,0 Mio. €).

Zur Aufdeckung von Kreditkonzentrationsrisiken wendet die Gruppe Deutsche Börse darüber hinaus weitere Methoden an. Im Jahr 2017 wurden keine nennenswerten Kreditkonzentrationen festgestellt.

Marktpreisrisiken

Die Gruppe Deutsche Börse ist in begrenztem Umfang Marktrisiken ausgesetzt, die sich aus Zinsschwankungen, Wechselkursentwicklungen sowie Marktpreisbewegungen ergeben.

Konzerngesellschaften können eigene Mittel sowie Teile der Kundenbarmittel in liquide Anleihen hochklassiger Emittenten investieren. Das Anleiheportfolio besteht hauptsächlich aus variabel verzinslichen Instrumenten, wodurch die Zinsrisiken für den Konzern begrenzt bleiben.

Die Gruppe Deutsche Börse gab im Jahr 2017 keine Schuldverschreibungen aus. Für weitere Details zu den ausstehenden Schuldverschreibungen der Gruppe Deutsche Börse siehe den [Abschnitt „Vermögenslage“ im zusammengefassten Lagebericht](#).

Währungsinkongruenzen werden weitestgehend vermieden. Im Zuge der Jahresplanung verlangen die Treasury-Richtlinien der Gruppe Deutsche Börse darüber hinaus, alle Risiken aus Fremdwährungen im Nettoertrag durch Devisentermingeschäfte abzusichern, sofern das unbesicherte Risiko der betroffenen Währung 10 Prozent des Konzern-EBIT übersteigt. Fremdwährungsrisiken, die weniger als 10 Prozent des EBIT betragen, können ebenfalls abgesichert werden.

Unterjährig wird die oben beschriebene Vorgehensweise auf Basis der jeweils aktuellen EBIT-Prognose durchgeführt.

Darüber hinaus sehen die Richtlinien vor, dass unterjährig auftretende offene Nettopositionen in Fremdwährungen geschlossen werden, sofern sie 15,0 Mio. € übersteigen. Wie im Vorjahr wurden diese Richtlinien eingehalten; es gab zum 31. Dezember 2017 keine bedeutenden Nettobestände in Fremdwährungen.

Fremdwährungsrisiken resultieren für die Gruppe Deutsche Börse überwiegend aus betrieblichen Erträgen und Aufwendungen in US-Dollar. Hinzu kommt jener Teil der Umsatzerlöse und Nettozinsenerträge aus dem Bankgeschäft von Clearstream abzüglich Aufwendungen, die direkt oder indirekt in US-Dollar erwirtschaftet werden. Das Segment Clearstream generierte 17 Prozent seiner Umsatzerlöse und Nettozinsenerträge (2016: 10 Prozent) mittelbar oder unmittelbar in US-Dollar.

Darüber hinaus entstehen Marktpreisrisiken aus der Investition in Anleihen, Fonds, Futures und Contractual Trust Arrangements (CTAs) sowie aus der Versorgungskasse von Clearstream in Luxemburg. Investitionen in CTAs sind durch eine vordefinierte Untergrenze abgesichert, wodurch das Risiko größerer Wertverluste für die Gruppe Deutsche Börse beschränkt ist. Zudem bestehen Aktienkursrisiken aufgrund von strategischen Beteiligungen an anderen Börsenbetreibern.

Für Marktpreisrisiken wird das erforderliche ökonomische Kapital zum Ende jedes Monats ermittelt. Zum 31. Dezember 2017 lag das ökonomische Kapital für Marktpreisrisiken bei 87,0 Mio. € (2016: 67,0 Mio. €).

Für strategische Beteiligungen, die nicht in den VaR für Marktpreisrisiken einbezogen sind, wurden im Geschäftsjahr 2017 Wertminderungsaufwendungen in Höhe von 1,1 Mio. € (2016: 7,1 Mio. €) erfolgswirksam erfasst.

Liquiditätsrisiken

Liquiditätsrisiken bestehen für die Gruppe aufgrund möglicher Schwierigkeiten, fällige Finanzierungen wie Commercial Paper sowie bilaterale und syndizierte Kredite zu erneuern. Zudem kann die möglicherweise erforderliche Finanzierung unerwarteter Ereignisse zu einem Liquiditätsrisiko führen. Die Geldanlagen der Gruppe sind überwiegend kurzfristiger Natur, um bei einem solchen Finanzierungsbedarf Liquidität zu gewährleisten. Bei der Eurex Clearing AG sind Kundenbarguthaben und Anlagen, die nur in begrenztem Umfang Laufzeiten von bis zu einem Monat haben können, überwiegend fristenkongruent. Der Clearstream-Teilkonzern kann Kundengelder für maximal ein Jahr in besicherte Geldmarktprodukte anlegen, oder in hochklassige Wertpapiere mit einer Restlaufzeit von unter zehn Jahren unter strenger Kontrolle festgelegter Mismatch- und Zinslimate. Ausgenommen hiervon sind Anlagen in britische Staatsanleihen (UK Gilts), für die eine Höchstlaufzeit von 30 Jahren gilt (siehe [Erläuterung 31](#) für einen Überblick über die Fälligkeitenstruktur). Befristete Anlagen können als Wertpapierpensionsgeschäfte gegen hochliquide, bei der Zentralbank hinterlegbare Sicherheiten durchgeführt und bei Bedarf als Liquiditätspuffer verwendet werden.

Vertraglich vereinbarte Kreditlinien

Gesellschaft	Kreditlinienzweck	Währung	Betrag zum 31.12.2017 Mio.	Betrag zum 31.12.2016 Mio.
Deutsche Börse AG	operativ ¹⁾	€	605,0	605,0
Eurex Clearing AG	Geschäftsabwicklung	€	1.170,0	1.170,0
	Geschäftsabwicklung	CHF	200,0	200,0
Clearstream Banking S.A.	operativ ¹⁾	€	750,0	750,0

1) Von den operativen Kreditlinien der Deutsche Börse AG sind 400,0 Mio. € eine Unterlinie aus der operativen Kreditlinie der Clearstream Banking S.A. über 750,0 Mio. €.

Durch Verpfändung von notenbankfähigen Wertpapieren haben die Eurex Clearing AG und der Clearstream-Teilkonzern die Möglichkeit, sich über ihre jeweilige Zentralbank zu refinanzieren.

Zur Besicherung der täglichen Wertpapierlieferungen zwischen der Euroclear Bank S.A./N.V. und der Clearstream Banking S.A. verfügt Clearstream über eine von einem internationalen Konsortium gestellte Bankgarantie (Letter of Credit) zugunsten der Euroclear Bank S.A./N.V. Zum 31. Dezember 2017 betrug

diese Garantie 3,0 Mrd. US\$ (2016: 3,0 Mrd. US\$). Die Euroclear Bank S.A./N.V. stellt ebenfalls eine Garantie zugunsten der Clearstream Banking S.A. in Höhe von 3,0 Mrd. US\$ (2016: 2,5 Mrd. US\$). Des Weiteren besteht zur Maximierung der Abwicklungseffizienz ein technischer Überziehungskredit der Eurex Clearing AG bei der Euroclear Bank S.A./N.V. in Höhe von 1,6 Mrd. US\$ (2016: 1,7 Mrd. US\$).

Das von der Deutsche Börse AG aufgelegte Commercial Paper-Programm bietet flexible und kurzfristige Finanzierungsmöglichkeiten von bis zu 2,5 Mrd. € in verschiedenen Währungen. Zum Jahresende waren keine Commercial Paper in Umlauf (2016: null).

Die Clearstream Banking S.A. hat ebenfalls ein Commercial Paper-Programm im Umfang von 1,0 Mrd. € aufgelegt, das zur Beschaffung zusätzlicher kurzfristiger Liquidität dient. Zum 31. Dezember 2017 waren Commercial Paper im Nennwert von 274,7 Mio. € emittiert (2016: 349,5 Mio. €).

Im November 2017 bestätigte Standard & Poor's die Bewertung der Deutsche Börse AG mit einem AA-Rating mit stabilem Ausblick. Damit war die Deutsche Börse AG eines von nur drei in DAX gelisteten Unternehmen, die über ein AA-Rating der Agentur Standard & Poor's verfügten. Zudem wurde das Commercial Paper-Programm der Deutsche Börse AG mit dem bestmöglichen kurzfristigen Rating von A-1+ versehen.

Das AA-Rating der Clearstream Banking S.A. wurde 2017 durch die Ratingagenturen Fitch und Standard & Poor's mit stabilem Ausblick bestätigt. Für weitere Details zum Rating der Gruppe Deutsche Börse siehe den [Abschnitt „Finanzlage“ im zusammengefassten Lagebericht](#).

37. Finanzielle Verpflichtungen und sonstige Risiken

Die Konzernaufwendungen für langfristig abgeschlossene Verträge stellen sich in den kommenden Geschäftsjahren für Wartungsverträge sowie für sonstige Verträge (ohne Miet- und Leasingverträge, siehe hierzu [Erläuterung 38](#)) wie folgt dar:

Aufteilung der sonstigen finanziellen Verpflichtungen

	31.12.2017 Mio. €	31.12.2016 Mio. €
Bis 1 Jahr	41,7	47,0
1 bis 5 Jahre	27,2	39,2
Länger als 5 Jahre	6,9	9,1
Summe	75,8	95,3

Andere Rechtsstreitigkeiten und Haftungsrisiken

Eventualverbindlichkeiten können aus gegenwärtigen Verpflichtungen und möglichen Verpflichtungen aus Ereignissen in der Vergangenheit entstehen. Die Gruppe Deutsche Börse bildet Rückstellungen für den potenziellen Eintritt von Verlusten nur, wenn eine gegenwärtige Verpflichtung aus einem Ereignis in der Vergangenheit entsteht, die wahrscheinlich zu einem Mittelabfluss führt und die verlässlich geschätzt werden kann (siehe hierzu auch [Erläuterung 3](#)). Zur Bestimmung, für welches Verfahren die Möglichkeit eines Verlusts mehr als unwahrscheinlich ist, und wie der mögliche Verlust daraus geschätzt wird, berücksichtigt die Gruppe Deutsche Börse eine Vielzahl von Faktoren, einschließlich der Art des Anspruchs und des zugrunde liegenden Sachverhalts, des Standes und des Hergangs der einzelnen Verfahren, der Erfahrung der Gruppe Deutsche Börse, vorausgehende Vergleichsgespräche (soweit bereits geführt) sowie Gutachten und Einschätzungen von Rechtsberatern. Gleichwohl ist es möglich, dass bis

zur Freigabe des Konzernabschlusses für ein Verfahren eine verlässliche Schätzung nicht erfolgen kann und insoweit die Bildung einer Rückstellung unterbleibt.

Peterson vs. Clearstream Banking S.A., Citibank NA et al. („Peterson I“) und Heiser vs. Clearstream Banking S.A.

In ihrem [Unternehmensbericht 2012](#) informierte die Gruppe Deutsche Börse über eine Sammelklage Peterson vs. Clearstream Banking S.A., dem ersten Peterson-Verfahren, auf die Herausgabe bestimmter Kundenpositionen im Sammeldepot der Lagerstelle der Clearstream Banking S.A. bei Citibank NA sowie auf Schadenersatz gegen die Clearstream Banking S.A. in Höhe von 250,0 Mio. US\$. Ein Vergleich wurde zwischen der Clearstream Banking S.A. und den Klägern geschlossen und die Schadenersatzforderungen gegen die Clearstream Banking S.A. zurückgenommen.

Im Juli 2013 ordnete das US-Gericht in seinem Urteil die Herausgabe der Kundenpositionen an die Kläger an und stellte fest, dass diese im Eigentum von Bank Markazi, der iranischen Zentralbank, stünden. Bank Markazi legte Berufung ein. Die Entscheidung wurde am 9. Juli 2014 von dem zuständigen Berufungsgericht (Second Circuit Court of Appeals) und anschließend am 20. April 2016 vom Obersten US-Bundesgericht bestätigt. Sobald das Verfahren über die Verteilung der Positionen an die Kläger abgeschlossen ist, sollte auch der hieran angelehnte Fall Heiser vs. Clearstream Banking S.A., der die Herausgabe derselben Positionen zum Gegenstand hat, abgeschlossen sein.

Peterson vs. Clearstream Banking S.A. („Peterson II“)

Am 30. Dezember 2013 erhoben verschiedene US-Kläger des ersten Peterson-Verfahrens sowie weitere Kläger Klage, die auf die Herausgabe bestimmter Vermögenswerte, die die Clearstream Banking S.A. als Verwahrer in Luxemburg hält, gerichtet ist. Die Beklagten in diesem Verfahren, einschließlich der Clearstream Banking S.A., hatten 2014 Klageabweisung beantragt. Am 19. Februar 2015 erließ das US-Gericht die Entscheidung, die Klage abzuweisen. Die Kläger legten Berufung gegen die Entscheidung beim zuständigen Berufungsgericht (Second Circuit Court of Appeals) ein, das am 21. November 2017 weite Teile der Entscheidung des Ausgangsgerichts bestätigt hat. Das Berufungsgericht hat den Fall in einem anderen Punkt an das Ausgangsgericht zurückverwiesen. Dieses soll beurteilen, ob die Vermögenswerte in Luxemburg der Vollstreckung in den USA unterliegen. Die Clearstream Banking S.A. hat im Dezember 2017 Rechtsmittel zur erneuten Anhörung des Falles beim Berufungsgericht eingelegt, die dieses zurückgewiesen hat, und prüft nun die Einlegung einer Beschwerde vor dem Obersten US-Bundesgericht.

Havlish vs. Clearstream Banking S.A. („Havlish“)

Am 14. Oktober 2016 erhoben mehrere Kläger aus den USA Klage gegen die Clearstream Banking S.A. und weitere juristische Personen; die Klage in diesem Verfahren („Havlish vs. Clearstream Banking S.A.“) basiert auf ähnlichen Vermögenswerten und Vorwürfen wie in den Peterson-Verfahren. Die Klage ist auf die Herausgabe bestimmter Vermögenswerte gerichtet, die die Clearstream Banking S.A. als Verwahrer in Luxemburg hält. Darüber hinaus werden in der Klage direkte Forderungen gegen die Clearstream Banking S.A. und weitere Beklagte auf Schadenersatz von bis zu rund 6,6 Mrd. US\$ (zuzüglich Strafschadenersatz und Zinsen) erhoben.

Strafrechtliche Ermittlungen gegen die Clearstream Banking S.A.

Die Clearstream Banking S.A. wurde am 2. April 2014 darüber informiert, dass der US-Staatsanwalt des Southern District von New York (United States Attorney for the Southern District of New York) gegen die Clearstream Banking S.A. ein Ermittlungsverfahren wegen der Geschäftstätigkeit der Clearstream Banking S.A. mit dem Iran und anderen Ländern im Hinblick auf US-Sanktionsvorschriften eingeleitet hat. Die Clearstream Banking S.A. kooperiert mit dem US-Staatsanwalt.

Bank Markazi vs. Clearstream Banking S.A.

Im Zusammenhang mit den laufenden Rechtsstreitigkeiten betreffend Vermögenswerte der Bank Markazi ist der Clearstream Banking S.A. am 17. Januar 2018 eine Klage der Bank Markazi zugestellt worden, in der die Banca UBAE S.P.A. und die Clearstream Banking S.A. als Beklagte benannt sind. Die bei den luxemburgischen Gerichten eingereichte Klage ist in erster Linie auf die Herausgabe von Vermögenswerten der Bank Markazi über rund 4,9 Mrd. US\$ zuzüglich Zinsen gerichtet, die gemäß Behauptung der Klage auf Konten der Banca UBAE S.P.A. und der Bank Markazi bei der Clearstream Banking S.A. gehalten werden. Alternativ verlangt die Bank Markazi Schadenersatz in gleicher Höhe. Die verlangten Vermögenswerte betreffen Vermögen über rund 1,9 Mrd. US\$, das gemäß einem bindenden und vollstreckbaren Urteil eines US-amerikanischen Gerichts aus dem Jahre 2013 im Rahmen eines Verfahrens, an dem die Bank Markazi als Partei beteiligt war, an US-Kläger herausgegeben wurde. Die Klage betrifft auch Kundenvermögen in Höhe von rund 2 Mrd. US\$, das bei der Clearstream Banking S.A. gehalten wird und das derzeit Gegenstand von durch US-Kläger erhobenen Klagen in den USA und Luxemburg ist, sowie Vermögen, das bereits in der Vergangenheit von der Clearstream Banking S.A. an die Banca UBAE S.P.A. übertragen wurde.

MBB Clean Energy AG

Bezüglich einer Anleihe der MBB Clean Energy AG (MBB), die durch die Clearstream Banking AG verwahrt ist, ist es zu Auseinandersetzungen gekommen. MBB hat eine erste Tranche der Anleihe im April 2013 und eine zweite Tranche der Anleihe im Dezember 2013 begeben. Die Globalurkunden für beide Tranchen der Anleihe wurden der Clearstream Banking AG durch die Zahlstelle des Emittenten geliefert. Die Auseinandersetzungen drehen sich darum, dass die Anleihe nicht bedient wurde und angeblich ungültig ist. Die Rolle der Clearstream Banking AG im Kontext der angeblich ungültigen Anleihe der MBB besteht vorrangig darin, die Globalurkunde als nationaler Zentralverwahrer zu verwahren. Über den Emittenten MBB ist zwischenzeitlich das Insolvenzverfahren eröffnet worden.

Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Köln

Wie der Clearstream Banking AG und der Clearstream Banking S.A. im September 2017 bekannt wurde, führt die Staatsanwaltschaft Köln ein Ermittlungsverfahren wegen Steuerhinterziehung im Zusammenhang mit der Beteiligung eines Mitarbeiters der Clearstream Banking AG an der Umsetzung von Transaktionen von Marktteilnehmern über den Dividendenstichtag (Cum/Ex-Transaktionen). Mit Schreiben vom 22. Januar 2018 an die Clearstream Banking AG hat die Staatsanwaltschaft Köln die Clearstream Banking AG und die Clearstream Banking S.A. als mögliche Nebenbeteiligte angehört. Aufgrund des frühen Verfahrensstadiums ist es nicht möglich, Zeitpunkt, Ausmaß und Umfang sowie Folgen einer etwaigen Entscheidung vorherzusagen. Die Gesellschaften kooperieren mit den zuständigen Behörden.

Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main

Am 1. Februar 2017 gab die Deutsche Börse AG bekannt, dass die Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main bei der Deutsche Börse AG wegen des Aktienerwerbs ihres damaligen Vorstandsvorsitzenden Carsten Kengeter am 14. Dezember 2015 zur Umsetzung des vom Aufsichtsrat der Gesellschaft beschlossenen Vorstandsvergütungsprogramms ermittelt. Am 18. Juli 2017 übermittelte die Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main der Deutsche Börse AG ein Anhörungsschreiben. Nach diesem beabsichtigte die Staatsanwaltschaft, die Gesellschaft formal an dem laufenden Ermittlungsverfahren gegen Carsten Kengeter zu beteiligen. Die Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main stellte in dem Anhörungsschreiben im Hinblick auf die Gesellschaft in Aussicht, dass gegen die Deutsche Börse AG zwei Geldbußen in Höhe von insgesamt 10,5 Mio. € gemäß § 30 Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) wegen eines angeblichen Verstoßes gegen das Insiderhandelsverbot im Dezember 2015 und einer angeblichen Unterlassung einer Ad-hoc-Mitteilung im Januar 2016 verhängt werden könnten. Am 13. September 2017 entschieden Vorstand und Aufsichtsrat der Deutsche Börse AG, den von der Staatsanwaltschaft in Aussicht gestellten Bußgeldbescheid des zuständigen Amtsgerichts zu akzeptieren. Am 23. Oktober 2017 lehnte jedoch das Amtsgericht Frankfurt am Main die von der Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main beantragte Einstellung des Ermittlungsverfahrens gegen den damaligen Vorstandsvorsitzenden der Deutsche Börse AG, Carsten Kengeter, gegen Auflagen in Form einer Zahlung von 500.000 € ab. Dem

Gericht erschien eine Fortführung der Ermittlungen angesichts der Bedeutung des Verfahrens opportun. Die weitergehenden Ermittlungen könnten von einer Einstellung des Verfahrens mangels hinreichenden Tatverdachts bis hin zur Anklageerhebung führen. Das Gericht hat die Sache, sowohl in Bezug auf die Ermittlungen gegen Carsten Kengeter als auch hinsichtlich möglicher Schritte gegen die Deutsche Börse AG, an die Staatsanwaltschaft zurückgegeben, die gegenwärtig das Ermittlungsverfahren fortsetzt und dann über das weitere Verfahren entscheiden wird.

Am 26. Oktober 2017 informierte Carsten Kengeter den Aufsichtsrat der Deutsche Börse AG darüber, dass er als Vorstandsvorsitzender mit Wirkung vom 31. Dezember 2017 zurücktreten möchte. Dies akzeptierte der Aufsichtsrat.

Die Deutsche Börse AG ist weiterhin auch nach Hinzuziehung von Experten der Auffassung, dass die erhobenen Vorwürfe in jeder Hinsicht unbegründet sind.

Zusätzlich zu den oben und in früheren Veröffentlichungen erwähnten Sachverhalten ist die Gruppe Deutsche Börse von Zeit zu Zeit in verschiedene Rechtsstreitigkeiten involviert, die sich aus dem Verlauf ihres normalen Geschäfts ergeben. Die Gruppe bildet Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten und aufsichtsrechtliche Angelegenheiten, wenn aus einem vergangenen Ereignis eine gegenwärtige Verpflichtung besteht, der Abfluss von Ressourcen mit wirtschaftlichem Nutzen zur Erfüllung dieser Verpflichtung wahrscheinlich ist und eine zuverlässige Schätzung der Höhe der Verpflichtung möglich ist. In solchen Fällen kann sich ein Verlustrisiko ergeben, das höher ist als die entsprechenden Rückstellungen. Wenn die oben genannten Bedingungen nicht erfüllt sind, bildet die Gruppe keine Rückstellungen. Wenn sich eine Rechtsstreitigkeit oder eine aufsichtsrechtliche Angelegenheit entwickelt, bewertet die Gruppe kontinuierlich, ob die Voraussetzungen für die Bildung einer Rückstellung erfüllt sind. Die Gruppe kann eventuell nicht absehen, wie hoch der mögliche Verlust oder die Verlustspanne im Hinblick auf diese Angelegenheiten sein wird. Auf der Basis aktuell verfügbarer Informationen geht die Gruppe Deutsche Börse insgesamt nicht davon aus, dass das Ergebnis eines dieser Verfahren die Finanzzahlen erheblich beeinträchtigen wird.

Steuerrisiken

Die Gruppe Deutsche Börse unterliegt aufgrund ihrer Tätigkeit in verschiedenen Ländern Steuerrisiken. Zur Erfassung und Bewertung dieser Risiken wurde ein Prozess entwickelt, bei dem diese zunächst in Abhängigkeit von ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit erfasst werden. In einem zweiten Schritt werden diese Risiken mit einem Erwartungswert bewertet. Sofern mehr für als gegen die Eintrittswahrscheinlichkeit spricht, wird eine Steuerrückstellung gebildet. Die Gruppe Deutsche Börse überprüft kontinuierlich, ob die Voraussetzungen für die Bildung entsprechender Steuerrückstellungen erfüllt sind.

38. Leasingverhältnisse

Finanzierungsleasingverhältnisse

Weder zum 31. Dezember 2017 noch zum 31. Dezember 2016 ergaben sich für die Gruppe Deutsche Börse Mindest-Leasingzahlungen aus Finanzierungsleasingverhältnissen.

Operating-Leasingverhältnisse (als Leasingnehmer)

Die Gruppe Deutsche Börse hat Mietverträge abgeschlossen, die aufgrund ihres wirtschaftlichen Gehalts als Operating-Leasingverhältnisse zu qualifizieren sind, sodass der Leasinggegenstand dem Leasinggeber zuzurechnen ist. Hierbei handelt es sich hauptsächlich um Gebäude sowie IT-Hard- und -Software.

Mindest-Leasingzahlungen aus Operating-Leasingverhältnissen¹⁾

	31.12.2017 Mio. €	31.12.2016 Mio. €
Bis 1 Jahr	63,4	59,8
1 bis 5 Jahre	177,2	176,7
Länger als 5 Jahre	84,0	116,7
Summe	324,6	353,2

1) Die erwarteten Zahlungen in US-Dollar wurden jeweils mit dem Stichtagskurs zum 31. Dezember in Euro umgerechnet.

Im Berichtsjahr wurden Mindest-Leasingzahlungen in Höhe von 68,8 Mio. € (2016: 58,5 Mio. €) als Aufwand erfasst. Für Untermietverträge und bedingte Mieten fiel 2017 wie im Vorjahr kein Aufwand an.

Die Operating-Leasingverträge für Gebäude, die zum Teil untervermietet werden, haben eine maximale Restlaufzeit von sechs Jahren. Die Verträge enden in der Regel automatisch nach Ablauf der Vertragslaufzeit. Für einige Verträge bestehen Mietverlängerungsoptionen.

Erwartete Erträge aus Untermietverträgen¹⁾

	31.12.2017 Mio. €	31.12.2016 Mio. €
Bis 1 Jahr	0,7	0,6
1 bis 5 Jahre	2,3	0
Summe	3,0	0,6

1) Die erwarteten Zahlungen in US-Dollar wurden jeweils mit dem Stichtagskurs zum 31. Dezember in Euro umgerechnet.

39. Aktienbasierte Vergütung

Aktientantiemeprogramm (ATP)

Im Berichtsjahr legte die Gesellschaft eine weitere Tranche des ATP auf. Um am ATP teilzunehmen, muss ein Berechtigter einen Bonus verdient haben. Die Anzahl der Aktienbezugsrechte für leitende Angestellte ergibt sich aus dem individuell und leistungsabhängig festgelegten ATP-Bonusbetrag für das Geschäftsjahr und dessen Division durch den durchschnittlichen Börsenpreis (Xetra-Schlusskurs) der Aktie der Deutsche Börse AG im vierten Quartal des jeweiligen Geschäftsjahres. Weder der umgerechnete ATP-Bonus noch die Aktienbezugsrechte werden zum Zeitpunkt der Festlegung des Bonus geleistet. Vielmehr erfolgen die Leistungen üblicherweise zwei oder drei Jahre nach ihrer Gewährung (sog. Wartezeit). Innerhalb dieser Frist können die Berechtigten keine Aktionärsrechte (insbesondere das Recht auf eine Dividende und auf die Teilnahme an der Hauptversammlung) geltend machen. Nach Erfüllung der Dienstbedingung werden die aus dem ATP resultierenden Ansprüche der Berechtigten am ersten Börsenhandelstag, der auf den letzten Tag der Wartezeit folgt, ermittelt. Dazu wird der an diesem Tag aktuelle Börsenpreis (Schlussauktionspreis der Deutsche Börse-Aktie im elektronischen Handel an der Frankfurter Wertpapierbörse) mit der Anzahl der Aktienbezugsrechte multipliziert.

Die Deutsche Börse AG hat für die Aktiantieme der leitenden Angestellten aus der Tranche 2014 ein Wahlrecht, ob sie den Anspruch eines Berechtigten in Aktien oder bar erfüllt; für die im März 2018 fälligen Ansprüche aus der Tranche 2014 wurde ein Barausgleich beschlossen. Seit Einführung der Tranche 2015 wurde ein Barausgleich fest vereinbart.

Das Aktiantiemenprogramm für den Vorstand der Deutsche Börse AG endete vorzeitig am 31. Dezember 2015. Die Aktiantieme aus den Tranchen 2013 bis 2015 wurde im ersten Halbjahr 2016 ausgezahlt, wobei die Auszahlungsbeträge aus den Tranchen 2014 und 2015 einer Verfügungsbeschränkung bis zum 31. Dezember 2016 bzw. 31. Dezember 2017 unterlagen. Die Vorstandsmitglieder müssen die Auszahlungsbeträge gemäß des 2016 eingeführten Vergütungsmodells in Aktien der Deutsche Börse AG investieren, sofern nicht gesetzliche Regelungen dem entgegenstehen.

Zur Anzahl der Aktienbezugsrechte, die Vorstandsmitgliedern zugeteilt werden, sowie zum Vergütungssystem für Vorstandsmitglieder, das zum 1. Januar 2016 eingeführt wurde, siehe auch den [Vergütungsbericht](#).

Bewertung des ATP

Für die Ermittlung des beizulegenden Marktwertes (Fair Value) der Aktienbezugsrechte verwendet die Gesellschaft ein angepasstes Black-Scholes-Modell (Merton-Modell).

Bewertungsparameter der ATP-Aktienbezugsrechte

		Tranche 2017	Tranche 2016	Tranche 2015	Tranche 2014
Laufzeit bis		28.02.2021	28.02.2020	31.03.2019	31.03.2018
Risikoloser Zins	%	-0,34	-0,50	-0,64	-0,78
Volatilität der Aktie der Deutsche Börse AG	%	23,18	22,63	17,82	17,73
Dividendenrendite	%	1,82	1,62	1,21	0
Ausübungspreis	€	0	0	0	0

Das Bewertungsmodell berücksichtigt keine Ausübungshürden. Die verwendeten Volatilitäten entsprechen den laufzeitkongruenten Marktvolatilitäten vergleichbarer Optionen.

Bewertung der ATP-Aktienbezugsrechte

Tranche	Anzahl zum 31.12.2017 Stück	Kurs der Aktie der Deutsche Börse AG zum 31.12.2017 €	Innerer Wert/ Bezugsrecht zum 31.12.2017 €	Beizulegender	Erfüllungs- verpflichtung Mio. €	Kurzfristige	Langfristige
				Zeitwert/ Bezugsrecht zum 31.12.2017 €		Rückstellung zum 31.12.2017 Mio. €	Rückstellung zum 31.12.2017 Mio. €
2014	17.974	96,80	96,80	76,98–95,86	1,6	1,6	0
2015	15.445	96,80	96,80	67,30	1,0	0	1,0
2016	19.532	96,80	96,80	44,87	0,9	0	0,9
2017	16.347 ¹⁾	96,80	96,80	21,94	0,4	0	0,4
Summe	69.298				3,9	1,6	2,3

1) Da die Aktienbezugsrechte der Tranche 2017 für die leitenden Angestellten erst im Geschäftsjahr 2018 gewährt werden, kann sich die für den Bilanzstichtag angegebene Anzahl noch nachträglich ändern.

Durchschnittskurs der ausgeübten und verwirkten Aktienbezugsrechte

Tranche	Durchschnittlicher Ausübungspreis €	Durchschnittskurs der verwirkten Bezugsrechte €
2013	83,18	74,65
2014	88,43	65,58
2015	89,85	44,10
2016	93,71	34,47

Im Berichtsjahr wurden die Aktienbezugsrechte der ATP-Tranche 2013 nach Ablauf der Wartezeit ausgeübt. Für die ATP-Tranchen 2014, 2015 und 2016 wurden im Berichtsjahr im Rahmen von Abfindungen ATP-Stücke an ausgeschiedene Mitarbeiter ausgezahlt.

Der Rückstellungsbetrag für das ATP ergibt sich aus der Bewertung der Anzahl der Aktienbezugsrechte mit dem beizulegenden Marktwert (Fair Value) des Schlussauktionspreises der Deutsche Börse-Aktie im elektronischen Handel an der Frankfurter Wertpapierbörse zum Bilanzstichtag und dessen ratierlicher Erfassung über den Erdienungszeitraum.

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2017 wurden Rückstellungen für das ATP in Höhe von 3,9 Mio. € ausgewiesen (31. Dezember 2016: 7,3 Mio. €). Der Gesamtaufwand für die Aktienbezugsrechte betrug im Berichtsjahr 2,9 Mio. € (2016: 2,3 Mio. €).

Entwicklung der Anzahl der zugeteilten ATP-Aktienbezugsrechte

	Anzahl zum 31.12.2016	Zugänge/ (Abgänge) Tranche 2014	Zugänge/ (Abgänge) Tranche 2015	Zugänge/ (Abgänge) Tranche 2016	Zugänge Tranche 2017	In bar ausgezahlte Bezugs- rechte	Verwirkte Bezugs- rechte	Stand zum 31.12.2017
An leitende Angestellte	132.186 ¹⁾	0	0	-5.629	16.347	72.038	1.568	69.298

1) Da die Aktienbezugsrechte der ATP-Tranche 2017 für die leitenden Angestellten erst im Geschäftsjahr 2018 gewährt werden, kann sich die für den Bilanzstichtag angegebene Anzahl noch nachträglich ändern.

Langfristiger Nachhaltigkeitsplan (Long-term Sustainable Instrument, LSI) und „Gesperrte Aktien“-Plan (Restricted Stock Units, RSU)

2014 hatte die Gruppe Deutsche Börse einen langfristigen Nachhaltigkeitsplan (LSI) zur aktienbasierten Vergütung eingeführt, um regulatorische Anforderungen zu erfüllen. Das Programm wurde 2016 um einen „Gesperrte Aktien“-Plan (RSU) erweitert. Die folgenden Angaben beziehen sich auf beide Programme.

Das LSI-Vergütungsmodell sieht vor, dass ein Teil der variablen Vergütung mindestens zur Hälfte in bar und zur Hälfte in Aktien der Deutsche Börse AG (LSI-Aktien) erfüllt wird. Dabei wird ein Teil der variablen Vergütung im Folgejahr und weitere Teile über einen Zeitraum von weiteren drei bzw. vier Jahren gewährt. Außerdem wird ein Teil der variablen Vergütung in RSU gewandelt, die einer dreijährigen Sperrfrist nach Gewährung sowie einer einjährigen Wartezeit unterliegen (RSU-Aktien).

Die Anzahl der LSI- und RSU-Aktien ergibt sich, indem der anteilige LSI- bzw. RSU-Bonus des jeweiligen Jahres durch den durchschnittlichen Schlusskurs der Aktie der Deutsche Börse AG im letzten Monat eines Geschäftsjahres dividiert wird. Für den LSI-Bonus ergeben sich somit einzelne LSI-Tranchen, die Laufzeiten von einem Jahr bis zu fünf Jahren aufweisen. Aus dem RSU-Bonus wird eine Tranche mit einer Laufzeit von vier Jahren gebildet. Die Auszahlung einer jeden Tranche erfolgt jeweils nach einer Wartezeit von einem Jahr. Eine Dienstbedingung ist in dem Vergütungssystem nicht vorgesehen. Nach Ablauf der Wartezeit werden sowohl die LSI- als auch die RSU-Aktien unter Berücksichtigung des durchschnittlichen Schlusskurses der Aktie der Deutsche Börse AG im letzten Monat vor Ablauf der Wartezeit bewertet. Die Erfüllung erfolgt grundsätzlich durch Barausgleich, wobei der Arbeitgeber für die Tranche 2014 auch das Recht zur Erfüllung durch Lieferung von Aktien der Deutsche Börse AG hat.

Bewertung des LSI und des RSU

Für die Ermittlung des beizulegenden Marktwertes (Fair Value) der LSI- und RSU-Aktienbezugsrechte verwendet die Gesellschaft ein angepasstes Black-Scholes-Modell (Merton-Modell).

Bewertungsparameter der LSI- und RSU-Aktienbezugsrechte					
		Tranche 2017	Tranche 2016	Tranche 2015	Tranche 2014
Laufzeit		31.12.2018 bis 31.12.2022	31.12.2017 bis 31.12.2021	31.12.2016 bis 31.12.2020	31.12.2017 bis 31.12.2019
Risikoloser Zins	%	-0,72 bis -0,18	-0,78 bis -0,34	-0,78 bis -0,5	-0,78 bis -0,64
Volatilität der Aktie der Deutsche Börse AG	%	17,44 bis 23,4	0 bis 23,4	0 bis 23,4	0 bis 21,73
Dividendenrendite	%	2,43	0 bis 2,43	0 bis 2,43	0 bis 2,43
Ausübungspreis	€	0	0	0	0

Das Bewertungsmodell berücksichtigt keine Ausübungshürden. Die verwendeten Volatilitäten entsprechen den laufzeitkongruenten Marktvolatilitäten vergleichbarer Optionen.

Bewertung der LSI- und RSU-Aktienbezugsrechte

Tranche	Anzahl zum 31.12.2017 Stück	Kurs der Aktie der Deutsche Börse AG zum 31.12.2017 €	Innerer Wert/ Bezugsrecht zum 31.12.2017 €	Beizulegender	Erfüllungs- verpflichtung Mio. €	Kurzfristige Rückstellung zum 31.12.2017 Mio. €	Langfristige Rückstellung zum 31.12.2017 Mio. €
				Zeitwert/ Bezugsrecht zum 31.12.2017 €			
2014	15.379 ¹⁾	96,80	96,80	92,26–97,36	1,5	0,7	0,8
2015	25.160 ¹⁾	96,80	96,80	90,07–97,36	2,4	0,9	1,5
2016	100.338 ¹⁾	96,80	96,80	87,93–97,36	9,4	2,7	6,7
2017	83.775 ¹⁾	96,80	96,80	85,85–94,50	7,4	0	7,4
Summe	224.652				20,7	4,3	16,4

1) Da die Aktienbezugsrechte der Tranchen 2014 bis 2017 teilweise erst in künftigen Geschäftsjahren gewährt werden, kann sich die für den Bilanzstichtag angegebene Anzahl noch nachträglich ändern.

Der Rückstellungsbetrag für den LSI und den RSU ergibt sich aus der Bewertung der Anzahl der Aktienbezugsrechte mit dem beizulegenden Marktwert (Fair Value) des Schlussauktionspreises der Deutsche Börse-Aktie im elektronischen Handel an der Frankfurter Wertpapierbörse zum Bilanzstichtag.

Zum 31. Dezember 2017 wurden Rückstellungen in Höhe von 20,7 Mio. € ausgewiesen (31. Dezember 2016: 13,1 Mio. €). Der Gesamtaufwand für die Aktienbezugsrechte betrug im Berichtsjahr 9,7 Mio. € (31. Dezember 2016: 7,6 Mio. €).

Entwicklung der Anzahl der zugeteilten LSI- und RSU-Aktienbezugsrechte

	Anzahl zum 31.12.2016	Zugänge/ (Abgänge) Tranche 2014	Zugänge/ (Abgänge) Tranche 2015	Zugänge/ (Abgänge) Tranche 2016	Zugänge/ (Abgänge) Tranche 2017	In bar ausgezahlte Bezugsrechte	Verwirkte Bezugsrechte	Stand zum 31.12.2017
An leitende Angestellte	182.978	-9.519 ¹⁾	-23.949 ¹⁾	-8.633 ¹⁾	83.775 ¹⁾	0	0	224.652
Summe	182.978	-9.519	-23.949	-8.633	83.775	0	0	224.652

1) Da die Aktienbezugsrechte der Tranchen 2014 bis 2017 teilweise erst in zukünftigen Geschäftsjahren gewährt werden, kann sich die für den Bilanzstichtag angegebene Anzahl noch nachträglich ändern.

Co-Performance Investment Plan (CPIP) und Performance Share Plan (PSP)

Im Geschäftsjahr 2015 wurde ein separates Programm aufgelegt (Co-Performance Investment Plan, CPIP), das dem ehemaligen Vorstandsvorsitzenden der Deutsche Börse AG, Carsten Kengeter, einmalig die Möglichkeit zur Teilnahme einräumte. Die entsprechende Anzahl an virtuellen Aktien bemisst sich anhand der Anzahl der gewährten Aktien, sowie der Erhöhung des den Anteilseignern der Deutsche Börse AG zuzurechnenden Periodenüberschusses und dem Verhältnis der Aktienrendite der Deutsche Börse AG gegenüber derjenigen der im STOXX Europe 600 Financials Index geführten Unternehmen. Die Performance-Periode für die Messung der Performance-Kriterien begann am 1. Januar 2015 und endet am 31. Dezember 2019. Die Aktien unterliegen einem Performance-Zeitraum von fünf Jahren und einer Haltefrist bis zum 31. Dezember 2019. Der spätere Auszahlungsbetrag der Aktiantieme wird in bar bedient und zum 31. März 2021 vollständig ausgezahlt.

Seit dem 1. Januar 2016 gibt es mit dem PSP ein neues aktienbasiertes Vergütungsprogramm für den Vorstand der Deutsche Börse AG sowie für bestimmte Führungskräfte und Mitarbeiter der Deutsche Börse AG und teilnehmender Tochterunternehmen. Der 100-Prozent-Zielwert der Aktiantieme für jedes Vorstandsmitglied wurde als Eurobetrag festgelegt. Der 100-Prozent-Zielwert für ausgewählte Führungskräfte und Mitarbeiter der Deutsche Börse AG und teilnehmender Tochterunternehmen wird durch die zuständigen Entscheidungsgremien bestimmt.

Aus dem festgelegten 100-Prozent-Zielwert des PSP ergibt sich für jeden Berechtigten die entsprechende Anzahl virtueller Aktien aus der Division des Zielwertes durch den durchschnittlichen Börsenpreis (Xetra-Schlusskurs) der Aktie der Deutsche Börse AG im letzten Kalendermonat vor Beginn des Performance-Zeitraums. Ein Anspruch auf Auszahlung aus dem PSP entsteht erst nach einem Performance-Zeitraum von fünf Jahren.

Die endgültige Zahl der Performance Shares wird durch Multiplikation der anfänglichen Zahl der Performance Shares mit dem Gesamtzielerreichungsgrad ermittelt. Der Gesamtzielerreichungsgrad des PSP bemisst sich nach der Entwicklung von zwei Erfolgsparametern während des Performance-Zeitraums: zum einen der relativen Entwicklung der Aktienrendite (Total Shareholder Return, TSR) der Aktie der Deutsche Börse AG im Vergleich zum Total Shareholder Return des STOXX Europe 600 Financials Index und zum anderen der Erhöhung des den Anteilseignern der Deutsche Börse AG zuzurechnenden

Periodenüberschusses. Diese beiden Erfolgsziele fließen zu jeweils 50 Prozent in die Ermittlung des Gesamtzielerreichungsgrades ein.

Der Auszahlungsbetrag ergibt sich aus der Multiplikation der endgültigen Zahl der Performance Shares mit dem Durchschnittskurs der Aktie der Deutsche Börse AG (Xetra-Schlusskurs) des letzten Kalendermonats vor Ablauf des Performance-Zeitraums zuzüglich der Summe der während des Performance-Zeitraums gezahlten Dividenden bezogen auf die endgültige Zahl der Performance Shares. Die Erfüllung erfolgt durch Barausgleich.

Bewertung des CPIP und des PSP

Für die Ermittlung des beizulegenden Marktwertes (Fair Value) der CPIP- und PSP-Aktienbezugsrechte verwendet die Gesellschaft ein angepasstes Black-Scholes-Modell (Merton-Modell).

Bewertungsparameter der CPIP- und PSP-Aktienbezugsrechte

		Tranche 2017	Tranche 2016	Tranche 2015
Laufzeit bis		31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019
Risikoloser Zins	%	-0,34	-0,5	-0,64
Volatilität der Aktie der Deutsche Börse AG	%	22,25	23,40	21,73
Dividendenrendite	%	0	0	0
Ausübungspreis	€	0	0	0
Relativer Total Shareholder Return	%	102,00	132,00	112,00
Erhöhung des den Anteilseignern der Deutsche Börse AG zuzurechnenden Periodenüberschuss	%	220,00	80,00	250,00

Das Bewertungsmodell berücksichtigt keine Ausübungshürden. Die verwendeten Volatilitäten entsprechen den laufzeitkongruenten Marktvolatilitäten vergleichbarer Optionen.

Bewertung der CPIP- und PSP-Aktienbezugsrechte

Tranche	Anzahl zum 31.12.2017 Stück	Kurs der Aktie der Deutsche Börse AG zum 31.12.2017 €	Innerer Wert/ Bezugsrecht zum 31.12.2017 €	Beizulegender	Erfüllungs- verpflichtung Mio. €	Kurzfristige Rückstellung zum 31.12.2017 Mio. €	Langfristige Rückstellung zum 31.12.2017 Mio. €
				Zeitwert/ Bezugsrecht zum 31.12.2017 €			
2015	124.957	96,80	96,80	60,02	7,5	0	7,5
2016	90.007	96,80	96,80	40,60	3,7	0	4,6
2017	147.713	96,80	96,80	13,83 bis 19,84	2,9	0	5,4
Summe	362.677				14,1	0	17,5

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2017 wurden Rückstellungen für den CPIP und den PSP in Höhe von 17,5 Mio. € ausgewiesen (31. Dezember 2016: 5,1 Mio. €). Von diesen Rückstellungen entfielen 14,8 Mio. € auf Mitglieder des Vorstands (2016: 4,6 Mio. €). Der Gesamtaufwand für die CPIP- und PSP-Aktienbezugsrechte betrug im Berichtsjahr 12,3 Mio. € (2016: 4,1 Mio. €). Davon entfiel auf zum Bilanzstichtag aktive Mitglieder des Vorstands ein Aufwand von 10,2 Mio. € (2016: 3,6 Mio. €).

Entwicklung der Anzahl der zugeteilten CPIP- und PSP-Aktienbezugsrechte

	Anzahl zum 31.12.2016	Zugänge/ (Abgänge) Tranche 2015	Zugänge/ (Abgänge) Tranche 2016	Zugänge/ (Abgänge) Tranche 2017	In bar ausgezählte Bezugsrechte	Verwirkte Bezugsrechte	Stand zum 31.12.2017
An Vorstands- mitglieder	134.529	-9.572	56.392	88.021	0	0	269.370
An leitende Angestellte	84.177	0	-50.562	59.692	0	0	93.307
Summe	218.706	-9.572	5.830	147.713	0	0	362.677

Zur Anzahl der Aktienbezugsrechte, die Vorstandsmitgliedern zugeteilt werden, sowie zum Vergütungssystem für Vorstandsmitglieder, siehe auch den [Vergütungsbericht](#).

Mitarbeiterbeteiligungsprogramm (Group Share Plan, GSP)

Mitarbeiter der Gruppe Deutsche Börse, die nicht dem Vorstand oder den oberen Führungsebenen angehören, haben im Rahmen des Mitarbeiterbeteiligungsprogramms die Möglichkeit, Aktien der Deutsche Börse AG mit einem Abschlag auf den Ausgabepreis von 30 bzw. 40 Prozent zu zeichnen. Dieser Nachlass ist von der Dauer der Unternehmenszugehörigkeit der betreffenden Mitarbeiter abhängig. Im Rahmen der GSP-Tranche für das Jahr 2017 konnten die teilnahmeberechtigten Mitarbeiter bis zu 100 Aktien der Gesellschaft erwerben. Die erworbenen Aktien müssen mindestens zwei Jahre gehalten werden.

Im Berichtsjahr wurde für den GSP ein Aufwand von insgesamt 3,6 Mio. € (2016: 2,6 Mio. €) im Personalaufwand ausgewiesen.

40. Organe

Die Mitglieder der Organe der Gesellschaft sind in den [Kapiteln „Der Vorstand“](#) und [„Der Aufsichtsrat“](#) dieses Finanzberichts aufgeführt.

41. Corporate Governance

Am 12. Dezember 2017 haben Vorstand und Aufsichtsrat die neueste Entsprechenserklärung nach § 161 Aktiengesetz (AktG) abgegeben und den Aktionären auf der Website der Gesellschaft dauerhaft zugänglich gemacht (siehe auch die [zusammengefasste Erklärung zur Unternehmensführung und Corporate Governance-Bericht](#)).

42. Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen

Als nahe stehend im Sinne von IAS 24 gelten die Organmitglieder der Deutsche Börse AG sowie sämtliche als assoziiert eingestufte Unternehmen, Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, und Unternehmen, die von Organmitgliedern beherrscht oder maßgeblich beeinflusst werden.

Die Bezüge der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder sind im [Vergütungsbericht](#) individualisiert ausgewiesen.

Vorstand

2017 betrug die fixe und variable Vergütung für die Mitglieder des Vorstands einschließlich im Geschäftsjahr gewährter Sachbezüge 15,3 Mio. € (2016: 20,4 Mio. €).

Im Zusammenhang mit dem Co-Performance Investment Plan (CPIP) fielen im Geschäftsjahr 2017 Aufwendungen in Höhe von 3,7 Mio. € an (2016: 2,7 Mio. €). Im Rahmen des Performance Share Plan (PSP) fielen im Berichtsjahr Aufwendungen in Höhe von 6,5 Mio. € an.

Der versicherungsmathematische Barwert der Pensionsverpflichtungen gegenüber Vorstandsmitgliedern belief sich am 31. Dezember 2017 auf 21,2 Mio. € (2016: 21,5 Mio. €). Es wurden Aufwendungen in Höhe von 1,8 Mio. € (2016: 2,8 Mio. €) als Zuführung zu den Pensionsrückstellungen berücksichtigt.

Ehemalige Mitglieder des Vorstands oder ihre Hinterbliebenen

Für ehemalige Mitglieder des Vorstands oder ihre Hinterbliebenen beliefen sich die Bezüge 2017 auf 4,3 Mio. € (2016: 4,5 Mio. €). Der versicherungsmathematische Barwert der Pensionsverpflichtungen belief sich am 31. Dezember 2017 auf 69,9 Mio. € (2016: 74,2 Mio. €).

Aufsichtsrat

Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben im Berichtsjahr eine Vergütung von insgesamt 1,8 Mio. € (2016: 1,8 Mio. €) erhalten.

Die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat der Deutsche Börse AG erhielten im Geschäftsjahr 2017 Gehälter (ohne Aufsichtsratsvergütungen) von insgesamt 0,5 Mio. € (2016: 0,5 Mio. €). Die Gesamtsumme setzt sich aus den jeweiligen Gesamtbruttobeträgen für diejenigen Arbeitnehmervertreter zusammen, die im Berichtsjahr Gehälter von der Deutsche Börse AG bezogen.

Geschäftsbeziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen

Geschäftsbeziehungen mit nahe stehenden Unternehmen

Die folgende Tabelle zeigt die Transaktionen im Rahmen der Geschäftsbeziehungen mit nicht konsolidierten Unternehmen der Deutsche Börse AG im Geschäftsjahr 2017. Sämtliche Geschäfte erfolgten hierbei zu marktüblichen Bedingungen.

Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen

	Betrag der Geschäftsvorfälle: Ertrag		Betrag der Geschäftsvorfälle: Aufwand		Ausstehende Salden: Forderungen		Ausstehende Salden: Verbindlichkeiten	
	2017 Mio. €	2016 Mio. €	2017 Mio. €	2016 Mio. €	31.12.2017 Mio. €	31.12.2016 Mio. €	31.12.2017 Mio. €	31.12.2016 Mio. €
Assoziierte Unternehmen	12,6	13,0	-18,5	-12,3	2,9	2,5	-1,5	-3,6
Sonstige Beteiligungen	0	0,5	0	-1,0	0	0	0	0
Summe Beträge der Geschäftsvorfälle	12,6	13,5	-18,5	-13,3	2,9	2,5	-1,5	-3,6

Monetäre Geschäftsbeziehungen mit Personen in Schlüsselpositionen

Personen in Schlüsselpositionen sind Personen, die für die Planung, Leitung und Überwachung der Tätigkeiten der Gruppe Deutsche Börse direkt oder indirekt zuständig und verantwortlich sind. Für die Gruppe zählen die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats für Zwecke des IAS 24 zu Personen in Schlüsselpositionen.

Die European Commodity Clearing Luxembourg S.à r.l., Luxemburg (ECC Luxembourg), – eine Tochtergesellschaft der European Commodity Clearing AG und somit ein Mitglied der EEX-Gruppe – hat einen Dienstleistungsvertrag über die Ausübung der Geschäftsführertätigkeit mit der IDS Lux S.à r.l., Luxemburg, abgeschlossen. Gegenstand dieses Vertrags ist es, eine natürliche Person in der Funktion des Geschäftsführers im Management der ECC Luxembourg zu stellen. Dieser Geschäftsführer hat neben seinem Amt als Geschäftsführer der ECC Luxembourg ebenfalls eine Schlüsselposition innerhalb der IDS Lux S.à r.l. inne. Im Geschäftsjahr 2017 hat die ECC Luxembourg Zahlungen in Höhe von rund 14,0 T€ für diese Geschäftsführungstätigkeiten geleistet.

Zudem hat ein Mitglied des Aufsichtsrats der STOXX Ltd., Zürich, Schweiz, gleichzeitig eine Schlüsselposition innerhalb der Rechtsanwaltskanzlei Lenz & Staehelin, Genf, Schweiz, inne. Die Gruppe Deutsche Börse hat im Geschäftsjahr 2017 Aufwendungen in Höhe von rund 394,8 T€ gegenüber der Anwaltskanzlei ausgewiesen. Zum 31. Dezember 2017 bestanden Verbindlichkeiten in Höhe von 20,7 T€.

Innerhalb des Board of Directors der Powernext SAS, Paris, Frankreich, Tochterunternehmen der European Energy Exchange AG, Leipzig, Deutschland, sind Repräsentanten der weiteren Anteilseigner der Powernext SAS vertreten. Diese Repräsentanten besetzen gleichzeitig Schlüsselpositionen in den, bis zum Zeitraum des vollständigen Anteilserwerbs über die European Energy Exchange AG, anteilseignenden Unternehmen GRTgaz, Bois-Colombes, Frankreich, Mutterunternehmen der 3GRT, Tarascon, Frankreich, und EDEV S.A., Courbevoie, Frankreich. Die Powernext SAS erbrachte im Geschäftsjahr 2017 Dienstleistungen im Rahmen der Entwicklung und Instandhaltung individueller Softwarelösungen für das Market Coupling und Balancing sowie einer elektronischen Handelsplattform für die 3GRT. Im Zuge dieser Dienstleistungen wurden 2017 Erlöse in Höhe von 612,5 T€ erwirtschaftet. Zum 31. Dezember 2017 bestanden Forderungen in Höhe von 151,5 T€.

Im Verwaltungsrat des, aus Sicht der Gruppe Deutsche Börse, assoziierten Unternehmens LuxCSD S.A., Luxemburg, besetzen zwei Mitglieder des Managements von vollkonsolidierten Gesellschaften der Gruppe Deutsche Börse Schlüsselpositionen. Zur LuxCSD S.A. werden Geschäftsbeziehungen seitens der Clearstream Banking S.A., Luxemburg, der Clearstream Services S.A., Luxemburg, der Clearstream International S.A., Luxemburg, und der Clearstream Banking AG, Frankfurt am Main, Deutschland, gehalten. Im Rahmen dieser Verträge sind im Berichtsjahr Erlöse in Höhe von 2.127,2 T€ und Aufwendungen in Höhe von 1.283,3 T€ angefallen.

Ferner hat ein Vorstandsmitglied der Clearstream Banking AG zeitgleich eine Führungsposition innerhalb des, aus Sicht der Gruppe Deutsche Börse, assoziierten Unternehmens Deutsche Börse Commodities GmbH, Frankfurt am Main, Deutschland, inne. Die Gruppe Deutsche Börse hat 2017 Erlöse in Höhe von 3.627,7 T€ sowie Aufwendungen in Höhe von 15.843,1 T€ aus der Geschäftsbeziehung mit der Deutsche Börse Commodities GmbH erwirtschaftet.

Zwei Vorstandsmitglieder der Deutsche Börse AG sind im Aufsichtsrat der China Europe International AG, Frankfurt am Main, Deutschland, (CEINEX) vertreten. Diese Aktiengesellschaft ist ein gemeinschaftlich gegründetes Unternehmen der Shanghai Stock Exchange Ltd., Shanghai, China, der China Financial Futures Exchange, Shanghai, China, und der Deutsche Börse AG. 2017 wurden Erlöse in Höhe von 177,3 T€ sowie Aufwendungen in Höhe von 216,1 T€ aus der Geschäftsbeziehung mit CEINEX erwirtschaftet.

Sonstige Geschäftsbeziehungen mit Personen in Schlüsselpositionen

Ausgewählte Führungskräfte der Tochterunternehmen der Gruppe Deutsche Börse besetzen ebenfalls Schlüsselpositionen innerhalb des Clearstream Pension Fund, einer „association d'épargne pension“ (ASSEP) gemäß luxemburgischem Recht. Mit Barzahlungen an diese ASSEP finanzieren die Clearstream International S.A., die Clearstream Banking S.A. sowie die Clearstream Services S.A. den leistungsorientierten Pensionsplan zu Gunsten ihrer luxemburgischen Mitarbeiter.

43. Mitarbeiter

Mitarbeiter	2017	2016
Im Jahresdurchschnitt beschäftigt	5.567	5.095
Am Bilanzstichtag beschäftigt	5.640	5.176
Mitarbeiterkapazität (Jahresdurchschnitt)	5.183	4.731

Von den im Jahresdurchschnitt beschäftigten Arbeitnehmern gehörten 31 (2016: 29) zu den Managing Directors (ohne Vorstand), 335 (2016: 348) zählten zu den sonstigen leitenden Angestellten und 5.201 (2016: 4.718) zu den Mitarbeitern.

Unter Berücksichtigung von Teilzeitkräften betrug die Mitarbeiterkapazität im Jahresdurchschnitt 5.183 (2016: 4.731). Siehe hierzu auch den [Abschnitt „Mitarbeiter“ im zusammengefassten Lagebericht](#).

44. Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Zu den laufenden Rechtsstreitigkeiten zwischen der iranischen Zentralbank und der Clearstream Banking S.A., Luxemburg, siehe [Erläuterung 37](#).

45. Zeitpunkt der Freigabe zur Veröffentlichung

Der Vorstand der Deutsche Börse AG hat den Konzernabschluss am 6. März 2018 zur Weitergabe an den Aufsichtsrat freigegeben. Der Aufsichtsrat hat die Aufgabe, den Konzernabschluss zu prüfen und zu erklären, ob er den Konzernabschluss billigt.

Frankfurt am Main, den 6. März 2018
Deutsche Börse AG



Dr. Theodor Weimer



Andreas Preuß



Gregor Pottmeyer



Hauke Stars



Jeffrey Tessler

Versicherung der gesetzlichen Vertreter (Bilanzzeit)

Nach bestem Wissen versichern wir, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im zusammengefassten Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Frankfurt am Main, den 9. März 2018
Deutsche Börse AG



Dr. Theodor Weimer



Andreas Preuß



Gregor Pottmeyer



Hauke Stars



Jeffrey Tessler

Deutsche Börse AG

Zusammengefasster Lagebericht zum 31. Dezember 2017

Zusammengefasster Lagebericht

Der vorliegende zusammengefasste Lagebericht bezieht sich sowohl auf den Konzern Gruppe Deutsche Börse als auch auf die Deutsche Börse AG und enthält die zusammengefasste nichtfinanzielle Erklärung gemäß der CSR-Richtlinie. Er folgt den Anforderungen des Handelsgesetzbuches (HGB) sowie des Deutschen Rechnungslegungs Standards Nr. 20 (DRS 20) und des Deutschen Rechnungslegungs Änderungsstandards Nr. 8 (DRÄS 8). Zudem berücksichtigt der vorliegende Lagebericht die Anforderungen des sog. Practice Statement „Management Commentary“ des International Accounting Standards Board (IASB).

Grundlagen des Konzerns

Überblick über die Gruppe Deutsche Börse

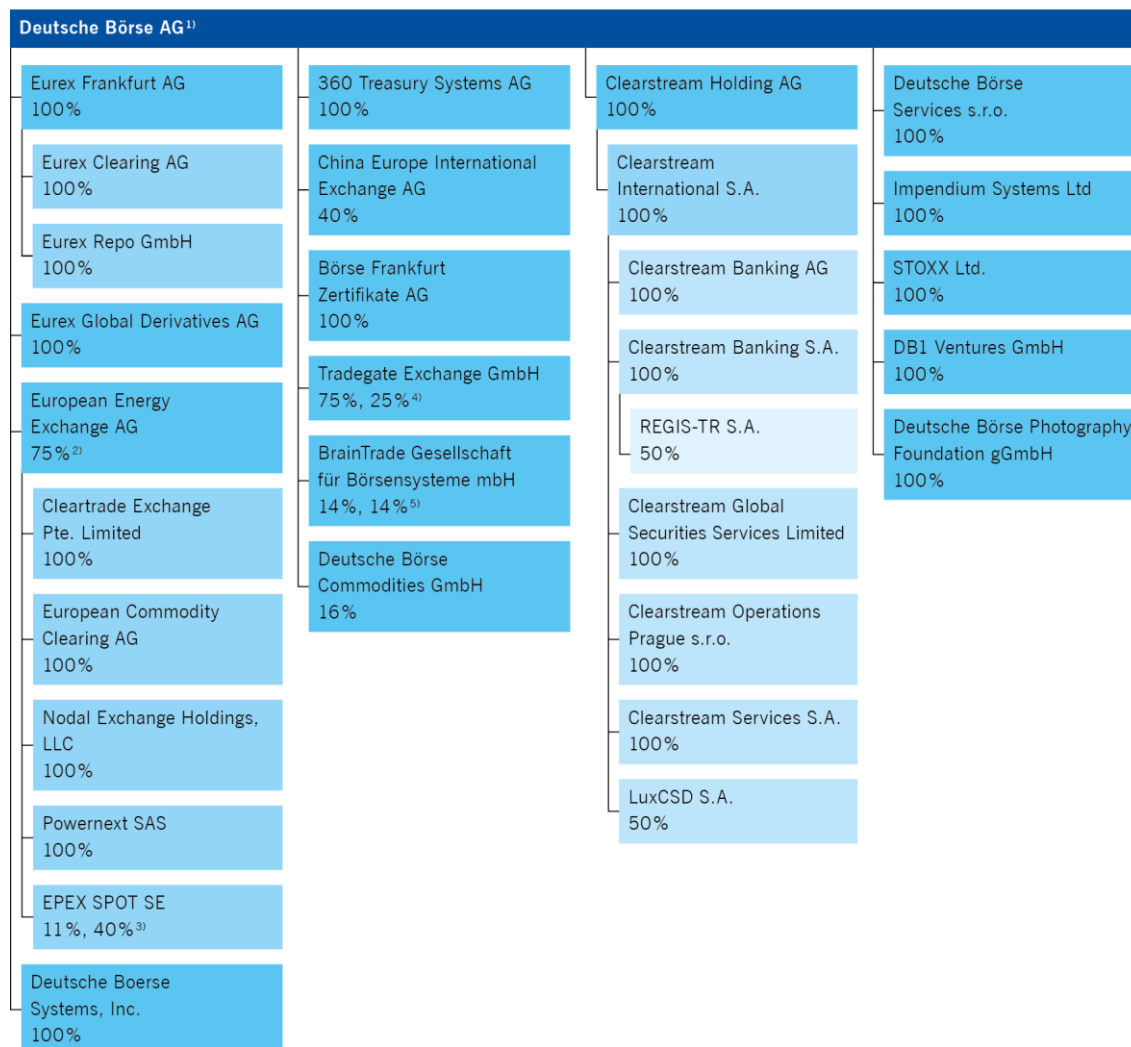
Geschäftstätigkeit und Konzernstruktur

Die Deutsche Börse AG mit Sitz in Frankfurt am Main, Deutschland, ist das Mutterunternehmen der Gruppe Deutsche Börse. Der Konzern beschäftigte zum 31. Dezember 2017 insgesamt 5.640 Mitarbeiter an 39 Standorten in 29 Ländern. Als einer der größten Anbieter von Marktinfrastruktur weltweit bietet die Gruppe ihren Kunden ein breites Produkt- und Dienstleistungsspektrum. Es deckt die gesamte Prozesskette von Finanzmarkttransaktionen ab: vom Handel über die Verrechnung (Clearing) und Abwicklung (Settlement) der Aufträge, die Verwahrung (Custody) von Wertpapieren, Dienstleistungen für das Liquiditäts- und Sicherheitenmanagement sowie die Bereitstellung der Marktinformationen bis hin zur Entwicklung und zum Betrieb der IT-Systeme, die all diese Prozesse unterstützen.

Die Deutsche Börse AG betreibt den Kassamarkt der Frankfurter Wertpapierbörse (FWB[®]) mit dem voll-elektronischen Handelsplatz Xetra[®]. Zudem bietet sie über die Börse Frankfurt Zertifikate AG den Handel von strukturierten Produkten (Zertifikaten und Optionsscheinen) in Deutschland an. Des Weiteren betreibt die Deutsche Börse AG den Terminmarkt Eurex Exchange über die Eurex Frankfurt AG. Die Spot- und Terminmärkte im Commodities-Sektor werden von der mittelbar gehaltenen Tochtergesellschaft European Energy Exchange AG (EEX) betrieben. Über die Tochtergesellschaft 360 Treasury Systems AG (360T) betreibt die Deutsche Börse AG eine Plattform für den Handel von Devisen. Hinzu kommen Clearingleistungen für den Kassa- und den Terminmarkt (Eurex Clearing AG). Darüber hinaus vermarktet die Deutsche Börse Kurs- und Referenzdaten sowie andere handelsrelevante Informationen; ihre Tochtergesellschaft STOXX Ltd. entwickelt und vermarktet Indizes. Alle Dienstleistungen, die die Gruppe Deutsche Börse nach dem Handel der Wertpapiere erbringt, sind bei der Clearstream Holding AG bzw. deren Tochtergesellschaften (Clearstream Holding-Gruppe) gebündelt. Sie umfassen die Abwicklung von Wertpapiertransaktionen, die Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren sowie Dienste zur globalen Wertpapierfinanzierung und für Investmentfonds. Die Deutsche Börse AG und die Clearstream Services S.A. entwickeln und betreiben die technologische Infrastruktur der Gruppe Deutsche Börse.

Die [Grafik](#) „Beteiligungsübersicht der Gruppe Deutsche Börse“ gibt einen Überblick über die wichtigsten Beteiligungen der Gruppe Deutsche Börse; der vollständige Konsolidierungskreis wird in [Erläuterung 2](#) des Konzernanhangs dargestellt.

Beteiligungsübersicht der Gruppe Deutsche Börse



1) Vereinfachte Darstellung der wichtigsten Beteiligungen (gerundete Werte), Stand: 1. Januar 2018

2) Wirtschaftliche Beteiligung; geringerer stimmrechtlicher Anteil

3) Unmittelbarer Anteil der European Energy Exchange AG: 11%, unmittelbarer Anteil der Powernext SAS: 40%

4) Unmittelbarer Anteil der Deutsche Börse AG: 75%, unmittelbarer Anteil der Tradegate AG Wertpapierhandelsbank: 25%

5) Unmittelbarer Anteil der Deutsche Börse AG: 14%, unmittelbarer Anteil der Börse Frankfurt Zertifikate AG: 14%

Unternehmensleitung

Als deutsche Aktiengesellschaft verfügt die Deutsche Börse AG über die Organe Hauptversammlung, Aufsichtsrat und Vorstand mit jeweils eigenen Zuständigkeitsbereichen.

Die Hauptversammlung entscheidet über die Verwendung des Bilanzgewinns, sie bestellt die Vertreter der Anteilseigner im Aufsichtsrat und beschließt über die Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat. Zudem entscheidet sie über Kapitalmaßnahmen und andere durch das Aktiengesetz (AktG) geregelte Angelegenheiten.

Der Aufsichtsrat bestellt, überwacht und berät den Vorstand und ist in Entscheidungen, die von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen sind, unmittelbar eingebunden. Darüber hinaus billigt er den vom Vorstand aufgestellten Konzernabschluss. Die Amtsdauer eines Aufsichtsratsmitglieds beträgt drei Jahre, wobei die Hauptversammlung bei der Wahl eine kürzere Amtszeit bestimmen kann. Dem Aufsichtsrat der Deutsche Börse AG gehören insgesamt zwölf Mitglieder an: acht Vertreter der Anteilseigner und vier Arbeitnehmervertreter. Mit Wirkung ab der ordentlichen Hauptversammlung 2018 wird sich der Aufsichtsrat der Deutsche Börse AG aus einer gleichen Anzahl von Anteilseigner- und Arbeitnehmervertretern zusammensetzen. Weitere Details sind im [Abschnitt „Zusammengefasste Erklärung zur Unternehmensführung und Corporate Governance-Bericht“](#) erläutert.

Der Vorstand leitet das Unternehmen in eigener Verantwortung, der Vorstandsvorsitzende koordiniert die Arbeit der Vorstandsmitglieder. Im Geschäftsjahr 2017 setzte sich der Vorstand der Deutsche Börse AG aus fünf Mitgliedern zusammen. Zum 31. Dezember 2017 schied der Vorstandsvorsitzende Carsten Kengeter aus dem Vorstand aus. Sein Nachfolger wurde zum 1. Januar 2018 Dr. Theodor Weimer. Das Vergütungssystem und die individualisierten Bezüge der Vorstandsmitglieder der Deutsche Börse AG werden im [Vergütungsbericht](#) erläutert.

Berichtssegmente

Die Gruppe Deutsche Börse gliedert ihr Geschäft in die vier Segmente Eurex, Xetra, Clearstream und Market Data + Services. Diese Struktur dient der Konzernsteuerung und ist die Basis für die Finanzberichterstattung (Details zeigt die [Tabelle „Berichtssegmente der Gruppe Deutsche Börse“](#)). Ab dem ersten Quartal 2018 plant die Gruppe eine Anpassung der internen Segmentsteuerung. Als Folge hieraus wird eine detailliertere Segmentberichterstattung zusätzliche Transparenz schaffen. Das Segment Eurex

Berichtssegmente der Gruppe Deutsche Börse

Berichtssegment	Geschäftsfelder
Eurex	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Elektronischer Handel von Derivaten (Eurex Exchange), Commodities (EEX-Gruppe) und Devisen (360T[®]) ▪ OTC-Handelsplattform Eurex Repo[®] ▪ Elektronische Clearingarchitektur C7[®] ▪ Zentraler Kontrahent für börslich und außerbörslich gehandelte Derivate und Wertpapierpensionsgeschäfte
Xetra	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Kassamarkt mit den Handelsplätzen Xetra[®], Börse Frankfurt und Tradegate ▪ Zentraler Kontrahent für Aktien und Anleihen ▪ Wertpapierzulassung (Listing)
Clearstream	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Verwahrung und Abwicklung von Wertpapieren ▪ Dienste zur globalen Wertpapierfinanzierung und für das Sicherheitenmanagement ▪ Dienstleistungen für Investmentfonds
Market Data + Services	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Vertrieb von Lizenzen für Handels- und Marktsignale ▪ Indexentwicklung und -vermarktung (STOXX) ▪ Technologie- und Reportinglösungen für externe Kunden ▪ Anbindung von Handelsteilnehmern

wird aufgeteilt in Eurex, Commodities und Foreign Exchange. Das Segment Clearstream wird künftig als Clearstream, Investment Funds Services und Global Securities Financing berichtet. Das Segment Market Data + Services teilt sich auf in das Index- und Datengeschäft. Zudem berichtet die Gruppe weiterhin über das Segment Xetra. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Bedeutung der Geschäftsfelder werden neben den Nettoerlösen künftig auch deren Kostenbasis und infolgedessen die Profitabilität berichtet.

Organisationsstruktur

Im Vorstandsressort Clients, Products & Core Markets sind der Handel mit Derivaten, das Clearinghaus sowie das Abwicklungs- und Verwahrgeschäft (Settlement und Custody) von Clearstream gebündelt. Die gruppenweite Produktentwicklung sowie die globalen Vertriebsaktivitäten werden ebenfalls in diesem Ressort koordiniert. Im Vorstandsressort IT & Operations, Data & New Asset Classes fasst die Gruppe

Führungsstruktur der Gruppe Deutsche Börse zum 1. Januar 2018



Deutsche Börse ihre IT-Tätigkeiten sowie den Betrieb (Operations) ihrer Marktbereiche zusammen. Technologische Transformation und Digitalisierung sind zentrale Themen, die das Ressort vorantreibt – in enger Abstimmung mit dem Vorstandsvorsitzenden (Chief Executive Officer, CEO). Das Marktdatengeschäft, die elektronische Devisenhandelsplattform 360T[®] sowie die EEX-Gruppe sind ebenfalls in diesem Vorstandsressort angesiedelt. Der Kassamarkt der Gruppe Deutsche Börse mit den Handelsplätzen Xetra, Börse Frankfurt und dem Zertifikate- und Optionsscheingeschäft ist dem Vorstandsressort Cash Market, Pre-IPO & Growth Financing zugeordnet. Des Weiteren betreut das Ressort den Aufbau eines vorbörslichen Marktes (Pre-IPO-Markt) und von Instrumenten zur Wachstumsfinanzierung. Zu den Aufgaben des Finanzvorstands (Chief Financial Officer, CFO) gehören u. a. das Risikomanagement, Compliance, Investor Relations und das Portfoliomanagement. Der CEO verantwortet u. a. die Strategie der Gruppe, den Bereich Recht und regulatorische Angelegenheiten, das Personalwesen und das Thema Innovation; darüber hinaus gibt er strategische Impulse für die technologische Transformation und die Digitalisierung. Die aktuelle Organisation zeigt die [Grafik „Führungsstruktur der Gruppe Deutsche Börse zum 1. Januar 2018“](#).

Ziele und Strategien

Ziele und Strategie der Gruppe Deutsche Börse

Die Gruppe Deutsche Börse ist einer der größten Anbieter von Marktinfrastruktur weltweit. Mit ihrem Geschäftsmodell steigert die Gruppe die Stabilität, Effizienz und Integrität der Kapitalmärkte. Emittenten profitieren davon durch niedrige Kapitalkosten, Investoren durch hohe Liquidität und geringe Transaktionskosten. Gleichzeitig steht die Deutsche Börse für transparente und sichere Kapitalmärkte, die sich durch einen geordneten Handel mit freier Preisbildung auszeichnen.

Grundlage ihres geschäftlichen Erfolgs ist das Geschäftsmodell: Mit ihrem breit diversifizierten Produkt- und Serviceangebot deckt die Deutsche Börse die Wertschöpfungskette von Finanzmarkttransaktionen vollständig ab. Das Geschäftsmodell zielt darauf ab, den Kunden verlässliche Dienstleistungen effizient und kostengünstig anzubieten, und basiert auf den folgenden Eckpunkten:

- Integration verschiedener Finanzmarktdienstleistungen wie Handel, Clearing, Abwicklung, Verwahrung von Wertpapieren, Liquiditäts- und Sicherheitenmanagement sowie Index- und Marktdatenservices
- Angebot dieser Dienstleistungen für verschiedene Anlageklassen wie Aktien, Anleihen, Fonds, Rohstoffe, Devisen, Zinsen und Terminmarktprodukte auf diese Basiswerte
- Entwicklung und Betrieb eigener elektronischer Systeme für sämtliche Prozesse entlang der Wertschöpfungskette
- Organisation eines neutralen Marktplatzes für einen geordneten, überwachten Handel mit fairer Preisbildung und Bereitstellen von Dienstleistungen für das Management von Risiken

Die Gruppe Deutsche Börse erzielt seit Jahren einen starken Mittelzufluss (Cashflow) aus dem operativen Geschäft und ist in vergleichbaren Produkten weltweit einer der günstigsten Anbieter für Handel, Verrechnung und Abwicklung – ein Beleg für die Effizienz ihres Geschäftsmodells.

Um ihre führende Position unter den Börsenorganisationen zu behaupten und weiter zu wachsen, verfolgt die Gruppe Deutsche Börse mit ihrer Wachstumsstrategie das Ziel, agil, ambitioniert, effektiv und mit starkem Kundenfokus am weltweiten Wettbewerb der Anbieter von Infrastruktur für den Kapitalmarkt teilzunehmen und die Gruppe langfristig zum weltweit präferierten Marktinfrastrukturanbieter mit Spitzenposition in allen Tätigkeitsfeldern auszubauen. Um dieses strategische Ziel zu erreichen, hat die Deutsche Börse ein breites Spektrum von Initiativen umgesetzt und einen Kulturwandel im Unternehmen angestoßen.

Im Rahmen der Wachstumsstrategie wurden in der Gruppe Deutsche Börse tiefgreifende, organisatorische Reformen durchgeführt und die finanziellen Zielvorgaben der Gruppe definiert. Das Unternehmen bewertet dabei für alle seine Beteiligungen sowie für eigene Aktivitäten die künftige Position im Wettbewerb, die Ertragskraft, die Innovationsfähigkeit sowie den strategischen Nutzen. Die Deutsche Börse verfolgt das Ziel, in allen von ihr betriebenen Geschäftsbereichen die Nummer eins oder zwei zu werden. Dazu gehört auch eine aktive Steuerung des Portfolios.

Die Gruppe hat auch ihre organischen Wachstumsinitiativen intensiv überprüft und teilweise neu priorisiert. Dabei verfolgt das Unternehmen die beschleunigte Expansion in neue Märkte und Anlageklassen und strebt im Rahmen verschiedener Initiativen einen wesentlich höheren Innovationsgrad an (siehe den [Chancenbericht](#)). Daneben setzt das Vergütungssystem für Vorstand und Führungskräfte stärkere Anreize für Wachstum in den einzelnen Geschäftsbereichen. Bei den externen Wachstumsoptionen liegt der Fokus darauf, bestehende Wachstumfelder zu stärken und neue Anlageklassen und Dienstleistungen anzubieten.

Das Geschäftsmodell der Gruppe Deutsche Börse ist skalierbar, d. h. höhere Volumina lassen sich zu vergleichsweise geringen zusätzlichen Kosten realisieren – mit dem Resultat, dass bei gutem Geschäftsverlauf und organischem oder externem Wachstum die Erlöse stärker steigen als die Kosten. Zur Untermauerung der Skalierbarkeit ihres Geschäftsmodells hat die Gruppe klare Ziele für das Gewinnwachstum eingeführt. Sie kalkuliert daher auf Basis des aktuellen Geschäftsportfolios mit einem Wachstum der strukturellen Nettoerlöse von mindestens 5 Prozent pro Jahr. Beim Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibung (EBITDA) und dem Periodenüberschuss, der den Anteilseignern der Deutsche Börse AG zuzurechnen ist, hat sich das Unternehmen ein Wachstum in einer Größenordnung von mindestens 10 Prozent zum Ziel gesetzt.

Ob die Gruppe Deutsche Börse das angestrebte organische Wachstum erreicht, hängt u. a. von folgenden Faktoren ab:

- Konjunkturabhängige Entwicklung der Finanzmärkte: Eine höhere Aktienmarktvolatilität führt z. B. in der Regel zu mehr Handel an den Kassa- und Terminmärkten und steigende Zinsen führen zu höheren Nettozinserträgen und Handelsvolumina bei den Zinsderivaten.
- Regulatorische Anforderungen an alle Marktteilnehmer: Wenn durch regulatorische Initiativen (z. B. EMIR, MiFIR und Eigenkapitalrichtlinien) die Funktion von Börsen gestärkt wird, nutzt dies auch der Gruppe Deutsche Börse.
- Strukturelle Änderungen an den Finanzmärkten: Beispielsweise steigt die Handelsaktivität, wenn Investmentfonds verstärkt Derivate einsetzen, um ihre Handelsstrategie umzusetzen.
- Innovationskraft: Wenn es der Gruppe Deutsche Börse gelingt, kontinuierlich neue Produkte und Dienstleistungen einzuführen, die vom Markt nachgefragt werden, kann die Gruppe ihr Geschäft weiter ausbauen.

Die Gruppe Deutsche Börse setzt sich für transparente, zuverlässige und liquide Finanzmärkte ein; allerdings hat sie keinen Einfluss auf die Entwicklung der Volumentreiber dieser Märkte. Die weiteren Faktoren kann sie ganz oder teilweise beeinflussen, z. B. kann sie durch Lobbying auf günstige gesetzliche Rahmenbedingungen für die Finanzmärkte hinwirken oder sie kann Produkte und Dienstleistungen entwickeln, die Kunden in ihrem Geschäft unterstützen. Auf diese Weise kann sie auch ihre Abhängigkeit von den nicht beeinflussbaren Faktoren reduzieren.

Geplanter Zusammenschluss mit der London Stock Exchange Group von der Europäischen Kommission untersagt

Nachdem der geplante Unternehmenszusammenschluss zwischen der Gruppe Deutsche Börse und der London Stock Exchange Group (LSEG) aufgrund der Brexit-Entscheidung in Großbritannien unter politischen Gesichtspunkten zunehmend schwieriger wurde, untersagte die Europäische Kommission Ende März das Vorhaben aufgrund von wettbewerbsrechtlichen Bedenken. Aus Sicht der EU-Kommission hätte der Zusammenschluss auf dem europäischen Markt für das Clearing festverzinslicher Finanzinstrumente (Anleihen und Repogeschäfte) zu einem De-Facto-Monopol geführt. Die LSEG war nicht bereit, über die Veräußerung der MTS S.p.A. Abhilfe zu schaffen. Die beiden Unternehmen hatten sich im Frühjahr 2016 auf einen Zusammenschluss verständigt; Investoren beider Unternehmen hatten dem Plan mit großer Mehrheit zugestimmt.

Nach der Untersagung der Fusion konzentrierte sich die Gruppe Deutsche Börse auf die Fortführung ihrer organischen Wachstumsstrategie. Zudem plant das Unternehmen weiterhin anorganisch zu wachsen. Hier stehen v. a. Wachstumfelder wie das Index- und Datengeschäft sowie Transaktionen, die eine Verbreiterung des Produkt- und Dienstleistungsangebots bedingen, im Fokus.

Managementansatz für das gruppenweite Nachhaltigkeitsengagement

Zu den Zielen und Strategien der Gruppe Deutsche Börse gehört, ihre unternehmerische Verantwortung ganzheitlich wahrzunehmen. Ihr Managementansatz umfasst daher drei handlungsorientierte Leit motive mit dem Ziel, den volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Nutzen der Gruppe Deutsche Börse nachhaltig zu stärken und zu sichern:

- **Vertrauen aufbauen.** Ziel der Gruppe Deutsche Börse ist es, Kapitalmärkte so zu organisieren, dass sie integer, transparent und sicher sind. Dabei ist die Verfügbarkeit von qualitativ hochwertigen Informationen ein Schlüsselaspekt, an dessen Ausbau das Unternehmen permanent arbeitet. Nachhaltigkeitsinformationen bereitzustellen ist in diesem Kontext ebenso von Bedeutung wie einen konstruktiven Dialog zur Zukunftsfähigkeit der internationalen Kapitalmärkte zu führen, nicht nur mit Kunden, sondern auch mit der breiten Öffentlichkeit.
- **Mit gutem Beispiel vorangehen.** Als börsennotierter Dienstleister hat die Gruppe Deutsche Börse das Ziel, die eigenen Unternehmertätigkeiten verantwortungsvoll und zukunftsorientiert auszuführen. Zudem verfolgt der Konzern eine nachhaltige Personalpolitik und sieht sich der Umwelt und damit der Ressourcenschonung verpflichtet. Um sich langfristig als Vorbild im Markt zu etablieren, entwickelt die Gruppe Deutsche Börse Nachhaltigkeitsengagement und -berichterstattung stetig weiter.
- **Wahrnehmung innerhalb der Gesellschaft schärfen.** Die Gruppe ist Teil der Zivilgesellschaft und trägt daher für diese Verantwortung. Sie hat den Anspruch, dieser Rolle auch an ihren internationalen Standorten gerecht zu werden. Dabei orientiert sie sich konsequent an den dortigen Bedürfnissen und arbeitet als „guter Bürger“ im Rahmen langfristig angelegter Kooperationen an der strukturellen Stärkung des gemeinnützigen Sektors.

Die Deutsche Börse hat das Group Sustainability Board eingerichtet, das die unternehmensweite Nachhaltigkeitsstrategie weiterentwickelt und den Vorstand in Nachhaltigkeitsfragen berät. Das Gremium tagt zweimal jährlich und setzt sich aus 16 Mitgliedern zusammen: aus jeweils drei Vertretern der fünf Vorstandsbereiche sowie dem Head of Group Sustainability. Erste Erfolge zeichnen sich bereits ab: Bei der Darstellung ihrer Nachhaltigkeitsleistung anhand von Leistungsindikatoren ist es der Deutschen Börse gelungen, ihre eigene Wertschöpfungskette besser abzubilden und damit einen deutlicheren Bezug der Kennzahlen zum Kerngeschäft herzustellen.

Konzernsteuerung

Steuerungssysteme

Zur Steuerung des Konzerns verwendet die Gruppe Deutsche Börse die bereinigten Kennzahlen aus der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung (Nettoerlöse, operative Kosten ohne Abschreibung und Wertminderungsaufwand, EBITDA, den Anteilseignern der Deutsche Börse AG zuzurechnender Periodenüberschuss) sowie verschiedene Bilanzkenngrößen (Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit, Liquidität, Eigenkapital abzüglich immaterieller Vermögenswerte). Darüber hinaus werden zusätzlich Kennzahlen einbezogen, die sich aus den Steuerungsgrößen der bereinigten Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Bilanz ableiten (Zinsdeckungsgrad, verzinsliche Bruttoschulden / EBITDA, Konzerneigenkapital-Rentabilität).

Die Nettoerlöse ergeben sich aus den Umsatzerlösen zuzüglich der Nettozinserträge aus dem Bankgeschäft und der sonstigen betrieblichen Erträge, abzüglich der volumenabhängigen Kosten. Die Umsatzerlöse mit externen Kunden hängen grundsätzlich von den oben genannten Wachstumsfaktoren ab (Entwicklung der Finanzmärkte, regulatorische und strukturelle Änderungen sowie Innovationskraft der Gruppe). Die Nettozinserträge aus dem Bankgeschäft hängen zum einen von der Entwicklung des internationalen Abwicklungsgeschäfts bei Clearstream und zum anderen von der Entwicklung der kurzfristigen Zinsen ab, insbesondere in den USA und im Euroraum. Zudem enthalten sie neben Erträgen, die im Segment Clearstream entstehen, auch Zinserträge bzw. -aufwendungen aus dem Segment Eurex. Diese Erträge erzielen die Clearinghäuser im Rahmen der Anlage von Barsicherheiten ihrer Kunden. Die sonstigen betrieblichen Erträge stammen u. a. aus Währungsdifferenzen.

Die volumenabhängigen Kosten korrelieren in der Regel mit der Geschäftsentwicklung in den jeweiligen Geschäftsbereichen, z. B. Provisionen aus dem Bankgeschäft und Kauf von Kursdaten. Des Weiteren tragen diverse Lizenzentgelte, z. B. für Indexlizenzen, zu den volumenabhängigen Kosten bei.

Um transparent über die Kosten und das Ergebnis zu berichten und die Vergleichbarkeit mit Wettbewerbern zu erhöhen, weist die Gruppe Deutsche Börse seit dem zweiten Quartal 2017 die operativen Kosten nunmehr getrennt von Abschreibung und Wertminderungsaufwand aus und führte als weitere Kenngröße das Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibung (EBITDA) ein. Folglich umfassen die operativen Kosten den Personalaufwand sowie die sonstigen betrieblichen Aufwendungen, aber nicht den Abschreibungs- und Wertminderungsaufwand. Der Personalaufwand setzt sich aus den Löhnen und Gehältern sowie den sozialen Abgaben und Aufwendungen für die Altersvorsorge zusammen. Er unterliegt inflationsbedingten Anpassungen und hängt teilweise von der Entwicklung des Unternehmens ab, da er auch die variable Vergütung enthält. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen setzen sich hauptsächlich aus Kosten für die Entwicklung und den Betrieb der technologischen Infrastruktur der Gruppe, aus Büroinfrastrukturkosten und aus Marketingkosten zusammen. Die Position „Abschreibung und Wertminderungsaufwand“ enthält die planmäßigen und außerplanmäßigen Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen.

Rund 80 Prozent der Kosten der Gruppe Deutsche Börse sind Fixkosten (unbereinigt). Deshalb kann der Konzern zusätzliche Geschäftsvolumina ohne einen signifikanten Anstieg der Kosten abwickeln. Umgekehrt hat ein Rückgang der Geschäftsvolumina direkte Auswirkungen auf die Profitabilität des Konzerns. Rund 20 Prozent der Kosten der Gruppe setzen sich aus volumenabhängigen Kosten zusammen.

Über die Nettoerlöse und operativen Kosten steuert die Gruppe Deutsche Börse ihr EBITDA. Auf Konzernebene dient darüber hinaus der den Anteilseignern der Deutsche Börse AG zuzurechnende Periodenüberschuss als Kenngröße zur Steuerung des Konzerns.

Zu den bilanziellen Steuerungsgrößen zählen der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit, eine zuvor festgelegte Zielliquidität sowie das Eigenkapital abzüglich immaterieller Vermögenswerte. Ziel der Liquiditätsplanung ist es, eine Liquidität in der Größenordnung der operativen Kosten eines Quartals vorzuhalten; diese Zielliquidität liegt derzeit in der Spanne von 150 Mio. € bis 250 Mio. €. Das Eigenkapital abzüglich immaterieller Vermögenswerte steuert der Konzern nicht mit der Absicht, einen definierten Zielwert zu erreichen, sondern es soll vielmehr grundsätzlich ein positiver Wert beibehalten werden.

Der Zinsdeckungsgrad zeigt das Verhältnis von EBITDA zu Zinsaufwendungen aus Finanzierungstätigkeit. Die Gruppe plant, mit ihrem Kapitalmanagementprogramm einen Zinsdeckungsgrad von mindestens 16 für die Gruppe Deutsche Börse zu erreichen. Ebenfalls auf Gruppenebene wird zudem ein Verhältnis der verzinslichen Bruttoschulden zum EBITDA von höchstens 1,5 angestrebt. Insbesondere die letzte Kennzahl ist derzeit wesentlich, um das gegenwärtige AA-Rating auf Gruppenebene beizubehalten. Für den Clearstream-Teilkonzern gilt als Ziel ein Zinsdeckungsgrad von 25 sowie weitere Eigenkapitalgrößen, um das derzeitige AA-Rating aufrechtzuerhalten. Für den Clearstream-Teilkonzern wird derzeit kein Zinsdeckungsgrad berechnet, da im Berichtsjahr wie im Vorjahr bei Clearstream keine Finanzverbindlichkeiten aus dem Nichtbankgeschäft bestanden.

Für die Priorisierung und Steuerung von Projekten in der Gruppe werden strategische und finanzwirtschaftliche Kriterien herangezogen sowie projektspezifische Risiken berücksichtigt. Die strategische Attraktivität von Projekten bemisst sich dabei in erster Linie nach ihrem (erwarteten) Beitrag zur Erreichung der strategischen Ziele der Gruppe Deutsche Börse und ihrer Geschäftsbereiche. Bei der finanzwirtschaftlichen Beurteilung wird insbesondere auf Kenngrößen wie den Nettobarwert (Net Present Value, NPV), den Zeitraum bis zur Amortisation (Payback-Periode) und die Rendite nach Steuern zurückgegriffen. Diese werden auf Basis der Projekt- bzw. Geschäftspläne berechnet. Die Risiken werden auf allen Ebenen der Projektarbeit betrachtet, d. h. bei der Projektpriorisierung und -steuerung gleichermaßen wie im laufenden Projektmanagement.

Weitere Details zur Finanzlage des Konzerns werden im [Abschnitt „Finanzlage“ dieses zusammengefassten Lageberichts](#) dargestellt.

Internes Kontrollsystem im Rechnungslegungsprozess

Die Deutsche Börse verfügt über ein gruppenweites internes Kontrollsystem (IKS). Das IKS besteht aus Regelungen zur Steuerung der Unternehmensaktivitäten und aus Richtlinien, in denen die Überwachung dieses Regelwerks festgelegt ist. Die Überwachung geschieht sowohl prozessintegriert (organisatorische Sicherungsmaßnahmen, Kontrollen) als auch prozessunabhängig. Alle Geschäftsbereiche sind dafür verantwortlich, dass die gruppenweiten Vorgaben zum IKS in ihrem Verantwortungsbereich eingehalten werden.

Das rechnungslegungsbezogene IKS verfolgt das Ziel, eine ordnungsgemäße Rechnungslegung sicherzustellen. Die Rechnungslegung für die Deutsche Börse AG und die in den Konzernabschluss einbezogenen Tochtergesellschaften übernehmen der Zentralbereich „Financial Accounting and Controlling“ (FA&C) sowie dezentrale Einheiten auf Basis der Vorgaben von FA&C. Für die Ermittlung der Steuerpositionen im Rahmen der Rechnungslegung ist „Group Tax“ verantwortlich. Die jeweils zuständigen Bereichsleiter verantworten die zugehörigen Prozesse, einschließlich wirksamer Sicherungs- und Kontrollmaßnahmen. So sollen Risiken im Rechnungslegungsprozess frühzeitig erkannt werden, um zeitnah Abhilfe schaffen zu können.

Um eine einheitliche und stetige Rechnungslegung zu gewährleisten, stellt FA&C bei der Erstellung des Jahres- und des Konzernabschlusses der Deutsche Börse AG regelmäßig aktualisierte Bilanzierungshandbücher zur Verfügung, zudem Richtlinien und Arbeitsanweisungen für wesentliche Prozesse, die für die Rechnungslegung relevant sind. Alle Mitarbeiter des FA&C-Bereichs können auf diese Dokumentationen sowie die Bilanzierungs- und Kontierungsrichtlinien zugreifen und sich so informieren, welche Ermessensspielräume und Bilanzierungswahlrechte die Gruppe Deutsche Börse nutzt.

Darüber hinaus überwacht und analysiert die Gruppe Deutsche Börse ständig, welche Rahmenbedingungen der Rechnungslegung sich ändern und passt ihre Prozesse entsprechend an. Dies gilt insbesondere für die nationalen und internationalen Rechnungslegungsstandards.

Ein weiterer wesentlicher Baustein des IKS ist das Prinzip der Funktionstrennung: Aufgaben und Kompetenzen sind organisatorisch eindeutig zugeordnet und voneinander abgegrenzt. Unvereinbare Tätigkeiten, wie die Änderung von Stammdaten einerseits und die Anweisung von Zahlungen andererseits, werden funktional klar getrennt. Eine unabhängige Kontrollstelle weist den einzelnen Mitarbeitern ihre Zugriffsrechte auf die Buchhaltungssysteme zu und überwacht diese fortlaufend mittels einer sog. Inkompatibilitätsmatrix. Geschäftsvorfälle werden zunächst auf Grundlage des Kontenplans und der Kontierungsrichtlinien im Hauptbuch bzw. in den jeweiligen Nebenbüchern erfasst. Bei den Abschlussbuchungen und der Erstellung des Konzernabschlusses gilt grundsätzlich das Vier-Augen-Prinzip.

Die Hauptbücher wesentlicher Tochterunternehmen der Gruppe Deutsche Börse werden im selben System geführt und konsolidiert. Die Buchhaltungsdaten der übrigen Gesellschaften werden mittels Daten-Upload in die Konsolidierung einbezogen. Schulden, Aufwand und Ertrag werden je Geschäftsvorfall unter Angabe der Partnergesellschaft auf gesonderten Konten erfasst. Etwaige Differenzen bei der Konsolidierung werden zentral ausgewertet und zur Klärung an die Buchhaltungsabteilungen der jeweiligen Gesellschaften weitergeleitet.

Die beschriebenen Prozesse, Systeme und Kontrollen stellen sicher, dass die Rechnungslegung in Einklang mit den entsprechenden Grundsätzen und Gesetzen steht. Um zu überprüfen, ob das IKS angemessen und wirksam ist, führen Compliance und Internal Auditing als weitere Kontrollinstanzen risikoorientierte und prozessunabhängige Kontrollen durch. Der Vorstand und der vom Aufsichtsrat eingerichtete Prüfungsausschuss unterrichten sich regelmäßig über die Wirksamkeit des IKS im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess.

Forschungs- und Entwicklungstätigkeit

Als Dienstleistungsunternehmen betreibt die Gruppe Deutsche Börse keine mit produzierenden Unternehmen vergleichbare Forschung und Entwicklung. Daher entfällt ein detaillierter Teilbericht. Allerdings entwickelt die Deutsche Börse die durch sie betriebenen Handels- und Clearingsysteme sowie Systemlösungen für die Umsetzung ihrer strukturellen Wachstumsziele. Vor diesem Hintergrund arbeitet das Unternehmen beständig daran, die Technologieführerschaft und Stabilität seiner elektronischen Systeme aufrechtzuerhalten und weiter zu steigern – im Interesse seiner Kunden und im Interesse der systemischen Stabilität der Finanzmärkte. Deshalb hat die Deutsche Börse ihre Handels- und Clearingtechnologie unter den Markennamen T7® und C7® grundlegend erneuert. Die Handelstechnologie T7 wurde im Berichtsjahr im Kassamarkt eingeführt. Hinzu kommen weitere technologisch anspruchsvolle Projekte wie die Umsetzung des Plans der Europäischen Zentralbank, die EU-weite Wertpapierabwicklung zu vereinheitlichen (TARGET2-Securities), und die Umsetzung der zunehmenden Reportingverpflichtungen nach EMIR und MiFID II.

2017 fielen für Forschung und Entwicklung Aufwendungen in Höhe von 154,4 Mio. € an (2016: 171,0 Mio. €); davon entfallen rund 56 Prozent (2016: 52 Prozent) auf Entwicklungskosten, die als selbst erstellte Software aktiviert werden. Zudem wurden 72,3 Mio. € der aktivierten Entwicklungskosten im Jahr 2017 abgeschrieben. Die Forschungs- und Entwicklungskosten beliefen sich damit auf 6 Prozent der Nettoerlöse (2016: 7 Prozent). In den Segmenten Eurex und Clearstream, die schwerpunktmäßig in die Weiterentwicklung ihrer Systeme investieren, betragen die Forschungs- und Entwicklungskosten 6 Prozent bzw. 7 Prozent der Nettoerlöse. Details sind [Erläuterung 7 des Konzernanhangs](#) zu entnehmen.

Weitere Aktivitäten zur Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen sind im [Chancenbericht](#) sowie im [Prognosebericht](#) näher beschrieben.

Übernahmerelevante Angaben

Angaben gemäß §§ 289a Abs. 1 und 315a Abs. 1 Handelsgesetzbuch

Gemäß §§ 289a Abs. 1 und 315a Abs. 1 Handelsgesetzbuch (HGB) macht die Deutsche Börse AG zum 31. Dezember 2017 die folgenden Angaben:

Das Grundkapital der Deutsche Börse AG betrug zum oben genannten Stichtag 193,0 Mio. € und war eingeteilt in 193 Mio. auf den Namen lautende Stückaktien. Neben diesen Stammaktien bestehen keine weiteren Aktiengattungen.

Das Grundkapital ist um bis zu 19,3 Mio. € durch Ausgabe von bis zu 19,3 Mio. auf den Namen lautende Stückaktien bedingt erhöht (bedingtes Kapital 2014). Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie die Inhaber von Wandelschuldverschreibungen oder von Optionsscheinen aus Optionsschuldverschreibungen, die aufgrund der Ermächtigung des Vorstands gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 15. Mai 2014 zu Punkt 5 lit. a) der Tagesordnung von der Gesellschaft oder durch eine Konzerngesellschaft bis zum 14. Mai 2019 begeben werden, von ihrem Wandlungs- bzw. Optionsrecht Gebrauch machen, ihrer Wandlungs- bzw. Optionspflicht genügen oder Andienungen von Aktien erfolgen und soweit nicht andere Erfüllungsformen zur Bedienung eingesetzt werden. Weitere Einzelheiten ergeben sich aus § 4 Abs. 7 der Satzung der Deutsche Börse AG.

Dem Vorstand sind lediglich die Stimmrechtsbeschränkungen bekannt, die sich aus dem Aktiengesetz (AktG) ergeben. Danach sind die von § 136 AktG betroffenen Aktien vom Stimmrecht ausgeschlossen. Weiterhin können auch aus eigenen Aktien, die die Deutsche Börse AG im Bestand hält, gemäß § 71b AktG keine Rechte ausgeübt werden.

Nach dem Wertpapierhandelsgesetz (WpHG) muss jeder Anleger, der durch Erwerb, Veräußerung oder auf sonstige Weise bestimmte Anteile an Stimmrechten erreicht, überschreitet oder unterschreitet, dies der Gesellschaft und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) anzeigen. Der niedrigste Schwellenwert für diese Anzeigepflicht beträgt 3 Prozent. Der Deutsche Börse AG sind keine direkten oder indirekten Beteiligungen am Kapital bekannt, die 10 Prozent der Stimmrechte überschreiten.

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen, bestehen nicht.

Arbeitnehmer, die am Kapital der Deutsche Börse AG beteiligt sind, üben ihre Rechte wie andere Aktionäre nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften und der Satzung aus.

Mitglieder des Vorstands werden gemäß §§ 84, 85 AktG und § 6 der Satzung der Deutsche Börse AG bestellt und abberufen. Über Änderungen der Satzung der Deutsche Börse AG beschließt gemäß § 119 Abs. 1 Ziffer 5 AktG die Hauptversammlung. Nach § 12 Abs. 4 der Satzung der Deutsche Börse AG ist dem Aufsichtsrat die Befugnis eingeräumt, Änderungen der Satzung zu beschließen, die nur die Fassung betreffen. Nach § 18 Abs. 1 der Satzung der Deutsche Börse AG werden Beschlüsse der Hauptversammlung, soweit nicht zwingende Vorschriften des Aktiengesetzes etwas Abweichendes bestimmen, mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Soweit das Aktiengesetz darüber hinaus zur Beschlussfassung eine Mehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals vorschreibt, genügt die einfache Mehrheit des vertretenen Grundkapitals, soweit dies gesetzlich zulässig ist.

Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital bis zum 10. Mai 2021 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer auf den Namen lautender Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen einmal oder mehrmals um bis zu insgesamt 13,3 Mio. € zu erhöhen (genehmigtes Kapital I). Dabei ist den Aktionären ein Bezugsrecht einzuräumen. Der Vorstand ist jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats Spitzenbeträge vom Bezugsrecht der Aktionäre auszunehmen. Der Ausschluss des Bezugsrechts ist nach der Ermächtigung allerdings nur zulässig, wenn die während der Laufzeit der Ermächtigung unter Ausschluss des Bezugsrechts ausgegebenen Aktien insgesamt 20 Prozent des Grundkapitals nicht überschreiten. Die vollständige Ermächtigung, insbesondere die Voraussetzungen für einen Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre, ergibt sich aus § 4 Abs. 3 der Satzung der Deutsche Börse AG.

Der Vorstand ist des Weiteren ermächtigt, das Grundkapital bis zum 12. Mai 2020 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer auf den Namen lautender Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen einmal oder mehrmals um bis zu insgesamt 19,3 Mio. € zu erhöhen (genehmigtes Kapital II). Dabei ist den Aktionären ein Bezugsrecht einzuräumen, das der Vorstand in bestimmten Fällen jeweils mit Zustimmung des Aufsichtsrats ausschließen kann. Der Vorstand ist ermächtigt, das Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen: (1) bei Barkapitalerhöhungen, wenn der Ausgabebetrag der neuen Aktien den Börsenpreis nicht wesentlich unterschreitet und die unter Ausschluss des Bezugsrechts ausgegebenen Aktien insgesamt 10 Prozent des Grundkapitals nicht überschreiten, (2) bei Sachkapitalerhöhungen gegen Sacheinlagen zum Zwecke des Erwerbs von Unternehmen, Unternehmensteilen oder von Beteiligungen an Unternehmen oder von sonstigen Vermögensgegenständen oder (3) hinsichtlich Spitzenbeträgen. Der Ausschluss des Bezugsrechts ist nach der Ermächtigung allerdings nur zulässig, wenn die während der Laufzeit der Ermächtigung unter Ausschluss des Bezugsrechts ausgegebenen Aktien insgesamt 20 Prozent des Grundkapitals nicht überschreiten. Die vollständige Ermächtigung, insbesondere die Voraussetzungen für einen Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre, ergibt sich aus § 4 Abs. 4 der Satzung der Deutsche Börse AG.

Der Vorstand ist weiter ermächtigt, das Grundkapital bis zum 12. Mai 2020 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer auf den Namen lautender Stückaktien gegen Bareinlagen einmal oder mehrmals um bis zu insgesamt 38,6 Mio. € zu erhöhen (genehmigtes Kapital III). Dabei ist den Aktionären ein Bezugsrecht einzuräumen, das der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats nur für Spitzenbeträge ausschließen kann. Der Ausschluss des Bezugsrechts ist nach der Ermächtigung allerdings nur zulässig, wenn die während der Laufzeit der Ermächtigung unter Ausschluss des Bezugsrechts ausgegebenen Aktien insgesamt 20 Prozent des Grundkapitals nicht überschreiten. Der genaue Inhalt dieser Ermächtigung ergibt sich aus § 4 Abs. 5 der Satzung der Deutsche Börse AG.

Darüber hinaus ist der Vorstand ermächtigt, das Grundkapital bis zum 16. Mai 2022 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer auf den Namen lautender Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen einmal oder mehrmals um bis zu insgesamt 6,0 Mio. € zu erhöhen (genehmigtes Kapital IV). Dabei ist den Aktionären ein Bezugsrecht einzuräumen, sofern nicht der Vorstand von der ihm eingeräumten Ermächtigung Gebrauch macht, das Bezugsrecht der Aktionäre mit Zustimmung des Aufsichtsrats auszuschließen. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats Spitzenbeträge vom Bezugsrecht der Aktionäre auszunehmen. Der Ausschluss des Bezugsrechts ist nach der Ermächtigung nur zulässig, wenn die während der Laufzeit der Ermächtigung unter Ausschluss des Bezugsrechts ausgegebenen Aktien insgesamt 20 Prozent des Grundkapitals nicht überschreiten. Die vollständige Ermächtigung ergibt sich aus § 4 Abs. 6 der Satzung der Deutsche Börse AG.

Der Vorstand ist ermächtigt, eigene Aktien bis zu einem Anteil von 10 Prozent des Grundkapitals zu erwerben. Die erworbenen Aktien dürfen allerdings zusammen mit etwaigen aus anderen Gründen erworbenen eigenen Aktien, die sich jeweils im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach den §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, zu keinem Zeitpunkt 10 Prozent des Grundkapitals der Gesellschaft übersteigen. Die Erwerbsermächtigung gilt bis zum 16. Mai 2019 und kann ganz oder in Teilbeträgen, einmalig oder mehrmals von der Gesellschaft ausgeübt werden. Sie kann aber auch durch abhängige oder im Mehrheitsbesitz der Gesellschaft stehende Unternehmen oder für ihre oder deren Rechnung durch Dritte ausgeübt werden. Der Erwerb darf nach Wahl des Vorstands (1) über die Börse, (2) mittels eines an alle Aktionäre gerichteten öffentlichen Kaufangebots oder einer an die Aktionäre der Gesellschaft gerichteten öffentlichen Aufforderung zur Abgabe von Verkaufsangeboten, (3) durch die Ausgabe von Andienungsrechten an die Aktionäre oder (4) durch den Einsatz von Derivaten (Put-Optionen, Call-Optionen, Terminkäufe oder eine Kombination von Put-Optionen, Call-Optionen und Terminkäufen) erfolgen. Der vollständige und genaue Wortlaut der Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien, insbesondere die zulässigen Verwendungszwecke, ergibt sich aus den Tagesordnungspunkten 5 und 6 der Hauptversammlung vom 17. Mai 2017.

Wesentliche Vereinbarungen der Gesellschaft, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen, sind:

- Am 28. März 2017 haben die Deutsche Börse AG und ihr Tochterunternehmen Clearstream Banking S.A. mit einem Bankenkonsortium eine Vereinbarung (Multicurrency Revolving Facility Agreement) über einen Betriebsmittelkredit in Höhe von insgesamt bis zu 750 Mio. € geschlossen. Im Falle eines Kontrollwechsels kann die Kreditbeziehung zwischen der Deutsche Börse AG und den Kreditgebern im Rahmen von Verhandlungen innerhalb eines Zeitraums von nicht mehr als 60 Tagen geprüft werden. Dabei ist jeder Kreditgeber nach seinem Ermessen berechtigt, seine Kreditzusage zu beenden und die teilweise oder vollständige Rückzahlung seiner ausstehenden Beträge zu verlangen. Ein Kontrollwechsel tritt ein, wenn die Deutsche Börse AG nicht mehr die direkte oder indirekte Mehrheit an der Clearstream Banking S.A. hält oder eine oder mehrere Personen, die abgestimmt handeln, mehr als 50 Prozent der stimmberechtigten Anteile an der Deutsche Börse AG erwerben.

- Nach den Bedingungen der von ihr ausgegebenen festverzinslichen Schuldverschreibungen (Hybridanleihe) von 2015/2041 über 600,0 Mio. € hat die Deutsche Börse AG bei Eintritt eines Kontrollwechsels das Recht, die Schuldverschreibungen vorzeitig zum Nennbetrag zuzüglich aufgelaufener Zinsen zurückzuzahlen. Macht die Deutsche Börse AG von ihrem Recht keinen Gebrauch, erhöht sich der Zinssatz der betreffenden Schuldverschreibungen um 5 Prozentpunkte. Ein Kontrollwechsel tritt dabei ein, wenn eine Person oder mehrere Personen, die abgestimmt handeln, oder im Auftrag handelnde Dritte mehr als 50 Prozent der Aktien der Deutsche Börse AG oder eine solche Anzahl von Aktien der Deutsche Börse AG, auf die mehr als 50 Prozent der bei Hauptversammlungen der Deutsche Börse AG ausübbarer Stimmrechte entfallen, erworben hat bzw. haben. Zusätzlich muss sich nach den Anleihebedingungen der Kontrollwechsel negativ auf das langfristige Kreditrating auswirken, das die Deutsche Börse AG von Moody's Investors Services, Inc., Standard & Poor's Rating Services oder Fitch Ratings Limited erhält. Weitere Einzelheiten können den Anleihebedingungen entnommen werden.
- Nach den Bedingungen der von der Deutsche Börse AG ausgegebenen festverzinslichen Schuldverschreibungen von 2015/2025 über 500,0 Mio. €, den Bedingungen der von der Deutsche Börse AG ausgegebenen festverzinslichen Schuldverschreibungen von 2013/2018 über 600,0 Mio. € und den Bedingungen der von der Deutsche Börse AG ausgegebenen festverzinslichen Schuldverschreibungen von 2012/2022 über 600,0 Mio. € bestehen Kündigungsrechte bei Eintritt eines Kontrollwechsels. Werden die Schuldverschreibungen gekündigt, so sind sie zu ihrem Nennbetrag zuzüglich etwaiger aufgelaufener Zinsen zurückzuzahlen. Ein Kontrollwechsel tritt auch insoweit ein, wenn eine Person oder mehrere Personen, die abgestimmt handeln, oder im Auftrag handelnde Dritte mehr als 50 Prozent der Aktien der Deutsche Börse AG oder eine solche Anzahl von Aktien der Deutsche Börse AG, auf die mehr als 50 Prozent der bei Hauptversammlungen der Deutsche Börse AG ausübbarer Stimmrechte entfallen, erworben hat bzw. haben. Zusätzlich muss sich nach den jeweiligen Anleihebedingungen der Kontrollwechsel negativ auf das Rating auswirken, das eine der vorrangigen unbesicherten Verbindlichkeiten der Deutsche Börse AG von Moody's Investors Services, Inc., Standard & Poor's Rating Services oder Fitch Ratings Limited erhält. Weitere Einzelheiten können den einschlägigen Anleihebedingungen entnommen werden.
- Die Vorstandsmitglieder der Deutsche Börse AG haben bei einem Kontrollwechsel unter bestimmten Voraussetzungen ein besonderes Kündigungsrecht. Gemäß den Vereinbarungen mit allen Vorstandsmitgliedern liegt ein Kontrollwechsel vor, wenn (1) ein Aktionär oder Dritter nach §§ 33, 34 WpHG (§§ 21, 22 WpHG a.F.) mitteilt, mehr als 50 Prozent der Stimmrechte an der Deutsche Börse AG zu besitzen, (2) mit der Deutsche Börse AG als abhängigem Unternehmen ein Unternehmensvertrag nach § 291 AktG abgeschlossen oder die Deutsche Börse AG gemäß § 319 AktG eingegliedert wird oder (3) die Deutsche Börse AG gemäß § 2 Umwandlungsgesetz (UmwG) verschmolzen wird.

Es bestehen darüber hinaus Vereinbarungen mit den Mitgliedern des Vorstands zur Entschädigung im Fall eines Kontrollwechsels. Eine Beschreibung dieser Vereinbarungen, die national und international üblich sind, kann dem [Vergütungsbericht](#) entnommen werden.

Die Aktie der Deutsche Börse AG

Seit dem erstmaligen öffentlichen Angebot der Aktie im Jahr 2001 liegt die durchschnittliche Jahresrendite bei 15 Prozent. Damit stellt die Aktie der Deutsche Börse AG langfristig ein attraktives Investment dar. Das Jahr 2017 schloss sie mit einem Plus von 27 Prozent ab und lag damit annähernd gleichauf mit dem Dow Jones Global Exchanges Index, der die Entwicklung von anderen Börsenorganisationen misst und 2017 um 29 Prozent zulegte, aber deutlich über der Kursentwicklung des Bluechip-Index DAX® (plus 10 Prozent) und auch über der des STOXX® Europe 600 Financials Return (plus 8 Prozent) (siehe [Grafik „Die Entwicklung des Aktienkurses der Deutsche Börse AG und der Referenzindizes im Jahr 2017“](#)).

Kennzahlen der Aktie der Deutsche Börse AG

		2017	2016
Ergebnis je Aktie (unverwässert) ¹⁾	€	4,59	4,34
Dividende je Aktie	€	2,45 ²⁾	2,35
Dividendenausschüttungsquote ¹⁾	%	53	54
Dividendenrendite ³⁾	%	2,7	3,1
Eröffnungskurs (am 01.01.) ⁴⁾	€	77,54	81,39
Höchster Kurs ⁵⁾	€	100,25	83,00
Niedrigster Kurs ⁵⁾	€	74,27	67,19
Schlusskurs (am 31.12.)	€	96,80	77,54
Durchschnittliche tägliche Handelsvolumina am Handelsplatz Xetra®	Mio. Aktien	0,5	0,5
Anzahl der Aktien (zum 31.12.)	Mio.	193,0	193,0
davon im Umlauf (zum 31.12.)	Mio.	186,6	186,8
Free Float (zum 31.12.)	%	100	100
Kurs-Gewinn-Verhältnis ³⁾		19,9	17,3
Marktkapitalisierung (zum 31.12.)	Mrd. €	18,1	14,5
Durchschnittliche jährliche Rendite seit Börsengang 2001	%	15,0	13,2
Präsenz des Grundkapitals auf der Hauptversammlung	%	73,7	65,8
Anteil der Aktionäre aus Deutschland/Großbritannien/USA/sonstigen Ländern	%	18/26/34/22	17/29/30/24
Institutionelle Investoren	%	93	94
Anzahl Aktionäre		ca. 50.000	ca. 60.000
Analystenempfehlungen kaufen/halten/verkaufen (zum 31.12.)	%	43/52/5	43/50/7
Durchschnittliches Kursziel der Analysten zum Jahresende	€	98,00	84,00

1) Bereinigt um Einmaleffekte

2) Für das Geschäftsjahr 2017, Vorschlag an die Hauptversammlung 2018

3) Basierend auf dem volumengewichteten Durchschnitt der täglichen Schlusskurse

4) Schlusskurs des Vorhandelstages

5) Intraday-Kurs

Wirtschaftsbericht

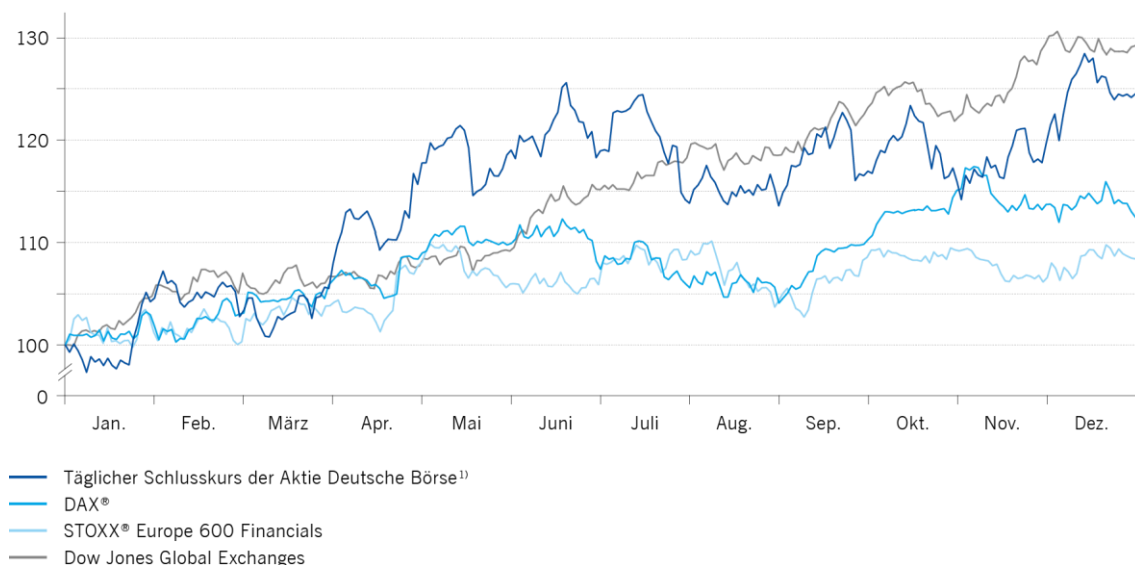
Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Makroökonomische Rahmenbedingungen hatten und haben einen erheblichen Einfluss auf das gesamtwirtschaftliche Umfeld und das Handelsgeschehen an den Märkten. Das gesamtwirtschaftliche Marktumfeld stellte sich für die Gruppe Deutsche Börse im Berichtsjahr vielschichtig dar – einige Faktoren wirken sich stimulierend auf das Geschäft aus, andere haben das Potenzial, die Marktteilnehmer zu verunsichern und in ihrer Geschäftsaktivität zu bremsen:

- Die robuste weltwirtschaftliche Lage mit einer im Berichtsjahr wachsenden Wirtschaft in den für die Gruppe Deutsche Börse relevanten Volkswirtschaften (Zentraleuropa, USA)
- Die anhaltende Niedrigzinspolitik seitens der Europäischen Zentralbank (EZB) mit Einlagezinsen bei negativen 0,4 Prozent und daraus folgend die weiterhin hohe Bereitstellung von Liquidität, verstärkt noch durch das Programm zum Ankauf von Staatsanleihen (Quantitative Easing, QE).
- Die in den USA seitens der US-Notenbank Federal Reserve (Fed) bereits Ende 2015 eingeleitete Zinswende, die im Berichtsjahr mit Leitzinserhöhungen um jeweils 25 Basispunkte im März, Juni und Dezember bekräftigt wurde
- Die auf äußerst niedrigem Niveau verharrende Volatilität im Aktienmarkt (gemessen am VDAX®); Volatilität ist einer der Haupttreiber der Handelsaktivität auf den Kassa- und Terminmärkten.
- Die stabilere wirtschaftliche Situation im Euroraum, verbunden allerdings mit Unsicherheit, wie der Austritt Großbritanniens aus der EU gestaltet und welche Auswirkungen dies für die Märkte haben wird
- Das wieder zunehmende Vertrauen in ein geeintes Europa nach den Wahlergebnissen in Deutschland, Frankreich, Österreich und den Niederlanden
- Die instabilen politischen Verhältnisse in einigen Regionen Osteuropas sowie die immer wieder aufflammenden Krisenherde in der arabischen Welt und ihre Auswirkungen auf die westliche Welt

Die Entwicklung des Aktienkurses der Deutsche Börse AG und der Referenzindizes im Jahr 2017

Indiziert auf den Schlusskurs des 30. Dezember 2016



1) Zwischen dem 30. Dezember 2016 und dem 3. April 2017 beziehen sich die Angaben auf die zum Umtausch eingereichten Aktien (ISIN DE000A2AA253).

- die regulatorischen Vorhaben und damit verbunden die höheren Anforderungen an die Kapitalmarktteilnehmer (siehe den [Abschnitt „Regulatorisches Umfeld“](#))

Vor diesem Hintergrund wuchs die Wirtschaft 2017 in den Industrieländern nach Schätzungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) deutlich stärker als im Vorjahr. Nachdem 2016 ein Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts von 1,7 Prozent zu verzeichnen war, stieg diesen Schätzungen zufolge das reale Bruttoinlandsprodukt 2017 um 2,3 Prozent. Das globale Wirtschaftswachstum lag im Jahr 2017 bei 3,7 Prozent (2016: real 3,2 Prozent).

Einhergehend mit dem weltweiten konjunkturellen Aufschwung lag das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland nach ersten Einschätzungen 2017 ebenfalls deutlich über dem Niveau des Vorjahres. Der IWF schätzte nach einer im Januar 2018 veröffentlichten Kalkulation das Wachstum der Wirtschaftsleistung in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 2017 auf 2,5 Prozent (2016: real 1,9 Prozent).

Die wirtschaftliche Entwicklung innerhalb der Eurozone hat sich 2017 leicht verbessert. 2017 befand sich kein Land mehr in einer Rezession; zudem beschleunigte sich das Wirtschaftswachstum in einigen Ländern des europäischen Wirtschaftsraums, insbesondere in Frankreich und Italien. Die EZB sieht daher die wirtschaftliche Lage in der EU als stabil an. Der Einlagenzins für Banken liegt nun seit März 2016 bei –0,4 Prozent. Zudem verlängerte sie ihr Anleihekaufprogramm um neun Monate bis September 2018, reduzierte allerdings den Umfang ab Januar 2018 von 60 Mrd. € auf 30 Mrd. € pro Monat. Im Jahr 2017 lag das monatliche Rückkaufvolumen konstant bei 60 Mrd. €.

Für die Wirtschaftsleistung der USA erwartet der IWF, dass diese 2017 real um 2,3 Prozent gestiegen ist, nach 1,5 Prozent Wachstum im Jahr zuvor. Da sich die Lage am Arbeitsmarkt weiter entspannt hat und für 2018 – insbesondere aufgrund der Steuererleichterungen für Unternehmen – ein höheres Wirtschaftswachstum erwartet wird, hat die US-amerikanische Notenbank ihren Leitzins im Dezember 2017 weiter angehoben. Er liegt nun in einer Spanne von 1,25 bis 1,50 Prozent.

In Summe haben sich das verbesserte Wirtschaftswachstum, der Rückgang der politischen Unsicherheit in Europa und die kontinuierliche Niedrigzinspolitik der EZB leicht positiv auf den Handel an den europäischen Kapitalmärkten ausgewirkt. Die Gruppe verzeichnete Zuwächse im Handel mit Aktien und profitierte deutlich beim Handel von Zinsderivaten, während Aktienindexderivate vor dem Hintergrund historischer Tiefstände der Volatilität deutlich weniger gehandelt wurden, sodass die Volumina an der Eurex Exchange in Summe leicht unter dem Vorjahr lagen.

Entwicklung der Handelsaktivität an ausgewählten europäischen Kassamärkten

	2017 Mrd. €	Veränderung ggü. 2016 %
Gruppe Deutsche Börse	1.467,6	7
Euronext ¹⁾	1.906,9	6
Borsa Italiana ²⁾	745,9	6
London Stock Exchange ²⁾ (£)	1.338,9	5
Bolsas y Mercados Españoles ¹⁾	651,4	0

1) Handelsvolumen im elektronischen Handel (Einfachzählung)

2) Teil der London Stock Exchange Group

Quelle: Angeführte Börsen

Entwicklung der gehandelten Kontrakte an ausgewählten Terminmärkten

	2017 Mio. Kontrakte	Veränderung ggü. 2016 %
National Stock Exchange of India	2.465,3	15
CME Group	4.088,9	4
Intercontinental Exchange	2.125,3	4
Gruppe Deutsche Börse – Eurex®	1.675,9	–3
Shanghai Futures Exchange	1.364,2	–19
Moscow Exchange	1.544,1	–21

Quelle: Angeführte Börsen

Regulatorisches Umfeld

Die internationale Finanzkrise hat gezeigt, dass die globalen Finanzmärkte transparenter und stabiler werden müssen, und sie hat eine Diskussion darüber angestoßen, welche Rolle die Finanzmarktinfrastruktur dabei einnehmen kann und wie diese im Detail gestaltet werden soll. Mit der Entscheidung Großbritanniens, die EU zu verlassen, müssen auch die für die Finanzbranche relevanten Bedingungen des Brexits verhandelt werden. In diesem Kontext ist es wichtig, die Bedürfnisse aller Interessengruppen im Blick zu behalten.

Als Anbieter hochgradig regulierter Marktinfrastruktur verfolgt die Gruppe Deutsche Börse dasselbe Ziel wie nationale Gesetzgeber, die Europäische Union und die G20: die Stärkung transparenter, stabiler und regulierter Märkte. Die Gruppe Deutsche Börse erweist sich dabei als konstruktiver Partner und bringt sich aktiv in die politische Diskussion über geeignete nationale und europäische Initiativen zur Regulierung der Finanzmärkte ein.

Der erhebliche Zuwachs aufsichtsrechtlicher Anforderungen wirkt doppelt auf die Gruppe Deutsche Börse: Als Marktinfrastrukturanbieter muss sie zum einen ihren aufsichtsrechtlichen Verpflichtungen nachkommen; zum anderen verfolgt sie das Ziel, ihren Kunden genau die Produkte und Dienstleistungen zu bieten, die diese brauchen. Diese Position an der Schnittstelle zwischen Aufsichtsbehörden und Kunden ist eminent wichtig – und die Gruppe Deutsche Börse nutzt sie, um ihre Kunden bei der Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen und damit bei der Risikominimierung zu unterstützen. Die diversen regulatorischen Dossiers haben unterschiedliche Auswirkungen auf und/oder bieten Chancen für die Geschäftsbereiche, die zur Wertschöpfungskette der Gruppe Deutsche Börse beitragen.

Regulierung der Finanzmarktinfrastrukturen

Regulierung der Märkte für Finanzinstrumente (MiFID II, MiFIR)

Die überarbeitete Richtlinie (MiFID II) und die begleitende Verordnung (MiFIR) sind seit 3. Januar 2018 in Anwendung.

Das Europäische Parlament, die Europäische Kommission und der Rat haben den größten Teil der Durchführungsmaßnahmen (Level 2) vereinbart; derzeit werden Nachbesserungen an den Regelungen für systematische Internalisierer vorgenommen, die für gleiche Wettbewerbsbedingungen sorgen sollen. Konkrete Auslegungs- und Anwendungsfragen werden derzeit von der European Securities and Markets Authority (ESMA) in enger Zusammenarbeit mit nationalen Aufsichtsbehörden entwickelt (Level 3).

MiFID II und MiFIR werden den europäischen Finanzmarkt grundlegend verändern, indem sie die Transparenzanforderungen erhöhen, die Stabilität und Integrität der Marktinfrastruktur ausbauen, die Mikrostruktur des Marktes einer Revision unterziehen sowie die Qualität und Verfügbarkeit von Marktdaten verbessern. Auch auf die Gruppe Deutsche Börse wirken sich die neuen Regelungen umfassend aus, hier insbesondere auf Handel und Clearing sowie das Marktdatengeschäft. Dabei hat das Unternehmen verschiedene Produkte und Dienstleistungen entwickelt, um Kunden bei der Einhaltung aufsichtsrechtlicher Vorgaben zu unterstützen. Diese beziehen sich insbesondere auf Anforderungen zu Transparenz und Offenlegung, Market Making und algorithmischem Handel sowie auf die organisatorischen Anforderungen von Sicherheitsmechanismen für Handelsplätze und Marktteilnehmer.

Regulierung verpackter Anlageprodukte für Kleinanleger und Versicherungsanlageprodukte (PRIIPs-Verordnung)

Die Verordnung (Packaged Retail and Insurance-based Investment Products, PRIIPs) ist eine Antwort auf die Marktentwicklung, aufgrund der Kleinanleger sich bei der Entscheidung über eine Investition mit

einer stets wachsenden Vielfalt verfügbarer Investitionsmöglichkeiten konfrontiert sehen. Um die Transparenz bezüglich dieser Produkte zu erhöhen, fordert die PRIIPs-Verordnung die Bereitstellung von Basisinformationsblättern (Key Information Documents, KIDs), um einen Standard für veröffentlichte Informationen für Kleinanleger innerhalb der EU zu schaffen. Die standardisierten KIDs fassen wichtige Aspekte wie Risiken, Prämien und Kosten verschiedener PRIIPs zusammen und helfen so Investoren, diese PRIIPs besser zu verstehen und zu vergleichen. Für börsengehandelte Derivate sind spezielle rechtliche Anforderungen vorgeschrieben.

Gemäß der PRIIPs-Verordnung ist Eurex ein PRIIP-Hersteller für börsengehandelte Derivate und stellt folglich Basisinformationsblätter für alle börsengehandelten Produkte aus dem Eurex-Produktportfolio zur Verfügung. Die PRIIPs-Verordnung findet seit dem 1. Januar 2018 Anwendung.

EMIR: Implementierung und Überarbeitung

Die European Market Infrastructure Regulation (EMIR) ist als die wesentliche Regulierung für zentrale Gegenparteien 2012 in Kraft getreten. Die im Sommer 2017 veröffentlichten Überarbeitungsvorschläge der Verordnung (EMIR Review) haben das Ziel, einerseits die Effizienz zu steigern und andererseits auch nach dem Brexit die Sicherheit und Stabilität der Finanzmärkte sicherzustellen. Die Vorschläge beziehen sich beispielsweise auf Anpassungen der Berichterstattung und der Aufsichtsstruktur sowie auf die Erleichterung des Zugangs zu zentralem Clearing für kleinere Marktteilnehmer. Die Deutsche Börse begrüßt die Überarbeitung, sieht Chancen für sich und bietet ihren Kunden diesbezüglich marktorientierte Dienstleistungen und Produkte an.

Mit der Veröffentlichung des Überarbeitungsvorschlags der EU-Kommission wurde der Legislativprozess im Europäischen Parlament und Europäischen Rat angestoßen.

Sanierungs- und Abwicklungsregulierung für zentrale Kontrahenten

Die Entwicklung von Sanierungs- und Abwicklungsplänen für zentrale Kontrahenten ist der nächste logische legislative Schritt nach der EU-Marktinfrastrukturverordnung EMIR, um zentrale Kontrahenten noch sicherer und stabiler zu machen. Ein zentraler Aspekt der Regulierung ist die Erarbeitung solider Anreizstrukturen auf europäischer und globaler Ebene, um einen Gleichlauf der Interessen der involvierten Anspruchsgruppen zu schaffen.

Nach der Abstimmung internationaler Standards hat die EU-Kommission als nächsten Schritt im November 2016 einen Gesetzesentwurf zu Sanierungs- und Abwicklungsplänen für zentrale Kontrahenten veröffentlicht und damit den Legislativprozess im Europäischen Parlament und Europäischen Rat angestoßen.

Regulierung von Wertpapierzentralverwahrern (CSDR)

Mit der CSDR wurde im September 2014 erstmals ein einheitliches europäisches Regelwerk für Wertpapierzentralverwahrer geschaffen. Die offiziellen technischen Regulierungsstandards (Regulatory Technical Standards, RTS) wurden im März 2017 veröffentlicht. Die CSDR führt zu einer Vereinheitlichung der Wertpapierabwicklungssysteme und der Aufsichtsregeln für Zentralverwahrer in Europa. Das stärkt das Geschäftsmodell von Clearstream, da es weiterhin erlaubt sein wird, integrierte Bankdienstleistungen anzubieten. Die Lizenzanträge wurden Ende September 2017 bei den lokalen Regulatoren eingereicht; Zulassungsentscheidungen werden im Laufe des Jahres 2018 erwartet. Es ist zurzeit davon auszugehen, dass Zentralverwahrer und ihre Kunden ab Mitte Mai 2018 zur Einhaltung der neuen CSDR-Vorschriften verpflichtet sein werden. Die Regeln zur Abwicklungsdisziplin sind noch nicht finalisiert, werden aber voraussichtlich im Laufe des Jahres 2020 in Kraft treten. Die Gruppe Deutsche Börse wird ihre Kunden mit bestehenden und erweiterten Serviceangeboten dabei unterstützen, die neuen Anforderungen zu erfüllen.

Verordnung über Benchmarks und Indizes

Am 30. Juni 2016 trat die Verordnung über Indizes, die bei Finanzinstrumenten und Finanzkontrakten als Referenzwert verwendet werden (Benchmark-Verordnung), in Kraft. Der endgültige Anwendungstermin der Verordnung ist der 1. Januar 2018. Administratoren von Benchmarks aus EU- und Nicht-EU-Ländern müssen bis zum 1. Januar 2020 zugelassen bzw. anerkannt werden. Die Benchmark-Verordnung ist weitestgehend an die global geltenden Prinzipien für finanzielle Benchmarks der International Organization of Securities Commissions (IOSCO) angelehnt. Diese Prinzipien wurden bereits im Jahr 2013 als Reaktion auf die Manipulation bestimmter Indizes oder Referenzzinssätze (etwa LIBOR und Euribor) entwickelt.

Die Gruppe Deutsche Börse, die sowohl für ihre DAX®-Indizes als auch für die Indizes ihres Tochterunternehmens STOXX Ltd. die IOSCO-Prinzipien im Jahr 2014 erfolgreich umgesetzt hat, begrüßt die Einigung zwischen dem Europäischen Parlament und dem Rat. Die konkreten Auswirkungen der EU-Verordnung auf die Geschäftsaktivitäten der Gruppe hängen von den Implementierungsmaßnahmen ab, die derzeit von der EU-Kommission und der ESMA noch in Form delegierter Rechtsakte und technischer Standards erarbeitet werden.

Überblick über regulatorische Initiativen und ihre Auswirkungen auf die Geschäftsfelder der Gruppe Deutsche Börse

	Kassamarkt	Eurex	EEX	360T	Eurex Clearing	Clearstream	IT & MD+S	Status zum 31. Dezember 2017
Finanzmarktinfrastruktur								
MiFID II, MiFIR	X	X	X	X	X		X	2014 veröffentlicht; Anwendung seit 3. Januar 2018
PRIIPs		X						Anwendung seit 1. Januar 2018
EMIR			X	X	X	X		2012 in Kraft getreten; 2017 überarbeitet
Sanierungs- und Abwicklungsregulierung für zentrale Kontrahenten			X		X	(X) ¹⁾		Gesetzesentwurf im Legislativprozess
CSDR	X	X			X	X		2014 in Kraft getreten; Anwendung voraussichtlich ab Mitte Mai 2018
Verordnung über Benchmarks und Indizes		X	X		X		X	Am 30. Juni 2016 in Kraft getreten; Anwendung seit 1. Januar 2018
Kapitalmarktunion	X	X	X		X	X	X	2017 Halbzeitbilanz; Umsetzung bis 2019
Überprüfung der europ. Aufsichtsstrukturen (ESAs Review)					X		X	Legislativprozess mit Veröffentlichung eines Gesetzesvorschlags im September 2017 begonnen
Banken und Wertpapierfirmen								
Basel III					X	X		Fertigstellung Ende 2017 mit anschließender Umsetzung in der EU
CRD V, CRR II			X		X	X		Fertigstellung für Ende 2018/Anfang 2019; Umsetzung voraussichtlich Anfang 2021
SFTR						X		2016 in Kraft getreten; Durchführungsstandards noch ausstehend

1) Nicht im Gesetzesvorschlag enthalten

Kapitalmarktunion

Die Europäische Kommission hat mit der geplanten Kapitalmarktunion den Fokus auf Wachstum und Industriepolitik gelegt. Hauptziele sind die nachhaltige Förderung von Wachstum und Arbeitsplätzen sowie die Entwicklung eines diversifizierten Finanzsystems, das die Bankfinanzierung durch hochentwickelte Kapitalmärkte ergänzt. Eine erfolgreiche Kapitalmarktunion ist wichtiger denn je, insbesondere da die EU im globalen Wettbewerb im Vergleich bei vielen Kennzahlen zurückfällt. Gelingt es, attraktive, integrierte paneuropäische Kapitalmärkte zu schaffen, wird dies europaweit inaktives Kapital freisetzen, da Sparer zwischen mehr Investitionsformen wählen können und Unternehmen gleichzeitig bessere Finanzierungsmöglichkeiten erhalten. Im Juni 2017 hat die Europäische Kommission ihre Halbzeitbilanz veröffentlicht, in der sie darauf hinweist, dass 20 von 33 Maßnahmen des Aktionsplans bereits erfolgreich umgesetzt wurden. Des Weiteren hat sie angekündigt, weitere Initiativen zur Förderung der Kapitalmarktunion im Laufe des Jahres 2018 anzustoßen.

Die Kapitalmarktunion beeinflusst die gesamte Wertschöpfungskette der Gruppe Deutsche Börse. Daher unterstützt die Gruppe das Vorhaben seit Beginn, beteiligt sich aktiv an der politischen Debatte und trägt dazu bei, einen sicheren und integrierten EU-27-Kapitalmarkt zu schaffen. Die Deutsche Börse unterstützt die Ziele der Kapitalmarktunion u. a. durch das Deutsche Börse Venture Network[®], eine Plattform, um junge, wachstumsstarke Unternehmen mit Investoren zusammenzubringen, oder durch den von ihr geförderten FinTech Hub, ein Gründerzentrum für Fintech-Unternehmen.

Brexit

Großbritannien hat am 29. März 2017 gemäß Artikel 50 des Vertrags über die Europäische Union seinen Austritt gegenüber der EU offiziell erklärt. Damit hat der zweijährige Verhandlungsprozess über die Modalitäten des Austritts begonnen. Zahlreiche relevante Fragestellungen zur Neuordnung der Beziehungen zwischen Großbritannien und den in der EU verbleibenden 27 Staaten (EU-27) müssen innerhalb dieses Zeitraums geklärt werden.

Es bleibt abzuwarten, welchen Ausgang die derzeitigen Verhandlungen zwischen Großbritannien und der EU-27 nehmen. Falls bis zur Wirksamkeit des Brexits am 29. März 2019 keine neuen Verträge oder Übergangsregelungen zwischen der Europäischen Kommission und der britischen Regierung verhandelt worden sind, könnten britische Finanzdienstleister ihre bestehenden „EU-Pass“-Rechte verlieren. Dadurch dürften sie ihren EU-Kunden auch keine Services mehr anbieten.

Der Rat und die EU-Kommission streben den Beginn des Ratifizierungsprozesses ab Oktober 2018 an. Eine Verlängerung der Zweijahresfrist wäre nur bei einstimmiger Zustimmung der EU-27 möglich, was vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Interessen derzeit nicht realistisch erscheint. Es ist daher davon auszugehen, dass Großbritannien die EU im März 2019 verlassen wird.

Die Finanzmärkte der EU und Großbritanniens sind stark miteinander vernetzt. Der britische Finanzmarkt dient derzeit als Hauptumschlagplatz für andere Finanzzentren der EU, auf ihn entfallen fast 80 Prozent der Aktivitäten der EU im Finanzmarktsektor.

Das wichtigste Ziel der Deutschen Börse ist und bleibt es, widerstandsfähige und stabile Handels- und Nachhandelsbedingungen zu schaffen. Die Gruppe Deutsche Börse steht im fortlaufenden und engen Kontakt mit ihren Kunden, Aufsichtsbehörden und Verbänden, um die Auswirkungen des Brexits zu analysieren und die Bedürfnisse all ihrer Interessengruppen zu erkennen.

Die Gruppe hat das Ziel, Lösungen zu entwickeln, die ihre Kunden während und nach dem Brexit unterstützen, um dessen Folgen soweit wie möglich abzumildern. Sie ist der festen Überzeugung, dass sie ihren Kunden auch nach dem Brexit neben den Dienstleistungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette des Börsenhandels (Vorhandel, Handelsausführung und Nachhandel) zusätzliche, für alle Parteien wertvolle Dienstleistungen anbieten kann. Die Gruppe deckt alle Anlageklassen ab und ist mit den wichtigsten Finanzmärkten verbunden.

Überprüfung der europäischen Aufsichtsstrukturen (ESAs Review)

Aufgrund der aus der Finanzkrise 2007/2008 gewonnenen Einsichten war die Europäische Union bestrebt, eine effizientere, stärker integrierte europäische Aufsicht zu etablieren. Mit der Einführung des Europäischen Finanzaufsichtssystems (European System of Financial Supervision, ESFS) im Jahr 2010 wurde mit den drei europäischen Aufsichtsbehörden (European Supervisory Authorities, ESAs) und dem Europäischen Ausschuss für Systemrisiken (European Systemic Risk Board, ESRB) erstmals eine neue Aufsichtsstruktur auf europäischer Ebene geschaffen. Diese Aufsichtsstruktur wird von der Europäischen Kommission alle drei Jahre auf ihre Aufgaben und Organisation hin überprüft.

Als Teil dieser regelmäßigen Überprüfung und eingebettet in den aktualisierten Aktionsplan der Kapitalmarktunion, hat die EU-Kommission im Frühjahr 2017 eine öffentliche Konsultation und im September 2017 einen Gesetzesvorschlag veröffentlicht, um Aufgaben, Befugnisse, Finanzierung und Governance der ESAs neu auszurichten. Besonders die ESMA soll durch Ausweitung ihrer Aufsichtskompetenzen eine Aufwertung erfahren. Denn v. a. vor dem Hintergrund des Brexits erscheint es der Europäischen Kommission von höchster Dringlichkeit, die europäischen Aufsichtsstrukturen an die neuen politischen Gegebenheiten anzupassen und innerhalb der verbleibenden EU-27 für bestimmte grenzüberschreitende Finanzdienstleistungen stärker zu integrieren.

Die Arbeit der ESAs, insbesondere der ESMA, hat Auswirkungen auf die gesamte Wertschöpfungskette der Gruppe Deutsche Börse. Die Gruppe begrüßt den Fortschritt, den die EU im vergangenen Jahrzehnt in den Bereichen Finanzmarktregulierung und -aufsicht erzielt hat. Derzeit befinden sich EU-Bestimmungen mit Relevanz für Aufsichtsstrukturen noch in der Umsetzung, die europäischen Kapitalmärkte sollen durch Projekte wie die Kapitalmarktunion weiter vereinheitlicht werden, und der Brexit wird grundlegende Auswirkungen auf Finanzmärkte und ihre regulatorischen Rahmenwerke haben. Effiziente Aufsicht mit klaren Verantwortlichkeiten und Entscheidungsprozessen bleibt im Kontext dieser Herausforderungen ein wichtiges Thema, daher beteiligt sich die Gruppe Deutsche Börse aktiv an der politischen Debatte. Die Überprüfung der europäischen Aufsichtsstrukturen sollte ein Wachstum förderndes Umfeld sicherstellen und das bestehende Aufsichtsregime, wenn nötig, sorgfältig anpassen, um Finanzstabilität, aber auch Rechtssicherheit und operative Funktionalität beaufsichtigter Unternehmen sicherzustellen.

Weitere Informationen zu regulatorischen Themen sind auf der Website der Gruppe Deutsche Börse unter www.deutsche-boerse.com/regulierung zu finden.

Regelungen für Banken und Wertpapierfirmen

Basel III

Infolge der globalen Finanzkrise 2007/2008 hat der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht (Basel Committee on Banking Supervision, BCBS) aufgrund entsprechender Vereinbarungen der G20 die bisherigen Regeln für Banken (Basel II) erheblich überarbeitet. Seit den ersten Eckpfeilern im Jahr 2011 wurden weitere Änderungen veröffentlicht und das überarbeitete Regelwerk nunmehr als Basel III am 7. Dezember 2017 abgeschlossen. Folgende Änderungen wurden bereits umgesetzt:

- Strengere Definition des Eigenkapitalbegriffs
- Höhere Eigenkapitalausstattung
- Überarbeiteter Marktrisikorahmen
- Einführung einer Höchstverschuldungsquote (Leverage Ratio)
- Einführung internationaler Regelungen für die Begrenzung der Risikokonzentration (Großkredit-Regelungen)
- Einführung von Liquiditätsanforderungen

Mit den im Dezember 2017 beschlossenen Maßnahmen treten bis zum 1. Januar 2022 sukzessive überarbeitete Regelungen im Wesentlichen für die Kapitalunterlegung des Kredit- und operationellen Risikos in Kraft. Dabei wurden zusätzlich zum Kreditrisikorahmen sowohl der standardisierte als auch der modellbasierte Ansatz substantiell überarbeitet und die Regelungen zum operationellen Risiko auf einen modifizierten Standardansatz beschränkt. Ergänzend wurde eine Untergrenze für die Kapitalanforderungen zum Kreditrisiko festgelegt, sofern diese nach internen Modellen berechnet werden. Der sog. Output Floor wurde auf 72,5 Prozent der Kapitalanforderung nach dem Standardansatz festgelegt.

Der BCBS hat zudem erste Vorschläge vorgelegt, wie Forderungen an öffentliche Stellen künftig behandelt werden sollen. Diese wird der BCBS in Ergänzung zu den Basel III-Regelungen weiterentwickeln und ggf. zu einem späteren Zeitpunkt in Kraft setzen.

CRD V/CRR II

Um den laufenden Änderungen an Basel III und weiteren Elementen der Bankenregulierung Rechnung zu tragen, schlug die EU-Kommission im November 2016 Änderungen an der Kapitaladäquanzrichtlinie und -verordnung CRD IV/CRR vor. Diese beziehen sich u. a. auf die Mindestanforderungen an Eigenkapital und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten („minimum requirements for equity and eligible liabilities“, MREL) sowie die Fähigkeit, Gesamtverluste zu absorbieren („total loss-absorbing capacity“, TLAC); sie ziehen auch Änderungen in der Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie (Bank Recovery and Resolution Directive, BRRD) und der dazu ergangenen Verordnung nach sich.

Neben den Änderungen zu MREL und TLAC betreffen die Vorschläge der EU-Kommission insbesondere folgende Punkte:

- Die Einführung einer bindenden Höchstverschuldungsquote (Leverage Ratio) von 3 Prozent
- Die Einführung einer strukturellen Liquiditätsquote („net stable funding ratio“, NSFR)
- Die Überarbeitung des Marktpreisrisikorahmens

Die Gruppe Deutsche Börse erwartet, dass der von der EU-Kommission vorgelegte Gesetzentwurf nicht vor Ende 2018 finalisiert wird und die entsprechenden Anforderungen nicht vor Anfang 2021 in Kraft treten. Der Entwurf befindet sich weiterhin in der Diskussion, und die Auswirkungen auf die Finanzmarktinfrastruktur sind bislang noch nicht abzuschätzen.

Zum 1. Januar 2014 traten die CRD IV/CRR zur Umsetzung erster Elemente von Basel III in Kraft. Hierzu gibt es noch bis zum 1. Januar 2019 Übergangsregelungen. Die vom BCBS im Dezember 2017 beschlossenen Maßnahmen zum Abschluss von Basel III werden voraussichtlich erst nach Abschluss des CRD V/CRR II-Pakets aufgenommen, um fristgerecht bis 2022 in EU-Recht umgesetzt zu werden.

Die Gruppe Deutsche Börse beteiligt sich aktiv und kontinuierlich an der Diskussion zur Modifikation der Bankenregulierung. In diesem Rahmen weist sie auf die Auswirkungen auf Finanzmarktinfrastrukturanbieter mit (eingeschränkter) Banklizenz und auf die Notwendigkeit einer spezifischen Behandlung der regulierten Gesellschaften hin, um die Stabilität des Finanzmarktes hinsichtlich bankspezifischer Anforderungen nicht negativ zu beeinflussen. Darüber hinaus hat die Gruppe die Kapitalausstattung ihrer regulierten Konzerneinheiten im Blick und greift bei Bedarf ein, um eine adäquate Risikoabdeckung zu gewährleisten.

Transparenz von Wertpapierfinanzierungsgeschäften

Die Verordnung über die Transparenz von Wertpapierfinanzierungsgeschäften (SFTR) wurde am 23. Dezember 2015 im Europäischen Amtsblatt veröffentlicht. Sie sieht eine Berichtspflicht für Wertpapierleihegeschäfte und Repo-Transaktionen an sog. zentrale Transaktionsregister vor. Des Weiteren macht sie Vorgaben hinsichtlich der Weiterverpfändung von Sicherheiten und für Berichtspflichten von Investmentfondsanbietern, die in der Wertpapierleihe tätig sind. Die Einführung einer umfassenden Berichtspflicht für Wertpapierleihegeschäfte hat auf den Clearstream-Teilkonzern, die Eurex Clearing AG und die REGIS-TR S.A. verschiedene Auswirkungen. Für die eigenen Wertpapierfinanzierungsgeschäfte sind höhere Aufwände und somit auch Kosten zu erwarten. Durch die Meldepflicht an Transaktionsregister ergeben sich jedoch auch Geschäftspotenziale für REGIS-TR. Die ESMA hat entsprechende Durchführungsstandards entworfen und im April 2017 der EU-Kommission vorgelegt. Die EU-Kommission hat die Standards bisher noch nicht in Kraft gesetzt.

Einheitliche Aufsicht für Wertpapierfirmen

Am 20. Dezember 2017 hat die EU-Kommission einen Gesetzesentwurf für ein einheitliches Aufsichtsregime für Wertpapierfirmen veröffentlicht, der auf einem von der European Banking Authority (EBA) erarbeiteten Vorschlag basiert. Die EBA hatte ihren Entwurf im Rahmen einer öffentlichen Konsultation zur Diskussion gestellt und auf Basis der erhaltenen Rückäußerung den ursprünglichen Entwurf modifiziert. Die Gruppe Deutsche Börse hat sich an der EBA-Konsultation beteiligt und wird den Gesetzgebungsprozess weiter konstruktiv begleiten. Der Gesetzesentwurf wird aktuell analysiert und Auswirkungen auf Gruppenunternehmen und Marktteilnehmer werden adressiert.

Geschäftsverlauf

Die am Anfang des Wirtschaftsberichts beschriebenen Rahmenbedingungen führten in Summe dazu, dass die Lage auf den Kapitalmärkten für Finanzdienstleister im Berichtsjahr etwas freundlicher war als noch im Jahr 2016. Solides Wirtschaftswachstum in den zentralen Volkswirtschaften, eine starke deutsche Wirtschaft mit guten Firmenbilanzen und die trotz des bevorstehenden Austritts Großbritanniens stabile politische Situation in der EU bedeuten einen guten Nährboden für das Geschäft eines Börsenbetreibers. Die Indexstände der Leitindizes DAX® und STOXX® erreichten Rekordniveau, das Handelsvolumen auf den Kassamarkt-Handelsplätzen der Gruppe Deutsche Börse stieg gegenüber dem Vorjahr an. Auf der anderen Seite belasteten die niedrige Volatilität im Aktienmarkt und die Politik der monetären Lockerung seitens der EZB andere Geschäftsfelder der Gruppe Deutsche Börse wie den Handel mit Indexderivaten bei Eurex. Weiterhin positiv entwickelten sich die Wachstumsbereiche der Gruppe, wie Investment Funds Services bei Clearstream, das Devisengeschäft von 360T und das Indexgeschäft im Segment Market Data + Services (MD+S). Im Nachhandelsgeschäft stieg der Wert der über

den nationalen Zentralverwahrer (Central Securities Depository, CSD) verwahrten Wertpapiere, während das Geschäft des internationalen Zentralverwahrers (International Central Securities Depository, ICSD) etwas nachgab. Aufgrund der wieder steigenden Zinsen in den USA sind die Nettozinserträge aus dem Bankgeschäft bei Clearstream deutlich gewachsen. Im Jahresverlauf war das vierte Quartal am stärksten und das dritte Quartal am schwächsten.

Vergleichbarkeit von Angaben

Nicht fortgeführte Geschäftstätigkeit

Der Verkauf der International Securities Exchange Holdings, Inc. (ISE) zum 30. Juni 2016 stellt eine nicht fortgeführte Geschäftstätigkeit im Sinne des International Financial Reporting Standards 5 (IFRS 5) dar. Gemäß den Anforderungen des IFRS berichtet dieser zusammengefasste Lagebericht die finanziellen Kennzahlen des Vorjahres ohne diese nicht fortgeführte Geschäftstätigkeit.

Änderungen im Konsolidierungskreis und in der Segmentberichterstattung

Innerhalb der Organisation der Gruppe gab es im Berichtsjahr ab dem ersten Quartal 2017 Änderungen bei der Zuordnung von Erlösen und Kosten zu den einzelnen Segmenten. Diese wirkten sich wie folgt auf die Segmentberichterstattung aus; die Vorjahreswerte wurden entsprechend angepasst.

- Erlöse und Kosten aus „Managed Services“ (insbesondere IT-Dienstleistungen für Kunden von Clearstream) werden im ICSD-Geschäft im Segment Clearstream berichtet (bislang unter Infrastructure Services im Segment Market Data + Services).
- Erlöse und Kosten aus der Entwicklung einer Plattform für den gemeinsamen europaweiten Intraday-Strommarkt (XBID) werden unter Commodities im Segment Eurex berichtet (bislang unter Infrastructure Services im Segment Market Data + Services).
- Innerhalb des Segments Xetra wurden die Definitionen der Produktgruppen angepasst, u. a. mit der Einführung der Produktgruppe „Partnermärkte“. Erlöse und Kosten wurden entsprechend zugeordnet.

Im Jahr 2017 gab es zudem Änderungen im Konsolidierungskreis: Seit dem 3. Mai 2017 wird die EEX US Holdings, Inc., Muttergesellschaft der im ersten Quartal 2017 akquirierten Nodal Exchange Holdings, LLC, voll in den Konzernabschluss einbezogen. Erlöse und Kosten werden im Segment Eurex berichtet.

Um transparent über die Kosten und das Ergebnis zu berichten und die Vergleichbarkeit mit Wettbewerbern zu erhöhen, weist die Gruppe Deutsche Börse die operativen Kosten nunmehr getrennt von Abschreibung und Wertminderungsaufwand aus und führt als weitere Kenngröße das Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibung (EBITDA) ein. Die Vorjahreswerte wurden entsprechend angepasst.

Ertragslage

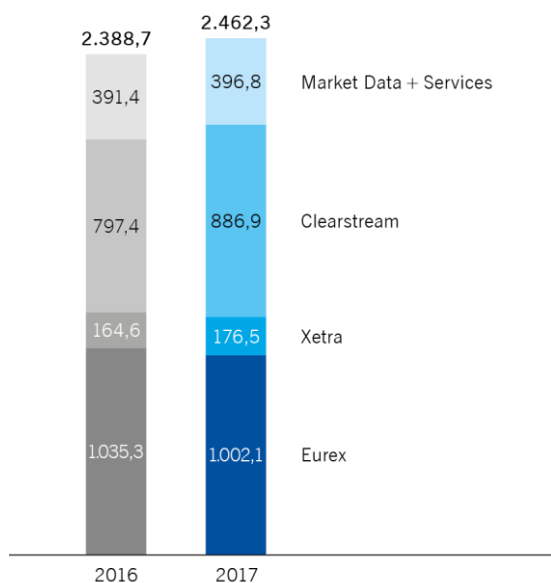
Die Gruppe Deutsche Börse kann auf ein zufriedenstellendes Geschäftsjahr zurückblicken. Die strukturellen Treiber des Geschäfts waren weitgehend intakt und trugen wesentlich zum Wachstum der Erlöse und des Ergebnisses bei. Hiervon profitierte v. a. das Verwahrgeschäft, das Fondsgeschäft sowie das Sicherheitenmanagement bei Clearstream. Das Indexgeschäft von MD+S sowie neue, innovative Terminmarktprodukte sind ebenfalls strukturell gewachsen. Zyklische Faktoren wie die höheren Zinsen in den USA gaben der Gruppe zwar Rückenwind im Bankgeschäft von Clearstream oder beim Handel von Zinsderivaten im Terminmarkt, allerdings konnten diese Zugewinne den ebenfalls zyklisch bedingten Rückgang in wichtigen Erlösquellen nicht komplett abfedern. So litt z. B. der Handel von Indexderivaten unter der anhaltend niedrigen Aktienmarktvolatilität.

Die Nettoerlöse der Gruppe Deutsche Börse stiegen im Geschäftsjahr 2017 um 3 Prozent. Das stärkste Wachstum erzielten dabei die Segmente Clearstream mit einem Plus von 11 Prozent und Xetra mit einer Steigerung von 7 Prozent. Die Nettoerlöse im Segment Market Data + Services nahmen um 1 Prozent zu – MD+S konnte somit den Erlösrückgang durch den Verkauf von Market News International Inc. (MNI) und Infobolsa im ersten Halbjahr 2016 mehr als ausgleichen. Das Segment Eurex blieb um 3 Prozent hinter dem Vorjahr zurück. Die Nettoerlöse setzen sich zusammen aus den Umsatzerlösen zuzüglich der Nettozinserträge aus dem Bankgeschäft und der sonstigen betrieblichen Erträge; die volumenabhängigen Kosten werden abgezogen.

Im Terminmarkt spiegelte sich die niedrige Volatilität im gesunkenen Handelsumsatz mit Indexderivaten, das größte Geschäftsfeld der Eurex Exchange. Dagegen nahm das Handelsvolumen in Zinskontrakten zu, maßgeblich infolge der Zinserhöhungen in den USA und der Erwartung, dass auch die EZB ihre Zinspolitik mittelfristig ändern wird. Insgesamt wurden an Eurex Exchange 3 Prozent weniger Futures und Optionen gehandelt als im Jahr 2016. Ihr Commodities-Geschäft, das sie über die European Energy Exchange und deren Tochtergesellschaften (EEX group) betreibt, konnte die Deutsche Börse in den Sparten Gas und Emissionshandel deutlich ausbauen und ihre Marktposition gegenüber Wettbewerbern und dem außerbörslichen („over the counter“, OTC) Handel stärken. Der Handel von Gasprodukten nahm um 13 Prozent und der Emissionshandel um 45 Prozent zu. Dagegen war der Strommarkt von der Debatte über Preiszonen für den deutschen und österreichischen Markt gekennzeichnet, die die Marktteilnehmer verunsicherte und sie zwischenzeitlich zu OTC-Handelsplattformen wechseln ließ. Die EEX verlor in diesem Zusammenhang unterjährig Marktanteile, konnte diese aber im Jahresverlauf zu einem großen Teil zurückgewinnen. Über das ganze Jahr betrachtet gab der Handel von Stromprodukten an der EEX daher um 16 Prozent nach. Im Devisenhandel, den die Deutsche Börse über ihre Tochtergesellschaft 360T betreibt, trug v. a. das Geschäft von Neukunden dazu bei, dass 360T in einem stagnierenden Markt wachsen konnte. Die Nettoerlöse im Segment Eurex lagen in Summe um 3 Prozent unter denen des Vorjahres.

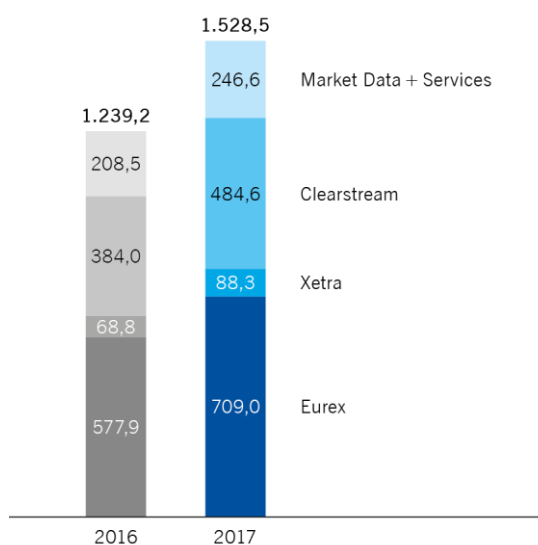
Nettoerlöse nach Segmenten

in Mio. €



EBITDA nach Segmenten

in Mio. €



Der Kassamarkt legte gegenüber dem Vorjahr auf allen Handelsplattformen deutlich zu – trotz der sehr niedrigen Volatilität. Zurückzuführen ist dies einerseits auf die äußerst robuste wirtschaftliche Lage in Deutschland, die mit Rekordständen des Leitindex DAX einhergeht, andererseits auf den Gewinn von Marktanteilen im Handel mit DAX-Werten gegenüber anderen Handelsplattformen. Das niedrige Zinsniveau macht Investments in Aktien und andere Wertpapiere mit variabler Rendite attraktiver im Vergleich zu festverzinslichen Anlageformen. Die Nettoerlöse stiegen entsprechend um 7 Prozent.

Das Segment Clearstream erzielte mit seinen dem Handel nachgelagerten Dienstleistungen ein Wachstum der Nettoerlöse von 11 Prozent. Insbesondere den Geschäftsbereich Investment Funds Services konnte Clearstream weiter ausbauen, v. a. durch den Gewinn neuer Kunden als Partner im Hedgefonds-Geschäft. Zudem profitierte Clearstream von den gestiegenen Zinsen in den USA und der gestiegenen Handelsaktivität bei zugleich höheren Bewertungen der verwahrten Wertpapiere im Kassamarkt.

Das Technologie- und Marktdatengeschäft der Gruppe Deutsche Börse (Segment Market Data + Services) zeigte v. a. Zuwächse im Indexgeschäft. Das Datengeschäft blieb konsolidierungsbedingt hinter dem Vorjahr zurück und Infrastructure Services steigerten die Erlöse leicht gegenüber dem Vorjahr. Die Nettoerlöse im Segment Market Data + Services lagen in Summe leicht über denen des Vorjahres – dabei steigerte das Indexgeschäft die Nettoerlöse deutlich um 11 Prozent.

Die operativen Kosten setzen sich zusammen aus dem Personalaufwand und den sonstigen operativen Kosten. Abschreibungen und Wertminderungsaufwand berichtet die Gruppe getrennt von den operativen Kosten. Letztere gingen im Berichtsjahr um 5 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurück. Sie enthalten Einmaleffekte in Höhe von insgesamt 92,1 Mio. € (2016: 137,7 Mio. €). Diese verteilen sich u. a. auf die Integration von akquirierten bzw. Desintegration von verkauften Gesellschaften (20,7 Mio. €), Effizienzprogramme (18,4 Mio. €), den geplanten Zusammenschluss mit der London Stock Exchange Group (10,3 Mio. €) und strafrechtliche Ermittlungen u. a. gegen Clearstream Banking S.A. in den USA (8,3 Mio. €). Bereinigt um diese Effekte sanken die operativen Kosten leicht um 1 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Ein wesentlicher Faktor bei den operativen Kosten ist der Personalaufwand. Die bereinigten Personalkosten stiegen um 7 Prozent auf 611,9 Mio. € (2016: 573,0 Mio. €), wofür mehrere Gründe anzuführen sind:

- Höhere Zahl der durchschnittlich im Berichtsjahr beschäftigten Mitarbeiter im Zuge der Anstellung von vormals freiberuflich Beschäftigten zum Jahresbeginn
- Höhere Kosten für aktienbasierte Vergütung infolge des gestiegenen Aktienkurses
- Gehaltserhöhung für nicht leitende Angestellte zwischen 2,5 und 4 Prozent (je nach Standort)

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen reflektieren hauptsächlich die Kosten für die Weiterentwicklung und den Betrieb der technologischen Infrastruktur der Gruppe Deutsche Börse. Dazu gehören beispielsweise Kosten für IT-Dienstleister und EDV. Ferner enthalten die sonstigen betrieblichen Aufwendungen die Kosten für die Büroinfrastruktur an sämtlichen Standorten der Gruppe sowie Reisekosten, die weitgehend vor dem Hintergrund von Vertriebsaktivitäten anfallen. Aufgrund des Geschäftsmodells des Konzerns und der Tatsache, dass das Unternehmen in der Regel seine Produkte und Dienstleistungen nicht an Endkunden vertreibt, machen Werbe- und Marketingkosten nur einen kleinen Teil der operativen Kosten aus. Um Einmaleffekte bereinigt gingen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen im Berichtsjahr um 10 Prozent zurück. Dieser deutliche Rückgang gegenüber dem Vorjahr ist insbesondere auf die Eingliederung von vorher freiberuflich Beschäftigten zurückzuführen, die damit verbundenen Kosten werden seitdem unter den Personalkosten ausgewiesen.

Das Beteiligungsergebnis der Gruppe Deutsche Börse belief sich auf 197,8 Mio. € (2016: 36,9 Mio. €). Der deutliche Anstieg ist maßgeblich auf einmalige Erträge im Zusammenhang mit der vollständigen Veräußerung der Anteile an der BATS Global Markets, Inc. im ersten Quartal 2017 sowie der Veräußerung der Anteile an der ICE US Holding Company L.P. im vierten Quartal 2017 zurückzuführen. Bereinigt um diese einmaligen Erträge betrug das Beteiligungsergebnis 8,3 Mio. € (2016: 5,7 Mio. €).

Das Ergebnis von Zinsen, Steuern und Abschreibung (EBITDA) steigerte die Gruppe Deutsche Börse um 23 Prozent. Dieser Anstieg ist im Wesentlichen auf das höhere Beteiligungsergebnis bei gleichzeitig niedrigeren operativen Kosten zurückzuführen. Bereinigt stieg das EBITDA um 6 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

In den letzten Jahren hat die Gruppe Deutsche Börse umfangreiche Investitionen in ihre Infrastruktur vorgenommen, um ihre technologische Spitzenstellung zu behaupten. Dementsprechend lagen Abschreibungen und Wertminderungsaufwand im Berichtsjahr um 22 Prozent über dem Vorjahr. Bereinigt um Einmaleffekte stiegen die Abschreibungen um 25 Prozent auf 157,3 Mio. €.

Das Ergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT) steigerte die Gruppe Deutsche Börse im Berichtsjahr um 24 Prozent, bereinigt um 4 Prozent.

Das Finanzergebnis der Gruppe belief sich im Berichtsjahr auf –79,7 Mio. € (2016: –74,6 Mio. €). Bereinigt um Einmaleffekte lag das Finanzergebnis bei –69,7 Mio. € (2016: –74,6 Mio. €).

Die effektive Gruppensteuerquote für 2017 lag bei 30,5 Prozent, bereinigt betrug sie wie erwartet 27,0 Prozent.

Bei dem den Anteilseignern der Deutsche Börse AG zuzurechnenden Periodenüberschuss verzeichnete die Gruppe Deutsche Börse einen Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 21 Prozent, bereinigt um 6 Prozent.

Der den nicht beherrschenden Gesellschaftern zuzurechnende Periodenüberschuss belief sich auf 21,7 Mio. € (2016: 25,5 Mio. €). Dabei wurden hauptsächlich die nicht beherrschenden Gesellschafter der EEX-Gruppe an den entstandenen Gewinnen beteiligt.

Das unverwässerte Ergebnis je Aktie belief sich auf Basis des gewichteten Durchschnitts von 186,8 Mio. Aktien auf 4,68 € (2016: 3,87 € bei durchschnittlich 186,8 Mio. ausstehenden Aktien). Bereinigt stieg das unverwässerte Ergebnis je Aktie auf 4,59 € (2016: 4,34 €).

Geschäftszahlen der Gruppe Deutsche Börse

	Unbereinigt			Bereinigt		
	2017 Mio. €	2016 Mio. €	Veränderung %	2017 Mio. €	2016 Mio. €	Veränderung %
Nettoerlöse	2.462,3	2.388,7	3	2.462,3	2.388,7	3
Operative Kosten	1.131,6	1.186,4	–5	1.039,5	1.048,7	–1
EBITDA	1.528,5	1.239,2	23	1.431,1	1.345,7	6
Abschreibung und Wertminderungsaufwand	159,9	131,0	22	157,3	125,5	25
EBIT	1.368,6	1.108,2	24	1.273,8	1.220,2	4
Den Anteilseignern der Deutsche Börse AG zuzurechnender Periodenüberschuss	874,3	722,1	21	857,1	810,8	6
Ergebnis je Aktie (unverwässert) in €	4,68	3,87	21	4,59	4,34	6

Vergleich der Ertragslage mit der Prognose für 2017

Für das Jahr 2017 hatte die Gruppe Deutsche Börse auf Basis eines weiteren Anstiegs des Wirtschaftswachstums, eines verbesserten zyklischen Marktumfelds, insbesondere einer höheren Aktienmarktvolatilität und wieder steigender Zinsen, und der vielfältigen strukturellen Wachstumsinitiativen ursprünglich einen Anstieg der Nettoerlöse in einer Bandbreite von 5 bis 10 Prozent erwartet. Zwar entwickelte sich die Weltwirtschaft wie erhofft, allerdings blieb die Aktienmarktvolatilität im Jahresdurchschnitt unter der des Vorjahres und die Zinsen wurden nur in den USA erhöht – in Europa blieben sie auf dem niedrigen Niveau des Vorjahres. Die eingangs im [Abschnitt „Geschäftsverlauf“](#) geschilderten Rahmenbedingungen spiegelten daher nur teilweise die Annahmen wider, die der Prognose zugrunde lagen. Auf Basis ihres breit diversifizierten Geschäftsmodells steigerte die Gruppe Deutsche Börse ihre Nettoerlöse um 3 Prozent und erreichte damit ihre Prognose für 2017 nicht ganz. Ordnet man die Nettoerlöszuwächse und -rückgänge zyklisch und strukturell bedingten Ursachen zu, so zeigt sich, dass die Gruppe die auf strukturellen Treibern basierenden Nettoerlöse um 5 Prozent steigern konnte. Wesentliche Treiber dieses Wachstums waren das Verwahrgeschäft, das Fondsgeschäft sowie das Sicherheitenmanagement bei Clearstream, das Indexgeschäft von MD+S sowie neue Produkte bei Eurex. Zyklische Faktoren hingegen gaben der Gruppe Deutsche Börse zwar Rückenwind im Bankgeschäft von Clearstream oder beim Handel von Zinsderivaten im Terminmarkt, führten aber andererseits dazu, dass die Zahl der gehandelten Kontrakte im umsatzstärksten Geschäftsfeld von Eurex deutlich hinter dem Vorjahr zurückblieben. In Kombination mit Konsolidierungseffekten ergab sich ein Rückgang der zyklisch bedingten Nettoerlöse um 2 Prozent.

Ihre operativen Kosten (inklusive Abschreibung) steuert die Gruppe Deutsche Börse nach Prinzipien, die die Skalierbarkeit ihres Geschäftsmodells gewährleisten, und zwar in Abhängigkeit von der Entwicklung der Nettoerlöse. Für 2017 hatte die Gruppe einen Anstieg der bereinigten operativen Kosten (inklusive Abschreibung) zwischen 0 und 5 Prozent prognostiziert, abhängig vom Wachstum der Nettoerlöse. Mit einem Anstieg der bereinigten operativen Kosten (inklusive Abschreibung) um 2 Prozent hat die Gruppe dieses Ziel grundsätzlich erreicht.

Bei einem Anstieg der Nettoerlöse von 5 bis 10 Prozent und einer Kostenentwicklung in einer hiervon abhängigen Bandbreite hatte die Gruppe Deutsche Börse mit einem Anstieg des Periodenüberschusses, der den Anteilseignern der Deutsche Börse AG zuzurechnen ist, um 10 bis 15 Prozent gerechnet. Nachdem der Anstieg der Nettoerlöse etwas unter den Erwartungen geblieben ist und der Rückgang der operativen Kosten von den deutlich höheren Abschreibungen überlagert wurde, blieb auch das Ergebnis leicht hinter der Prognose zurück. Die Gruppe Deutsche Börse erzielte auf bereinigter Basis ein Plus von 6 Prozent beim Periodenüberschuss, der den Anteilseignern der Deutsche Börse AG zuzurechnen ist. Zudem erzielte sie mit 1,4 ein Verhältnis der verzinslichen Bruttoschulden zum bereinigten EBITDA leicht

Kennzahlen nach Quartalen (bereinigt)

	1. Quartal		2. Quartal		3. Quartal		4. Quartal	
	2017 Mio. €	2016 Mio. €	2017 Mio. €	2016 Mio. €	2017 Mio. €	2016 Mio. €	2017 Mio. €	2016 Mio. €
Nettoerlöse	623,4	610,5	623,6	600,7	576,3	558,5	639,0	619,0
Operative Kosten	245,1	249,3	245,4	245,1	247,4	244,8	301,6	309,5
EBITDA	380,2	362,8	379,5	356,3	333,1	316,9	338,3	309,7
Abschreibung und Wertminderungsaufwand	35,2	30,5	39,2	30,7	40,3	30,9	42,6	33,4
EBIT	345,0	332,3	340,3	325,6	292,8	286,0	295,7	276,3
Den Anteilseignern der Deutsche Börse AG zuzurechnender Periodenüberschuss	232,2	221,3	232,8	218,5	198,1	190,7	194,0	180,3
Ergebnis je Aktie (unverwässert) in €	1,24	1,18	1,25	1,17	1,06	1,02	1,04	0,97

unter dem angestrebten Wert von maximal 1,5. Die bereinigte Steuerquote lag mit 27,0 Prozent genau auf dem angestrebten Niveau. Wie erwartet erzielte die Gruppe Deutsche Börse einen deutlich positiven Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit. Die Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachlagen lagen mit 149,2 Mio. € im Rahmen der Prognose. Auch die Dividendenausschüttungsquote, die die Gruppe im Einklang mit den höheren Ergebniszielen auf einen Wert in der Mitte der Bandbreite von 40 bis 60 Prozent des (bereinigten) Periodenüberschusses, der den Anteilseignern der Deutsche Börse AG zuzurechnen ist, angepasst hatte, wird – basierend auf dem Vorschlag an die Hauptversammlung – mit 53 Prozent erreicht.

Segment Eurex

Die Geschäftsentwicklung im Terminmarktsegment Eurex hängt in erster Linie von der Handelsaktivität institutioneller Investoren und dem Eigenhandel professioneller Marktteilnehmer ab. Die Erlöse des Segments bestehen im Wesentlichen aus Entgelten, die für den Handel und das Clearing von Terminkontrakten erhoben werden.

Hauptumsatztreiber an den Terminmärkten der Gruppe Deutsche Börse sind die an Eurex Exchange gehandelten Finanzderivate: Indexderivate erzielten einen Anteil von 39 Prozent an den Nettoerlösen, Zinsderivate 20 Prozent und Aktienderivate 4 Prozent. Die an der European Energy Exchange AG und ihren Tochtergesellschaften bzw. Beteiligungen (EEX-Gruppe) gehandelten Energieprodukte und Derivate hierauf (Commodities) steuerten 21 Prozent bei; weitere rund 7 Prozent stammen aus dem Devisenhandel von 360T[®]. Zu „Sonstige“ (9 Prozent) zählen u. a. das Repo-Geschäft, die Teilnehmergebühren der Handels- und Clearingteilnehmer und Zinserträge, die die Clearinghäuser der Gruppe im Rahmen der Anlage von Barsicherheiten ihrer Kunden erzielen.

Im Terminmarkt ergab sich 2017 ein differenziertes Bild beim Blick auf die gehandelten Volumina in den zentralen Geschäftsfeldern – Finanzderivate (Eurex Exchange), Commodities (EEX-Gruppe) und Devisen (360T). Während Eurex Exchange den Handel mit Zinsderivaten steigern konnte, blieb der Handel mit Indexderivaten aufgrund der niedrigen Volatilität im Aktienmarkt hinter dem Vorjahresquartal zurück. Im Sektor Commodities wiederum florierte der Handel mit Gasprodukten und Emissionsrechten, während der Strommarkt im Zuge regulatorischer Eingriffe Einbußen hinnehmen musste. Die täglich gehandelten Foreign Exchange (FX)-Volumina auf der Handelsplattform 360T stiegen in einem stagnierenden Gesamtmarkt im Berichtsjahr weiter an.

Die Nettoerlöse des Segments gingen um 3 Prozent zurück, die operativen Kosten um 1 Prozent, bereinigt blieben die operativen Kosten stabil. Das EBITDA stieg um 23 Prozent, es enthält einmalige Erlöse von 189,2 Mio. € im Zusammenhang mit der vollständigen Veräußerung der Anteile an der BATS Global Markets, Inc. (BATS) im ersten Quartal 2017 sowie der Veräußerung der Anteile an der ICE US Holding Company L.P. im vierten Quartal 2017. Bereinigt lag das EBITDA um 6 Prozent unter dem des Vorjahres.

Wesentliche Kennzahlen der Segmente (bereinigt)

	Eurex		Xetra		Clearstream		Market Data + Services	
	2017 Mio. €	2016 Mio. €	2017 Mio. €	2016 Mio. €	2017 Mio. €	2016 Mio. €	2017 Mio. €	2016 Mio. €
Nettoerlöse	1.002,1	1.035,3	176,5	164,6	886,9	797,4	396,8	391,4
Operative Kosten	442,7	443,6	88,4	90,1	370,7	365,1	137,7	149,9
EBITDA	562,4	595,6	93,4	76,1	516,2	432,5	259,1	241,5
Abschreibung und Wertminderungsaufwand	81,3	69,8	7,8	5,6	54,2	39,5	14,0	10,6
EBIT	481,1	525,8	85,6	70,5	462,0	393,0	245,1	230,9

Die Zinsschritte in den USA und die Erwartung, dass die Europäische Zentralbank (EZB) in den nächsten zwei Jahren ihren geldpolitischen Kurs anpassen, die Negativzinsen beenden und das QE-Programm reduzieren könnte, steigerten die Nachfrage nach Zinsderivaten. Das Handelsvolumen von Zinsderivaten stieg im Berichtsjahr um 11 Prozent. Die Produktgruppe mit den höchsten Handelsumsätzen waren wie schon im Vorjahr die Aktienindexderivate der Eurex. Die anhaltend niedrige Volatilität im Markt erzeugte allerdings keine Handelsanreize, sodass deutlich weniger Indexkontrakte gehandelt wurden als im Vorjahr. Dieser Rückgang betrifft auch die mit Abstand am meisten gehandelten Produkte, nämlich Kontrakte auf den EURO STOXX 50®-Index und den DAX®-Index. Über die kontinuierliche Diversifizierung der Produktpalette gelingt es Eurex, die Abhängigkeit von diesen Benchmark-Produkten sukzessive zu reduzieren. Im Berichtsjahr haben beispielsweise Produkte auf MSCI-Indizes, Kontrakte auf Sektor-, Dividenden- und Volatilitätsindizes in Summe rund 18 Prozent des gesamten Handelsvolumens in Indexderivaten betragen. In der Produktgruppe der Aktienderivate von Eurex (Single-Stock Options und Futures) nahm der Handel um 6 Prozent ab. In Summe wurden 2017 an Eurex Exchange 1.675,9 Mio. Futures und Optionen gehandelt und damit 3 Prozent weniger als im Vorjahr (2016: 1.727,5 Mio.).

Die EEX-Gruppe bietet den zentralen Marktplatz für Energie- und Commodity-Produkte für Teilnehmer in mehr als 30 Ländern weltweit. Das Angebot des Unternehmens umfasst Kontrakte auf Energie, Metalle, Umwelt-, Fracht- und Agrarprodukte. Im Mai 2017 übernahm die EEX alle Anteile an der Nodal Exchange Holdings, LLC. Mit dieser Akquisition erschließt die EEX-Gruppe den Zugang zum nordamerikanischen Energiemarkt und baut ihre globale Präsenz und Mitgliederbasis weiter aus. Nodal Exchange

Wesentliche Kennzahlen im Segment Eurex

	2017	2016	Veränderung
Finanzkennzahlen	Mio. €	Mio. €	%
Nettoerlöse	1.002,1	1.035,3	-3
Operative Kosten	485,6	492,5	-1
EBITDA	709,0	577,9	23
EBITDA (bereinigt)	562,4	595,6	-6
Abschreibung und Wertminderungsaufwand	83,4	73,9	13
EBIT	625,6	504,0	24
EBIT (bereinigt)	481,1	525,8	-9
Finanzderivate: Handelsvolumen an Eurex Exchange	Mio. Kontrakte	Mio. Kontrakte	%
Derivate ¹⁾	1.675,9	1.727,5	-3
Aktienindexderivate ²⁾	818,6	909,4	-10
Zinsderivate	582,1	526,6	11
Aktienderivate ³⁾	275,0	291,4	-6
Commodities: Handelsvolumen an der EEX⁴⁾	TWh / Mio. t CO₂	TWh / Mio. t CO₂	%
Strom	3.760,7 ⁵⁾	4.455,6	-16
Gas	1.981,5	1.756,2	13
Emissionshandel	1.380,5	949,9	45
Devisen: Handelsvolumen auf 360T⁵⁾	Mrd. €	Mrd. €	%
Durchschnittliches tägliches Volumen auf 360T	60,8	57,6	6

1) Die Gesamtsumme weicht aufgrund von Rundungsdifferenzen von der Summe der Einzelwerte ab.

2) Inkl. Indexdividenden- und Volatilitätsderivate, Werte für 2016 entsprechend angepasst

3) Inkl. Aktiendividenden- und ETF-Derivate, Wert für 2016 entsprechend angepasst

4) Volumen an der EEX in Terawattstunden (TWh) für den Strom- und Gashandel sowie in Mio. Tonnen CO₂ für den Handel mit Emissionsrechten

5) Inkl. Nodal Exchange (394,9 TWh seit Mai 2017)

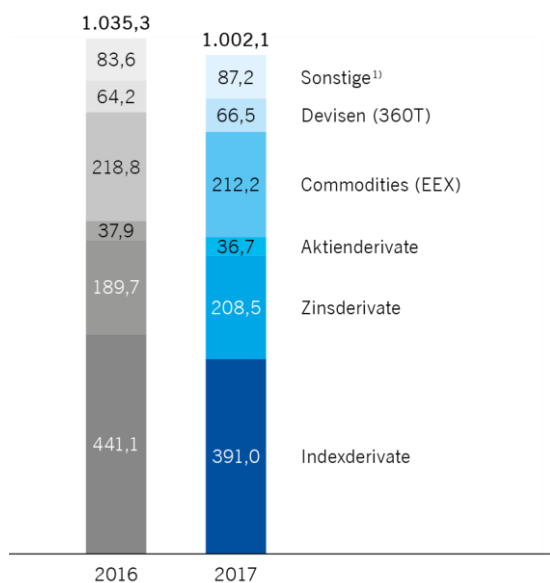
bietet zahlreiche Strom- und Erdgaskontrakte für die Absicherung von Energiepreisrisiken in den USA an. Seit dem 3. Mai 2017 wird Nodal Exchange voll in den Konzernabschluss einbezogen. Erlöse und Kosten werden bei den Commodities berichtet.

Im Strommarkt führte die vom Regulator initiierte Debatte über Preiszonen und die bevorstehende Trennung der gemeinsamen deutsch/österreichischen Preiszone zu einem deutlichen Rückgang der Volumina am Strom-Terminmarkt. Die EEX entwickelte daraufhin neue Produkte für Deutschland und Österreich, die ihren Kunden eine Absicherung trotz möglicher Aufteilung der Preiszone garantieren, und konnte in der zweiten Jahreshälfte sukzessive Marktanteile zurückgewinnen. Der neu eingeführte Phelix-DE Future hat sich entlang der gesamten Kurve als neue Benchmark für europäischen Strom etabliert. Des Weiteren hat sich die überraschende Abschaltung von Atomkraftwerken in Frankreich 2016 negativ auf die Handelsumsätze in der ersten Jahreshälfte 2017 ausgewirkt. Im italienischen Strommarkt konnte die EEX den Marktanteil im Berichtsjahr auf 74 Prozent steigern. Im Handel mit Erdgasprodukten gewann PEGAS, die Gasplattform der EEX-Gruppe, dank ihrer breiten Produktpalette und hohen Preisqualität Marktanteile und steigerte die Volumina deutlich. Im Handel mit Emissionsrechten nahmen die Volumina sowohl am Spot- als auch am Terminmarkt zweistellig zu.

Die Gruppe Deutsche Börse konnte die auf 360T täglich in Devisen gehandelten Volumina und ihren Marktanteil weiter steigern, obwohl der weltweite Devisenhandel im Berichtsjahr stagnierende Handelsvolumina zu verzeichnen hatte. Dem Devisenmarkt fehlten in der ersten Hälfte des Jahres wichtige makroökonomische Impulse infolge des Niedrigzinsumfelds in Europa und der vergleichsweise geringen Schwankungen in den Hauptwährungen. Entsprechend niedrig war die Volatilität, von Ausschlägen zu einzelnen Anlässen wie z. B. politischen Ereignissen abgesehen. Dagegen wirkten sich die Zinserhöhungen des letzten Quartals 2017 in den USA positiv auf die Handelsvolumina aus. Zum Wachstum hat im

Nettoerlöse im Segment Eurex

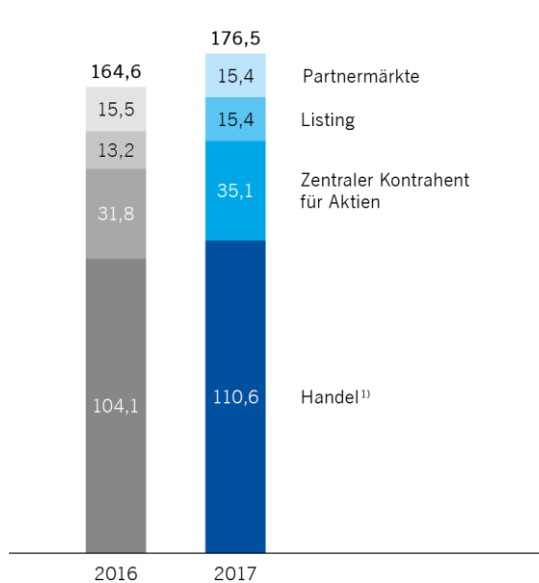
in Mio. €



1) Inkl. Repo-Geschäft und Nettozinsenträge aus dem Bankgeschäft

Nettoerlöse im Segment Xetra

in Mio. €



1) Die Position „Handel“ umfasst das elektronische Handelssystem Xetra®, den Handel an der Börse Frankfurt und den Handel mit strukturierten Produkten.

Wesentlichen die Handelsaktivität von Neukunden beigetragen. Es zahlt sich aus, dass 360T sein Netzwerk über alle Regionen und Marktsegmente kontinuierlich ausgebaut hat, besonders in den Wachstumsmärkten Asien/Pazifik und USA, und neben weiteren Unternehmen und Banken v. a. auch auf Vermögensverwalter als Kunden abzielt – darin liegt in Zukunft einer der strategischen Schwerpunkte von 360T. Neue Handelsmechanismen im FX-Sporthandel trugen ebenfalls zum Erfolg von 360T bei. Zusammenfassend generierte 360T Wachstum aus seinen wichtigsten Vektoren: Geographie, Kundensegmente und Produkte. Die Kunden wissen die Leistungsfähigkeit der 360T-Handelsplattform zu schätzen. Beleg hierfür sind drei aktuell verliehene Awards der Zeitschrift Euromoney für die Ausführungsgeschwindigkeit (Speed of Execution), die Vielfalt des Händlernetzwerks (Variety of Dealers) und das Produktangebot (Breadth of Currencies) sowie die im Rahmen der FX Week Best Banks Awards 2017 verliehene Auszeichnung als „Best Professional E-Trading Venue“.

MiFID II bringt auch für den Terminmarkt grundlegende Veränderungen mit sich und schafft neue Wettbewerbsdynamiken. Eurex ist bestens darauf vorbereitet und unterstützt die Märkte bei der Umstellung. Eurex bietet z. B. neue Handelsmodelle und Services zur Erschließung von Liquidität außerhalb des Orderbuchs und trägt so den neuen Best Execution- und Transparenzanforderungen Rechnung. Mit neuen Market-Making-Modellen reagiert Eurex auf Vorgaben in den Bereichen Market Making, algorithmischer Handel, Lizenzierung sowie Standort- und Äquivalenzanforderungen.

Segment Xetra

Das Segment Xetra erzielt den Großteil seiner Nettoerlöse aus dem Handel und der Verrechnung (Clearing) von Wertpapieren des Kassamarktes. Wichtigster Umsatzträger mit 63 Prozent waren die Nettoerlöse aus dem Handel. 20 Prozent trug der von der Eurex Clearing AG betriebene zentrale Kontrahent (Central Counterparty, CCP) für Aktien und Exchange Traded Products (ETPs) zu den Nettoerlösen des Segments bei; die Nettoerlöse des CCP hängen dabei maßgeblich von der Handelsaktivität am Handelsplatz Xetra® ab. Listingenerlöse werden in erster Linie durch die bestehende Notierung von Unternehmen und Neuzulassungen generiert; sie machen rund 9 Prozent aus. Mit Partnermärkten und Kooperationen mit anderen Börsen erzielt das Segment 9 Prozent der Nettoerlöse.

Die Nettoerlöse im Segment Xetra stiegen im Berichtsjahr 2017 um 7 Prozent. Die operativen Kosten nahmen um 4 Prozent ab, bereinigt um 2 Prozent. Das EBITDA nahm infolge der höheren Nettoerlöse bei geringeren Kosten um 28 Prozent zu, bereinigt um 23 Prozent.

An den Kassamärkten der Gruppe Deutsche Börse – Xetra, Börse Frankfurt und Tradegate – nahm der Handel 2017 durchweg zu. 2017 wurden Wertpapiere mit einem Gesamtvolumen von 1,47 Bio. € umgesetzt (2016: 1,38 Bio. €), zugleich das zweithöchste Volumen seit 2012. Zu den Wertpapieren zählen Aktien und Anleihen deutscher und internationaler Emittenten, börsengehandelte Indexfonds (Exchange Traded Funds, ETFs) und börsengehandelte Rohstoffe (Exchange Traded Commodities, ETCs) sowie Anteile an aktiv gemanagten Publikumsfonds und strukturierte Produkte. Institutionelle, international tätige und private Investoren mit Schwerpunkt auf sehr liquiden Aktien und ETFs sind vorrangig auf dem Handelsplatz Xetra aktiv. Entsprechend erzielt Xetra den mit Abstand größten Handelsumsatz im Segment. Zudem betreibt die Deutsche Börse den Handel an der Börse Frankfurt und ist an der Tradegate Exchange GmbH mit 75 Prozent beteiligt. Sie hält darüber hinaus knapp 20 Prozent an der Tradegate AG Wertpapierhandelsbank, die die restlichen Anteile an der Tradegate Exchange hält.

Die Ursachen für den Anstieg der Handelsumsätze trotz anhaltend niedriger Volatilität im Aktienmarkt sind vielfältig. Die politische und wirtschaftliche Lage im Euroraum hat sich stabilisiert und insbesondere die deutsche Wirtschaft glänzt mit hervorragenden Bilanzen und vollen Auftragsbüchern; zugleich bewegen sich die Leitindizes DAX und STOXX auf Rekordniveau. Das Vertrauen der Investoren in Europa als stabiler Wirtschaftsraum mit guten Wachstumsperspektiven hat wieder zugenommen, während sich in

den USA im ersten Jahr der Präsidentschaft von Trump Ernüchterung breitmachte. Zudem ist die Aktie in der derzeitigen Niedrigzinsphase eine von nur wenigen Anlageformen, die Investoren die Chance auf höhere Renditen eröffnet und langfristig als Baustein der privaten Altersvorsorge in der öffentlichen Debatte an Relevanz gewinnt.

Auch im Vergleich mit den sog. multilateralen Handelssystemen konnte der Handelsplatz Xetra zulegen und beispielsweise seine Position als Referenzmarkt für den Handel mit DAX-Aktien wieder auf 65 Prozent ausbauen (2016: 57 Prozent). Gefördert wurde die Attraktivität des börslichen Handels auch durch die neue Handelstechnologie T7[®], auf die der Xetra-Handel im Juli 2017 migrierte und die zahlreiche Vorteile bietet. Durch den Einsatz von T7 verringert sich beispielsweise erneut die Latenz im Handel, also die Laufzeit einer Order innerhalb des Systems.

Nicht zuletzt dank dieser technologischen Erneuerung ihrer Systeme für den Handelsplatz Xetra konnte die Deutsche Börse mit Fidelity, Vanguard und Franklin Templeton weitere namhafte Emittenten für ihr Segment der ETFs gewinnen. Die Deutsche Börse bietet Anlegern die größte Auswahl an ETFs unter den europäischen Börsen: Zum 31. Dezember 2017 waren 1.205 ETFs gelistet (2016: 1.133 ETFs). Das von den Emittenten über ETFs verwaltete Vermögen lag zum Jahresende mit 527,1 Mrd. € um 28 Prozent über dem Vorjahr (31. Dezember 2016: 411,6 Mrd. €). Die Handelsumsätze sanken allerdings um 17 Prozent auf 131,7 Mrd. € (2016: 158,0 Mrd. €). Damit bleibt die Deutsche Börse Europas führender Marktplatz für den Handel von ETFs. Die am meisten gehandelten ETFs basieren auf den europäischen Aktienindizes von STOXX und dem DAX-Index.

Vom stabilen wirtschaftlichen Umfeld konnte Xetra-Gold[®] profitieren, die von der Deutsche Börse Commodities emittierte Inhaberschuldverschreibung. Der Anstieg liegt vor allem an der hohen Nachfrage von institutionellen Investoren. Der Goldbestand erreichte zum Jahresende mit 174,2 Tonnen (2016: 117,6 Tonnen) sein höchstes Niveau. Das verwaltete Vermögen von Xetra-Gold belief sich zum 31. Dezember 2017 auf das Rekordvolumen von rund 6,1 Mrd. €. (2016: 4,2 Mrd. €). Von allen über den Börsenplatz Xetra gehandelten ETCs ist Xetra-Gold das mit Abstand umsatzstärkste Wertpapier. Im Gesamtjahr 2017 lag der Orderbuchumsatz bei rund 2,9 Mrd. €.

Eine Börse soll Finanzierungsquelle und Wachstumsinkubator für die Realwirtschaft sein. Das gehört zu den Kernaufgaben des Börsengeschäfts. Vor diesem Hintergrund war 2017 ein zufriedenstellendes Jahr für Börsengänge. Insgesamt fanden an der Frankfurter Wertpapierbörse 13 Neuemissionen (IPOs) statt

Wesentliche Kennzahlen im Segment Xetra

	2017	2016	Veränderung
Finanzkennzahlen	Mio. €	Mio. €	%
Nettoerlöse	176,5	164,6	7
Operative Kosten	93,5	97,4	-4
EBITDA	88,3	68,8	28
EBITDA (bereinigt)	93,4	76,1	23
Abschreibung und Wertminderungsaufwand	7,8	5,6	39
EBIT	80,5	63,2	27
EBIT (bereinigt)	85,6	70,5	21
Kassamarkt-Handelsvolumen in Einfachzählung	Mrd. €	Mrd. €	%
Handelsplatz Xetra [®]	1.329,7	1.262,1	5
Börse Frankfurt	46,7	43,9	6
Tradegate	91,2	71,0	28

(2016: 19 Neuemissionen). Das Emissionsvolumen lag bei insgesamt rund 2,7 Mrd. € (2016: 5,2 Mrd. €). Der größte IPO des Jahres gelang der Delivery Hero AG, einem Anbieter von Online-Essensbestelldiensten, mit einem Gesamtvolumen der Emission von 1,0 Mrd. €.

Doch suchen Unternehmen immer wieder auch nichtbörsliche Refinanzierungsmöglichkeiten, nicht zuletzt bedingt durch das derzeit niedrige Zinsniveau und die große Geldmenge im Markt. Hier kommt das Deutsche Börse Venture Network ins Spiel. Es bringt Unternehmen in der Wachstumsphase, die Bedarf an Anschlussfinanzierungen ab einer Summe von 1 Mio. € haben, gezielt mit internationalen Investoren zusammen, um ihnen die Kapitalaufnahme zu erleichtern. Über die exklusive Onlineplattform des Venture Network können Investoren und Unternehmer in Erstkontakt treten und in einem geschützten Bereich Informationen austauschen. Das Venture Network wächst kontinuierlich und wird immer internationaler: Zum Ende des Berichtsjahres waren 175 Wachstumsunternehmen und 300 Investoren auf der Plattform aktiv. Die Unternehmen konnten im Berichtsjahr rund 500 Mio. € an Wachstumskapital aufnehmen, zusätzlich wurden 1,3 Mrd. € aus drei Börsengängen aus dem Netzwerk heraus Erlöst.

Ziel der Deutschen Börse bleibt, ein Ökosystem für Wachstum zu etablieren, um einen besseren Investitionsfluss in die Realwirtschaft und Finanzierungsmöglichkeiten für Unternehmen jeglicher Größe zu ermöglichen. Für kleine und mittlere Unternehmen, die vorrangig aus Deutschland und bereits etabliert sind, hat die Deutsche Börse das neue Börsensegment Scale aufgebaut. Das Segment startete am 1. März 2017 – bis zum Jahresende zählte Scale 48 Emittenten von Aktien und 11 Emittenten von Anleihen; die Handelsvolumina der in Scale gewechselten Unternehmen hat sich seitdem mehr als verdoppelt. Im März legte die Deutsche Börse den Scale All Share Index auf, der Anfang 2018 durch einen Auswahlindex ergänzt wurde.

Am 3. Januar 2018 trat MiFID II in Kraft, die überarbeitete Richtlinie zur Regulierung der Märkte für Finanzinstrumente. MiFID II verlagert beispielsweise den Handel von Finanzinstrumenten von außerbörslichen auf börslich regulierte Handelsplätze und schränkt den Handel in sog. Dark Pools – das sind nichtbörsliche Märkte, auf denen Anleger große Aktienpakete kaufen oder verkaufen können, ohne vorher die Größe der Orders oder den von ihnen gezahlten Preis offenzulegen – auf 8 Prozent des Volumens in jeder Aktie ein. Die Deutsche Börse hat sich frühzeitig auf diese absehbaren Veränderungen im Orderflow eingestellt und hat Handels- und Reportingsysteme entwickelt, die ihren Kunden helfen, die Verpflichtungen nach MiFID II zu erfüllen.

Segment Clearstream

Das Segment stellt die dem Handel nachgelagerte Infrastruktur für den Eurobond-Markt und Dienstleistungen für Wertpapiere von mehr als 50 Märkten weltweit bereit. Dabei stellt Clearstream sicher, dass Geld und Wertpapiere nach vollzogenem Handelsgeschäft den Besitzer wechseln und ist für Emission, Abwicklung, Management und Verwahrung der Wertpapiere verantwortlich. Als internationaler Zentralverwahrer (International Central Securities Depository, ICSD) erbringt Clearstream diese Abwicklungs- und Verwahrleistungen für in Luxemburg verwahrte Wertpapiere. Als Zentralverwahrer (Central Securities Depository, CSD) bedient Clearstream den Markt für deutsche Wertpapiere. Das ICSD- und das CSD-Geschäft trugen im Berichtsjahr 63 Prozent zu den Nettoerlösen bei. Mit Dienstleistungen im Bereich Investmentfonds erzielte Clearstream 16 Prozent der Nettoerlöse: Kunden können ihr gesamtes Fondsportfolio über Clearstreams Fondsverarbeitungsplattform Vestima® abwickeln und verwahren. Die Nettoerlöse aus der globalen Wertpapierfinanzierung (Global Securities Financing, GSF) – hierzu zählen die Bereiche Triparty Repo, GC Pooling®, Wertpapierleihe und Sicherheitenmanagement (Collateral Management) – steuerten 9 Prozent zu den Nettoerlösen des Segments bei. Die Nettozinserträge aus dem Bankgeschäft von Clearstream machten einen Anteil von 12 Prozent der Nettoerlöse aus.

Im Berichtsjahr verzeichnete Clearstream erhebliches Wachstum im Fondsgeschäft und bei den Nettozinserträgen aus dem Bankgeschäft. Das Segment steigerte die Nettoerlöse um 11 Prozent. Die operativen Kosten nahmen um 3 Prozent ab, bereinigt stiegen sie um 2 Prozent. Das EBITDA stieg daher um 26 Prozent, bereinigt um 19 Prozent.

Innerhalb des ICSD- und CSD-Geschäfts liefert das Verwahrgeschäft (Custody) den größeren Beitrag. Die Nettoerlöse werden im Wesentlichen durch das Volumen und den Wert der verwahrten Wertpapiere bestimmt – hierüber definieren sich die Depotentgelte. Das Abwicklungsgeschäft (Settlement) hängt stark von der Zahl der Transaktionen ab, die Clearstream über börsliche und außerbörsliche Handelsplätze abwickelt. Das inländische CSD-Geschäft bildet die Geschäftsentwicklung auf dem deutschen Kassamarkt ab. Die Höhe des Verwahrvolumens wird im Wesentlichen vom Marktwert der dort gehandelten Aktien, Fonds und strukturierten Produkte bestimmt. Anfang Februar 2017 migrierte Clearstream das inländische Abwicklungsgeschäft seiner CSDs auf die TARGET2-Securities (T2S)-Plattform der EZB. Mit der Migration des größten T2S-Teilnehmers stieg das Abwicklungsvolumen auf der EZB-Plattform sprunghaft um rund 40 Prozent an. Für Clearstream entfallen seitdem die Nettoerlöse aus dem inländischen Abwicklungsgeschäft. Obwohl Clearstream als einziger europäischer Zentralverwahrer keine zusätzliche Marge auf die Abwicklungsgebühren der EZB erhebt und seinen Kunden somit die günstigsten Abwicklungsdienstleistungen bietet, konnte der Wegfall der Abwicklungserlöse durch den höheren Wert des von den inländischen CSDs verwahrten Vermögens und Anpassungen der Preismodelle an die neue T2S-Landschaft kompensiert werden. Im ICSD-Geschäft ging der Wert des verwahrten internationalen

Wesentliche Kennzahlen im Segment Clearstream

	2017	2016	Veränderung
Finanzkennzahlen	Mio. €	Mio. €	%
Nettoerlöse	886,9	797,4	11
Operative Kosten	402,3	413,6	-3
EBITDA	484,6	384,0	26
EBITDA (bereinigt)	516,2	432,5	19
Abschreibung und Wertminderungsaufwand	54,5	40,6	34
EBIT	430,1	343,4	25
EBIT (bereinigt)	462,0	393,0	18
Kennzahlen des Geschäfts			
Internationales Geschäft (ICSD)	Mrd. €	Mrd. €	%
Wert der verwahrten Wertpapiere (Jahresdurchschnitt)	6.699,4	6.753,6	-1
Inländisches Geschäft (CSD)	Mrd. €	Mrd. €	%
Wert der verwahrten Wertpapiere (Jahresdurchschnitt)	4.546,5	4.419,3	3
Investment Funds Services	Mrd. €	Mrd. €	%
Wert der verwahrten Wertpapiere (Jahresdurchschnitt)	2.218,7	1.902,0	17
Globale Wertpapierfinanzierung	Mrd. €	Mrd. €	%
Ausstehendes Volumen (Jahresdurchschnitt)	459,8	515,9	-11
Nettozinserträge aus dem Bankgeschäft	Mrd. €	Mrd. €	%
Durchschnittlicher täglicher Liquiditätsbestand ¹⁾	13,6	13,1	4

1) Enthält rund 1,5 Mrd. €, die aufgrund von der EU und den USA verhängter Sanktionen gesperrt sind oder waren (2016: 1,5 Mrd. €)

Vermögens, das sich hauptsächlich aus OTC-gehandelten Anleihen zusammensetzt, im Vergleich zum Vorjahr aufgrund von geringerer Emissionstätigkeit leicht zurück, dagegen stieg die Zahl der Transaktionen um 25 Prozent.

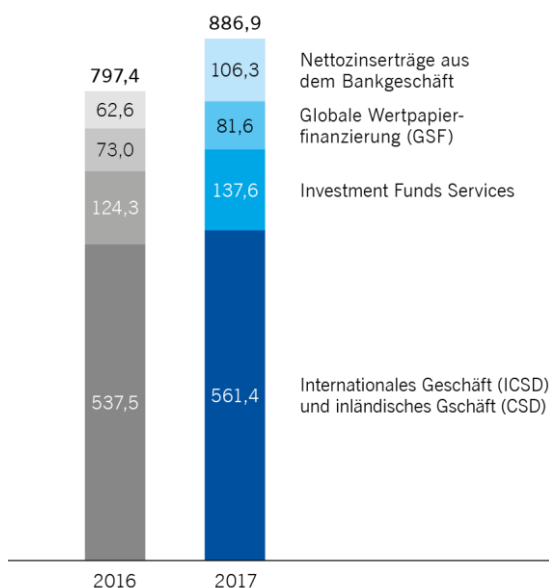
Den Geschäftsbereich Investment Funds Services konnte Clearstream signifikant ausbauen. Clearstream überzeugte neue Emittenten von seinen Dienstleistungen und steigerte das Volumen der verwahrten Vermögenswerte teils durch Kapitalzuflüsse aus den USA, teils durch die insgesamt positive Entwicklung an den internationalen Fondsmärkten im Jahresverlauf. Da für Teile des neu akquirierten Geschäfts anfänglich eine Gebührenbefreiung galt, profitierte das Segment erst im Laufe des Berichtsjahres vollständig von diesen Zugewinnen. Zugleich zieht Clearstream auch weiterhin neue Kunden als Partner im Hedgefonds-Geschäft an. So entschied sich Vontobel bei der Optimierung und Konsolidierung der Abwicklung von Dritt-Hedgefonds im Juni 2017 für Clearstream als strategischen Partner. Mit der von Clearstream bereitgestellten Abwicklungsinfrastruktur Vestima können alle Fondsarten, von Publikumsfonds bis hin zu Hedgefonds, auf einer einzigen Plattform bearbeitet werden. Zentralisierte Lösungen wie diese unterstützen die Marktteilnehmer bei der Einhaltung aufsichtsrechtlicher Anforderungen und neuer Vorschriften zur Risikominimierung.

Im Geschäftsbereich GSF sank das durchschnittliche ausstehende Volumen um 11 Prozent. Seitdem die EZB im Rahmen ihrer quantitativen Lockerungsmaßnahmen den Markt mit Liquidität flutet, gehen die Volumina deutlich zurück, insbesondere im Produkt GC Pooling. Zugleich verschieben sich die Aufträge in Richtung kleinerer, höher bepreister Leihen, sodass die Nettoerlöse von GSF insgesamt stiegen.

Die Kundenbareinlagen lagen um 4 Prozent über denen des Vorjahres. Neben diesem Volumenwachstum wirkte sich das anziehende Zinsniveau in den USA positiv auf die Nettozinserträge aus – die Fed hat den Leitzins im Berichtsjahr drei Mal angehoben, zuletzt im Dezember um 0,25 Prozent –, da rund 53 Prozent der Bareinlagen auf US-Dollar lauten. Das mit dem täglichen Liquiditätsbestand erzielte Zinsergebnis lag somit deutlich im Plus.

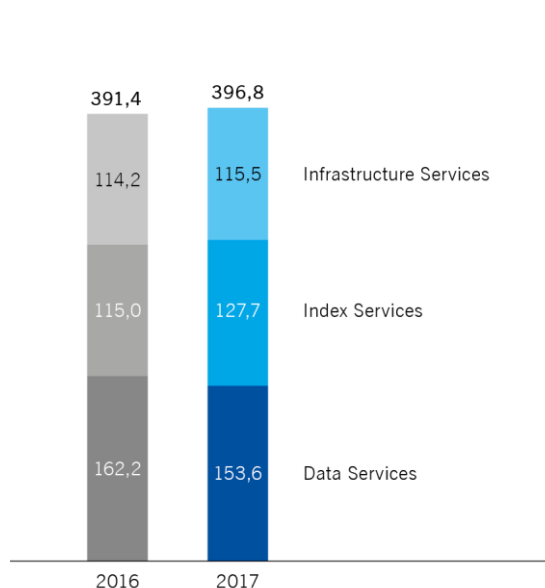
Nettoerlöse im Segment Clearstream

in Mio. €



Nettoerlöse im Segment Market Data + Services

in Mio. €



Segment Market Data + Services

Kerngeschäft des Segments Market Data + Services ist die Entwicklung, Produktion und Vermarktung von kapitalmarktrelevanten Informationen, Technologie- und Infrastrukturdienstleistungen an Kunden weltweit. Dazu gehören Handels- und Marktsignale in Echtzeit, aber auch Indizes wie EURO STOXX 50 oder DAX. Kapitalmarktteilnehmer abonnieren oder lizenzieren die Informationen, um sie selbst zu nutzen, sie weiterzuverarbeiten oder zu verteilen. Das Segment erzielt einen Großteil seiner Nettoerlöse auf Basis langfristiger Kundenbindungen und ist dabei relativ unabhängig von den Handelsvolumina und der Volatilität an den Kapitalmärkten. Die mit dem Geschäft des Tochterunternehmens, der MNI, in Verbindung stehenden Vermögenswerte und Schulden wurden im Zuge eines sog. Asset Deals mit Wirkung zum 8. Juli 2016 verkauft. Bereits im Februar 2016 veräußerte die Deutsche Börse AG ihren 50-prozentigen Anteil an der Infobolsa S.A. Die Nettoerlöse des Segments setzen sich aus den Geschäftsfeldern Data Services (39 Prozent), Index Services (32 Prozent) und Infrastructure Services (29 Prozent) zusammen.

Im Berichtsjahr konnte Market Data + Services seine Nettoerlöse leicht steigern. Dabei enthielt das operative Ergebnis im Vorjahr auch Nettoerlöse der im Jahresverlauf 2016 dekonsolidierten Gesellschaften MNI und Infobolsa. Die operativen Kosten gingen u. a. durch stringentes Kostenmanagement und Dekonsolidierungseffekte um 18 Prozent zurück, bereinigt um 8 Prozent. Das EBITDA des Segments stieg entsprechend deutlich um 18 Prozent, bereinigt um 7 Prozent.

Das Geschäftsfeld Data Services umfasst im Wesentlichen die Vermarktung von Lizenzen für Handels- und Marktsignale in Echtzeit sowie für die Lieferung von historischen Daten an Banken, Handelsunternehmen und Fondsgesellschaften. Die wichtigsten Produkte sind Orderbuchdaten aus den Kassa- und Terminmärkten, aber auch Referenzdaten der Deutschen Börse und ihrer Partnerbörsen. Das Kerngeschäft entwickelte sich durch die Einführung neuer Produkte und Lizenzmodelle grundsätzlich positiv. Allerdings konnte das Segment den Erlösrückgang durch den Verkauf von MNI nicht komplett abfedern. Zudem erhöhte die Auflösung einer Rückstellung im Jahr 2016 den Referenzwert für dieses Jahr. Um diese Effekte bereinigt, lagen die Erlöse von Data Services leicht über dem Vorjahr.

Im Geschäftsfeld Index Services erzielt die Deutsche Börse Erlöse aus der Berechnung und Vermarktung von Indizes und Benchmarks, die Banken und Fondsgesellschaften v. a. als Basiswerte oder Benchmarks für Finanzinstrumente, Investmentvehikel und Wertpapierportfolios dienen. Das Geschäft betreibt sie über ihre Tochtergesellschaft STOXX Ltd., die mit ihrem umfangreichen Indexangebot eine Vielzahl von Möglichkeiten für Emittenten bietet, Finanzprodukte für unterschiedlichste Investitionsstrategien aufzulegen. Das Indexgeschäft zählt zu den Wachstumsträgern der Gruppe Deutsche Börse und setzte

Wesentliche Kennzahlen im Segment Market Data + Services

	2017	2016	Veränderung
Finanzkennzahlen	Mio. €	Mio. €	%
Nettoerlöse	396,8	391,4	1
Operative Kosten	150,2	182,9	-18
EBITDA	246,6	208,5	18
EBITDA (bereinigt)	259,1	241,5	7
Abschreibung und Wertminderungsaufwand	14,2	10,9	30
EBIT	232,4	197,6	18
EBIT (bereinigt)	245,1	230,9	6
Kennzahlen des Geschäfts	Mrd. €	Mrd. €	%
Verwaltetes Vermögen in ETFs auf STOXX®-Indizes (Jahresdurchschnitt)	77,0	61,1	26
Verwaltetes Vermögen in ETFs auf DAX®-Indizes (Jahresdurchschnitt)	28,7	26,0	10

seinen Wachstumskurs im Berichtsjahr fort. Grund hierfür war v. a. das höhere Vermögen in ETFs basierend auf STOXX-Indizes und somit höhere Lizenzerlöse. Auch die Erlöse aus der Emission von strukturierten Produkten auf STOXX-Indizes stiegen im Vergleich zum Vorjahr. So konnte das Indexgeschäft in Summe den Erlösrückgang aus dem niedrigeren Handelsvolumen von den an der Eurex Exchange gehandelten Indexderivaten auf STOXX- und Deutsche Börse-Indizes mehr als kompensieren. STOXX setzte derweil seine Internationalisierungsstrategie fort und baute seine Präsenz in Hongkong aus, um optimal auf die Erwartungen regionaler Kunden im asiatisch-pazifischen Raum eingehen zu können.

In das Geschäftsfeld Infrastructure Services fließen v. a. Erlöse aus der Anbindung von Handels- und Clearingteilnehmern (Connectivity). Diese stiegen im Berichtsjahr, weil das Segment immer mehr Kunden für Datenverbindungen mit höherer Bandbreite bzw. für neue Anbindungsmodelle gewinnen konnte. Hinzu kommen Entwicklungs- und Betriebsleistungen für externe Technologiekunden, etwa für Partnerbörsen, für Designated Sponsor-Banken oder für die deutschen Regionalbörsen. Die Deutsche Börse betreibt die Technologie der Partnerbörsen in Dublin, Wien, Sofia, Ljubljana, Prag, Budapest, auf Malta und den Cayman-Inseln sowie im nationalen Markt die der deutschen Maklerbörsen und Banken in Frankfurt am Main, Berlin, Düsseldorf, Hamburg-Hannover und München. Die Irish Stock Exchange in Dublin wechselte im Berichtsjahr ebenfalls auf die T7-Handelstechnologie – ein Beleg für die Zuverlässigkeit und Leistungsfähigkeit der IT-Leistungen der Gruppe Deutsche Börse.

Entwicklung der Rentabilität

Die Konzerneigenkapital-Rentabilität stellt das Verhältnis des Ergebnisses nach Steuern zum Eigenkapital dar, das dem Konzern im Jahr 2017 durchschnittlich zur Verfügung stand. Sie lag im Berichtsjahr mit 18,8 Prozent über dem Vorjahr (2016: 17,3 Prozent). Bereinigt um die in der [Ertragslage](#) erläuterten Effekte lag die Eigenkapitalrendite bei 18,4 Prozent (2016: 19,4 Prozent).

Finanzlage

Cashflow

Der Finanzmittelbestand der Gruppe Deutsche Börse umfasst den Kassenbestand und die Bankguthaben, soweit diese nicht aus der Wiederanlage der kurzfristigen Verbindlichkeiten aus Bardepots der Marktteilnehmer resultieren, sowie die Forderungen und Verbindlichkeiten aus dem Bankgeschäft, deren ursprüngliche Fristigkeit drei Monate nicht übersteigt. Der Finanzmittelbestand belief sich zum 31. Dezember 2017 auf 580,2 Mio. € (31. Dezember 2016: –146,9 Mio. €). Der negative Finanzmittelbestand im Vorjahr resultierte stichtagsbedingt insbesondere aus Geldanlagen mit einer Fristigkeit von mehr als drei Monaten; letztere erfüllen nicht die Voraussetzungen als Finanzmittelbestand klassifiziert zu werden, die mit ihnen verbundenen Zahlungsströme sind der Investitionstätigkeit zugeordnet. Die Position Kassenbestand und sonstige Bankguthaben betrug 1.297,6 Mio. € zum 31. Dezember 2017 (31. Dezember 2016: 1.458,1 Mio. €).

Die Aussagekraft des Cashflows aus laufender Geschäftstätigkeit ist bei der Gruppe Deutsche Börse eingeschränkt, da er insbesondere die stichtagsbezogenen stark schwankenden CCP-Positionen enthält. Insofern gehen die Erläuterungen im Folgenden insbesondere auf den Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit ohne CCP-Positionen ein. Die Gruppe erzielte im Geschäftsjahr 2017 einen Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit vor Veränderung der stichtagsbezogenen CCP-Positionen von 1.107,2 Mio. € (2016: 856,6 Mio. €).

Darüber hinaus hat die Gruppe Deutsche Börse im Geschäftsjahr 2017 Steuerzahlungen in Höhe von 308,8 Mio. € geleistet (2016: 277,8 Mio. €). Der Anstieg der Steuerzahlungen resultiert im Wesent-

lichen aus Nachzahlungen für Vorjahre in Höhe von 32,5 Mio. €, die im Zusammenhang mit dem 2013 geschlossenen Vergleich mit dem U.S. Office of Foreign Assets Control (OFAC, US-amerikanische Exportkontrollbehörde) anfielen.

Die übrigen nicht zahlungswirksamen Erträge beliefen sich auf 96,4 Mio. € (2016: 52,3 Mio. €), dies liegt v. a. an den Erträgen aus der Veräußerung von Anteilen an der BATS Global Markets, Inc. sowie der ICE US Holding Company L.P. Die Transaktionen führten zu einem Zahlungsmittelzufluss in Höhe von insgesamt 274,7 Mio. €, der im Cashflow aus Investitionstätigkeit ausgewiesen wird.

Berücksichtigt man die Veränderung der CCP-Positionen, ergibt sich ein Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit in Höhe von 1.056,2 Mio. € (2016: 1.621,4 Mio. €).

Der Mittelzufluss aus Investitionstätigkeit lag 2017 bei 181,9 Mio. € (2016: 578,5 Mio. €).

Im Rahmen des Erwerbs der Nodal Exchange Holdings, LLC durch die EEX zu einem Kaufpreis von 206,9 Mio. US\$ (umgerechnet 189,6 Mio. €) sind Zahlungsmittel in Höhe von 157,5 Mio. € abgeflossen. Der Mittelzufluss aus Investitionstätigkeit resultierte im Geschäftsjahr 2016 insbesondere aus der Veräußerung der Anteile an der ISE-Gruppe, die zu einem Zahlungsmittelzufluss in Höhe von 916,3 Mio. € führte, bereinigt um ursprünglich darin enthaltene veräußerte Zahlungsmittel in Höhe von 13,0 Mio. €. Darüber hinaus flossen aus der Veräußerung der Anteile an der Infobolsa S.A. Zahlungsmittel in Höhe von 1,1 Mio. € zu (unter Berücksichtigung der veräußerten Zahlungsmittel in Höhe von 7,1 Mio. €).

Zahlungsmittelzuflüsse resultierten zudem aus Fälligkeiten von Wertpapieren mit einer ursprünglichen Laufzeit von mehr als einem Jahr und der Veräußerung von Anteilen; sie beliefen sich auf insgesamt 859,1 Mio. € (2016: 149,9 Mio. €).

Im Zusammenhang mit dem Erwerb von langfristigen Finanzinstrumenten sind 312,4 Mio. € (2016: 178,9 Mio. €) abgeflossen.

Die Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen lagen mit 149,2 Mio. € unter dem Niveau des Vorjahres (2016: 164,9 Mio. €); sie fielen hauptsächlich in den Segmenten Clearstream und Eurex an. Clearstream investierte überwiegend in den Ausbau der Abwicklungs- und Sicherheitenmanagementsysteme, Eurex in die Handels- und Clearingsysteme.

Der Mittelabfluss aus Finanzierungstätigkeit belief sich im Geschäftsjahr 2017 auf 501,0 Mio. € (2016: Mittelzufluss in Höhe von 848,8 Mio. €). Durch den Erwerb eigener Anteile im Rahmen des im November 2017 gestarteten Aktienrückkaufprogramms sind 28,2 Mio. € abgeflossen. Weitere Auszahlungen

Konzern-Kapitalflussrechnung (Kurzfassung)

	2017 Mio. €	2016 Mio. €
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (ohne CCP-Positionen)	1.107,2	856,6
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	1.056,2	1.621,4
Cashflow aus Investitionstätigkeit	181,9	578,5
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-501,0	-848,8
Finanzmittelbestand zum 31. Dezember	580,2	-146,9
Kassenbestand und sonstige Bankguthaben zum 31. Dezember	1.297,6	1.458,1

in Höhe von insgesamt 39,3 Mio. € betrafen Dividendenausschüttungen an nicht-beherrschende Gesellschafter von Tochtergesellschaften sowie Anteilsaufstockungen bei bereits vollkonsolidierten Tochterunternehmen. Im Geschäftsjahr 2016 hatte die Deutsche Börse AG Privatplatzierungen vorzeitig zurückgezahlt; hieraus resultierte ein Zahlungsmittelabfluss in Höhe von 321,6 Mio. €.

Zum 31. Dezember 2017 wie auch zum 31. Dezember 2016 waren keine Commercial Paper begeben.

Zudem zahlte die Deutsche Börse AG eine Dividende für das Geschäftsjahr 2016 in Höhe von 439,0 Mio. € (Dividende für das Geschäftsjahr 2015: 420,1 Mio. €).

Aufgrund des positiven Cashflows aus laufender Geschäftstätigkeit, ausreichender Kreditlinien sowie ihrer flexiblen Steuerungs- und Planungssysteme geht die Gruppe für das Geschäftsjahr 2017 wie schon in den Vorjahren von einer soliden Liquiditätsausstattung aus.

Operating Leasing-Verträge

Die Gruppe Deutsche Börse nutzt Operating Leasing, und zwar in erster Linie für das Bürogebäude in Eschborn, das die Gruppe in der zweiten Jahreshälfte 2010 bezogen hat, und für die Gebäude der Clearstream International S.A. in Luxemburg (für Details siehe [Erläuterung 38 des Konzernanhangs](#)).

Liquiditätssteuerung

Die Gruppe Deutsche Börse deckt ihren operativen Liquiditätsbedarf in erster Linie durch Innenfinanzierung, indem sie erwirtschaftete Mittel einbehält. Ziel ist es, Liquidität in Höhe der operativen Kosten eines Quartals vorzuhalten; diese Zielliquidität liegt derzeit in einer Spanne von 150 Mio. € bis 250 Mio. €. Es existiert ein konzerninterner Cash Pool, um überschüssige Liquidität, soweit regulatorisch und rechtlich zulässig, zu bündeln. Die liquiden Mittel werden ausschließlich kurzfristig angelegt, damit sie schnell verfügbar sind, sowie weitgehend besichert durch liquide Anleihen erstklassiger Emittenten. Die Deutsche Börse AG hat zudem Zugang zu externen Finanzierungsquellen, wie bilateralen und syndizierten Kreditlinien, und ein Commercial Paper-Programm (siehe [Erläuterung 36 des Konzernanhangs](#) für Details zum Finanzrisikomanagement). Um ihren strukturellen Finanzierungsbedarf zu decken, nutzte die Deutsche Börse AG in den vergangenen Jahren ihren Zugang zum Kapitalmarkt und emittierte Unternehmensanleihen.

Zinsdeckungsgrad der Gruppe Deutsche Börse

Zinsaufwendungen aus Finanzierungstätigkeit	Emissionsvolumen	2017 Mio. €	2016 Mio. €
Festverzinsliche Inhaberschuldverschreibung (Laufzeit bis 03/2018)	600 Mio. €	7,6	7,4
Festverzinsliche Inhaberschuldverschreibung (Laufzeit bis 10/2022)	600 Mio. €	14,8	14,8
Festverzinsliche Inhaberschuldverschreibung (Laufzeit bis 10/2025)	500 Mio. €	8,7	8,7
Festverzinsliche Inhaberschuldverschreibung (Hybridanleihe)	600 Mio. €	16,5	17,2
Privatplatzierungen ¹⁾	290 Mio. US\$	–	9,3
Commercial Paper	35 Mio. € – 2016 ²⁾ 0 Mio. € – 2017 ²⁾	–	–
Sonstige Zinsaufwendungen		4,4	4,5
Summe Zinsaufwendungen (inkl. 50 % des Hybridkupons)		43,7	53,3
EBITDA (bereinigt)		1.431,1	1.345,7
Zinsdeckung³⁾		32,7	25,3

1) Mitte 2016 mit dem Erlös aus dem Verkauf der ISE zurückgekauft

2) Jahresdurchschnitt

3) EBITDA / Zinsaufwendungen aus Finanzierungstätigkeit (enthält 50 Prozent der Zinsen der Hybridanleihe)

Kapitalmanagement

Generell erwarten die Kunden der Gesellschaft, dass diese konservative Zinsdeckungs- und Verschuldungsgrade aufweist und gute Kreditratings erzielt. Gemäß Definition der Ratingagentur wird die Hybridanleihe der Gruppe sowohl zur Ermittlung der Bruttoschulden als auch der Zinsaufwände nur zu 50 Prozent angerechnet. Die Gruppe verfolgt das Ziel, einen Zinsdeckungsgrad (Verhältnis von EBITDA zu Zinsaufwendungen aus Finanzierungstätigkeit) von mindestens 16 auf Gruppenebene zu erreichen. Die Gruppe Deutsche Börse hat dieses Ziel im Berichtsjahr mit einem Zinsdeckungsgrad von 32,7 erreicht (2016: 25,3). Diesem Wert liegt ein relevanter Zinsaufwand von 43,7 Mio. € und ein bereinigtes EBITDA von 1.431,1 Mio. € zugrunde.

Um die Zinsdeckung zu berechnen, werden u. a. die Zinsaufwendungen für die Finanzierung der Gruppe Deutsche Börse herangezogen, abzüglich der Zinsaufwendungen der Konzerngesellschaften, die auch als Finanzinstitute tätig sind. Zu diesen gehören die Clearstream Banking S.A., die Clearstream Banking AG und die Eurex Clearing AG. Zinsaufwendungen, die nicht im Zusammenhang mit der Finanzierung der Gruppe stehen, werden nicht in die Zinsdeckung einbezogen.

Zudem strebt die Deutsche Börse auf Gruppenebene ein Verhältnis der verzinslichen Bruttoschulden zum EBITDA von höchstens 1,5 an. Im Berichtsjahr hat die Gruppe das angestrebte Verhältnis der Bruttoschulden zum EBITDA mit einem Wert von 1,4 erreicht. Diesem Wert liegt eine Bruttoverschuldung von 1.988,4 Mio. € sowie ein bereinigtes EBITDA von 1.431,1 Mio. € zugrunde. Die Bruttoverschuldung besteht aus verzinslichen Verbindlichkeiten in Höhe von 1.988,4 Mio. €.

Das Unternehmen strebt ferner an, das starke AA-Kreditrating der Clearstream Banking S.A. aufrechtzuerhalten, um den nachhaltigen Erfolg des in der Wertpapierverwahrung und -abwicklung tätigen Segments Clearstream sicherzustellen. Darüber hinaus verlangen die Aktivitäten der Tochtergesellschaft Eurex Clearing AG eine hohe Bonität der Deutsche Börse AG.

Die Deutsche Börse AG hat darüber hinaus öffentlich ihre Absicht erklärt, bei Clearstream-Gesellschaften bestimmte weitere Kenngrößen einzuhalten, die nach ihrer Einschätzung mit einem Rating von AA vereinbar sind. So soll das sog. Tangible Equity (Eigenkapital abzüglich immaterieller Vermögenswerte) der Clearstream International S.A. einen Wert von 700 Mio. € und das der Clearstream Banking S.A. einen Wert von 400 Mio. € nicht unterschreiten. Im Berichtsjahr hat die Clearstream International S.A. diese Kenngröße mit einem Wert von 1.206,6 Mio. € und die Clearstream Banking S.A. mit einem Wert von 1.213,6 Mio. € erreicht. Im Clearstream-Teilkonzern soll, sofern Finanzverbindlichkeiten aus dem Nichtbankgeschäft bestehen, ein Zinsdeckungsgrad von mind. 25 aufrechterhalten werden. Im Berichtsjahr wie im Vorjahr bestanden bei Clearstream keine Finanzverbindlichkeiten aus dem Nichtbankgeschäft, sodass kein Zinsdeckungsgrad angegeben wird.

Schuldverschreibungen der Deutsche Börse AG (zum 31. Dezember 2017 ausstehend)

Typ	Emissionsvolumen	ISIN	Laufzeit	Fälligkeit	Kupon p.a.	Listing
Festverzinsliche Inhaberschuldverschreibung	600 Mio. €	DE000A1R1BC6	5 Jahre	März 2018	1,125 %	Luxemburg/ Frankfurt
Festverzinsliche Inhaberschuldverschreibung	600 Mio. €	DE000A1RE1W1	10 Jahre	Oktober 2022	2,375 %	Luxemburg/ Frankfurt
Festverzinsliche Inhaberschuldverschreibung	500 Mio. €	DE000A1684V3	10 Jahre	Oktober 2025	1,625 %	Luxemburg/ Frankfurt
Festverzinsliche Inhaberschuldverschreibung (Hybridanleihe)	600 Mio. €	DE000A161W62	Stichtag 5,5 Jahre/ Endfälligkeit in 25,5 Jahren	Februar 2021/ Februar 2041	2,75 % (bis Stichtag)	Luxemburg/ Frankfurt

Dividende und Aktienrückkäufe

Generell strebt die Gruppe Deutsche Börse eine Dividendenausschüttungsquote von 40 bis 60 Prozent des bereinigten Periodenüberschusses, der den Anteilseignern der Deutsche Börse AG zuzurechnen ist, an. In den zurückliegenden Jahren mit niedrigeren Jahresüberschüssen lag die Quote am oberen Ende dieser Bandbreite, um eine stabile Dividende an die Aktionäre auszuschütten. Im Zusammenhang mit dem erwarteten Ergebniswachstum der Gruppe strebt das Unternehmen künftig eine Ausschüttungsquote in der Mitte der Bandbreite von 40 bis 60 Prozent an.

Für das Geschäftsjahr 2017 schlägt die Deutsche Börse AG der Hauptversammlung vor, eine Dividende von 2,45€ je Stückaktie zu zahlen (2016: 2,35€). Diese Dividende entspricht einer Ausschüttungsquote von 53 Prozent des den Anteilseignern der Deutsche Börse AG zuzurechnenden Periodenüberschusses, bereinigt um die in der [Ertragslage](#) beschriebenen Einmaleffekte (2016: 54 Prozent, ebenfalls bereinigt). Bei 186,3 Mio. dividendenberechtigten Stückaktien ergäbe sich damit eine Dividende von 456,4 Mio. € (2016: 439,0 Mio. €). Die Summe der dividendenberechtigten Aktien ergibt sich aus einem Grundkapital von 193,0 Mio. Aktien minus 6,4 Mio. Aktien im Eigenbestand.

Darüber hinaus hat die Deutsche Börse AG im April 2017 angekündigt, im zweiten Halbjahr 2017 ein Aktienrückkaufprogramm mit einem Volumen von rund 200 Mio. € aufzulegen. Dieses Programm wird seit dem 27. November 2017 durchgeführt und soll bis spätestens Ende März 2018 abgeschlossen sein. Zudem hat die Gruppe am 5. Dezember 2017 bekannt gegeben, im Laufe des Jahres 2018 ein weiteres Aktienrückkaufprogramm mit einem Volumen von ebenfalls rund 200 Mio. € aufzulegen. Mit dem Rückkaufprogramm strebt das Unternehmen eine ausgewogene Verwendung von frei verfügbaren Mitteln in Höhe von rund 800 Mio. € an. Generell erwartet das Unternehmen aber, dass verfügbare Mittel primär in die organische, aber auch in die komplementäre externe Weiterentwicklung der Gruppe fließen. Für weitere Informationen zum Erwerb eigener Aktien im Rahmen des Aktienrückkaufprogramms gemäß § 160 Abs. 1 Nr. 2 AktG siehe den [Abschnitt „Eigenkapital“ im Anhang zum Jahresabschluss der Deutsche Börse AG](#).

Kreditratings

Die Deutsche Börse AG lässt ihre Kreditwürdigkeit regelmäßig von der Ratingagentur Standard & Poor's (S&P), die der Clearstream Banking S.A. von den Ratingagenturen Fitch und S&P überprüfen.

Am 27. September 2017 bestätigte Fitch Ratings das „AA“-Kreditrating der Clearstream Banking S.A. mit einem stabilen Ausblick. Das Rating spiegelt die führende Position im Nachhandelsgeschäft und den sehr niedrigen Risikoappetit gepaart mit stringenten Risikomanagementsystemen, das umsichtige Liquiditätsmanagement sowie die einwandfreie Kapitalausstattung der Bank wider.

Am 24. November 2017 bestätigte S&P das „AA“-Kreditrating der Deutsche Börse AG und stufte den negativen Ausblick auf stabil herauf.

Relevante Kenngrößen	2017		2016	
	Mio. €		Mio. €	
Tangible Equity Clearstream International S.A. (zum Bilanzstichtag)	1.206,6	1.092,1		
Tangible Equity Clearstream Banking S.A. (zum Bilanzstichtag)	1.213,6	1.179,4		

Kreditratings	Langfristig		Kurzfristig	
	Deutsche Börse AG			
Standard & Poor's	AA		A-1+	
Clearstream Banking S.A.				
Fitch	AA		F1+	
Standard & Poor's	AA		A-1+	

Am selben Tag bestätigte S&P das „AA“-Kreditrating der Clearstream Banking S.A. mit einem stabilen Ausblick. Das Rating spiegelt das starke Risikomanagement, die minimale Verschuldung sowie die starke Positionierung im internationalen Kapitalmarkt, insbesondere durch das internationale Verwahr- und Transaktionsgeschäft, wider.

Die Deutsche Börse AG war zum 31. Dezember 2017 eines von nur zwei in DAX gelisteten Unternehmen, die über ein „AA“-Rating der Agentur S&P verfügten. Die Historie der Ratings von Deutsche Börse AG und Clearstream sind in der [☒ Mehrjahresübersicht](#) dargestellt.

Vermögenslage

Im Folgenden werden wesentliche Änderungen in der Vermögenslage beschrieben. Die komplette Konzernbilanz finden Sie im [☒ Konzernabschluss](#).

Die langfristigen Vermögenswerte der Gruppe Deutsche Börse setzen sich v. a. aus immateriellen Vermögenswerten und Finanzanlagen sowie Finanzinstrumenten der zentralen Kontrahenten zusammen. Der größte Posten waren die Finanzinstrumente der zentralen Kontrahenten. Diesem Vermögenswert steht eine Verbindlichkeit in gleicher Höhe gegenüber. Die Forderungen und Wertpapiere aus dem Bankgeschäft, die die Gruppe Deutsche Börse als Finanzanlage hält, wie auch die Geschäfts- oder Firmenwerte und die anderen immateriellen Vermögenswerte lagen in etwa auf dem Niveau des Vorjahres.

Konzernbilanz (Auszüge)

	31.12.2017	31.12.2016
	Mio. €	Mio. €
AKTIVA		
Langfristige Vermögenswerte	10.883,7	11.939,7
davon immaterielle Vermögenswerte	4.091,0	3.972,0
davon Geschäfts- oder Firmenwerte	2.770,9	2.721,1
davon Finanzanlagen	1.732,3	1.920,9
davon Forderungen und Wertpapiere aus dem Bankgeschäft	1.563,0	1.604,8
davon Finanzinstrumente der zentralen Kontrahenten	4.837,2	5.856,6
Kurzfristige Vermögenswerte	124.257,7	151.904,4
davon Finanzinstrumente der zentralen Kontrahenten	79.510,7	107.909,6
davon Bankguthaben mit Verfügungsbeschränkung	29.392,0	27.777,6
davon Kassenbestand und sonstige Bankguthaben	1.297,6	1.458,1
PASSIVA		
Eigenkapital	4.959,4	4.623,2
Schulden	130.182,0	159.219,9
davon langfristige Schulden	7.023,8	8.669,8
davon Finanzinstrumente der zentralen Kontrahenten	4.837,2	5.856,6
davon verzinsliche Verbindlichkeiten	1.688,4	2.284,7
davon kurzfristige Schulden	123.158,2	150.550,1
davon Finanzinstrumente der zentralen Kontrahenten	78.798,6	107.479,4
davon Bardepots der Marktteilnehmer	29.215,3	27.777,6

Die kurzfristigen Vermögenswerte nahmen ab, insbesondere getrieben durch die Finanzinstrumente der zentralen Kontrahenten sowie den Rückgang der Forderungen und Wertpapiere aus dem Bankgeschäft, während die Bankguthaben mit Verfügungsbeschränkung gestiegen sind. Dies beruht im Wesentlichen darauf, dass zum einen bei Clearstream die Kundenbareinlagen höher waren und zum anderen die Clearingteilnehmer bei der Eurex Clearing AG im Berichtsjahr mehr Geldsicherheiten hinterlegt haben.

Die Vermögenswerte wurden finanziert durch Eigenkapital sowie Schulden. Das Eigenkapital nahm gegenüber dem Vorjahr zu, maßgeblich aufgrund des Buchgewinns im Zusammenhang mit der vollständigen Veräußerung der Anteile an BATS Global Markets, Inc. und ICE US Holding Company.

Die langfristigen Schulden nahmen v. a. aus zwei Gründen ab. Zum einen gingen die Finanzinstrumente der zentralen Kontrahenten zurück. Dieser Verbindlichkeit steht ein Vermögenswert in gleicher Höhe gegenüber. Zudem sanken die verzinslichen Verbindlichkeiten aufgrund einer Reklassifizierung der im Geschäftsjahr 2018 fälligen Anleihe in Höhe von 599,8 Mio. €.

Wesentliche Veränderungen der kurzfristigen Verbindlichkeiten ergaben sich bei folgenden Posten:

- Rückgang der Finanzinstrumente der zentralen Kontrahenten
- Anstieg der Verbindlichkeiten aus Bardepots der Marktteilnehmer bedingt durch höhere Geldsicherheiten der Clearingmitglieder der Eurex Clearing AG; die Zunahme geht darauf zurück, dass die Clearingteilnehmer bei der Eurex Clearing AG im Berichtsjahr relativ mehr Geld im Vergleich zu Wertpapiersicherheiten hinterlegt haben.

Insgesamt investierte die Gruppe Deutsche Börse im Berichtsjahr 149,2 Mio. € (2016: 152,6 Mio. €) in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen (Capital Expenditure, CAPEX). Die größten Investitionen tätigte das Unternehmen in den Segmenten Clearstream und Eurex.

Betriebskapital (Working Capital)

Das Betriebskapital ergibt sich aus der Saldierung der kurzfristigen Vermögenswerte und der kurzfristigen Schulden ohne die stichtagsbedingten Bilanzpositionen und Commercial Paper. Die kurzfristigen Vermögenswerte ohne stichtagsbedingte Positionen beliefen sich dabei auf 1.020,9 Mio. € (2016: 1.293,6 Mio. €). Da die Gruppe Deutsche Börse die Entgelte für den Großteil ihrer Dienstleistungen monatlich einzieht, waren die in den kurzfristigen Vermögenswerten enthaltenen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen im Vergleich zu den Nettoerlösen mit 329,4 Mio. € zum 31. Dezember 2017 relativ gering (31. Dezember 2016: 669,8 Mio. €). Die kurzfristigen Schulden der Gruppe ohne stichtagsbedingte Positionen beliefen sich auf 1.280,1 Mio. € (2016: 1.452,8 Mio. € ohne stichtagsbedingte Positionen). Aus diesem Grund hatte die Gruppe zum Jahresende ein leicht negatives Betriebskapital in Höhe von 259,2 Mio. € (2016: 159,4 Mio. €).

Stichtagsbedingte Bilanzpositionen

Die Bilanzpositionen „Forderungen und Wertpapiere aus dem Bankgeschäft“ sowie „Verbindlichkeiten aus dem Bankgeschäft“ sind stichtagsbedingte Positionen, die im Berichtsjahr stark korreliert zwischen etwa 13 und 17 Mrd. € schwankten (2016: zwischen 14 und 20 Mrd. €). Diese Beträge stellen im Wesentlichen Kundensalden des internationalen Abwicklungsgeschäfts von Clearstream dar.

Die Bilanzposition „Finanzinstrumente der zentralen Kontrahenten“ entsteht durch die Funktion der Eurex Clearing AG sowie der European Commodity Clearing AG: Da sie als zentrale Kontrahenten für die verschiedenen Märkte der Gruppe Deutsche Börse agieren, werden ihre Finanzinstrumente zum beizulegenden Zeitwert in der Bilanz erfasst. Die Finanzinstrumente der zentralen Kontrahenten sind ausführlich im [Risikobericht](#) und in den [Erläuterungen 3, 15 und 36 des Konzernanhangs](#) dargestellt.

Die an die Clearinghäuser der Gruppe angeschlossenen Marktteilnehmer erbringen Sicherheitsleistungen teilweise in Form von Bardepots, die täglich angepasst werden. Das Geld wird von den zentralen Kontrahenten über Nacht in der Regel besichert angelegt und unter der Position „Bankguthaben mit Verfügungsbeschränkung“ bilanziert. Der Wert der Bardepots an den für das Berichtsjahr relevanten Bilanzstichtagen (31. März, 30. Juni, 30. September, 31. Dezember) variierte zwischen 27 und 35 Mrd. € (2016: zwischen 24 und 29 Mrd. €).

Wertschöpfung: Verteilung der Unternehmensleistung

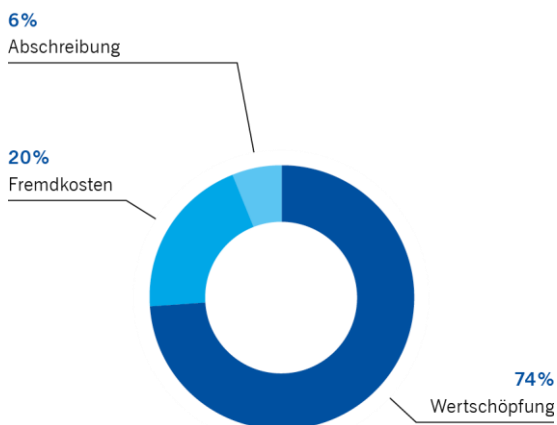
Die Wertschöpfung ergibt sich aus der Unternehmensleistung nach Abzug von Abschreibung und Fremdkosten. Im Jahr 2017 betrug die Wertschöpfung der Gruppe Deutsche Börse 1.879,6 Mio. € (2016: 1.627,1 Mio. €). Die Verteilung der Wertschöpfung macht deutlich, dass große Teile der erwirtschafteten Wertschöpfung zurück in die Volkswirtschaft fließen: 24 Prozent (456,4 Mio. €) kommen den Aktionären in Form von Dividendenzahlungen zugute, der Personalaufwand in Form von Gehältern und weiteren Vergütungsbestandteilen belief sich auf 34 Prozent (638,3 Mio. €). Steuern wurden in Höhe von 17 Prozent (311,0 Mio. €) entrichtet. 2 Prozent (47,6 Mio. €) entfielen auf Fremdkapitalgeber. Die im Unternehmen verbliebene Wertschöpfung in Höhe von 22 Prozent (410,2 Mio. €) wird beispielsweise für Investitionen in Wachstumsinitiativen eingesetzt, siehe [Grafiken „Entstehung der Wertschöpfung“](#) und [„Verwendung der Wertschöpfung“](#).

Gesamtaussage des Vorstands zur wirtschaftlichen Lage

Das wirtschaftliche Umfeld 2017 zeigte sowohl in Europa wie auch global teilweise deutliche Zeichen einer weiteren Erholung. Zudem stiegen die Zinsen, zumindest in den USA. Gleichzeitig blieb jedoch die Volatilität im Aktienmarkt sehr niedrig und lag im zweiten Halbjahr 2017 wiederholt auf einem historischen Tiefstand. Vor diesem Hintergrund gingen die Volumina in Aktienindexderivaten deutlich zurück, während der Aktienhandel leicht zulegen konnte. Der Energiemarkt hatte mit temporärer Unsicherheit zu kämpfen, die insbesondere die Volumina in den Stromprodukten für den deutschen und österreichischen Markt, den wesentlichen Umsatztreibern, negativ beeinflusste. In Summe führten diese gegenläufigen Faktoren dazu, dass die Ertragslage der Gruppe Deutsche Börse im Geschäftsjahr 2017 sich zwar positiv entwickelte, jedoch unter der vom Vorstand erwarteten Spanne lag. Die Gruppe verzeichnete in Summe

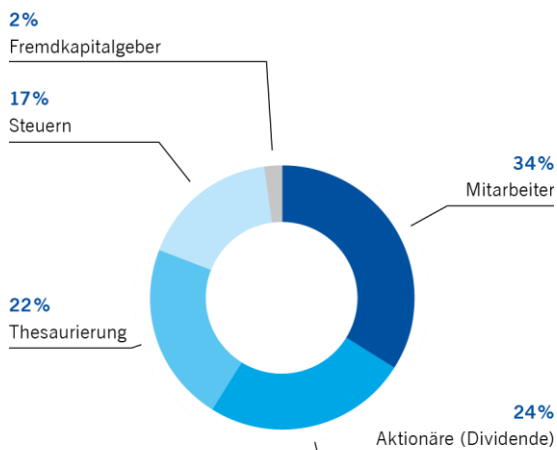
Entstehung der Wertschöpfung

Unternehmensleistung: 2.532,8 Mio. €



Verwendung der Wertschöpfung

Wertschöpfung: 1.879,6 Mio. €



einen Anstieg der Nettoerlöse um 3 Prozent. Die operativen Kosten lagen im Berichtsjahr mit 5 Prozent unter denen des Jahres 2016. Dies lag maßgeblich an niedrigeren Kosten im Zusammenhang mit Zusammenschlüssen und Übernahmen. Bereinigt um diese Effekte waren die Kosten im Berichtsjahr um 1 Prozent niedriger als im Vorjahr. Nach Eliminierung der Einmaleffekte lag der den Anteilseignern der Deutsche Börse AG zuzurechnende Periodenüberschuss der Gruppe mit 6 Prozent Wachstum unter der prognostizierten Spanne von 10 bis 15 Prozent.

Der Vorstand hält die Finanzlage der Gruppe Deutsche Börse im Berichtsjahr für äußerst solide. Das Unternehmen erzielte wie im Vorjahr einen hohen Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit. Aufgrund des Anstiegs des bereinigten EBITDA konnte die Deutsche Börse auf Gruppenebene das Verhältnis der verzinslichen Bruttoschulden zum EBITDA weiter verbessern: Mit 1,4 erreichte die Gruppe das Ziel und liegt unter dem Zielwert von 1,5.

Ratingagenturen haben die Kreditwürdigkeit des Konzerns 2017 erneut mit Top-Ratings bewertet. Am 24. November 2017 bestätigte Standard & Poor's das AA-Kreditrating der Deutsche Börse AG und stufte zudem den negativen Ausblick auf stabil herauf. Am gleichen Tag bestätigte Standard & Poor's, wie bereits Fitch Ratings am 27. September 2017, das AA-Kreditrating der Clearstream Banking S.A., jeweils mit einem stabilen Ausblick.

Die Deutsche Börse AG bietet ihren Aktionären seit Jahren eine attraktive Rendite – so auch für das Geschäftsjahr 2017. Mit einem Dividendenvorschlag von 2,45€ (2016: 2,35€) liegt die Ausschüttung an die Aktionäre über derjenigen des Vorjahres. Ferner sinkt die Ausschüttungsquote infolge des verbesserten Ergebnisses leicht von 54 im Vorjahr auf 53 Prozent im Berichtsjahr (jeweils bereinigt um Einmaleffekte) und liegt somit wie erwartet in der Mitte der vom Vorstand angestrebten Spanne zwischen 40 und 60 Prozent.

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens ist als sehr geordnet zu bewerten.

Mehrjahresübersicht der Gruppe Deutsche Börse

		2013	2014	2015	2016	2017
Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung						
Nettoerlöse	Mio. €	1.912,3	2.047,8	2.220,3 ¹⁾	2.388,7	2.462,3
davon Nettozinserträge aus dem Bankgeschäft	Mio. €	35,9 ²⁾	37,6	50,6	84,0	132,6
Operative Kosten (ohne Abschreibung und Wertminderungsaufwand)	Mio. €	-1.064,0	-990,0	-1.164,2 ¹⁾	-1.186,4	-1.131,6
Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibung (EBITDA)	Mio. €	857,6	1.136,1	1.054,6 ¹⁾	1.239,2	1.528,5
Abschreibung und Wertminderungsaufwand	Mio. €	118,8	124,8	119,0	131,0	159,9
Den Anteilseignern der Deutsche Börse AG zuzurechnender Periodenüberschuss	Mio. €	478,4	762,3	613,3 ¹⁾	722,1	874,3
Ergebnis je Aktie (unverwässert)	€	2,60	4,14	3,31 ¹⁾	3,87	4,68
Konzern-Kapitalflussrechnung						
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	Mio. €	728,3	677,3	10,1	1.621,4	1.056,2
Konzernbilanz						
Langfristige Vermögenswerte	Mio. €	8.796,9	11.267,2	14.386,9	11.938,7	10.883,7
Eigenkapital	Mio. €	3.268,0	3.752,1	3.695,1	4.623,2	4.959,4
Langfristige verzinsliche Verbindlichkeiten	Mio. €	1.521,9	1.428,5 ³⁾	2.546,5	2.284,7	1.688,4 ³⁾
Kennzahlen des Geschäfts						
Dividende je Aktie	€	2,10	2,10	2,25	2,35	2,45 ⁴⁾
Dividendenausschüttungsquote	%	61 ⁵⁾	58 ⁵⁾	55 ⁵⁾	54 ⁵⁾	53 ⁵⁾⁶⁾
Mitarbeiterkapazität (Jahresdurchschnitt)		3.515	3.911	4.460 ¹⁾	4.731	5.183
Personalaufwandsquote (Personalaufwand / Nettoerlöse)	%	22 ⁵⁾	23 ⁵⁾	27	25	26
EBITDA-Marge, bezogen auf die Nettoerlöse	%	45	55	48 ¹⁾	52	62
Steuerquote	%	26,0 ⁵⁾	26,0 ⁵⁾	26,0	27,0	27,0 ⁵⁾
Konzern-Eigenkapitalrentabilität (Jahresdurchschnitt) ⁷⁾	%	21	21	20 ⁵⁾	19 ⁵⁾	18 ⁵⁾
Die Aktie						
Jahresschlusskurs der Deutsche Börse-Aktie	€	60,20	59,22	81,39	77,54	96,80
Durchschnittliche Marktkapitalisierung	Mrd. €	10,0	10,8	14,7	14,0	17,2
Kennzahlen zur Bonität						
Bruttoschulden / EBITDA		1,5 ⁵⁾	1,5 ⁵⁾	1,9 ⁵⁾	1,5	1,4
Zinsdeckungsgrad	%	20,1 ⁵⁾	26,0 ⁵⁾	23,2 ¹⁾	25,3	32,7
Deutsche Börse AG: Standard & Poor's	Rating	AA	AA	AA	AA	AA
Clearstream Banking S.A.: Standard & Poor's	Rating	AA	AA	AA	AA	AA
Fitch	Rating	AA	AA	AA	AA	AA
Kennzahlen der Märkte						
Xetra[®], Börse Frankfurt und Tradegate						
Handelsvolumen (Einfachzählung) ⁸⁾	Mrd. €	1.157,6	1.282,6	1.635,7	1.377,0	1.467,6
Eurex[®]						
Zahl der gehandelten Kontrakte	Mio.	2.191,9	2.097,9	1.672,6 ¹⁾	1.727,5	1.675,9
Clearstream						
Wert der verwahrten Wertpapiere (Jahresdurchschnitt)	Mrd. €	11.626	12.215	13.274	13.075	13.465
Globale Wertpapierfinanzierung (ausstehendes Volumen im Periodendurchschnitt)	Mrd. €	576,5	609,8	598,6	515,9	459,8

1) Wert für 2015 ohne Berücksichtigung der ISE, die durch den Verkauf zum 30. Juni 2016 eine nicht fortgeführte Geschäftstätigkeit darstellt

2) Nur Segment Clearstream

3) Im Folgejahr fällige Anleihen werden unter „Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten“ ausgewiesen (2014: 139,8 Mio. €, 2017: 599,8 Mio. €).

4) Vorschlag an die Hauptversammlung 2018

5) Bereinigt um Einmaleffekte; für Details der Bereinigung sei auf den Konzernabschluss für das jeweilige Geschäftsjahr verwiesen

6) Wert auf Basis des Vorschlags an die Hauptversammlung 2018

7) Den Anteilseignern der Deutsche Börse AG zuzurechnender Periodenüberschuss / Durchschnittliches Konzerneigenkapital eines Geschäftsjahres basierend auf den Konzerneigenkapitalständen zu den Bilanzstichtagen der Zwischenabschlüsse

8) Seit Q3/2013 inkl. Zertifikate und Optionsscheine aufgrund der Vollkonsolidierung der Börse Frankfurt Zertifikate AG

Nachtragsbericht

Zu den laufenden Rechtsstreitigkeiten zwischen der iranischen Zentralbank und der Clearstream Banking S.A., Luxemburg, siehe den [Abschnitt „Rechtsstreitigkeiten und Geschäftspraktiken“](#) im Risikobericht.

Zusammengefasste nichtfinanzielle Erklärung

Diese zusammengefasste nichtfinanzielle Erklärung für die Gruppe Deutsche Börse und das Mutterunternehmen, Deutsche Börse AG, ist in den zusammengefassten (Konzern-) Lagebericht integriert und folgt den Anforderungen der §§ 289b–e bzw. 315b–c Handelsgesetzbuch (HGB) sowie des Deutschen Rechnungslegungs Änderungsstandards Nr. 8 (DRÄS 8). Sie orientiert sich gleichfalls am G4-Standard (Option „Kern“) der Global Reporting Initiative (GRI). Für eine ausführliche Übersicht über die kompletten GRI-Indikatoren (GRI-Index) siehe www.deutsche-boerse.com > Nachhaltigkeit > Reporting > GRI. Weiterführende Informationen dieser Art, auf die in der nichtfinanziellen Erklärung hingewiesen werden, sind nicht Bestandteil derselben. Im Sinne des zusammengefassten Lageberichts gelten qualitative Angaben gleichermaßen für den Konzern Gruppe Deutsche Börse wie für die Muttergesellschaft Deutsche Börse AG, sofern keine expliziten Aussagen für die Muttergesellschaft getroffen werden. Quantitative Angaben zur Muttergesellschaft werden an einzelnen Stellen gesondert ausgewiesen.

Fester Bestandteil der Nachhaltigkeitsstrategie der Gruppe Deutsche Börse ist eine prozessual angelegte Materialitätsanalyse. Hier geht es v. a. darum, die Erwartungen und Anforderungen von relevanten in- und externen Anspruchsgruppen fortlaufend einzubeziehen. Denn nur so hat die Gruppe die Möglichkeit, Chancen und Risiken ihrer Kerngeschäftstätigkeit frühzeitig zu identifizieren, zu analysieren und in konkrete unternehmerische Handlungsfelder zu überführen. Dieser Prozess dient dazu, zu ermitteln, welche Themen für die Geschäftstätigkeit des Unternehmens von besonderer Bedeutung sind bzw. wesentliche Auswirkungen auf nichtfinanzielle Belange haben.

Die zusammengefasste nichtfinanzielle Erklärung erläutert Managementansätze, Ziele, Maßnahmen und Leistungsindikatoren der Gruppe Deutsche Börse in Bezug auf Arbeitnehmerbelange (siehe den [Abschnitt „Mitarbeiter“](#)), Compliance einschließlich Bekämpfung von Korruption und Bestechung, Sozialbelange und Produktbelange. Der aktive Schutz von Menschenrechten ist ein wesentlicher Bestandteil der unternehmerischen Verantwortung der Gruppe Deutsche Börse und wird an verschiedenen Punkten der Wertschöpfungskette adressiert. In dieser nichtfinanziellen Erklärung wird hierüber v. a. im [Abschnitt „Mitarbeiter“](#) und im [Abschnitt „Achtung der Menschenrechte in der Lieferkette“](#) berichtet, der das Beschaffungsmanagement der Gruppe in den Blick nimmt.

Als Dienstleistungsunternehmen im vorwiegend elektronischen Bereich sind betriebsökologische Umweltbelange für die Gruppe Deutsche Börse von untergeordneter Bedeutung. Daher entfällt ein detaillierter Bericht an dieser Stelle. Gleichwohl fühlt sich das Unternehmen der Umwelt und dem schonenden Umgang mit natürlichen Ressourcen verpflichtet. Ihre ökologischen Grundsätze legt die Gruppe in ihrem [Verhaltenskodex für das Geschäftsleben](#) dar. Kennzahlen zu ihrer umweltbezogenen Nachhaltigkeitsleistung finden sich auf www.deutsche-boerse.com > Nachhaltigkeit > Reporting > ESG-Kennzahlen. Zudem spielt das Thema Umwelt bei der Gestaltung einzelner Produkte oder Dienstleistungen eine Rolle. Die hierzu getroffenen Maßnahmen werden im [Abschnitt „Produktbelange“](#) näher beschrieben.

Als internationaler Kapitalmarktorganisor hat sich die Deutsche Börse zum Ziel gesetzt, Vertrauen in Marktstrukturen auf- und auszubauen. Als gelistetes DAX®-Unternehmen hat sie den Anspruch, mit gutem Beispiel voranzugehen. Als wirtschaftliche Institution innerhalb der Gesellschaft ist sie bestrebt,

die Kompetenzen, mit denen sie ihr Kerngeschäft erfolgreich betreibt, auch darüber hinaus einzusetzen, um zur Lösung gesellschaftlicher Probleme beizutragen. Für eine ausführliche Beschreibung des Geschäftsmodells der Gruppe Deutsche Börse siehe den [Abschnitt „Grundlagen des Konzerns“](#). Mit ihrer Nachhaltigkeitsstrategie „Zukunftsorientiert handeln“ definiert die Deutsche Börse ihr Verständnis von unternehmerischer Verantwortung und legt den Handlungsrahmen für die gesamte Gruppe fest; siehe hierzu auch den [Abschnitt „Managementansatz für das gruppenweite Nachhaltigkeitsengagement“](#).

Mitarbeiter

Dieses Kapitel gibt einen Überblick über die Entwicklung von zentralen Kennzahlen zur Belegschaft der Gruppe Deutsche Börse und erfüllt zugleich die Anforderungen an ein Reporting über Arbeitnehmerbelange im Rahmen der nichtfinanziellen Erklärung.

Entwicklung der Belegschaft

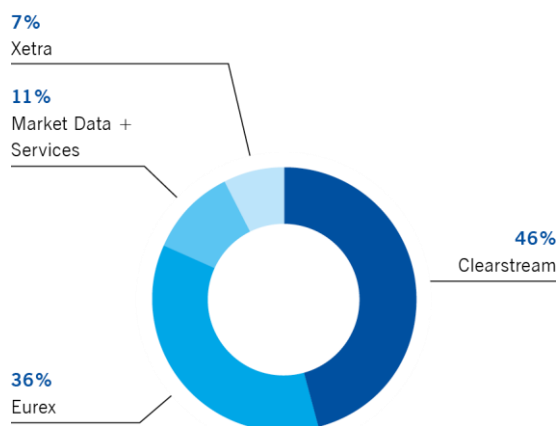
Am 31. Dezember 2017 beschäftigte die Gruppe Deutsche Börse 5.640 Mitarbeiter (31. Dezember 2016: 5.176) aus 85 Nationalitäten an 39 Standorten weltweit. Durchschnittlich waren es im Berichtsjahr 5.567 Mitarbeiter (2016: 5.095). Dies waren auf Gruppenebene etwa 9 Prozent mehr Mitarbeiter als zwölf Monate zuvor, was v. a. an der Internalisierung externer Mitarbeiter zu Beginn des Berichtsjahres (+339 Mitarbeiter) und der Konsolidierung der EEX-Tochter Nodal Exchange (+53 Mitarbeiter) liegt. Zudem wurden u. a. in den Bereichen Investment Funds Services und Datafication neue Stellen geschaffen (+30 Mitarbeiter). Unter Berücksichtigung von Teilzeitkräften betrug die Mitarbeiterkapazität im Jahresdurchschnitt 5.183 (2016: 4.732). Zum Stichtag 31. Dezember 2017 war der Anteil der Teilzeitkräfte in der Belegschaft höher als im Management und bei Frauen höher als bei Männern.

898 Kollegen traten in die Gruppe ein (ohne Konsolidierungen). Demgegenüber haben 410 Mitarbeiter den Konzern im Verlauf des Jahres verlassen (ohne Dekonsolidierungen und ohne Kollegen, die im Rahmen der Effizienzprogramme eines der Angebote des Unternehmens angenommen haben und ausgeschieden oder in den Vorruhestand gegangen sind). Die Fluktuationsrate lag bei 7,4 Prozent (unbereinigt: 8,7 Prozent) und damit unter dem Niveau des Vorjahres (2016: 7,7 bzw. 9,8 Prozent). Die durchschnittliche Unternehmenszugehörigkeit zum Ende des Berichtsjahres lag bei 9,4 Jahren (2016: 8,9 Jahre).

Mitarbeiter nach Ländern/Regionen

	31.12.2017	Männer	Frauen
Deutschland	2.567	1.584	983
Luxemburg	1.068	650	418
Tschechische Republik	837	527	310
Irland	347	140	207
Großbritannien	168	103	65
Sonstiges Europa	299	190	109
Amerika	157	116	41
Asien	197	93	104
Summe	5.640	3.403	2.237

Mitarbeiter nach Segmenten zum 31. Dezember 2017



In der Deutsche Börse AG stieg die Zahl der Mitarbeiter im Berichtsjahr um 255 und lag zum 31. Dezember 2017 bei 1.433 (518 Frauen, 915 Männer; 31. Dezember 2016: 1.178 Mitarbeiter). Im Durchschnitt des Geschäftsjahres 2017 waren 1.392 Mitarbeiter für die Deutsche Börse AG tätig (2016: 1.150). Die Deutsche Börse AG beschäftigte zum 31. Dezember 2017 Mitarbeiter an sieben Standorten weltweit. Im Verlauf des Geschäftsjahres 2017 haben 56 Mitarbeiter die Deutsche Börse AG verlassen; damit lag die bereinigte Fluktuationsrate bei 4,0 Prozent (unbereinigt: 6,0 Prozent).

Personalstrategie

Ihre engagierten und kompetenten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind eine wichtige Grundlage für den unternehmerischen Erfolg der Gruppe Deutsche Börse. Die Unternehmenskultur ist geprägt von Verantwortungsbewusstsein, Einsatzbereitschaft, Flexibilität und Teamfähigkeit. Die Gruppe Deutsche Börse will sicherstellen, dass Mitarbeiter mit diesen Qualitäten auch künftig zum Unternehmen finden und im Idealfall langfristig bleiben. Die Belegschaft unterscheidet sich in vielerlei Hinsicht voneinander, z. B. durch Nationalität, Alter, Geschlecht, Religion oder kulturelle und soziale Herkunft. Das Unternehmen fördert und nutzt diese Vielfalt und schafft ein integratives Umfeld, von dem die Unternehmenskultur profitiert. Dies ist auch geschäftlich im Interesse der Gruppe Deutsche Börse: Ihre breite Palette verschiedenartiger Produkte und Dienstleistungen sowie die internationale Kundenstruktur stellen Anforderungen sowohl an fachliche als auch an interkulturelle Kompetenzen der Mitarbeiter.

Ein- und Austritte im Jahr 2017 nach Geschlecht

	Eintritte			Austritte		
	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt
Deutsche Börse AG						
Alle Standorte	225	95	320	39	17	56
Gruppe Deutsche Börse						
Deutschland	326	153	479	76	32	108
Luxemburg	52	27	79	32	29	61
Tschechische Republik	82	47	129	48	28	76
Irland	40	13	53	9	13	22
Übrige Standorte	95	63	158	88	55	143
Gesamt	595	303	898	253	157	410

Ein- und Austritte im Jahr 2017 nach Alter

	Eintritte				Austritte			
	Unter 30 Jahre	30 bis 39 Jahre	40 bis 49 Jahre	50 Jahre und älter	Unter 30 Jahre	30 bis 39 Jahre	40 bis 49 Jahre	50 Jahre und älter
Deutsche Börse AG								
Alle Standorte	85	133	56	46	16	25	10	5
Gruppe Deutsche Börse								
Deutschland	151	203	76	49	35	47	21	5
Luxemburg	30	34	11	4	18	21	17	5
Tschechische Republik	58	61	9	1	35	38	3	0
Irland	25	18	8	2	9	10	2	1
Übrige Standorte	63	54	33	8	36	56	31	20
Gesamt	327	370	137	64	133	172	74	31

Im Rahmen der Wachstumsstrategie der Gruppe Deutsche Börse stärkte das Unternehmen seine Ausrichtung auf eine High-Performance-Kultur, mit einem deutlicheren Fokus auf die Bedürfnisse der Kunden und auf Innovationen. Diese Kultur wird durch ein Vergütungssystem für leitende Mitarbeiter unterstützt, das Wachstum, Performance und finanzielle Indikatoren stärker als bislang berücksichtigt.

Work-Life-Balance

Gleichzeitig ist sich die Gruppe Deutsche Börse ihrer Sorgfaltspflicht bewusst und legt Wert auf die Gesundheit ihrer Mitarbeiter. Die Gruppe Deutsche Börse bietet ihren Mitarbeitern diverse Sport- und Entspannungskurse (siehe den [Abschnitt „Training und Weiterbildung“](#)). Eines der Ziele dieser Maßnahmen ist, dass die Mitarbeiter trotz hoher Arbeitsbelastung gesund bleiben und der Krankenstand im Unternehmen möglichst niedrig ist. So achtet das Unternehmen seit 2016 verstärkt darauf, dass Mitarbeiter den ihnen zustehenden Erholungsurlaub unterjährig nehmen. In der Gruppe Deutsche Börse betrug der Krankenstand im Berichtsjahr 3,0 Prozent (2016: 2,9 Prozent), in der Muttergesellschaft Deutsche Börse AG 3,9 Prozent (2016: 3,8 Prozent).

Beruf und Freizeit in einen vernünftigen Gleichklang zu bringen (Work-Life-Balance) ist ein weiteres erklärtes Anliegen der Gruppe Deutsche Börse. Im Rahmen der „Job, Life & Family“-Initiative stellt das Unternehmen zahlreiche Angebote zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie bereit:

- Möglichkeit der Arbeit von zu Hause aus (Telearbeit)
- „Elder and Family Care“-Programm zur Erleichterung der Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger
- Möglichkeit eines Sabbaticals, z. B. in Deutschland, Luxemburg, Prag und Cork
- An verschiedenen Standorten hat die Gruppe Deutsche Börse je nach Rahmenbedingungen und Bedarf unterschiedliche Angebote zur Kinderbetreuung umgesetzt, z. B. Notfall-Eltern-Kind-Büros in Eschborn, Luxemburg und Prag sowie einen Betreuungszuschuss in Deutschland (bis zu einer Höhe von monatlich max. 255,65€ netto je Kind bis zum Alter von sechs Jahren bzw. bis zur Einschulung).

Die Gruppe Deutsche Börse gewährt an allen Standorten Elternzeit gemäß den geltenden nationalen Vorschriften (siehe [Tabelle „Kennzahlen zur Elternzeit“](#)). Die hohe Quote der Rückkehrer aus der Elternzeit lässt auf ein angenehmes Betriebsklima und gute Arbeitsbedingungen im Unternehmen schließen.

Die Gruppe Deutsche Börse bietet ihren Mitarbeitern eine Vielzahl an Leistungen über den gesetzlich vorgeschriebenen Rahmen hinaus (siehe [Tabelle „Gesamtausgaben für Leistungen an Mitarbeiter“](#)). Alle Voll- und Teilzeitmitarbeiter erhalten dieselben Leistungen. Die durchschnittlichen Personalkosten für Mitarbeiter und leitende Angestellte, bereinigt um Kosten für Effizienzprogramme und den Personalaufwand für die Mitglieder des Vorstands, lagen mit 118 T€ leicht unter dem Niveau des Vorjahres (2016: 121 T€). In der Muttergesellschaft Deutsche Börse AG, auf die der größte Teil der leitenden Angestellten innerhalb der Gruppe entfällt, beliefen sich die Personalkosten pro Mitarbeiter auf 149 T€ (2016: 163 T€). Die Personalkosten enthalten neben dem Basisgehalt u. a. Sozial- und Pensionsauf-

Kennzahlen zur Elternzeit

	2017 in Elternzeit gegangen		2017 aus Elternzeit zurückgekehrt		Jahresübergreifende Rückkehrrate ¹⁾	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer %	Frauen %
Deutsche Börse AG	23	22	23	17	100	94
Gruppe Deutsche Börse	80	98	73	68	100	97

1) Mitarbeiter, deren Elternzeit 2017 endete und die seitdem im Unternehmen geblieben sind

wendungen sowie variable Vergütungsbestandteile. Der Vorstand der Deutsche Börse AG hat im Geschäftsjahr 2017 eine freiwillige Gehaltserhöhung für die tariflich bezahlten Mitarbeiter in Deutschland von 2,5 Prozent beschlossen. Auch an den anderen Standorten wurden Anpassungen der Gehälter vorgenommen.

Future Workplace

Mit der digitalen Arbeitsumgebung Future Workplace fördert das Unternehmen die gruppenweite Zusammenarbeit. Sie bringt weltweit Kollegen enger zusammen und sie erleichtert den Arbeitsalltag eines jeden Einzelnen. Der Future Workplace umfasst u. a. die Collaboration-Plattform Microsoft SharePoint, den Messenger- und Videotelefoniedienst Skype for Business sowie Good Work für die mobile Geschäftskommunikation. Im Berichtsjahr wurde am Standort Eschborn der Pilot für ein zukunftsweisendes Modell gestartet, wie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Gruppe Deutsche Börse künftig zusammenarbeiten werden. Der sog. CoWorking Space ermöglicht mit verschiedenen Modulen das perfekte Zusammenspiel von Architektur, Design und Technologie und lässt eine individuelle und flexible Arbeitsumgebung für alle entstehen.

Feedback für Mitarbeiter und Führungskräfte

Die Führungskräfte führen mit ihren Mitarbeitern jährliche Beurteilungsgespräche, definieren gemeinsam Ziele für das kommende Jahr und dokumentieren diese Gespräche. 91 Prozent der Mitarbeiter, die im internen System zur Mitarbeiterbeurteilung der Gruppe Deutsche Börse erfasst sind, erhalten eine Beurteilung. Die verbleibenden 9 Prozent ergeben sich aus folgenden Sonderregelungen:

- Gemäß Betriebsvereinbarung können deutsche Mitarbeiter ab einem Alter von 59 Jahren auf den jährlichen Beurteilungs- und Zielvereinbarungsprozess verzichten.
- Neu eingestellte Mitarbeiter erhalten erstmalig nach Ablauf der Probezeit eine Beurteilung und Zielvereinbarung.

Das Beurteilungssystem wird gleichermaßen für Frauen und Männer angewendet. Für Führungskräfte existiert ein eigenes Zielvereinbarungssystem. Darüber hinaus hat die Gruppe Deutsche Börse 2016 das 360-Grad-Feedback für alle leitenden Angestellten – ob mit oder ohne Personalverantwortung – eingeführt. Es erlaubt offene und konstruktive Rückmeldungen von verschiedenen Seiten zum eigenen Verhalten, denn nur so können Diskrepanzen zwischen Selbst- und Fremdwahrnehmung erkannt und als Basis für die weitere Entwicklung genutzt werden. Mit einer Rücklaufquote von 86 Prozent wurde das Programm 2017 erneut sehr gut angenommen. Zudem nahmen 2017 erstmals die Teamleiter teil, der Kreis der Feedbackempfänger erhöhte sich somit erheblich.

Gesamtausgaben für Leistungen an Mitarbeiter

	Essens- zuschuss T €	Kinder- betreuung T €	Sport und Freizeit T €	Unfallver- sicherung T €	Sparpläne T €	Reisekosten T €
Deutsche Börse AG						
Alle Standorte	2.264,6	531,1	36,5	978,0	468,3	565,8
Gruppe Deutsche Börse						
Deutschland	3.825,4	945,7	66,7	184,3	819,4	986,9
Luxemburg	1.548,9	0	7,6	115,6	0	113,9
Tschechische Republik	678,0	30,6	222,4	24,7	1.013,6	104,0
Irland	238,7	0	26,4	17,0	0	0

Die 360-Grad-Feedbacks werden durch einen externen Dienstleister ausgewertet. Die zusammengeführten Einschätzungen aus den verschiedenen Beurteilungsgruppen werden sowohl untereinander als auch mit dem Selbstbild des Feedbackempfängers verglichen. Die gewonnenen Erfahrungen fließen in die Entwicklungsplanung der Führungskräfte ein.

Die Tochtergesellschaften EEX und 360T nutzen eigene Bewertungssysteme. Die von ihnen erhobenen Daten werden nicht zentral eingepflegt und zur Verfügung gestellt. Langfristig ist es das Ziel, die Bewertungs- und Zielvereinbarungsprozesse über die gesamte Unternehmensgruppe zu vereinheitlichen und die Verfügbarkeit und Transparenz der erhobenen Daten zu erhöhen.

Förderung von Vielfalt und Gleichstellung der Geschlechter

Die Gruppe Deutsche Börse ist ein global operierendes Unternehmen und tritt für Offenheit und Fairness am Arbeitsplatz ein. Aus diesem Grund hat die Deutsche Börse AG die „Charta der Vielfalt“ unterzeichnet: zur Unterstützung der Anerkennung, Wertschätzung und Einbeziehung von Vielfalt in der Arbeitswelt. Für die Gruppe Deutsche Börse ist die Vielfalt im Unternehmen die Basis, um eine Kultur des offenen Dialogs, des Vertrauens und der gegenseitigen Akzeptanz zu erreichen. Die Unternehmenskultur beruht u. a. auf den People Principles, die Erwartungen an ein kollegiales und professionelles Miteinander bei der Gruppe beschreiben. In Bezug auf die Vielfalt der Mitarbeiter ist besonders das People Principle „Respekt“ relevant: „Wir schätzen die Vielfalt unseres globalen Teams und berücksichtigen die Sichtweisen anderer. Wir sind Experten auf unserem Gebiet, die im Umgang miteinander stets eine persönliche Note wahren. Wir heißen Kolleginnen und Kollegen an allen Standorten willkommen – unabhängig von ihrer Stellung und ihrem beruflichen Hintergrund. Wir machen uns bewusst, wie unser Verhalten auf andere wirkt.“

Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, sexueller Orientierung, Rasse, Nationalität, ethnischer Herkunft, Alter, Religion oder Behinderung wird nicht geduldet, weder beim Verhalten der Mitarbeiter untereinander noch bei der Auftragsvergabe an Dritte. 2017 wurden keine Diskriminierungsfälle an den berichteten Standorten Frankfurt/Eschborn, Luxemburg, Prag und Cork bestätigt – entsprechend mussten keine Gegenmaßnahmen ergriffen werden.

Als Beispiel für gelebte Vielfalt möge „MarketPride“ dienen, das Netzwerk lesbischer, schwuler, bisexueller und transgender Kolleginnen und Kollegen (Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender, Intersex and Queer, LGBTIQ). MarketPride hat das Ziel, Respekt und Toleranz zu fördern – ganz im Sinne der People Principles sowie der Charta der Vielfalt. Konkret will MarketPride Ansprechpartner zu LGBTIQ-Themen sein und bietet vor allem regelmäßige Netzwerktreffen und Informationsveranstaltungen an.

Die Gleichbehandlung von Mitarbeitern in einer von Vielfalt geprägten Unternehmenskultur wird durch Gleichstellungsbeauftragte der Gruppe Deutsche Börse gewährleistet. Außerdem hat die Personalabteilung Prozesse implementiert, um bei der Personalauswahl angemessen vorzugehen und im Falle des Verdachts auf Diskriminierung sofort handeln zu können.

Um einer systematischen Benachteiligung von Frauen oder Männern in der Entlohnung entgegenzuwirken, analysiert die Deutsche Börse AG für Mitarbeiter in Deutschland in regelmäßigen Abständen, ob es in der Entlohnung geschlechterspezifische Differenzen gibt.

Zielgrößen für den Frauenanteil

Was die Förderung von Frauen in Führungspositionen angeht, erfüllt die Gruppe Deutsche Börse gesetzliche Vorgaben und hat darüber hinaus für sich selbst freiwillige Ziele für höhere Quoten definiert. Der Anteil von Frauen in Führungspositionen zählt zu den bedeutsamsten nichtfinanziellen Leistungsindikatoren nach DRS 20, § 289 Absatz 3 i. V. m. Absatz 1 Satz 3 Handelsgesetzbuch (HGB), über die eine

Prognose erstellt wird. Im Einklang mit dem Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst haben Aufsichtsrat und Vorstand der Deutsche Börse AG Zielgrößen für den Frauenanteil in Aufsichtsrat und Vorstand bzw. den beiden Führungsebenen unterhalb des Vorstands festgelegt. Diese Zielgrößen beziehen sich auf die Deutsche Börse AG in Deutschland ohne Tochtergesellschaften und galten bis 30. Juni 2017. Die Deutsche Börse AG hat diese Ziele übertroffen. Daher wurde vom Aufsichtsrat und Vorstand des Unternehmens beschlossen, weitere Ziele bis 31. Dezember 2021 zu setzen. Bis dahin soll der Frauenanteil auf der ersten Führungsebene unterhalb des Vorstands bei 15 Prozent und auf der zweiten Führungsebene bei 20 Prozent liegen. Zum 31. Dezember 2017 lag der Frauenanteil in der Deutsche Börse AG in Deutschland auf der ersten Führungsebene unterhalb des Vorstands bei 10 Prozent und auf der zweiten Führungsebene bei 16 Prozent.

Bereits 2010 hatte sich der Vorstand im Rahmen einer Selbstverpflichtung das Ziel gesetzt, im Konzern bis 2020 einen Anteil von Frauen in Führungspositionen von 20 Prozent im oberen und mittleren Management und von 30 Prozent im unteren Management zu erreichen. An dieser Ambition hält die Gruppe weiterhin fest. Abweichend von der gesetzlichen Verpflichtung wurde die Selbstverpflichtung umfangreicher gefasst. Zum einen beziehen sich die hier festgelegten Zielgrößen auf die Gruppe Deutsche Börse (weltweit mit Tochtergesellschaften). Zum anderen wurden die Führungsebenen (Managementpositionen) umfangreicher definiert, sodass z. B. auch Teamleiterpositionen darunter fallen. Weltweit lagen diese Quoten zum 31. Dezember 2017 bei der Gruppe Deutsche Börse bei 14 Prozent für das obere und mittlere Management bzw. bei 29 Prozent für das untere Management. Für Deutschland lagen die Quoten bei 15 Prozent bzw. 26 Prozent. Weitere Informationen zu den Zielgrößen für den Frauenanteil können dem [Abschnitt „Zusammengefasste Erklärung zur Unternehmensführung und Corporate Governance-Bericht – Zielgrößen für den Frauenanteil unterhalb des Vorstands“](#) entnommen werden.

Maßnahmen zur Frauenförderung

Um den Anteil von Frauen in Führungspositionen zu steigern, achtet das Unternehmen darauf, dass Frauen als Kandidatinnen für Führungspositionen identifiziert werden. Grundsätzlich ist allerdings die Qualifikation ausschlaggebend für die Stellenbesetzung. Daneben bietet die Gruppe Deutsche Börse eine Vielzahl weiterer Maßnahmen zur Förderung von Frauen an: gezielte Nachfolgeplanung, ein externes und ein internes Mentoring-Programm, ein Frauennetzwerk sowie Trainings speziell für Frauen.

Nachwuchsförderung

Toptalente zu motivieren und zu fördern ist ein wichtiges Instrument, damit die Gruppe Deutsche Börse im digitalen Zeitalter nachhaltig erfolgreich bleibt. Dazu dienen im Wesentlichen zwei Programme: Das „Evolving Leaders“-Programm, das den internen Führungsnachwuchs entwickelt, und die „Show Your Talent“-Initiative, die unternehmerisches und innovatives Potenzial der Mitarbeiter aufdeckt und fördert. Gleichzeitig sollen auf diese Weise das Engagement und die Leistungsorientierung der Mitarbeiter gefördert werden.

Talente können sich für eines der Programme bewerben. Am Auswahlprozess sind Vertreter und Führungskräfte verschiedener Unternehmensbereiche beteiligt und evaluieren die Teilnehmer nach definierten Kriterien.

Im Berichtsjahr wurden neun Mitarbeiter (vier Frauen, fünf Männer) in das „Evolving Leaders“-Programm und sechs Mitarbeiter (zwei Frauen, vier Männer) in die „Show Your Talent“-Initiative aufgenommen, von denen vier „Evolving Leaders“ bzw. ein „Show Your Talent“-Mitglied aus der Muttergesellschaft Deutsche Börse AG kommen.

Training und Weiterbildung

Training und Weiterbildung genießen bei der Deutschen Börse hohe Priorität: Die Mitarbeiter erweitern und erneuern ständig ihr Wissen über die Finanzmärkte; und auch in ihren kommunikativen und organisatorischen Fähigkeiten können sich die Mitarbeiter regelmäßig schulen lassen. Über ein breites Angebot an internen und externen Bildungsmaßnahmen unterstützt die Deutsche Börse Mitarbeiter und ihre Vorgesetzten darin, ihre individuellen Herausforderungen zu meistern.

Beispielsweise übernehmen erfahrene Kollegen Patenschaften für neue Mitarbeiter und erleichtern ihnen so den Einstieg in die Gruppe Deutsche Börse. Als Mentoren helfen sie ihnen, auch außerhalb ihrer eigenen Abteilung Kontakte zu knüpfen und das Unternehmen bereichsübergreifend zu verstehen. Das „New Role“-Mentoring-Programm erleichtert Kolleginnen und Kollegen den Einstieg in eine neue Führungsrolle.

In puncto Weiterbildung investierte der Konzern 2017 insgesamt durchschnittlich 3,3 Tage je Mitarbeiter (2016: 3,8 Tage) und führte u. a. 1.568 interne Trainings durch (2016: 1.524 interne Trainings). Davon bezogen sich 33 Prozent auf geschäftliche Inhalte, 33 Prozent auf Fachthemen, 10 Prozent hatten Aspekte der Work-Life-Balance zum Inhalt und 24 Prozent waren IT- oder einführende Trainings.

Kennzahlen zur Weiterbildung der Mitarbeiter im Jahr 2017

	Deutsche Börse AG			Gruppe Deutsche Börse		
	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt
Weiterbildungstage pro Mitarbeiter im Durchschnitt	3,3	2,8	3,1	3,4	3,1	3,3
Weiterbildungstage pro FTE ¹⁾ im Durchschnitt	3,4	3,3	3,4	3,5	3,6	3,5
Stundenzahl	24.395	11.455	35.850	92.448	55.518	147.966
davon Führungskräfte	%	6	5	6	2	4
davon Mitarbeiter	%	94	95	94	98	96

1) Vollzeitäquivalent („full-time equivalent“, FTE)

Kennzahlen zur Belegschaft der Gruppe Deutsche Börse zum 31. Dezember 2017

	Deutsche Börse AG		Gruppe Deutsche Börse			
	Alle Standorte		Deutschland		Luxemburg	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Mitarbeiter	915	518	1.584	983	650	418
50 Jahre und älter	306	113	447	198	179	78
40 bis 49 Jahre	282	142	486	269	272	178
30 bis 39 Jahre	245	175	495	358	151	115
Unter 30 Jahre	82	88	156	159	49	47
Durchschnittsalter	43,5	40,0	42,4	39,8	43,5	41,3
Vollzeitbeschäftigte	875	370	1.525	693	622	271
Oberes und mittleres Management	103	14	148	26	66	11
Unteres Management	76	20	107	35	53	18
Belegschaft	697	337	1.270	632	503	242
Teilzeitbeschäftigte	40	148	59	290	28	147
Oberes und mittleres Management	3	1	3	1	1	2
Unteres Management	1	2	1	3	0	6
Belegschaft	36	145	55	286	27	139
Mitarbeiter mit Behinderung	18	12	33	26	3	0
Akademikerquote (%) ¹⁾	79	70	77	68	58	56
Auszubildende	11	8	11	8	0	0
Praktikanten und studentische Aushilfen	79	78	129	116	11	15
Betriebszugehörigkeit						
Unter 5 Jahre (%)	46	46	44	44	26	29
5 bis 15 Jahre (%)	21	21	26	25	21	26
Über 15 Jahre (%)	33	33	30	31	53	45
Fluktuation						
Eintritte	225	95	326	153	52	27
Austritte	39	17	76	32	32	29
Weiterbildungstage je Mitarbeiter	3,3	2,8	2,9	2,7	4,3	3,8
Beförderungen	23	17	33	23	11	8
Mitarbeiter mit Tarifbindung	789	485	1.194	792	570	403

1) Die Quote ergibt sich aus der Anzahl der Mitarbeiter mit einem Abschluss an einer Universität, Fachhochschule oder Berufsakademie; berücksichtigt sind auch die Mitarbeiter, die ein vergleichbares Studium außerhalb Deutschlands absolviert haben.

Compliance einschließlich Bekämpfung von Korruption und Bestechung

Verantwortungsbewusstes unternehmerisches Handeln beruht zum einen auf der Einhaltung von Regeln und Gesetzen, zum anderen auf dem Grundsatz sich stets integer und ethisch einwandfrei zu verhalten. Die Gruppe Deutsche Börse hat ein den aufsichtlichen Anforderungen unterliegendes Compliancemanagement-System implementiert mit dem Ziel, Fehlverhalten vorzubeugen und Haftungs- und Reputationsrisiken für die Gruppe, ihre gesetzlichen Vertreter, Führungskräfte und Mitarbeiter zu vermeiden. Über die geschäftsbezogenen Complianceerfordernisse hinaus steht hierbei die Stärkung einer konzernweit einheitlichen Compliancekultur – hier insbesondere die Stärkung des Compliancebewusstseins innerhalb der Gruppe Deutsche Börse – im Fokus. Das von der Deutsche Börse AG implementierte und vom Vorstand der Gruppe Deutsche Börse verantwortete und geförderte Compliancemanagement-System ist daher ein unverzichtbares Element guter Corporate Governance (Compliance). Ein solches System stellt die Grundlage für eine nachhaltige Risikotransparenz dar und ermöglicht insbesondere die Risiken in den Bereichen Geldwäsche/Terrorismusfinanzierung, Datenschutz, Korruption, Marktmanipulation und Insiderhandel zu mitigieren sowie die Vorgaben für Finanzsanktionen und Embargos zu überwachen.

Das Compliancemanagement-System gilt für die Deutsche Börse AG sowie für in- und ausländische Gesellschaften, an denen die Deutsche Börse AG direkt oder indirekt Mehrheitsbeteiligungen hält. Mit ihrem gruppenweiten Complianceansatz gewährleistet die Gruppe Deutsche Börse die Einhaltung geltenden Rechts und aufsichtlicher Anforderungen durch die jeweiligen Gruppenunternehmen. Die Compliancefunktionen der einzelnen Gruppenunternehmen sind über eine einheitliche Berichtslinie direkt dem Group Chief Compliance Officer unterstellt. Dieser berichtet wiederum direkt an den Vorstand der Deutsche Börse AG.

Das Compliancemanagement-System der Gruppe Deutsche Börse wird kontinuierlich weiterentwickelt, um der steigenden Komplexität und den zunehmenden regulatorischen Anforderungen gerecht zu werden. Zur Vermeidung von Compliancerisiken, insbesondere im Hinblick auf die Themen Geldwäsche/Terrorismusfinanzierung, Finanzsanktionen und Embargos sowie Marktmanipulation und Insiderhandel, hat die Gruppe Deutsche Börse präventive, aufdeckende und sanktionierende Maßnahmen aufgesetzt. Hierzu orientiert sich die Gruppe Deutsche Börse an den Empfehlungen eines international anerkannten Standards (ISO 19600 „Compliance management systems – Guidelines“).

Als Mitglied des UN Global Compact hat sich die Deutsche Börse AG zu dessen Prinzipien verpflichtet, so unter anderem auch zum zehnten Prinzip: Unternehmen sollen gegen alle Arten von Korruption (einschließlich Erpressung und Bestechung) eintreten. Die Gruppe Deutsche Börse beteiligt sich nicht an Korruption oder an Handlungen, die den Anschein erwecken, dass die Gruppe unzulässige Vorteile verspricht, vermittelt, leistet, erhält oder darum ersucht. Bestechung und Schmiergeldzahlungen sind verboten.

Leitbild der Gruppe Deutsche Börse ist es, dass Entscheidungen und Handlungen aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter objektiv und integer getroffen werden. Eine besondere Bedeutung kommt dabei dem Management zu. Die Gruppe Deutsche Börse ist sich der großen Bedeutung des sog. „tone from the top“ (von der Unternehmensleitung kommuniziertes und gelebtes Leitbild) bewusst, um eine hohe Aufmerksamkeit für die Vermeidung von Compliancerisiken innerhalb des Konzerns wie auch unter den Marktteilnehmern zu erreichen. Um dieses Leitbild dauerhaft gruppenweit zu verankern und die Gruppe Deutsche Börse und ihre Mitarbeiter vor rechtlichen und rufschädigenden Konsequenzen zu schützen, hat Compliance risikoorientiert verschiedenartige Präventionsmaßnahmen implementiert.

Complianceorganisation

Die Verantwortlichkeiten zur Identifikation und Steuerung gruppenweiter Compliance Risiken sind in Compliance gebündelt. Compliance erarbeitet risikoorientiert Maßnahmen zur Begrenzung und zum Umgang mit den entsprechenden Risiken, kommuniziert über Risiken, Vorfälle sowie die Effektivität der Maßnahmen und stellt eine kontinuierliche Verbesserung des Compliancemanagement-Systems durch regelmäßige Anpassungen der relevanten internen Richtlinien und Prozesse sicher.

Wesentliche Compliance Themen werden im Group Compliance Committee der Gruppe Deutsche Börse besprochen. Diesem Komitee gehören Mitglieder der obersten Führungsebene der Geschäftsbereiche sowie der relevanten gruppenweiten Kontrollfunktionen an.

Verhaltenskodex für das Geschäftsleben

Die wichtigsten Aspekte im Hinblick auf Unternehmensethik und Compliance sowie diesbezüglich angemessene Verhaltensweisen sind im Verhaltenskodex für das Geschäftsleben der Gruppe Deutsche Börse zusammengefasst. Dieser wird an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gruppe Deutsche Börse kommuniziert. Darüber hinaus stellt Compliance den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gruppe Deutsche Börse über die entsprechende Intranetseite compliancerelevante Informationen zur Verfügung, sofern der Bereitstellung keine besonderen Vertraulichkeitserwägungen entgegenstehen. Für Details siehe den [Abschnitt „Zusammengefasste Erklärung zur Unternehmensführung und Corporate Governance-Bericht“](#).

Complianceregelwerk

Compliance hat gruppenweit geltende Richtlinien erlassen, welche die jeweiligen lokalen Anforderungen abdecken und deren Zweck es ist, dass die jeweiligen internen Stakeholdergruppen, die im Auftrag der Gruppe Deutsche Börse handeln, den darin vorgeschriebenen Verhaltensregeln entsprechen, um gruppenweit präventiv, aufdeckend und sanktionierend Complianceverstößen zu begegnen. Die gruppenweite Kommunikation über das Intranet ist darauf ausgerichtet, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (einschließlich Mitglieder des Vorstands und Managing Directors) die für ihre tägliche Arbeit notwendigen Leitlinien erhalten und sich zu deren Einhaltung verpflichten.

Darüber hinaus müssen alle externen Mitarbeiter und Dienstleister ein Formular unterzeichnen, mit dem sie sich zur Einhaltung der Complianceregelungen der Gruppe Deutsche Börse, einschließlich der Regelungen zur Korruptionsbekämpfung, verpflichten.

Complianceschulungen

Regelmäßige Complianceschulungen sind elementar für die Compliancekultur in der Gruppe Deutsche Börse. Weltweit werden die Mitarbeiter der Gruppe Deutsche Börse zu den relevanten Themenfeldern im Kontext Compliance geschult. Dabei werden insbesondere auch die Themen Geldwäsche/Terrorismusfinanzierung, Datenschutz, Korruption, Marktmanipulation und Insiderhandel abgedeckt. Das Management, das aufgrund seiner Tätigkeit einem höheren Compliance Risiko ausgesetzt ist, erhält bedarfsorientierte Zusatzschulungen. Die Schulungen zu den o.g. Compliance Themen sind verpflichtend für die Mitarbeiter sowie die Mitglieder der Unternehmensführung.

Hinweisgebersystem

Zur Meldung potentieller oder tatsächlicher Verstöße gegen aufsichtsrechtliche oder regulatorische Vorschriften und ethische Standards dient das Hinweisgebersystem der Gruppe Deutsche Börse. Hier können Mitarbeiter Meldungen telefonisch oder per E-Mail übermitteln. Die Anonymität der Hinweisgeber ist grundsätzlich gewährleistet. Die Gruppe Deutsche Börse unterstützt durch das gelebte Compliancebewusstsein einen offenen Umgang mit Fehlverhalten, weshalb eingehende Meldungen häufig direkt an

die zuständige Abteilungsleitung oder Compliance weitergeleitet werden. Im Jahr 2017 hat es Hinweisgebermeldungen über das Hinweisgebersystem oder direkt über Vorgesetzte bzw. Kontrollfunktionen (beispielsweise Compliance) gegeben.

Analyse der Compliancerisiken

Die Gruppe Deutsche Börse analysiert mindestens jährlich, entsprechend der regulatorischen Anforderungen, im Rahmen von Risikoanalysen bzw. -bewertungen insbesondere das Risiko, zu Zwecken der Geldwäsche/Terrorismusfinanzierung, Korruption, der Marktmanipulation und des Insiderhandels missbraucht zu werden. Diese Risikoanalysen bzw. -bewertungen umfassen die eigene Geschäftstätigkeit einschließlich der Geschäftsbeziehungen, Marktteilnehmer, Produkte und Dienstleistungen. Aus der Identifizierung der Compliancerisiken werden entsprechende Risikomitigierung abgeleitet.

Due Diligence/Überprüfung von Kunden, Marktteilnehmern, Gegenparteien, Geschäftspartnern und Transaktionsmonitoring

Die Gruppe Deutsche Börse verbessert stetig ihre Prozesse zur Aufnahme von Neukunden und Überprüfung von Bestandskunden (Know-your-Customer). In Abhängigkeit von der jeweiligen Einstufung des Kundenrisikos unterliegen Kundenbeziehungen entsprechenden Sorgfaltspflichten in Bezug auf deren Aufnahme, Aktualisierung und Überwachung. Kundenbeziehungen, bei denen die Risiken zu hoch sind, werden nicht aufgenommen. Die Gruppe Deutsche Börse analysiert Transaktionsdaten, um Geschäftsvorfälle zu erkennen, die auf Geldwäsche hindeuten könnten.

In der Gruppe Deutsche Börse besteht das Risiko, dass Geschäftspartner Sanktionen unterliegen. Ferner besteht das Risiko der Bestechung und Bestechlichkeit. Hierzu führt die Gruppe Überprüfungen ihrer Geschäftspartner durch, indem diese gegen einschlägig relevante Datenquellen (beispielsweise Embargo-, Sanktions-, PEP-, Terror- und andere „schwarze“ Listen) abgeglichen werden. Entsprechende Maßnahmen im Falle einer Übereinstimmung sind vorgesehen.

Datenschutz/Schutz personenbezogener Daten

Die Gruppe Deutsche Börse kommt aufgrund ihrer Geschäftstätigkeit mit einer Vielzahl von Daten in Berührung und nimmt das Recht auf informationelle Selbstbestimmung ernst. Maßnahmen zur Einhaltung datenschutzrechtlicher Bestimmungen sowie zur sensiblen Erhebung, Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten wurden ergriffen. Hierfür hat der Vorstand einen Datenschutzbeauftragten bestellt, der u. a. auf die gruppenweite richtlinienkonforme Einhaltung der Bestimmungen hinwirkt, den rechtlich zulässigen Einsatz von Datenverarbeitungsprogrammen überwacht, die zur Verarbeitung personenbezogener Daten verwendet werden, und als verantwortlicher Ansprechpartner für datenschutzrelevante Fragen zur Verfügung steht, sowohl innerhalb der Gruppe für alle Mitarbeiter als auch im Dialog mit den Aufsichtsbehörden für den Datenschutz. Der Datenschutzbeauftragte unterrichtet die Unternehmens-

Zentrale nichtfinanzielle Leistungsindikatoren: Korruption und Datenschutz

		2017	2016
Korruption			
Geahndete Korruptionsfälle		0	0
Anteil der Geschäftseinheiten, für die Maßnahmen zur Adressierung von Korruptionsrisiken ergriffen wurden	%	100	100
Mitarbeiter, die in ABC-Maßnahmen (Anti-Bribery-Corruption) ¹⁾ geschult wurden ²⁾		4.487	47
Datenschutz			
Anzahl berechtigter Kundenbeschwerden in Bezug auf Datenschutz		0	0

1) Anti-Bestechung und -Korruption

2) Die webbasierte ABC-Schulung ist für die Mitarbeiter der Gruppe Deutsche Börse verpflichtend. Die Anzahl der in Korruptionsmaßnahmen geschulten Mitarbeiter variiert aufgrund der Trainingsfrequenzen, die für das ABC-Trainingsmodul vorgesehen sind.

leitung jährlich über alle ergriffenen Schutzmaßnahmen. Darüber hinaus lag ein Schwerpunkt der Datenschutzorganisation auf der Vorbereitung der Anforderung aus der EU-Datenschutzgrundverordnung, die ab 25. Mai 2018 Anwendung findet.

Insiderinformationen

In ihrer eigenen Funktion als Wertpapieremittent hat die Gruppe Deutsche Börse Zugang zu Informationen, die gemäß den rechtlichen Anforderungen als Insiderinformationen klassifiziert werden können. Gruppenweit sind daher Richtlinien, die das Risiko der Marktmanipulation und des Insiderhandels mitigieren, für die Vornahme von Mitarbeitergeschäften implementiert und darauf ausgerichtet, dass im Umgang mit diesen Informationen ein höchstes Maß an Sensibilität angewendet wird.

Compliance führt eine gruppenweite sog. Restricted List (Sperrliste), in dem Emittenten oder Finanzinstrumente aufgenommen werden, wenn besonders sensible Compliance-relevante Informationen vorliegen. Für diese kann Compliance grundsätzliche Handelsverbote oder ein Verbot bestimmter Transaktionstypen festlegen. Compliancerelevante Informationen über andere Emittenten und/oder Finanzinstrumente werden in einer vertraulichen Watch List (Beobachtungsliste) zusammengefasst. Mitarbeitergeschäfte und Informationsschranken werden durch Compliance insbesondere mit Hilfe dieser Listen überwacht.

Interne/externe Prüfung

Mindestens einmal pro Jahr werden Maßnahmen und Konzepte des Compliancemanagement-Systems risikobasiert durch die Interne Revision auf die Einhaltung der regulatorischen Vorgaben geprüft. Zudem unterliegen die regulierten Einheiten gesetzlich vorgeschriebenen externen Prüfungen.

Sozialbelange

Als Marktinfrastrukturanbieter sieht die Gruppe Deutsche Börse ihre originäre Verantwortung darin, für Transparenz auf den Kapitalmärkten zu sorgen und dadurch die Stabilität und den wirtschaftlichen Erfolg dieser Märkte zu begünstigen. Dabei orientiert sie sich an den Bedürfnissen der Marktteilnehmer.

Im Mai 2017 gründete die Gruppe Deutsche Börse mit wichtigen Akteuren des Finanzplatzes Frankfurt die Nachhaltigkeitsinitiative „Accelerating Sustainable Finance“. In diesem Zusammenhang unterzeichneten die Teilnehmer mit der „Frankfurter Erklärung“ eine gemeinsame Absichtserklärung zur Schaffung nachhaltiger Infrastrukturen in der Finanzwirtschaft. Ausgangspunkt der „Accelerating Sustainable Finance“-Initiative ist die Überzeugung, dass aktuelle globale Herausforderungen – wie der Klimawandel oder auch die fortschreitende Digitalisierung – einen innovativen und lösungsorientierten Umgang erfordern. Hierfür ist eine Transformation hin zu einem nachhaltigeren Finanzsystem weltweit von großer Bedeutung. Die Akteure der Initiative setzen sich zum Ziel, auf Basis der eigenen Kerngeschäfte aktiv an der Umsetzung nachhaltiger Meilensteine, wie den Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals) der Vereinten Nationen, der Realisierung des Weltklimaabkommens oder auch an der Ausgestaltung des Green Finance Fokus der deutschen G20-Präsidentschaft mitzuarbeiten. Die Initiative dient somit als Plattform für den Dialog zu allen Fragen der Zukunftsfähigkeit des Finanzsystems und zur Einleitung weiterer spezifischer Initiativen und Projekte unter Einbeziehung aller Interessengruppen.

Stärkung des gemeinnützigen Sektors

Die Gruppe Deutsche Börse hat sich zum Ziel gesetzt, den gemeinnützigen Sektor zu stärken. Daher hat sie 2009, gemeinsam mit der Bertelsmann Stiftung, die Phineo gAG gegründet. Die gemeinnützige Aktiengesellschaft berät Stiftungen, Non-Profit-Organisationen sowie Unternehmen und bietet Analyse-

dienstleistungen an. Die Deutsche Börse führt die Kooperation mit dem Anspruch, ihre eigenen Kernkompetenzen künftig stärker mit denen von Phineo zu verzahnen und gemeinsam Lösungsansätze für gesellschaftliche Herausforderungen zu erarbeiten. Im Berichtsjahr haben sich beide Häuser gemeinsam mit weiteren Partnern erfolgreich um die Mitwirkung am EU-Projekt „Establishing a new early-stage impact fund for social-tech ventures“ beworben und so einen Schwerpunkt für die gemeinsame inhaltliche Arbeit im Jahr 2017 gesetzt.

Stabile, transparente und faire Märkte

Systemverfügbarkeit

Die Deutsche Börse AG betreibt die Handelssysteme im Kassa- und Derivatemarkt als redundante Serverinstallationen verteilt über zwei geografisch getrennte, sichere Rechenzentren. Fiele ein Handelssystem aus, würde es aus dem anderen Rechenzentrum betrieben werden. Dieser Fall und auch die Auswirkungen von lokalen Störungen wurden zusammen mit Kunden beim FIA-Test (jährliche „disaster recovery exercise“ der Futures Industry Association zum Testen der Systemwiederherstellung) erfolgreich durchgespielt. Andere Störfälle wie der Ausfall von Arbeitsplätzen und Personal wurden ebenso geübt. Die vielfachen Tests der eingesetzten Software, deren geprüfte Einführung sowie die lückenlose Überwachung von Servern, Netzwerk und Anwendungen ermöglichte eine Systemverfügbarkeit des Kassamarkthandelssystems von 99,968 Prozent und des Derivatehandelssystems von 99,967 Prozent. Dies entspricht einer Ausfallzeit von 64 Minuten bzw. 75 Minuten bezogen auf das gesamte Jahr.

Markttransparenz

§ 42 Abs. 1 Börsengesetz (BörsG) ermächtigt Börsen, für Teilbereiche des regulierten Marktes zusätzliche Zulassungsvoraussetzungen und weitere Unterrichtungspflichten für Aktienemittenten zu schaffen. Von dieser Ermächtigungsgrundlage hat die Frankfurter Wertpapierbörse (FWB[®]) in ihrer [Börsenordnung \(IV. Abschnitt, 2. Teilabschnitt\)](#) Gebrauch gemacht und im Jahr 2003 den „Prime Standard“ ins Leben gerufen. Der Prime Standard zeichnet sich zum einen durch besondere Zulassungsfolgepflichten aus, die von der FWB überwacht und – bei Nichtbeachtung – von ihrem Sanktionsausschuss sanktioniert werden; zum anderen ist die Zulassung zum Prime Standard immer Voraussetzung für die Aufnahme in einen der Auswahlindizes der Deutsche Börse AG.

Prime Standard-Emittenten müssen zusätzlich zu den gesetzlichen Anforderungen nach dem Wertpapierhandelsgesetz ihre Finanzberichte (Jahres- und Halbjahresfinanzberichte) und ihre Quartalsmitteilungen (erstes und drittes Quartal) in der deutschen und/oder englischen Sprache innerhalb festgelegter Fristen an die FWB übermitteln. Daneben müssen Prime Standard-Emittenten ihre Unternehmenskalender mit den wesentlichen Terminen an die FWB übermitteln, mindestens einmal jährlich eine Analystenveranstaltung durchführen und alle Insiderinformationen auch in englischer Sprache veröffentlichen. Alle Übermittlungen an die FWB müssen dabei über das sog. Exchange Reporting System (ERS[®]) erfolgen. Diese elektronische Schnittstelle ermöglicht eine effiziente Sortierung und Anzeige der Daten, sodass man eine bevorstehende nicht fristgemäße Erfüllung erkennen kann. So kann die FWB ihre Emittenten bereits vor Ablauf einer Frist durch Erinnerungsmails bestmöglich bei der Erfüllung ihrer Transparenzpflichten unterstützen. Alle an die FWB übermittelten Berichte und Daten werden anschließend auf der Homepage www.boerse-frankfurt.de unter dem jeweiligen Emittentennamen veröffentlicht und so dem interessierten Anleger kompakt und leicht auffindbar zur Verfügung gestellt. Auf diese Weise wird eine besondere Markttransparenz im Prime Standard geschaffen.

Aufgrund der Übermittlung über das ERS gelingt nach Ablauf der Frist schließlich eine lückenlose und zeitnahe Kontrolle der fristgerechten Erfüllung der Transparenzpflichten. Im Jahr 2017 mussten zwölf Verfahren aufgrund nicht fristgerecht veröffentlichter Informationen an den Sanktionsausschuss der FWB übergeben werden. Mit Ablauf des Stichtags 21. Januar 2018 sind elf Verfahren bereits abgeschlossen; ein Verfahren wurde eingestellt, in neun Verfahren wurden Ordnungsgelder in Höhe von insgesamt rund

128.000€ verhängt. Durch die zeitnahe und lückenlose Überwachung und Sanktionierung der Folgepflichten hinsichtlich der Finanzberichte gelingt es, die Prime Standard-Emittenten wirkungsvoll zur Einhaltung ihrer Transparenzpflichten anzuhalten und diese durchzusetzen.

Durch das Zweite Finanzmarktnovellierungsgesetz vom Sommer 2017 wurde der Ordnungsgeldrahmen in § 22 Abs. 2 BörsG auf bis zu 1 Mio. € erhöht (bislang bis zu 250.000 €). Die Geschäftsführung der FWB plant in diesem Kontext eine entsprechende Umsetzung in ihren Abgabeschreiben an den Sanktionsausschuss. Auf diese Weise können künftig ggf. noch wirkungsvollere Maßnahmen zugunsten der Markttransparenz ergriffen werden.

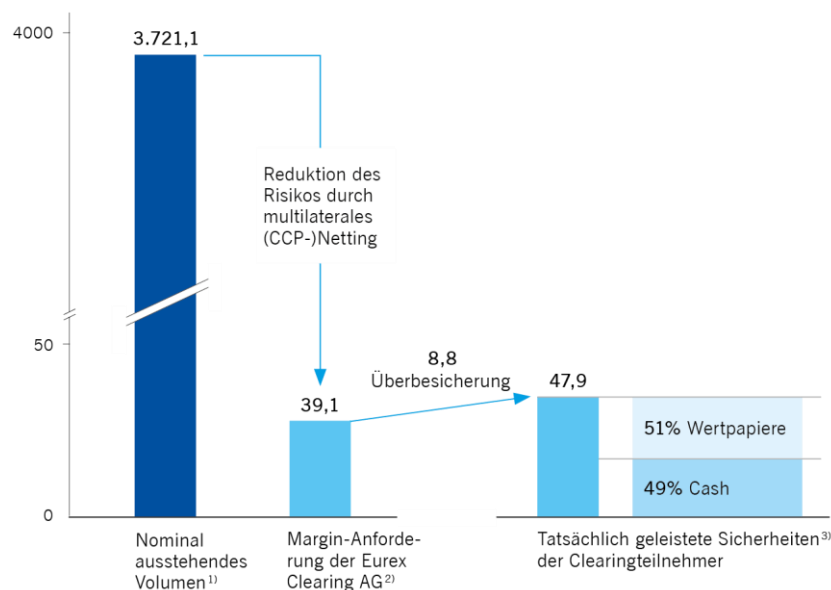
Faktoren aus den Bereichen Umwelt, Soziales und Unternehmensführung (Environment, Social and Governance, ESG) machen mittlerweile einen erheblichen Teil des Wertes eines Unternehmens aus. Deshalb spielen Informationen hierüber auch in den Entscheidungsprozessen institutioneller Anleger eine immer größere Rolle. Um diese Prozesse zu unterstützen, befragt die Gruppe Deutsche Börse seit 2014 jährlich die DAX-, MDAX[®]-, SDAX[®]- und TecDAX[®]-Unternehmen zu ihrer Nachhaltigkeitsberichterstattung. Die Ergebnisse dieser Umfragen werden kostenlos veröffentlicht: Sie sind auf www.boerse-frankfurt.de/nachhaltig zu finden und liefern einen Überblick über die vorhandenen Berichtsformate (Geschäftsbericht, separater Nachhaltigkeitsbericht oder kombinierter/integrierter Bericht) und die angewandten Standards. Die Kontaktdaten der jeweiligen Ansprechpartner für das Thema Nachhaltigkeit in den Unternehmen sind hier ebenfalls aufgeführt.

Stabile Finanzmärkte

Innerhalb der Gruppe Deutsche Börse als Marktinfrastrukturanbieter wird die Eurex Clearing AG als zentrale Gegenpartei ihrer Verantwortung gerecht, nachhaltiges globales Wirtschaftswachstum und stabile Finanzmärkte zu fördern.

Risikomilderung durch Netting und Überbesicherung

in Mrd. €, Stichtag 29. Dezember 2017



1) Nominal ausstehendes Volumen
Zum Stichtag 29. Dezember 2017 beliefen sich Transaktionen, die von Eurex Clearing verrechnet werden, auf ein nominal ausstehendes Volumen von 3.721,1 Mrd. €.

2) Margin-Anforderung
Risiken, die sich aus offenen (nicht verrechneten) Positionen ergeben, werden quantifiziert. Eurex Clearing fordert dann von den Clearingteilnehmern Sicherheiten (Margin), um die Risiken zu decken.

3) Sicherheiten
Als Sicherheiten der Clearingteilnehmer können Wertpapiere und Cash dienen. Die Clearingteilnehmer leisten freiwillig mehr Sicherheiten als von Eurex Clearing gefordert (Übersicherung).

Zu den volkswirtschaftlichen Kernfunktionen einer Börse gehört es, wirtschaftliche Prosperität zu erhalten und Wachstum zu ermöglichen. Die Gruppe betreibt als globaler Marktinfrastrukturanbieter Märkte, die Unternehmen aller Größen dazu dienen, Eigen- und Fremdkapital zu beschaffen: mit dem Ziel zu wachsen, Arbeitsplätze zu schaffen bzw. zu sichern und zu höherer Wertschöpfung in den Geschäftsfeldern beizutragen, in denen sie tätig sind.

Die Eurex Clearing AG leistet ihren Beitrag zum Unternehmenserfolg der Deutschen Börse im Bereich Risikomanagement – eine Verpflichtung zur Reduktion von Risiken und Effizienzsteigerung des Handels. Ihre Dienstleistungen erfüllen höchste Qualitätsstandards und dienen – gekoppelt mit marktorientierten Innovationen – dem Ziel, das Risikomanagement zu verbessern und damit die Finanzstabilität zu erhöhen (beispielsweise direkte Mitgliedschaft von Buyside-Unternehmen im Clearinghaus und Cross-Margining). Durch die Bündelung von Ausfallrisiken lassen sich zugleich hohe Nettingeffekte erzielen, die wiederum nachhaltige Kostenersparnisse für den gesamten Markt ermöglichen.

Die Entscheidung Großbritanniens, die EU zu verlassen, verursacht seit dem Referendum vom 23. Juni 2016 massive Unsicherheiten für den gesamten europäischen Finanzsektor. Ein zentrales Thema ist hierbei die Verrechnung (Clearing) von außerbörslich gehandelten Zinsderivaten, die mit einem offenen Volumen von ca. 250 Bio. € den größten Finanzderivatemarkt nach dem Markt für Währungsderivate bilden [Quelle: BIS, Semiannual OTC Derivatives Statistics, Juni 2017, Anpassung der Kennzahl der Bank for International Settlement (www.bis.org) > Statistics > Derivatives > Semiannual OTC derivatives) von rund 415 Bio. € durch Abzug doppelt gezählter Interdealer-Volumen (Quelle: www.clarusft.com) > Blog > Monthly archive > September 2016 > „Moving euro clearing out of the UK“); Wechselkurs vom 30. Juni 2017: 1,1412 US\$/€; Deutsche Bundesbank)]. Derzeit verhandeln die EU und Großbritannien die Bedingungen für einen Austritt der Briten, der Ende März 2019 vollzogen werden soll. Künftige Zugänge zu Clearinghäusern außerhalb der EU-27-Staaten werden derzeit kontrovers diskutiert und verursachen starke Verunsicherung auf den Märkten. Die Eurex Clearing AG hat eine marktorientierte Lösung gefunden, um die potenziell notwendige Verlagerung des Euroclearings in die EU-27 Staaten für alle Marktteilnehmer so einfach wie möglich zu gestalten: das Eurex Clearing-Partnerschaftsprogramm. Mit diesem Programm bietet die Eurex Clearing AG dem Markt nicht nur eine attraktive Alternative zum Clearing von Zinsderivaten außerhalb von London und innerhalb der EU-27-Staaten aufzubauen, sondern wird auch ihrer Verantwortung innerhalb der Gruppe Deutsche Börse als Marktinfrastrukturanbieter gerecht, indem sie mögliche Marktturbulenzen antizipiert und frühzeitig aktiv entgegensteuert.

Zentrale nichtfinanzielle Leistungsindikatoren: Sozialbelange

		2017	2016
Transparenz			
Anteil der Unternehmen, die nach höchsten Transparenzstandards berichten ¹⁾	%	91	91
Sicherheit			
Verfügbarkeit des Kassamarkt-Handelssystems ²⁾	%	99,968	99,999
Verfügbarkeit des Derivatemarkt-Handelssystems ²⁾	%	99,967	99,962
Durchschnittliche monatlich verrechnete Volumina aller Produkte ³⁾	Bio. €	20,6	19,6

1) Marktkapitalisierung der im Prime Standard für Aktien gelisteten Unternehmen in Relation zur Marktkapitalisierung der insgesamt an der Frankfurter Wertpapierbörse gelisteten Unternehmen

2) Die Systemverfügbarkeit zählt zu den bedeutsamsten nichtfinanziellen Leistungsindikatoren nach DRS 20, § 289 Abs. 3 i. V. m. Abs. 1 Satz 3 HGB, für die eine Prognose erstellt wird.

3) Durchschnittliches monatliches Clearingvolumen inkl. börslich und außerbörslich gehandelter Derivate sowie Wertpapiere und Repo-Geschäfte. Das Clearingvolumen ist doppelt gezählt.

Die Eurex Frankfurt AG generiert schon heute einen signifikanten Teil ihrer Umsätze von außerhalb der EU-27-Staaten. Es besteht daher auch im Sinne der eigenen Nachhaltigkeit das Interesse, Kunden eine Lösung der durch den Brexit entstehenden Umstände zu bieten, um Stabilität und Wachstumspotenzial der eigenen Einkünfte zu gewährleisten.

Durch ihr wirtschaftliches Handeln trägt die Gruppe Deutsche Börse zum privaten und öffentlichen Einkommen bei – dieser Beitrag wird durch die Wertschöpfungsrechnung transparent. Siehe hierzu den [Abschnitt „Wertschöpfung: Verteilung der Unternehmensleistung“](#). Zum aktuellen Zeitpunkt ist eine regionsspezifische Ausweisung der Kosten aus technischen Gründen nicht darstellbar. Das Unternehmen prüft das aktuelle Verfahren auf Verbesserungspotenziale.

Produktbelange

Kundenzufriedenheit

Mit der Umsetzung ihrer gruppenweiten Wachstumsstrategie will die Gruppe Deutsche Börse agiler, ambitionierter und effektiver werden sowie ihren klaren Kundenfokus stärken. Durch organisatorische Verbesserungen will die Gruppe den sich verändernden Bedürfnissen ihrer Kunden besser gerecht werden – und über einen gruppenweiten Ansatz bei Marketing, Vertrieb, Innovation und Produktentwicklung schrittweise ungenutztes Potenzial realisieren.

Ein Beispiel für die Kundenorientierung der Gruppe Deutsche Börse ist die jährliche Kundenservice-Umfrage von Clearstream, anhand derer die Kundenbedürfnisse im Bereich Produkte und Dienstleistungen identifiziert und Verbesserungsanforderungen priorisiert und behandelt werden. Ziel ist es, diesen Bereich weiter zu verbessern. Die Ergebnisse der Umfrage werden durch das Clearstream Client Committee aufgenommen: Dieser Ausschuss beschließt unter Beteiligung der Geschäftsleitung konkrete Maßnahmen im Hinblick auf Kundenbedürfnisse.

Bislang wurde die Kundenzufriedenheit innerhalb der Gruppe auf Ebene der einzelnen Tochterunternehmen gemessen. Mittels einer 2017 durchgeführten Analyse wurden jedoch Möglichkeiten festgestellt, mit denen die relevanten Geschäftsbereiche ihre Prozesse bei Umfragen zur Kundenzufriedenheit verbessern können. Als Ergebnis dieser Untersuchung werden Umfragen ab 2018 harmonisiert und gruppenweit gemeinsame Fragestellungen sowie eine standardisierte „Net Promoter Score“-Methodik eingesetzt. Dabei befragen Unternehmen ihre Kunden nach deren Bereitschaft, den Anbieter weiterzuempfehlen.

Ab 2018 werden alle einschlägigen Produkt- und Servicebereiche ihre Kundenzufriedenheitsumfragen parallel in der zweiten Jahreshälfte durchführen. Ziel ist, Führungskräften und Mitarbeitern die Ergebnisse kurz nach Abschluss der Umfrage zur Verfügung zu stellen. Kunden sollen die Erkenntnisse aus den neu konzipierten Erhebungen über entsprechende Kanäle zur Verfügung gestellt werden. Gleichermaßen werden die Ergebnisse auf Gruppenebene analysiert.

Die indirekten wirtschaftlichen Auswirkungen, d. h. die Handelsaktivitäten und gehandelten Kontrakte, im Vergleich zu anderen Börsenbetreibern, werden im [Wirtschaftsbericht](#) gezeigt (siehe [Tabellen „Entwicklung der Handelsaktivität an ausgewählten europäischen Kassamärkten“](#) und [„Entwicklung der gehandelten Kontrakte an ausgewählten Terminmärkten“](#)).

Nachhaltige Indexprodukte

STOXX Ltd., ein Unternehmen der Gruppe Deutsche Börse, berechnet und verbreitet über 12.000 Indizes. Eine wachsende Zahl dieser Indizes wird anhand von Nachhaltigkeitsaspekten berechnet. Das Spektrum der STOXX-Nachhaltigkeitsindizes ist diversifiziert und umfasst Produkte mit Bezug zu

ESG-Kriterien, Klimawandel und CO₂-Emissionen. STOXX entwickelt Indizes auf der Grundlage von interner Forschung und Nachfrage im Markt: So wurde 2017 die STOXX® Regional Industry Neutral ESG-Indexfamilie entwickelt und eingeführt, die ein europäischer Pensionsfonds als Benchmark einsetzt.

Indexfamilie STOXX Global ESG Specialized Leaders

Die STOXX Global ESG Specialized Leaders-Indexfamilie umfasst die Einzelindizes STOXX Global ESG Environmental Leaders, STOXX Global ESG Social Leaders und STOXX Global ESG Governance Leaders: Gemeinsam ist diesen Indizes, dass ihre Indexwerte in jeweils einer der drei Nachhaltigkeitsdimensionen führend sind und in allen anderen Kriterien überdurchschnittlich abschneiden. Alle Einzelwerte dieser spezialisierten Indizes bilden gemeinsam den STOXX Global ESG Leaders-Index. Um den Anforderungen verantwortungsbewusster Investoren gerecht zu werden, schließt STOXX Unternehmen aus dem nachhaltigen Indexuniversum aus, die sich mit umstrittenen Waffen beschäftigen oder gegen mindestens einen der Grundsätze der Global Compact-Initiative verstoßen. Die ESG-Bluechip-Indizes werden aus dem STOXX Global ESG Leaders-Index abgeleitet und decken jeweils die regionalen Indexwerte mit der größten Marktkapitalisierung ab. Allen genannten ESG-Indizes werden anhand ihrer ESG-Punktzahl gewichtet: je höher die Punktzahl, desto höher die Gewichtung im Index. Die ESG-Daten werden von Sustainalytics bereitgestellt.

Indexfamilie STOXX Low Carbon

Der Fokus der STOXX Low Carbon-Indexfamilie liegt auf der Auswahl von Aktien mit einem niedrigen Wert für Kohlenstoffintensität; bei der Gewichtung werden die Größe und das Emissionsaufkommen des jeweiligen Unternehmens herangezogen. Für die Indizes STOXX Global Climate Impact Ex Global Compact Controversial Weapons sowie STOXX Global Climate Impact Ex Global Compact Controversial Weapons & Tobacco werden Unternehmen ausgewählt, die als führend im Hinblick auf den Klimawandel gelten. Diese qualifizieren sich durch besondere Maßnahmen als führend oder erbringen den Nachweis, dass sie ihre Auswirkungen auf das Klima verstehen und Maßnahmen zu deren Steuerung ergriffen haben. Die STOXX-Indizes Climate Awareness Ex Global Compact Controversial Weapons sowie Climate Awareness Ex Global Compact Controversial Weapons & Tobacco enthalten darüber hinaus Unternehmen, die sich mit den Auswirkungen des Klimawandels für und auf ihre Geschäftstätigkeit auseinandergesetzt haben und hohes Kontextwissen zu Umweltthemen aufweisen. Alle emissionsbezogenen Daten werden vom Carbon Disclosure Project (CDP) bereitgestellt.

Indexfamilie ESG Impact

Für eine dritte Indexfamilie, die ESG Impact-Indizes, werden Unternehmen ausgewählt, die sich bestimmten, wesentlichen Kriterien der Unternehmensführung verschrieben haben – z. B. Zielwerte zur Senkung der Kohlendioxidemissionen, zum Anteil unabhängiger Mitglieder in der Geschäftsleitung oder der Frauenquote in Leitungsgremien, Grundsätze gegen Kinderarbeit oder Begrenzung sog. „goldener Handschläge“.

Zentrale nichtfinanzielle Leistungsindikatoren: Nachhaltige Indexprodukte

		2017	2016
ESG-Kriterien			
Verwaltetes Vermögen in ETFs, die sich auf ESG-Indizes beziehen ¹⁾	Mio. €	55,1	12,4
Insgesamt verwaltetes Vermögen in ETFs	Mrd. €	83,4	64,6
Transparenz			
Anzahl nachhaltiger Indexkonzepte		117	100
Anzahl der berechneten Indizes		12.422	11.975

1) Basierend auf den seit 2016 berechneten Indizes STOXX® Global ESG Impact-Index und FlexShares STOXX® US ESG Impact-Index

Neben den genannten STOXX-Indizes fokussiert sich der ÖkoDAX®-Index der Deutschen Börse auf deutsche Unternehmen, die in erneuerbaren Energien aktiv sind.

Übergeordnetes Ziel aller genannten Indizes ist es, Investoren Lösungen anzubieten, die Nachhaltigkeit als wesentlich für ihre Anlagestrategie ansehen. Dabei konzentrieren sich STOXX-Indizes auf quantitative, analysierbare Kennzahlen von Research-Anbietern, die auf ihren jeweiligen Bereich spezialisiert sind. Im Rahmen dieses Ansatzes wählt STOXX Unternehmen aus, die anhand ausgewählter Kennzahlen besser bewertet werden als ihre Vergleichsunternehmen, und gewichtet die ausgewählten Indexwerte höher.

Alle von STOXX eingesetzten Datenanbieter und Dienstleister werden – entsprechend der von der International Organization of Securities Commissions (IOSCO) und der European Securities and Markets Authority (ESMA) herausgegebenen Regelwerke – regelmäßig überwacht. Da STOXX-Indizes vollständig regelbasiert sind, ist bei der Überprüfung der Indexzusammensetzung weder ein Ausschuss involviert noch werden Kunden hierbei konsultiert.

Nachhaltigkeitsindikatoren erfreuen sich im Anlageprozess zunehmender Nachfrage. STOXX hat mehrere Indexfamilien mit Fokus auf unterschiedliche Nachhaltigkeitsaspekte aufgelegt und forscht weiter an Einsatzmöglichkeiten für die Portfoliostrukturierung anhand von Nachhaltigkeitskriterien. STOXX will seinen Kunden auch auf diesem Gebiet modernste Lösungen anbieten. Mit dem aktuellen Indexspektrum hat sich STOXX deutlich im Markt etabliert und kann somit zeitnah auf die nächsten Entwicklungen im Bereich Nachhaltigkeit reagieren.

Als Indexanbieter ist STOXX verpflichtet, die ökonomische Realität abzubilden, in der sich Finanzmarktakteure bewegen: Derzeit bilden nachhaltige Investitionen noch die Minderheit und werden überwiegend eher als Beimischung denn als zentraler Baustein einer Anlagestrategie angesehen. Um auf eine Verschiebung der Anlagekultur vorbereitet zu sein – und diese zu unterstützen –, entwickelt und unterhält STOXX ein breites Spektrum von Nachhaltigkeitsindizes und reagiert damit auf die aktuelle wie auch die erwartete Nachfrage von Anlegern. Dank der breiten Palette verfügbarer Lösungen lassen sich auch Geschäftsrisiken reduzieren, sollten Investoren größere Teile ihrer Anlagen auf nachhaltigkeitsorientierte Lösungen verlagern – was auch auf anlegerspezifische oder externe Regularien zurückzuführen sein könnte.

Achtung der Menschenrechte in der Lieferkette

Die Gruppe Deutsche Börse ist sich ihrer unternehmerischen Verantwortung bewusst und hat sich den Grundsätzen der Nachhaltigkeit verpflichtet. Auch ihre Lieferanten und Dienstleister sollen diese Grundsätze beachten. Um das zu gewährleisten, hat die Gruppe Deutsche Börse den Verhaltenskodex für Lieferanten und Dienstleister (Code of Conduct) eingeführt, der ökologische, soziale und Governance-Kriterien umfasst. Die in diesem Verhaltenskodex enthaltenen Menschenrechtsaspekte wurden im Jahr 2016 um die Themenbereiche moderne Sklaverei und Menschenhandel erweitert.

Wichtige von Dienstleistern zu erbringende Größen in der Lieferkette der Gruppe Deutsche Börse sind Energie, Informations- und Kommunikationstechnik, IT-Dienstleistungen und Büroausstattung. Zudem werden Marketingdienstleistungen und Werbematerialien erworben. Die Gruppe strebt eine solide Lieferstrategie und ein stabiles Beschaffungswesen an und will sicherstellen, dass alle Lieferanten und Hersteller die gewünschten Preise bzw. die gewünschte Qualität der Produkte und Dienstleistungen mit minimalen Risiken liefern. Dabei konzentriert sie sich geografisch auf Anbieter aus Europa und achtet darauf, dass Lieferanten und Hersteller sich ethisch korrekt verhalten.

Die Funktion Corporate Purchasing verbessert kontinuierlich das Beschaffungsmanagement im Rahmen der im Verhaltenskodex für Lieferanten und Dienstleister festgelegten Vereinbarungen. Dazu analysiert sie in regelmäßigen Abständen die von ihr gemanagten Lieferanten und nimmt eine Kategorisierung gemäß ABC-Analyse vor. Die Einteilung erfolgt dabei in drei Blöcke à 70, 20 und 10 Prozent und bezieht sich auf das Ausgabenvolumen. Ziel ist es, dass mindestens 90 Prozent des globalen Beschaffungsvolumens dieser Vereinbarungen abgedeckt sind (d. h. alle A- und B-Lieferanten müssen die Vereinbarung unterzeichnen). Selbstverständlich werden auch größere C-Lieferanten zur Unterzeichnung aufgefordert.

Derzeit liegen Vereinbarungen im Rahmen des Verhaltenskodex bei Lieferanten vor, die für rund 98,9 Prozent des Beschaffungsvolumens verantwortlich sind. Neue Lieferanten müssen standardmäßig den Verhaltenskodex für Lieferanten und Dienstleister der Gruppe Deutsche Börse unterzeichnen oder (in Ausnahmefällen) zumindest über eine Selbstverpflichtung verfügen. Aus diesem Grund steigt die Zahl der Lieferanten, die den Verhaltenskodex unterzeichnet haben, stetig an.

Die Verpflichtung der Lieferanten und Dienstleister, den Verhaltenskodex zu erfüllen, ist nur ein Element im Bestreben der Gruppe, verantwortungsbewusste Geschäftspartner auszuwählen. Die A-Lieferanten werden kontinuierlich bewertet – in einem geschäftsbereichsübergreifenden, gruppenweiten Evaluationsprozess. Zu den bewerteten Kriterien zählt auch die ökonomische, ökologische, soziale und ethische Nachhaltigkeit der Lieferanten.

Über diese Maßnahme hinaus analysiert die Gruppe Deutsche Börse, in welchem Umfang ihre Lieferanten eigene Richtlinien – wie einen Verhaltenskodex für Mitarbeiter oder Lieferanten und Dienstleister – vorweisen können oder anerkannte Sozialstandards akzeptiert haben. Dazu wurde im Jahr 2016 erstmals eine Umfrage in Bezug auf Nachhaltigkeitsaspekte unter den von Corporate Purchasing gemanagten Lieferanten durchgeführt. Ziel dieser Umfrage war es, Risiken in Bezug auf Umwelt und Sozialbelange, insbesondere Menschenrechte, zu identifizieren. Im Rahmen dieser Umfrage analysiert die Gruppe Deutsche Börse zusätzlich, ob Lieferanten in kritischen Ländern hinsichtlich Menschenrechtsverletzungen aktiv sind. Die Dienstleister, die sich an der Befragung beteiligt haben, decken 63 Prozent des Beschaffungsvolumens 2017 ab. Diese bilden die Stichprobe der Analyse.

Diese ergab, dass 66 Prozent aller teilnehmenden Lieferanten einen eigenen Verhaltenskodex für Mitarbeiter bzw. für Lieferanten und Dienstleister vorweisen können oder mindestens einen Sozialstandard (Prinzipien der Internationalen Arbeitsorganisation, UK Modern Slavery Act, UN Global Compact, UN-Menschenrechtscharta) anerkannt haben. Des Weiteren ergab die Befragung, dass 90 Prozent der teilnehmenden und als Kategorie A identifizierten Lieferanten einen eigenen Verhaltenskodex für Mitarbeiter bzw. für Lieferanten und Dienstleister vorweisen können oder mindestens einen der o. g. Sozialstandards anerkannt haben. Analog dazu ist dies bei 70 Prozent der B-Lieferanten und 55 Prozent der C-Lieferanten der Fall.

Die Lieferantenbefragung ergab weiterhin, dass 29 Prozent der teilnehmenden Lieferanten in Ländern aktiv sind, die in Bezug auf Menschenrechte durch die UN Environment Programme Finance Initiative als risikobehaftet bewertet werden. Von diesen können 79 Prozent einen Verhaltenskodex für Mitarbeiter bzw. Lieferanten und Dienstleister vorweisen oder haben mindestens einen der o. g. Sozialstandards anerkannt.

Zentraler nichtfinanzieller Leistungsindikator: Achtung der Menschenrechte

		2017	2016
Anteil des Umsatzes mit Lieferanten/Dienstleistern, die den Code of Conduct unterzeichnet haben bzw. über darüber hinausgehende Selbstverpflichtungen verfügen	%	98,9	97,5

2017 wurden alle Unternehmen kontaktiert, die an der Befragung im Jahr 2016 teilgenommen haben und a) in Ländern aktiv sind und/oder Lieferungen oder Leistungen aus Ländern empfangen, die in Bezug auf Menschenrechte durch die UN Environment Programme Finance Initiative als risikobehaftet bewertet werden sowie b) keinen eigenen Verhaltenskodex für Mitarbeiter oder für Lieferanten und Dienstleister vorweisen können und auch keinen anerkannten Sozialstandard akzeptiert haben. In diesem Prozess wurden 18 Unternehmen identifiziert; mit ihnen wurde ein Dialog aufgenommen, um auf die Bedeutung der Thematik für die Gruppe Deutsche Börse hinzuweisen und gemeinsam mit den entsprechenden Lieferanten die bestehenden Risiken zu minimieren.

In Kooperation mit einem externen Dienstleister überwacht und überprüft die Gruppe die A-Lieferanten nach verschiedenen Risikokriterien. Der Risikoradar überwacht Risiken entlang der gesamten Lieferkette – vom (Sub-)Lieferanten über logistische Knotenpunkte bis zum Endkunden. Hierbei werden alle Arten von Risiken berücksichtigt: Lieferantenrisiken (z. B. Compliance, finanzielle Stabilität und Qualität), Standortrisiken (z. B. Streiks und Naturkatastrophen), Länderrisiken (z. B. politische Risiken und Sanktionen) und Warengruppenrisiken (z. B. Einfuhrbestimmungen). Das Frühwarnsystem sendet im Risikofall Warnmeldungen per E-Mail oder Mobile App. Analysen ermöglichen zudem, latente Risikosituationen oder negative Trends (ohne Schadenseintritt) zu untersuchen, um passgenau aktiv werden zu können mit dem Ziel, diese Risiken zu vermeiden. Warnmeldungen aus dem Risikoradar werden je nach Auswirkungsgrad zusammen mit den Vertragsparteien bewertet.

Vergleich mit der Prognose für 2017

Was die für 2017 prognostizierte Entwicklung der nichtfinanziellen Leistungsindikatoren angeht, so konnte die Gruppe die Systemverfügbarkeit nur teilweise auf dem Niveau des Vorjahres halten. Die Verfügbarkeit des Handelssystems im Kassamarkt sank von 99,999 Prozent auf 99,968 Prozent. Die Verfügbarkeit des Systems für den Derivatemarkt T7[®] konnte allerdings von 99,962 Prozent auf 99,967 Prozent leicht ausgebaut werden.

Im Bestreben, den Anteil von Frauen in Führungspositionen zu erhöhen, hatte sich der Vorstand bereits 2010 im Rahmen einer Selbstverpflichtung das Ziel gesetzt, im Konzern bis 2020 einen Frauenanteil von 20 Prozent im oberen und mittleren Management und von 30 Prozent im unteren Management zu erreichen. An dieser Ambition hält die Gruppe weiterhin fest. Abweichend von der gesetzlichen Verpflichtung wurde die Selbstverpflichtung umfangreicher gefasst. Zum einen beziehen sich die hier festgelegten Zielgrößen auf die Gruppe Deutsche Börse (weltweit mit Tochtergesellschaften). Zum anderen wurden die Führungsebenen (Managementpositionen) umfangreicher definiert, sodass z. B. auch Teamleiterpositionen darunter fallen. Weltweit lagen diese Quoten zum 31. Dezember 2017 bei der Gruppe Deutsche Börse bei 14 Prozent für das obere und mittlere Management (2016: 15 Prozent) bzw. bei 29 Prozent für das untere Management (2016: 28 Prozent). Für Deutschland lagen die Quoten bei 15 Prozent (2016: 16 Prozent) bzw. 26 Prozent (2016: 22 Prozent).

Risikobericht

Zur Kernkompetenz der Gruppe Deutsche Börse gehören Lösungen, mit denen ihre Kunden effizient Risiken steuern und Sicherheiten verwalten können. Umso wichtiger ist es für die Gruppe, sich selbst vor Gefahren zu schützen. Dieser Abschnitt des zusammengefassten Lageberichts zeigt, wie sie mit Risiken und Bedrohungen umgeht. Das Risiko der Gruppe Deutsche Börse ist in Summe um 15 Prozent gestiegen. Dies ist v. a. durch gestiegene Risiken in den Bereichen Steuern und Cyber-Kriminalität zu erklären.

Der erste Abschnitt des Risikoberichts erläutert die Risikostrategie und zeigt, wie die Gruppe ihre Risiken steuert. Im zweiten Abschnitt dieses Risikoberichts werden die Ansätze und Methoden der Risikoüberwachung beschrieben. Der dritte Abschnitt erläutert die verschiedenen Arten der für die Gruppe bestehenden Risiken und deren Steuerung. Der vierte Abschnitt stellt die Risikolage zusammenfassend dar und gibt einen Ausblick über die künftigen Entwicklungen im Risikomanagement der Gruppe Deutsche Börse. Ergänzend zum Risikobericht stellt die Unternehmensleitung im [☒ Chancenbericht](#) ihre Perspektiven vor.

Zur Gruppe Deutsche Börse gehören mit der Clearstream Banking S.A. und der Clearstream Banking AG, die Teil der Clearstream Holding-Gruppe (im Folgenden „Clearstream“) sind, sowie der Eurex Clearing AG als Kreditinstitut regulierte Unternehmen. Darüber hinaus sind die Eurex Clearing AG und die European Commodity Clearing AG als zentrale Kontrahenten zugelassen und unterliegen den Anforderungen der European Market Infrastructure Regulation (EMIR). Zudem verfügen weitere Gesellschaften über unterschiedliche Zulassungen zur Erbringung regulierter Tätigkeiten in der Finanzindustrie. Diese Unternehmen unterliegen damit alle umfassenden gesetzlichen Vorgaben u. a. zum Risikomanagement (für weitere Einzelheiten zu den regulierten Gesellschaften siehe [☒ Erläuterung 20 des Konzernanhangs](#)). Neben den gesetzlichen Anforderungen u. a. aus den EU-Richtlinien und -Verordnungen CRD/CRR, EMIR und MiFID bzw. deren nationalen Umsetzungen sind hier insbesondere die nationalen Vorgaben der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) sowie das Rundschreiben 12/552 der luxemburgischen Finanzaufsicht (Commission de Surveillance du Secteur Financier, CSSF) zu nennen. Wesentliche Teile des Risikomanagements sind in diesem Zusammenhang für eine Reihe von Unternehmen der Gruppe im Rahmen der sog. zweiten Säule von Basel III definiert. Darüber hinaus sind für die Clearstream Holding AG und die Eurex Clearing AG auf Basis der EU-Bankensanierungs- und -Abwicklungsrichtlinie (Banking Recovery and Resolution Directive, BRRD) nationale Vorschriften für die Erstellung von Sanierungsplänen maßgeblich. Über diese Vorgabe hinaus erstellt die Gruppe Deutsche Börse einen gruppenweiten Sanierungsplan. Die Gruppe Deutsche Börse orientiert sich im Risikomanagement an internationalen Standards und wendet diese auch ohne gesetzliche Vorgaben bzw. über derartige Vorgaben hinaus an. Das Risikomanagement folgt daher gruppenweit hohen Standards.

Da die Eurex Clearing AG und Clearstream als Kreditinstitut reguliert sind, gelten für sie die höchsten regulatorischen Standards innerhalb der Gruppe. Deshalb und aufgrund ihrer wirtschaftlichen Bedeutung wird auf diese beiden Tochtergesellschaften in diesem Risikobericht ein verstärkter Fokus gelegt.

Mit ihrem Angebot an Risikomanagement-Services verfolgt die Gruppe Deutsche Börse das Ziel, einen nachhaltigen Beitrag zu leisten. Das geschieht in erster Linie, indem die Deutsche Börse als Kapitalmarktorganisator für integre und sichere Märkte sorgt und durch ihre Preisfindungsfunktion die Verteilungseffizienz der Märkte erhöht. Darüber hinaus übernimmt die Gruppe Deutsche Börse wichtige Funktionen für das Risikomanagement ihrer Kunden, indem sie beispielsweise deren Marktpreisrisiken zentral über das Clearinghaus Eurex Clearing AG verwaltet. Somit trägt die Gruppe Deutsche Börse zur Effizienz und systemischen Stabilität der Kapitalmärkte bei.

Risikostrategie und Risikosteuerung

Die Gruppe Deutsche Börse richtet ihre Risikostrategie an ihrem Geschäftsmodell und an ihrer Unternehmensstrategie aus. Sie stellt die Infrastruktur für verlässliche und sichere Kapitalmärkte bereit, wirkt bei deren Regulierung konstruktiv mit und nimmt in allen ihren Geschäftsfeldern eine führende Rolle ein. Die Risikostrategie der Gruppe Deutsche Börse folgt dabei drei Grundsätzen:

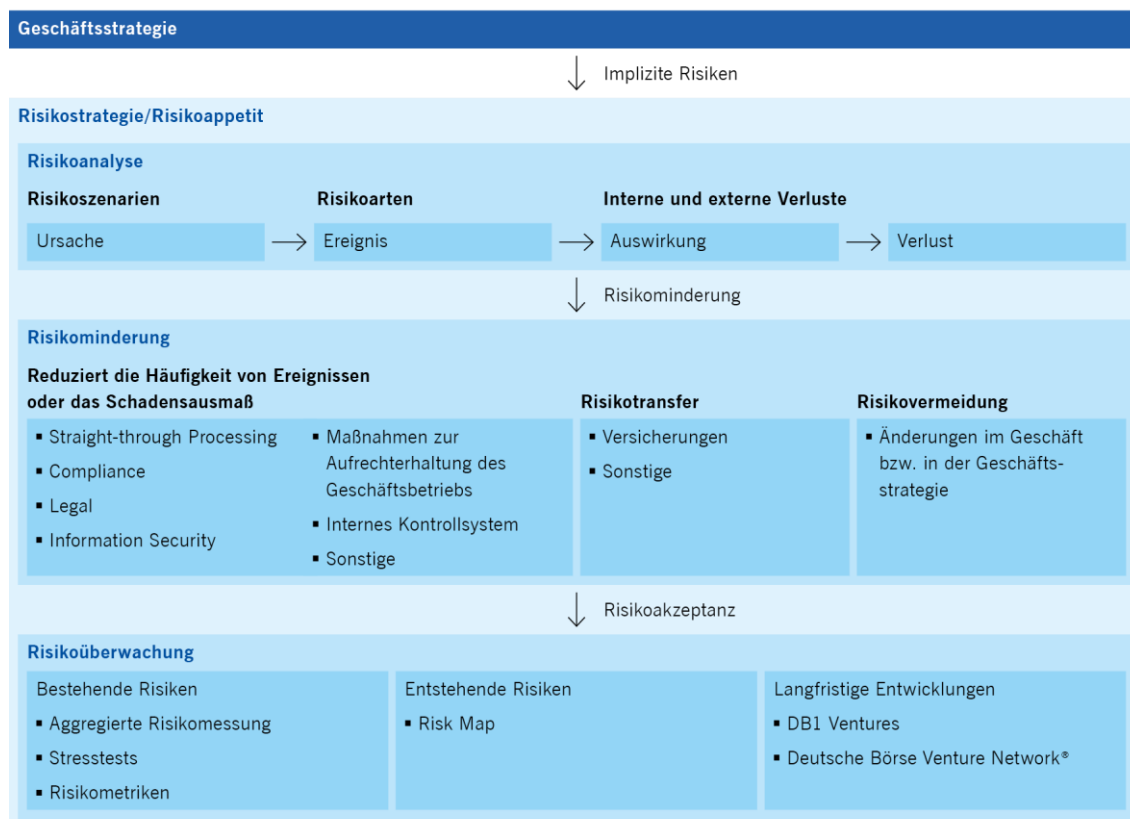
1. Risikobegrenzung – Liquidationsschutz und gesicherte Fortführung des Betriebs

„Das Kapital soll höchstens einmal in 5.000 Jahren erschöpft sein, ein negatives Betriebsergebnis darf höchstens einmal in hundert Jahren eintreten.“ Ziel ist also einerseits, dass in den nächsten zwölf Monaten mit einer Wahrscheinlichkeit größer gleich 99,98 Prozent kein Verlust des gesamten Kapitals eintritt. Und andererseits, dass mit einer Wahrscheinlichkeit größer gleich 99,0 Prozent das Jahresergebnis auf Ebene des EBIT mindestens neutral ist. Dieser Grundsatz legt also zum einen fest, wie viel Risiko die Gruppe tragen kann, und zum anderen, wie groß der Risikoappetit ist.

2. Unterstützung des Wachstums in den Geschäftsfeldern

„Das Risikomanagement unterstützt die Geschäftsbereiche beim Ausbau ihres Geschäfts, indem in Zusammenarbeit die Risiken umfassend erkannt und transparent dargestellt werden.“ Mit diesem Grundsatz will die Gruppe strategische Entscheidungen bewusst im Umfang des selbst festgelegten Risikoappetits fällen.

Geschäftsstrategie und Risikostrategie sind miteinander verzahnt



3. Angemessenes Verhältnis von Risiko zu Rendite

„Die Eigenkapitalrendite soll den Eigenkapitalkostensatz übersteigen.“ Die Gruppe Deutsche Börse setzt sich zum Ziel, dass Risiko und Rendite nicht nur für jeden Geschäftsbereich im Allgemeinen, sondern auch für jede Region, jedes Produkt und jeden Kunden im Speziellen in einem vernünftigen Verhältnis stehen sollen.

Grundlage für das interne Risikomanagement ist die konzernweite Erfassung und Steuerung von Risiken, die sich am sog. Risikoappetit ausrichten, siehe [☒ Grafik „Geschäftsstrategie und Risikostrategie sind miteinander verzahnt“](#). Der Vorstand der Gruppe Deutsche Börse trägt die Gesamtverantwortung und gibt das Rahmenwerk für das gruppenweite Risikomanagement vor. Im Rahmen dieser gruppenweiten Risikomanagementvorgaben steuert jedes Geschäftsfeld bzw. jede regulierte Gesellschaft seine/ihre Risiken eigenverantwortlich. Dieses abgestimmte Verfahren stellt z. B. sicher, dass die Gruppe und ihre Unternehmen beim gleichzeitigen Ausfall mehrerer Systeme ebenso rasch und wirksam handeln wie beim Ausfall eines einzelnen Systems.

Verankerung in Aufbau- und Ablauforganisation

Die Risikostrategie gilt für die gesamte Gruppe Deutsche Börse. Die Funktionen, Abläufe und Verantwortlichkeiten des Risikomanagements gelten verbindlich für alle Mitarbeiter und organisatorischen Einheiten der Gruppe Deutsche Börse. Damit alle Mitarbeiter bewusst mit Risiken umgehen, ist das Risikomanagement fest in der Aufbau- und Ablauforganisation verankert und wird durch entsprechende Maßnahmen unterstützt, etwa durch Schulungen zum Risikomanagement. Insgesamt verantwortet der Vorstand das Risikomanagement, in den Einzelunternehmen jeweils die Unternehmensleitung; die nachfolgend aufgeführten Gremien erhalten zeitnah vollständige Informationen über die Risiken.

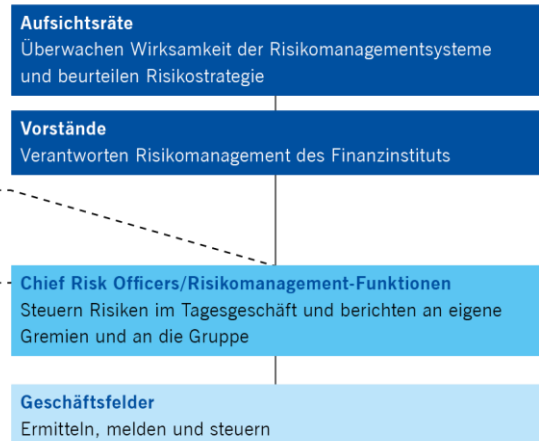
Aufbauorganisation und Berichtswege des Risikomanagements

Gruppenweit



Finanzinstitute

Clearstream und Eurex Clearing AG



Der Aufsichtsrat der Deutsche Börse AG beurteilt die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems, dessen fortlaufende Entwicklung und überwacht das Monitoring der Risiken. Die Evaluierung hat der Aufsichtsrat an seinen Risikoausschuss delegiert, der regelmäßig die Angemessenheit und Wirksamkeit des Risikomanagementsystems beurteilt. Der Risikoausschuss prüft das Risikomanagementsystem, dessen fortlaufende Verbesserung und überwacht das Monitoring der Risiken. Zusätzlich dazu überprüft er jährlich die Risikostrategie und den Risikoappetit.

Der Vorstand der Deutsche Börse AG legt die gruppenweite Risikostrategie und den Risikoappetit fest und verteilt diesen auf die Geschäftsfelder bzw. Unternehmenseinheiten. Er stellt sicher, dass der Risikoappetit mit der kurz- und langfristigen Unternehmensstrategie, der Geschäfts- und Kapitalplanung, der Risikotragfähigkeit und den Vergütungssystemen vereinbar ist und bleibt. Er bestimmt auch, anhand welcher Messgrößen die Risiken eingeschätzt werden, wie das Risikokapital zugeteilt wird und welche Vorgehensweisen gelten. Er sorgt dafür, dass jede Geschäftseinheit diese Anforderungen an Risikostrategie, -appetit und -grenze einhält.

Das Group Risk Committee (GRC) überprüft jeden zweiten Monat die Risikoposition der Gruppe und involviert bei allen entscheidenden Fragen den Vorstand. Das GRC ist ein gruppeninternes Risikokomitee und wird vom Finanzvorstand geleitet. Es prüft regelmäßig sämtliche Parameter auf ihre Eignung und ihren aktuellen Stand und empfiehlt dem Chief Risk Officer (CRO) bzw. dem Vorstand bei Bedarf, mit welchen Maßnahmen diese angepasst werden sollten.

Das Group Risk Management (GRM) arbeitet unter der Leitung des CRO die Vorschläge für die Risikostellhebel aus: für die entsprechende Risikostrategie, den Appetit, die Messgrößen, die Kapitalzuteilung und die Vorgehensweisen. GRM analysiert und bewertet die Risiken kontinuierlich und berichtet quantitativ und qualitativ: sechsmal jährlich an das GRC, monatlich an den Vorstand, vierteljährlich an den Risikoausschuss des Aufsichtsrats und zweimal jährlich an den Aufsichtsrat. So können die verantwortlichen Gremien regelmäßig prüfen, ob die vorgegebenen Risikolimits konsequent eingehalten werden. Darüber hinaus empfiehlt GRM Maßnahmen, mit denen sich die Risiken entsprechend steuern lassen.

Die regulierten Tochtergesellschaften verfahren analog, wobei sie stets darauf achten, dass sie den Vorgaben der Gruppe entsprechen. Insbesondere halten sie sich an den Rahmen des Risikoappetits, den ihnen die Gruppe Deutsche Börse zuteilt. Die jeweiligen Aufsichtsräte und ihre Ausschüsse sind ebenso involviert wie die Vorstände und die Risikomanagement-Funktionen in den Bereichen. Clearstream und die Eurex Clearing AG, die Institute der Gruppe, setzen die Risikostrategie mit eigenen daraus abgeleiteten Ausprägungen um. Folglich verwenden sie auch Messgrößen und Berichtsformate, die auf die übergeordnete gruppenweite Struktur abgestimmt sind. Grundsätzlich ist die Geschäftsführung der jeweiligen Tochtergesellschaft verantwortlich; diese wird vom Aufsichtsrat ihres Kreditinstituts überwacht.

Zentral koordiniertes Risikomanagement in fünf Schritten

Das Risikomanagement wird in einem Prozess mit fünf Schritten umgesetzt. Alle potenziellen Verluste sollen rechtzeitig erkannt, zentral erfasst und möglichst quantitativ bewertet werden; im Bedarfsfall sind dann Steuerungsmaßnahmen zu empfehlen und deren Umsetzung nachzuhalten (siehe [Grafik „Ablauf des Risikomanagements in fünf Schritten“](#)): Im ersten Schritt werden Gefahren und mögliche Ursachen für Verluste oder Betriebsstörungen ermittelt. Im zweiten melden die Geschäftsbereiche regelmäßig – in dringenden Fällen unverzüglich – die Risiken, die sie ermitteln und quantifizieren, an GRM. Im dritten Schritt bewertet GRM das Gefährdungspotenzial, im vierten steuern die Geschäftsbereiche die Risiken durch Vermeidung, Minderung oder Übertragung bzw. durch bewusstes Eingehen. Im fünften und letzten Schritt werden beispielsweise verschiedene Risikometriken überwacht und, wenn nötig, die verantwortlichen Vorstandsmitglieder und Gremien über erhebliche Risiken, deren Bewertung sowie mögliche Sofortmaßnahmen unterrichtet. Neben den regelmäßigen monatlichen und vierteljährlichen Berichten

erstellt GRM Ad-hoc-Berichte für Vorstände und Aufsichtsräte. Bei Clearstream und der Eurex Clearing AG erstellen die entsprechenden Risikomanagement-Funktionen Berichte an die Vorstände und Aufsichtsräte. Die interne Revision überprüft, dass das Risikomanagementsystem eingehalten wird.

Ansätze und Methoden der Risikoüberwachung

Die Gruppe Deutsche Börse nutzt quantitative und qualitative Ansätze und Methoden der Risikoüberwachung, um jederzeit ein möglichst vollständiges Bild ihrer aktuellen Risikolage zeichnen zu können. Um das zu erreichen, werden kontinuierlich sowohl unternehmensinterne Ereignisse hinsichtlich ihrer Risikoeigenschaften untersucht als auch regionale und globale Entwicklungen berücksichtigt. So kann die Gruppe bestehende Risiken erkennen und analysieren sowie zugleich schnell und angemessen auf entstehende Risiken und Veränderungen des Marktes und des geschäftlichen Umfelds reagieren.

Bestehende Risiken

Mit einer Reihe von Werkzeugen überwacht und bewertet die Gruppe Deutsche Börse fortlaufend ihre operationellen, finanziellen und Geschäftsrisiken. Sie nutzt das Liquidationsprinzip, das Fortführungsprinzip und den regulatorischen Kapitalbedarf der betriebseigenen Kreditinstitute, um Risiken auf Unternehmensebene zu aggregieren und mit Hilfe des sog. „Value at Risk“ (VaR) zu quantifizieren. Darüber hinaus werden sog. Stresstests durchgeführt, um extreme, aber plausible Ereignisse und ihre Auswirkung auf die Risikotragfähigkeit der Gruppe zu simulieren. Eine weitere Risikoüberwachungsmethode sind die Risikometriken, die als Frühwarnsystem betriebseigener quantifizierter Risiken dienen.

Aggregierte Risikomessung

Das VaR-Modell dient dazu, bei einem vorab definierten Konfidenzniveau das Kapital zu ermitteln, welches benötigt wird, um mögliche Verluste auszugleichen, die innerhalb eines Jahres anfallen können. Berechnet wird einerseits das ökonomische Kapital (Economic Capital, EC) gemäß dem Liquidationsprinzip und das regulatorische Kapital (Regulatory Capital, RC) für die Kreditinstitute der Gruppe Deutsche Börse. Das Fortführungsprinzip hingegen berechnet die risikobehafteten Erträge (Earnings at Risk, EaR).

Ablauf des Risikomanagements in fünf Schritten

Verantwortung



1. Liquidationsprinzip: Welches Risiko kann das Kapital tragen?

Nach dem ersten Teil von Grundsatz 1 der Risikostrategie soll die Gruppe Deutsche Börse ihre Risikotragfähigkeit höchstens in 0,02 Prozent aller Jahre erschöpfen. Das so berechnete EC bei Clearstream und der Eurex Clearing AG erfüllt zudem die Vorschriften der zweiten Säule von Basel III. Die Gruppe Deutsche Börse ermittelt ihre Risikotragfähigkeit anhand des bilanzierten Eigenkapitals nach International Financial Reporting Standards (IFRS), wobei sie den Wert aus Vorsichtsgründen anpasst, u. a. um zu berücksichtigen, dass immaterielle Vermögenswerte in einer extremen Belastungssituation eventuell nicht zum Buchwert verwertet werden können. Clearstream und die Eurex Clearing AG verwenden ihr regulatorisches Kapital, um ihre Risikotragfähigkeit zu ermitteln (für Details siehe [Erläuterung 20 des Konzernanhangs](#)).

Zur Steuerung ermittelt GRM regelmäßig als Kennzahl die Höhe des EC im Verhältnis zur Risikotragfähigkeit, die sog. Auslastung der Risikotragfähigkeit. Es beantwortet damit eine entscheidende Frage des Risikomanagements: Wie viel Risiko kann sich die Gruppe leisten und welchem Risiko setzt sie sich derzeit aus? Das Verhältnis EC zu Risikotragfähigkeit lag im Berichtsjahr stets unter dem festgesetzten Höchstmaß an Risiko. Wenn dies nicht der Fall wäre, würde die Gruppe im schlimmsten Fall ihre gesamte Risikotragfähigkeit aufbrauchen und abgewickelt werden („gone concern“). Das Liquidationskonzept geht also davon aus, dass die Liquidation der Gruppe vermieden wird.

2. Fortführungsprinzip: Welche Risiken kann das Ergebnis auffangen?

Die Gruppe Deutsche Börse verwendet einen Ansatz, der von einer geordneten Fortführung der Gruppe im Krisenfall ausgeht („going concern“). Als Kennzahl dienen die EaR. Diese Kennzahl entspricht dem zweiten Teil von Grundsatz 1 der Risikostrategie der Gruppe, welcher besagt, dass ein negatives Betriebsergebnis höchstens einmal in hundert Jahren eintreten darf. Mit einer Wahrscheinlichkeit größer gleich 99,0 Prozent soll das Jahresergebnis auf Ebene des Ergebnisses vor Zinsen und Steuern (EBIT) also mind. neutral sein. Die EaR werden im Fortführungsprinzip dem Risikoappetit gegenübergestellt, der wiederum durch das geplante EBIT festgelegt wird.

3. Regulatorischer Kapitalbedarf

Clearstream und die Eurex Clearing AG müssen ihren Kapitalbedarf für unterschiedliche Risikoarten (siehe [Grafik „Risikoprofil der Gruppe Deutsche Börse“](#)) darüber hinaus entsprechend der ersten Säule von Basel III berechnen. Zusätzlich muss die Eurex Clearing AG die Kapitalanforderungen gemäß der

Risikoprofil der Gruppe Deutsche Börse



EMIR erfüllen. Für die Analyse und Bewertung von Kredit- und Marktpreisrisiken verwenden sie einen Standardansatz. Bei diesem Ansatz werden Risikogewichte gemäß dem Rating der Vertragspartner angewandt.

Für die operationellen Risiken verfahren sie unterschiedlich: Clearstream verwendet hier seit 2008 in sämtlichen Unternehmenseinheiten den wesentlich komplexeren fortgeschrittenen Messansatz (Advanced Measurement Approach, AMA). So erfüllt sie die regulatorischen Eigenkapitalanforderungen für operationelle Risiken laut der europäischen Eigenmittelverordnung (Capital Requirements Regulation, CRR). Wie bei der Berechnung des EC wurde das verwendete Modell 2016 grundlegend überarbeitet und verbessert. Nach der von der BaFin zugelassenen und regelmäßig überprüften Methode wird den regulierten Einheiten das benötigte Kapital zugeordnet. Die Eurex Clearing AG hingegen verwendet bei den operationellen Risiken den Basisindikatoransatz, um den regulatorischen Eigenkapitalbedarf zu berechnen (für Details siehe [Erläuterung 20 des Konzernanhangs](#)).

Stresstests

Stresstests dienen dazu, extreme, aber plausible Szenarien für alle materiellen Risikoarten zu simulieren. Diese Belastungsprobe spielt das Auftreten extremer Verluste oder die Häufung großer Verluste innerhalb eines Jahres durch. Es werden dabei sowohl hypothetische als auch historische Szenarien berechnet. Um das Liquiditätsrisiko zu untersuchen, werden zudem Liquiditätsstresstests und sog. inverse Stress-tests durchgeführt. In diesen umgekehrten Belastungsprüfungen wird ermittelt, welche Verlustszenarien eintreten müssten, damit die Risikotragfähigkeit überschritten würde.

Risikometriken

Risikometriken quantifizieren die wichtigsten betriebsinternen Risiken gegen festgelegte Limits. Werden sie überschritten, dient dies einerseits als Frühwarnsignal und wird monatlich direkt an den Vorstand und andere Gremien berichtet. Eine solche Überschreitung wird umgehend notwendige Prozesse zur Risikominderung in Gang setzen.

Entstehende Risiken

Die Gruppe Deutsche Börse verfolgt in ihrem Risikomanagement eine nachhaltige und langfristige Strategie, indem sie zusätzlich auch Risiken über einen Horizont von zwölf Monaten hinaus betrachtet. Hierfür hat sie sog. Risk Maps entwickelt, und zwar jeweils für erwartete bzw. kommende regulatorische Anforderungen, Geschäftsrisiken sowie IT- und Informationssicherheitsrisiken. Die Risk Maps kategorisieren die Risiken nach ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit sowie nach ihrem finanziellen Schaden, falls sie eintreten. Die Betrachtungsperiode beträgt fünf Jahre und ergibt sich aus dem Entwicklungszeitraum der für die Gruppe Deutsche Börse relevanten operationellen Risiken: Regulierung und IT. Regulatorische Anforderungen benötigen typischerweise einen Zeitraum von bis zu fünf Jahren vom ersten Entwurf bis hin zur Implementierung. Auch IT-Risiken wird man mit diesem Zeithorizont gerecht, da der Technologiebereich stetiger Veränderung unterworfen ist.

Langfristige Entwicklungen

Für die Gruppe Deutsche Börse bestehen Risiken, die über eine längere Betrachtungsperiode relevant sind, hauptsächlich darin, nicht oder zu spät auf globale Veränderungen und Megatrends der Finanzmärkte und des geschäftlichen Umfelds zu reagieren. Um diesen Risiken entgegenzuwirken, erhebt die Gruppe Deutsche Börse den Anspruch, Vordenker zu sein und Branchenstandards zu setzen. Dies wird u. a. durch den wechselseitigen Austausch mit Regulatoren und Marktteilnehmern erreicht (z. B. in Form von White Papers). Es ist aber auch zu beobachten, dass einige junge, aufstrebende Unternehmen ein Innovationspotenzial entwickeln, mit dem sie Märkte beeinflussen können. Daher investiert die Gruppe Deutsche Börse mit der DB1 Ventures aktiv in solche Unternehmen und bietet ihnen zudem mit dem Deutsche Börse Venture Network® eine Plattform, sich auszutauschen und Investoren zu finden.

Beschreibung der Risiken

Der folgende Abschnitt beschreibt, welche Risikoarten die Gruppe Deutsche Börse grundsätzlich steuern muss, und zeigt, welche Risiken konkret bestehen. Zudem werden Maßnahmen erläutert, mit denen die Gruppe Deutsche Börse das Eintreten von Vorfällen zu reduzieren und ihre finanziellen Auswirkungen zu minimieren sucht. Zunächst jedoch wird kurz das Risikoprofil erläutert, das sich von den meisten anderen Finanzdienstleistern abhebt, da bei der Gruppe Deutsche Börse die finanziellen Risiken eine deutlich kleinere Rolle spielen.

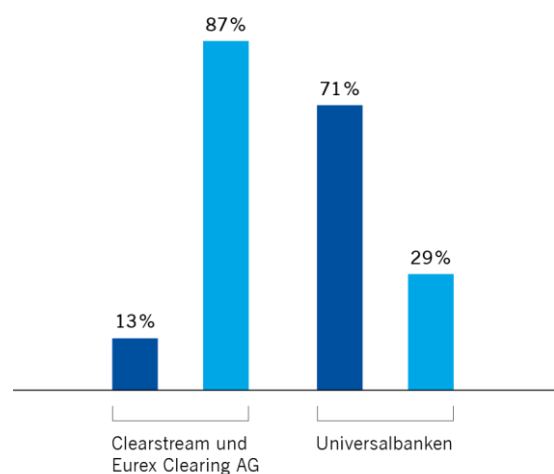
Risikoprofil

Die Gruppe Deutsche Börse unterscheidet zwischen den drei klassischen Risikoarten: operationelle, finanzielle und Geschäftsrisiken. Hinzu kommen Projektrisiken, die sie aber nicht eigens quantifiziert, da sich deren Wirkung bereits in den drei klassischen Risikoarten niederschlägt.

Geringe bankentypische Risiken

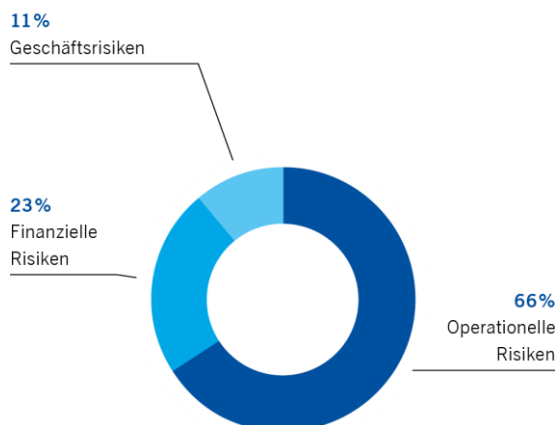
Die Risiken der Institute der Gruppe Deutsche Börse unterscheiden sich grundlegend von denen anderer Finanzdienstleister. Insbesondere im Hinblick auf Kredit- und Marktpreisrisiken weisen Clearstream und die Eurex Clearing AG im Vergleich zu anderen Banken ein strukturell niedrigeres Risiko aus, da sie als Intermediäre tätig sind und daher z. B. selbst keinen Handel an den Finanzmärkten als eigenen Geschäftsbereich betreiben. Die Institute der Gruppe Deutsche Börse tragen folglich auch keine entsprechenden Marktpreisrisiken. Sie bieten vielmehr den Marktteilnehmern Dienstleistungen an, wie Sicherheiten- und Risikomanagement, die deren Risiko aus Handelsaktivitäten verringern. Das Bankgeschäft der Gruppe besteht hauptsächlich aus der zuverlässigen Verrechnung, Abwicklung und Verwahrung sowie dem Sicherheitenmanagement.

Regulatorische Kapitalanforderungen von Clearstream und der Eurex Clearing AG zum 31.12.2017



- Kreditrisiken und Marktpreisrisiken
- Operationelle Risiken

Erforderliches ökonomisches Kapital der Gruppe Deutsche Börse nach Risikoarten zum 31.12.2017



Die weit überwiegende Mehrheit der regulatorischen Kapitalanforderungen von Clearstream und der Eurex Clearing AG stammt aus operationellen Risiken (siehe [☒ Grafik „Regulatorische Kapitalanforderungen von Clearstream und der Eurex Clearing AG“](#)). Die darüber hinaus bestehenden Kapitalanforderungen anderer Tochtergesellschaften können in [☒ Erläuterung 20 des Konzernanhangs](#) eingesehen werden.

Operationelle Risiken größer als finanzielle und Geschäftsrisiken

Für die gesamte Gruppe Deutsche Börse werden in erster Linie die Auslastungen der Risikotragfähigkeit im Rahmen des Liquidationsprinzips und des Risikoappetits im Rahmen des Fortführungsprinzips als interne Steuerungskennzahlen verwendet (siehe den [☒ Abschnitt „Ansätze und Methoden der Risikoüberwachung“](#) für die Erklärung der Begriffe). Neben den bereits oben genannten finanziellen und operationellen Risiken werden dabei auch Geschäftsrisiken erfasst und bewertet. Unter Geschäftsrisiken werden v. a. Umsatzrisiken (z. B. Preisdruck oder Marktanteilsverluste) aber auch Kostenrisiken verstanden. Bei der Anwendung des Liquidationsprinzips zeigt sich, dass die finanziellen Risiken ca. 23 Prozent aller Risiken der Gruppe Deutsche Börse ausmachen. Die Geschäftsrisiken schlagen bei der Gruppe mit 11 Prozent zu Buche. Umso wichtiger ist für die Gruppe Deutsche Börse die dritte klassische Risikoart: Das operationelle Risiko macht mit 66 Prozent mehr als die Hälfte des Gesamtrisikos aus (siehe [☒ Grafik „Erforderliches ökonomisches Kapital der Gruppe Deutsche Börse nach Risikoarten zum 31.12.2017“](#)).

Größere Teile der Risiken liegen – entsprechend der Größe des Geschäfts gemessen an Umsatz und Ergebnis – bei den Segmenten Clearstream und Eurex (siehe [☒ Grafik „Erforderliches ökonomisches Kapital nach Segmenten zum 31.12.2017“](#)). Im Unterschied zu den regulatorischen Kapitalanforderungen werden hierbei auch die Geschäftsbereiche einbezogen, die keiner Bankenregulierung unterliegen.

Eine ähnliche Aufteilung ergibt sich bei der Betrachtung der EaR. Auch hier weisen die Geschäftsfelder mit dem größten Anteil an Erlösen und Ergebnis – Clearstream und Eurex – den größten Anteil auf (siehe [☒ Grafik „Earnings at Risk nach Segmenten zum 31.12.2017“](#)).

Die Gruppe Deutsche Börse ordnet jedem Risiko Kennzahlen zu, mit denen sie abschätzt, wie wahrscheinlich es eintritt und welche finanziellen Auswirkungen es haben könnte. Sie unterscheidet vier Wahrscheinlichkeitsstufen (sehr niedrig, niedrig, mittel und hoch) sowie vier finanzielle Wirkungsgrade (gering, mittel, erheblich und bestandsgefährdend). Allerdings erreicht keines der bewerteten Risiken, weder einzeln noch in Summe, den vierten Wirkungsgrad, d. h. keines gefährdet den Bestand der gesamten Gruppe. Mit Hilfe dieser Kategorien können die nachfolgend beispielhaft aufgeführten Risikoarten bewertet werden. Die geschätzte Eintrittswahrscheinlichkeit kann wie folgt kategorisiert werden:

- Sehr niedrig (Eintrittswahrscheinlichkeit ist kleiner 1 Prozent)
- Niedrig (Eintrittswahrscheinlichkeit ist größer gleich 1 Prozent, aber kleiner 10 Prozent)
- Mittel (Eintrittswahrscheinlichkeit ist größer gleich 10 Prozent, aber kleiner 50 Prozent)
- Hoch (Eintrittswahrscheinlichkeit ist größer gleich 50 Prozent)

Die geschätzten finanziellen Auswirkungen können in vier Kategorien eingeteilt werden:

- Gering (finanzieller Schaden könnte bis zu 10 Prozent des EBIT betragen)
- Mittel (finanzieller Schaden könnte bis zu 50 Prozent des EBIT betragen)
- Erheblich (finanzieller Schaden könnte bis zu 100 Prozent des EBIT betragen)
- Bestandsgefährdend (finanzieller Schaden der Deutsche Börse AG könnte bis zur Höhe der verfügbaren Risikodeckungsmasse betragen)

Im Folgenden werden zunächst die Risikoarten mit konkreten Beispielen illustriert und anschließend im Detail erläutert.

1. Operationelle Risiken

- Ausfall eines Handelssystems
- Cyber-Attacken
- Fehlverarbeitung von Kundenanweisungen (z. B. Kapitalmaßnahmen)
- Fehlbehandlung eines Ausfalls eines großen Kunden
- Verluste aus laufenden Rechtsstreitigkeiten
- Kollidierende Rechtsvorschriften verschiedener Rechtsräume
- Drohende Steuernachzahlungen

2. Finanzielle Risiken

- Zahlungsausfall eines Kreditkontrahenten
- Verluste von aktivischen und passivischen Bilanz- und außerbilanziellen Posten durch Marktpreisveränderungen
- Ausfall eines Kunden und damit verbundener Liquiditätsengpass

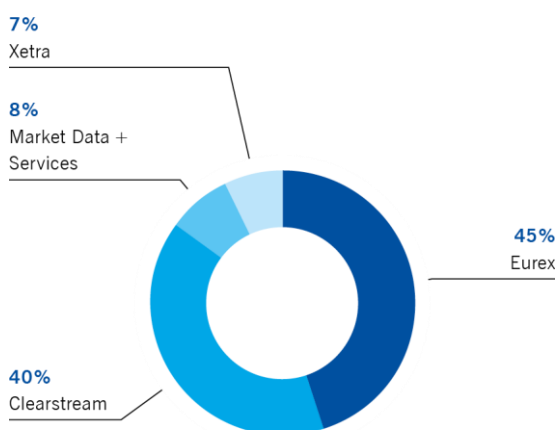
3. Geschäftsrisiken

- Marktanteilsverluste im europäischen Handelsmarkt
- Erneute Verschärfung der europäischen Staatsschuldenkrise
- Einführung einer Finanztransaktionssteuer

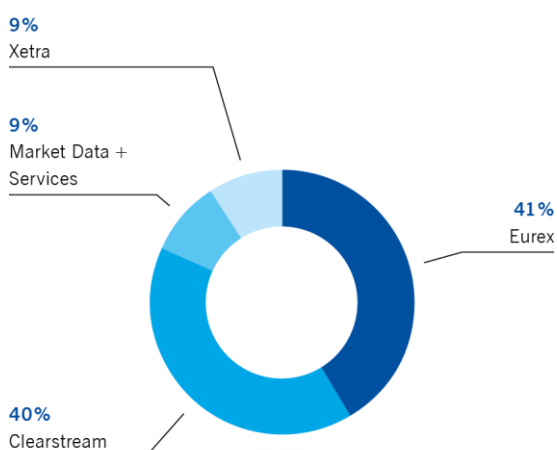
Bestandsgefährdende Risiken könnten nur Kombinationen von Extremereignissen bergen, deren Eintrittswahrscheinlichkeit sehr niedrig ist:

- Ausfall eines Handelssystems über mehrere Tage bei einem hoch volatilen Marktumfeld
- Gleichzeitiger Ausfall mehrerer großer systemrelevanter Banken

Erforderliches ökonomisches Kapital nach Segmenten zum 31.12.2017



Earnings at Risk nach Segmenten zum 31.12.2017



- Erfolgreicher, schwerer Missbrauch der Bankanwendungen durch koordinierte Cyber-Attacke
- Ausfall wichtiger Infrastrukturdienstleister in extremen Marktsituationen und Versagen der Sicherungsmechanismen

Diese Extremereignisse, die nach Maßnahmen zur Verlustreduzierung zu einem Schaden von mehr als 100 Prozent des jährlichen EBIT führen können, werden mit einer Wahrscheinlichkeit von deutlich weniger als 0,1 Prozent eingeschätzt. Solche Extremereignisse sind bisher nicht eingetreten; sie werden auch als Tail Risks bezeichnet. Tail Risks können für einzelne Tochtergesellschaften bestandsgefährdend werden, wenn beispielsweise gegen Sanktionsvorschriften vorsätzlich verstoßen wird. GRM bewertet diese Risiken kontinuierlich und berichtet seine Einschätzung regelmäßig in seinen Risikoberichten an den Vorstand der Gruppe Deutsche Börse.

Operationelle Risiken

Operationelle Risiken bestehen für die Gruppe Deutsche Börse hinsichtlich der Nichtverfügbarkeit der Systeme, mangelhafter Verarbeitung, Beschädigung von materiellen Gütern sowie Rechtsstreitigkeiten und Geschäftspraktiken (siehe [Grafik „Operationelle Risiken der Gruppe Deutsche Börse“](#)). Ebenso wie andere operationelle Risiken werden auch Personalrisiken quantifiziert. Die operationellen Risiken haben ein Gewicht von 66 Prozent des Gesamtrisikos der Gruppe.

Nichtverfügbarkeit der Systeme

Betriebsmittel wie die Handelssysteme Xetra[®] und T7[®] sind für das Leistungsangebot der Gruppe Deutsche Börse unabdingbar. Sie sollten nie ausfallen, damit die Marktteilnehmer jederzeit und unverzüglich mit Wertpapieren oder Derivaten handeln können. Als wichtige Risikokennzahl ermittelt die Gruppe daher die Verfügbarkeit dieser Systeme. Entsprechend der Risikostrategie der Gruppe obliegt die Kontrolle dieser Risikokennzahlen den Geschäftsbereichen.

Der potenzielle Schaden wäre größer, je länger eines dieser Systeme ausfallen würde. Ein Ausfall könnte dabei durch Software- oder Hardwareprobleme verursacht werden oder in seltenen Fällen könnte die Verfügbarkeit auch durch Cyber-Kriminalität oder einen Terroranschlag beeinträchtigt werden. In der Vergangenheit ist es sowohl bei Xetra als auch bei T7 und seinem Vorgängersystem nur zu begrenzten Ausfällen gekommen. Ein Systemausfall für mehr als einen Tag ist in der Praxis allerdings noch nie vorgekommen. Die Gruppe Deutsche Börse hat verschiedene Maßnahmen ergriffen, um das Risiko eines Ausfalls von einem Tag oder länger weiter zu minimieren. Dies unterstützt die Einschätzung, dass die Wahrscheinlichkeit eines Systemausfalls für eine Woche bei einer sehr hohen Volatilität des Marktes sehr niedrig ist. Die mögliche finanzielle Auswirkung könnte jedoch dann erheblich sein, wenn Schadenersatzansprüche berechtigt sind und geltend gemacht werden.

Allgemein stellt das Verfügbarkeitsrisiko für die Gruppe Deutsche Börse das größte operationelle Risiko dar. Deswegen ist das Verfügbarkeitsrisiko Gegenstand regelmäßiger Stresstests. Dabei werden die Auswirkungen beim Ausfall eigener Systeme sowie der Ausfall von Zulieferern geprüft.

Mangelhafte Verarbeitung

Risiken können auch entstehen, wenn eine Dienstleistung für Kunden mangelhaft erbracht wird und dies zu Beanstandungen oder Rechtsstreitigkeiten führt, etwa in der Abwicklung von Wertpapiergeschäften aufgrund von Produkt- und Prozessmängeln oder fehlerhaften manuellen Eingaben. Ein zweites Beispiel sind Fehler bei der Behandlung eines Ausfalls eines großen Clearingkunden. Bisher sind solche Fehler im seltenen Fall eines Ausfalls noch nicht aufgetreten. Die damit verbundenen Prozesse werden mindestens jährlich getestet. Deshalb wird die Wahrscheinlichkeit als sehr gering eingeschätzt. Der mögliche finanzielle Schaden wird als mittel eingeschätzt.

Weitere Fehlerquellen können bei Zulieferern liegen oder in schadhaften Produkten, Fehlern, die zum Verlust von Kundenaktiva führen können, oder Fehlern bezüglich der Rechnungslegung. Die Gruppe erfasst alle Beschwerden und Anfechtungen als eine wesentliche Kennzahl für das Verarbeitungsrisiko.

Beschädigung von materiellen Gütern

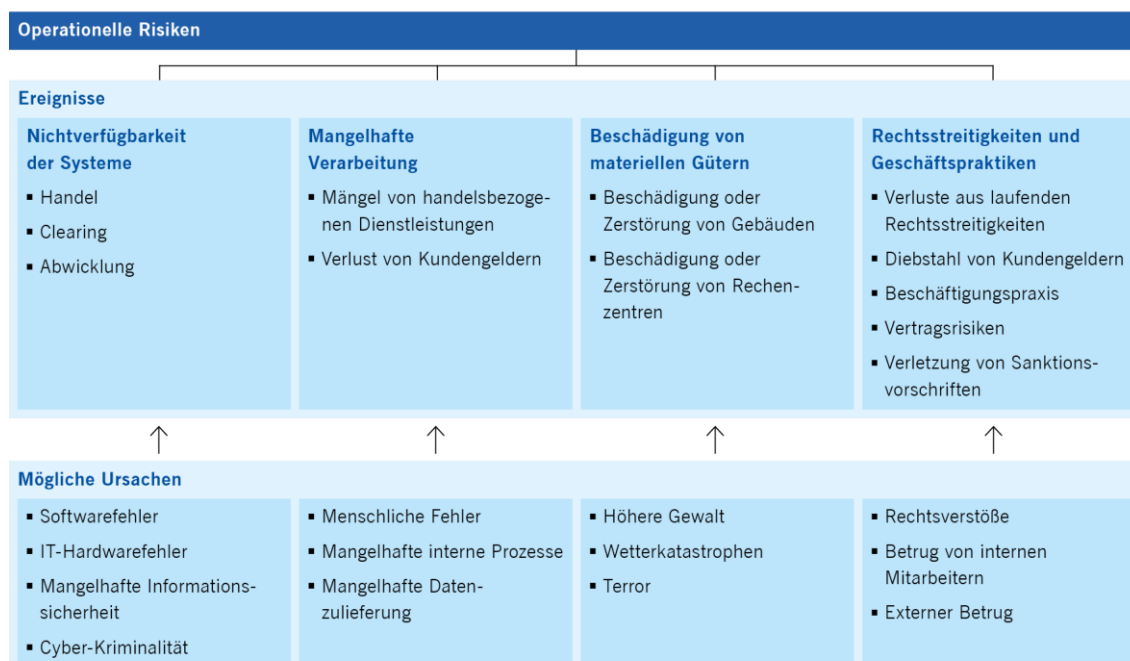
Auch Naturkatastrophen, Unfälle, Terrorismus oder Sabotage zählen zu den operationellen Risiken, durch die z. B. ein Rechenzentrum oder ein Bürogebäude zerstört oder stark beschädigt werden könnten. Die Vorkehrungen zur Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebs (Business Continuity Management), siehe die [gleichnamige Grafik](#), sollen dabei wesentliche finanzielle Schäden abwenden.

Rechtsstreitigkeiten und Geschäftspraktiken

Verluste können sich auch aus laufenden rechtlichen Verfahren ergeben. Die Eintrittswahrscheinlichkeit dieses operationellen Risikos stuft die Deutsche Börse zwar als mittel ein, die Schäden können jedoch erheblich sein. GRM behält daher ständig den Überblick über laufende Rechtsstreitigkeiten. Sie können auftreten, wenn die Gruppe Deutsche Börse gegen Gesetze oder Vorgaben verstößt, unzulängliche Vertragsbedingungen eingeht oder die Rechtsprechung nicht genügend beachtet. Zu den rechtlichen Risiken zählen auch Verluste aufgrund von Betrug sowie arbeitsrechtliche Fragen. Dazu gehören z. B. Verluste infolge unzureichender Kontrollen zur Verhinderung von Geldwäsche, von Verstößen gegen wettbewerbsrechtliche Bestimmungen oder gegen das Bankgeheimnis. Auch wenn staatliche Sanktionen nicht eingehalten werden, z. B. für den Fall, dass Vorgaben aus verschiedenen Staaten nicht vereinbar sind, können solche operationellen Risiken entstehen, oder wenn gegen andere staatliche oder übergeordnete regulatorische Vorgaben verstoßen wurde.

In ihrem [Unternehmensbericht 2012](#) informierte die Gruppe Deutsche Börse über eine Sammelklage Peterson vs. Clearstream Banking S.A., dem ersten Peterson-Verfahren, auf die Herausgabe bestimmter Kundenpositionen im Sammeldepot der Lagerstelle der Clearstream Banking S.A. bei Citibank NA sowie auf Schadenersatz gegen die Clearstream Banking S.A. in Höhe von 250 Mio. US\$. Ein Vergleich wurde

Operationelle Risiken der Gruppe Deutsche Börse



zwischen der Clearstream Banking S.A. und den Klägern geschlossen und die Schadenersatzforderungen gegen die Clearstream Banking S.A. zurückgenommen.

Im Juli 2013 ordnete das US-Gericht in seinem Urteil die Herausgabe der Kundenpositionen an die Kläger an und stellte fest, dass diese im Eigentum von Bank Markazi, der iranischen Zentralbank, stünden. Bank Markazi legte Berufung ein. Die Entscheidung wurde am 9. Juli 2014 von dem zuständigen Berufungsgericht (Second Circuit Court of Appeals) und anschließend am 20. April 2016 vom Obersten US-Bundesgericht bestätigt. Sobald das Verfahren über die Verteilung der Positionen an die Kläger abgeschlossen ist, sollte auch der hieran angelehnte Fall Heiser vs. Clearstream Banking S.A., der die Herausgabe derselben Positionen zum Gegenstand hat, abgeschlossen sein.

Am 30. Dezember 2013 erhoben verschiedene US-Kläger des ersten Peterson-Verfahrens sowie weitere Kläger Klage, die auf die Herausgabe bestimmter Vermögensgegenstände, die die Clearstream Banking S.A. als Verwahrer in Luxemburg hält, gerichtet ist. Die Beklagten in diesem Verfahren, einschließlich der Clearstream Banking S.A., hatten 2014 Klageabweisung beantragt. Am 19. Februar 2015 erließ das US-Gericht die Entscheidung, die Klage abzuweisen. Die Kläger legten Berufung gegen die Entscheidung beim zuständigen Berufungsgericht (Second Circuit Court of Appeals) ein, das am 21. November 2017 weite Teile der Entscheidung des Ausgangsgerichts bestätigt hat. Das Berufungsgericht hat den Fall in einem anderen Punkt an das Ausgangsgericht zurückverwiesen. Dieses soll beurteilen, ob die Vermögensgegenstände in Luxemburg der Vollstreckung in den USA unterliegen. Clearstream Banking S.A. hat im Dezember 2017 Rechtsmittel zur erneuten Anhörung des Falles beim Berufungsgericht eingelegt, die dieses zurückgewiesen hat, und prüft nun die Einlegung einer Beschwerde vor dem Obersten US-Bundesgericht.

Am 14. Oktober 2016 erhoben mehrere Kläger aus den USA Klage gegen die Clearstream Banking S.A. und weitere juristische Personen; die Klage in diesem Verfahren („Havlish vs. Clearstream Banking S.A.“) basiert auf ähnlichen Vermögensgegenständen und Vorwürfen wie in den Peterson-Verfahren. Die Klage ist auf die Herausgabe bestimmter Vermögensgegenstände gerichtet, die die Clearstream Banking S.A. als Verwahrer in Luxemburg hält. Darüber hinaus werden in der Klage direkte Forderungen gegen die Clearstream Banking S.A. und weitere Beklagte auf Schadenersatz von bis zu rund 6,6 Mrd. US\$ (zuzüglich Strafschadenersatz und Zinsen) erhoben.

Die Clearstream Banking S.A. wurde am 2. April 2014 darüber informiert, dass der US-Staatsanwalt des Southern District von New York (United States Attorney for the Southern District of New York) gegen die Clearstream Banking S.A. ein Ermittlungsverfahren wegen der Geschäftstätigkeit der Clearstream Banking S.A. mit dem Iran und anderen Ländern im Hinblick auf US-Sanktionsvorschriften eingeleitet hat. Die Clearstream Banking S.A. kooperiert mit dem US-Staatsanwalt.

Im Zusammenhang mit den laufenden Rechtsstreitigkeiten betreffend Vermögensgegenstände der Bank Markazi ist der Clearstream Banking S.A. am 17. Januar 2018 eine Klage der Bank Markazi zugestellt worden, in der die Banca UBAE S.P.A. und die Clearstream Banking S.A. als Beklagte benannt sind. Die bei den luxemburgischen Gerichten eingereichte Klage ist in erster Linie auf die Herausgabe von Vermögensgegenständen der Bank Markazi über rund 4,9 Mrd. US\$ zuzüglich Zinsen gerichtet, die gemäß Behauptung der Klage auf Konten der Banca UBAE S.P.A. und der Bank Markazi bei der Clearstream Banking S.A. gehalten werden. Alternativ verlangt die Bank Markazi Schadenersatz in gleicher Höhe. Die verlangten Vermögensgegenstände betreffen Vermögen über rund 1,9 Mrd. US\$, das gemäß einem bindenden und vollstreckbaren Urteil eines US-amerikanischen Gerichts aus dem Jahre 2013 im Rahmen eines Verfahrens, an dem die Bank Markazi als Partei beteiligt war, an US-Kläger herausgegeben wurde. Die Klage betrifft auch Kundenvermögen in Höhe von rund 2 Mrd. US\$, das bei der Clearstream Banking S.A. gehalten wird und das derzeit Gegenstand von durch US-Kläger erhobenen Klagen in den USA

und Luxemburg ist, sowie Vermögen, das bereits in der Vergangenheit von Clearstream der Banking S.A. an die Banca UBAE S.P.A. übertragen wurde.

Bezüglich einer Anleihe der MBB Clean Energy AG (MBB), die durch die Clearstream Banking AG verwahrt ist, ist es zu Auseinandersetzungen gekommen. MBB hat eine erste Tranche der Anleihe im April 2013 und eine zweite Tranche der Anleihe im Dezember 2013 begeben. Die Globalurkunden für beide Tranchen der Anleihe wurden der Clearstream Banking AG durch die Zahlstelle des Emittenten geliefert. Die Auseinandersetzungen drehen sich darum, dass die Anleihe nicht bedient wurde und angeblich ungültig ist. Die Rolle der Clearstream Banking AG im Kontext der angeblich ungültigen Anleihe der MBB besteht vorrangig darin, die Globalurkunde als nationaler Zentralverwahrer zu verwahren. Über den Emittenten MBB ist zwischenzeitlich das Insolvenzverfahren eröffnet worden.

Wie der Clearstream Banking AG und der Clearstream Banking S.A. im September 2017 bekannt wurde, führt die Staatsanwaltschaft Köln ein Ermittlungsverfahren wegen Steuerhinterziehung im Zusammenhang mit der Beteiligung eines Mitarbeiters der Clearstream Banking AG an der Umsetzung von Transaktionen von Marktteilnehmern über den Dividendenstichtag (Cum/Ex-Transaktionen). Mit Schreiben vom 22. Januar 2018 an die Clearstream Banking AG hat die Staatsanwaltschaft Köln die Clearstream Banking AG und die Clearstream Banking S.A. als mögliche Nebenbeteiligte angehört. Aufgrund des frühen Verfahrensstadiums ist es nicht möglich, Zeitpunkt, Ausmaß und Umfang sowie Folgen einer etwaigen Entscheidung vorherzusagen. Die Gesellschaften kooperieren mit den zuständigen Behörden.

Am 1. Februar 2017 gab die Deutsche Börse AG bekannt, dass die Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main bei der Deutsche Börse AG wegen des Aktienerwerbs ihres damaligen Vorstandsvorsitzenden Carsten Kengeter am 14. Dezember 2015 zur Umsetzung des vom Aufsichtsrat der Gesellschaft beschlossenen Vorstandsvergütungsprogramms ermittelt. Am 18. Juli 2017 übermittelte die Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main der Deutsche Börse AG ein Anhörungsschreiben. Nach diesem beabsichtigte die Staatsanwaltschaft, die Gesellschaft formal an dem laufenden Ermittlungsverfahren gegen Carsten Kengeter zu beteiligen. Die Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main stellte in dem Anhörungsschreiben im Hinblick auf die Gesellschaft in Aussicht, dass gegen die Deutsche Börse AG zwei Geldbußen in Höhe von insgesamt 10,5 Mio. € gemäß § 30 Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) wegen eines angeblichen Verstoßes gegen das Insiderhandelsverbot im Dezember 2015 und einer angeblichen Unterlassung einer Ad-hoc-Mitteilung im Januar 2016 verhängt werden könnten. Am 13. September 2017 entschieden Vorstand und Aufsichtsrat der Deutsche Börse AG, den von der Staatsanwaltschaft in Aussicht gestellten Bußgeldbescheid des zuständigen Amtsgerichts zu akzeptieren. Am 23. Oktober 2017 lehnte jedoch das Amtsgericht Frankfurt am Main die von der Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main beantragte Einstellung des Ermittlungsverfahrens gegen den damaligen Vorstandsvorsitzenden der Deutsche Börse AG, Carsten Kengeter, gegen Auflagen in Form einer Zahlung von 500.000€ ab. Dem Gericht erschien eine Fortführung der Ermittlungen angesichts der Bedeutung des Verfahrens opportun. Die weitergehenden Ermittlungen könnten von einer Einstellung des Verfahrens mangels hinreichenden Tatverdachts bis hin zur Anklageerhebung führen. Das Gericht hat die Sache, sowohl in Bezug auf die Ermittlungen gegen Carsten Kengeter als auch hinsichtlich möglicher Schritte gegen die Deutsche Börse AG, an die Staatsanwaltschaft zurückgegeben, die gegenwärtig das Ermittlungsverfahren fortsetzt und dann über das weitere Verfahren entscheiden wird.

Am 26. Oktober 2017 informierte Carsten Kengeter den Aufsichtsrat der Deutsche Börse AG darüber, dass er als Vorstandsvorsitzender mit Wirkung zum 31. Dezember 2017 zurücktreten möchte. Dies akzeptierte der Aufsichtsrat.

Die Deutsche Börse AG ist weiterhin auch nach Hinzuziehung von Experten der Auffassung, dass die erhobenen Vorwürfe in jeder Hinsicht unbegründet sind.

Trotz der oben beschriebenen laufenden Verfahren ist eine wesentliche Änderung der Risikosituation des Konzerns für den Vorstand derzeit nicht erkennbar.

Maßnahmen zur Minderung der operationellen Risiken

Um die operationellen Risiken zu mindern, ergreift die Gruppe Deutsche Börse gezielte Maßnahmen. Dazu zählen Notfall- und Krisenpläne, Versicherungsverträge, Maßnahmen zur Informationssicherheit und zur physischen Sicherheit von Mitarbeitern und Gebäuden sowie die Vorsorge, dass Vorschriften eingehalten werden (sog. Compliance).

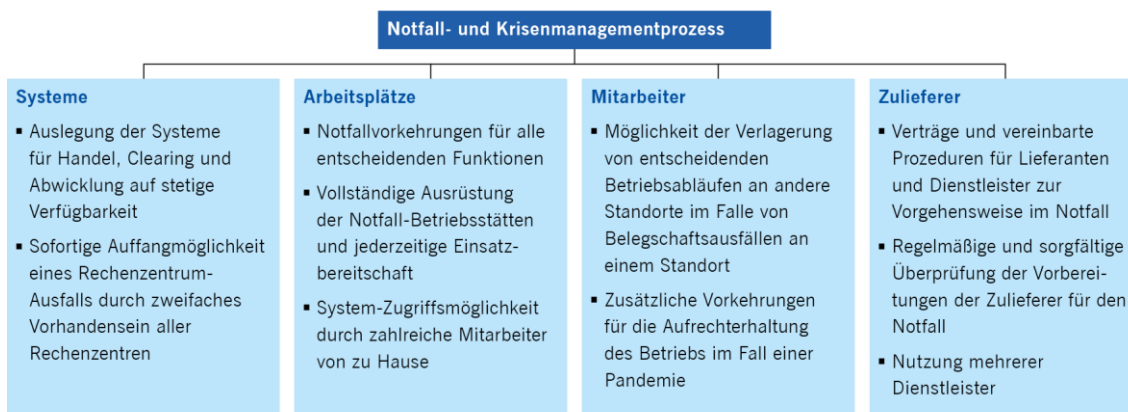
Notfall- und Krisenpläne

Für die Gruppe Deutsche Börse ist es entscheidend, ihre Produkte und Services mit größtmöglicher Zuverlässigkeit zu erbringen. Sie muss ihren Geschäftsbetrieb aufrechterhalten und gegen Notfälle und Katastrophen absichern. Wenn ihre Kernprozesse und -ressourcen nicht verfügbar sind, ist dies ein erhebliches Risiko für die gesamte Gruppe und sogar ein potenzielles Systemrisiko für die Finanzmärkte im Allgemeinen. Daher hat die Gruppe Deutsche Börse im gesamten Konzern ein System von Notfall- und Katastrophenplänen etabliert (Business Continuity Management, BCM). Es umfasst sämtliche Abläufe, die im Not- oder Krisenfall den fortlaufenden Betrieb sicherstellen, und verringert das Verfügbarkeitsrisiko deutlich. Dazu zählen Vorkehrungen für alle wesentlichen Ressourcen (Systeme, Arbeitsplätze, Mitarbeiter, Zulieferer), einschließlich der doppelten (redundanten) Auslegung aller entscheidenden IT-Systeme und der technischen Infrastruktur, sowie Notfallmaßnahmen für den Ausfall von Mitarbeitern oder Arbeitsplätzen in Kernfunktionen in allen wichtigen Betriebsstätten. Beispiele für diese Vorkehrungen sind in der [Grafik „Vorkehrungen zur Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebs \(Business Continuity Management\)“](#) aufgeführt.

Vorbereitung auf Notfälle und Krisen

Die Gruppe hat für Notfälle und Krisen einen Managementprozess eingeführt und erprobt, mit dem sie zügig reagieren und koordiniert vorgehen kann. Dieser Prozess soll die Auswirkungen auf die Geschäftsabläufe und auf den Markt minimieren und die rasche Rückkehr zum regulären Geschäftsbetrieb ermöglichen. Alle Geschäftsfelder haben Notfallmanager ernannt, die in Notfall oder Krise als zentrale Kontaktstellen und Verantwortliche agieren. Die Notfallmanager informieren den Vorstand bzw. sie alarmieren ihn bei schwerwiegenden Vorfällen. Im Krisenfall agiert das zuständige Mitglied des Vorstands als Krisenmanager. Die Notfall- und Krisenpläne werden regelmäßig durch realitätsnahes Durchspielen kritischer Situationen getestet. Diese Tests werden in der Regel unangekündigt durchgeführt. Die Testergebnisse werden nach den folgenden Kriterien bewertet:

Vorkehrungen zur Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebs (Business Continuity Management)



- Funktional wirksam: Die Maßnahmen müssen technisch gelingen.
- Ausführungsfähig: Die Mitarbeiter müssen mit dem Notfallvorgehen vertraut sein und es ausführen können.
- Zeitgerecht greifend: Die Notfallmaßnahmen müssen den Wiederanlauf des Betriebs in der vorgesehenen Zeit sichern.

Informationssicherheit

Angriffe auf die Informationssicherheit und Cyber-Kriminalität stellen operationelle Risiken für die Gruppe Deutsche Börse dar. Cyber-Kriminalität steht immer stärker im Fokus des organisierten Verbrechens und taucht inzwischen Jahr für Jahr auf einer der vorderen Positionen in der Kriminalstatistik auf. Sie bedroht alle Finanzdienstleister – Kreditinstitute ebenso wie die Gruppe Deutsche Börse. Aufgrund der zunehmenden Gefahr durch Cyber-Kriminelle und wachsender regulatorischer Vorgaben ist die Gruppe darauf fokussiert, diese spezifischen Risiken zu reduzieren und Maßnahmen zur Informationssicherheit auszubauen. Diese dienen dazu, neben Verfügbarkeitsrisiken insbesondere Risiken durch den Verlust vertraulicher Informationen, durch den Verlust der transaktionalen Integrität sowie durch die Beeinflussung der Authentizität von Informationen zu reduzieren und somit die Integrität der Gruppe Deutsche Börse als Transaktionsdienstleister zu erhalten. In diesem Zusammenhang werden die Verfahren zur quantitativen Bestimmung von Informationssicherheitsrisiken erweitert und präzisiert, um so zielgerichtete Gegenmaßnahmen einfacher umsetzen zu können. In diesen Rahmen fallen auch sämtliche Maßnahmen zu Cyber-Sicherheit und Cyber Resilience (d. h. Erhöhung der Robustheit von Verfahren, Applikationen und Technologien gegenüber Cyber-Angriffen).

Neben der traditionellen Funktion als „Second Line of Defence“ (d. h. die Kontrolle, dass Anforderungen zur Informationssicherheit und ihres Risikomanagements eingehalten werden) überwacht die Informationssicherheit auch die systemische Integration und Beachtung von Sicherheitsfunktionen im Rahmen der Produkt- und Anwendungsentwicklung.

Die Gruppe betreibt ein Lagezentrum (Computer Emergency Response Team, CERT), das in Zusammenarbeit mit nationalen und internationalen Meldestellen Bedrohungen im Bereich der Cyber-Kriminalität frühzeitig erkennt, bewertet und in Zusammenarbeit mit den Geschäftsbereichen Maßnahmen zur Risikoreduktion koordiniert. Darüber hinaus wurden auf Basis des Industriestandards ISO 27001 sowie des NIST-Cyber-Security-Rahmenwerks Verfahren mit dem Ziel etabliert, die Informationssicherheit bei der Gruppe Deutsche Börse kontinuierlich an die wachsenden und permanent wechselnden Anforderungen anzupassen und regulatorische Anforderungen frühzeitig aufzugreifen. Da Teile der Gruppe Deutsche Börse unter die Verordnung des deutschen IT-Sicherheitsgesetzes fallen (Verrechnung und Verwahrung von Wertpapieren), findet seit 2016 auch ein intensiver Austausch mit dem Bundesamt für die Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) zu aktuellen Cyber-Risiken statt.

2015 startete Group Information Security gruppenweit ein umfangreiches Programm, um Mitarbeiter für den verantwortungsvollen Umgang mit Informationen zu sensibilisieren und ihr Verhalten zu verbessern. Die Gruppe Deutsche Börse ist darüber hinaus Vollmitglied in nationalen Verbänden (Cyber Security Sharing and Analytics, CSSA), Branchenverbänden (World Federation of Exchanges) und internationalen Netzwerken (Financial Services Information Sharing and Analysis Center, FS-ISAC), die wesentlich zu einem vorausschauenden Umgang mit Cyber-Bedrohungen und der Entwicklung von Strategien zu deren Abwehr beitragen.

Physische Sicherheit

Die physische Sicherheit hat einen hohen Stellenwert bei der Gruppe Deutsche Börse. Die Konzernsicherheit hat ein ganzheitliches Sicherheitskonzept entwickelt, um den Konzern, seine Mitarbeiter und Werte vor externen Angriffen zu schützen: Hoch qualifizierte Sicherheitskräfte beurteilen die Sicherheitslage an den Standorten der Gruppe Deutsche Börse permanent und stehen in engem Kontakt zu Behörden und den Sicherheitsabteilungen anderer Unternehmen.

Im zunehmenden Wettbewerb auf dem globalen Markt können Know-how und interne Betriebsgeheimnisse eines Unternehmens für Außenstehende oder auch Mitbewerber einen großen finanziellen Vorteil bedeuten. Die Deutsche Börse schützt sich mit modernster Technik dagegen, dass sie z. B. abgehört und ihr Wissen illegal genutzt wird. Zudem gehört es zu den Aufgaben der Konzernsicherheit, die Mitarbeiter auf Reisen und Auslandseinsätzen zu betreuen: In diesem Kontext wurde ein weltweites „Travel Security Programme“ mit Unterstützung eines Systems zur Reisenachverfolgung etabliert.

Versicherungsverträge

Operationelle Risiken, welche die Gruppe Deutsche Börse nicht selbst tragen kann oder will, werden an Versicherungen übertragen, wenn dies zu einem angemessenen Preis möglich ist. Die Versicherungsverträge werden einzeln überprüft und vom Finanzvorstand der Deutsche Börse AG genehmigt.

Compliance

Compliance in der Gruppe Deutsche Börse hat die Aufgabe, Rechtseinheiten bei der Einhaltung/Erfüllung regulatorischer Anforderungen zu unterstützen und im Allgemeinen die Gruppe vor finanziellen und nichtfinanziellen Risiken zu schützen, beispielsweise vor Reputationsrisiken in den Zielmärkten, im Dialog mit den Aufsichtsbehörden oder der Öffentlichkeit. Compliance agiert einerseits unabhängig von den Geschäftsbereichen, andererseits erfüllt der Bereich seinen Auftrag, den Geschäftsbereichen Geschäftsbeziehungen zu ermöglichen und sich hierbei auf die Kunden und Märkte zu konzentrieren, die die Gruppe bedienen möchte. Dabei muss Compliance die notwendigen Schritte einleiten, um Compliance Risiken systematisch und präventiv entgegenzutreten. Dies setzt die Identifikation der Compliancerisiken und eine risikobasierte Ableitung von Maßnahmen voraus.

Mit ihrem unternehmensweiten Complianceansatz gewährleistet die Gruppe Deutsche Börse die Einhaltung geltenden Rechts und aufsichtsrechtlicher Anforderungen durch die jeweiligen Gruppenunternehmen. Die Compliancefunktionen der einzelnen Gruppenunternehmen berichten aufgrund gesetzlicher Bestimmungen regelmäßig dem jeweiligen Vorstandsmitglied, das für Compliance verantwortlich ist. Die Compliancefunktionen und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind darüber hinaus dem Group Chief Compliance Officer über eine einheitliche Berichtsstruktur unterstellt. Der Complianceansatz erfolgt grundsätzlich und soweit darstellbar synergetisch und holistisch durch gruppenweit geltende Compliance Richtlinien und -standards, um eine entsprechende Ausstrahlungswirkung sicherzustellen.

In den vergangenen Jahren wurde die Compliancefunktion der Gruppe Deutsche Börse kontinuierlich gestärkt. Auch im Verlauf des Jahres 2017 hat die Gruppe Deutsche Börse ihre personellen Ressourcen in Compliance an den wesentlichen Standorten weltweit signifikant mit dem Ziel erhöht, die Verzahnung der Complianceverantwortlichen mit den Kontrollfunktionen der einzelnen Geschäftsbereiche und weiterer aufsichtsrechtlich vorgeschriebener Kontrollfunktionen zu koordinieren und zu fördern. Durch die enge Verzahnung wurde eine solide zweite Verteidigungslinie geschaffen. Um präventiv agieren zu können und die genannten Compliancerisiken zu mitigieren, investiert die Gruppe fortwährend in IT-gestützte Tools und deren Weiterentwicklung. So kann die Gruppe Compliancerisiken konsistent und angemessen auf einer validierten Datenbasis begegnen. 2017 lag der Fokus darauf, Trends, Verhaltensmuster und statistische Auffälligkeiten zu analysieren, die auf Compliancerisiken deuten könnten.

Auch ihre Due-Diligence-Prozesse im Hinblick auf Kunden, Marktteilnehmer, Gegenparteien und Geschäftspartner hat die Gruppe Deutsche Börse weiter verbessert. Hierbei verfolgt die Compliancefunktion, soweit möglich, einen stark zentralisierten Ansatz. Dadurch ist stets gewährleistet, dass Compliancerisiken in Bezug auf die Kunden der Gruppe Deutsche Börse, die mit mehreren Gruppenunternehmen Geschäftsbeziehungen unterhalten, gemanagt werden.

Als Finanzinfrastrukturanbieter richtet die Gruppe Deutsche Börse ihre Produkte und Dienstleistungen oftmals auf andere Finanzintermediäre aus. Es liegt deshalb im Interesse der Gruppe, mit einem kooperativen Ansatz branchenweite Standards zu stärken und die Integrität der Finanzmärkte für die Marktteilnehmer zu verbessern. Dass die Arbeit in diesem Kontext weiterhin Früchte trägt, beweist die Entwicklung der Compliancegrundsätze zur Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität bei Wertpapierabwicklung und -verwahrung durch die International Securities Services Association (ISSA). Dieses Projekt wird nach wie vor von der Deutschen Börse und Clearstream vorangetrieben: Leitende Complianceverantwortliche der Gruppe nehmen aktiv an nationalen und internationalen Arbeitsgruppen teil, um einheitliche Standards innerhalb der Branche zu definieren und sich für deren Einführung einzusetzen.

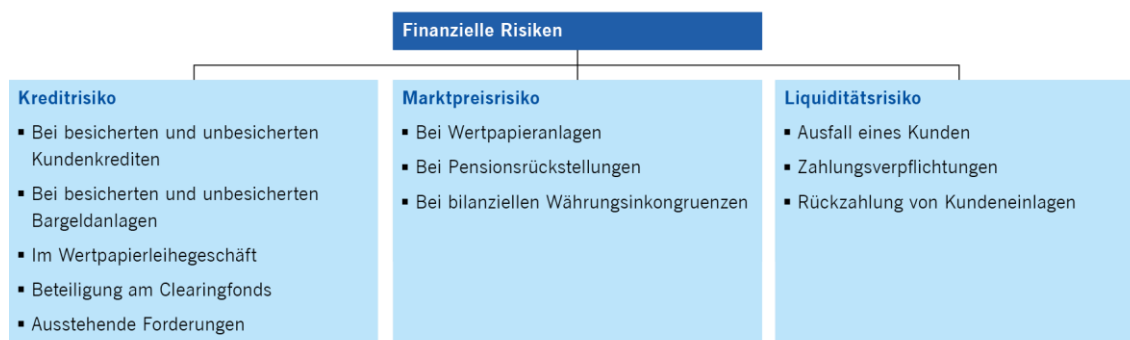
Group Compliance stärkt fortwährend das Bewusstsein für regelkonformes, ethisch einwandfreies und integrires Verhalten der Mitarbeiter der Gruppe Deutsche Börse. Dies findet u. a. Ausdruck in der Sensibilisierung für und Stärkung der compliancerelevanten Aspekte in den jeweiligen Geschäftsbereichen und in den aufsichtsrechtlich erforderlichen Kontrollfunktionen innerhalb der Gruppe.

Die Gruppe Deutsche Börse hat sich in den vergangenen Jahren der Entwicklung eines marktführenden Compliancestandards verschrieben. Sie fördert und reflektiert diesen Standard für ihre gesamte produktseitige Wertschöpfungskette, insbesondere aus der Sicht eines global führenden Finanzmarktinfrastrukturanbieters. Als wesentlichen nächsten Schritt – mit dem Ziel der gruppenweiten Nutzung von Synergien und über das Maß aufsichtsrechtlicher Anforderungen hinausgehend – hat sich Group Compliance 2017 entschlossen, die Gruppe Deutsche Börse hinsichtlich ihres Compliancemanagement-Systems am global anerkannten Standard ISO 19600 auszurichten.

Finanzielle Risiken

Die finanziellen Risiken gliedert die Gruppe Deutsche Börse in Kredit-, Marktpreis- und Liquiditätsrisiken (siehe [Grafik „Finanzielle Risiken der Gruppe Deutsche Börse“](#)). Gruppenweit stellen diese Risiken ca. 23 Prozent des gesamten Risikoprofils dar (diese Angabe enthält nur Kredit- und Marktpreisrisiken; Liquiditätsrisiken werden nicht im EC quantifiziert; siehe [Erläuterung 36 des Konzernanhangs](#)). Sie treten in erster Linie bei den Instituten der Gruppe auf. Daher konzentriert sich die Darstellung auf Clearstream und die Eurex Clearing AG.

Finanzielle Risiken der Gruppe Deutsche Börse



Kreditrisiko

Das Kreditrisiko beschreibt die Gefahr, dass ein Vertragspartner seine Verbindlichkeiten nicht oder nicht vollständig erfüllt. Zu den Messkriterien zählen hier der Ausschöpfungsgrad des Kreditrahmens, die hinterlegten Sicherheiten und das Konzentrationsrisiko. Clearstream und die Eurex Clearing AG haben zwar insgesamt immer wieder kurzfristige Forderungen gegenüber Vertragspartnern in Höhe mehrerer Milliarden Euro, diese sind aber größtenteils durch hinterlegte Sicherheiten der Marktteilnehmer abgesichert. Außerdem bewertet die Gruppe regelmäßig, wie zuverlässig ihre Notfallpläne bei Clearstream und der Eurex Clearing AG bei Ausfällen von Kunden und dem daraus resultierenden Kreditrisiko sind.

Die Clearstream Banking S.A. geht ferner im Rahmen des strategischen Wertpapierleihegeschäfts (ASLplus) Kreditrisiken ein. Als Entleiher sind nur ausgewählte Banken tätig. Alle Leihetransaktionen sind vollständig besichert. Zur Besicherung sind ausschließlich ausgewählte Anleihen zugelassen. Diese Anleihen müssen mindestens mit einem BBB– der Ratingagentur Standard & Poor's bewertet sein bzw. mit einer entsprechend hohen Wertung anderer Agenturen. Bei kurz laufenden Wertpapieren ohne Einzelbewertung gilt, dass deren Emittenten mindestens eine Bewertung von A–1 erreichen müssen.

Clearstream vergibt an seine Kunden Kredite, um die Abwicklung effizienter zu gestalten. Dieses Kreditgeschäft unterscheidet sich jedoch grundlegend vom klassischen Kreditgeschäft. Zum einen werden die Kredite ausschließlich sehr kurzfristig, in der Regel untertägig, vergeben; zum anderen werden sie weit überwiegend besichert und an Kunden mit hoher Bonität vergeben. Darüber hinaus sind eingeräumte Kreditrahmen jederzeit widerrufbar.

Die Eurex Clearing AG schließt gemäß ihren Geschäftsbedingungen nur mit ihren Clearingmitgliedern Geschäfte ab. Das Clearing bezieht sich hauptsächlich auf festgelegte Wertpapiere, Bezugsrechte, Derivate und Emissionsberechtigungen, die an bestimmten Börsen gehandelt werden. Auch für einige außerbörslich („over-the-counter“, OTC) gehandelte Produkte, z. B. für Zinsswaps und Forward Rate Agreements, bietet die Eurex Clearing AG diese Dienstleistung an. Sie stellt sich als zentraler Kontrahent zwischen die Geschäftsparteien. Durch die Verrechnung von Forderungen und die Anforderung an die Clearingmitglieder, Sicherheiten zu hinterlegen, reduziert die Eurex Clearing AG das Kreditrisiko ihrer Kunden.

Bis heute führte noch kein Zahlungsausfall eines Kunden mit einem besicherten Kreditrahmen zu einem finanziellen Verlust. Die Gruppe Deutsche Börse sieht die Wahrscheinlichkeit als niedrig an, dass einer ihrer Kunden zahlungsunfähig wird und daraus Verluste für die Gruppe entstehen. So lange der zugehörige Kreditrahmen besichert ist, sieht sie die Auswirkungen als gering an; ist er jedoch unbesichert, als mittel. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Kunde eines unbesicherten Kredits ausfällt, wird als sehr niedrig eingeschätzt. Die finanziellen Auswirkungen könnten erheblich sein, wenn gleichzeitig mehrere große systemrelevante Banken ausfallen würden. Die Wahrscheinlichkeit dieses Szenarios wird als sehr niedrig eingeschätzt.

Des Weiteren können Kreditrisiken bei der Anlage von Geldern entstehen. Zuständig ist der Bereich Treasury, der mit gruppenweiten Kompetenzen ausgestattet ist. Dabei legt Treasury sowohl Gelder der Gesellschaften der Gruppe als auch von Kunden hinterlegte Gelder von Clearstream und der Eurex Clearing AG überwiegend besichert an. Bisher ist bei einem Zahlungsausfall eines Kontrahenten kein Verlust für die Gruppe entstanden. Die Wahrscheinlichkeit, dass es zu einem Zahlungsausfall eines Kontrahenten einer unbesicherten Geldanlage kommt, wird als niedrig eingeschätzt, der finanzielle Schaden könnte allerdings von mittlerer Auswirkung sein.

Anlageverluste bezogen auf Währungen, für die die Eurex Clearing AG keinen Zugang zu Zentralbanken hat, werden anteilig von der Eurex Clearing AG und anteilig von denjenigen Clearingmitgliedern getragen, die in der Währung aktiv sind, in der die Verluste entstanden sind (Pro-rata-Basis). Der maximale

Betrag, den auf diese Weise jedes Clearingmitglied zu leisten hat, ist der Gesamtbetrag, der vom Clearingmitglied in bar in dieser Währung als Sicherheit bei der Eurex Clearing AG hinterlegt wurde. Der maximale Betrag, der von der Eurex Clearing AG zu leisten ist, beträgt 50 Mio. €.

Minderung des Kreditrisikos

Bevor Clearstream und die Eurex Clearing AG Geschäftsbeziehungen aufnehmen, wird die Bonität potenzieller Kunden bzw. Gegenparteien einer Geldanlage bewertet. Die Gesellschaften gehen dabei einheitlich vor. Sie bestimmen den Kreditrahmen jedes Kreditnehmers aufgrund regelmäßiger Bonitätsprüfungen, die sie anlassbezogen um Ad-hoc-Analysen ergänzen. Sie legen für Wertpapiersicherheiten je nach Risiko Sicherheitsabschläge fest, deren Angemessenheit sie fortlaufend überprüfen. Bei der Feststellung des Abschlags beziehen sie alle relevanten Risikofaktoren ein. Jedem einzelnen dieser Faktoren wird ein spezifischer Abschlag zugewiesen. Der gesamte Abschlag ergibt sich durch Addition der einzelnen Abschläge für die entsprechenden Risikofaktoren.

Die Eurex Clearing AG hat wegen der Höhe und Volatilität der Verbindlichkeiten ihrer Kunden ein Sicherheitenmanagement entwickelt, das auch höchsten Ansprüchen genügt. Dieses System wird im folgenden Abschnitt ausführlich beschrieben.

Sicherheit für Teilnehmer und Clearinghaus

Jedes Clearingmitglied muss ein haftendes Eigenkapital mindestens jeweils in der Höhe nachweisen, die die Eurex Clearing AG für die verschiedenen Märkte festgelegt hat. Die Höhe des nachzuweisenden Eigenkapitals hängt vom Risiko ab. Um das Risiko der Eurex Clearing AG abzusichern, dass Clearingmitglieder vor ihrer Erfüllung offener Geschäfte ausfallen, sind diese verpflichtet, täglich Sicherheiten in Form von Geld oder Wertpapieren (Margins) zu hinterlegen und ggf. auch untertäglich nachzuschließen.

Als hinterlegte Sicherheiten lässt die Eurex Clearing AG ausschließlich solche mit hoher Bonität zu. Sie prüft fortlaufend, welche Sicherheiten sie zulässt, und deckt das Marktpreisrisiko mit einem Konfidenzniveau von mindestens 99,9 Prozent durch entsprechende Abschläge ab. Wertpapiere von Emittenten aus risikoreichen Staaten versieht die Eurex Clearing AG mit einem zusätzlichen Sicherheitsabschlag oder schließt sie als Sicherheit ganz aus. Die Risikoparameter werden regelmäßig überprüft und die Sicherheitsabschläge werden für jedes Wertpapier täglich berechnet. Zusätzlich gilt für alle Wertpapiere ein Mindestsicherheitsabschlag.

Die Margins werden getrennt für die Konten der Clearingmitglieder und ihrer Kunden berechnet. Der Gewinn und Verlust, der während des Tages aus Wertveränderungen der Finanzinstrumente entstanden ist, wird zwischen den Kontrahenten entweder in Geld ausgeglichen (Variation Margin) oder vom Verkäufer als Sicherheitsleistung aufgrund des veränderten Gegenwertes der Position bei der Eurex Clearing AG hinterlegt (Premium Margin). Im Falle von Anleihe-, Repo- oder Aktiengeschäften wird die Margin entweder vom Käufer oder vom Verkäufer erhoben (Current Liquidating Margin), je nachdem wie sich der Transaktionspreis gegenüber dem aktuellen Wert der Finanzinstrumente verhält. Diese Margins sollen Gewinne und Verluste ausgleichen.

Zusätzlich sichert sich die Eurex Clearing AG vor dem Zahlungsausfall eines Clearingmitglieds mit weiteren Sicherheiten gegen das Risiko ab, dass sich der Wert der im Konto enthaltenen Positionen bis zur Glattstellung des Kontos negativ entwickelt. Diese weiteren Sicherheiten heißen Initial Margin. Das angestrebte Konfidenzniveau beträgt dabei mindestens 99,0 Prozent und die Halteperiode mindestens zwei Tage für börsengehandelte Transaktionen bzw. 99,5 Prozent und fünf Tage für OTC-Transaktionen. Die Eurex Clearing AG überprüft regelmäßig, ob die Margins dem geforderten Konfidenzniveau entsprechen. Die Initial Margin wird derzeit nach zwei Methoden berechnet: sowohl nach der herkömmlichen Risk-based Margining-Methode als auch nach der Eurex Clearing Prisma-Methode. Die Eurex Clearing

Prisma-Methode steht für alle gehandelten Derivatekontrakte zur Verfügung. Sie berücksichtigt das gesamte Portfolio des Clearingmitglieds und berechnet die Marginanforderung unter Berücksichtigung von historischen Szenarien und Stressszenarien. Marktschwankungen werden dabei über die gesamte Verwertungsdauer bis zur Kontoglattstellung abgedeckt. Die Risk-based Margining-Methode wird aktuell noch für Produkte des Kassamarktes, physische Lieferungen sowie Wertpapierleihe- und Repo-Transaktionen verwendet. Künftig soll die Prisma-Methode das Risk-based Margining vollständig ablösen.

Über die Margins für laufende Transaktionen hinaus zahlt jedes Clearingmitglied in einen Clearingfonds ein, je nach seinem individuellen Risikoprofil. Dieser Fonds haftet solidarisch für die finanziellen Folgen des Ausfalls eines Clearingmitglieds, soweit diese nicht durch dessen individuelle Margin, seine eigenen Beiträge zum Clearingfonds sowie den Beitrag der Eurex Clearing AG gedeckt werden können. Die Eurex Clearing AG überprüft in regelmäßigen Stresstests, ob ihr Clearingfonds den Risiken angemessen ist. Hierzu werden alle laufenden Transaktionen sowie die hinterlegten Sicherheiten Marktpreisschwankungen auf einem Konfidenzniveau von mindestens 99,9 Prozent unterworfen. Um potenzielle Verluste ermitteln zu können, die über die individuellen Margins eines Clearingmitglieds hinausgehen, wird die Auswirkung eines potenziellen Ausfalls auf den Clearingfonds simuliert. Die Eurex Clearing AG hat Limits definiert, bei deren Überschreitung sie den Umfang des Clearingfonds unverzüglich anpassen kann. Für den Fall, dass ein Clearingmitglied seinen Verpflichtungen gegenüber der Eurex Clearing AG wegen Verzug oder Ausfall nicht nachkommt, stehen ihr die folgenden Verteidigungslinien zur Verfügung:

- Zunächst kann sie die offenen Positionen und Geschäfte des betreffenden Clearingmitglieds saldieren und/oder risikotechnisch durch das Eingehen entsprechender Gegengeschäfte schließen oder bar abrechnen.
- Sollte bei einer Glattstellung bzw. Barabrechnung ein Betrag offen bleiben oder Kosten anfallen, so kann sie zur Deckung zunächst die vom betreffenden Clearingmitglied erbrachte Sicherheitsleistung heranziehen. Zum 31. Dezember 2017 waren zugunsten der Eurex Clearing AG Sicherheiten in Höhe von 47.912,9 Mio. € gestellt (nach Sicherheitsabschlägen).
- Nachfolgend würde der vom betreffenden Clearingmitglied geleistete Beitrag zum Clearingfonds zur Deckung herangezogen. Die geleisteten Beiträge reichen zum 31. Dezember 2017 von 1 Mio. € bis 399 Mio. €.
- Eine danach verbleibende Unterdeckung würde zunächst durch den eigenen Beitrag der Eurex Clearing AG zum Clearingfonds abgesichert. Der Beitrag der Eurex Clearing AG hatte zum 31. Dezember 2017 einen Wert von 150 Mio. €.
- Erst danach würden die Beiträge zum Clearingfonds der anderen Clearingmitglieder anteilig verwertet. Zum 31. Dezember 2017 betrug die Clearingfondsanforderung aller Clearingmitglieder der Eurex Clearing AG 3.193,1 Mio. €. Nach einem vollständigen Verzehr dieser Beiträge kann die Eurex Clearing AG von jedem Clearingmitglied zusätzlich Nachschüsse einfordern, die maximal doppelt so hoch sein können wie die ursprünglichen Clearingfondsbeiträge. Parallel zu diesen Nachschüssen stellt auch die Eurex Clearing AG zusätzliche Finanzmittel von bis zu 300 Mio. € zur Verfügung, die sie von der Deutsche Börse AG über eine Patronatserklärung erhalten kann (siehe unten). Die zusätzlichen Beiträge der Clearingmitglieder und der Eurex Clearing AG werden parallel auf einer Pro-rata-Basis verwertet.
- Anschließend würde der Teil des Eigenkapitals der Eurex Clearing AG verwertet werden, der über das regulatorisch geforderte Mindesteigenkapital hinausgeht.
- Schließlich würde das verbleibende regulatorisch geforderte Mindesteigenkapital der Eurex Clearing AG herangezogen.

- Zusätzlich besteht eine Patronatserklärung der Deutsche Börse AG zugunsten der Eurex Clearing AG. Die Deutsche Börse AG verpflichtet sich darin, der Eurex Clearing AG diejenigen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen, die diese benötigt, um ihre Verpflichtungen – einschließlich der Verpflichtung zur Bereitstellung der o. g. zusätzlichen Finanzmittel in Höhe von bis zu 300 Mio. € – zu erfüllen. Der Maximalbetrag, der gemäß der Patronatserklärung zur Verfügung zu stellen ist, beträgt 600 Mio. €, einschließlich bereits geleisteter Zahlungen. Dritten stehen aus der Patronatserklärung keine Rechte zu.

Fällt ein Clearingmitglied aus, führt die Eurex Clearing AG ihren erprobten Default Management Process (DMP) durch, um den zentralen Kontrahenten wieder in die Balance zurückzuführen. Dies trägt nicht nur zur Sicherheit und Integrität der Kapitalmärkte bei, sondern schützt auch die nicht ausgefallenen Clearingmitglieder vor möglichen negativen Auswirkungen, die aus dem Teilnehmersausfall resultieren.

Im Kern besteht der DMP darin, dass Produkte, die vergleichbare Risikoeigenschaften aufweisen, gemeinschaftlich glattgestellten Liquidationsgruppen zugeordnet werden. Innerhalb einer Liquidationsgruppe bringt sich die Eurex Clearing AG wieder ins Gleichgewicht, indem sie die ausgefallenen Positionen entweder durch Auktionen oder per bilateralem freihändigen Verkauf auf andere Clearingmitglieder überträgt.

Mögliche Verluste, die sich aus dem Ausfall eines Clearingmitglieds ergeben können und die die Ressourcen des ausgefallenen Clearingmitglieds übersteigen, werden über einen „Wasserfall“ von Verteidigungslinien abgesichert. Dabei leistet die Eurex Clearing AG ihren eigenen Beitrag noch bevor der gemeinschaftlich befüllte Ausfallfonds und alle weiteren Mittel, die entlang der risikogewichteten Liquidationsgruppen segmentiert werden, zur Verlustdeckung herangezogen werden.

Historisch betrachtet kam der DMP der Eurex Clearing AG bislang viermal zur Anwendung: Gontard & MetallBank (2002), Lehman Brothers (2008), MF Global (2011) und Maple Bank (2016).

Die vom ausgefallenen Clearingmitglied als Sicherheit hinterlegten Mittel haben dabei in jedem der oben genannten Fälle ausgereicht, um die entstandenen Verluste aus der Glattstellung abzudecken und einen signifikanten Anteil der Ressourcen an das ausgefallene Clearingmitglied zurückzugeben.

Bei der Anlage von Geldern der Gesellschaften der Gruppe sowie von Kunden hinterlegten Geldern mindert die Gruppe Deutsche Börse ihr Risiko, indem sie Anlagen auf mehrere Kontrahenten mit ausschließlich hoher Bonität verteilt, für jeden Kontrahenten Höchstgrenzen definiert sowie die Gelder überwiegend kurzfristig und möglichst besichert anlegt. Auf Grundlage regelmäßiger Bonitätsprüfungen sowie im Rahmen anlassbezogener Ad-hoc-Analysen werden Höchstgrenzen für jeden Kontrahenten festgelegt. Seit Erweiterung ihrer Lizenz als Einlagen- und Kreditinstitut gemäß dem deutschen Kreditwesengesetz kann die Eurex Clearing AG auch die ständigen Fazilitäten der Deutschen Bundesbank nutzen.

Bei Clearstream und der Eurex Clearing AG werden Stresstests durchgeführt, um zu analysieren, wie sich z. B. der Ausfall des größten Kunden auswirken würde. Die so ermittelten Werte werden mit Limits verglichen, die als Teil der verfügbaren Risikodeckungsmasse definiert sind. Darüber hinaus wird für die Eurex Clearing AG die Wirkung eines gleichzeitigen Ausfalls mehrerer Kontrahenten aus dem Clearinggeschäft analysiert. Ein spezieller Stresstest untersucht die Kreditrisiken der Clearstream Banking S.A. aus dem Abwicklungsprozess mit Euroclear. Zusätzlich werden inverse Stresstests durchgeführt, um zu ermitteln, wie viele Kunden ausfallen müssten, damit die Verluste die Risikodeckungsmassen überschreiten. Die im Geschäftsjahr 2017 im Rahmen der Stresstestberechnungen identifizierten Risiken wurden weiter analysiert und entsprechende Maßnahmen zur Risikoreduzierung eingeleitet.

Grundsätzlich erfasst die Gruppe Deutsche Börse verschiedene Risikokennzahlen neben den Risikomaßen EC, EaR und den durchgeführten Stresstests zum Kreditrisiko. Dazu zählt u. a., wie stark einzelne Kunden ihre Kreditrahmen nutzen und wo sich die Kredite konzentrieren.

Marktpreisrisiko

Marktpreisrisiken umfassen Risiken einer gegenläufigen Entwicklung von Zinsen, Währungen oder sonstigen Marktpreisen. Die Gruppe Deutsche Börse misst diese Risiken mittels Monte Carlo-Simulationen auf Basis historischer Preise sowie durch entsprechende Stresstests.

Clearstream und Eurex Clearing AG investieren Teile ihres Eigenkapitals in Wertpapiere mit höchster Bonität. Zum großen Teil sind diese Wertpapiere variabel verzinst, das Zinsänderungsrisiko ist gering. Die Gruppe meidet offene Währungspositionen, wo dies möglich ist. Marktpreisrisiken können außerdem aus dem insolvenzgesicherten Fondsvermögen zur Rückdeckung bestehender Versorgungspläne der Gruppe Deutsche Börse entstehen (Contractual Trust Arrangement (CTA), Pensionsplan von Clearstream in Luxemburg). Mit ihrer Entscheidung, einen überwiegenden Anteil des CTA auf Basis eines Wertsicherungsmechanismus zu investieren, hat die Gruppe das Risiko von extremen Verlusten reduziert.

Liquiditätsrisiko

Ein Liquiditätsrisiko tritt auf, wenn ein Unternehmen der Gruppe Deutsche Börse tägliche Zahlungsverpflichtungen nicht oder nur zu erhöhten Refinanzierungskosten erfüllen kann. Der operative Liquiditätsbedarf wird in erster Linie durch Innenfinanzierung gedeckt, indem erwirtschaftete Mittel einbehalten werden. Ziel ist es, Liquidität in Höhe der operativen Kosten eines Quartals vorzuhalten; die Zielliquidität liegt derzeit in der Spanne von 150 bis 250 Mio. €. Es existiert ein konzerninterner Cash Pool, um überschüssige Liquidität von Tochtergesellschaften, soweit regulatorisch und rechtlich zulässig, auf Ebene der Deutsche Börse AG zu bündeln. Die liquiden Mittel werden ausschließlich kurzfristig angelegt, um ihre Verfügbarkeit sicherzustellen. Die kurzfristigen Anlagesummen sind zudem weitgehend besichert durch liquide Anleihen erstklassiger Emittenten. Die Deutsche Börse AG hat Zugang zu kurzfristigen externen Finanzierungsquellen, etwa durch vereinbarte Kreditrahmen mit Einzelbanken oder Konsortien, und durch ein Commercial Paper-Programm. Um ihren strukturellen Finanzierungsbedarf zu decken, nutzte die Deutsche Börse AG in den vergangenen Jahren ihren Zugang zum Kapitalmarkt und emittierte Unternehmensanleihen.

Für Clearstream zielt die Anlagestrategie darauf ab, die Kundeneinlagen jederzeit zurückzahlen zu können. Die Liquiditätslimits sind entsprechend vorsichtig gesetzt. Zusätzlich stehen jederzeit umfangreiche Finanzierungsformen bereit, etwa ein ständiger Zugang zu den Liquiditätsfazilitäten der Deutschen Bundesbank und der Banque Centrale du Luxembourg.

Die Eurex Clearing AG hat aufgrund ihrer Eigenschaft als zentraler Kontrahent strenge Liquiditätsvorgaben. Die Anlagepolitik ist entsprechend konservativ. Regelmäßige Analysen stellen die Angemessenheit dieser Liquiditätsvorgaben sicher. Zudem kann die Eurex Clearing AG die ständigen Fazilitäten der Deutschen Bundesbank nutzen.

Für die Gruppe Deutsche Börse besteht das zentrale Liquiditätsrisiko im Ausfall eines Kunden. Bei Ausfall eines Clearingteilnehmers der Eurex Clearing AG wird dessen Teilnehmerposition verwertet. Bei Ausfall eines Kunden von Clearstream würde der zur Erhöhung der Abwicklungseffizienz eingeräumte, in der Regel besicherte und untertägige Kreditrahmen fällig gestellt, mit einer sich anschließenden Verwertung der durch den Kunden bereitgestellten Sicherheiten. Die Gruppe Deutsche Börse schätzt die Wahrscheinlichkeit des Liquiditätsrisikos als gering ein, bei einem möglicherweise mittleren finanziellen Verlust. Ein aus einem Kontrahentenausfall resultierender Rückgang der Marktliquidität würde das Liqui-

ditätsrisiko für die Gruppe Deutsche Börse weiter verstärken. Clearstream und die Eurex Clearing AG errechnen täglich den Liquiditätsbedarf, der durch den Ausfall der zwei größten Kunden entstehen würde, und halten ausreichend Liquidität vor, um den ermittelten Bedarf zu decken.

Um verschiedene Szenarien in Betracht zu ziehen, wird das Liquiditätsrisiko von Clearstream und der Eurex Clearing AG regelmäßig Stresstests unterzogen. Die im Geschäftsjahr 2017 im Rahmen der Stress-testberechnungen identifizierten Risiken wurden weiter analysiert und entsprechende Maßnahmen zur Risikoreduzierung eingeleitet.

Geschäftsrisiken

Das Geschäftsrisiko spiegelt wider, dass die Gruppe von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung abhängig ist sowie von anderen äußeren Ereignissen beeinflusst wird, etwa wenn sich das Wettbewerbsumfeld verändert oder regulatorische Initiativen aufkommen. Damit drückt es die Umfeld- und Branchenrisiken der Gruppe aus. Darüber hinaus umfasst es das unternehmensstrategische Risiko, also den Einfluss von Risiken auf die Geschäftsstrategie und deren mögliche Anpassung. Diese Geschäftsrisiken werden als Plan/Ist-Vergleich beim EBIT dargestellt und von den Unternehmensbereichen ständig überwacht. Sie haben für die Gruppe ein Gewicht von rund 11 Prozent am Gesamtrisiko. Geschäftsrisiken können etwa bewirken, dass der Umsatz hinter den Planzahlen zurückbleibt oder dass die Kosten höher ausfallen.

Zu den Geschäftsrisiken gehört z. B. das Risiko, dass Wettbewerber erfolgreich Marktanteile in den börslichen oder außerbörslichen europäischen Handelsmärkten gewinnen, etwa die Börsen CurveGlobal, IntercontinentalExchange (ICE) oder Euronext. Die Gruppe Deutsche Börse stuft die Wahrscheinlichkeit eines geringen Marktanteilsverlusts als mittel ein, schätzt dessen Auswirkungen jedoch als eher gering ein.

Falls ein Staat aus der Europäischen Währungsunion austreten oder ein Staat zahlungsunfähig würde, könnte die Rückzahlung von Staatsanleihen ganz oder teilweise ausfallen. Dies könnte die Kunden der Gruppe Deutsche Börse negativ beeinflussen und deren zukünftiges Handelsvolumen verringern. Die Eintrittswahrscheinlichkeit sieht die Gruppe derzeit noch als niedrig an, die möglichen Auswirkungen als mittel.

Weitere Geschäftsrisiken können aus regulatorischen Vorgaben oder dem ökonomischen Umfeld entstehen. Beispielsweise könnte die weiterhin von zehn europäischen Staaten angestrebte Einführung einer Transaktionssteuer auf Finanzgeschäfte sich negativ auf das Geschäft der Gruppe Deutsche Börse auswirken. Darüber hinaus könnte sich der Austritt von Großbritannien aus der Europäischen Union negativ auf die Handelsaktivität von Kunden auswirken oder auch – je nach Verlauf der Brexit-Verhandlungen – regulatorische Nachteile mit sich bringen. Auch eine nachhaltig geringe Handelsaktivität im Markt, z. B. nach einem signifikanten Kursrückgang an den Aktienmärkten, stellt ein Risiko für die Gruppe dar. Die Gruppe Deutsche Börse simuliert in Stresstests verschiedene Szenarien. Die Szenarien simulieren dabei das gleichzeitige Auftreten verschiedener Geschäftsrisiken, wie negative Auswirkungen durch verstärkten Wettbewerb und zugleich Geschäftseinbußen durch neue Regelwerke.

Projektrisiken

Projektrisiken können sich aus der Umsetzung laufender Projekte (etwa zur Einführung neuer Produkte, Prozesse oder Systeme) ergeben, die wesentliche Auswirkungen auf eine oder mehrere der drei anderen Risikokategorien (operationelle, finanzielle und Geschäftsrisiken) haben könnten. Die Projektrisiken werden nicht weiter untergliedert. Sie werden vom Projektverantwortlichen und GRM bewertet und bereits in der Anfangsphase wesentlicher Projekte berücksichtigt. Im Jahr 2017 hatten die regulatorischen Veränderungen durch MiFID II und CSDR, die Regulierung für Wertpapierzentralverwahrer, weiterhin einen großen Einfluss auf das Projektportfolio. Einerseits muss bei diesen Projekten die Einhaltung neuer regulatorischer Anforderungen durch die Gruppe Deutsche Börse sichergestellt werden, andererseits zielen

Projekte wie der Regulatory Reporting Hub darauf ab, die Kunden bei der Einhaltung neuer Rahmenbedingungen zu unterstützen. Projektrisiken wirken sich letztlich als operationelle, finanzielle und Geschäftsrisiken aus. Sie werden daher innerhalb dieser Risikoarten quantifiziert. Durch ständige Überwachung und Kontrolle werden die Risiken der Projekte laufend analysiert und bewertet.

Gesamtaussage des Vorstands zur Risikosituation

Der Vorstand der Deutsche Börse AG ist gruppenweit verantwortlich für das Risikomanagement und überprüft regelmäßig die Risikosituation der gesamten Gruppe. Sein Fazit für die Situation im Jahr 2017 zieht er hier und blickt abschließend kurz auf das kommende Geschäftsjahr.

Zusammenfassung

Im zurückliegenden Geschäftsjahr haben sich weitere externe Risikofaktoren für das Geschäft der Gruppe Deutsche Börse ergeben. Insbesondere in den Bereichen Cyber-Kriminalität und Steuern führt die veränderte Lage zu einem Anstieg der operationellen Risiken. Daher ist auch das Risikoprofil der Gruppe Deutsche Börse als Ganzes gestiegen. Im Berichtsjahr 2017 standen den Risiken der Gruppe Deutsche Börse stets Deckungsmassen in ausreichender Höhe gegenüber, d. h. die zugeordneten Höchstgrenzen des Risikoappetits wurden eingehalten.

Zum 31. Dezember 2017 betrug das EC der Gruppe Deutsche Börse 2.362 Mio. €, es ist gegenüber dem Vorjahr um 15 Prozent gestiegen (31. Dezember 2016: 2.056 Mio. €). Die verfügbare Risikodeckungsmasse im gleichen Zeitraum um 8 Prozent auf 4.128 Mio. € gestiegen (31. Dezember 2016: 3.810 Mio. €). Die EaR betragen 812 Mio. € zum 31. Dezember 2017, der Risikoappetit 1.399 Mio. € auf Basis des angepassten budgetierten EBIT 2017.

Der Vorstand der Deutsche Börse AG ist überzeugt, dass das Risikomanagementsystem wirkt. Er stärkt es und die zuständige Kontrollfunktion weiterhin. Grundlage für das interne Risikomanagement ist die konzernweite Strategie zur Erfassung und Steuerung von Risiken, die sich am sog. Risikoappetit ausrichtet. Sie ist in den drei Grundsätzen kodifiziert, die im [Abschnitt „Risikostrategie und Risikosteuerung“](#) beschrieben sind.

Ausblick

Die Gruppe Deutsche Börse bewertet fortlaufend ihre Risikosituation. Aus Stresstests, berechnetem erforderlichen EC sowie mittels des Risikomanagementsystems schließt der Vorstand der Deutsche Börse AG, dass die verfügbare Risikodeckungsmasse ausreicht. Er kann zudem kein Risiko erkennen, welches die Gruppe in ihrem Bestand gefährdet.

2018 will die Gruppe das konzernweite Risikomanagement weiter stärken. Der Fokus liegt hierbei darauf, die Zusammenarbeit mit anderen Zentral- und Kontrollfunktionen in der Gruppe weiter zu verbessern. Dies soll einerseits durch die Harmonisierung der gruppenweiten Dokumentations- und Kontrollprozesse geschehen, bei der zugleich ihre Effizienz und Qualität gesteigert werden soll. Andererseits soll eine bereichsübergreifende Initiative die Risikokultur im Unternehmen stärken, indem z. B. durch Schulungen der bewusste Umgang mit Risiken gefördert werden soll. Des Weiteren sollen Vorkehrungen ausgebaut werden, damit das Geschäft im Not- oder Krisenfall fortgeführt werden kann.

Chancenbericht

Organisation des Chancenmanagements

Das Chancenmanagement der Gruppe Deutsche Börse verfolgt das Ziel, Chancen frühestmöglich zu erkennen, zu bewerten und geeignete Maßnahmen zu ergreifen, damit aus Chancen geschäftliche Erfolge werden.

Organische Wachstumschancen evaluiert die Gruppe Deutsche Börse fortlaufend unterjährig in den einzelnen Geschäftsbereichen sowie systematisch auf Gruppenebene im Rahmen der jährlichen Budgetplanung. Ausgangspunkt hierfür sind jeweils Vorschläge aus den Geschäftsbereichen der Gruppe für neue Produkte, Dienstleistungen oder Technologien. Der Prozess beginnt mit der sorgfältigen Analyse des Marktumfeldes: Neben den Kundenwünschen werden auch Marktentwicklungen, Wettbewerber und regulatorische Veränderungen betrachtet.

Die Ideen für Wachstumsinitiativen werden anhand konzernweit einheitlicher Vorlagen weiter ausgearbeitet und einer Wirtschaftlichkeitsbetrachtung unterzogen. Dabei werden qualitative Aspekte in Form eines Geschäftsplans dokumentiert und Kosten sowie Erlöse detailliert über mehrere Jahre hinweg geplant.

Sind Geschäftsplan und Wirtschaftlichkeitsbetrachtung für die einzelnen Wachstumsinitiativen erstellt, ist über die Umsetzung zu entscheiden. Diese Entscheidung trifft der Vorstand der Deutsche Börse AG im Rahmen des jährlichen Budgetplanungsprozesses. Die Initiativen, die unter Berücksichtigung der damit verbundenen Risiken den höchsten Wertbeitrag erzielen und im Rahmen der Budgetvorgaben finanzierbar sind, werden vom Vorstand ausgewählt und budgetiert.

Die Budgetierung von Wachstumsinitiativen sieht vor, dass für jede ausgewählte und im Investitionsportfolio enthaltene Wachstumsinitiative ein Ganzjahresbudget in Form von Auszahlungen und Aufwendungen reserviert wird. Das Group Project Committee (GPC) überwacht unterjährig den Fortschritt der Wachstumsinitiativen und überprüft die Projekte regelmäßig. Im Mittelpunkt steht hierbei, ob die definierten Meilensteine erreicht werden, wie sich Veränderungen im Wettbewerbsumfeld auf den kommerziellen Erfolg auswirken können sowie der Budgetverbrauch im Vergleich zur ursprünglichen Budgetplanung.

Sollten unterjährig wesentliche Budgetanpassungen erforderlich sein, sind diese durch das Projektmanagement zunächst beim GPC zu beantragen. Auf Empfehlung des GPC kann der Einsatz der für das Gesamtjahr reservierten Mittel außerdem adjustiert und an die allgemeine Geschäftsentwicklung angepasst werden. So können bei Bedarf auch unterjährig neue Wachstumsinitiativen bewilligt werden.

Die Kontrolle der Wachstumsinitiativen wird ferner durch ein regelmäßiges Berichtswesen unterstützt. Koordiniert durch Zentralfunktionen entsteht in Zusammenarbeit mit den einzelnen Projekten aus den Geschäftsbereichen ein Bericht, in dem die geplanten Kosten dem Ist-Budgetverbrauch gegenübergestellt werden. Außerdem wird die Finanzplanung fortgeschrieben, Prognosen werden aktualisiert und Veränderungen am Projektumfang transparent gemacht. Des Weiteren wird kontrolliert, ob gesetzte Meilensteine erreicht wurden, und projektspezifische Risiken sowie eingeleitete Gegenmaßnahmen beschrieben werden.

Organische Wachstumschancen

Bei den organischen Wachstumschancen unterscheidet die Gruppe Deutsche Börse grundsätzlich zwischen strukturellen und zyklischen Chancen. Strukturelle Chancen entstehen beispielsweise durch regulatorische Änderungen oder neue Kundenbedürfnisse und sind direkt durch das Unternehmen beeinflussbar. Zyklische Chancen sind nicht direkt durch das Unternehmen beeinflussbar und ergeben sich durch makroökonomische Veränderungen. Zudem sieht die Gruppe Deutsche Börse Chancen für sich aus der technologischen Transformation.

Strukturelle Wachstumschancen

Der Fokus der Gruppe Deutsche Börse bei den strukturellen Wachstumschancen liegt auf Produkt- und Dienstleistungsinitiativen, die auf neue Kundenbedürfnisse und regulatorische Anforderungen abzielen. Um für diese Chancen bestmöglich positioniert zu sein und um sich weitere Chancen erschließen zu können, hat sich die Gruppe mit ihrer Wachstumsstrategie bereits schrittweise organisatorisch neu ausgerichtet. Darüber hinaus prüft sie regelmäßig, ob sie Wachstum in aussichtsreichen Anlageklassen, Produkten oder Dienstleistungen besser organisch oder durch externe Zukäufe sowie Kooperationen erzielen kann.

Die Gruppe erwartet den größten Erlöszuwachs im Segment Eurex, u. a. durch das Clearing von außerbörslichen („over the counter“, OTC) Derivaten und weiteres Wachstum im Handel mit Strom- und Gasprodukten. Zusätzlich wird 360 Treasury Systems (360T) zum Wachstum der Nettoerlöse in diesem Segment beitragen. Im Segment Clearstream liegt der Fokus auf der Weiterentwicklung des Investmentfondsgeschäfts, der grenzüberschreitenden Wertpapierabwicklung über TARGET2-Securities (T2S) sowie dem Sicherheiten- und Liquiditätsmanagement. Im Segment Market Data + Services liegt der Wachstumsfokus auf der Erweiterung des Indexgeschäfts. Im Folgenden wird das Geschäftspotenzial der hier genannten Initiativen detaillierter beschrieben.

Clearing von außerbörslich gehandelten Derivaten

Die Liquiditätsschwierigkeiten großer Marktteilnehmer im Zuge der Finanzkrise wurden durch die Nichterfüllung von OTC-Geschäften ausgelöst, die weitgehend unbesichert waren und bilateral ausgeführt wurden. Vor diesem Hintergrund haben sich die führenden Industriestaaten (G20) darauf verständigt, wirksame Regularien zu schaffen, um OTC-Derivategeschäfte transparenter und sicherer zu machen. Als Konsequenz hat die Europäische Union die European Market Infrastructure Regulation (EMIR) erarbeitet. Deren Ziel ist es, den OTC-Handel mit Derivateprodukten zu regulieren. Die Regulierung durch EMIR umfasst folgende Punkte:

- Die Verpflichtung zum Clearing von standardisierten OTC-Derivategeschäften mittels einer zentralen Gegenpartei
- Besondere Anforderungen an das Risikomanagement von Geschäften mit nicht standardisierten Derivaten
- Die Verpflichtung zur Meldung der Geschäfte an ein Transaktionsregister

Am 21. Juni 2016 begann die Verpflichtung der Marktteilnehmer, die Anforderungen aus EMIR zu erfüllen mit der ersten von vier Phasen. Die Eurex Clearing AG hat im Vorgriff auf die Clearingverpflichtung einen zentralen Kontrahenten für das Clearing von OTC-Derivategeschäften entwickelt. Das Angebot, das sich später auch auf andere Anlageklassen erweitern lässt, richtet sich v. a. an institutionelle Kunden und deren Geschäfte in Zinsderivaten (Interest Rate Swaps). Es legt besonderes Augenmerk auf Sicherheit und Effizienz und ermöglicht den Kunden, die gesamten Vorzüge der Services von Eurex Clearing im Risiko- und Sicherheitenmanagement auch für ihre OTC-Geschäfte zu nutzen. Die Transaktionen dieser Kunden sind größtenteils seit Phase 2, die am 21. Dezember 2016 begonnen hatte, verpflichtend über

ein Clearinghaus abzuwickeln. Wie erwartet sind die Clearingvolumina in OTC-Zinsderivaten 2017 deutlich angestiegen. Die Gruppe erwartet eine weitere Beschleunigung dieser Entwicklung für 2018.

Zudem stellt der Brexit und die daraus resultierende Unsicherheit, ob Euro-denominierte Zinsswaps künftig von einem Clearinghaus außerhalb der EU-Regulierung gecleart werden dürfen, eine weitere Möglichkeit dar, Marktanteile in diesem Produktbereich auszubauen. Vor diesem Hintergrund hat Eurex Clearing mit einem im November 2017 angekündigten Partnerschaftsprogramm eine Alternative für das Clearing von Zinsswaps in der EU geschaffen. Dieses stößt auf breite Akzeptanz. Bis Anfang Februar 2018 hatten sich bereits 25 Marktteilnehmer aus den USA, Großbritannien, Asien und Kontinentaleuropa für die Teilnahme entschieden.

Handel und Clearing von Strom- und Gasprodukten (EEX)

Mit dem Erwerb des Mehrheitsanteils an der European Energy Exchange AG (EEX) mit Sitz in Leipzig hatte die Gruppe Deutsche Börse ihr Produktangebot um den Handel und das Clearing von Spot- und Terminmarktprodukten auf Strom- und Gasprodukte sowie Emissionszertifikate erweitert, um so von der deutlich gestiegenen Nachfrage nach Handels- und Clearingdienstleistungen im Energiesektor profitieren zu können. Die seitdem zweistelligen Zuwachsraten in diesem Bereich erklären sich aus externem Wachstum, aber auch aus strukturellem organischem Wachstum, das die Gruppe aufgrund ihrer guten Positionierung nutzen konnte. So hat sich die EEX zum zentralen Markt für Energie, energienahe und Commodity-Produkte in Kontinentaleuropa entwickelt und deckt u. a. die Märkte Deutschland, Frankreich, Niederlande, Belgien, Italien und Spanien mit ihrem Produktangebot ab. Auch organisch wuchs die EEX v. a. im Energie- und Gasgeschäft deutlich. Dieses Wachstum basiert auf der sich ändernden Bedeutung der erneuerbaren Energien, insbesondere der Windenergie, für die Stromerzeugung. Die daraus resultierenden Zugewinne sind jedoch nur schwer planbar. Das liegt auch darin begründet, dass der europäische Energiemarkt stark fragmentiert ist und die Marktteilnehmer überwiegend außerbörslich handeln. In den vergangenen Jahren wurden jedoch aufgrund der hohen Fragmentierung sowie der Ineffizienz des OTC-Marktes vermehrt börsliche Lösungen für den Handel und das Clearing dieser Transaktionen nachgefragt. Obwohl der OTC-Handel nach wie vor den deutlich größeren Markt darstellt, konnte die EEX ihren Marktanteil in den letzten Jahren deutlich steigern. Er lag Ende 2017 bei rund 30 Prozent. Sie erwartet auch weiterhin eine hohe Nachfrage nach effizienten Lösungen im Bereich Handel und Clearing für die Energiemärkte und daraus resultierendes strukturelles Wachstum.

Expansion in den Handel von Devisen (360T)

Mit der vollständigen Übernahme von 360T gelang der Deutsche Börse AG der Markteintritt in eine neue Anlageklasse, den Devisenhandel. 360T® ist eine führende, weltweit agierende Devisenhandelsplattform, die seit ihrer Gründung im Jahr 2000 fast durchgängig zweistellige jährliche Wachstumsraten aufweist. Zur breiten Kundenbasis von 360T gehören Unternehmen, Buy-Side-Kunden und Banken. Die Akquisition durch die Deutsche Börse AG wird das organische Wachstum von 360T voraussichtlich weiter beschleunigen. Durch den Zusammenschluss lassen sich mittelfristig Erlössynergien im zweistelligen Millionen-Euro-Bereich erzielen, indem 360T das internationale Vertriebsnetzwerk und die Expertise der Gruppe Deutsche Börse für den Ausbau seines Geschäfts nutzt, insbesondere durch die Einführung des elektronischen Handels zur weiteren Verbesserung der Liquidität und Transparenz im dritten Quartal 2017. Bis jetzt wurden regulatorische Verpflichtungen wie EMIR noch nicht auf den Devisenmarkt ausgeweitet. Sollte dies in naher Zukunft geschehen, ergeben sich für die Gruppe Deutsche Börse weitere Chancen aus ihrem umfangreichen Portfolio an Produkten und Dienstleistungen, die sie im Kontext regulatorischer Forderungen anbietet. So ist beispielsweise die Einführung eines Clearinghauses für den Devisenhandel im ersten Halbjahr 2018 geplant, um die grundsätzliche Nachfrage nach kapitaleffizienten Lösungen zu bedienen. Aufgrund seiner führenden Stellung profitiert 360T zudem von einem strukturellen Trend: Zwar wird derzeit der weit überwiegende Teil der täglich gehandelten Devisen außerbörslich abgewickelt, doch steigt die Nachfrage nach elektronischen und transparenten Handelsplattformen wie

360T, an die mehrere Banken angebunden sind. Durch die Verbindung der Kenntnisse und Erfahrungen von 360T im Devisenmarkt mit der IT-Kompetenz der Deutschen Börse kann die Gruppe die sich ergebenden Erlöspotenziale erschließen.

Grenzüberschreitende Abwicklung von Investmentfonds

Kunden der Gruppe Deutsche Börse können ihr gesamtes Fondsportfolio – von traditionellen Investmentfonds über börsengehandelte Indexfonds (Exchange Traded Funds, ETFs) bis zu Hedgefonds – über Clearstream abwickeln und verwahren. Da auch die Regulatoren effizientere Abwicklungs- und Verwahrungsleistungen fordern, um höchste Sicherheit für das verwahrte Kundenvermögen zu gewährleisten, erwartet die Gruppe weitere Kundenportfolios zu gewinnen.

Grenzüberschreitende Wertpapierabwicklung (T2S)

Das von der EZB initiierte Projekt T2S harmonisiert die grenzüberschreitende Wertpapierabwicklung in Zentralbankgeld in Europa. Für die Gruppe Deutsche Börse ergibt sich daraus die Chance, neue Kunden für innovative Dienstleistungen von Clearstream wie etwa das globale Liquiditätsmanagement zu gewinnen. Auch erwartet die Gruppe durch T2S ein höheres verwahrtes Volumen und weitere neue Dienstleistungen, die nur Clearstream mit dem integrierten internationalen Zentralverwahrer (International Central Securities Depository, ICSD) anbieten kann. Clearstream wurde im Rahmen der vierten Migrationswelle im Februar 2017 an T2S angebunden. Seitdem können Kunden Clearstream als zentralen Zugangspunkt nutzen, um inländische und internationale Abwicklungen sowohl in Zentralbank- als auch Geschäftsbankengeld vorzunehmen. Die nationalen Zentralverwahrer (Central Securities Depository, CSD) – die Clearstream Banking AG in Deutschland und die LuxCSD S.A. in Luxemburg – bieten ihren Kunden die Abwicklung über T2S zu EZB-Konditionen und ohne zusätzlichen Preisaufschlag an. Die volle Interoperabilität zwischen nationalem und internationalem CSD wird für ein verbessertes Liquiditäts- und Sicherheitsmanagement sorgen.

Sicherheiten- und Liquiditätsmanagement

Mit dem Angebot für das Sicherheiten- und Liquiditätsmanagement, das mit der Wachstumsinitiative Global Liquidity Hub entwickelt wurde, hilft Clearstream ihren Kunden, die strukturellen Veränderungen zu bewältigen, die u. a. infolge der zusätzlichen Liquiditätsanforderungen nach Basel III und der seit Dezember 2015 gültigen Clearingverpflichtung nach EMIR auf sie zukommen. Über den Global Liquidity Hub können Banken die Vermögenswerte, die Clearstream in ihrem Auftrag verwahrt, effizienter über verschiedene Plattformen und Länder hinweg nutzen.

Erweiterung des Indexgeschäfts

Im Indexgeschäft hat die Gruppe Deutsche Börse zum Ziel, den in Europa bereits etablierten Indexanbieter STOXX global auszurichten, um ergänzend zu den Indexfamilien DAX® und STOXX® weitere Indizes zu entwickeln und weltweit zu vermarkten. Ziel ist es, durch die Diversifizierung der Indexpalette sowohl neue Kundengruppen innerhalb Europas als auch in Asien und Amerika zu erschließen. Zudem wird das Indexgeschäft weiter den strukturellen Trend hin zu passiven Investmentprodukten (ETFs) für sich nutzen. Immer mehr Endkunden und Vermögensverwalter setzen auf diesen Trend aufgrund der niedrigeren Kosten und des teilweise unterdurchschnittlichen Erfolgs von aktiven Anlagestrategien.

Sonstige strukturelle Wachstumschancen

Über diese Initiativen hinaus sieht die Gruppe eine Reihe weiterer struktureller Faktoren, die den Geschäftserfolg positiv beeinflussen sollten.

- Im Januar 2014 wurde auf europäischer Ebene eine Einigung über die überarbeitete Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente (Markets in Financial Instruments Directive, MiFID II) erzielt. Diese wird seit Januar 2018 angewendet: Unter anderem müssen außerbörslich getätigte Derivatetransaktionen

künftig über organisierte Handelsplattformen (Organised Trading Facilities) abgewickelt werden, wovon Eurex profitieren sollte. Darüber hinaus wurde beschlossen, das Volumen von Aktien, die in Dark Pools gehandelt werden, zu limitieren. Als Folge dieser Begrenzung erwartet die Gruppe positive Effekte für die im Kassamarkt gehandelten Volumina. Seit Anfang Januar 2018 ist zudem der Regulatory Reporting Hub der Gruppe live geschaltet. Er wurde in Zusammenarbeit mit den Kunden der Gruppe entwickelt und bietet diesen gebündelt Lösungen für deren Reportingverpflichtungen gemäß MiFID II. In Summe sind mehr als 2.200 Institutionen an den Regulatory Reporting Hub angeschlossen.

- Als Konsequenz aus der Finanzkrise steigt die Bedeutung des Risikomanagements. Das Unternehmen geht davon aus, dass Marktteilnehmer verstärkt die Clearingdienstleistungen von Eurex Clearing nutzen werden, um getätigte Geschäfte in verschiedenen Anlageklassen zu verrechnen und dadurch das Kontrahentenrisiko zu eliminieren.
- Als Folge der europäischen Rechts- und Verwaltungsvorschriften, die sich auf bestimmte Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren beziehen (OGAW V), erwartet das Unternehmen, dass traditionelle Investmentfonds zunehmend auch Derivate in ihre Portfoliostrategien einbeziehen werden. Daraus könnte sich zusätzliches Geschäft für das Segment Eurex ergeben.
- Für den Nachhandelsbereich Clearstream erwartet das Unternehmen langfristig eine Zunahme der Eigen- und Fremdkapitalfinanzierung von Unternehmen über die Kapitalmärkte. Dies steht im Zusammenhang mit den höheren Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen an Banken und den damit verbundenen negativen Auswirkungen auf das Gesamtvolumen der zur Verfügung gestellten Kredite. Für Clearstream könnte sich das positiv auf die Verwahr volumina, insbesondere im internationalen Anleihe segment auswirken. Des Weiteren erwartet das Unternehmen vor dem Hintergrund der zunehmenden Internationalisierung der Kapitalmärkte auch künftig einen stärkeren Anstieg der Volumina von international begebenen Anleihen im Vergleich zu national begebenen festverzinslichen Wertpapieren.

Zyklische Chancen

Neben den strukturellen Wachstumschancen ergeben sich für die Gruppe Deutsche Börse auch zyklische Chancen, beispielsweise bei einer positiven makroökonomischen Entwicklung. Das Unternehmen hat keinen direkten Einfluss auf diese zyklischen Chancen; sie haben aber das Potenzial, die Nettoerlöse der Gruppe Deutsche Börse und den Periodenüberschuss, der den Anteilseignern der Deutsche Börse AG zuzurechnen ist, mittelfristig bedeutend zu steigern:

- In den Segmenten des Kassa- und Terminmarktes (Xetra und Eurex) könnten eine nachhaltig positive wirtschaftliche Entwicklung, ein nachhaltig steigendes Vertrauen der Investoren in die Kapitalmärkte, eine als Konsequenz hieraus wieder größere Risikobereitschaft von Marktteilnehmern und eine anhaltend höhere Aktienmarktvolatilität die Handelsaktivität der Marktteilnehmer stimulieren und die Handelsvolumina steigen lassen.
- Die Volumina der an den Terminmärkten der Gruppe gehandelten Zinsderivate könnten durch eine zunehmende Spekulation über die Entwicklung der langfristigen Zinsen auf deutsche und andere europäische Staatsanleihen sowie durch eine weitere Verringerung der Zinsdifferenz zwischen den verschiedenen europäischen Staatsanleihen steigen.
- Während für die Eurozone im Prognosezeitraum keine Abkehr von der Niedrigzinspolitik der EZB zu erwarten ist, könnte die US-amerikanische Notenbank nach der bereits eingeleiteten Zinswende den Leitzins auch 2018 schrittweise weiter erhöhen. Dies hätte positive Auswirkungen u. a. auf die Nettozinserträge aus dem Bankgeschäft von Clearstream, da rund 53 Prozent des täglichen Liquiditätsbestands in US-Dollar denominated sind. Betrachtet man sämtliche Kundenbareinlagen, könnte ein Anstieg der Zinssätze um 1 Prozentpunkt zu einem Zuwachs der Erträge von rund 120 Mio. € führen.
- Im Marktdatengeschäft könnte eine Zunahme der Zahl der Beschäftigten bei Unternehmen, die auf den Finanzmärkten tätig sind, zu einer steigenden Abnahme von Datenpaketen führen.

Technologische Chancen

Neue Entwicklungen, u. a. im Kontext künstlicher Intelligenz (KI), Big Data, Robotik, Blockchain-Technologie, treiben – in Verbindung mit dem Innovationspotenzial von Fintech-Unternehmen – den Wandel in der Finanzbranche voran. Diese neue Technologiewelle könnte dabei helfen, Barrieren in der Harmonisierung des Marktes zu überwinden und gleichzeitig neue Effizienz zu schaffen und Risiken zu mindern. Diese Entwicklung wird voraussichtlich die nächsten zehn Jahre andauern: Digitalisierungstrends werden sich beschleunigen und die Herausforderung für etablierte Anbieter besteht darin, den richtigen Weg im Hinblick auf neue Geschäftsmodelle und innovative Technologien zu finden.

Die Blockchain-Technologie gilt bisweilen als disruptive Technologie, deren Chancen die Finanzbranche derzeit auslotet. Durch ihren dezentralen Charakter ermöglicht sie die direkte Interaktion zwischen Teilnehmern und hat dadurch das Potenzial komplexe Prozesse zu vereinfachen. Etablierte Marktinfrastrukturanbieter wie die Gruppe Deutsche Börse, die die gesamte Wertschöpfungskette aus einer Hand abdeckt, spielen eine wichtige Rolle, wenn es darum geht, dieses Potenzial auszuschöpfen und gleichzeitig geltende Branchenstandards zu erfüllen. Hierzu zählen neben rechtlichen und regulatorischen Vorgaben das Einhalten von Sicherheitsstandards, Risikobegrenzungs- und Kosteneffizienzaspekte.

Die Gruppe Deutsche Börse verfolgt im Rahmen ihrer Unternehmensstrategie einen kooperativen Ansatz im Hinblick auf neue technologische Entwicklungen. Mit diesem Ansatz möchte die Gruppe ihre führende technologische Rolle weiter stärken und das Potenzial neuer Technologien entlang der Wertschöpfungskette (Wertpapieremission, Handel, Clearing und Abwicklung) ausloten. Vor diesem Hintergrund hat die Gruppe beispielsweise gemeinsam mit der Deutschen Bundesbank, dem zentralen Kontrahenten Eurex Clearing und weiteren Zentralverwahrern verschiedene Blockchain-Prototypen entwickelt, um zu zeigen, wie diese Technologie zur Lösung von Geschäftsproblemen eingesetzt werden könnte. So hat die Gruppe ein Konzept für die risikolose Übertragung von Geschäftsbankgeld auf Basis der Blockchain-Technologie entwickelt. Durch die Integration der Blockchain-Technologie in die Infrastruktur für den Nachhandel der Gruppe sollen Effizienzsteigerungen erzielt werden. Über den zentralen Kontrahenten der Gruppe Deutsche Börse lassen sich die in Verbindung mit dem Transfer von digitalisiertem Geschäftsbankgeld verbundenen Kreditrisiken verringern. Durch die Schnittstelle zwischen Eurex Clearing und Clearstream, dem Zentralverwahrer der Gruppe, könnte dieses neue Konzept außerdem dazu beitragen, Effizienzsteigerungen bei dem Handel nachgelagerter Prozessen wie Dienstleistungen für die Abwicklung und das Management von Vermögenswerten (Asset Servicing) zu realisieren. Zudem arbeitet die Gruppe gemeinsam mit drei anderen Zentralverwahrern an einer auf der Blockchain-Technologie basierenden Initiative, die die grenzüberschreitende Bereitstellung von Wertpapiersicherheiten vereinfachen soll. Diese Zusammenarbeit hat zum Ziel, bestehende Hürden bei der Übertragung von Sicherheiten zwischen verschiedenen Ländern zu beseitigen und den Prozess so schneller und effizienter zu gestalten.

Weitere Projekte sind das neu geschaffene Content Lab zur besseren Nutzung von Daten bei der Bereitstellung von Diensten für Kunden und das Product Development Lab, das sich mit der Entwicklung von Microservices befasst. Darüber hinaus prüft die Gruppe Deutsche Börse derzeit die Bereitstellung von API-Anbindungen zu ihren Systemen, um Kunden mithilfe von Cloud-Technologien neue Daten und Analyselösungen anbieten zu können.

Externe Wachstumschancen

Außerdem eruiert das Unternehmen regelmäßig externe Wachstumschancen, die einer ähnlich stringenter Analyse unterzogen werden wie die organischen Wachstumsinitiativen. Daher werden nur wenige der analysierten Chancen tatsächlich umgesetzt. Beispiele für externes Wachstum in den letzten Jahren sind die Übernahme des Hedgefondsgeschäfts von Citco, die mehrheitliche Beteiligung an der EEX, der vollständige Erwerb der Powernext und der Gemeinschaftsunternehmen STOXX inkl. Indexium sowie der vollständige Erwerb von 360T.

Prognosebericht

Der Prognosebericht beschreibt die voraussichtliche Entwicklung der Gruppe Deutsche Börse im Geschäftsjahr 2018. Er enthält Aussagen und Informationen über Vorgänge, die in der Zukunft liegen, und beruht auf Erwartungen und Annahmen des Unternehmens zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Unternehmensberichts. Diese wiederum unterliegen bekannten und unbekanntem Chancen, Risiken und Ungewissheiten. Eine Vielzahl von Faktoren beeinflussen den Erfolg, die Geschäftsstrategie und die Ergebnisse des Konzerns. Viele dieser Faktoren liegen außerhalb des Einflussbereichs des Unternehmens. Sollten Chancen oder Risiken eintreten oder eine der Ungewissheiten Realität werden oder sollte sich erweisen, dass eine der zugrunde liegenden Annahmen nicht richtig war, kann die tatsächliche Entwicklung des Konzerns sowohl positiv als auch negativ von den Erwartungen und Annahmen in den zukunftsgerichteten Aussagen und Informationen dieses Prognoseberichts abweichen.

Entwicklung der Rahmenbedingungen

Makroökonomisches Umfeld

Für den Prognosezeitraum rechnet die Gruppe Deutsche Börse mit einem weiteren moderaten Wachstum der Weltwirtschaft. Bei den Schwellenländern rechnet die Gruppe damit, dass Länder mit einem Leistungsbilanzüberschuss weiterhin überdurchschnittlich wachsen werden. Aufgrund von zyklischen und strukturellen Faktoren werden diese Länder jedoch nicht mehr an die hohen Wachstumsraten der Vergangenheit anknüpfen können. Zudem erwartet die Gruppe, dass sich auch die Wirtschaft in den Industrieländern weiterhin erholen und das Wachstum im Vergleich zu den Vorjahren steigen wird. Auch für Europa geht die Gruppe davon aus, dass sich die wirtschaftliche Lage weiter verbessert – getrieben von der Entwicklung in Deutschland und Frankreich, den wirtschaftlich bedeutendsten Ländern. Ausgehend von dieser grundsätzlich positiven Lage erwartet das Unternehmen, dass die Marktteilnehmer den Kapitalmärkten mehr Vertrauen entgegenbringen als im Vorjahr, das von Ereignissen wie den Präsidentschaftswahlen in Frankreich, den nur sehr langsam voranschreitenden Verhandlungen um die Bedingungen des bevorstehenden Austritts Großbritanniens aus der EU sowie der Ernüchterung in den USA nach den Wahlen im November 2016 geprägt war. Jedoch könnten jederzeit ungewisse Faktoren die Kapitalmärkte wieder verunsichern. Dazu zählen geopolitische Krisen, die Entwicklung der Rohstoffpreise, die Geldpolitik der Zentralbanken Fed in den USA und EZB in Europa oder eine Vertrauenskrise bezüglich des Wachstums einzelner Schwellenländer, insbesondere in Asien. Auch ist nach wie vor nicht klar, wie der Austritt Großbritanniens aus der EU gestaltet werden wird und welche Auswirkungen dies für die Finanzmärkte haben wird. Für die Zinsentwicklung erwartet der Konzern in Europa keine grundsätzliche Abkehr von der derzeitigen Niedrigzinspolitik. Die monatlichen Volumina des Anleihenkaufprogramms der EZB werden zwar weiter reduziert und das Programm soll im September 2018 auslaufen, aber der Einlagezins wird aller Voraussicht nach weiterhin bei –0,4 Prozent verbleiben. Nachdem die Effekte dieser Geldmarktpolitik auf die Handelsvolumina an den Kassa- und Terminmärkten in 2017 keine wesentlichen Auswirkungen

hatte, erwartet das Unternehmen auch für 2018 keinen wesentlichen Stimulus. In den USA hat sich die Zinswende im Jahr 2017 fortgesetzt und es wird für 2018 mit weiteren Zinsschritten gerechnet, falls die Wirtschaft weiter wächst und die Inflation zunimmt.

Bei der wirtschaftlichen Entwicklung im Jahr 2018 geht der Internationale Währungsfonds (IWF) in einer im Januar 2018 veröffentlichten Prognose von einem Anstieg von rund 2,2 Prozent für die Eurozone und 2,3 Prozent für Deutschland aus. Für die USA liegen die Erwartungen leicht über denen für die Eurozone; es wird hier mit einem Wachstum der Wirtschaft von rund 2,7 Prozent gerechnet. Das mit Abstand größte Wirtschaftswachstum 2018 – rund 6,5 Prozent – wird weiterhin in Erwartung der hohen Binnen- nachfrage für die asiatischen Länder, insbesondere Indien und China, prognostiziert. Als Folge der sehr unterschiedlichen Schätzungen für die verschiedenen Wirtschaftsräume wird für das Jahr 2018 ein weltweites Wirtschaftswachstum von rund 3,9 Prozent angenommen.

Regulatorisches Umfeld

Um den Finanzsektor zu stabilisieren und künftig Krisen im bereits erlebten Ausmaß zu verhindern, streben Regierungen und Zentralbanken eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte an. Das Spektrum der geplanten und zum Teil bereits umgesetzten Maßnahmen reicht von der Überarbeitung der rechtlichen Rahmenbedingungen für Bankgeschäfte und Eigenkapitalanforderungen über Regeln zum Clearing von außerbörslichen („over the counter“, OTC) Derivategeschäften bis hin zur Verbesserung der Finanzmarkt- aufsicht (für Details siehe den [Abschnitt „Regulatorisches Umfeld“ im Wirtschaftsbericht](#)). Die letzt- endlichen Auswirkungen dieser weit reichenden regulatorischen Reformvorhaben auf Marktstruktur und Geschäftsmodell sind für die Kunden der Gruppe Deutsche Börse derzeit noch nicht genau abschätzbar. Für den Prognosezeitraum rechnet die Deutsche Börse damit, dass sich diese Unsicherheit weiterhin dämpfend auf die Geschäftsaktivität der Marktteilnehmer auswirken wird. Für die Gruppe selbst haben die verschiedenen Regulierungsvorhaben sowohl positive als auch negative Auswirkungen. In Summe sieht die Gruppe das sich verändernde regulatorische Umfeld jedoch als Chance, ihr Geschäft weiter auszubauen (siehe den [Chancenbericht](#)).

Neben den aus der Regulierung entstehenden strukturellen Chancen erwartet die Gruppe im Prognose- zeitraum weitere Diskussionen über die mögliche Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Die Finanz- transaktionssteuer wird von einem Teil der Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die sich im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit zusammengeschlossen haben, auch im Jahr 2018 verfolgt werden. Die Einführung dieser Steuer hätte negative Auswirkungen auf die Geschäftsentwicklung der Gruppe Deut- sche Börse. Da die zehn teilnehmenden Mitgliedstaaten bislang keine Einigung auf Bemessungsgrund- lage, Steuersätze und technische Erhebung und Abführung erzielen konnten, sind konkrete Auswirkun- gen auf das Geschäft der Gruppe nicht einschätzbar.

Entwicklung der Ertragslage

Die Gruppe Deutsche Börse sieht sich mit ihrem diversifizierten Geschäftsmodell und ihren vielfältigen Erlösquellen weiterhin sehr gut aufgestellt und rechnet mittel- und langfristig mit einer positiven Entwick- lung ihrer Ertragslage. Diese Erwartung basiert u. a. auf den Wachstumschancen, die das Unternehmen mittel- bis langfristig nutzen wird. Für den Prognosezeitraum erwartet die Gruppe einen weiteren Anstieg der Nettoerlöse. Diese Annahme basiert im Wesentlichen auf zwei Faktoren. Erstens könnte ein weiterer leichter Anstieg des Wirtschaftswachstums das Investorenvertrauen verbessern und u. a. zu einer weiter anhaltenden Rückkehr von US-Investoren nach Europa führen. 2018 könnten zudem Spekulationen der Marktteilnehmer über die Zinsentwicklung in den USA und Europa den Handel von Zinsderivaten an der Terminbörse Eurex weiter beflügeln und die gestiegenen bzw. weiter steigenden US-Zinsen könnten zu

einem neuerlichen Anstieg der Nettozinserträge aus dem Bankgeschäft führen. Zweitens erwartet die Gruppe einen weiter steigenden Beitrag aus ihren strukturellen Wachstumsinitiativen sowie der Erschließung von neuen Wachstumschancen (für Details siehe den [Chancenbericht](#)).

Die Gruppe Deutsche Börse erwartet im Prognosezeitraum einen Anstieg der Nettoerlöse aus strukturellen Wachstumschancen sowie aus dem Erfolg neuer Produkte und Funktionalitäten von mindestens 5 Prozent. Gleichzeitig erwartet die Gruppe, dass sich die zyklischen Rahmenbedingungen so entwickeln, dass in Summe zumindest kein Rückgang der Nettoerlöse in den von zyklischen Faktoren abhängenden Geschäftsfeldern eintreten wird. Die Basis für das erwartete Nettoerlöswachstum im Prognosezeitraum bilden die 2017 erreichten Nettoerlöse in Höhe von 2.462,3 Mio. €.

Sollten sich die Rahmenbedingungen wider Erwarten schlechter entwickeln als eingangs beschrieben und die Kunden, insbesondere in den vom Handel abhängigen Geschäftsbereichen der Gruppe, ihre Geschäftsaktivitäten wieder zurückfahren, sieht sich die Gruppe Deutsche Börse aufgrund ihres erfolgreichen Geschäftsmodells sowie ihrer Kostendisziplin trotzdem weiterhin in der Lage, ihr Geschäft profitabel zu betreiben.

Im Rahmen ihrer Wachstumsstrategie verfolgt die Gruppe Deutsche Börse konkrete Prinzipien zur Steuerung der operativen Kosten. Kernbestandteil dieser Prinzipien ist es, die Skalierbarkeit des Geschäftsmodells der Gruppe zu gewährleisten. Um dies zu erreichen, steuert das Unternehmen die um Einmaleffekte bereinigten operativen Kosten kontinuierlich in Abhängigkeit von der Entwicklung der Nettoerlöse. Die notwendige Flexibilität bei der Steuerung der operativen Kosten erreicht die Gruppe im Wesentlichen durch zwei verschiedene Initiativen zur Verbesserung der operativen Effizienz. Zum einen hat das Unternehmen einen kontinuierlichen Prozess zur Verbesserung der operativen Effizienz implementiert. Hierbei wird das Unternehmen Kundenbedürfnisse noch stärker berücksichtigen, um die Qualität und Effizienz der angebotenen Dienstleistungen weiter zu verbessern. Gleichzeitig werden dabei auch gruppeninterne Prozesse vereinfacht und damit Kosteneinsparungen erzielt. Zum anderen hat das Unternehmen im Berichtszeitraum eine Reihe von strukturellen Kostenreduktionen beschlossen und damit begonnen, diese umzusetzen. So wurde beispielsweise die Zahl der externen Dienstleister reduziert. Teilweise wurden dabei die Aufgaben auf interne Mitarbeiter verteilt bzw. die externen Dienstleister als interne Mitarbeiter übernommen. Im Jahr 2018 und den Folgejahren wird das Unternehmen den Fokus u. a. auf die kontinuierliche Steigerung der Effizienz durch Digitalisierung, Automatisierung und Cloud-Infrastruktur legen. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses zusammengefassten Lageberichts rechnet das Unternehmen bei den operativen Kosten mit Einmaleffekten in Höhe von rund 80 Mio. €. Diese entfallen mehrheitlich auf die Integration akquirierter Unternehmen, aber auch auf Kosten für Effizienzmaßnahmen und Restrukturierung sowie Kosten in Zusammenhang mit strafrechtlichen Ermittlungen in den USA gegen die Clearstream Banking S.A.

Aufgrund des erwarteten Anstiegs der strukturell getriebenen Nettoerlöse von mindestens 5 Prozent, der Skalierbarkeit des Geschäftsmodells und des effizienten Kostenmanagements wird für den Periodenüberschuss, der den Anteilseignern der Deutsche Börse AG zuzurechnen ist, im Prognosezeitraum mit einem Wachstum (ohne Einmaleffekte) von mindestens 10 Prozent gerechnet. Basis für diese Prognose ist der bereinigte Wert von 857,1 Mio. € im Jahr 2017.

Auch für die Muttergesellschaft Deutsche Börse AG wurden die in diesem Prognosebericht für die Gruppe Deutsche Börse dargestellten Faktoren hinsichtlich des zyklischen Umfelds und der strukturellen Wachstumsinitiativen in der Planung berücksichtigt. Demnach rechnet das Unternehmen für 2018 mit Umsatzerlösen, die mindestens 5 Prozent über dem Niveau des Vorjahres liegen (2017: 1.348,0 Mio. €).

Aufgrund des erwarteten Anstiegs der Umsatzerlöse der Deutsche Börse AG von mindestens 5 Prozent und eines effizienten Kostenmanagements wird für den bereinigten Jahresüberschuss (2017: 618,1 Mio. €) im Prognosezeitraum mit einem Wachstum (ohne Einmaleffekte) von mindestens 10 Prozent gerechnet.

Segment Eurex

Im zurückliegenden Jahr haben die zyklischen Einflussfaktoren (für Details siehe den [Abschnitt „Entwicklung der Ertragslage“](#)) zu einem Rückgang der Handelsvolumina im Derivatebereich insgesamt geführt. Aufgrund eines deutlichen Rückgangs der Aktienmarktvolatilität, insbesondere im zweiten Halbjahr 2017, sind die Handelsvolumina in Aktienindexderivaten deutlich gesunken. Der Handel mit Zinsderivaten profitierte dagegen von dem verbesserten Zinsumfeld in den USA und hat daher deutlich zugelegt – dies konnte den Rückgang in den anderen Produktgruppen jedoch nicht kompensieren. Die Gruppe Deutsche Börse geht davon aus, dass strukturelle Wachstumsfaktoren langfristig dominieren und das Handelsvolumen in allen Produktsegmenten positiv beeinflussen werden (für Details siehe den [Chancenbericht](#)). Kurzfristig würde ein positives wirtschaftliches Umfeld sowie ein Anstieg der Aktienmarktvolatilität zu einem Anstieg der Handelsvolumina, insbesondere im Bereich der Aktienindexderivate, führen und die Geldmarktpolitik, insbesondere in den USA, sich positiv auf den Handel von Zinsderivaten auswirken.

Im Prognosezeitraum wird Eurex weiter konsequent in den Ausbau des Produktangebots investieren, um von strukturellen Treibern wie Regulierung und veränderten Kundenbedürfnissen zu profitieren. Der Schwerpunkt wird dabei darin liegen, Geschäft zu gewinnen, das heute noch nicht börslich oder in einem Clearinghaus abgewickelt wird. Dies kann beispielsweise über die regulatorische Anforderung gelingen, OTC-Derivategeschäfte über eine zentrale Gegenpartei zu verrechnen. Diese ist 2016 endgültig in Kraft getreten. Die Gruppe hat 2017 bereits die ersten zusätzlichen Nettoerlöse aus diesen Investitionen im vorangegangenen Geschäftsjahr erzielt und plant diese 2018 weiter zu steigern. Mittel- bis langfristig erwartet die Gruppe zusätzliche Nettoerlöse aus dieser Initiative in bedeutendem Umfang, nicht zuletzt aufgrund des zusätzlichen Potenzials, welches sich aus der Unsicherheit über den Ausgang der laufenden Brexit-Verhandlungen und den möglicherweise daraus resultierenden Veränderungen für das Clearing von Euro-denominierten Zinsswaps ergeben könnte. Die Handelsvolumina von Commodities an der European Energy Exchange AG (EEX) sind 2017 im Wesentlichen aufgrund des Rückgangs der Volumina am deutschen Strommarkt gesunken. Dies ist vor allem auf die erhebliche Unsicherheit im Markt infolge der angekündigten Aufteilung der deutsch-österreichischen Strompreiszone zu Beginn des Jahres 2017 zurückzuführen. Vor diesem Hintergrund führte die EEX im April 2017 separate Strom-Futures für Deutschland und Österreich ein. Seit der Einführung sind die Handelsvolumina in diesen Produkten kontinuierlich gestiegen. Die neuen Produkte haben sich bis zum Ende des Jahres 2017 als neuer Benchmark für europäischen Strom etabliert. Aufgrund des anhaltend positiven Marktumfelds für den Handel mit Strom- und Gasprodukten erwartet die Gruppe für den Prognosezeitraum, dass die Geschäftsaktivität im Commodities-Sektor strukturell wieder steigen wird, u. a. durch den Gewinn von Marktanteilen zu Lasten der OTC-Energiemärkte, aber auch durch zyklisches Wachstum, wenn sich das Marktumfeld für Stromprodukte in Deutschland und Österreich weiter stabilisiert. Im Devisenhandel erwartet die Gruppe, dass die steigende Nachfrage nach Plattformen, an die mehrere Banken angebunden sind, zu einem weiteren Anstieg der Geschäftsaktivität der Devisenhandelsplattform 360T[®] führen wird. Diese hat mit der Einführung der elektronischen Handelsplattform weiter an Attraktivität gewonnen. Das Unternehmen plant im laufenden Geschäftsjahr, die Wertschöpfungskette im nun vollelektronischen Devisenhandel um das Clearing zu erweitern, um die mit der Akquisition von 360T angestrebten Umsatzsynergien zu erzielen.

Segment Xetra

Wie bereits in der Vergangenheit werden im Kassamarktsegment Xetra die Nettoerlöse auch künftig maßgeblich von der zyklischen Entwicklung der Aktienmärkte und deren Volatilität abhängen. Im Prognosezeitraum könnte auf der einen Seite eine graduelle Verbesserung des Wirtschaftswachstums und eine Verbesserung des Investorenvertrauens zu einem Anstieg der Handelsvolumina führen. Zum anderen rechnet das Unternehmen mit zumindest temporär höherer Aktienmarktvolatilität, was ebenfalls positiv für die Geschäftsentwicklung wäre.

Neben der Weiterentwicklung des Kassamarktes wird das Unternehmen auch künftig Veränderungen im wettbewerblichen Umfeld der europäischen Kassamärkte aufmerksam verfolgen. Das Unternehmen sieht sich nach wie vor gut positioniert, um Marktführer im Handel deutscher Bluechip-Aktien zu bleiben und seinen Kunden weltweit ein attraktives Spektrum von Produkten und Services für den Kassahandel in deutschen und europäischen Aktien sowie für das Aktienclearing anzubieten. Wegen des gestiegenen Wettbewerbs im Kassamarkt ist jedoch nicht auszuschließen, dass sich die Marktanteile aller Wettbewerber weiter verschieben werden.

Segment Clearstream

Das Segment Clearstream erzielt seine Nettoerlöse in erster Linie mit der Abwicklung und Verwahrung internationaler Anleihen – einem Geschäft, das im Vergleich zum Handelsgeschäft weitaus stabiler ist und den Schwankungen an den Kapitalmärkten nur in geringerem Maße unterliegt. Vor dem Hintergrund regulatorischer Anforderungen rechnet die Gruppe mit einem strukturell bedingten Anstieg der Nachfrage nach Dienstleistungen für das Sicherheiten- und Liquiditätsmanagement. Mittel- bis langfristig erwartet Clearstream wegen seines attraktiven Sicherheiten- und Liquiditätsmanagements und seiner starken Position im TARGET2-Securities (T2S)-Netzwerk einen Anstieg der Geschäftsaktivität und infolgedessen zusätzliche Nettoerlöse in bedeutendem Umfang. Nachdem sich Clearstream im Februar 2017 an T2S angebunden hat, geht die Gruppe für 2018 zunächst von einem moderaten Nettoerlösbeitrag aus. Im Prognosezeitraum wird auch die Geldmarktpolitik der Zentralbanken das Geschäft von Clearstream weiterhin beeinflussen. Aufgrund des Ankaufprogramms von Staats- und Unternehmensanleihen, das die EZB mindestens bis September 2018 weiterführen wird, kann mittelfristig von einer erhöhten Transaktionsaktivität ausgegangen werden. Gleichzeitig könnte sich dies jedoch weiter dämpfend auf die Emissionstätigkeit im Wertpapierbereich sowie das Liquiditätsmanagement auswirken. Sollte die Geldmarktpolitik wider Erwarten restriktiver werden, hätte dies positive Folgen für die Emissionstätigkeit im Wertpapierbereich, die Nutzung der Dienstleistungen im Sicherheiten- und Liquiditätsmanagement und die Nettozinserträge im Bankgeschäft. Die im Dezember 2016 initiierte und 2017 fortgeführte Zinswende in den USA wird die Nettozinserträge 2018 bei gleichem Liquiditätsbestand steigen lassen, da ein signifikanter Teil der Kundengelder in US-Dollar gehalten wird. Zudem erwartet Clearstream aufgrund der Attraktivität der Fondsdienstleistungen eine Fortsetzung des Wachstums in diesem Bereich. Clearstream deckt das gesamte Fondsportfolio – von traditionellen Investmentfonds über börsengehandelte Indexfonds (Exchange Traded Funds, ETFs) bis zu Hedgefonds ab. Da auch die Regulatoren effizientere Abwicklungs- und Verwahrösungen fordern, um höchste Sicherheit für das verwahrte Kundenvermögen zu gewährleisten, erwartet die Gruppe weitere Kundenportfolios zu gewinnen.

In Bezug auf die Kundenstruktur geht das Unternehmen weiterhin davon aus, dass sich die Konsolidierung in der Finanzbranche fortsetzen wird und sich Kunden im nationalen und internationalen Geschäft von Clearstream zusammenschließen werden. Die dann größeren Kunden würden von höheren Rabatten profitieren, was zu einem Rückgang der durchschnittlichen Entgelte führen könnte.

Die Deutsche Börse steht im Bereich der Abwicklung und Verwahrung von internationalen Anleihen in einem besonders intensiven Wettbewerb, rechnet für den Prognosezeitraum aber nicht mit größeren Auswirkungen des Wettbewerbs auf ihre Nettoerlöse bzw. einem Verlust von Marktanteilen.

Segment Market Data + Services

Ziel des Segments ist der beschleunigte Ausbau der Technologieführerschaft und der Expertise im Markt-datenbereich, indem alle entsprechenden Kräfte im Unternehmen in einer eigenen, marktorientierten Ge-schäftseinheit zusammengeführt sind. Dies soll mittel- bis langfristig ungehobene Wachstumspotenziale eröffnen.

Im Prognosezeitraum rechnet das Unternehmen mit einem weiteren Anstieg der Nettoerlöse im Bereich Market Data + Services. Diese Erwartung beruht auf der kontinuierlichen Erweiterung der Produktpalette in allen Bereichen und der zunehmenden Vermarktung dieser Produkte in Wachstumsregionen. Von dieser Entwicklung sollte insbesondere das Indexgeschäft der Gruppe profitieren. Zudem sieht die Gruppe in Anbetracht des strukturell deutlich wachsenden Marktes für passiv verwaltete Vermögen einen zusätz-lichen Wachstumstreiber, der die Nachfrage nach Indexlizenzen für ETFs weiter stärken sollte. Neben dem Vertrieb der Indexlizenzen partizipiert die Gruppe auch an wachsenden Anlagevolumina in diesen Produkten. Die Gruppe sieht sich vor diesem Hintergrund gut aufgestellt, ihre global ausgerichtete Index-palette zunehmend auch im asiatischen Markt positionieren zu können.

Zudem erwartet das Unternehmen zusätzliches Wachstum im Zuge des im Januar 2018 eingeführten Regulatory Reporting Hub. Er wurde in Zusammenarbeit mit den Kunden der Gruppe entwickelt und bietet diesen gebündelt Lösungen für deren Reportingverpflichtungen gemäß MiFID II.

Weiterentwicklung der Preismodelle

Für den Prognosezeitraum rechnet die Deutsche Börse mit anhaltendem Preisdruck in einigen ihrer Geschäftsbereiche. Das Ziel des Unternehmens ist dabei, den Preisdruck über die kontinuierliche Verbesserung der Produkte und Dienstleistungen sowie über selektive Anreize für preiselastisches Geschäft abzufedern.

Langfristig gesehen ist damit zu rechnen, dass die durchschnittlichen Nettoerlöse pro relevanter Einheit (z. B. Handels- oder Clearingentgelte pro Transaktion oder Entgelte für Verwahrdienstleistungen) in allen Bereichen der Gruppe leicht zurückgehen. Dies resultiert aus den gestaffelten Preismodellen, die bei einem Wachstum der Geschäftsaktivität der Kunden dazu führen, dass der Ertrag pro Einheit zurückgeht.

Entwicklung der nichtfinanziellen Leistungsindikatoren

Auch im Prognosezeitraum stehen zur Sicherung des gesellschaftlichen Wertbeitrags der Gruppe Deutsche Börse Initiativen zur Förderung der Transparenz und Sicherheit der Märkte im Vordergrund. Vor diesem Hintergrund erwartet das Unternehmen auch im Prognosezeitraum, dass die Verfügbarkeit der Handelssysteme für den Kassa- und Terminmarkt auf dem sehr hohen Niveau der vergangenen Jahre liegen wird.

Als Dienstleistungsunternehmen hat verantwortungsbewusstes, auf langfristige Wertschöpfung ausge-richtetes Management für die Gruppe Deutsche Börse einen hohen Stellenwert. Gerade im Hinblick auf den demografischen Wandel und den damit einhergehenden Fachkräftemangel will sich das Unterneh-men weiterhin adäquat aufstellen und setzt u. a. auf die Erhöhung des Anteils von Frauen in Führungs-positionen. Dabei bleibt die bereits 2010 durch den Vorstand verabschiedete Selbstverpflichtung, bis 2020 einen Anteil von Frauen in Führungspositionen von 20 Prozent im oberen und mittleren Manage-ment und von 30 Prozent im unteren Management zu erreichen, bestehen. Diese Zielgrößen beziehen sich auf die Gruppe Deutsche Börse (weltweit mit Tochtergesellschaften).

Zusätzlich haben Aufsichtsrat und Vorstand der Deutsche Börse AG im September 2015 im Einklang mit dem Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst beschlossen, den bisherigen Frauenanteil von 6 Prozent auf der ersten Führungsebene und 10 Prozent auf der zweiten Führungsebene für die beiden Führungsebenen unterhalb des Vorstands bis 30. Juni 2017 mindestens beizubehalten. Dieses Ziel erreichte die Deutsche Börse AG mit einem Anteil von 11 Prozent auf der ersten Führungsebene und 15 Prozent auf der zweiten Führungsebene. Daher hat sich der Vorstand der Deutsche Börse AG neue Ziele gesetzt und strebt nunmehr zum 31. Dezember 2021 einen Frauenanteil von 15 Prozent auf der ersten Führungsebene und einen Anteil von 20 Prozent auf der zweiten Führungsebene an.

Entwicklung der Finanzlage

Das Unternehmen erwartet, auch künftig einen deutlich positiven Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit zu generieren; er ist das primäre Finanzierungsinstrument der Gruppe Deutsche Börse. In Bezug auf die Liquidität rechnet die Gruppe mit zwei wesentlichen Einflussfaktoren. Zum einen plant das Unternehmen, im Prognosezeitraum rund 180 Mio. € pro Jahr auf Gruppenebene in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen zu investieren. Die Investitionen sind Bestandteil des Cashflows aus Investitionstätigkeit und sollen hauptsächlich der Neu- und Weiterentwicklung von Produkten und Dienstleistungen in den Segmenten Eurex und Clearstream dienen. Die Summe ergibt sich hauptsächlich aus Investitionen in Handelsinfrastruktur und Funktionalitäten im Bereich Risikomanagement. Zum anderen werden der Vorstand und der Aufsichtsrat der Deutsche Börse AG der Hauptversammlung im Mai 2018 vorschlagen, eine Dividende je Aktie in Höhe von 2,45 € zu zahlen. Dies würde einem Liquiditätsabfluss von rund 450 Mio. € entsprechen. Die Gruppe hat darüber hinaus angekündigt, zwei Aktienrückkaufprogramme im Umfang von jeweils 200 Mio. € durchzuführen. Das erste Programm hat die Gruppe Ende November 2017 gestartet. Es soll bis Ende Juni 2018 abgeschlossen sein. Das zweite Programm wird bis spätestens zum Jahresende 2018 durchgeführt. Darüber hinaus werden zum Zeitpunkt der Erstellung des zusammengefassten Lageberichts keine weiteren wesentlichen Einflussfaktoren auf die Liquidität der Gruppe erwartet. Aufgrund des positiven Cashflows, ausreichender Kreditlinien (für Details siehe [Erläuterung 36 des Konzernanhangs](#)) sowie ihrer flexiblen Steuerungs- und Planungssysteme geht die Gruppe wie schon in den Vorjahren von einer soliden Liquiditätsausstattung aus.

Im Rahmen des Programms zur Optimierung der Kapitalstruktur strebt die Gruppe Deutsche Börse generell eine Dividendenausschüttungsquote von 40 bis 60 Prozent des bereinigten, den Anteilseignern der Deutsche Börse AG zurechnenden Periodenüberschusses an. In den zurückliegenden Jahren mit niedrigeren Periodenüberschüssen lag die Quote am oberen Ende dieser Bandbreite, um eine stabile Dividende an die Aktionäre auszuschütten. Im Zusammenhang mit dem erwarteten Ergebniswachstum strebt das Unternehmen künftig eine Ausschüttungsquote in der Mitte der Bandbreite von 40 bis 60 Prozent an.

Vor dem Hintergrund der Wachstumsstrategie erwartet das Unternehmen, dass verfügbare Mittel künftig verstärkt in die organische, aber auch in die komplementäre externe Weiterentwicklung der Gruppe fließen. Die Aktionäre sollen jedoch weiterhin ausgewogen am Erfolg des Unternehmen partizipieren; hierzu dienen u. a. die genannten zwei Aktienrückkaufprogramme im Umfang von jeweils 200 Mio. €.

Um die starken Kreditratings auf Gruppenebene zu erhalten, strebt das Unternehmen ein Verhältnis der verzinslichen Bruttoschulden zum EBITDA von höchstens 1,5 an. Für 2018 rechnet die Gruppe damit, diesen Wert knapp zu unterschreiten, je nachdem, wie sich die Nettoerlöse entwickeln werden.

Die Muttergesellschaft Deutsche Börse AG plant im Prognosezeitraum Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen in Höhe von rund 50 bis 60 Mio. €.

Gesamtaussage des Vorstands

Der Vorstand der Deutsche Börse AG sieht das Unternehmen dank seines umfassenden Angebots entlang der Wertschöpfungskette im Wertpapierhandel und dank seiner Innovationskraft weiterhin sehr gut positioniert im internationalen Wettbewerb und rechnet vor diesem Hintergrund langfristig mit einer positiven Entwicklung der Ertragslage. Die Maßnahmen im Rahmen der Wachstumsstrategie sollen das Wachstum der Gruppe weiter beschleunigen. Die Gruppe verfolgt dabei das Ziel, agiler, effektiver und mit verstärktem Kundenfokus zu agieren und langfristig zum weltweit präferierten Marktinfrastrukturanbieter mit Spitzenposition in allen ihren Tätigkeitsfeldern zu werden. Während für den Prognosezeitraum die Unsicherheit bezüglich des Verhaltens der Kapitalmarktteilnehmer in Bezug auf die wirtschaftlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen weiterhin vorhanden ist und somit eine konkrete Prognose des zyklischen Nettoerlöswachstums nicht möglich ist, strebt die Gruppe Deutsche Börse an, die strukturellen Wachstumsfelder weiter auszubauen und deren Nettoerlösbeitrag nochmals um mindestens 5 Prozent zu steigern. Gleichzeitig plant die Gruppe für den Prognosezeitraum, die Skalierbarkeit des Geschäftsmodells zu gewährleisten. Hierzu wird der Vorstand die operativen Kosten in der Form proaktiv steuern, dass der den Anteilseignern der Deutsche Börse AG zuzurechnende Periodenüberschuss stärker wächst als die Nettoerlöse. Es wird hierbei im Prognosezeitraum mit einem jährlichen Wachstum (ohne Einmal-effekte) von mindestens 10 Prozent gerechnet. Insgesamt geht der Vorstand auf dieser Basis von einem deutlich positiven Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit und damit wie schon in den Vorjahren von einer soliden Liquiditätsausstattung aus. Die Gesamtaussage des Vorstands gilt für den Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses zusammengefassten Lageberichts.

Deutsche Börse AG (Erläuterungen auf Basis des HGB)

Der Jahresabschluss der Deutsche Börse AG wird im Gegensatz zum Konzernabschluss nicht nach den International Financial Reporting Standards (IFRS), sondern nach den Regeln des deutschen Handelsgesetzbuches (HGB) sowie den ergänzenden Regelungen des Aktiengesetzes (AktG) aufgestellt.

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Allgemeine Lage der Gesellschaft

Die Deutsche Börse AG ist die Muttergesellschaft der Gruppe Deutsche Börse. Ihre Geschäftsaktivitäten umfassen vor allem den Betrieb des Kassa- und Terminmarktes sowie die Bereiche Informationstechnologie und Market Data + Services. Die Entwicklung des Segments Clearstream spiegelt sich in der wirtschaftlichen Entwicklung der Deutsche Börse AG überwiegend aufgrund des Ergebnisabführungsvertrags mit der Clearstream Holding AG wider. Vor diesem Hintergrund entsprechen das Geschäft und die Rahmenbedingungen der Deutsche Börse AG im Wesentlichen denen der Gruppe Deutsche Börse. Diese werden im [§ 2](#) Abschnitt „Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen“ beschrieben.

Überblick über den Geschäftsverlauf der Deutsche Börse AG im Berichtsjahr

Die Umsatzerlöse stiegen im Geschäftsjahr 2017 um 4 Prozent, lagen damit aber leicht unter den Erwartungen des Unternehmens. Gleichzeitig sind die Gesamtkosten (Personalaufwand, Abschreibung auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen sowie sonstige betriebliche Aufwendungen) gesunken. Dies lag hauptsächlich an der Internalisierung von externen Beratern und geringeren Kosten für Beratungsleistungen, nachdem das Vorjahr durch hohe Beratungskosten für den geplanten Zusammenschluss mit der London Stock Exchange Group geprägt war. Der Jahresüberschuss konnte deutlich gesteigert werden, u. a. bedingt durch den Erlös aus der Veräußerung der Anteile an der Eurex Zürich AG an die Eurex Global Derivatives AG und die höheren Dividenden, die Tochterunternehmen an die Deutsche Börse AG gezahlt haben. Er lag damit über den Erwartungen des Unternehmens. Vor diesem Hintergrund beurteilt der Vorstand der Deutsche Börse AG die Entwicklung im Geschäftsjahr 2017 als zufriedenstellend.

Ertragslage der Deutsche Börse AG

Die Umsatzerlöse der Deutsche Börse AG sind im Jahr 2017 um 4 Prozent auf 1.348,0 Mio. € gestiegen (2016: 1.300,2 Mio. €). Trotz des leichten Rückgangs im Vergleich zum Vorjahr lieferte das Segment Eurex den größten Beitrag zum Umsatz mit 792,2 Mio. € (2016: 799,4 Mio. €). Wie sich diese Erlöse auf die Segmente der Gesellschaft verteilen, zeigt die [Tabelle „Umsatzerlöse nach Segmenten“](#).

Zur Entwicklung des Terminmarktsegments Eurex wird grundsätzlich auf den [Abschnitt „Segment Eurex“](#) verwiesen. Abweichungen zu den Ausführungen im oben genannten Abschnitt sind im Wesentlichen darin begründet, dass die Entwicklung des Energiemarktes (EEX-Gruppe) und des Devisenmarktes (360T-Gruppe) das Geschäft der Deutsche Börse AG nicht direkt betreffen. Die Ertragslage im Segment Market Data + Services ist grundsätzlich im [Abschnitt „Segment Market Data + Services“](#) erläutert. Zu beachten ist hierbei, dass vor allem die Geschäftsentwicklung des Tochterunternehmens STOXX Ltd. keine direkte Auswirkung auf den Geschäftsverlauf der Deutsche Börse AG hat. Erläuterungen zur Geschäftsentwicklung im Segment Xetra lassen sich weitestgehend aus den Ausführungen im [Abschnitt „Segment Xetra“](#) entnehmen. Die Umsatzerlöse, die auf das Segment Clearstream entfallen, resultieren aus IT-Dienstleistungen, die die Deutsche Börse AG für Unternehmen aus dem Konzern der Clearstream Holding AG erbringt.

Geschäftszahlen der Deutsche Börse AG

	2017 Mio. €	2016 Mio. €	Veränderung %
Umsatzerlöse	1.348,0	1.300,2	4
Gesamtkosten	915,2	946,1	-3
Beteiligungsergebnis	346,6	289,9	20
EBITDA	887,8	739,8	20
Jahresüberschuss	615,7	553,2	11
Ergebnis je Aktie (€)	3,30 ¹⁾	2,96 ¹⁾	11

Umsatzerlöse nach Segmenten

	2017 Mio. €	2016 Mio. €	Veränderung %
Eurex	792,2	799,4	-1
Market Data + Services	260,0	275,8	-6
Xetra	193,7	175,8	10
Clearstream	102,1	49,2	108
Summe	1.348,0	1.300,2	4

1) Berechnung auf Basis des gewichteten Durchschnitts der Aktien in Umlauf

Die sonstigen betrieblichen Erträge stiegen im Berichtsjahr auf 182,8 Mio. € (2016: 149,1 Mio. €). Der Anstieg resultiert insbesondere aus den Erlösen aus der Veräußerung der Anteile an der Eurex Zürich AG an die Eurex Global Derivatives AG in Höhe von 139,5 Mio. €. Im Vorjahr resultierte aus der Veräußerung der International Securities Exchange Holdings ein Gewinn in Höhe von 99,0 Mio. €.

Die Gesamtkosten der Gesellschaft lagen mit 915,2 Mio. € um 3 Prozent unter den Kosten des Vorjahres (2016: 946,1 Mio. €). Die Gesamtkosten waren im Vorjahr insbesondere durch Aufwendungen in Höhe von 65,8 Mio. € im Zusammenhang mit dem geplanten Zusammenschluss mit der London Stock Exchange Group belastet. Ihre Zusammensetzung ist der [Tabelle „Überblick Gesamtkosten“](#) zu entnehmen. Der Personalaufwand ist im Berichtsjahr im Vergleich zum Vorjahr um 12 Prozent auf 225,9 Mio. € (2016: 201,8 Mio. €) gestiegen. Ursächlich hierfür ist ein Anstieg der Mitarbeiterzahl von durchschnittlich 1.118 auf 1.368 im Geschäftsjahr 2017.

Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen sind im Berichtsjahr auf 37,3 Mio. € (2016: 24,3 Mio. €) gestiegen. Der Anstieg resultiert aus der Verschmelzung der Finnovation Software GmbH auf die Deutsche Börse AG mit Wirkung zum 1. Oktober 2017. Dadurch nahm der Wert der immateriellen Vermögensgegenstände deutlich auf 126,6 Mio. € zu (2016: 12,3 Mio. €). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sanken im Vergleich zum Vorjahr um 9 Prozent auf 652,1 Mio. € (2016: 720,0 Mio. €). Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus niedrigeren Beratungsaufwendungen in Höhe von 133,6 Mio. € (2016: 199,5 Mio. €), die im Vorjahr v. a. im Zusammenhang mit dem geplanten Zusammenschluss mit der London Stock Exchange Group entstanden waren.

Das Beteiligungsergebnis der Deutsche Börse AG im Geschäftsjahr 2017 betrug 346,6 Mio. € (2016: 289,9 Mio. €). Es umfasst neben den Erträgen aus der Veräußerung von Beteiligungen (139,5 Mio. €) insbesondere Dividendenerträge (129,7 Mio. €) sowie Erträge aus der Gewinnabführung der Clearstream Holding AG (84,7 Mio. €).

Im Geschäftsjahr hat die Deutsche Börse AG ihren 50-prozentigen Anteil an der Eurex Zürich AG an die Eurex Global Derivatives AG zu einem Kaufpreis in Höhe von 308,4 Mio. € veräußert; hieraus resultierte ein Veräußerungsgewinn in Höhe von 139,5 Mio. €. Im Vorjahr wurde im Rahmen der Veräußerung der Anteile an der International Securities Exchanges Holdings, Inc. (ISE) Erträge in Höhe von 99,0 Mio. € erzielt. Der Anstieg der Dividendenerträge auf 129,7 Mio. € (2016: 37,3 Mio. €) resultiert insbesondere aus einer höheren Ausschüttung der STOXX Ltd. (2017: 56,9 Mio. €; 2016: 34,5 Mio. €) und der Dividende der Deutsche Boerse Systems Inc. für das Geschäftsjahr 2017 in Höhe von 54,5 Mio. € (2016: null). Dagegen hat sich die Gewinnabführung der Clearstream Holding AG von 167,2 Mio. € im Geschäftsjahr 2016 auf 84,7 Mio. € verringert.

Das Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibung (EBITDA) erhöhte sich auf 887,8 Mio. € (2016: 739,8 Mio. €). Der Jahresüberschuss betrug 615,7 Mio. € und erhöhte sich um 11 Prozent (2016: 553,2 Mio. €).

Entwicklung der Rentabilität

Die Eigenkapitalrentabilität der Deutsche Börse AG stellt das Verhältnis des Ergebnisses nach Steuern zum Eigenkapital dar, das der Gesellschaft 2017 durchschnittlich zur Verfügung stand. Sie hat sich gegenüber 2016 aufgrund des gestiegenen Ergebnisses von 21 Prozent auf 24 Prozent erhöht.

Finanzlage der Deutsche Börse AG

Zum Bilanzstichtag am 31. Dezember 2017 beliefen sich die liquiden Mittel auf 912,0 Mio. € (2016: 935,4 Mio. €) und enthielten den Kassenbestand, Bankguthaben in laufender Rechnung sowie Festgelder.

Die Gesellschaft hat Dividenden in Höhe von insgesamt 129,7 Mio. € erhalten (2016: 37,3 Mio. €). Der Anstieg ist v. a. durch die höhere Dividendenausschüttung der STOXX Ltd. und der Wiederaufnahme der Dividendenausschüttung der Deutsche Boerse Systems Inc. im Jahr 2017 begründet.

Die Deutsche Börse AG verfügt über externe Kreditlinien in Höhe von 605,0 Mio. € (2016: 605,0 Mio. €), die zum 31. Dezember 2017 nicht in Anspruch genommen waren. Zudem verfügt die Gesellschaft über ein Commercial Paper-Programm, das flexible und kurzfristige Finanzierungsmöglichkeiten von bis zu 2,5 Mrd. € in verschiedenen Währungen ermöglicht. Zum Jahresende waren keine Commercial Paper im Umlauf.

Die Deutsche Börse AG gewährleistet über ein konzernweites Cash-Pooling-Verfahren eine optimale Allokation der Liquidität innerhalb der Gruppe Deutsche Börse und sorgt so dafür, dass alle Tochterunternehmen jederzeit in der Lage sind, ihre Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen.

Die Deutsche Börse AG hat drei Unternehmensanleihen mit einem Nominalvolumen von jeweils 600 Mio. € und eine Unternehmensanleihe mit einem Nominalvolumen von 500 Mio. € begeben. Für weitere Details zu den Anleihen wird auf den [Abschnitt „Finanzlage“](#) verwiesen. Darüber hinaus hat sie im Zusammenhang mit konzerninternen Umstrukturierungen im Jahr 2014 Darlehen in Höhe von 375,6 Mio. € von verbundenen Unternehmen aufgenommen; diese wurden im Geschäftsjahr 2017 zurückgeführt.

Die Deutsche Börse AG erzielte im Geschäftsjahr 2017 einen Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit in Höhe von 700,1 Mio. € (2016: 156,4 Mio. €). Der Anstieg ist insbesondere auf die höheren Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen und den erhöhten Jahresüberschuss zurückzuführen.

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit belief sich auf 688,8 Mio. € (2016: 141,4 Mio. €). Die Steigerung hängt v. a. mit der Herabsetzung des Kapitals an der Eurex Frankfurt AG (435,0 Mio. €) und dem Verkauf von Anteilen an der Eurex Zürich AG (308,4 Mio. €) zusammen.

Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit betrug im Berichtsjahr –835,0 Mio. € (2016: –697,9 Mio. €). Neben der Zahlung der Dividende für das Geschäftsjahr 2016 in Höhe von 439,0 Mio. € zahlte das Unternehmen Darlehen in Höhe von 375,6 Mio. € zurück. Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2017 belief

Überblick Gesamtkosten

	2017 Mio. €	2016 Mio. €	Veränderung %
Personalaufwand	225,9	201,8	12
Abschreibung	37,3	24,3	53
Sonstige betriebliche Aufwendungen	652,1	720,0	–9
Summe	915,3	946,1	–3

Kapitalflussrechnung (Kurzfassung)

	2017 Mio. €	2016 Mio. €
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	700,1	156,4
Cashflow aus Investitionstätigkeit	688,8	141,4
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	–835,0	–697,9
Finanzmittelbestand zum 31. Dezember	–297,1	–1.006,8

sich der Finanzmittelbestand auf –297,1 Mio. € (2016: –1.006,8 Mio. €). Er setzt sich zusammen aus liquiden Mitteln in Höhe von 912,0 Mio. € (2016: 935,4 Mio. €), abzüglich Verbindlichkeiten aus dem Cash-Pooling in Höhe von 1.209,1 Mio. € (2016: 1.942,2 Mio. €).

Vermögenslage der Deutsche Börse AG

Zum 31. Dezember 2017 betrug das Anlagevermögen der Deutsche Börse AG 5.509,9 Mio. € (2016: 6.141,2 Mio. €). Der größte Teil mit 5.235,7 Mio. € entfiel auf Anteile an verbundenen Unternehmen (2016: 6.001,8 Mio. €), hauptsächlich aus der Beteiligung an der Clearstream Holding AG sowie der Beteiligung an der Eurex Frankfurt AG. Die Anteile an verbundenen Unternehmen sanken um 766,1 Mio. €, hauptsächlich aufgrund einer Herabsetzung des Kapitals an der Eurex Frankfurt AG (435,0 Mio. €).

Die Investitionen der Deutsche Börse AG in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen betrugen im Berichtsjahr 155,2 Mio. € (2016: 41,6 Mio. €). Der Anstieg geht hauptsächlich zurück auf die Verschmelzung mit der Finnovation Software GmbH, bei der Vermögensgegenstände in Höhe von 120,0 Mio. € auf die Deutsche Börse AG übertragen wurden. Die Abschreibungen beliefen sich auf 37,3 Mio. € (2016: 24,3 Mio. €). Der Anstieg resultiert ebenfalls aus der Verschmelzung mit der Finnovation Software GmbH und den dadurch gestiegenen Vermögenswerten.

Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen enthalten die Abrechnungen für konzerninterne Leistungen und die Beträge, die im Rahmen von Cash-Pooling-Vereinbarungen durch die Deutsche Börse AG angelegt werden. Forderungen gegen verbundene Unternehmen bestehen hauptsächlich aufgrund des bestehenden Gewinnabführungsvertrags mit der Clearstream Holding AG; sie belaufen sich auf 84,7 Mio. € (2016: 167,2 Mio. €). Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen resultieren vornehmlich aus dem Cash-Pooling in Höhe von 1.209,1 Mio. € (2016: 1.942,2 Mio. €) und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 52,3 Mio. € (2016: 82,1 Mio. €).

Die Deutsche Börse AG vereinnahmt die Entgelte für einen Großteil ihrer Dienstleistungen unmittelbar nach Monatsende, sodass die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen zum Jahresende 136,7 Mio. € betragen (2016: 157,1 Mio. €).

Das Betriebskapital (Working Capital) belief sich im Berichtsjahr 2017 auf –1.844,7 Mio. € (2016: –2.064,0 Mio. €). Die Veränderung ist hauptsächlich auf einen Rückgang der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen zurückzuführen.

Anlagevermögen (Kurzfassung)

	2017	2016
	Mio. €	Mio. €
Immaterielle Vermögensgegenstände	126,7	12,3
Sachanlagen	68,8	66,3
Finanzanlagen	5.314,4	6.062,6
Anlagevermögen zum 31. Dezember	5.509,9	6.141,2

Mitarbeiter nach Ländern/Regionen

	31.12.2017	%
Deutschland	1.353	96,9
Großbritannien	31	2,2
Frankreich	5	0,4
Restliches Europa	5	0,4
Asien	1	0,1
Summe Deutsche Börse AG	1.395	100

Mitarbeiter der Deutsche Börse AG

Im Berichtsjahr stieg die Zahl der Mitarbeiter der Deutsche Börse AG um 263 und lag zum 31. Dezember 2017 bei 1.395 (31. Dezember 2016: 1.132 Mitarbeiter). Im Durchschnitt des Geschäftsjahres 2017 waren 1.368 Mitarbeiter für die Deutsche Börse AG tätig (2016: 1.118).

Im Verlauf des Geschäftsjahres 2017 haben 56 Mitarbeiter die Deutsche Börse AG verlassen; damit lag die Fluktuationsrate bei 4 Prozent.

Die Deutsche Börse AG beschäftigte zum 31. Dezember 2017 Mitarbeiter an sieben Standorten weltweit. Angaben zu den Ländern/Regionen, der Altersstruktur und der Betriebszugehörigkeit sind den Tabellen auf dieser und der vorherigen Seite zu entnehmen.

Zum 31. Dezember 2017 betrug die Akademikerquote in der Deutsche Börse AG 76 Prozent. Die Quote ergibt sich aus der Anzahl der Mitarbeiter mit einem Abschluss an einer Universität, Fachhochschule oder einer Berufsakademie sowie der Mitarbeiter, die ein Auslandsstudium absolviert haben. Insgesamt investierte das Unternehmen im Jahr 2017 je Mitarbeiter durchschnittlich 3,2 Tage in die Weiterbildung.

Vergütungsbericht der Deutsche Börse AG

Die Grundsätze zur Struktur und Ausgestaltung des Vergütungssystems entsprechen denen der Gruppe Deutsche Börse, sodass auf den [Vergütungsbericht](#) verwiesen wird.

Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289f HGB

Die Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289f HGB entspricht jener der Gruppe Deutsche Börse, sodass auf den Abschnitt ["Zusammengefasste Erklärung zur Unternehmensführung und Corporate Governance-Bericht"](#) verwiesen wird.

Altersstruktur der Mitarbeiter

	31.12.2017	%
Unter 30 Jahre	151	11
30 bis 39 Jahre	398	29
40 bis 49 Jahre	424	30
Über 50 Jahre	422	30
Summe Deutsche Börse AG	1.395	100

Betriebszugehörigkeit der Mitarbeiter

	31.12.2017	%
Unter 5 Jahre	629	45
5 bis 15 Jahre	291	21
Über 15 Jahre	475	34
Summe Deutsche Börse AG	1.395	100

Chancen und Risiken der Deutsche Börse AG

Die Chancen und Risiken der Deutsche Börse AG, sowie die Maßnahmen und Prozesse zum Umgang mit diesen Risiken und Chancen entsprechen im Wesentlichen denen der Gruppe Deutsche Börse, so dass auf den [Risikobericht](#) und den [Chancenbericht](#) verwiesen wird. An den Chancen und Risiken ihrer Beteiligungen und Tochterunternehmen partizipiert die Deutsche Börse AG grundsätzlich entsprechend ihrer Beteiligungsquote. Existenzgefährdende Risiken, die das Tochterunternehmen Eurex Clearing AG betreffen, haben durch eine Patronatserklärung, die die Deutsche Börse AG abgegeben hat, einen direkten Einfluss auf die Deutsche Börse AG. Zum Bilanzstichtag lagen keine existenzgefährdenden Risiken vor. Zu weiteren Ausführungen hinsichtlich der Patronatserklärung gegenüber der Eurex Clearing AG wird auf den [Abschnitt „Sonstige finanzielle Verpflichtungen und nicht in der Bilanz enthaltene Geschäfte“](#) im Anhang zum Jahresabschluss der Deutsche Börse AG verwiesen.

Die gemäß § 289 Abs. 4 HGB geforderte Beschreibung des internen Kontrollsystems (IKS) erfolgt im [Abschnitt „Konzernsteuerung“](#).

Prognosebericht der Deutsche Börse AG

Die voraussichtliche Geschäftsentwicklung der Deutsche Börse AG unterliegt im Wesentlichen den gleichen Einflüssen wie die der Gruppe Deutsche Börse. Erläuterungen hierzu sowie quantitative Aussagen zur Deutsche Börse AG sind im [Prognosebericht](#) enthalten.

Vergütungsbericht

Dieser Vergütungsbericht erläutert die Grundsätze des Vergütungssystems für den Vorstand der Deutsche Börse AG und beschreibt Struktur und Höhe der Vorstandsvergütung. Des Weiteren werden die Grundsätze und die Höhe der Aufsichtsratsvergütung beschrieben. Der Vergütungsbericht ist Bestandteil des zusammengefassten Lageberichts und folgt den Anforderungen des Handelsgesetzbuches (HGB) bzw. der International Financial Reporting Standards (IFRS) und des Deutschen Rechnungslegungs Standards (DRS) 17. Zudem entspricht er nahezu vollständig den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK); für Details hierzu siehe das [Kapitel „Zusammengefasste Erklärung zur Unternehmensführung und Corporate Governance Bericht“](#). Der Vergütungsbericht gliedert sich in die beiden Teile „Vergütungssystem und Gesamtbezüge für den Vorstand“ sowie „Aufsichtsratsvergütung“.

Vergütungssystem und Gesamtbezüge für den Vorstand

Grundlagen und Ziele

Mit Wirkung zum 1. Januar 2016 hat der Aufsichtsrat ein neues System zur Vergütung der Vorstandsmitglieder beschlossen. Die Hauptversammlung billigte dieses System am 11. Mai 2016 gemäß § 120 Abs. 4 Aktiengesetz (AktG). Im Berichtsjahr vorgenommene Anpassungen am Vergütungssystem werden in den [Abschnitten „Grundlagen des PSP und Bewertung der Zielerreichung für die Performance Shares“](#), [„Automatisierter Aktienwerb zur Erfüllung der Planbedingungen sowie der Share Ownership Guidelines“](#) und [„Betragsmäßige Begrenzung der Gesamtvergütung“](#) erläutert.

Drei zentrale Leitlinien bilden die Grundlage für das Vergütungssystem: Erstens legen eine ausgeprägte Performance-Orientierung und hohe Leistungsdifferenzierung durch ambitionierte interne und externe Zielsetzungen den Fokus auf das überdurchschnittliche Wachstum des Unternehmens. Zweitens vermeiden mehrjährige Bemessungsgrundlagen, Nachhaltigkeitskomponenten und zeitlich gestreckte Auszahlungen Anreize zum Eingehen unverhältnismäßiger Risiken. Drittens zielt das Vergütungssystem auf eine starke Aktienkultur ab und trägt so zur Angleichung der Interessen von Aktionären, Management und weiterer Stakeholder bei.

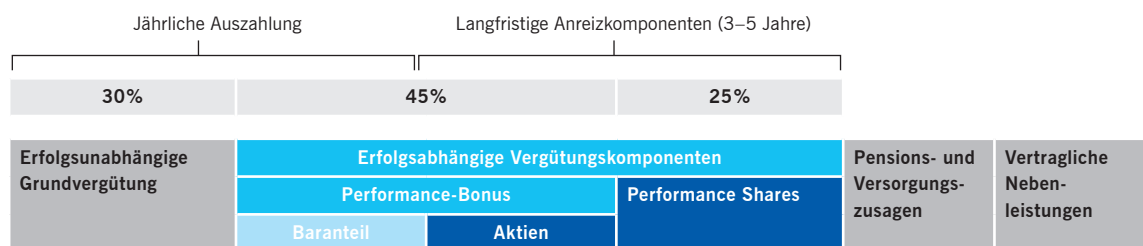
Die Vergütung des Vorstands wird vom gesamten Aufsichtsrat festgelegt, wobei der Personalausschuss die Entscheidung des Aufsichtsrats vorbereitet. Mit Wirkung zum 3. Januar 2018 wurden der Nominierungsausschuss und der Personalausschuss zu einem gemeinsamen Ausschuss zusammengefasst. Die Aufgaben des bisherigen Personalausschusses wurden dem Nominierungsausschuss übertragen. Der Aufsichtsrat überprüft regelmäßig – spätestens alle zwei Jahre – die Angemessenheit der Vorstandsvergütung. Er berücksichtigt dabei auch das Verhältnis der Vorstandsvergütung zur Vergütung des oberen Führungskreises und der Belegschaft insgesamt sowie die zeitliche Entwicklung der verschiedenen Gehaltsstufen. Das Vergütungssystem gilt für alle Mitglieder des Vorstands gleichermaßen.

Struktur und Vergütungskomponenten

Das System der Vergütung für die Vorstandsmitglieder besteht aus vier Komponenten:

- Erfolgsunabhängige Grundvergütung
- Erfolgsabhängige Vergütungskomponenten
- Vertragliche Nebenleistungen
- Pensions- und Versorgungszusagen

Zusammensetzung der Gesamtzielvergütung



% = Anteil an der Gesamtzielvergütung

■ Erfolgsunabhängige Komponente (Barvergütung)

■ Erfolgsabhängige Komponente (Barvergütung)

■ Erfolgsabhängige Komponente (aktienbasierte Vergütung)

Zudem gelten Aktienhaltevorschriften (sog. Share Ownership Guidelines), welche die Vorstandsmitglieder dazu verpflichten, für die Dauer ihrer Bestellung einen substantiellen Betrag in Aktien der Deutsche Börse AG zu halten.

Die einzelnen Komponenten der Vorstandsvergütung werden im Folgenden detailliert beschrieben.

Erfolgsunabhängige Grundvergütung

Die Mitglieder des Vorstands erhalten ein festes Grundgehalt, das monatlich in zwölf gleichen Teilbeträgen ausbezahlt wird. Diese erfolgsunabhängige Vergütung umfasst ca. 30 Prozent der Gesamtzielvergütung eines Jahres.

Erfolgsabhängige Vergütungskomponenten

Die erfolgsabhängige Vergütung umfasst ca. 70 Prozent der Gesamtzielvergütung eines Jahres. Sie gliedert sich in einen Performance-Bonus sowie Performance-Aktien (Performance Shares).

Performance-Bonus

Der Performance-Bonus wird auf Basis des Performance Bonus Plan (PBP) bewertet. Er beträgt rund zwei Drittel der erfolgsabhängigen Vergütung und ca. 45 Prozent der Gesamtzielvergütung. Der Performance-Bonus besteht zu gleichen Teilen aus einem aktienbasierten Anteil (aktienbasierter Performance-Bonus) und aus einem Baranteil.

Performance Shares

Die Performance Shares werden im Rahmen des sog. Performance Share Plan (PSP) bewertet und zugeteilt. Sie berücksichtigen die Wertentwicklung der Deutsche Börse-Aktie über einen fünfjährigen Performance-Zeitraum, weshalb der Auszahlungszeitpunkt ausgehend vom Berichtsjahr in der Zukunft liegt. Die Performance Shares betragen rund ein Drittel der erfolgsabhängigen Vergütung und ca. 25 Prozent der Gesamtzielvergütung.

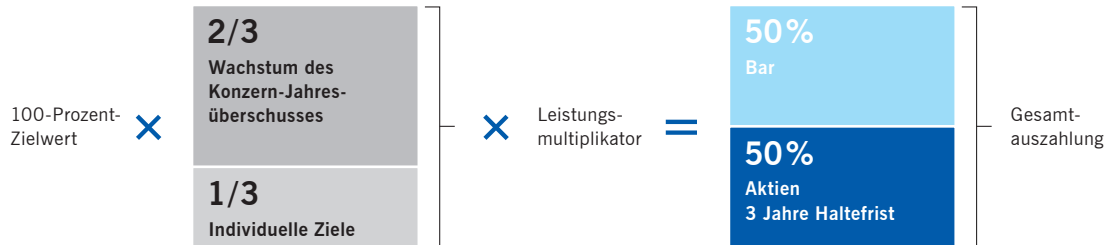
Im Folgenden werden die Kriterien beschrieben, anhand derer der Aufsichtsrat die Zielerreichung der einzelnen Vorstandsmitglieder bewertet. Sie bilden die Grundlage für die Ermittlung der Höhe des jeweiligen Performance-Bonus wie auch für Anzahl und Wert der Performance Shares.

Grundlagen des PBP und Bewertung der Zielerreichung für den Performance-Bonus

Die Zielerreichung für den Performance-Bonus wird auf Basis des PBP über ein Geschäftsjahr ermittelt. Das zugrunde liegende Bewertungsverfahren basiert auf zwei Komponenten: Zu zwei Dritteln berücksichtigt es das Wachstum des Periodenüberschusses, der den Anteilseignern der Deutsche Börse AG für das entsprechende Vergütungsjahr zuzuordnen ist, (im Folgenden Konzern-Jahresüberschuss) und zu einem Drittel die individuellen Leistungen der Vorstandsmitglieder.

Hat der Aufsichtsrat die Gesamtzielerreichung aus diesen beiden Komponenten ermittelt, kann er sie abschließend bewerten und mittels eines Leistungsmultiplikators individuell, aber auch für den Vorstand als Ganzes anpassen. Der gesamte Performance-Bonus wird spätestens mit dem regulären Gehaltslauf für den Kalendermonat, der auf die Billigung des Konzern-Jahresabschlusses der Deutsche Börse AG folgt, in bar ausgezahlt. Die Vorstandsmitglieder sind dazu verpflichtet, 50 Prozent der Gesamtauszahlung nach Steuern in Aktien der Deutsche Börse AG zu investieren und diese für mindestens drei Jahre zu halten. Weitere Details zum Prozess des Aktienerwerbs finden Sie im [Abschnitt „Automatisierter Aktienerwerb zur Erfüllung der Planbedingungen sowie der Share Ownership Guidelines“](#).

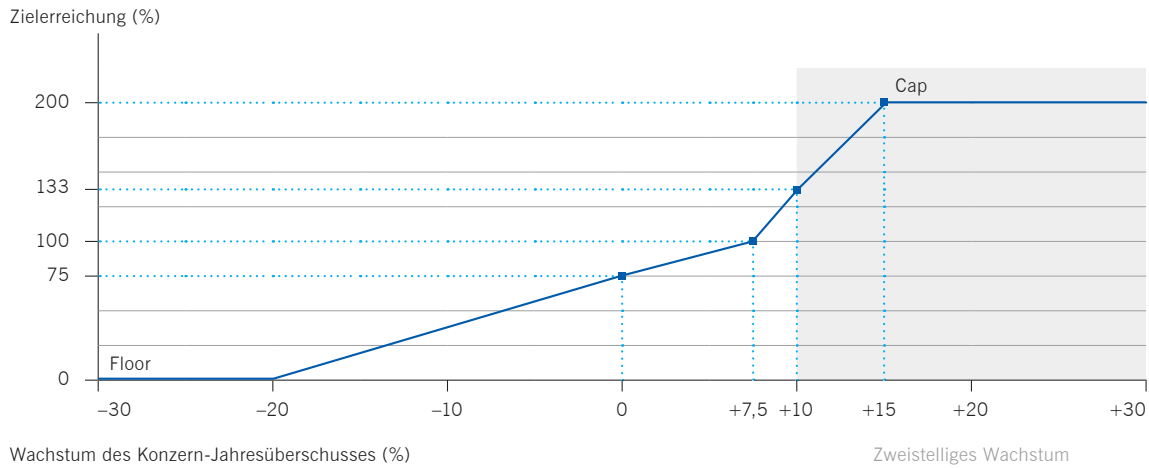
Übersicht über den Performance-Bonus



Bewertung des Wachstums des Konzern-Jahresüberschusses

Das Wachstum des Konzern-Jahresüberschusses ergibt sich budgetunabhängig durch den Vergleich des Konzern-Jahresüberschusses des Vergütungsjahres mit demjenigen des Vorjahres. Die Zielerreichung kann zwischen 0 und 200 Prozent betragen: Ein Rückgang des Konzern-Jahresüberschusses von 20 Prozent und mehr entspricht einer Zielerreichung von 0 Prozent (sog. Floor). Ein stabiler, d. h. dem Vorjahr gegenüber unveränderter Konzern-Jahresüberschuss bedeutet eine Zielerreichung von 75 Prozent. Eine Zunahme des Konzern-Jahresüberschusses in Höhe von 7,5 Prozent kommt einer Zielerreichung von 100 Prozent gleich. Ein Wachstum des Konzern-Jahresüberschusses von 15 Prozent und mehr entspricht einer Zielerreichung von 200 Prozent (sog. Cap). Somit wird ein Wachstum des Konzern-Jahresüberschusses im Bereich zwischen 7,5 und 15 Prozent aufgrund einer steiler ansteigenden Zielerreichungskurve stärker incentiviert ([☞ Grafik „Bewertung des Konzern-Jahresüberschusses für den Performance-Bonus“](#)).

Bewertung des Konzern-Jahresüberschusses für den Performance-Bonus



Bewertung der individuellen Zielerreichung

Die individuellen Erfolgsziele legt der Aufsichtsrat zum Anfang eines Geschäftsjahres für jedes Vorstandsmitglied fest. Sie berücksichtigen generelle Ziele bezogen auf die Unternehmensstrategie sowie Ziele mit besonderer Bedeutung für die einzelnen Vorstandsbereiche (z.B. bezogen auf Finanzkennzahlen, Kunden, Mitarbeiter, Kontrollsysteme). Nach Abschluss des jeweiligen Vergütungsjahres bewertet der Aufsichtsrat die Zielerreichung für jedes Vorstandsmitglied. Wie für den Zielerreichungsgrad im Hinblick auf das Wachstum des Konzern-Jahresüberschusses sind auch in Bezug auf die individuellen Ziele eine Untergrenze von 0 Prozent und eine Obergrenze von 200 Prozent definiert.

Festlegung des Leistungsmultiplikators

Der Leistungsmultiplikator für den Performance-Bonus ermöglicht dem Aufsichtsrat, beispielsweise bei Fusionen, Übernahmen oder Veräußerungen den Grad der Verwässerung des Eigenkapitals oder das Erreichen qualitativer oder quantitativer Ziele (v. a. Integrationskennzahlen) in die abschließende Bewertung der Gesamtzielerreichung einfließen zu lassen. Der Leistungsmultiplikator liegt zwischen mind. 0,8 und max. 1,2 und wird mit dem Leistungsergebnis des Performance-Bonus unter Berücksichtigung der Obergrenze von 200 Prozent multipliziert.

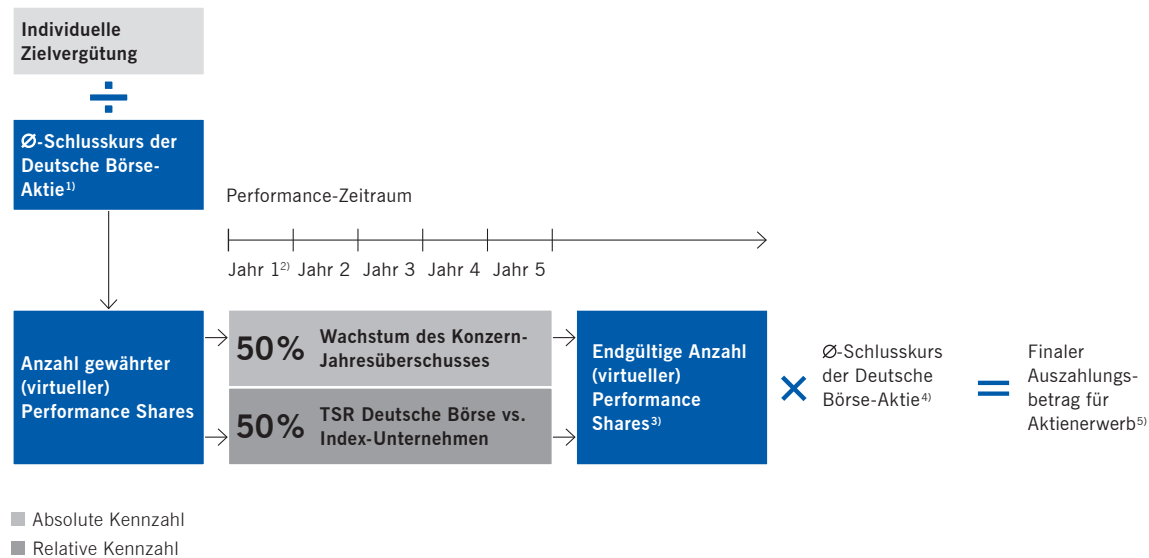
Grundlagen des PSP und Bewertung der Zielerreichung für die Performance Shares

Der PSP stellt jedem Vorstandsmitglied zu Beginn eines jeden Geschäftsjahres eine Anzahl von sog. Performance Shares in Aussicht. Die Anzahl dieser anfänglichen (virtuellen) Performance Shares wird ermittelt, indem der Eurobetrag der jeweiligen individuellen Zielvergütung durch den durchschnittlichen Xetra®-Schlusskurs der Deutsche Börse-Aktie im letzten Kalendermonat vor Beginn der Performance-Periode (Zeitwert der Performance Shares) dividiert wird. Nach Ablauf eines fünfjährigen Performance-Zeitraums wird die Zielerreichung in Bezug auf die Performance Shares ermittelt. Die Bewertung erfolgt anhand zweier Komponenten: zum einen auf Basis des Wachstums des Konzern-Jahresüberschusses über fünf Jahre und zum anderen anhand der Entwicklung der Aktienrendite (Total Shareholder Return, TSR) der Deutsche Börse-Aktie im Vergleich zum TSR des branchenspezifischen Index STOXX® Europe 600 Financials im gleichen Zeitraum. Die endgültige Anzahl der virtuellen Performance Shares wird mit dem durchschnittlichen Xetra-Schlusskurs der Deutsche Börse-Aktie im letzten Kalendermonat vor Ende der Performance-Periode multipliziert. Diese Multiplikation ergibt den Auszahlungsbetrag für den Erwerb der handelbaren Aktien (unter Berücksichtigung der während der Performance-Periode pro Aktie gezahlten Dividenden). Mit Wirkung zum 1. Januar 2017 wurden die Regelungen zur Fälligkeit des Auszahlungsbetrags angepasst. Der Auszahlungsbetrag wird nun grundsätzlich in drei gleich großen Tranchen fällig: Die erste Tranche wird spätestens mit dem regulären Gehaltslauf für den Kalendermonat, der auf die Billigung des Konzern-Jahresabschlusses der Deutsche Börse AG nach Ende der jeweiligen Performance-Periode folgt, fällig; die zweite und dritte Tranche zu den entsprechenden Zeitpunkten in den beiden jeweiligen Folgejahren nach Auszahlung der ersten Tranche. Die Vorstandsmitglieder sind dazu verpflichtet, den jeweiligen Auszahlungsbetrag nach Steuern in Aktien der Deutsche Börse AG zu investieren. Weitere Details zum Prozess des Aktienerwerbs finden Sie im [Abschnitt „Automatisierter Aktienerwerb zur Erfüllung der Planbedingungen sowie der Share Ownership Guidelines“](#).

Der PSP ist in zweifacher Hinsicht variabel:

- Die erste Variable ist die Anzahl der Performance Shares. Sie ergibt sich aus der Entwicklung des Wachstums des Konzern-Jahresüberschusses und des TSR der Deutsche Börse-Aktie im Vergleich zum TSR des Referenzindex jeweils über fünf Jahre. Dabei ist die maximale Anzahl der Performance Shares auf 250 Prozent der Performance Shares, die zu Beginn der Performance-Periode ermittelt wurden, begrenzt.
- Die zweite Variable stellt die Entwicklung des Aktienkurses und der Dividende im Verlauf der Performance-Periode dar. Der Aktienkurs ist dabei nicht begrenzt.

Grundlagen des Performance Share Plan (PSP)



1) Im letzten Kalendermonat vor Beginn der Vesting Period

2) Jahr der Gewährung der Performance Shares

3) Kappung bei 250 Prozent der gewährten Anzahl

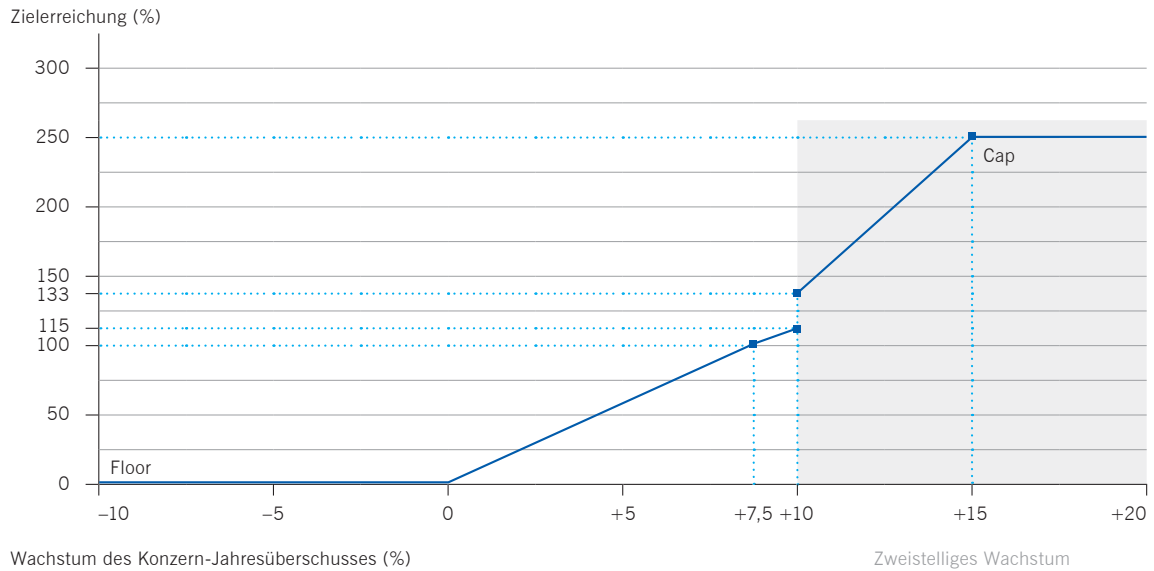
4) Im letzten Kalendermonat der Performance Periode, inklusive der Dividenden über die gesamte Performance Periode

5) Fällig in drei Tranchen

Bewertung des Konzern-Jahresüberschusses für die Performance Shares

Innerhalb der Performance-Periode von fünf Jahren bestimmt der Aufsichtsrat nach jedem Geschäftsjahr den Zielerreichungsgrad für das Wachstum des Konzern-Jahresüberschusses und legt ihn für die Vorstandsmitglieder entsprechend fest. Der Zielerreichungsgrad am Ende des jeweiligen Performance-Zeitraums ist die Summe der über die fünf Jahre erreichten jährlichen Zielerreichungsgrade, dividiert durch fünf. Die Zielerreichung kann zwischen 0 Prozent und 250 Prozent betragen. Verringert sich der Konzern-Jahresüberschuss oder bleibt er gegenüber demjenigen des Vorjahres konstant, entspricht das einer Zielerreichung von 0 Prozent (Floor). Ein Anstieg des Konzern-Jahresüberschusses von 7,5 Prozent bedeutet eine Zielerreichung von 100 Prozent. Eine Zunahme von 15 Prozent und mehr entspricht einer Zielerreichung von 250 Prozent (Cap). Die Vorstandsmitglieder erhalten damit einen zusätzlichen Anreiz, ein zweistelliges Wachstum des Konzern-Jahresüberschusses anzustreben, denn im Bereich zwischen 10 und 15 Prozent steigt ihr Zielerreichungsgrad deutlicher an als im einstelligen Wachstumsbereich des Konzern-Jahresüberschusses (☒ Grafik „Bewertung des Wachstums des Konzern-Jahresüberschusses für die Performance Shares“).

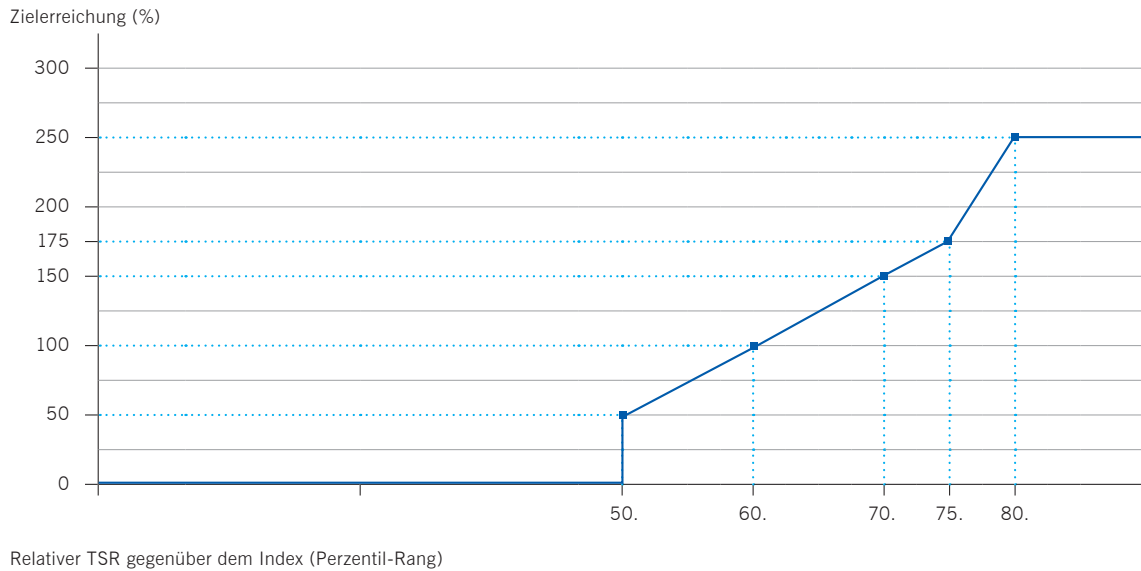
Bewertung des Wachstums des Konzern-Jahresüberschusses für die Performance Shares



Bewertung der TSR-Performance der Deutsche Börse-Aktie

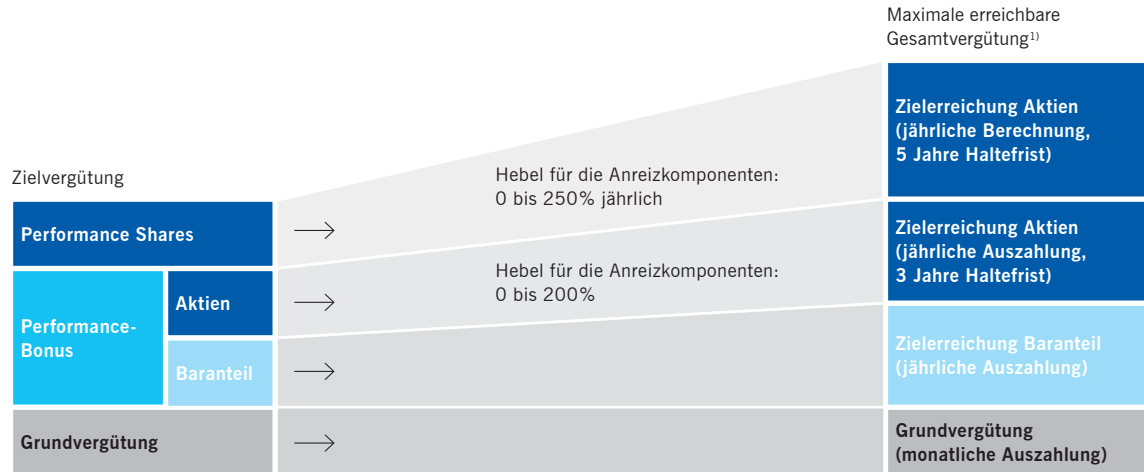
Die TSR-Performance der Deutsche Börse-Aktie ergibt sich aus der Positionierung (Ranking) der Deutsche Börse AG im Vergleich zu den im STOXX® Europe 600 Financials Index enthaltenen Unternehmen. Die mögliche Zielerreichung der Vorstandsmitglieder reicht von 0 Prozent (Floor) bis max. 250 Prozent (Cap): Eine Zielerreichung von 0 Prozent wird angesetzt, sollte der relative TSR der Deutschen Börse AG über fünf Jahre nicht besser als derjenige von mind. der Hälfte der Unternehmen im Index sein, d.h. unterhalb des Median liegen. Die Zielerreichung beträgt 100 Prozent, wenn sich der TSR der Deutsche Börse AG besser als der TSR von 60 Prozent der im Index enthaltenen Unternehmen entwickelt hat. Entwickelt sich der TSR der Deutsche Börse AG besser als derjenige von mind. 75 Prozent der im Index vertretenen Unternehmen, beträgt die Zielerreichung 175 Prozent. Die Kappungsgrenze (Cap) von 250 Prozent bei der Zielerreichung wird erreicht, wenn der TSR der Deutsche Börse AG den TSR der besten 20 Prozent der Unternehmen im Index erreicht oder diesen übertrifft (anders ausgedrückt: am 80sten Perzentil des Index oder darüber liegt). Siehe hierzu auch die [Grafik „Bewertung des Total Shareholder Return \(TSR\) der Deutsche Börse-Aktie für die Performance Shares“](#).

Bewertung des Total Shareholder Return (TSR) der Deutsche Börse-Aktie für die Performance Shares



Die erfolgsabhängige Vergütung des Vorstands ist größtenteils aktienbasiert. Zudem wird sie überwiegend auf Basis einer langfristigen Performance-Entwicklung errechnet, indem verschiedene Zielkriterien über fünf Jahre (Performance Shares) bzw. über vier Jahre (aktienbasierter Performance-Bonus: jährliche Auszahlung und dreijährige Haltefrist für zu investierende Aktien) bewertet werden, siehe hierzu auch die [Grafik „Grundvergütung sowie jährliche und langfristige Anreizkomponenten“](#). Der Baranteil des Performance-Bonus (jährliche Auszahlung) ist das einzige kurzfristige Element der variablen Vergütung.

Grundvergütung sowie jährliche und langfristige Anreizkomponenten



% = Anteil an der Gesamtzielvergütung

■ Erfolgsabhängige Komponente (aktienbasierte Vergütung)

■ Erfolgsabhängige Komponente (Barvergütung)

■ Erfolgsunabhängige Komponente (Barvergütung)

1) Die Aktienkursentwicklung ist nicht begrenzt.

Vertragliche Nebenleistungen

Den Mitgliedern des Vorstands stehen vertragliche Nebenleistungen zu. Diese umfassen die Bereitstellung eines angemessenen Dienstwagens zur dienstlichen und privaten Nutzung, wobei der aus der privaten Nutzung entstandene geldwerte Vorteil durch das Vorstandsmitglied zu versteuern ist. Weiterhin erhalten die Vorstandsmitglieder steuerpflichtige Zuschüsse zur privaten Rentenversicherung. Die Gesellschaft schloss ferner Versicherungen für sie ab, so eine Unfallversicherung sowie eine Vermögensschadenhaftpflichtversicherung (D&O-Versicherung).

Pensions- und Versorgungszusagen

Altersruhegeld

Herr Pottmeyer und Herr Tessler haben mit Erreichen des 60. Lebensjahres, Frau Stars mit Erreichen des 62. sowie Herr Preuß mit Erreichen des 63. Lebensjahres Anspruch auf ein Altersruhegeld, sofern das jeweilige Vorstandsmitglied zu diesem Zeitpunkt nicht mehr in Diensten der Deutsche Börse AG steht. Das dem Altersruhegeld zugrunde liegende ruhegeldfähige Einkommen wird grundsätzlich vom Aufsichtsrat überprüft und festgelegt. Es sind zwei verschiedene Ruhegeldsysteme für die Mitglieder des Vorstands zu unterscheiden: Vorstandsmitglieder, die vor dem 1. Januar 2009 erstmalig bestellt wurden, erhalten ein leistungsorientiertes Ruhegeld (Defined Benefit). Vorstandsmitglieder, die nach diesem Zeitpunkt erstmalig bestellt wurden, erhalten ein beitragsorientiertes Ruhegeld (Defined Contribution). Das ruhegeldfähige Einkommen und die Barwerte der bestehenden Pensionsverpflichtungen zum 31. Dezember 2017 sind in der [Tabelle „Altersversorgung“](#) dargestellt.

Leistungsorientiertes Ruhegeldsystem: Mitglieder des Vorstands, für die das leistungsorientierte Ruhegeldsystem gilt, erhalten nach Erreichen der vertraglich vereinbarten Altersgrenze einen bestimmten Prozentsatz (Versorgungssatz) ihres individuellen ruhegeldfähigen Einkommens als Altersruhegeld ausbezahlt. Voraussetzung dafür ist, dass das jeweilige Vorstandsmitglied mind. drei Jahre im Amt war und mind. einmal wiederbestellt wurde. Das ruhegeldfähige Einkommen wird vom Aufsichtsrat festgelegt und regelmäßig überprüft. Der Versorgungssatz betrug zu Beginn der Amtszeit 30 Prozent und erhöhte sich mit jeder Wiederbestellung um 5 Prozentpunkte bis auf max. 50 Prozent. Für Herrn Preuß und Herrn Tessler gelten die Regelungen des leistungsorientierten Ruhegeldsystems.

Beitragsorientiertes Ruhegeldsystem: Für Mitglieder des Vorstands, für die das beitragsorientierte Ruhegeldsystem gilt, stellt die Gesellschaft in jedem Kalenderjahr der Vorstandstätigkeit einen jährlichen Versorgungsbeitrag in Form eines Kapitalbausteins zur Verfügung. Dieser Versorgungsbeitrag ergibt sich aus der Anwendung eines individuellen Versorgungssatzes auf das ruhegeldfähige Einkommen. Wie im leistungsorientierten Ruhegeldsystem wird das ruhegeldfähige Einkommen vom Aufsichtsrat festgelegt und regelmäßig überprüft. Die so ermittelten jährlichen Kapitalbausteine werden mit 3 Prozent jährlich verzinst. Für Herrn Pottmeyer und Frau Stars gelten die Regelungen des beitragsorientierten Ruhegeldsystems.

Vorgezogenes Ruhegeld

Vorstandsmitglieder, die über ein leistungsorientiertes Ruhegeld verfügen, haben Anspruch auf ein vorgezogenes Ruhegeld, sofern die Gesellschaft ihren Vorstandsvertrag nicht verlängert – es sei denn, hierfür liegen Gründe vor, die das Vorstandsmitglied zu verantworten hat oder die eine fristlose Kündigung des Vorstandsvertrags rechtfertigen würden. Die Höhe des vorgezogenen Ruhegeldes ergibt sich, wie beim Altersruhegeld, aus der Anwendung des erreichten Versorgungssatzes auf das jeweilige ruhegeldfähige Einkommen. Voraussetzung ist ebenfalls eine mind. dreijährige Vorstandstätigkeit und mind. eine Wiederbestellung des jeweiligen Vorstandsmitglieds. Vorstandsmitglieder, die über ein beitragsorientiertes Ruhegeld verfügen, erhalten kein vorgezogenes Ruhegeld.

Leistungen im Fall von dauerhafter Arbeitsunfähigkeit oder Tod

Für den Fall, dass ein Vorstandsmitglied dauerhaft arbeitsunfähig wird, hat die Gesellschaft das Recht, dieses Vorstandsmitglied in den Ruhestand zu versetzen. Eine dauerhafte Arbeitsunfähigkeit liegt vor, wenn das Vorstandsmitglied länger als sechs Monate außer Stande ist, seiner Tätigkeit nachzugehen und eine Wiederherstellung seiner Arbeitsfähigkeit innerhalb weiterer sechs Monate nicht zu erwarten ist. Vorstandsmitglieder, auf die das leistungsorientierte Ruhegeldsystem zutrifft, erhalten in diesem Fall den Betrag, der sich aus der Anwendung des erreichten Versorgungssatzes auf das jeweilige ruhegeldfähige Einkommen ergibt. Vorstandsmitglieder mit einem beitragsorientierten Ruhegeldsystem erhalten das bei Eintritt des Versorgungsfalls bereits erworbene Versorgungskapital, das sich um einen Zurechnungsbetrag erhöht. Dieser Zurechnungsbetrag entspricht dem vollen jährlichen Versorgungsbeitrag, der im Jahr des Ausscheidens fällig gewesen wäre, multipliziert mit der Anzahl der Jahre, die zwischen dem Zeitpunkt des Eintritts des Versorgungsfalls und dem Erreichen des 60., 62. bzw. 63. Lebensjahres liegen.

Für den Fall, dass das Vorstandsmitglied stirbt, erhalten der verwitwete Ehepartner 60 Prozent und jedes versorgungsberechtigte Kind 10 Prozent (Vollwaisen: 25 Prozent) des oben dargelegten Betrags, max. jedoch 100 Prozent des Versorgungsbeitrags.

Übergangszahlungen

Die leistungsorientierten Ruhegeldvereinbarungen der Vorstandsmitglieder sehen für den Fall von dauerhafter Arbeitsunfähigkeit zusätzlich zu den oben genannten Leistungen eine Übergangszahlung vor. Die Höhe dieser Zahlung entspricht der Höhe des Zielwertes der variablen Vergütung (Performance-Bonus und Performance Shares) in dem Jahr, in dem der Versorgungsfall eintritt. Sie wird in zwei Tranchen in den beiden Folgejahren ausbezahlt. Im Falle des Todes eines Vorstandsmitglieds erhält dessen verwitweter Ehepartner 60 Prozent der Übergangszahlung.

Abfindungen

Im Falle der vorzeitigen Beendigung der Vorstandstätigkeit ohne wichtigen Grund dürfen etwaige an das Vorstandsmitglied geleistete Zahlungen nicht mehr als die Restlaufzeit des Dienstvertrags vergüten und gleichzeitig den Wert von zwei Jahresgesamtvergütungen nicht überschreiten (Abfindungs-Cap). Maßgeblich für die Berechnung dieser Zahlung ist die Gesamtvergütung des abgelaufenen Geschäftsjahres und ggf. auch die voraussichtliche Gesamtvergütung des laufenden Geschäftsjahres. Der Aufsichtsrat kann in außerordentlichen, begründeten Fällen diese Obergrenze überschreiten. In Aussicht gestellte Performance Shares verfallen, sollte ein wichtiger Grund zur außerordentlichen Kündigung des Anstellungsverhältnisses durch die Gesellschaft bestehen oder sollte ein Vorstandsmitglied sein Mandat ohne wichtigen Grund oder ohne einvernehmliche Regelung vor Ablauf der Performance-Periode niederlegen.

Kontrollwechsel (Change of Control)

Sofern ein Vorstandsmitglied im Falle eines Kontrollwechsels innerhalb von sechs Monaten abberufen wird, hat es Anspruch auf eine Abfindung in Höhe von zwei Jahresgesamtvergütungen bzw. in Höhe des Wertes der Restlaufzeit seines Dienstvertrags, sofern diese weniger als zwei Jahre beträgt. Dieser Anspruch kann auf 150 Prozent der Abfindung erhöht werden. Sofern das Vorstandsmitglied innerhalb von sechs Monaten nach Eintritt des Kontrollwechsels sein Amt mit der Begründung niederlegt, dass seine Stellung als Vorstandsmitglied durch den Kontrollwechsel erheblich beeinträchtigt wird, liegt es im Ermessen des Aufsichtsrats, ob eine Abfindung in der oben genannten Höhe gewährt wird. Im Falle eines Kontrollwechsels enden sämtliche laufende Performance-Perioden mit dem Tag der Beendigung des Dienstvertrags. Die entsprechenden Performance Shares werden vorzeitig abgerechnet.

Richtlinien zum Aktienbesitz (Share Ownership Guidelines)

Die Share Ownership Guidelines verpflichten die Mitglieder des Vorstands dazu, während ihrer Zugehörigkeit zum Vorstand ein Vielfaches ihrer durchschnittlichen Grundvergütung dauerhaft in Deutsche Börse-Aktien zu halten: für den Vorstandsvorsitzenden das 3-Fache, für den stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden und die ordentlichen Vorstandsmitglieder das 2-Fache. Maßgeblich hierfür ist der Zeitraum zwischen dem 1. Januar 2016 und dem 31. Dezember 2018. Zur Erfüllung der Share Ownership Guidelines werden Aktien folgender drei Kategorien berücksichtigt: Aktien aus dem Performance-Bonus in der Haltefrist, Aktien aus der Auszahlung der Performance Shares sowie Aktien im Privatbesitz. Die Aktienbestände müssen von Herrn Preuß, Herrn Pottmeyer, Herrn Tessler und Frau Stars über drei Jahre hinweg bis zum 31. Dezember 2018 aufgebaut werden. Mit dem Ende seiner Zugehörigkeit zum Vorstand der Deutsche Börse AG zum 31. Dezember 2017 endete für Herrn Kengeter seine Verpflichtung aus den Richtlinien zum Aktienbesitz.

Automatisierter Aktienerwerb zur Erfüllung der Planbedingungen sowie der Share Ownership Guidelines

Das Verfahren zum Aktienerwerb durch die Mitglieder des Vorstands wurde im Jahr 2017 angepasst. Der im Performance Bonus Plan sowie im Performance Share Plan festgelegte Aktienerwerb ist für Mitglieder des Vorstands künftig durch einen von der Deutsche Börse AG bestimmten und vom Berechtigten beauftragten Dienstleister abzuwickeln, der die jeweiligen Investmentbeträge selbstständig,

ohne Einflussnahme durch den Berechtigten oder die Gesellschaft, für den Berechtigten in Aktien der Deutsche Börse AG zu investieren hat. Der Aktienwerb hat im Zeitraum der ersten vier Handelstage im Juni eines jeden Jahres, die unmittelbar aufeinander folgende Kalendertage sind, zu erfolgen.

Betragsmäßige Begrenzung der Gesamtvergütung

Mit Wirkung zum 1. Januar 2017 wurde das bestehende Vergütungssystem für den Vorstand der Deutsche Börse AG angepasst. Die jährliche Vergütung aus Festgehalt, variablen Vergütungsteilen und Versorgungsaufwand ist nun für jedes Vorstandsmitglied insgesamt auf einen Betrag von 9,5 Mio. € brutto begrenzt (Gesamt-Cap). Nebenleistungen sind hiervon nicht erfasst. Diese können schwanken, lassen jedoch außergewöhnliche Ausschläge nicht erwarten, sodass eine Begrenzung im Rahmen des Gesamt-Cap nicht erforderlich ist. Im Interesse der Aktionäre werden dem Vorstand damit auch weiterhin wettbewerbsfähige Anreize für gute Leistungen und nachhaltigen Unternehmenserfolg geboten. Gleichzeitig werden mögliche und nicht gewollte Ausschläge verhindert.

Vergütung des Vorstandsvorsitzenden ab 1. Januar 2018

Das System der Vergütung für die Vorstandsmitglieder gilt auch für den seit 1. Januar 2018 amtierenden Vorstandsvorsitzenden Dr. Theodor Weimer. Zur Einhaltung der Richtlinien zum Aktienbesitz ist er verpflichtet, Aktien der Deutsche Börse AG im Wert des 3-Fachen seiner gewichteten durchschnittlichen Grundvergütung zu halten. Der Aktienbestand ist bis zum 31. Dezember 2020 aufzubauen. Zu diesem Zweck wird Dr. Theodor Weimer aus privaten Mitteln insgesamt 4.500.000 € in Aktien der Deutsche Börse AG investieren, und zwar in drei gleich großen Tranchen in den Jahren 2018, 2019 und 2020. Für Details zum Verfahren des Aktienerwerbs siehe den [Abschnitt „Automatisierter Aktienwerb zur Erfüllung der Planbedingungen sowie der Share Ownership Guidelines“](#).

Sonstiges

Nachvertragliches Wettbewerbsverbot

Für Vorstandsmitglieder der Deutsche Börse AG, die am oder nach dem 1. Oktober 2014 bestellt oder wiederbestellt wurden, gilt ein nachvertragliches Wettbewerbsverbot. Danach ist es dem jeweiligen Vorstandsmitglied vertraglich untersagt, für die Dauer von einem Jahr nach Beendigung des Dienstverhältnisses für ein Konkurrenzunternehmen tätig zu sein oder eine Konkurrenzfähigkeit auszuüben. Für die Geltungsdauer des nachvertraglichen Wettbewerbsverbots wird eine Karenzentschädigung in Höhe von 75 Prozent der zuletzt bezogenen Festvergütung und 75 Prozent des zuletzt bezogenen Performance-Bonus gewährt. Auf die Entschädigung werden Leistungen nach dem Pensionsvertrag angerechnet. Im Übrigen wird anderweitiger Verdienst zu 50 Prozent angerechnet, soweit der anderweitige Verdienst zusammen mit der Entschädigung die zuletzt bezogene Vergütung überschreitet. Die Gesellschaft kann vor Beendigung des Dienstvertrags auf das nachvertragliche Wettbewerbsverbot verzichten.

Nebentätigkeiten

Die Übernahme von weiteren Mandaten und Nebentätigkeiten einzelner Vorstandsmitglieder bedarf der Zustimmung des Gesamtvorstands und des Vorsitzenden des Aufsichtsrats oder – in bestimmten Fällen – des gesamten Aufsichtsrats, der die Erteilung der Zustimmung an den Personalausschuss bzw. mit Wirkung zum 3. Januar 2018 an den Nominierungsausschuss delegiert hat. Sofern ein Vorstandsmitglied für die Ausübung eines Mandats in einem mit der Deutsche Börse AG verbundenen Unternehmen eine Vergütung erhält, erfolgt eine Anrechnung auf die Vergütungsansprüche des Vorstandsmitglieds gegenüber der Deutsche Börse AG.

Darlehen an Vorstandsmitglieder

Im Geschäftsjahr 2017 wurden seitens der Gesellschaft keine Vorschüsse und Kredite an Mitglieder des Vorstands gewährt. Darlehen oder Vorschüsse an Vorstandsmitglieder aus früheren Jahren bestehen ebenfalls nicht.

Zahlungen an ehemalige Mitglieder des Vorstands

Ehemalige Mitglieder des Vorstands oder ihre Hinterbliebenen erhielten im Berichtsjahr Bezüge in Höhe von 4,3 Mio. € (2016: 4,5 Mio. €). Der versicherungsmathematische Barwert der Pensionsverpflichtungen betrug im Berichtsjahr zum Bilanzstichtag 69,9 Mio. € (2016: 74,2 Mio. €).

Vergütung des ehemaligen Vorstandsvorsitzenden Carsten Kengeter

Der bis zum 31. Dezember 2017 amtierende Vorstandsvorsitzende, Carsten Kengeter, nahm an einem durch den Aufsichtsrat im Jahr 2015 beschlossenen Co-Performance Investment Plan (CPIP) teil. Er hatte in dem durch den CPIP vorgesehenen Investitionszeitraum im Dezember 2015 aus privaten Mitteln einen Betrag von 4.500.000 € in Aktien der Deutsche Börse AG (Investment Shares) investiert. Im Gegenzug zum Erwerb der Investment Shares hatte Herr Kengeter 68.987 Co-Performance-Aktien (Co-Performance Shares) der Gesellschaft erhalten. Die Co-Performance Shares unterliegen grundsätzlich denselben Kriterien wie die Performance Shares, die im [Abschnitt „Grundlagen des PSP und Bewertung der Zielerreichung für die Performance Shares“](#) erläutert werden. Die Wertentwicklung bemisst sich also zum einen auf Basis des Wachstums des Konzern-Jahresüberschusses der Deutsche Börse AG und zum anderen anhand der Entwicklung des TSR der Deutsche Börse-Aktie im Vergleich zum TSR des branchenspezifischen Index STOXX® Europe 600 Financials. Die Performance-Periode für die Co-Performance Shares begann am 1. Januar 2015 und endet am 31. Dezember 2019. Vorbehaltlich einer abweichenden Vereinbarung über Höhe und Auszahlungszeitpunkt wird ihr Gegenwert in drei Schritten zur Auszahlung fällig: zum 31. März 2019 (erste Vorauszahlung), 31. März 2020 (zweite Vorauszahlung) und 31. März 2021 (Endauszahlung). Der Aufsichtsrat wird jedoch einstweilen die weiteren Entwicklungen des gegen Herrn Kengeter anhängigen Ermittlungsverfahrens wegen des Verdachts auf Insiderhandel beobachten und, sofern geboten, bei seinen weiteren Entscheidungen berücksichtigen. Die Gesellschaft hat auf Grundlage eines Pro-rata-Anspruchs in Höhe von 60 Prozent (d. h. drei Fünftel) für die Dienstzeit von Herrn Kengeter eine Rückstellung in Höhe von 7.499.919,14 € gebildet.

Für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. März 2018 erhält Herr Kengeter noch die ihm zustehende monatliche Festvergütung in Höhe von 125.000 € brutto pro Monat sowie die zeitanteilig ermittelte variable Vergütung und die vertraglichen Nebenleistungen. Zudem erhält er, vorbehaltlich der Anrechnung etwaigen anderweitigen Einkommens, die vertraglich vereinbarte Karenzentschädigung in Höhe von 222.087 € brutto pro Monat als Gegenleistung für das nachvertragliche Wettbewerbsverbot (siehe hierzu auch den [Abschnitt „Nachvertragliches Wettbewerbsverbot“](#)). Da die Gesellschaft durch Erklärung im Februar 2018 mit sechsmonatiger Ankündigungsfrist auf das nachvertragliche Wettbewerbsverbot verzichtet hatte, reduziert sich die Karenzentschädigung auf den Zeitraum vom 1. April 2018 bis zum 31. August 2018.

Mit Herrn Kengeter wurde vor seinem Ausscheiden keine Vereinbarung zur Umsetzung des im [Abschnitt „Betragsmäßige Begrenzung der Gesamtvergütung“](#) beschriebenen Gesamt-Cap von 9,5 Mio. € brutto mehr geschlossen. Die Vergütung, die ihm 2017 zugeflossen ist, unterschritt diese betragsmäßige Begrenzung ohnehin. Gleiches gilt für die Vergütung, die Herrn Kengeter im Jahr 2018 zusteht.

Herr Kengeter hat keinen Anspruch auf ein Altersruhegeld. Seine bisherigen Anwartschaften sind mit dem Ausscheiden aus den Diensten der Gesellschaft verfallen.

Höhe der Vorstandsvergütung

Die folgenden Tabellen enthalten die monetären Angaben zu den auf den vorherigen Seiten dargestellten Komponenten der Vorstandsvergütung für die Geschäftsjahre 2017 und 2016. Die Vergütung je Vorstandsmitglied gemäß den Anforderungen des DCGK Nummer 4.2.5 Absatz 3 finden Sie in den [Tabellen „Gewährte Zuwendungen“](#) und [„Zufluss“](#). Die Angaben gemäß § 314 HGB sind in der [Tabelle „Zufluss“](#) abgebildet.

Altersversorgung

	Ruhegeld- fähiges Einkommen	Versorgungssatz		Barwert/Defined Benefit Obligation		Aufwand für Pensionen	
		zum	zum	zum	zum	2017	2016
		31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	T €	T €
	2017 T €	%	%	T €	T €	T €	T €
Leistungsorientiertes System							
Andreas Preuß	800,0	50,0	50,0	11.928,9	11.241,2	1.000,2	1.331,7
Jeffrey Tessler	577,8	45,0	45,0	4.515,6	5.550,2	288,2	403,8
Summe	1.377,8			16.444,5	16.791,4	1.288,4	1.735,5
Beitragsorientiertes System							
Carsten Kengeter ¹⁾	1.000,0	40,0	40,0	0	989,2	0	548,2
Gregor Pottmeyer	500,0	48,0	48,0	3.207,3	2.711,5	293,3	279,9
Hauke Stars	500,0	36,0	36,0	1.549,1	978,8	225,1	209,0
Summe	2.000,0			4.756,4	4.679,5	518,4	1037,1

1) Aufgrund der Verfallbarkeit der bisherigen Anwartschaften wurde die Rückstellung aufgelöst.

Gesamtaufwand 2017 für die aktienbasierte Vergütung

(Vorjahreszahlen in Klammern)

	Erfasster Aufwand (Gesamt) T €	Buchwert zum Bilanzstichtag (Gesamt) T €
Carsten Kengeter ¹⁾	7.965,7 (3.011,7)	12.057,0 (4.091,3)
Andreas Preuß	667,0 (164,2)	831,2 (164,2)
Gregor Pottmeyer	532,6 (131,1)	663,7 (131,1)
Hauke Stars	491,4 (120,9)	612,4 (120,9)
Jeffrey Tessler	529,4 (130,3)	659,7 (130,3)
Summe	10.186,1 (3.558,2)	14.824,0 (4.637,8)

1) Enthält den erfassten Aufwand des Co-Performance Investment Plan sowie des Performance Share Plan

Anzahl der virtuellen Aktien

		Anzahl der virtuellen Aktien zum Gewährungs- stichtag	Anpassung der An- zahl der virtuellen Aktien seit dem Gewährungsstichtag	Anzahl der virtuellen Aktien zum 31.12.2017
Carsten Kengeter	Tranche 2017	17.327	10.592	27.919
	Tranche 2016	16.593	1.018	17.611
	Tranche 2015 ¹⁾	68.987	55.970	124.957
	Summe Tranchen 2015 bis 2017			170.487
Andreas Preuß	Tranche 2017	9.348	8.706	18.054
	Tranche 2016	8.952	2.698	11.650
	Summe Tranchen 2016 bis 2017			29.704
Gregor Pottmeyer	Tranche 2017	7.464	6.952	14.416
	Tranche 2016	7.148	2.154	9.302
	Summe Tranchen 2016 bis 2017			23.718
Hauke Stars	Tranche 2017	6.887	6.414	13.301
	Tranche 2016	6.595	1.988	8.583
	Summe Tranchen 2016 bis 2017			21.884
Jeffrey Tessler	Tranche 2017	7.420	6.911	14.331
	Tranche 2016	7.105	2.141	9.246
	Summe Tranchen 2016 bis 2017			23.577
	Gesamtsumme Tranchen 2015 bis 2017			269.370

1) Betrifft den Co-Performance Investment Plan

Gewährte Zuwendungen

Carsten Kengeter
Vorsitzender (bis zum 31.12.2017)

	2017 T €	2017 (min) T €	2017 (max) T €	2016 T €
Festvergütung	1.500,0	1.500,0	1.500,0	1.500,0
Nebenleistungen	36,5	36,5	36,5	129,3
Summe	1.536,5	1.536,5	1.536,5	1.629,3
Einjährige variable Vergütung				
Barkomponente Performance-Bonus (50%)	1.100,0	0	2.200,0	1.100,0
Mehrfährige variable Vergütung	2.400,0	0	k. M.	2.400,0
Aktienkomponente Performance-Bonus (50%, dreijährige Haltefrist) ¹⁾	1.100,0	0	k. M.	1.100,0
Performance Shares (fünfjährige Laufzeit) ²⁾	1.300,0	0	k. M.	1.300,0
Summe	5.036,5	1.536,5	k. M.	5.129,3
Versorgungsaufwand	0	0	0	548,2
Gesamtvergütung	5.036,5	1.536,5	k. M.	5.677,5

1) Kappung des Zielerreichungsgrads auf 200 Prozent. Keine Begrenzung der Aktienkursentwicklung, somit keine Maximalangabe (k. M.).

Für weitere Informationen hierzu siehe [Kapitel „Zusammengefasste Erklärung zur Unternehmensführung und Corporate Governance-Bericht“](#).

2) Kappung der Zielerreichungsgrade Konzern-Jahresüberschuss und Total Shareholder Return sowie der maximalen Anzahl der Performance Shares

auf jeweils 250 Prozent. Keine Begrenzung der Aktienkursentwicklung, somit keine Maximalangaben für die einzelnen Vergütungskomponenten möglich (k. M.).

Für weitere Informationen hierzu siehe [Kapitel „Zusammengefasste Erklärung zur Unternehmensführung und Corporate Governance-Bericht“](#).

3) Begrenzung der Gesamtvergütung auf 9,5 Mio. € ohne Nebenleistungen

Hauke Stars

	2017 T €	2017 (min) T €	2017 (max) T €	2016 T €
Festvergütung	650,0	650,0	650,0	650,0
Nebenleistungen	24,8	24,8	24,8	24,5
Summe	674,8	674,8	674,8	674,5
Einjährige variable Vergütung				
Barkomponente Performance-Bonus (50%)	516,7	0	1.033,4	516,7
Mehrfährige variable Vergütung	1.033,4	0	k. M.	1.033,4
Aktienkomponente Performance-Bonus (50%, dreijährige Haltefrist) ¹⁾	516,7	0	k. M.	516,7
Performance Shares (fünfjährige Laufzeit) ²⁾	516,7	0	k. M.	516,7
Summe	2.224,9	674,8	k. M.	2.224,6
Versorgungsaufwand	225,1	225,1	225,1	209,0
Gesamtvergütung	2.450,0	899,9	9.500,0³⁾	2.433,6

Andreas Preuß
 stellv. Vorsitzender

Gregor Pottmeyer
 Finanzvorstand

	2017 T €	2017 (min) T €	2017 (max) T €	2016 T €	2017 T €	2017 (min) T €	2017 (max) T €	2016 T €
	800,0	800,0	800,0	800,0	720,0	720,0	720,0	720,0
	33,0	33,0	33,0	31,7	30,5	30,5	30,5	28,5
	833,0	833,0	833,0	831,7	750,5	750,5	750,5	748,5
	701,4	0	1.402,8	701,4	560,0	0	1.120,0	560,0
	1.402,8	0	k. M.	1.402,8	1.120,0	0	k. M.	1.120,0
	701,4	0	k. M.	701,4	560,0	0	k. M.	560,0
	701,4	0	k. M.	701,4	560,0	0	k. M.	560,0
	2.937,2	833,0	k. M.	2.935,9	2.430,5	750,5	k. M.	2.428,5
	1.000,2	1.000,2	1.000,2	1.331,7	293,3	293,3	293,3	279,9
	3.937,4	1.833,2	9.500,0³⁾	4.267,6	2.723,8	1.043,8	9.500,0³⁾	2.708,4

Jeffrey Tessler

	2017 T €	2017 (min) T €	2017 (max) T €	2016 T €
	780,6	780,6	780,6	761,6
	18,2	18,2	18,2	18,2
	798,8	798,8	798,8	779,8
	556,7	0	1.113,4	556,7
	1.113,4	0	k. M.	1.113,4
	556,7	0	k. M.	556,7
	556,7	0	k. M.	556,7
	2.468,9	798,8	k. M.	2.449,9
	288,2	288,2	288,2	403,8
	2.757,1	1.087,0	9.500,0³⁾	2.853,7

Zufluss

	Carsten Kengeter Vorsitzender (bis zum 31.12.2017)		Andreas Preuß stellv. Vorsitzender	
	2017 T €	2016 T €	2017 T €	2016 T €
Festvergütung	1.500,0	1.500,0	800,0	800,0
Nebenleistungen ¹⁾	36,5	129,3	33,0	31,7
Summe	1.536,5	1.629,3	833,0	831,7
Einjährige variable Vergütung				
Barkomponente Performance-Bonus (50%)	1.026,7	2.200,0	757,5	1.363,0
Mehrfährige variable Vergütung	1.026,7	3.670,6	757,5	5.941,1
variable Aktienvergütung (ATP-Tranchen 2013–2015) ²⁾	–	1.470,6	–	4.578,1
Aktienkomponente Performance-Bonus (50%, dreijährige Haltefrist)	1.026,7	2.200,0	757,5	1.363,0 ⁶⁾
Performance Shares (fünfjährige Laufzeit)	–	–	–	–
Summe	3.589,9	7.499,9	2.348,0	8.135,8
Versorgungsaufwand	0	548,2	1.000,2	1.331,7
Gesamtvergütung (DCGK)³⁾	3.589,9	8.048,1	3.348,2	9.467,5
Zuzüglich Performance Shares	1.300,0	1.300,0	701,4	701,4
Abzüglich variable Aktienvergütung ²⁾	–	–1.470,6	–	–4.578,1
Abzüglich Versorgungsaufwand	0	–548,2	–1.000,2	–1.331,7
Gesamtvergütung (§ 314 HGB)	4.889,9	7.329,3	3.049,4	4.259,1
Anzahl der virtuellen Aktien (Stück) ⁴⁾	17.327	16.593	9.348	8.952

1) Die Nebenleistungen (sonstigen Bezüge) umfassen Gehaltsbestandteile wie steuerpflichtige Zuschüsse zur privaten Rentenversicherung, Dienstwagenregelungen, Reiseregulungen sowie Steuer- und Rechtsberatungskosten.

2) Vergütungskomponente aus dem bis Ende 2015 geltenden Vergütungssystem

3) Begrenzung der Gesamtvergütung auf 9,5 Mio. € ohne Nebenleistungen

4) Zum Gewährungsstichtag 2017 ergibt sich die Anzahl der für die Performance-Periode in Aussicht gestellten Performance Shares aus der Division des Zielwertes durch den durchschnittlichen Aktienkurs (Xetra®-Schlusskurs) der Deutsche Börse-Aktie im Dezember 2016 (75,03 €).

5) Aufgrund des beabsichtigten Zusammenschlusses mit der London Stock Exchange Group ist bislang kein Aktieninvestment erfolgt.

6) Weitere Details zum Aktienwerb finden Sie im [Abschnitt „Automatisierter Aktienwerb zur Erfüllung der Planbedingungen sowie der Share Ownership Guidelines“](#).

Gregor Pottmeyer
Finanzvorstand Hauke Stars Jeffrey Tessler Summe

	2017 T €	2016 T €	2017 T €	2016 T €	2017 T €	2016 T €	2017 T €	2016 T €
	720,0	720,0	650,0	650,0	780,6	761,6	4.450,6	4.431,6
	30,5	28,5	24,8	24,5	18,2	18,2	143,0	232,2
	750,5	748,5	674,8	674,5	798,8	779,8	4.593,6	4.663,8
	604,8	952,0	558,0	682,0	601,2	851,7	3.548,2	6.048,7
	604,8	4.839,9	558,0	3.866,1	601,2	4.497,1	3.548,2	22.814,8
	-	3.887,9	-	3.184,1	-	3.645,4	-	16.766,1
	604,8	952,0 ⁶⁾	558,0	682,0 ⁶⁾	601,2	851,7 ⁶⁾	3.548,2	6.048,7 ⁶⁾
	-	-	-	-	-	-	-	-
	1.960,1	6.540,4	1.790,8	5.222,6	2.001,2	6.128,6	11.690,0	33.527,3
	293,3	279,9	225,1	209,0	288,2	403,8	1.806,8	2.772,6
	2.253,4	6.820,3	2.015,9	5.431,6	2.289,4	6.532,4	13.496,8	36.299,9
	560,0	560,0	516,7	516,7	556,7	556,7	3.634,8	3.634,8
	-	-3.887,9	-	-3.184,1	-	-3.645,4	-	-16.766,1
	-293,3	-279,9	-225,1	-209,0	-288,2	-403,8	-1.806,8	-2.772,6
	2.520,1	3.212,5	2.307,5	2.555,2	2.557,9	3.039,9	15.324,8	20.396,0
	7.464	7.148	6.887	6.595	7.420	7.105	48.446	46.393

Aufsichtsratsvergütung

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten eine feste Jahresvergütung von 70 T €. Die Vergütung des Vorsitzenden liegt bei 170 T €. Die Vergütung für den stellvertretenden Vorsitzenden liegt bei 105 T €. Mitglieder von Ausschüssen des Aufsichtsrats erhalten zusätzlich für jedes Amt in einem Ausschuss eine weitere feste jährliche Vergütung von 30 T €. Im Falle eines Amtes im Prüfungsausschuss beträgt diese Vergütung 35 T €. Die Vergütung von Ausschussvorsitzenden erhöht sich auf 40 T €, die des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses auf 60 T €. Gehört ein Aufsichtsratsmitglied mehreren Aufsichtsratsausschüssen an, so wird nur die Tätigkeit in max. zwei Aufsichtsratsausschüssen vergütet. Dabei wird die Vergütung für die Arbeit in den beiden Ausschüssen mit der jeweils höchsten Vergütung gewährt. Aufsichtsratsmitglieder, die dem Aufsichtsrat nur während eines Teils eines Geschäftsjahres angehören, erhalten für jeden angefangenen Monat ihrer Mitgliedschaft im entsprechenden Geschäftsjahr ein Zwölftel der festen Jahresvergütung und ggf. anteilig der Vergütung ihrer Ausschusstätigkeit.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten für jede Sitzung des Aufsichtsrats oder seiner Ausschüsse, in der sie persönlich als Mitglied oder Gast anwesend sind, ein Sitzungsgeld in Höhe von 1 T €. Für mehrere Sitzungen, die an einem oder an aufeinander folgenden Tagen stattfinden, wird das Sitzungsgeld nur einmal gewährt.

Vergütungen für Beratungs- und Vermittlungsleistungen für Mitglieder des Aufsichtsrats

Im Berichtsjahr bestanden keine Verträge über Beratungs- und Vermittlungsleistungen mit Mitgliedern des Aufsichtsrats der Deutsche Börse AG oder Unternehmen, die Mitglieder des Aufsichtsrats beschäftigen oder an denen Mitglieder des Aufsichtsrats beteiligt waren.

Aufsichtsratsvergütung¹⁾

	2017	2016	2017 ²⁾ T €	2016 T €
Dr. Joachim Faber (Vorsitzender)	ganzzjährig	ganzzjährig	266,0	257,0
Richard Berliand (stellv. Vorsitzender)	ganzzjährig	ganzzjährig	196,0	190,0
Prof. Dr. Dr. Ann-Kristin Achleitner ³⁾	ganzzjährig	11.05.–31.12.	142,0	89,7
Karl-Heinz Flöther	ganzzjährig	ganzzjährig	149,0	142,0
Marion Fornoff	ganzzjährig	ganzzjährig	114,0	107,0
Hans-Peter Gabe	ganzzjährig	ganzzjährig	112,0	106,0
Craig Heimark	ganzzjährig	ganzzjährig	108,0	103,0
Dr. Monica Mächler	ganzzjährig	ganzzjährig	146,0	140,0
Gerhard Roggemann ⁴⁾	–	01.01.–11.05.	–	54,2
Dr. Erhard Schipporeit	ganzzjährig	ganzzjährig	172,0	166,0
Jutta Stuhlfauth	ganzzjährig	ganzzjährig	145,0	135,0
Johannes Witt	ganzzjährig	ganzzjährig	154,0	143,0
Amy Yip	ganzzjährig	ganzzjährig	138,0	132,0
Summe			1.842,0	1.764,9

1) Der Empfänger der Vergütung wird individuell durch die Mitglieder des Aufsichtsrats festgelegt.

2) Vergütung inklusive des individuellen Sitzungsgeldes

3) Zum 11. Mai 2016 in den Aufsichtsrat gewählt

4) Am 11. Mai 2016 aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden

Zusammengefasste Erklärung zur Unternehmensführung und Corporate Governance-Bericht

Die Gruppe Deutsche Börse misst den Prinzipien verantwortungsvoller Unternehmensführung und -kontrolle hohe Bedeutung bei. Nachfolgend berichten wir gemäß Ziffer 3.10 Deutscher Corporate Governance Kodex (DCGK) über die Corporate Governance der Deutsche Börse AG. Dieser Bericht enthält zudem die Konzernklärung zur Unternehmensführung gemäß §§ 289f und 315d Handelsgesetzbuch (HGB).

Entsprechenserklärung gemäß § 161 Aktiengesetz

Am 12. Dezember 2017 haben Vorstand und Aufsichtsrat der Deutsche Börse AG folgende Entsprechenserklärung abgegeben:

„Erklärung von Vorstand und Aufsichtsrat der Deutsche Börse AG gemäß § 161 Aktiengesetz zum Deutschen Corporate Governance Kodex

Für den Zeitraum der letzten turnusmäßigen Entsprechenserklärung vom 8. Dezember 2016 bis zum 23. April 2017 bezieht sich die nachfolgende Entsprechenserklärung auf die alte Fassung des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) vom 5. Mai 2015. Seit dem 24. April 2017 bezieht sie sich auf die neue Fassung des DCGK vom 7. Februar 2017, die am 24. April 2017 im Bundesanzeiger bekannt gemacht wurde.

Vorstand und Aufsichtsrat der Deutsche Börse AG erklären, dass den Empfehlungen des DCGK nahezu vollständig entsprochen wurde und mit wenigen Abweichungen entsprochen werden wird. Im Einzelnen gilt dazu Folgendes:

1. Abfindungs-Caps bei Abschluss von Vorstandsverträgen (Ziffer 4.2.3 Abs. 4 DCGK)

Alle derzeitigen Vorstandsverträge beinhalten kodexkonforme Abfindungs-Caps, so dass insoweit der Empfehlung nach Ziffer 4.2.3 Abs. 4 DCGK entsprochen wurde und entsprochen wird. Wie in der Vergangenheit behält sich der Aufsichtsrat allerdings auch für die Zukunft vor, unter Umständen von der Empfehlung in Ziffer 4.2.3 Abs. 4 DCGK abzuweichen. Der Aufsichtsrat ist der Auffassung, dass ein Abweichen in außergewöhnlichen Fällen gegebenenfalls erforderlich sein kann.

2. Betragsmäßige Vergütungshöchstgrenzen (Ziffer 4.2.3 Abs. 2 Satz 6 DCGK) und Darstellung im Vergütungsbericht (Ziffer 4.2.5 Abs. 3 DCGK)

Ziffer 4.2.3 Abs. 2 Satz 6 DCGK empfiehlt, dass die Vorstandsvergütung insgesamt und hinsichtlich ihrer variablen Vergütungsteile betragsmäßige Höchstgrenzen aufweisen soll. Von dieser Empfehlung wurde und wird abgewichen werden.

Mit Wirkung zum 1. Januar 2017 wurde das bestehende Vergütungssystem für den Vorstand der Deutsche Börse AG angepasst. Die jährliche Vergütung aus Festgehalt, variablen Vergütungsteilen und Versorgungsaufwand ist nun für jedes Vorstandsmitglied insgesamt auf einen Betrag von 9,5 Mio. € begrenzt (Gesamt-Cap). Nebenleistungen sind hiervon nicht erfasst. Diese können schwanken, lassen jedoch außergewöhnliche Ausschläge nicht erwarten, so dass eine Begrenzung im Rahmen des Gesamt-Caps nicht erforderlich ist.

Die mehrjährigen variablen Vergütungsteile im Rahmen des Vergütungssystems sind aktienbasiert. Hierbei sind zwar Begrenzungen hinsichtlich der gewährten Stückzahl von Aktien, jedoch keine betragsmäßigen Höchstgrenzen vorgesehen, da es keinen Cap auf die Aktienkursentwicklung gibt. Die Festlegung einer

weiteren betragsmäßigen Höchstgrenze nur für diese variablen Vergütungsteile widersprüche nach unserer Auffassung dem Grundgedanken einer aktienbezogenen Vergütung, die eine angemessene Beteiligung der Vorstandsmitglieder an den wirtschaftlichen Risiken und Chancen des Unternehmens bezweckt. Außergewöhnlichen Entwicklungen wird durch den Gesamt-Cap hinreichend Rechnung getragen.

Ziffer 4.2.5 Abs. 3 (erster Unterpunkt) DCGK empfiehlt u. a. die Darstellung der erreichbaren Maximalvergütung bei variablen Vergütungsteilen im Vergütungsbericht. Die hinsichtlich der aktienbasierten variablen Vergütungsteile maximal erreichbare Vergütung kann infolge einer insoweit fehlenden betragsmäßigen Höchstgrenze naturgemäß nicht – wie von Ziffer 4.2.5 Abs. 3 (erster Unterpunkt) DCGK empfohlen – ausgewiesen werden. Die Kodexabweichung ergibt sich daher aus der fehlenden Festlegung einer betragsmäßigen Höchstgrenze für die variablen Vergütungsteile.

3. Besetzung des Nominierungsausschusses (Ziffer 5.3.3 DCGK)

Ziffer 5.3.3 DCGK empfiehlt, dass der Aufsichtsrat einen Nominierungsausschuss bildet, der ausschließlich mit Vertretern der Anteilseigner besetzt ist. § 4 b Börsengesetz schreibt in der ab dem 3. Januar 2018 geltenden Fassung vor, dass der Nominierungsausschuss den Aufsichtsrat auch bei der Ermittlung von Bewerbern für die Besetzung von Stellen in der Geschäftsleitung bei Börsenträgern unterstützt. Diese Aufgabe wird bei der Deutsche Börse AG bisher durch den Personalausschuss übernommen, dem auch Vertreter der Arbeitnehmer angehören. Zur Umsetzung der neuen Anforderungen des Börsengesetzes unter Beibehaltung der bisherigen Praxis der Beteiligung von Arbeitnehmervertretern bei der Ermittlung von Bewerbern für den Vorstand der Deutsche Börse AG hat der Aufsichtsrat beschlossen, künftig den Nominierungsausschuss und den Personalausschuss zu einem gemeinsamen Ausschuss unter Beteiligung von Arbeitnehmervertretern zusammenzufassen. Daher wird der Nominierungsausschuss künftig auch mit Vertretern der Arbeitnehmer besetzt sein. Es wird jedoch sichergestellt, dass die Wahlvorschläge an die Hauptversammlung nur durch die Anteilseignervertreter im Ausschuss bestimmt werden.“

Die jährliche Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG finden Sie auch im Internet unter www.deutscheboerse.com/entsprekklarung. Ebenso sind dort die Entsprechenserklärungen der vergangenen fünf Jahre verfügbar.

Angaben zu Anregungen des DCGK

Die Deutsche Börse AG erfüllt ebenfalls weitgehend vollständig die Anregungen des DCGK und weicht nur in folgenden Punkten davon ab:

Gemäß Ziffer 4.1.3 Satz 3 DCGK soll Beschäftigten auf geeignete Weise die Möglichkeit eingeräumt werden, geschützt Hinweise auf Rechtsverstöße im Unternehmen zu geben; auch Dritten sollte diese Möglichkeit eingeräumt werden. Die Deutsche Börse AG hat entsprechend der Empfehlung in Ziffer 4.1.3 Satz 3 DCGK ein Hinweisgebersystem für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingerichtet. Dieses Hinweisgebersystem steht auch externen Dienstleistern zur Verfügung. Allerdings wird von der Anregung, das Hinweisgebersystem auch Dritten zugänglich zu machen, abgewichen, v. a. da Dritte im Falle der Deutsche Börse AG regelmäßig Marktteilnehmer sind, die über andere Wege des Hinweisgebens verfügen und dabei nicht an arbeitsrechtliche Treuepflichten gebunden sind.

Gemäß Ziffer 4.2.3 Absatz 2 Satz 9 DCGK sollten mehrjährige, variable Vergütungsbestandteile nicht vorzeitig ausbezahlt werden. Die Deutsche Börse AG folgt dieser Anregung grundsätzlich, Ausnahmen gelten insoweit jedoch für Fälle von Arbeitsunfähigkeit, Krankheit oder Tod. Auch behält sich die Gesellschaft vor, in sonstigen außerordentlichen Fällen wie Change-of-Control-Ereignissen hiervon abzuweichen.

Angaben zu den Unternehmensführungspraktiken

Verhaltensrichtlinien

Die globale Ausrichtung der Gruppe Deutsche Börse erfordert verbindliche Richtlinien und Verhaltensstandards, die an jedem ihrer Standorte auf der Welt gelten. Die Grundsätze der Zusammenarbeit zielen insbesondere auf Verantwortung, Respekt und gegenseitige Wertschätzung ab. Auch bei der Umsetzung des Geschäftsmodells kommen sie zum Einsatz. Die Kommunikation mit Kunden, Investoren, Mitarbeitern und der Öffentlichkeit basiert auf zeitnaher Information und Transparenz. Neben gewinnorientiertem Handeln sind anerkannte soziale Standards die Grundlage für die Führung der Gruppe Deutsche Börse.

Verhaltenskodex für Mitarbeiter

Verantwortungsvolles Handeln setzt ein konzernweites, von allen Mitarbeitern geteiltes Werteverständnis voraus. 2017 beschloss der Vorstand der Deutsche Börse AG einen erweiterten Verhaltenskodex für das Geschäftsleben. Dieses Dokument, das gruppenweit gültig ist, legt den Grundstein für zentrale ethische und rechtliche Standards, die u. a. folgende Themen umfassen:

- Vertraulichkeit und Umgang mit sensiblen Informationen
- Interessenkonflikte
- Private Handelsgeschäfte sowie Vermeidung von Insiderhandel und Marktmanipulation
- Unternehmenseigene Mittel und Vermögenswerte
- Bestechungs- und Korruptionsbekämpfung
- Risikomanagement
- Hinweisgeber
- Umweltbewusstsein
- Chancengleichheit und Schutz vor unerwünschtem Verhalten

Der Verhaltenskodex gilt für Mitglieder des Vorstands ebenso wie für alle weiteren Führungskräfte und Mitarbeiter der Gruppe Deutsche Börse. Neben konkreten Regeln enthält der Kodex allgemeine Hinweise darauf, wie Mitarbeiter dazu beitragen können, die festgelegten Werte in ihrem Arbeitsalltag mit Leben zu füllen. Ziel des Verhaltenskodex ist es, Leitlinien für die tägliche gemeinsame Arbeit im Unternehmen zu definieren, zur Lösung von Konflikten beizutragen sowie ethische und rechtliche Herausforderungen zu meistern. Alle neu eingestellten Mitarbeiter werden den Verhaltenskodex als Teil ihrer Arbeitsvertragsunterlagen erhalten. Mitarbeiter, die bereits vor der Einführung des Kodex im Unternehmen beschäftigt waren, werden im Rahmen eines Online-Trainings mit der Richtlinie vertraut gemacht und müssen im Anschluss an das Training bestätigen, dass sie diese erhalten und verstanden haben. Der Kodex wird integraler Bestandteil der Beziehung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei der Gruppe Deutsche Börse werden; Verstöße gegen den Kodex können zu disziplinarischen Maßnahmen führen. Das Dokument ist unter www.deutsche-boerse.com > Nachhaltigkeit > Vorbild sein > Mitarbeiter > Leitbild zu finden.

Code of Conduct für Lieferanten und Dienstleister

Die Einhaltung hoher Standards verlangt die Gruppe Deutsche Börse nicht nur von ihrem Management und ihren Mitarbeitern, sondern auch von ihren Zulieferern. Der Verhaltenskodex (Code of Conduct) für Lieferanten und Dienstleister fordert, Menschen- und Arbeitnehmerrechte zu achten und Mindeststandards zu berücksichtigen. Im Jahr 2016 wurde er auf Basis eines Vorstandsbeschlusses um die Anforderungen des britischen Modern Slavery Act ergänzt, der für alle Unternehmen verpflichtend ist, die in Großbritannien tätig sind. Ein Großteil der Lieferanten hat diesen Bedingungen zugestimmt; alle übrigen Schlüssellieferanten haben sich über Selbstverpflichtungen gebunden, die den Standards der Gruppe Deutsche Börse entsprechen oder sogar über sie hinausgehen. Die Unterzeichnung der Richtlinie durch

den Dienstleister oder Lieferanten oder eine entsprechende Selbstverpflichtung ist zwingende Voraussetzung für eine Geschäftsbeziehung mit der Gruppe Deutsche Börse. Die Richtlinie wird unter Berücksichtigung aktueller Entwicklungen regelmäßig überprüft und bei Bedarf angepasst. Der Code of Conduct für Lieferanten und Dienstleister findet sich im Internet unter www.deutsche-boerse.com > [Nachhaltigkeit](#) > [Vorbild sein](#) > [Beschaffungswesen](#).

Wertmaßstäbe

Das unternehmerische Handeln orientiert sich an den Rechtsordnungen und ethischen Standards der Staaten, in denen die Gruppe Deutsche Börse aktiv ist. Besonders durch den Beitritt zu Initiativen und Organisationen, die allgemein anerkannte ethische Standards vertreten, verdeutlicht die Gruppe, welche Wertvorstellungen für sie dabei von Bedeutung sind. Relevante Mitgliedschaften sind:

UN Global Compact www.unglobalcompact.org: Die freiwillige Wirtschaftsinitiative der Vereinten Nationen verfolgt das Ziel, eine nachhaltigere und gerechtere Weltwirtschaft zu verwirklichen. Im Mittelpunkt stehen zehn Prinzipien zu Menschenrechten, Arbeitsnormen, Umweltschutz und Korruptionsbekämpfung. Seit 2009 veröffentlicht die Gruppe Deutsche Börse jährlich einen Fortschrittsbericht zur Umsetzung des Global Compact.

Charta der Vielfalt www.diversity-charter.com: Als Unterzeichner der Charta der Vielfalt verpflichtet sich das Unternehmen, die Vielfalt seiner Belegschaft, Kunden und Geschäftspartner anzuerkennen, wertzuschätzen und zu fördern – unabhängig von Alter, Geschlecht, Behinderung, Rasse, Religion, Nationalität, ethnischer Herkunft, sexueller Orientierung und Identität.

International Labour Organisation www.ilo.org: Die UN-Agentur ist die international verantwortliche Organisation zur Ausarbeitung und Beaufsichtigung weltweiter Gewerkschaftsstandards; sie bringt Regierungsvertreter, Arbeitnehmer und Arbeitgeber an einen Tisch, um gemeinsam Richtlinien und Programme auszuarbeiten. Durch die Ratifizierung verpflichtet sich die Gruppe Deutsche Börse zur Einhaltung dieser Standards.

Frankfurter Erklärung www.deutsche-boerse.com/frankfurter-erklaerung: Die Frankfurter Erklärung bezeugt die Absicht der Unterzeichner, die Rahmenbedingungen einer nachhaltigen Finanzwirtschaft zu definieren und hierzu konkrete Initiativen am Finanzplatz Frankfurt anzustoßen. Diese zielen beispielsweise auf die Identifikation innovativer Geschäftsfelder sowie den verantwortungsbewussten Umgang mit Risiken. So soll das Potenzial nachhaltiger Finanzmarktinfrastrukturen ganzheitlich gefördert werden, um eine positive Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft bei unbedingtem Schutz der natürlichen Lebensgrundlage zu unterstützen.

Branchenspezifische Richtlinien

Die zentrale Rolle der Gruppe Deutsche Börse in der Finanzbranche verlangt einen verantwortungsbewussten Umgang mit Informationen – insbesondere mit sensiblen Daten und Fakten. Um ein entsprechendes Verhalten der Mitarbeiter sicherzustellen, gelten bei der Gruppe eine Reihe von Regelungen. Diese umfassen sowohl rechtliche Vorgaben als auch spezielle, für das jeweilige Branchensegment geltende Richtlinien wie das Hinweisgebersystem und Richtlinien zum Risiko- und Kontrollmanagement.

Hinweisgebersystem

Das Hinweisgebersystem (Whistleblowing) ist ein Angebot der Gruppe Deutsche Börse an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie externe Dienstleister, nicht regelkonformes Verhalten zu melden. Die Gruppe Deutsche Börse hat Deloitte beauftragt, als sog. externer Ombudsmann entsprechende Hinweise per Telefon oder E-Mail entgegenzunehmen. Die Anonymität der Hinweisgeber gegenüber der Gruppe Deutsche Börse bleibt dabei gewahrt.

Richtlinien zum Risiko- und Kontrollmanagement

Funktionsfähige Kontrollsysteme sind wesentlicher Bestandteil stabiler Geschäftsprozesse. Die gruppenweiten Kontrollsysteme der Deutschen Börse sind in ein Gesamtkonzept eingebettet, das u. a. die gesetzlichen Vorschriften, die Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex, internationale Regelungen und Empfehlungen sowie weitere unternehmensspezifische Richtlinien berücksichtigt. Die zuständigen Verantwortlichen für die einzelnen Elemente des Kontrollsystems stehen untereinander sowie mit dem Vorstand in engem Kontakt und berichten regelmäßig an den Aufsichtsrat bzw. dessen Ausschüsse. Gleichermäßen verfügt die Gruppe über ein konzernweites Risikomanagementsystem, das Funktionen, Prozesse und Verantwortlichkeiten beschreibt und verbindlich regelt. Details zum internen Kontrollsystem und zum Risikomanagement bei der Gruppe Deutsche Börse sind in den [Abschnitten](#) „Konzernsteuerung“ und „Risikobericht“ nachzulesen.

Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat

Ein wesentliches Grundprinzip des deutschen Aktiengesetzes ist das duale Führungsprinzip, das die Organe Vorstand und Aufsichtsrat jeweils mit getrennten eigenständigen Kompetenzen ausstattet, die in den folgenden Abschnitten ausführlich beschrieben werden.

Beide Gremien erfüllen ihre Aufgaben zum Wohl des Unternehmens und mit dem Ziel einer nachhaltigen Wertsteigerung. Grundlage ihres Handelns ist das Prinzip der verantwortungsvollen Unternehmensführung (Corporate Governance). Vorstand und Aufsichtsrat der Deutsche Börse AG arbeiten daher eng und vertrauensvoll zusammen: Der Vorstand setzt den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über den Gang der Geschäfte in Kenntnis. Darüber hinaus informiert er den Aufsichtsrat regelmäßig über alle Fragen der Unternehmensplanung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage und des Risikomanagements, der Compliance sowie der Kontrollsysteme im Unternehmen. Über Angelegenheiten, die von besonderem Gewicht für das Unternehmen sind, informiert der Vorstandsvorsitzende den Aufsichtsrat unverzüglich mündlich oder schriftlich. Die strategische Ausrichtung des Unternehmens wird mit dem Aufsichtsrat eingehend erörtert und abgestimmt und ihre Umsetzung in regelmäßigen Abständen diskutiert. Insbesondere die Vorsitzenden der beiden Gremien halten regelmäßig Kontakt und beraten die Strategie, die Geschäftsentwicklung sowie das Risikomanagement des Unternehmens. Zudem kann der Aufsichtsrat jederzeit vom Vorstand einen Bericht insbesondere über Angelegenheiten der Deutsche Börse AG sowie über geschäftliche Vorgänge bei Tochterunternehmen verlangen, die auf die Lage der Deutsche Börse AG von erheblichem Einfluss sein können.

Vorstand der Deutsche Börse AG

Der Vorstand leitet die Deutsche Börse AG und die Gruppe Deutsche Börse. Im Berichtsjahr gehörten dem Vorstand fünf Mitglieder an. Zu den wesentlichen Aufgaben des Gremiums zählen die Festlegung der Unternehmensziele und der strategischen Ausrichtung, die Steuerung und Überwachung der operativen Einheiten sowie die Einrichtung und Überwachung eines effizienten Risikomanagementsystems. Der Vorstand ist zuständig für die Aufstellung des Konzern- und des Jahresabschlusses sowie die Erstellung der unterjährigen Finanzinformationen der Deutsche Börse AG. Ferner hat er für die Einhaltung der Rechtsvorschriften und behördlicher Regelungen zu sorgen.

Die Mitglieder des Vorstands tragen gemeinsam die Verantwortung für die gesamte Geschäftsführung. Unbeschadet der Gesamtverantwortung aller Vorstandsmitglieder führen die einzelnen Mitglieder des Vorstands die ihnen im Rahmen des Geschäftsverteilungsplans zugewiesenen Ressorts selbstständig und in eigener Verantwortung. Zusätzlich zu den Geschäftsbereichen gibt es mit dem Ressort des Vorstandsvorsitzenden (CEO) und dem des Finanzvorstands (CFO) funktionale Zuständigkeiten. Die Geschäftsbereiche decken die operativen Geschäftsfelder wie die Kassamarktaktivitäten und das Derivategeschäft, die Wertpapierabwicklung und -verwahrung sowie die Informationstechnologie und das Marktdatengeschäft ab. Für Details siehe den [Abschnitt „Überblick über die Gruppe Deutsche Börse – Organisationsstruktur“](#).

Die nähere Ausgestaltung der Vorstandsarbeit wird durch eine Geschäftsordnung, die der Aufsichtsrat für den Vorstand erlassen hat, bestimmt. Diese regelt u. a. dem Gesamtvorstand vorbehaltene Angelegenheiten, besondere Maßnahmen, die der Zustimmung des Aufsichtsrats bedürfen, sowie sonstige Verfahrens- und Beschlussmodalitäten. Der Vorstand tagt regelmäßig im Rahmen von Vorstandssitzungen. Diese werden vom Vorstandsvorsitzenden einberufen, der die Arbeit im Vorstand koordiniert. Jedes Vorstandsmitglied kann die Einberufung einer Sitzung verlangen. Der Gesamtvorstand entscheidet gemäß Geschäftsordnung regelmäßig durch Beschluss mit der einfachen Mehrheit der an der Beschlussfassung teilnehmenden Mitglieder. Im Falle der Stimmengleichheit ist die Stimme des Vorstandsvorsitzenden entscheidend. Dieser hat zudem ein Vetorecht; er kann jedoch keine Entscheidung gegen das Mehrheitsvotum durchsetzen.

Weitere Informationen zum Vorstand, die personelle Zusammensetzung, die individuellen Mandate und die Lebensläufe können unter www.deutsche-boerse.com/vorstand abgerufen werden.

Aufsichtsrat der Deutsche Börse AG

Der Aufsichtsrat überwacht und berät den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens. Er unterstützt ihn bei wesentlichen unternehmerischen Entscheidungen und steht ihm bei Fragen von strategischer Bedeutung zur Seite. Maßnahmen, die der Zustimmung des Aufsichtsrats bedürfen, hat der Aufsichtsrat in der Geschäftsordnung für den Vorstand definiert. Des Weiteren bestellt der Aufsichtsrat die Mitglieder des Vorstands, setzt deren Gesamtvergütung fest und prüft Konzern- und Jahresabschluss der Deutsche Börse AG sowie den zusammengefassten Lagebericht inklusive der zusammengefassten nichtfinanziellen Erklärung. Details zur Tätigkeit des Aufsichtsrats im Geschäftsjahr 2017 werden im [Bericht des Aufsichtsrats](#) erläutert.

Der Aufsichtsrat hat bislang zwölf Mitglieder und setzt sich zu zwei Dritteln aus Vertretern der Anteilseigner und zu einem Drittel aus Vertretern der Arbeitnehmer zusammen. Die Amtszeit der derzeitigen Mitglieder endet mit der ordentlichen Hauptversammlung am 16. Mai 2018. Nach dem Ende des Statusverfahrens nach § 98 AktG am 22. Dezember 2017 ist der Aufsichtsrat der Deutsche Börse AG nach den Vorschriften des Mitbestimmungsgesetzes (MitbestG) zu besetzen. Grund hierfür ist, dass die Zahl der Arbeitnehmer der Deutsche Börse AG in Deutschland nach § 1 Abs. 1 Nr. 2 MitbestG die Schwelle von 2.000 Mitarbeitern überschritten hat. Mit Wirkung ab der ordentlichen Hauptversammlung 2018 ist der Aufsichtsrat der Gesellschaft dementsprechend aus einer gleichen Anzahl von Anteilseigner- und Arbeitnehmervertretern zusammenzusetzen.

Vor dem Hintergrund der künftigen paritätischen Zusammensetzung des Aufsichtsrats der Deutsche Börse AG nach den Bestimmungen des Mitbestimmungsgesetzes wird der ordentlichen Hauptversammlung 2018 vorgeschlagen zu beschließen, die Anzahl der Aufsichtsratsmitglieder von derzeit 12 auf künftig 16 Mitglieder zu erhöhen. Damit soll auch den im Zusammenhang mit dem Wachstum der Gesellschaft und der Gruppe gestiegenen Anforderungen an die Aufsichtsrats Tätigkeit – insbesondere im Hinblick auf Diversität und Internationalisierung – Rechnung getragen werden.

Der Aufsichtsrat trifft sich zu mind. sechs ordentlichen Sitzungen pro Jahr. Nach Bedarf werden darüber hinaus außerordentliche Sitzungen abgehalten. Die Ausschüsse halten ebenfalls regelmäßig Sitzungen ab. Der Aufsichtsrat trifft seine Entscheidungen mit einfacher Mehrheit soweit nicht zwingende gesetzliche Vorschriften oder die Satzung etwas anderes vorsehen. Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag. Der Aufsichtsrat überprüft regelmäßig neben seiner Struktur, Größe, Zusammensetzung und Leistung u. a. auch die Effizienz seiner Tätigkeit, erörtert Verbesserungsmöglichkeiten und beschließt hierzu geeignete Maßnahmen, soweit erforderlich.

Ausschüsse des Aufsichtsrats

Mit den Ausschüssen verfolgt der Aufsichtsrat das Ziel, die Effizienz seiner Arbeit zu steigern, indem komplexe Sachverhalte in kleineren Gruppen erörtert und für den Gesamtaufichtsrat vorbereitet werden. Soweit gesetzlich zulässig, sind auch einzelne Entscheidungsbefugnisse auf die Ausschüsse übertragen. Im Berichtsjahr hatte der Aufsichtsrat sechs Ausschüsse; für Details siehe die [Übersicht „Die Ausschüsse des Aufsichtsrats im Jahr 2017: Zusammensetzung und Zuständigkeiten“](#). Die Zuständigkeiten der Aufsichtsratsausschüsse sind in der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat geregelt. Die Verfahrensregeln der Ausschüsse entsprechen denen des Aufsichtsratsplenums. Im Hinblick auf § 4b Abs. 5 Börsengesetz hat der Aufsichtsrat mit Wirkung zum 3. Januar 2018 beschlossen, den Nominierungs- und den Personalausschuss zu einem gemeinsamen Ausschuss zusammenzufassen. Die aktuellen Aufgaben und Zusammensetzungen der einzelnen Ausschüsse können im Internet unter www.deutsche-boerse.com/aufsichtsrat > [Ausschüsse](#) eingesehen werden.

Die Ausschussvorsitzenden berichten jeweils dem Aufsichtsratsplenum über die Gegenstände und Beschlüsse der Ausschusssitzungen. Details zu den konkreten Tätigkeiten und Sitzungen des Aufsichtsrats im Berichtsjahr können dem [Bericht des Aufsichtsrats](#) entnommen werden.

Weitere Informationen zum Aufsichtsrat sowie zu den Ausschüssen, die personelle Zusammensetzung, die individuellen Mandate und die Lebensläufe der Mitglieder können im Internet abgerufen werden: www.deutsche-boerse.com/aufsichtsrat.

Die Ausschüsse des Aufsichtsrats im Jahr 2017: Zusammensetzung und Zuständigkeiten

Prüfungsausschuss

Mitglieder	Zusammensetzung
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Dr. Erhard Schipporeit (Vorsitzender) ▪ Karl-Heinz Flöther ▪ Dr. Monica Mächler ▪ Johannes Witt 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Mind. vier Mitglieder, die vom Aufsichtsrat gewählt werden ▪ Bedingung für den Vorsitz des Ausschusses: Unabhängigkeit und besondere Kenntnisse und Erfahrungen in der Anwendung von Rechnungslegungsgrundsätzen und internen Kontrollverfahren (Financial Expert) ▪ Ausgeschlossen vom Vorsitz: Vorsitzender des Aufsichtsrats, ehemalige Vorstandsmitglieder der Gesellschaft, deren Bestellung vor weniger als zwei Jahren endete
	<p data-bbox="606 616 1410 649">Zuständigkeiten</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Behandlung von Fragen der Aufstellung des jährlichen Budgets und Finanzthemen, insbesondere Kapitalmanagement ▪ Behandlung von Fragen der Angemessenheit und Wirksamkeit der Kontrollsysteme der Gesellschaft, insbesondere hinsichtlich Risikomanagement, Compliance und interne Revision ▪ Prüfungsberichte ▪ Behandlung von Fragen der Rechnungslegung, einschließlich der Überwachung des Rechnungslegungsprozesses ▪ Halbjahresfinanzberichte und etwaige Quartalsfinanzberichte ▪ Prüfung des Jahresabschlusses, des Konzernabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts einschließlich der zusammengefassten nichtfinanziellen Erklärung, Erörterung des Prüfberichts mit dem Abschlussprüfer sowie Vorbereitung der Entscheidung des Aufsichtsrats über die Feststellung des Jahresabschlusses, über die Billigung des Konzernabschlusses und über den Beschlussvorschlag des Vorstands zur Gewinnverwendung ▪ Vorbereitung des Vorschlags des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung über die Wahl des Abschlussprüfers und des Konzernabschlussprüfers sowie des Prüfers für den Halbjahresfinanzbericht, sofern dieser geprüft oder einer prüferischen Durchsicht unterzogen wird, und Abgabe einer entsprechenden Empfehlung an den Aufsichtsrat ▪ Befassung mit der erforderlichen Unabhängigkeit des Abschlussprüfers ▪ Befassung mit den vom Abschlussprüfer zusätzlich erbrachten Leistungen ▪ Erteilung des Prüfungsauftrags an den Abschlussprüfer, insbesondere auch die Erteilung des Prüfungsauftrags für eine prüferische Durchsicht oder Prüfung von Halbjahresfinanzberichten sowie die Bestimmung von Prüfungsschwerpunkten und die Honorarvereinbarung ▪ Vorbereitung der Entscheidung des Aufsichtsrats über die Erklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex nach § 161 AktG und über die Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289f HGB

Nominierungsausschuss¹⁾

Mitglieder	Zusammensetzung
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Dr. Joachim Faber (Vorsitzender) ▪ Prof. Dr. Dr. Ann-Kristin Achleitner ▪ Amy Yip 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Vorsitzender des Personalausschusses ist in Personalunion auch Vorsitzender des Nominierungsausschusses ▪ Mind. zwei weitere Mitglieder: ausschließlich Vertreter der Anteilseigner, die zugleich im Personalausschuss vertreten sind
	Zuständigkeit
	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Vorschlag geeigneter Kandidaten an den Aufsichtsrat für dessen Wahlvorschlag an die Hauptversammlung

1) Der Nominierungsausschuss und der Personalausschuss wurden mit Wirkung zum 3. Januar 2018 zu einem gemeinsamen Ausschuss zusammengefasst, dem seit 3. Januar 2018 auch Marion Fornoff als Vertreterin der Arbeitnehmer angehört.

Personalausschuss¹⁾

Mitglieder	Zusammensetzung
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Dr. Joachim Faber (Vorsitzender) ▪ Prof. Dr. Dr. Ann-Kristin Achleitner ▪ Marion Fornoff ▪ Amy Yip 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Vorsitzender des Aufsichtsrats als Ausschussvorsitzender ▪ Mind. drei weitere Mitglieder, die vom Aufsichtsrat gewählt werden und von denen eines der Arbeitnehmerseite angehört
	Zuständigkeiten
	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Beschäftigung mit Fragen zu den Dienstverträgen der Vorstandsmitglieder, insbesondere zur Struktur und Höhe ihrer Bezüge ▪ Befassung mit der Nachfolgeplanung im Vorstand ▪ Zustimmung zur Übernahme von Vorstands-, Aufsichtsrats-, Beirats- und ähnlichen Mandaten sowie Ehrenämtern und Nebentätigkeiten durch Vorstandsmitglieder der Deutsche Börse AG ▪ Zustimmung zu etwaigen Befreiungen von der Zustimmungspflicht ▪ Zustimmung zur Erteilung oder zum Widerruf von Generalvollmachten ▪ Zustimmung, soweit der Vorstand Angestellten Ruhegelder zusagt, sonstige individualrechtliche Altersversorgung einräumt oder Betriebsvereinbarungen über die Errichtung von Versorgungswerken abschließen möchte

1) Der Nominierungsausschuss und der Personalausschuss wurden mit Wirkung zum 3. Januar 2018 zu einem gemeinsamen Ausschuss zusammengefasst, dem seit 3. Januar 2018 auch Marion Fornoff als Vertreterin der Arbeitnehmer angehört.

Risikoausschuss

Mitglieder	Zusammensetzung
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Richard Berliand (Vorsitzender) ▪ Monica Mächler ▪ Dr. Erhard Schipporeit ▪ Jutta Stuhlfauth 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Mind. vier Mitglieder, die vom Aufsichtsrat gewählt werden
	Zuständigkeiten
	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Überprüfung des Risiko Management Framework einschließlich der Gesamtrisikostategie und -bereitschaft sowie der Risiko-Roadmap ▪ Kenntnisnahme und Prüfung der periodischen Risikomanagement- und Compliance-Berichte ▪ Beaufsichtigung der Überwachung der betrieblichen, finanziellen und Geschäftsrisiken der Gruppe ▪ Erörterung der jährlichen Berichte über maßgebliche Risiken und über die Risikomanagementsysteme der regulierten Gesellschaften der Gruppe, soweit gesetzlich zulässig

Strategieausschuss

Mitglieder	Zusammensetzung
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Dr. Joachim Faber (Vorsitzender) ▪ Prof. Dr. Dr. Ann-Kristin Achleitner ▪ Richard Berliand ▪ Hans-Peter Gabe ▪ Jutta Stuhlfauth ▪ Amy Yip 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Vorsitzender des Aufsichtsrats als Ausschussvorsitzender ▪ Mind. fünf weitere Mitglieder, die vom Aufsichtsrat gewählt werden <p>Zuständigkeiten</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Beratung des Vorstands in Angelegenheiten mit strategischer Bedeutung für die Gesellschaft und die mit ihr verbundenen Unternehmen ▪ Befassung mit Fragen der grundsätzlichen geschäftspolitischen und unternehmerischen Ausrichtung sowie mit bedeutsamen Projekten für die Gruppe Deutsche Börse

Technologieausschuss

Mitglieder	Zusammensetzung
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Richard Berliand (Vorsitzender) ▪ Karl-Heinz Flöther ▪ Craig Heimark ▪ Johannes Witt 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Mind. drei Mitglieder, die vom Aufsichtsrat gewählt werden <p>Zuständigkeiten</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Unterstützung des Aufsichtsrats bei der Erfüllung der Aufsichtspflichten hinsichtlich der Informationstechnologie zur Ausführung der Geschäftsstrategie der Gruppe sowie im Hinblick auf die Informationssicherheit ▪ Beratung zur IT-Strategie und -Architektur ▪ Beaufsichtigung der Überwachung technologischer Innovationen, IT-Service-Bereitstellungen und der technischen Leistungsfähigkeit und Stabilität der IT-Systeme, betrieblicher IT-Risiken und Informationssicherheitsdienste und -risiken

Ziele für die Zusammensetzung sowie Kompetenzprofil des Aufsichtsrats

Mit Blick auf seine Zusammensetzung, v. a. für die künftige Nominierung von Mitgliedern, hat der Aufsichtsrat gemäß Ziffer 5.4.1 DCGK einen Katalog mit konkreten Zielvorgaben einschließlich eines Kompetenzprofils beschlossen. Dazu gehören Qualifikationserfordernisse ebenso wie im Rahmen eines Diversitätskonzepts umzusetzende Ziele zur Vielfalt der Zusammensetzung. Zudem sollen die Mitglieder über ausreichend Zeit sowie über Integrität und charakterliche Eignung zur Wahrnehmung des Mandats verfügen. Mindestens die Hälfte der Anteilseignervertreter im Aufsichtsrat soll zudem unabhängig sein.

Kompetenzprofil

Die Mitglieder des Aufsichtsrats sollen aufgrund ihrer Kenntnisse, Fähigkeiten und fachlichen Erfahrungen in der Lage sein, die Aufgaben eines Aufsichtsratsmitglieds in einem international tätigen Unternehmen wahrzunehmen. Hierzu hat der Aufsichtsrat individuelle (Basis-) und allgemeine Qualifikationserfordernisse festgelegt. Die allgemeinen Erfordernisse leiten sich aus dem Geschäftsmodell, der konkreten Zielsetzung und aus spezifischen, für die Gruppe Deutsche Börse geltenden Regulierungen ab.

Individuelle (Basis-)Qualifikationserfordernisse

Die Basis-Qualifikationsmerkmale liegen idealerweise bei jedem Aufsichtsratsmitglied vor:

- Verständnis für kaufmännische Fragen
- Analytische und strategische Fähigkeiten
- Verständnis des Corporate Governance-Systems
- Kenntnis des Finanzdienstleistungssektors
- Verständnis der Aktivitäten der Deutsche Börse AG
- Verständnis der Struktur der Gruppe Deutsche Börse
- Verständnis der eigenen Position und der Verantwortlichkeiten

Allgemeine Qualifikationserfordernisse

Die allgemeinen Merkmale beziehen sich auf den Aufsichtsrat in seiner Gesamtheit. Mindestens zwei Mitglieder sollten jeweils über fundierte Kenntnisse insbesondere in folgenden Themen verfügen:

- Geschäftsmodelle von Börsen und Kapitalmarkt
- Rechnungslegung, Finanzen, Revision
- Risikomanagement und Compliance
- Informationstechnologie und -sicherheit, Digitalisierung
- Clearing-, Abwicklungs- und Verwahrungsgeschäft
- Regulatorische Anforderungen

Der Aufsichtsrat erfüllt in seiner derzeitigen Zusammensetzung die vorgenannten Qualifikationserfordernisse.

Abdeckung der allgemeinen Qualifikationserfordernisse

	Geschäftsmodelle von Börsen und Kapitalmarkt	Rechnungslegung, Finanzen, Revision	Risikomanagement und Compliance	Informationstechnologie und -sicherheit, Digitalisierung	Clearing-, Abwicklungs- und Verwahrungsgeschäft	Regulatorische Anforderungen
Dr. Joachim Faber (Vorsitzender)	+	+	+			+
Richard Berliand (stellvertretender Vorsitzender)	+	+	+	+	+	
Prof. Dr. Dr. Ann-Kristin Achleitner	+	+				+
Karl-Heinz Flöther		+		+		
Craig Heimark		+		+	+	
Dr. Monica Mächler		+	+			+
Dr. Erhard Schipporeit	+	+	+			
Amy Yip	+	+			+	

Unabhängigkeit

Dem Aufsichtsrat soll nach Ziffer 5.4.2 DCGK eine nach seiner Einschätzung angemessene Zahl unabhängiger Mitglieder angehören. Ein Aufsichtsratsmitglied ist insbesondere dann nicht mehr als unabhängig im Sinne der Ziffer 5.4.2 DCGK anzusehen, wenn es in einer persönlichen oder geschäftlichen Beziehung zur Gesellschaft, deren Organen, einem kontrollierenden Aktionär oder einem mit diesem verbundenen Unternehmen steht, die einen wesentlichen und nicht nur vorübergehenden Interessenkonflikt begründen kann. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, dass mindestens die Hälfte seiner Anteilseignervertreter in diesem Sinne unabhängig sein soll. Derzeit werden alle Anteilseignervertreter als unabhängig betrachtet.

Diversitätskonzept für Vorstand und Aufsichtsrat

Das vom Aufsichtsrat nach § 289f Abs. 2 Nr. 6 HGB verabschiedete Diversitätskonzept für Vorstand und Aufsichtsrat verfolgt das Ziel, bei der Zusammensetzung beider Gremien eine große Bandbreite von Perspektiven und Erfahrungen zu erreichen. Die Umsetzung des Konzepts erfolgt im Rahmen der Ernennung neuer Vorstandsmitglieder bzw. bei Vorschlägen zur Wahl neuer Aufsichtsratsmitglieder.

Flexible Altersgrenze und Zugehörigkeitsdauer

Die vom Aufsichtsrat in der Geschäftsordnung niedergelegte flexible Regelung zur Altersgrenze (Regelaltersgrenze von 70 Jahren) wird bei den Kandidatenvorschlägen an die Hauptversammlung berücksichtigt. Des Weiteren sieht die Geschäftsordnung des Aufsichtsrats eine Regelzugehörigkeitsgrenze von nicht länger als zwölf Jahren vor, die der Aufsichtsrat bei seinen Wahlvorschlägen an die Hauptversammlung berücksichtigen soll.

Demgemäß werden Craig Heimark und Dr. Erhard Schipporeit, die dem Aufsichtsrat seit 2005 angehören, der Hauptversammlung 2018 nicht zur Wiederwahl vorgeschlagen. Um einen Ausgleich zwischen der personellen Erneuerung und der Kontinuität in der Arbeit des Aufsichtsrats sicher zu stellen sowie Wissen und Erfahrung im Gremium zu erhalten, schlägt der Aufsichtsrat der Hauptversammlung die Wiederwahl von Richard Berliand vor, der dem Aufsichtsrat bereits seit Oktober 2005 angehört. Der Vorschlag zur Verlängerung der Amtszeit von Herrn Berliand über die Regelzugehörigkeitsgrenze hinaus gründet insbesondere auf seiner langjährigen und tiefgreifenden Erfahrung mit Börsenunternehmen und deren Abläufen sowie seiner umfassenden Kenntnis der Finanzmarktinfrasturkturindustrie.

Die flexible Altersgrenze für Vorstandsmitglieder sieht eine Bestellung bis zum Ende des Monats vor, in dem das Vorstandsmitglied sein 60. Lebensjahr vollendet. Ab dem Monat, nach dem das Vorstandsmitglied das 60. Lebensjahr vollendet hat, kann es für einen Zeitraum von jeweils einem Jahr erneut bestellt werden. Die letzte Bestellungsperiode soll allerdings mit Ablauf des Monats enden, in dem das Vorstandsmitglied das 65. Lebensjahr vollendet. Bei der Ernennung von Vorstandsmitgliedern verfolgt der Aufsichtsrat das Ziel einer für die Gesellschaft optimalen Zusammensetzung des Vorstandsgremiums. Dabei spielen Erfahrung und Branchenkenntnisse sowie fachliche und persönliche Qualifikation eine wichtige Rolle. Je nach zu besetzendem Vorstandsressort kommt es dabei nicht nur auf die Breite und Tiefe, sondern auch auf die Aktualität der spezifisch erforderlichen Kenntnisse an. Die flexible Altersgrenze ist ausdrücklich weich formuliert, um dem Aufsichtsrat volle Flexibilität bei seinen Bestellungsentscheidungen zu belassen.

Derzeit gehört dem Vorstand kein Mitglied an, das die Altersgrenze von 65 Jahren überschreitet. Die Bestellungen von Andreas Preuß und Jeffrey Tessler, die beide das 60. Lebensjahr vollendet haben, wurden im Jahr 2017 jeweils nur um ein Jahr verlängert. Der mit Wirkung zum 1. Januar 2018 bestellte Vorstandsvorsitzende Dr. Theodor Weimer wird zum Ende seiner aktuellen Bestellung 61 Jahre alt sein.

Frauenanteil

Im Einklang mit dem Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst hat der Aufsichtsrat der Deutsche Börse AG gemäß § 111 Abs. 5 AktG Zielgrößen für den Frauenanteil in Aufsichtsrat und Vorstand festgelegt.

Zum Zeitpunkt der erstmaligen Festlegung der entsprechenden Zielgrößen für Aufsichtsrat und Vorstand der Deutsche Börse AG lag der Frauenanteil im Aufsichtsrat bei 33,33 Prozent und im Vorstand bei 20 Prozent. Auf dieser Grundlage hatte der Aufsichtsrat am 16. Juni 2015 als Mindestziel eine Beibehaltung des erreichten Frauenanteils bis zum Ende der ersten Umsetzungsfrist am 30. Juni 2017 festgelegt. Beide Ziele wurden erreicht: Während der Frauenanteil im Vorstand zum 30. Juni 2017 unverändert 20 Prozent betrug, lag der Frauenanteil im Aufsichtsrat zum gleichen Zeitpunkt bei 41,67 Prozent und damit über dem selbst gesetzten Mindestziel. Mit Wirkung zum 1. Juli 2017 hat der Aufsichtsrat beschlossen, beide Ziele bis zum 31. Dezember 2021 zu verlängern. Mit der Anwendbarkeit des Mitbestimmungsgesetzes auf die Deutsche Börse AG ab der ordentlichen Hauptversammlung 2018 gilt hinsichtlich der Zusammensetzung des Aufsichtsrats anstelle des selbstgesteckten Mindestziels nach § 111 Abs. 5 AktG die gesetzliche Geschlechterquote von 30 Prozent gemäß § 96 Abs. 2 AktG. Um einer mög-

lichen Ungleichbehandlung von entweder Anteilseigner- oder Arbeitnehmervertretern vorzubeugen und die Planungssicherheit in den jeweiligen Wahlprozessen zu erhöhen, haben die Anteilseignervertreter im Aufsichtsrat der Gesamterfüllung der Quote nach § 96 Abs. 2 Satz 2 AktG widersprochen. Damit ist der Mindestanteil von 30 Prozent von der Seite der Anteilseigner und der Seite der Arbeitnehmer getrennt zu erfüllen. Die gesetzliche Geschlechterquote wird durch die aktuelle Besetzung des Aufsichtsrats eingehalten. Ungeachtet dessen strebt der Aufsichtsrat für Vorstand und Aufsichtsrat eine weitere Steigerung des Frauenanteils an.

Internationalität

Die Zusammensetzung von Vorstand und Aufsichtsrat soll die Internationalität des Unternehmens widerspiegeln. Mit Richard Berliand, Craig Heimark, Dr. Monica Mächler und Amy Yip gehörten dem Aufsichtsrat im Berichtsjahr vier Mitglieder an, die eine andere als die deutsche Staatsangehörigkeit haben. Zudem verfügt eine Vielzahl der Mitglieder des Aufsichtsrats über langjährige internationale Erfahrung. Auch künftig wird der Aufsichtsrat die Internationalität der Gesellschaft abbilden: Mit Martin Jetter und Barbara Lambert werden der Hauptversammlung zwei neue Aufsichtsratsmitglieder vorgeschlagen, die über langjährige internationale Berufserfahrung verfügen. Frau Lambert besitzt neben der deutschen auch die schweizerische Staatsbürgerschaft und hat ihren Lebensmittelpunkt in der Schweiz. Herr Jetter ist wohnhaft in den USA. Somit erfüllt der Aufsichtsrat seine Ziele an die Internationalität seiner Zusammensetzung. Gleiches gilt für den Vorstand, dem mit Jeffrey Tessler ein Mitglied mit einer anderen als der deutschen Staatsangehörigkeit angehört.

Bildungs- und Berufshintergrund

Der Aufsichtsrat hat sich zum Ziel gesetzt, bei seiner eigenen Zusammensetzung und bei der Zusammensetzung des Vorstands eine angemessene Bandbreite von Ausbildungsgängen und beruflichen Hintergründen zu berücksichtigen. Sowohl Aufsichtsrat als auch Vorstand sind entsprechend diesen Zielen besetzt. Neben Berufserfahrungen im Bereich Finanzdienstleistungen gehören Vorstand und Aufsichtsrat auch Mitglieder mit einem Hintergrund in der Unternehmensberatung, dem IT-Sektor, der Verwaltung und Regulierung, der Wissenschaft und der Energiewirtschaft an. Bei der akademischen Bildung überwiegen wirtschafts- und rechtswissenschaftliche Studiengänge, hinzu kommen u. a. Hintergründe in Biologie, Politikwissenschaft und Ingenieurwesen. Ausbildung und berufliche Erfahrungen tragen insofern auch zur Erfüllung der oben aufgeführten Qualifikationserfordernisse an die Aufsichtsratsmitglieder bei.

Sowohl der Aufsichtsrat als auch der Vorstand der Deutsche Börse AG sind den zuvor genannten Zielen entsprechend zusammengesetzt. Weitere Informationen zu den Mitgliedern des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse finden Sie im Internet unter www.deutsche-boerse.com/aufsichtsrat. Weitere Informationen zu den Mitgliedern des Vorstands können abgerufen werden unter www.deutsche-boerse.com/vorstand.

Vorbereitung der Wahl der Anteilseignervertreter im Aufsichtsrat

Der Nominierungsausschuss des Aufsichtsrats, dessen Aufgabe es ist, dem Aufsichtsrat für dessen Wahlvorschläge an die Hauptversammlung geeignete Kandidaten vorzuschlagen, hat sich intensiv mit der Vorbereitung der Wahl der Anteilseignervertreter im Aufsichtsrat durch die ordentliche Hauptversammlung im Jahr 2018 befasst. Dabei war neben dem Ausscheiden von Craig Heimark und Dr. Erhard Schipporeit nach zwölfjähriger Zugehörigkeit zum Aufsichtsrat auch zu berücksichtigen, dass Dr. Monica Mächler auf eine weitere Amtszeit verzichtet. Mit Blick auf die künftige paritätische Besetzung des Aufsichtsrats hat der Ausschuss mit Beschluss vom 19. Februar 2018 acht Kandidaten für die Wahl der Anteilseignervertreter vorgeschlagen. Fünf der acht vorgeschlagenen Kandidaten waren amtierende Mitglieder des Aufsichtsrats, drei Kandidaten gehörten diesem Kreis bis dato nicht an. Bei der Auswahl der

Kandidaten hat der Ausschuss sichergestellt, dass alle oben genannten Kriterien erfüllt werden. Zu diesem Zweck hatte ein externer Berater im Auftrag des Aufsichtsratsvorsitzenden zunächst eine Vorauswahlliste geeigneter Personen erstellt. Nach persönlichen Interviews mit den Kandidaten der Vorauswahlliste hat sich der Ausschuss auf Martin Jetter, Barbara Lambert und Prof. Dr. Joachim Nagel als neue Kandidaten für die Aufsichtsratswahl 2018 verständigt. Martin Jetter bekleidete in seinem Berufsleben im In- und Ausland eine Reihe leitender Stellen bei IBM und ist derzeit als Senior Vice President Global Technology Services und Mitglied des Management Boards der IBM Corporation auf oberster Führungsebene verantwortlich für die weltweiten Infrastrukturdienstleistungen des Konzerns. Er verfügt über ausgewiesene technologische Kompetenzen. Barbara Lambert erwarb u. a. durch Positionen bei der WestLB, bei Arthur Andersen/Ernst & Young und bei Pictet & Cie. internationale Berufserfahrung sowie Expertise in den Bereichen Rechnungslegung und interne Kontrollverfahren. Zusätzlich zur Leitung der Prüfungsaktivitäten im Finanzsektor von Ernst & Young Schweiz war sie u. a. Prüferin einer Schweizer Großbank. Sie ist bis 31. März 2018 Mitglied des Geschäftsleitungskomitees und Group Chief Risk Officer bei Pictet & Cie, ab 1. April 2018 gehört sie dem Verwaltungsrat der Gesellschaft an. Frau Lambert erfüllt die Anforderungen an eine Finanzexpertin nach §§ 107 Abs. 4, 100 Abs. 5 AktG und Ziffer 5.3.2 Abs. 3 DCGK. Weiterhin schlägt der Aufsichtsrat mit Prof. Dr. Joachim Nagel einen Kandidaten zur Wahl vor, der insbesondere über umfassende Kapitalmarkt- und regulatorische Expertise in der Finanzdienstleistungsbranche verfügt. Von 1999 bis 2016 war Professor Nagel für die Deutsche Bundesbank in verschiedenen leitenden Positionen tätig, in den letzten sechs Jahren als Mitglied des Vorstands u. a. verantwortlich für den Bereich Märkte. Er ist Mitglied des Vorstands der KfW Bankengruppe.

Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für den Aufsichtsrat

Grundsätzlich haben Aufsichtsratsmitglieder eigenverantwortlich für ihre Aus- und Weiterbildung zu sorgen. Daneben folgt die Deutsche Börse AG der Empfehlung in Ziffer 5.4.5 Abs. 2 DCGK, die Aus- und Fortbildung von Aufsichtsratsmitgliedern zu unterstützen. Dazu bietet sie beispielsweise gezielt Einführungsveranstaltungen für neue Aufsichtsratsmitglieder an und hält Workshops zu ausgewählten Strategie- und bei Bedarf auch Fachthemen ab. So wurden im Berichtsjahr neben einem Strategieworkshop zwei Technologieworkshops zu den Themen Digitalisierung und künstliche Intelligenz durchgeführt. Zudem gab es im Rahmen der Aufsichtsratssitzungen Briefings zu mehreren regulatorischen Themen, u. a. zu MiFIR/MiFID II.

Effizienzprüfung der Tätigkeit des Aufsichtsrats

Die Deutsche Börse AG versteht es als wichtigen Bestandteil guter Corporate Governance, die Effizienz der Aufsichtsratsarbeit gemäß Ziffer 5.6 DCGK regelmäßig zu überprüfen. Die Effizienzprüfung 2017 widmete sich den Themen Aufgaben des Aufsichtsrats und Mandatswahrnehmung, Zusammenarbeit im Aufsichtsrat und mit dem Vorstand sowie Organisation der Arbeit und der Sitzungen des Aufsichtsrats. Die Effizienzprüfung ergab ein in der Gesamtschau positives Bild. Identifizierte Verbesserungsvorschläge wurden besprochen und Schritte zu deren Umsetzung eingeleitet.

Zielgrößen für den Frauenanteil unterhalb des Vorstands

Im Einklang mit dem Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst hat der Vorstand der Deutsche Börse AG gemäß § 76 Abs. 4 AktG Zielgrößen für den Frauenanteil auf den beiden Führungsebenen unterhalb des Vorstands, jeweils bezogen auf die Deutsche Börse AG, festgelegt.

Für die beiden Führungsebenen unterhalb des Vorstands ergab sich zum Zeitpunkt der erstmaligen Festlegung der Zielgrößen am 15. September 2015 ein Frauenanteil von 6 Prozent auf der ersten und 10 Prozent auf der zweiten Führungsebene. Als Mindestziel hat der Vorstand seinerzeit bis zum 30. Juni 2017 eine Beibehaltung dieser Anteile bestimmt. Dieses Ziel wurde mit einem Anteil von 11 Prozent auf der ersten Führungsebene und 15 Prozent auf der zweiten Führungsebene erreicht. Mit Wirkung zum 1. Juli 2017 hat sich der Vorstand der Deutsche Börse AG neue Ziele gesetzt und strebt zum 31. Dezember 2021 einen Frauenanteil von 15 Prozent auf der ersten Führungsebene und einen Anteil von 20 Prozent auf der zweiten Führungsebene an. Zum 31. Dezember 2017 lag der Frauenanteil auf der ersten Führungsebene bei 10 Prozent und auf der zweiten Führungsebene bei 16 Prozent.

Daneben hat sich der Vorstand im Rahmen einer Selbstverpflichtung bereits 2010 das Ziel gesetzt, bis 2020 einen Anteil von Frauen in Führungspositionen von 20 Prozent im oberen und mittleren Management und von 30 Prozent im unteren Management zu erreichen. Diese Zielgrößen beziehen sich auf die Gruppe Deutsche Börse (weltweit mit Tochtergesellschaften). Im Berichtsjahr konnte der Anteil von Frauen im unteren Management leicht gesteigert werden. Die Anteile von Frauen im oberen und mittleren Management blieben konstant.

Weitere Informationen zu den Zielgrößen für den Frauenanteil und die Selbstverpflichtung im Rahmen der nichtfinanziellen Leistungsindikatoren sind im [Abschnitt „Mitarbeiter – Zielgrößen für den Frauenanteil“](#) in der zusammengefassten nichtfinanziellen Erklärung zu finden.

Aktionärsbeteiligung, transparente Berichterstattung und Kommunikation

Die Aktionäre üben ihre Rechte im Rahmen der Hauptversammlung aus. Im Sinne einer guten Corporate Governance ist es dabei ein Anliegen der Deutsche Börse AG, den Aktionären die Wahrnehmung ihrer Rechte als Anteilseigner möglichst zu erleichtern. Hierzu bietet die Deutsche Börse AG ihren Aktionären etwa an, die Hauptversammlung über das Internet zu verfolgen und sich in der Hauptversammlung durch von der Deutsche Börse AG benannte Stimmrechtsvertreter vertreten zu lassen. Diese üben das Stimmrecht ausschließlich auf der Grundlage der vom Aktionär erteilten Weisungen aus. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit zur Stimmabgabe per Briefwahl oder online über das Internet. Die Hauptversammlung wählt u. a. die Vertreter der Anteilseigner im Aufsichtsrat und beschließt über die Entlastung des Vorstands und des Aufsichtsrats. Sie entscheidet des Weiteren über die Verwendung des Bilanzgewinns, über Kapitalmaßnahmen, die Zustimmung zu Unternehmensverträgen sowie Satzungsänderungen der Gesellschaft. In jedem Jahr findet eine ordentliche Hauptversammlung statt, in der Vorstand und Aufsichtsrat Rechenschaft über das zurückliegende Geschäftsjahr ablegen.

Um größtmögliche Transparenz und Informationsgleichheit zu gewährleisten, folgt die Unternehmenskommunikation der Deutsche Börse AG allgemein dem Anspruch, dass alle Zielgruppen alle relevanten Informationen zum selben Zeitpunkt erhalten. In ihrem Finanzkalender informiert die Deutsche Börse AG deshalb Aktionäre, Analysten, Aktionärsvereinigungen, Medien und die interessierte Öffentlichkeit über die wichtigsten Termine, wie die Hauptversammlung oder die Veröffentlichung von Finanzkennzahlen. Neben Ad-hoc-Meldungen, Informationen zu Directors' Dealings und Stimmrechtsmitteilungen sind

auch Unternehmens- und Zwischenberichte sowie Unternehmensnachrichten unter www.deutsche-boerse.com abrufbar. Über den Konzern- und Jahresabschluss informiert die Deutsche Börse AG in einer Bilanzpressekonferenz. Jeweils im Anschluss an die Veröffentlichung der Zwischenberichte bietet sie Telefonkonferenzen für Analysten und Investoren an. Darüber hinaus erläutert sie ihre Strategie und informiert alle interessierten Parteien unter Beachtung des Grundsatzes zeitgleicher Information für alle Zielgruppen weltweit.

Außerdem hat die Deutsche Börse AG für 2017 einen Fortschrittsbericht in Anlehnung an den UN Global Compact abgegeben. Eine verantwortungsvolle Unternehmensführung ist für die Gruppe Deutsche Börse von zentraler Bedeutung. Sie befolgt die Prinzipien des Global Compact bereits seit vielen Jahren – seit dem offiziellen Beitritt zur Initiative im Jahr 2009 auch öffentlich nachprüfbar: www.deutsche-boerse.com > [Nachhaltigkeit](#) > [Unsere Verantwortung](#) > [UN Global Compact](#).

Rechnungslegung und Abschlussprüfung

In ihrem Unternehmensbericht informiert die Deutsche Börse AG ihre Anteilseigner und die interessierte Öffentlichkeit detailliert über die geschäftliche Entwicklung der Gruppe Deutsche Börse im Berichtsjahr. Weitere Informationen veröffentlicht die Gesellschaft mit dem Halbjahresfinanzbericht und zwei Quartalsmitteilungen. Die Jahresabschlussunterlagen sowie der Unternehmensbericht erscheinen binnen 90 Tagen nach Ende des Geschäftsjahres (31. Dezember), die unterjährigen Finanzinformationen (Halbjahresfinanzbericht und Quartalsmitteilungen) binnen 45 Tagen nach Ende des jeweiligen Quartals bzw. Halbjahres. Konzern- und Jahresabschluss werden nach Vorbereitung durch den Prüfungsausschuss im Gesamtaufsichtsrat und mit dem Wirtschaftsprüfer erörtert, geprüft und gebilligt. Den Halbjahresfinanzbericht und die Quartalsmitteilungen für das erste und dritte Quartal erörtert der Vorstand mit dem Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats vor der Veröffentlichung. Den Halbjahresfinanzbericht unterzieht der Wirtschaftsprüfer einer prüferischen Durchsicht. Die Hauptversammlung 2017 wählte, dem Vorschlag des Aufsichtsrats folgend, die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, (KPMG) als Abschlussprüfer für den Jahres- und Konzernabschluss 2017 und für die prüferische Durchsicht des Halbjahresfinanzberichts im Berichtsjahr. Zudem wurde im Geschäftsjahr 2017 KPMG auch mit einer externen inhaltlichen Prüfung der zusammengefassten nichtfinanziellen Erklärung beauftragt. Der verantwortliche Wirtschaftsprüfer, Andreas Dielehner, ist seit 2013 für die Prüfung zuständig, der zweite verantwortliche Wirtschaftsprüfer, Thomas Hommel, seit 2017. Der Vorschlag des Aufsichtsrats stützte sich auf die Empfehlung des Prüfungsausschusses. Vor der Wahl hat der Prüfungsausschuss die erforderliche Unabhängigkeitserklärung von KPMG eingeholt. Demzufolge bestehen keine persönlichen, geschäftlichen, finanziellen oder sonstigen Beziehungen zwischen dem Prüfer, seinen Organen und Prüfungsleitern einerseits und dem Unternehmen und seinen Organmitgliedern andererseits, die Zweifel an der Unabhängigkeit begründen können. Der Prüfungsausschuss hat während des Berichtsjahres überwacht, dass diese Unabhängigkeit weiterhin besteht. Zudem hat der Ausschuss 2017 den Rechnungslegungsprozess überwacht. Über seine Arbeit und Erkenntnisse wurde der Aufsichtsrat zeitnah unterrichtet; wesentliche Feststellungen haben sich nicht ergeben. Angaben zu Prüfungsleistungen und -honoraren des Abschlussprüfers sind in [Erläuterung 6 des Konzernanhangs](#) nachzulesen.

Frankfurt am Main, den 6. März 2018
Deutsche Börse AG



Dr. Theodor Weimer



Andreas Preuß



Gregor Pottmeyer



Hauke Stars



Jeffrey Tessler

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Deutsche Börse Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main

Vermerk über die Prüfung des Konzernabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Konzernabschluss der Deutsche Börse Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main, und ihrer Tochtergesellschaften (der Konzern) – bestehend aus der Konzernbilanz zum 31. Dezember 2017, der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, der Konzerngesamtergebnisrechnung, der Konzernkapitalflussrechnung und der Konzern-Eigenkapitalentwicklung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 sowie dem Konzernanhang, einschließlich einer Zusammenfassung bedeutsamer Rechnungslegungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den zusammengefassten Lagebericht der Deutsche Börse Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 geprüft. Die zusammengefasste Erklärung zur Unternehmensführung, die im zusammengefassten Lagebericht enthalten ist, haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Konzernabschluss in allen wesentlichen Belangen den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315e Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2017 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 und
- vermittelt der beigefügte zusammengefasste Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns. In allen wesentlichen Belangen steht dieser zusammengefasste Lagebericht in Einklang mit dem Konzernabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum zusammengefassten Lagebericht erstreckt sich nicht auf die Inhalte der oben genannten zusammengefassten Erklärung zur Unternehmensführung.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Konzernabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Konzernabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von den Konzernunternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum zusammengefassten Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Konzernabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Konzernabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Die Werthaltigkeit der Geschäfts- oder Firmenwerte

Zu den angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen sowie den verwendeten Annahmen verweisen wir auf den Konzernanhang, Note 3 (Zusammenfassung der wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden) und Note 11 (Immaterielle Vermögenswerte).

DAS RISIKO FÜR DEN ABSCHLUSS

Zum 31. Dezember 2017 beliefen sich die Geschäfts- oder Firmenwerte auf EUR 2.770,9 Mio (Vj. EUR 2.721,1 Mio) Damit repräsentieren die Geschäfts- oder Firmenwerte 2 % der Aktiva des Konzerns zum 31. Dezember 2017.

Mindestens einmal jährlich und gegebenenfalls anlassbezogen werden Geschäfts- oder Firmenwerte von der Gesellschaft einem Werthaltigkeitstest (sog. Impairment Test) unterzogen. Dazu wird der Buchwert mit dem erzielbaren Betrag der zahlungsmittelgenerierenden Einheit (ZGE) verglichen. Hierfür ermittelt die Deutsche Börse AG die erzielbaren Beträge der zahlungsmittelgenerierenden Einheiten entweder auf Basis des Nutzungswertes oder auf Basis

des beizulegenden Zeitwertes abzüglich Veräußerungskosten. Liegt der Buchwert über dem erzielbaren Betrag, ergibt sich ein Abwertungsbedarf.

Das Ergebnis dieser Bewertungen ist in hohem Maße von Annahmen bezüglich der künftigen Zahlungsmittelzuflüsse basierend auf der Unternehmensplanung sowie der festgelegten Parameter abhängig und daher mit Ermessen behaftet. Ein sich möglicherweise ergebender Wertminderungsbedarf kann materielle Auswirkungen auf die Darstellung der Vermögens- und Ertragslage der Deutsche Börse AG haben, vor diesem Hintergrund kommt der korrekten Ermittlung eines etwaigen Wertminderungsbedarfes eine besondere Bedeutung für den Abschluss zu.

UNSERE VORGEHENSWEISE IN DER PRÜFUNG

Wir haben mit Unterstützung unserer Bewertungsexperten die von der Gesellschaft verwendeten Bewertungsmodelle sowie die Angemessenheit der wesentlichen Annahmen hinsichtlich der bewertungsrelevanten Parameter beurteilt. Die bei der Bestimmung der Diskontierungssätze herangezogenen Annahmen haben wir durch Abgleich mit markt- und branchenspezifischen Richtwerten auf Angemessenheit beurteilt; darüber hinaus haben wir das zur Ermittlung der Diskontierungssätze verwendete Berechnungsschema nachvollzogen. Die bei den Berechnungen zugrunde gelegten erwarteten Zahlungsmittelzu- und abflüsse (Cashflows) haben wir mit der aktuellen von der Geschäftsleitung genehmigten Budgetplanung abgeglichen. Um die Angemessenheit der im Rahmen der Erstellung der Budgetplanung verwendeten Annahmen zu beurteilen, haben wir diese zunächst in Gesprächen mit der Geschäftsleitung erörtert. Die verwendeten Annahmen haben wir im Anschluss unter anderem mit entsprechenden Peer-Group-Unternehmen verglichen und Analystenreports bezüglich der Marktsegmente ausgewertet. Wir haben weiterhin die Verlässlichkeit der Prognosen in Vorjahren anhand ihres Eintritts gewürdigt. Im Rahmen eigener Sensitivitätsanalysen haben wir ermittelt, ob sich bei möglichen Veränderungen der Annahmen in realistischen Bandbreiten Wertminderungsbedarf ergeben würde.

UNSERE SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die von dem Unternehmen verwendete Berechnungsmethode ist sachgerecht und steht im Einklang mit den anzuwendenden Bewertungsgrundsätzen. Die zugrunde liegenden Annahmen über die bewertungsrelevanten Parameter wurden insgesamt ausgewogen ermittelt und liegen innerhalb akzeptabler Bandbreiten.

Die Werthaltigkeit der sonstigen immateriellen Vermögenswerte

Zu den angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen sowie den verwendeten Annahmen verweisen wir auf den Konzernanhang, Note 3 (Zusammenfassung der wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden) und Note 11 (Immaterielle Vermögenswerte).

DAS RISIKO FÜR DEN ABSCHLUSS

Zum 31. Dezember 2017 beliefen sich die anderen immateriellen Vermögenswerte auf EUR 911,2 Mio (i. Vj. EUR 859,9 Mio). Damit repräsentieren die sonstigen immateriellen Vermögenswerte 0,7 % der Aktiva des Konzerns zum 31. Dezember 2017.

Mindestens einmal jährlich und gegebenenfalls anlassbezogen werden sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer von der Gesellschaft einem Werthaltigkeitstest (sog. Impairment Test) unterzogen. Hierfür ermittelt die Deutsche Börse AG die erzielbaren Beträge der immateriellen Vermögenswerte oder im Fall von immateriellen Vermögenswerten, denen keine eigenständigen Zahlungsmittelzuflüsse zugeordnet werden können, der zahlungsmittelgenerierenden Einheiten (ZGEs) entweder auf Basis des Nutzungswertes oder auf Basis des beizulegenden Zeitwertes abzüglich Veräußerungskosten. Das Ergebnis dieser Bewertungen ist in hohem Maße von Annahmen bezüglich der künftigen Zahlungsmittelzuflüsse basierend auf der Unternehmensplanung sowie den verwendeten Parametern abhängig und daher mit Ermessen behaftet. Ein sich möglicherweise ergebender Wertminderungsbedarf kann materielle Auswirkungen auf die Darstellung der Vermögens- und Ertragslage der Deutsche Börse AG haben, vor diesem Hintergrund kommt der korrekten Ermittlung eines etwaigen Wertminderungsbedarfes eine besondere Bedeutung für den Abschluss zu.

UNSERE VORGEHENSWEISE IN DER PRÜFUNG

Wir haben mit Unterstützung von Bewertungsexperten unseres Prüfungsteams die von der Gesellschaft verwendeten Bewertungsmodelle sowie die Angemessenheit der wesentlichen Annahmen hinsichtlich der bewertungsrelevanten Parameter beurteilt. Die bei der Bestimmung der Diskontierungszinssätze herangezogenen Annahmen haben wir durch Abgleich mit markt- und branchenspezifischen Richtwerten auf Angemessenheit beurteilt; darüber hinaus haben wir das zur Ermittlung der Diskontierungssätze verwendete Berechnungsschema nachvollzogen. Die bei den Berechnungen zugrunde gelegten erwarteten Zahlungsmittelzu- und abflüsse (Cashflows) haben wir mit der aktuellen von der Geschäftsleitung genehmigten Budgetplanung abgeglichen. Um die Angemessenheit der im Rahmen der Erstellung der Budgetplanung verwendeten Annahmen zu beurteilen, haben wir diese in Gesprächen mit der Geschäftsleitung erörtert. Die verwendeten Annahmen haben wir unter anderem mit entsprechenden Peer-Group-Unternehmen verglichen und Analystenreports bezüglich der Marktsegmente ausgewertet. Wir haben weiterhin die Verlässlichkeit der Prognosen in Vorjahren anhand ihres Eintritts gewürdigt. Im Rahmen eigener Sensitivitätsanalysen haben wir ermittelt, ob sich bei möglichen Veränderungen der Annahmen in realistischen Bandbreiten Wertminderungsbedarf ergeben würde.

UNSERE SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die von dem Unternehmen verwendete Berechnungsmethode ist sachgerecht und steht im Einklang mit den anzuwendenden Bewertungsgrundsätzen. Die zugrunde liegenden Annahmen hinsichtlich der bewertungsrelevanten Parameter wurden insgesamt ausgewogen ermittelt und liegen innerhalb akzeptabler Bandbreiten.

Die Bewertung von Rückstellungen für steuerliche Risiken

Zu den angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen sowie den verwendeten Annahmen verweisen wir auf den Konzernanhang, Note 3 (Zusammenfassung der wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden) und Note 10 (Steuern vom Einkommen und vom Ertrag). Angaben zu den Steuerrückstellungen und -risiken finden sich in Note 26 (Steuerrückstellungen) bzw. Note 37 (Finanzielle Verpflichtungen und sonstige Risiken).

DAS RISIKO FÜR DEN ABSCHLUSS

Die Deutsche Börse AG ist in unterschiedlichen Jurisdiktionen mit unterschiedlichen Rechtsordnungen tätig. Zum 31. Dezember 2017 beliefen sich die Rückstellungen für steuerliche Risiken auf EUR 339,4 Mio.

Die Anwendung der lokalen und internationalen Steuervorschriften sowie der Steuererleichterungen ist komplex und mit Risiken verbunden. Die Ermittlung der Steuerrückstellungen erfordert, dass das Unternehmen bei der Beurteilung von Steuersachverhalten Ermessen ausübt und Schätzungen bezüglich der steuerlichen Risiken vornimmt. Das Ergebnis dieser Beurteilungen ist in hohem Maße von Annahmen bezüglich der künftigen Auslegung von Steuersachverhalten im Rahmen von Betriebsprüfungen sowie von Entscheidungen durch Steuerbehörden und –gerichten zu ähnlichen steuerlichen Sachverhalten abhängig und daher mit Ermessen behaftet. Ein sich möglicherweise ergebender zusätzlicher Steueraufwand kann materielle Auswirkungen auf die Darstellung der Vermögens- und Ertragslage der Deutsche Börse AG haben, vor diesem Hintergrund kommt der Identifizierung und korrekten Dotierung von Rückstellungen von Steuerrisiken eine besondere Bedeutung für den Abschluss zu.

Die Deutsche Börse AG beauftragt dabei teilweise externe Experten mit der Beurteilung von Steuersachverhalten.

UNSERE VORGEHENSWEISE IN DER PRÜFUNG

Wir haben mit Unterstützung unserer auf lokales und internationales Steuerrecht spezialisierten Mitarbeiter sowohl die Steuerberechnung einschließlich der Risikoeinschätzung der Deutsche Börse AG als auch die teilweise vorliegende Einschätzung der von ihr beauftragten externen Experten gewürdigt. In Gesprächen mit den gesetzlichen Vertretern sowie Mitarbeitern der Steuerabteilung haben wir uns ein Verständnis über bestehende steuerliche Risiken verschafft. Wir haben die Kompetenz und die Objektivität der externen Experten beurteilt und die von ihnen erstellten Dokumente gewürdigt.

Außerdem haben wir die Korrespondenz mit den zuständigen Steuerbehörden ausgewertet und die Annahmen zur Ermittlung der Steuerrückstellungen auf der Grundlage unserer Kenntnisse und Erfahrungen über die derzeitige Anwendung der einschlägigen Rechtsvorschriften durch Behörden und Gerichte beurteilt.

UNSERE SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die Annahmen zur Ermittlung der Steuerrückstellungen sind sachgerecht.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen:

- die zusammengefasste Erklärung zur Unternehmensführung und
- die übrigen Teile des Unternehmensberichts, mit Ausnahme des geprüften Konzernabschlusses und zusammengefassten Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum zusammengefassten Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Konzernabschluss, zum zusammengefassten Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Konzernabschluss und den zusammengefassten Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernabschlusses, der den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315e Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Konzernabschluss unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, es sei denn, es besteht die Absicht den Konzern zu liquidieren oder der Einstellung des Geschäftsbetriebs oder es besteht keine realistische Alternative dazu.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des zusammengefassten Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines zusammengefassten Lageberichts in Übereinstimmung mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im zusammengefassten Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Konzerns zur Aufstellung des Konzernabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Konzernabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der zusammengefasste Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum zusammengefassten Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Konzernabschlusses und zusammengefassten Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Konzernabschluss und im zusammengefassten Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Konzernabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des zusammengefassten Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Konzernabschluss und im zusammengefassten Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Konzern seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Konzernabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Konzernabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und der ergänzend nach § 315e Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt.
- holen wir ausreichende geeignete Prüfungsnachweise für die Rechnungslegungsinformationen der Unternehmen oder Geschäftstätigkeiten innerhalb des Konzerns ein, um Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum zusammengefassten Lagebericht abzugeben. Wir sind verantwortlich für die Anleitung, Überwachung und Durchführung der Konzernabschlussprüfung. Wir tragen die alleinige Verantwortung für unsere Prüfungsurteile.
- beurteilen wir den Einklang des zusammengefassten Lageberichts mit dem Konzernabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Konzerns.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im zusammengefassten Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Konzernabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 17. Mai 2017 als Konzernabschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 12. September 2017 vom Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats beauftragt. Wir sind unter Beachtung der Übergangsbestimmungen des Artikel 41 Abs. 2 EU-APrVO ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 2001 als Konzernabschlussprüfer der Deutsche Börse AG tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Neben dem Konzernabschluss haben wir den Jahresabschluss der Deutsche Börse AG geprüft und verschiedene Jahresabschlussprüfungen bei Tochterunternehmen durchgeführt. Prüfungsintegriert erfolgten prüferische Durchsichten von Zwischenabschlüssen sowie projektbegleitende Prüfungen bei der Umsetzung neuer Rechnungslegungsstandards. Andere Bestätigungsleistungen betreffen ISAE 3402- und ISAE 3000-Berichte, Prüfungen von Abschlüssen im Rahmen von M&A-Aktivitäten und gesetzlich oder vertraglich vorgesehene Prüfungen wie Prüfungen nach WpHG, KWG und andere vertraglich vereinbarte Bestätigungsleistungen.

Die Steuerberatungsleistungen umfassen Unterstützungsleistungen bei der Erstellung von Steuererklärungen, die steuerliche Würdigung und Beratung zu Einzelsachverhalten sowie die steuerliche Beratung im Zusammenhang mit der Außenprüfung. Zudem haben wir qualitätssichernd die Umsetzung regulatorischer Anforderungen unterstützt.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Andreas Dielehner.

Frankfurt am Main, den 9. März 2018

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dielehner
Wirtschaftsprüfer

Hommel
Wirtschaftsprüfer

